



universität
wien

DISSERTATION / DOCTORAL THESIS

Titel der Dissertation /Title of the Doctoral Thesis

Die Entstehung der Apostolischen Administration
Burgenland. Die kirchenrechtliche Regelung des
Burgenlandes durch den Heiligen Stuhl 1918-1922

verfasst von / submitted by

Mag. Péter Schmidt

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on the student
record sheet:

A 092 312

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt /
field of study as it appears on the student record sheet:

Geschichte

Betreut von / Supervisor:

a.o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Marija Wakounig,
MAS

Inhaltsverzeichnis

0. Vorwort.....	3
1. Einleitung.....	5
2. Überblick über Quellenlage und Forschungsgeschichte.....	7
2.1 Kurze Vorstellung der untersuchten Archivbestände und Sekundärquellen beiderseits der österreichisch-ungarischen Grenze.....	7
2.2 Quellenlage in den österreichischen Archiven	7
2.3 Die ungarischen Archivbestände	9
2.4 Die österreichische Fachliteratur	12
2.5 Ungarische Sekundärquellen	26
3. Die politische und kirchenrechtliche Situation Westungarns vor 1918.....	40
4. Politischer Hintergrund: Westungarn wird Österreich zugesprochen (1919).....	41
5. Österreichische und ungarische Vorstellungen über die kirchenrechtliche Neuregelung des westungarischen Gebietes: Von der Errichtung von Vikariaten bis zur „Diözese Ödenburg“	42
6. Diplomatische Aktivität der beiden betroffenen Staaten beim Heiligen Stuhl.....	50
6.1 Österreichische Schritte beim Vatikan bis zur Ödenburger Volksabstimmung	50
6.2 Diplomatische Bemühungen Ungarns bis zum Jahresende 1921	62
6.3 Vom Ödenburger Plebiszit bis zur Regelung der kirchenrechtlichen Stellung des Burgenlandes. Die Durchsetzung des österreichischen Standpunktes.....	73
6.4 Die Rolle Ludwig von Pastors in der Burgenlandfrage im Spiegel der vatikanischen Kirchenpolitik	84
6.5 Ungarischer Widerstand gegen die Errichtung der Apostolischen Administration des Burgenlandes nach der Volksabstimmung von Ödenburg	87
6.6 Die Reaktion Ungarns auf die kirchenrechtliche Loslösung des Burgenlandes.....	91
7. Die Position des Vatikans in der Burgenlandfrage in den ersten Nachkriegsjahren	93
7.1 Die Politik von Benedikt XV. und Pius XI.....	93
7.2 Die Rolle des Kardinalsstaatssekretärs Gasparri	102
7.3 Nuntiaturen in Wien und Budapest.....	106
8. Kirchenfürsten beiderseits der veränderten Grenze: Die Oberhirten von Westungarn/Burgenland	115
8.1 Anton Fetser, Bischof von Raab	116
8.2 Johannes Mikes, Bischof von Steinamanger	118
8.3 Friedrich Gustav Piffl, erster Apostolischer Administrator des Burgenlandes	120

9. Die Westungarn-Politik der Bischöfe von Raab und Steinamanger.....	123
9.1 Innerkirchliche Korrespondenz auf höchster Ebene in der westungarischen Frage.	128
9.2 Zusammenarbeit mit der Budapester Regierung und mit der Nationalarmee	137
9.3 Das Verhältnis der westungarischen Oberhirten zu den revisionistischen Vereinen.....	148
9.4 Firmungsreisen von Bischof Mikes in Westungarn.....	150
10. Geistlichkeit, Lehrerschaft und Gläubige – die Diözesanpolitik von Bischof Fester und Mikes.....	152
10.1.1 Geistliche als Abgeordnete in der Westungarnfrage. Ihre Rolle in den christlichsozialen Bewegungen nach dem Ersten Weltkrieg	152
10.1.2 Proösterreichische Priester	163
10.1.3 Ungarisch gesinnte Seelsorger	168
10.1.4 Die Medienpräsenz von Klerikern in der Westungarnfrage.....	180
10.2 Schulpolitik in Westungarn und die Situation der Lehrerschaft	186
10.3 Die Einstellung der Gläubigen in Westungarn zum Anschluss an Österreich	193
11. Diözesanpolitische Wende in Steinamanger in der Frage Westungarns 1921	200
12. Die Errichtung der Apostolischen Administration Burgenland 1922	203
13. Nachwort	205
14. Bibliographie	207
15. Abbildungen	217
Abstract (deutsch).....	223
Abstract (English).....	224

0. Vorwort

Einleitend zu der hier vorliegenden Arbeit möchte ich mich bei all denen herzlich bedanken, die während der langen, über ein Jahrzehnt sich hinziehenden Forschungs- und Schaffungsperiode zu ihrem Gelingen beigetragen haben.

Zu allererst möchte ich a.o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Marija Wakounig, MAS, für ihre Bereitschaft danken, das Dissertationsvorhaben in letzter Minute, trotz knapper zeitlicher Termine als Betreuerin übernommen zu haben. Nicht zuletzt aber auch für ihre jahrelange Unterstützung und Ermutigung, ohne die die Arbeit wohl nicht zum Abschluss gebracht worden wäre. Für die Übernahme der Zweitprüferrolle möchte ich Univ.-Prof. i.R. Dr. Arnold Suppan meinen Dank ausdrücken.

Meine besondere Dankbarkeit gilt meinem langjährigen Betreuer, em. o. Univ.-Prof. Dr. Horst Haselsteiner, nicht nur für die Empfehlung des Dissertationsthemas, sondern auch für all die Hilfe und Ratschläge, die ich in den letzten Jahren von ihm erhalten hatte – sei es die Erlangung von Stipendien oder die Knüpfung wertvoller wissenschaftlichen Kontakte gewesen. Aber am meisten für sein väterliches Wohlwollen, mit dem er die Entwicklung der Doktorarbeit, wie auch mein gesamtes Geschichtsstudium begleitet hatte.

Meine dankbare Erinnerung gilt dem ungarischen Kirchenhistoriker Prof. Dr. Jenő Gergely (1944–2009), dem Leiter des Doktorandenkollegs für Geschichtswissenschaften an der Loránd-Eötvös-Universität Budapest, der mir während meines Stipendiums von der Stiftung Aktion Österreich-Ungarn als Betreuer mit vielen nützlichen Ratschlägen geholfen hat. Ihm verdanke ich auch die Bekanntschaft zu Prof. Dr. theol. Dr. theol. h.c. Gabriel Adriányi, dem langjährigen Professor für die Kirchengeschichte Osteuropas an der Universität Bonn, dessen Vorschläge die Dissertation auch gefördert haben.

An dieser Stelle möchte ich auch dem Europa Institut Budapest danken, dessen Stipendiat ich von März 2005 bis Februar 2006 sein durfte, sowie der oben erwähnten Stiftung Aktion Österreich-Ungarn, welche mir von Oktober 2007 bis Jänner 2008 ebenfalls ein Stipendium gewährte.

Am Anfang meiner Forschungsarbeit hatte ich vom damaligen ehemaligen Leiter des Archivs der Diözese Eisenstadt, Dr. Hans Peter Zelfel, nicht nur Material aus den dortigen Archivbeständen erhalten, sondern auf selbstloser Weise stellte er mir auch seine eigenen Forschungsunterlagen zur Verfügung. Diese Großzügigkeit wurde mir auch vom Doyen der burgenländischen Kirchengeschichtsschreibung, Prälat Josef Rittsteuer (1914–2015) zuteil, dem ich eine komplette Sammlung an ausgewählten Dokumenten aus dem Österreichischen Staatsarchiv verdanke. Ich bin für ihre Hilfsbereitschaft und Vertrauen sehr dankbar!

Während meiner jeweils einjährigen Recherchetätigkeit in den Diözesanarchiven Raab/Győr und Steinamanger/Szombathely erhielt ich vom dortigen Archivpersonal Unterstützung, die vielfach über die Dienstleistung eines Archivs hinausging. Aus diesem Grunde möchte ich dem Direktor des Diözesanarchivs Raab, Ádám Vajk und seinem Mitarbeiter Gábor Nemes meinen Dank ausdrücken, sowie der ehemaligen Leiterin des Diözesanarchivs Steinamanger, Borbála Kisfalviné Cselenkó, und den späteren Leitern des Archivs, Ferenc Pál und Balázs Rétfalvi. Den Archivaren des Primatialarchivs Gran/Esztergom, des Diözesanarchivs Wien, sowie der Österreichischen und Ungarischen Staatsarchive bin ich ebenfalls für ihre Hilfe bei der Recherche dankbar.

Dem Minderheitenforscher Dr. László Szarka von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften danke ich für seine Ratschläge und für die weiterführende Literatur. Meinen Kollegen und Freunden, Dr. András Grósz, Dr. Krisztina Tóth, Zsuzsanna Benkéné Jenőffy, Dr. Balázs Bakó und Dr. Ferenc Veress möchte ich insbesondere dafür danken, dass sie mir Archivmaterialien oder eigene Arbeiten zur Verfügung gestellt hatten, wie auch für die Übersetzung und Interpretation von lateinischen, italienischen und französischen Textpassagen.

Ich möchte auch Dr. habil. Zsolt K. Lengyel, dem Redakteur der Zeitschrift Ungarn-Jahrbuch, und den Kirchenhistorikern Dr. István Diós, dem Redakteur des Magyar katolikus lexikons (Ungarisches Katholisches Lexikon) und Prof. Dr. József Török, dem Mitverfasser des Buches „Katholische Kirchen in Ungarn“ meinen Dank dafür aussprechen, dass sie mir ihre Zusage zur Veröffentlichung des Bildmaterials erteilt hatten.

Mein größter Dank geht an Mag. Anna Kakas, die mir in den vergangenen Jahren auf jede mögliche Weise bei der Dissertation hilfreich beigestanden war; in den letzten Monaten vor dem Abschluss nicht nur als seelische Stütze, sondern mit Rat und Tat als Lektorin und Mitredakteurin. Sie hat am Gelingen der Arbeit einen großen Anteil.

Abschließend möchte ich auch meiner Familie ein Wort des Dankes sagen – sowohl für ihre kontinuierliche Ermunterung, als auch für die Duldung der lang hinausziehenden Dissertation. Sie haben mir jenes sichere Hinterland gewährleistet, das die Verwirklichung dieser Unternehmung überhaupt möglich gemacht hat.

1. Einleitung

Die Apostolische Administration des Burgenlandes war Vorgänger der 1960 errichteten Diözese Eisenstadt¹. Sie entstand im Zuge jener politischen Umwälzungen nach dem Ersten Weltkrieg, in deren Folge das Gebiet von Ungarn abgetrennt und Österreich zugesprochen wurde.

Die Entstehungsgeschichte der Apostolischen Administration wurde in der österreichischen Geschichtsschreibung bereits seit Mitte des 20. Jahrhunderts mehrmals aufgearbeitet, entweder als eigenes Thema für sich, oder als Teilaspekt in einem breiteren Rahmen, sei es im Kontext dieser kirchenrechtlichen Verwaltungseinheit selbst oder in einer allgemeinen historiographischen Abhandlung über das Burgenland und dessen Errichtung etc.² Es stellt sich also berechtigter Weise die Frage, was legitimiert einen neuerlichen Versuch, diese Thematik wieder aufzuarbeiten? Welche neuen Erkenntnisse kann die Wissenschaft daraus verbuchen? In der hier vorliegenden Einleitung sollen nun diese Aspekte erörtert werden.

Im anschließenden Forschungsüberblick (Kapitel 1) wurde die Fachliteratur in einen österreichischen und ungarischen Teil getrennt: Die Forscherinnen und Forscher beider Länder hatten sich – wenn auch mit sehr abweichender Intensität – mit dem kirchlichen Aspekt der Burgenlandfrage auseinandergesetzt. Obwohl das Burgenland bis 1921 zu Ungarn gehörte, wurde von österreichischer Seite unverhältnismäßig wenig aus ungarischen Quellen geschöpft, weder aus den primären, noch aus den sekundären. Dafür können mehrere Gründe angeführt werden:

- 1) Die Sprachbarriere. Die ungarische Sprache ist wohl für viele Forscher in Österreich bzw. im deutschsprachigen Raum ein Hindernis, die abschirmend wirkt. Von ungarischer Seite wurde in diesem Zusammenhang bislang relativ wenig getan, um dem entgegenzuwirken.
- 2) Bis vor wenigen Jahrzehnten (zumindest vor der Wende 1989) wurde in der ungarischen, auch kirchengeschichtlichen, Fachliteratur das ehemalige Westungarn mit seiner kirchlichen Neuorganisation weitgehend vernachlässigt. Es gab also wenige themenspezifische Werke, die man hätte heranziehen können.

¹ Die Bezeichnung „Apostolische Administration des Burgenlandes“ musste nach dem Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland im Jahre 1938 auf Anordnung der Nationalsozialisten in „Apostolische Administration Burgenland“ geändert werden. Dieser Name wurde dann bis zur Bistumserhebung beibehalten. Siehe: „50 Jahre Diözese Eisenstadt. Begegnung Dialog“. Jubiläumsausstellung, Eisenstadt 2010, Ausstellungstafel; Franz Buchberger, Karl Hinterfelder (Hgg.), 50 Jahre Burgenländisches Priesterseminar, o. O. [1983], 11-13, 30; Josef Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 339, Anm. 18.

² Alle diese Arbeiten werden im Unterkapitel 1.1 über die österreichische Forschungsgeschichte in thematischen Gruppen, chronologisch geordnet vorgestellt und entsprechend ihrer Bedeutung und Relevanz präsentiert.

- 3) Der Eiserne Vorhang (und wohl auch die Lage der katholischen Kirche in Ungarn während der kommunistischen Ära) hatten es den aus dem Westen kommenden Forschern schwierig gemacht, die relevanten ungarischen Diözesanarchive zu besuchen und deren Archivalien zu erschließen.³ In einer der umfangreichsten und gründlichsten Arbeiten über die Errichtung der Apostolischen Administration, welche zu dieser Zeit geschrieben wurden, deutet der Verfasser auf dieses Problem hin.⁴

Die Einseitigkeit des verwendeten Quellenmaterials musste zwangsläufig – mehr oder minder – zu einer Verzerrung des Gesamtbildes führen, da die zweite Seite der Medaille weitgehend fehlte. Dieser Umstand nützte wenig dem gegenseitigen Verständnis und der Empathie beiderseits der Grenze. Die hier vorliegende Dissertation hat es sich zum Ziel gesetzt, so weit es geht, eine objektive Darstellung des Themas zu bieten.

Da es sich bei der Apostolischen Administration um ein territoriales Gebilde handelt, welche als Einheit innerhalb der katholischen Kirche funktionierte, muss ihre Betrachtung nicht nur vor einer österreichischen oder ungarischen Perspektive geschehen, sondern möglichst auch aus dem Blickwinkel des eigentlichen Entscheidungsträgers, des Heiligen Stuhles. Ursprünglich war also auch die Erforschung des bis dato unveröffentlichten Quellenmaterials über die innere Korrespondenz des Heiligen Stuhls unter Benedikt XV. (1914–1922) bezüglich der Burgenlandfrage geplant. Die in den vatikanischen Archiven lagernden Akten wurden aus Zeitgründen nicht erschlossen, zumal die zahlreichen, einschlägigen und nicht edierten Quellen in den ungarischen Archiven zu erfassen waren.

Im Zusammenhang mit letzteren kann festgehalten werden, dass das erwähnte Quellenmaterial – quasi als Vorstufe zur Dissertation – in Form von Studien in deutscher und ungarischer Sprache bereits zum Teil aufgearbeitet wurde, mit dem Fokus auf Teilaspekte des Doktoratsthemas gerichtet. Dabei wurde auf das Material von jeweils einem der beiden westungarischen Diözesanarchive gebaut: Auf jene in Raab (*Győr*) und Steinamanger (*Szombathely*).⁵ Der Inhalt dieser oben genannten Abhandlungen wird selbstverständlich auch in die Dissertation Eingang finden.

³ Im Diözesanarchiv Raab werden darüber hinaus auch die bis zum Jahre 2000 ungünstigen Lagerungsverhältnisse eine negative Rolle gespielt haben, weil sie die Erforschbarkeit des gelagerten Materials deutlich hinderten. Siehe: http://www.gyor.egyhazmegye.hu/menu2_9.htm (Eingesehen am: 17.12.2006.)

⁴ Pöck, Von Westungarn zum Burgenland. Ein Beitrag über die Entstehung der kirchlichen Verwaltung im Burgenland.

⁵ Péter Schmidt, A Burgenlandi Apostoli Adminisztráció keletkezése (1918-1922). A Győri Egyházmegyei Levéltár forrásai [Die Entstehung der Apostolischen Administration Burgenland (1918-1922). Das Quellenmaterial des Diözesanarchivs Raab]. In: *Omnis creatura significans. Tanulmányok Prokopp Mária 70. születésnapjára. Essays in honour of Mária Prokopp*, Budapest 2009, 407-410. Péter Schmidt, Die Entstehung der Apostolischen Administration Burgenland. Die Politik von Bischof Johannes Graf Mikes in der westungarischen Frage (1919-1922). In: *Ungarn-Jahrbuch 31 (2011-2013)*. Regensburg 2014, 315-362. Péter Schmidt, Mikes és Trianon: A szombathelyi püspök nyugat-magyarországi politikája (1919–1922) [Mikes und

2. Überblick über Quellenlage und Forschungsgeschichte

2.1 Kurze Vorstellung der untersuchten Archivbestände und Sekundärquellen beiderseits der österreichisch-ungarischen Grenze

Die Originaldokumente des gewählten Forschungsthemas lassen sich prinzipiell in zwei Gruppen ordnen, je nach dem, ob sie sich in österreichischen oder ungarischen Archiven befinden. Eine weitere Unterteilung ist davon abhängig möglich, ob es sich bei ihnen um kirchliche (diözesane) oder staatlich betreute Archive handelt. Im Unterschied zu vielen österreichischen Abhandlungen über die Errichtung des Burgenlandes und deren Kirchenorganisation wurden hier – wie bei der Sekundärliteratur – auch die relevanten Originaldokumente aus *beiden* betroffenen Ländern erforscht.⁶ Diese scheint auf den ersten Anblick eine selbstverständliche, grundlegende Voraussetzung für eine wissenschaftliche Arbeit zu sein, die den Anspruch erhebt, ein möglichst objektives Gesamtbild präsentieren zu wollen. Für die Untersuchung eines Themas dieser Art ist also auch die Erfassung ungarischen Materials – sowohl der primären, als auch der sekundären Quellen – unerlässlich: Die Schlussfolgerungen eines Forschungsvorhabens wären ohne sie einseitig und unvollständig. Bei manchen österreichischerseits abgefassten Arbeiten, wo wahrscheinlich wegen der Sprachbarriere die ungarischen Texte nicht berücksichtigt werden konnten, ist dies bemerkbar.

2.2 Quellenlage in den österreichischen Archiven

An erster Stelle ist hierbei die Forschungsarbeit am Sitz der heutigen burgenländischen Kirchenprovinz zu nennen, dem rechtlichen Vorgänger der Apostolischen Administration. Im Diözesanarchiv Eisenstadt lagert aber sehr wenig kirchenpolitisches Material aus der Zeit vor der Gründung im Jahre 1922, das hier relevant wäre. Von den hier gefundenen Dokumenten

Trianon. Die westungarische Politik des Bischofs von Steinamanger 1919–1922]. In: Balázs Bakó, Ferenc Pál (Red.), Tanulmányok gróf Mikes János szombathelyi megyéspüspökről [Studien über den Diözesanbischof von Steinamanger, Johannes Graf Mikes]. Szombathely 2015, 83–110.

⁶ Als positive Ausnahmen sind die Arbeiten von Josef Rittsteuer, Gerald Schlag und Peter Haslinger zu nennen: Bei Rittsteuer findet man ungarische Quellen zumindest kurz erwähnt in einem Beitrag über die burgenländische Kirchengeschichte. Der Aufsatz von Schlag, welche jedoch nur den politischen Hintergrund der Burgenlandfrage untersucht, basiert zum Teil auf den Studien von ungarischen Autoren (und auf Dokumenten des Ungarischen Staatsarchivs, welche in letzteren zu finden sind). Das gleiche lässt sich über Haslingers Arbeit behaupten, wobei bei ihm auch Recherchen in Staatsarchiv Ödenburg anzuführen sind. Siehe: Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 9–10; Gerald Schlag, Zur Burgenlandfrage von Saint-Germain bis Venedig. In: Burgenländische Heimatblätter 32/3, Eisenstadt 1970, 97–125; Peter Haslinger, Der ungarische Revisionismus und das Burgenland 1922–1932. Frankfurt am Main [u. a.] 1994.

soll als wichtigstes die Kopie der „Gründungsurkunde“ der Apostolische Administration Burgenland erwähnt werden, welches ein schlichtes Ernennungsdekret des damaligen Apostolischen Nuntius von Wien, Marchetti Selvaggiani ist, welches den Wiener Kardinal Piffl mit 18. Mai 1922 zum Verwalter dieser neuen kirchenpolitischen Einheit bestellte.⁷

Da das Burgenland bis zu ihrer Erhebung zu eigenständigen Bistum von Wien aus verwaltet wurde, ist als zweiter Forschungsstandort das dortige Diözesanarchiv zu nennen. In erster Linie war der Aktenbestand „Burgenland 1918 – 1930“, im Spezifischen der Bestand „Bischofsakten Kardinal Friedrich Gustav Piffl“ Gegenstand meiner Recherchen. Es ließ sich auch hier eine Knappheit an wirklich einschlägigen Dokumenten feststellen, von Interesse sind vielleicht die Briefe der beiden ungarischen Bischöfe von Raab und Steinamanger aus der Zeit unmittelbar nach der Herausnahme des Burgenlandes aus ihrer Jurisdiktion. Darüber hinaus kann man noch aus den Briefen der Priesterschaft an den Kardinal (ausschließlich aus der Zeit ab 1922) Rückschlüsse auf ihre Ländersympathien machen.

Als drittes österreichisches Archiv wurde das Staatsarchiv in Wien herangezogen. Im „Archiv der Republik“, habe ich in den Beständen des Neuen Politischen Archivs (NPA) und des Allgemeinen Verwaltungsarchivs (AVA) recherchiert. Im NPA konnte ich unter den Dokumenten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (der Republik [Deutsch-]Österreich) einige themenrelevante Akten finden, obwohl auch hier die politischen Dokumente in der Überzahl waren.⁸ Im AVA, wo die Bestände des Ministeriums für Kultus und Unterricht (1849–1946) gelagert sind, waren dagegen wesentlich mehr kirchenpolitisch relevante Akten zu finden, im burgenlandspezifischen Kontext sowohl von allgemeiner als auch von lokaler Bedeutung. Von den außenpolitischen Dokumenten der NPA möchte ich hier über die Apostolische Administration hinaus diejenigen hervorheben, die sich mit dem brisanten Fall des Bischofs von Steinamanger befassen, dessen burgenländische Firmungsreise 1922 von der österreichischen Diplomatie verhindert wurde. An dieser Stelle sollten auch die bereits veröffentlichten einschlägigen Primärquellen des Staatsarchivs angeführt werden: Von der zwölfbändigen Serie über die außenpolitischen Dokumente Österreichs in der Zwischenkriegszeit beinhalten Band 3 und 4 relevante Schriftstücke.⁹

⁷ Dekret Nr. 2613 der Apostolischen Nuntiatur Wien, Kopie nach dem Original vom 21. September 1922. Dokumentnummer 33/27.9.22

⁸ An dieser Stelle möchte ich meine besondere Dankbarkeit gegenüber Herrn Prälat Mag. Josef Rittsteuer ausdrücken, dass er mir im Jahre 2005 eine wertvolle Dokumentensammlung aus dem Österreichischen Staatsarchiv, Archiv der Republik – Neues Politisches Archiv, Liasse Österreich 3/8 in Kopieform zur Verfügung gestellt hatte.

⁹ Klaus Koch, Walter Rauscher, Arnold Suppan (Hg.), Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938. Band 3: Österreich im System der Nachfolgestaaten. Wien 1996. (im Folgenden: ADÖ 3). Klaus Koch, Walter Rauscher, Arnold Suppan (Hg.), Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938. Band 4: Zwischen Staatsbankrott und Genfer Sanierung. Wien 1998. (im Folgenden: ADÖ 4).

Zu den erwähnenswerten Quellen gehört noch eine Reihe von zeitgenössischen Zeitungen („Das Neue Reich“, „Die Reichspost“, „Der Freie Burgenländer“, „Christliche Ödenburger Tagblatt“, „Güssinger Zeitung“, usw.), die hier auch angeführt werden müssen – vor allem auch deshalb, weil sich ein eigenes Unterkapitel (9.1.4) mit der Medienpolitik befasst.

2.3 Die ungarischen Archivbestände

Den mit Abstand größten Teil des Materials für das Dissertationsthema lieferten die kirchlichen Archive Ungarns, und zwar auf allen Forschungsebenen. Es wurden dabei insgesamt drei Standorte aufgesucht: Raab, Steinamanger und Gran (*Esztergom*).

Das in Raab untersuchte Forschungsgut stammte zwar aus der Zeitspanne zwischen 1919 und 1922, aber der überwiegende Teil der themenrelevanten Dokumente fiel in die letzten beiden Jahre 1921-22 (von den insgesamt 165 Registereintragungen waren 120 aus diesen), aber leider nicht alle in den Registern eingetragenen Dokumente waren tatsächlich auffindbar.¹⁰ Thematisch gesehen lässt sich das Material in folgende drei große Gruppen einteilen:

Oberste Priorität kommt jenem Briefwechsel zu, den der Bischof von Raab mit den wichtigsten geistlichen und weltlichen Entscheidungsträgern der Burgenlandfrage geführt hatte. Hier sind an erster Stelle der Heilige Stuhl und dessen Budapester Nuntiatur, sowie der Oberhaupt der Katholischen Kirche Ungarns, der Erzbischof von Gran zu erwähnen. Der Bischof von Steinamanger, dessen Diözese ebenfalls von der Dismembration betroffen war, ist hier auch anzuführen (Mit dem später zum Apostolischen Administrator des Burgenlandes bestellten Wiener Kardinal Piffl konnte ich aber keinen Briefwechsel feststellen.). Auf politischer Ebene ist die jeweilige ungarische Regierung zwischen 1919 und 1922 der wichtigste Beteiligte, der zum Bistum Raab über folgende Stellen Kontakt aufrechterhielt: Das Büro des Ministerpräsidenten, das Kultusministerium¹¹, das Ministerium für Nationale Minderheiten, das Gouvernement Deutsch-Westungarn, und der Staatskommissar von Ödenburg (*Sopron*). Kontakte zum Militärkommando der Kreise Steinamanger und Ödenburg sind in diesem Zeitintervall auch nachweisbar.

Die zweite Gruppe bildet die Korrespondenz mit jenen Stellen und Personen, die dem Bistum untergeordnet waren, oder in dessen Jurisdiktionsbereich tätig waren (z.B. Ordensangehörige): Die Berichte der Dechanate, der Briefwechsel mit den Pfarrern, Kaplänen

¹⁰ Die Erfolgsrate der Recherche betrug etwa 62 Prozent (Stand 2008).

¹¹ Der Schriftverkehr mit dem Kgl. Ungarischen Ministerium für Religions- und Bildungswesen ist auch deshalb wertvoll, weil die Bestände dieser Behörde im Ungarischen Staatsarchiv – mit sehr wenigen Ausnahmen – beim Brand von 1956 vernichtet worden sind).

und Administratoren, sowie auch jene unmittelbar mit den Gläubigen, d.h. die Kontakte zur *lokalen* Ebene. Zum Teil können diese sehr aufschlussreich über die inneren Verhältnisse des Westgebietes der Raaber Diözese sein.

Zuletzt seien auch noch die verschiedenen, vorwiegend revisionistischen Vereine erwähnt („Katolikus Népszövetség“/„Katholischer Volksbund“, „Területvédő Liga“/„Gebietsschutz-Liga“, „Ébredő Magyarok“/„Erwachende Ungarn“), die dem Bistum im Zusammenhang mit der Burgenlandfrage regelmäßig ihre besorgten Briefe zuschickten. Aus diesen können wir zum Beispiel auf die politische Einstellung einzelner nord- und mittelburgenländischer Seelsorger schließen.

Von den hier aufgezählten Standorten war wahrscheinlich das Diözesanarchiv Steinamanger die reichste Fundgrube an relevanten Originaldokumenten.¹² Die soeben für Raab gemachte thematische Kategorisierung des Materials in drei Hauptgruppen gilt weitestgehend auch hier. Bei der ersten, höchsten Ebene sind die im hiesigen Archiv erhaltenen Briefe des Raaber Bischofs unbedingt zu erwähnen. Zusätzlich soll auch noch der Briefwechsel mit dem damaligen ungarischen Militärbischof angeführt werden, der – wie man sehen wird – wertvolle Einblicke in die Einstellung des Oberhirten von Steinamanger zu Westungarn und dessen Bevölkerung gewährt.

Aus der zweiten Gruppe von Quellen (welche die lokale Ebene betrifft) sind besonders jene Dokumente von Interesse, die ein Bild vom örtlichen Klerus anhand ihrer Berichte an den Bischof verleihen. Diese Briefe bestätigen weitestgehend die in der Fachliteratur oft zitierte, überwiegend proungarische Mentalität dieser Geistlichen und zeigen auch, dass letztere von den mehrheitlich deutschsprachigen Gläubigen nicht immer geteilt wurde. Ein Teil dieser Priester war auch politisch aktiv: Sie berichteten vielfach ihrem – in dieser Hinsicht nicht minder aktiven – Oberhirten über ihre diesbezügliche Tätigkeit. Da im ehemals westungarischen Gebiet die Kirche auch eine außerordentlich wichtige Rolle als Träger des Schulwesens spielte, befasst sich ein bedeutender Teil der Steinamangerer Quellen mit schulischen Fragen. Für die hier vorliegende Arbeit sind dabei einerseits die sprachlichen Fragen von Interesse, andererseits die ideologische Einstellung, beziehungsweise die Länderpräferenz des Lehrpersonals. Ein wiederholt vorkommendes Thema ist die Sprachkompetenz der Lehrerschaft, ob sie der Muttersprache der Ortseinwohner (deutsch oder kroatisch) mächtig war oder nicht. Wie man sehen wird, setzte das kurzlebige ungarische Nationalitätenministerium in den Jahren 1919/1920 Maßnahmen zur Förderung der deutschen Sprache in den Westgebieten, um auch dadurch die Bevölkerung für Ungarn zu stimmen.

¹² Es hat sich auch sehr günstig erwiesen, dass von den gesuchten Quellen fast alles vorhanden war, proportional gesehen sogar weit mehr, als in Raab: Von den mehreren Hundert westungarnbezogenen Schriftstücken des Diözesanarchivs Steinamanger von 1919 bis 1922 waren fast 150 (!) thematisch verwertbar.

Als drittes kirchliches Archiv in Ungarn soll hier das Primatialarchiv Gran erwähnt werden. Nachdem der Erzbischof von Gran seit jeher Oberhaupt der katholischen Kirche Ungarns gewesen war, war es naheliegend, auch jene Dokumente zu erforschen, die mit dem Inhaber dieses Amtes und der Westungarnfrage zu tun haben. Insbesondere dessen bewusst, dass sich Kardinal Csernoch nach dem Ersten Weltkrieg energisch gegen eine Loslösung der politisch abgetrennten Gebiete aus dem ungarischen Kirchenverband eingesetzt hatte, sodass auch für das Burgenland relevantes Material zu erhoffen war.

Das im Primatialarchiv aufgefundene Forschungsgut betrifft die Jahre zwischen 1919 und 1923, aber nur weniger als die Hälfte der relevanten Papiere war tatsächlich vorfindbar.¹³ Das Material leistet aber dennoch einen Beitrag zur Schärfung des Gesamtbildes über die kirchenpolitischen Schachzüge der ungarischen Seite.

Die Graner Dokumente bestehen erstens aus dem Briefverkehr des Primas und Fürsterzbischofs Johann Csernoch mit dem Heiligen Stuhl – dem obersten Entscheidungsträger – und mit dessen Vertreter in Ungarn, dem apostolischen Nuntius in Budapest. Zu diesen sind noch die Kontakte zu den Mitgliedern des ungarischen Bischofskollegiums (in erster Linie zu den beiden betroffenen Bischöfen Westungarns, Mikes und Fetser) und zu anderen beteiligten geistigen Würdenträgern zu zählen.

Zweitens ist auch der Schriftwechsel mit weltlichen Beamten und Behörden anzuführen: In erster Linie mit dem Ministerium für Äußeres und mit dem Ministerium für Religions- und Bildungswesen (aus der Anfangsphase ist ein Brief des Nationalitätenministers ebenfalls dabei), aber auch mit den ungarischen Botschaften beim Heiligen Stuhl und in Wien.¹⁴ Mit dem später zum Apostolischen Administrator des Burgenlandes ernannten Wiener Kardinal konnte ich auch in Gran für die besagte Zeit keinen Briefwechsel in der Westungarnfrage finden.

Schließlich ist noch jene Recherchearbeit zu erwähnen, die im Ungarischen Staatsarchiv in Budapest geführt wurde. Den Löwenanteil der einschlägigen Dokumente stellte das Schriftgut der Botschaft beim Heiligen Stuhl dar, wobei auch hier knapp über den zeitlichen Rahmen der Dissertation hinaus (bis 1923) recherchiert wurde. Das gesammelte Material besteht hauptsächlich aus Berichten des Botschafters an das Außenministerium. Diese sind entweder kurze Meldungen über den aktuellen Stand in der kirchenrechtlichen Frage Westungarns, oder längere Erörterungen (unter anderem) über Audienzen bei Staatssekretären, wie auch beim Heiligen Vater. Zu den längeren Ausführungen gehören ebenso Darstellungen über die

¹³ Von den insgesamt 74 im Archiv gesuchten Schriftstücken konnten im Endeffekt nur 34 aufgefunden werden (Erfolgsrate: 46%), besonders die Jahre 1919 und 1921 wiesen große Lücken auf.

¹⁴ Der Schriftverkehr mit dem Ministerium für Religions- und Bildungswesen ist auch deshalb wertvoll, weil seine Bestände im Ungarischen Staatsarchiv – mit sehr wenigen Ausnahmen – beim Brand von 1956 vernichtet worden sind.

aktuelle politische Lage, sowie diverse vatikanische Gerüchte. In diese Kontexte eingebettet wurde das geforschte Thema behandelt oder manchmal nur erwähnt.

Im Archivalienverzeichnis waren noch unter dem Kapitel „Verbindung zu den einzelnen Staaten“ relevante Schriftstücke zu finden. Besonders Aktenbündeln mit der Überschrift „Österreich“ (1922-1931), „Ungarische kirchenpolitische Angelegenheiten“ „Westungarische Angelegenheiten“, sowie „Privatbriefe“, waren für die Forschung von nutzen.

2.4 Die österreichische Fachliteratur

Über die Errichtung der Apostolischen Administration des Burgenlandes und deren unmittelbare Vorgeschichte wurden – wie in der Einleitung bereits angeführt – in den vergangenen Jahrzehnten sämtliche Arbeiten geschrieben, die sich primär diesem Thema gewidmet haben, oder es in einem breiteren historischen Kontext der Apostolischen Administration, beziehungsweise der daraus entstandenen Diözese Eisenstadt behandelt haben. Dabei muss festgehalten werden, dass die Entstehungsgeschichte in erster Linie von der österreichischen Fachliteratur aufgearbeitet worden war, in Ungarn wurde diese vergleichsweise eher am Rande erörtert. Dieses wird den Lesern wohl bereits hier, in der anschließenden Aufzählung der Quellen auffallen: Es gibt erheblich weniger ungarische Arbeiten, die das ehemalige westungarische Gebiet kirchenhistorisch zum Gegenstand haben oder berühren.

Unter den hier zitierten Werken stellen (logischer Weise) die kirchengeschichtlichen Werke die wichtigste Quellengruppe dar, da sie sich am stärksten auf das hier behandelte Thema konzentrieren. Letzteres geht aber Hand in Hand mit der politischen Geschichte des Burgenlandes, welches oft den Hintergrund kirchenpolitischer Entscheidungen darstellte. Es wurde also bei dieser Dissertation eine Vielzahl solcher Arbeiten verwendet, die einen politisch-historischen Fokus haben. Geographische, kulturgeschichtliche, lokalgeschichtliche oder biographische Werke liefern auch wichtige Angaben, welche zum Verständnis des Themas beitragen.

Zu allererst sollen hier zwei Aufsätze von Stefan László erwähnt werden, die den chronologischen Ansatzpunkt der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Entstehungsgeschichte der Apostolischen Administration darstellen: „Das Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur Burgenland“ (1950) und die im Folgejahr erschienene Abhandlung „Die

Geschichte der Apostolischen Administratur“ (1951).¹⁵ Im ersteren Aufsatz stellt der Verfasser fest, dass die Administratur damals lediglich auf eine kurze Geschichte zurückblicken konnte; ihre Gründung lag ja erst knapp ein Vierteljahrhundert zurück und seiner Meinung nach war das Burgenland damals für das übrige Österreich überhaupt ein „terra incognita“. ¹⁶ An diesem Zustand wollte niemand geringerer als der Autor dieser kurzen Zusammenfassungen, der spätere erste Bischof des Burgenlandes, etwas ändern. Der zweite Artikel des Autors beschäftigt sich etwa in einer halben Seite mit jener kurzen Übergangszeit, die der Errichtung der Apostolischen Administration vorausging und dann schließlich auch mit der Gründung derselben.¹⁷ Dabei beschränkte sich László zumeist nur auf die Aufzählung der wichtigsten historischen Fakten. Aber einige seiner Feststellungen, zum Beispiel über die abweichende Politik der zwei betroffenen ungarischen Bischöfe gegenüber der bevorstehenden Dismembration (aktiv und passiv), wurden noch später wiederholt in der Fachliteratur aufgegriffen.¹⁸

Im Weiteren ist die gründliche Erforschung des Themas „Apostolischen Administration Burgenland“ und ihrer Entstehung durch Prälat Josef Rittsteuer hervorzuheben, der diesem in einer Zeitspanne von einem halben Jahrhundert (1961-2010!) ein Buch und in eine Vielzahl an Artikeln etc. widmete. Seine Werke werden auch in dieser Dissertation oft herangezogen. Chronologisch erste in der Reihe ist sein 1961 erschienener Aufsatz „Die Errichtung der Apostolischen Administratur Burgenland“, der – bereits anhand seines Titels feststellbar – mit der hier präsentierten Arbeit thematisch vielfach übereinstimmt.¹⁹ Sein Buch „Kirche im Grenzraum. Ein Beitrag zur Kirchengeschichte der Diözese Eisenstadt“ (1968) ist ein umfassendes Werk über das christlich-katholische Leben im burgenländischen Raum von deren ersten Anfängen bis hin zur Gründung der Eisenstädter Diözese im Jahre 1960.²⁰ Der Entstehung der Apostolischen Administration widmet darin der Autor ein eigenes Unterkapitel.²¹ Das Buch ist auch deshalb wichtig, weil in dessen Einleitung die Forschungsgeschichte des burgenländischen Religionslebens bis dato zusammengefasst ist.²² Der Verfasser beklagt sich darin über die seiner Meinung nach weit verbreitete Ansicht, dass

¹⁵ Stefan László, Das Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur Burgenland. In: Österreichisches Archiv für Kirchenrecht, Wien 1950, 195-207; Stefan László, Die Geschichte der Apostolischen Administratur. In: Festschrift zugeeignet Sr. Exzellenz Dr. Josef Schoiswohl, O.o. 1951, 56-57.

¹⁶ László, Werden und Wachsen, 195.

¹⁷ László, Geschichte der Apostolischen Administratur, 36.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Josef Rittsteuer, Die Errichtung der Apostolischen Administratur Burgenland. In: Burgenländische Heimatblätter 23/3, Eisenstadt 1961, 130-137.

²⁰ Josef Rittsteuer, Kirche im Grenzraum. Ein Beitrag zur Kirchengeschichte der Diözese Eisenstadt, Eisenstadt 1968. Erklärtes Ziel des Autors war es, die bis dahin publizierten verschiedenen Beiträge über die Diözese Eisenstadt übersichtlich zusammenzufassen und nicht eine tiefgehende Analyse der historischen Entwicklung der Kirche auf dem Gebiet des Burgenlandes zu schreiben (Siehe: Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 10.).

²¹ Ebenda, 335-344.

²² Ebenda, 9-10.

außerhalb des Landes (gemeint ist dabei das Burgenland) in der Kirchengeschichtsschreibung „bisher nichts geschehen“ ist. In der zwei Seiten langen Einleitung beweist er das Gegenteil, indem er einige Arbeiten aufzählt, bei denen innerhalb der Teilgebiete Ortsgeschichte und Landeskunde auch die kirchliche Entwicklung des Burgenlandes behandelt wurde, und erwähnt auch einige burgenlandspezifischen kirchengeschichtliche Dissertationen, welche jedoch meistens ebenfalls nur einen lokalen oder regionalen Fokus haben, beziehungsweise lediglich Teilaspekte unter die Lupe nehmen, wie zum Beispiel das katholische Schulwesen. Aber über die Apostolische Administration/Administratur – die doch einen 38 Jahre langen Bestand hatte – führt er keine Arbeiten auf.²³

In den folgenden Jahren und Jahrzehnten nach der Erscheinung des oben genannten Buches vertiefte Rittsteuer selbst unsere Kenntnis über die Apostolische Administration und deren Entstehung in großem Maße: In seinem Aufsatz „Die kirchliche Entwicklung des Burgenlandes“ (1971) ging er beispielsweise auf die Haltung des westungarischen Klerus zum Anschluss des Gebietes an Österreich eingehend ein und schilderte auch den breiteren Kontext und jene Umstände, unter welchen die österreichische Regierung sich schließlich auf die Ernennung eines apostolischen Administrators für das Burgenland entschied und diese beim Heiligen Vater bewirkte.²⁴ Kurz zu erwähnen ist auch eine von ihm zusammengestellte, von 1918 bis 1975 reichende kurze Diözesanchronik, in der die Entstehungszeit der Apostolischen Administration inkludiert ist.²⁵ In seinem sieben Jahre später erschienenen Aufsatz über die Diözesanverwendung des Burgenlandes hob der Autor den kirchenrechtlichen Aspekt besonders hervor.²⁶ Dies ist auch deshalb wichtig, weil hier die rechtlichen Voraussetzungen für die Ernennung eines apostolischen Vikars oder Administrators erläutert wurden, beziehungsweise auch die Stellung der 1922 errichteten Apostolischen Administration Burgenland innerhalb der Metropole Gran und der ungarischen Kirche bis 1960. Auch die verschiedenen kirchenrechtlichen Lösungsansätze für das (spätere) Burgenland seitens des Heiligen Stuhles und der beiden betroffenen Länder nach dem Ersten Weltkrieg wurden hier übersichtlich präsentiert, sowie jene juridisch-administrativen Schritte nach 1922, welche schließlich zur Diözesanerhebung führten. In dem anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums der Diözese Eisenstadt herausgegebenen Jahrbuch (2010), erschien

²³ Im Fußnotenapparat des Unterkapitels über die Errichtung der Apostolischen Administration werden jedoch die beiden oben genannten Aufsätze von Stefan László zitiert (Siehe: Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 339, 343, Fn. 19, 38).

²⁴ Josef Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung des Burgenlandes. In: 50 Jahre Burgenland. Vorträge im Rahmen der Landeskundlichen Forschungsstelle am Landesarchiv, Eisenstadt 1971, 160-163.

²⁵ Josef Rittsteuer, Diözesanchronik 1918 bis 1975. In: Diözese Eisenstadt. Gestern-heute-morgen, Eisenstadt 1974, 100-109.

²⁶ Josef Rittsteuer, Die katholische Kirche – gestern und heute. In: Burgenländische Forschungen 70, Eisenstadt 1981, 92-109.

aus der Feder Rittsteuers eine Zusammenfassung der Diözesangeschichte, in der der Autor wiederum auch die Entstehung ihres Vorgängers kurz behandelte – im Prinzip auf der Basis seiner früheren Arbeiten.²⁷

Ein grundlegendes Werk, das unmittelbar die Errichtung der österreichischen Kirchenverwaltung im Burgenland zum Gegenstand hat, ist Josef Pöcks 1974 veröffentlichte Arbeit.²⁸ Im ersten, von Franz Loidl verfassten, Vorwort wird es als eine lange fällige Untersuchung des Themas bezeichnet, wodurch eine Lücke in der geschichtlichen Aufarbeitung der österreichischen Diözesanorganisation geschlossen wurde.²⁹ Was seine Gründlichkeit anbelangt, trifft dieses eindeutig zu: Nicht nur bis dato unerforschte Dokumente fanden darin Aufarbeitung, sondern auch (heute nicht mehr mögliche) Interviews mit Zeitzeugen.³⁰ Aufgrund dieser *oral history* Dokumentation mit damals noch lebenden Priestern war es möglich, weiteres Licht auf die Motive und Denkweise der westungarischen Bischöfe und Kleriker der entscheidenden Jahre um 1922 zu werfen. Eine solide wissenschaftliche Basis der Arbeit stellen die im Anhang angeführten statistischen Angaben über die genauen sprachlich-nationalen und religiösen Verhältnisse Westungarns dar, die etwa dreißig Seiten des insgesamt 128 Seiten starken Bandes ausmachen.³¹ Im Grunde genommen widerspiegelt bereits die Einteilung und Themenwahl der Kapitel die wichtigsten Bereiche, die für die komplexe Behandlung der Entstehungsgeschichte der Apostolischen Administration unerlässlich sind.³² Erstens – nach einem einleitenden geschichtlichen Überblick – untersucht Pöck auf der höchsten politischen Ebene die diplomatischen Schachzüge der österreichischen Regierung, zweitens die Reaktion der beiden betroffenen ungarischen Bischöfe, drittens die Ebene darunter, also den ihnen unterstellten Klerus im westungarischen Raum. In einem weiteren Kapitel geht der Autor unter dem Schlagwort „kirchliche Verwaltung“ auf vier verschiedene Bereiche ein, von denen streng genommen die erste die territorial-administrative Einteilung behandelt, die Dekanate und Pfarren des Gebietes. Weiters werden die dort ansässigen Orden und Kongregationen sowie auch die Patronatsfrage kurz erörtert; der konfessionellen und sprachlichen Zusammensetzung der Bevölkerung wird ebenfalls hier Platz gewidmet.

Was aber aus dieser eingehenden Arbeit fehlt, sind die Originalquellen der ungarischen Diözesanarchive Raab und Steinamanger, welche – wohl aufgrund der vom Eisernen Vorhang

²⁷ Josef Rittsteuer, Die Diözese Eisenstadt ist fünfzig. In: Burgenländisches Jahrbuch 2010. Begegnung Dialog. 50 Jahre Diözese Eisenstadt, Eisenstadt 2010, 11-13.

²⁸ Siehe Einleitung

²⁹ Ebenda, Vorwort von Franz Loidl, unpaginiert.

³⁰ Ebenda, Vorwort von Franz Loidl, unpaginiert.

³¹ Pöck, 86-116.

³² Pöck, I. (=Inhaltsverzeichnis)

geprägten historischen und politischen Umstände – für den Autor nicht zugänglich gewesen waren.³³ Aus diesem Grund kann also die Darstellung der Burgenlandpolitik der oben erwähnten ungarischen Bischöfe von vornherein nicht als komplett und abgeschlossen gelten. Insofern behebt die hier vorliegende Doktorarbeit ein großes Defizit.

In seinem Buch über die Diözese Eisenstadt (1987) beschäftigte sich Friedrich Schleinzer in einem von dessen Kapiteln mit den verschiedenen deutsch-nationalen und magyarischen Vorstellungen über Westungarn im Zeitraum von 1867 bis 1922.³⁴ Er ging dabei auf die Gründe für die überwiegend magyarische Gesinnung der dortigen Priesterschaft eingehend ein, und wie sie dieses in ihrem Tätigkeitsfeld zum Ausdruck brachte.³⁵ Er führte aber auch einige Gegenbeispiele aus dem Jahr 1922 an, in denen Geistliche ihre Treue zu Österreich demonstrierten.³⁶ Dem in der Frage der Landeszugehörigkeit engagierten Klerus stellte der Autor eine eher apathische, wenig problembewusste Landbevölkerung entgegen.³⁷ Als einen hoch interessanten Beitrag führte er die kirchenrechtlichen Lösungsvorschläge des von der Wiener Regierung ernannten Landesverwalters für das Burgenland, Dr. Robert Davy an, aus einer Zeit unmittelbar nach der Ödenburger Volksabstimmung.³⁸ Im Gegensatz zu vielen österreichischen Verfassern zeigte Schleinzer mehr Verständnis für die ablehnende Haltung des ungarischen Bischofs von Steinamanger, der infolge der Neuregelung erhebliche Teile seiner Diözese einbüßen musste.³⁹ Eine weitere einschlägige Arbeit stellt ein Artikel von Eva Nickl über die evangelische und katholische Kirche des Burgenlandes seit 1921 dar (1991), die aber im Prinzip auf der bereits vorhandenen Sekundärliteratur basiert.⁴⁰

In den letzten ca. zwei Jahrzehnten wurden an der Universität Wien eine Reihe von weiteren Diplom- und Doktorarbeiten geschrieben, die die katholische Kirche des Burgenlandes als ihr Hauptthema behandelt hatten und auch im speziellen auf die Vorgeschichte der Errichtung der Apostolischen Administration eingingen und zum Teil wertvolle neue Details liefern.⁴¹ Die

³³ Pöck, 2-3. Der Verfasser hebt in seinem Vorwort, der auch einen kurzen Überblick über die Quellenlage darstellt, von den bis 1974 vorhandenen Werken jene von László, Rittsteuer, Stirling und Engel-Janosi als wichtigste Sekundärquellen hervor.

³⁴ Friedrich Schleinzer, *Zwischen Festhalten und Wagen. Plädoyer für eine erneuerte Pastoral am Beispiel der Diözese Eisenstadt*. Wien–Salzburg 1987. Besonders themenrelevant ist dabei Kapitel 2. Diese wurde zwei Jahre zuvor bereits in einem selbständigen Artikel in der Zeitschrift „Burgenländische Heimatblätter“ publiziert: Friedrich Schleinzer, *Von Westungarn zum Burgenland. Magyarischer und deutsch-österreichischer Nationalismus 1867-1922*. In: *Burgenländische Heimatblätter* 47/3, Eisenstadt 1985, 97-106.

³⁵ Ebenda, 32-36.

³⁶ Ebenda, 34.

³⁷ Schleinzer, *Zwischen Festhalten und Wagen*, 26.

³⁸ Damals musste ja die von österreichischer Seite ursprünglich konzipierte Idee einer „Diözese Ödenburg“ endgültig aufgegeben werden. Schleinzer, *Zwischen Festhalten und Wagen*, 32-33.

³⁹ Ebenda, 31.

⁴⁰ Eva Nickl, *Glaubenssache. Die evangelische und katholische Kirche des Burgenlandes seit 1921*. In: Elisabeth Deinhofer, Traude Horvath (Hg.), *Grenzfall. Burgenland 1921-1991*, Großwarasdorf 1991, 105-114.

⁴¹ Diese Arbeiten wurden in erster Linie im Studienfach Geschichte und auf der Katholisch-Theologischen Fakultät verfasst.

Arbeit Andreas Hubers (1996) setzt sich zwar mit der NS-Zeit auf dem Gebiet des Burgenlandes und auf ihre Auswirkung auf die dortige katholische Kirche auseinander, aber in der Einleitung behandelt er auch kurz die Entstehungsgeschichte der Apostolischen Administration – in erster Linie Rittsteuer zitierend.⁴² Christian Hanners Diplomarbeit über das umfassende Thema „katholische Glaubensleben im Burgenland“ (2001) befasst sich in einem Unterkapitel des zweiten Teils mit der Apostolischen Administration (1.1.) und geht auf ihre Errichtung näher ein, wobei er hauptsächlich die oben erwähnte Arbeit Josef Pöcks verwendet.⁴³ Er gibt eine Übersicht über die ersten österreichischen Vorstellungen bezüglich der kirchenrechtlichen Neuordnung Deutsch-Westungarns und später auch über die diplomatischen Schritte der Wiener Regierung beim Heiligen Stuhl um die Bestellung eines apostolischen Delegaten, beziehungsweise eines Administrators (nach 1921) zu bewirken. Dabei führt er auch die Gegenmaßnahmen seitens der ungarischen Diplomatie und besonders jene der betroffenen ungarischen Bischöfe und des ihnen unterstehenden lokalen Klerus auf. Leider sind aber zu wenige faktische Details angegeben, welche die Aussagen unterstützen, und der Fußnotenapparat ist auch sehr knapp gehalten. Eine weitere relevante kirchenhistorische Abschlussarbeit aus dem Jahre 2001 ist Stefan Kramers Monographie über die erste Synode der Diözese Eisenstadt im Jahre 1959.⁴⁴ Darin befasst sich der Autor in einem eigenen Kapitel mit der Entstehung der Apostolischen Administration, die politische und kirchendiplomatische Ereignisgeschichte widergebend. Die thematische Überschneidung mit der hier vorliegenden Dissertation beläuft sich lediglich auf etwa fünf bis sechs Seiten.⁴⁵ Das knapp gehaltene Fußnotenapparat stützt sich in diesem kurzen Teilbereich hauptsächlich auf die Arbeiten von Josef Rittsteuer und auf die „Pionierarbeit“ von Bischof László, „Das Werden und Wachsen der Apostolischen Administration Burgenland“ (1950). Da der Fokus der Arbeit nicht auf der Vorgeschichte der Diözese beruht, sind darin keine neuen Erkenntnisse über den Zeitraum 1919 bis 1922 enthalten.

Eine rezente Diplomarbeit von Matthias Szabó (2009) konzentriert sich unmittelbar auf die kritischen Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, und nimmt sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche im ehemals westungarischen Raum unter die Lupe.⁴⁶ „Oktroyierter Umbruch oder beherzter Aufbruch?“ – so lautet der erste Teil ihres Titels, und der Verfasser

⁴² Andreas Huber, Die katholische Kirche des Burgenlandes während der Jahre 1938-1945, Diplomarbeit. Wien 1996.

⁴³ Christian Hanner, Das katholische Glaubensleben im Burgenland von den Anfängen bis in die Gegenwart, Diplomarbeit. Wien 2001, 67-69.

⁴⁴ Stefan Kramer, Die erste Synode der Diözese Eisenstadt 1959. Hintergründe, Vorbereitung, Durchführung und Bedeutung für die Diözese, Diplomarbeit. Wien 2001.

⁴⁵ Ebenda, 12-16.

⁴⁶ Matthias Szabó, Oktroyierter Umbruch oder beherzter Aufbruch? Die pastoralen Folgen der Angliederung Deutschwestungarns an Österreich für die katholische und evangelische Kirche im Burgenland, Diplomarbeit. Wien 2009.

greift damit eines der Kernpunkte auf, die auch diese Dissertation untersuchen will: Wie die Betroffenen selbst auf die Veränderung der politischen und diözesanen Grenzen reagierten. Szabó, der seine Arbeit an der Katholisch-Theologischen Fakultät präsentierte, untersuchte viele Bereiche, die hier noch weitere Aufarbeitung finden und mit zusätzlichen Beispielen belegt werden: Es wurde die parteipolitische Haltung im westungarischen Raum über die Angliederung des Gebietes an Österreich dargelegt sowie damit im Zusammenhang auch jene der Bevölkerung, wobei die wirtschaftlichen Motive gleichfalls erläutert wurden.⁴⁷ Auch die Umstände der Festlegung der neuen politischen Grenze nach den Friedensschlüssen von St. Germain-en-Laye und Trianon – die vielleicht wichtigste Voraussetzung für die Errichtung der Apostolischen Administration – hat der Autor in ausreichendem Maße erörtert.⁴⁸ Dabei hat er den Kontext der internationalen Großmachtpolitik bezüglich der Burgenlandfrage als Einleitung ebenfalls dargelegt. Anschließend wurden die diplomatischen Schritte der Wiener Regierung beim Heiligen Stuhl skizziert.⁴⁹ Obwohl grundsätzlich aus österreichischer Perspektive präsentiert, findet man auch ein Unterkapitel über die Gegenreaktion der ungarischen Bischöfe.⁵⁰ Über die Einstellung des burgenländischen Klerus zum Anschluss an Österreich führte Szabó Beispiele aus der Zeit nach der Ernennung des Wiener Erzbischofs zum Apostolischen Administrator des Gebietes an.⁵¹ (In der hier vorliegenden Doktorarbeit wird der Schwerpunkt quellenmäßig auf die Zeit vor dem Mai 1922 gelegt.) Der Verfasser widmet dem konfessionellen Schulwesen breiten Raum (Kapitel 7), die Position des Lehrpersonals in der Anschlussfrage wird aber dabei nicht behandelt.⁵² Insgesamt ist etwa ein Drittel der Diplomarbeit aus der Sicht meiner Dissertation thematisch relevant. Auffällig ist, dass beim Ersteren – abgesehen von einem deutschsprachigen Artikel des Bischofs von Steinamanger aus 1921 – keine einzige ungarische Quelle herangezogen wurde, weder Originaldokumente, noch Fachliteratur. Dies wäre jedoch im Falle einer Arbeit, die sich mit den Konsequenzen eines Gebietstransfers auseinandersetzt, vielleicht wünschenswert gewesen.

Unter den Werken jüngeren Datums ist noch Anton Stirlings rechtsgeschichtliche Untersuchung der apostolischen Administration/Administratur Burgenland zu erwähnen

⁴⁷ Ebenda, 9-11 (Unterkapitel 2.2).

⁴⁸ Ebenda, 11-13 (Unterkapitel 2.3).

⁴⁹ Ebenda, 14-19 (Unterkapitel 3.1, 3.3).

⁵⁰ Ebenda, 16-17 (Unterkapitel 3.2). Vgl. Pöck, Kapitel IV.

⁵¹ Szabó, 20-22, 28-33. Die Zeitgrenze von 1922 ist in diesem Zusammenhang insofern irrelevant, als dass sich die Sympathien der Geistlichen nach diesem Datum wahrscheinlich nicht erheblich verändert hatten: Pro-magyarisch denkende Priester werden wohl vor der Dismembration (von den ungarischen Mutterdiözesen) über diese Frage nicht anders gedacht haben.

⁵² Ebenda, 60-72.

(2000), welche auch in der vorhergehenden Diplomarbeit herangezogen wurde.⁵³ Dieses ist aber weit mehr, als eine minutiöse kirchenrechtliche Abhandlung, in der die Apostolische Administratur sowie deren Hierarchie genau definiert und erklärt werden. Die Arbeit besteht aus zwei klar abgegrenzten Hauptteilen: Von den drei Kapiteln umfassenden ersten Teil (Seite 17-54), die als geschichtliche Einführung dient, sind die ersten beiden von höchster Relevanz, da sie die politische und kirchliche Entstehungsgeschichte des Burgenlandes bis 1922 behandeln. Das I. Kapitel beschäftigt sich mit der politischen Loslösung des burgenländischen Gebietes von Ungarn, wobei auch geschildert wird, wie sich innerhalb der deutschen Bevölkerung – d.h. unter den Gläubigen – der Anschlussgedanke im untersuchten Zeitraum Fuß fasste und sich verbreitete.⁵⁴ Das II. Kapitel befasst sich in ihren drei Unterkapiteln mit dem Kernthema meiner Dissertation. Im Ersten werden die Motive, Vorstellungen und diplomatischen Schritte der österreichischen Regierung zur Verwirklichung einer von Ungarn unabhängigen Kirchenadministration im Burgenland erörtert (bis zur Diözesanerhebung 1960).⁵⁵ Zweitens – wie bei Josef Pöck und später bei Matthias Szabó – wird auch die Reaktion der ungarischen Bischöfe in Raab und Steinamanger unter die Lupe genommen.⁵⁶ Der Standpunkt beider Seiten – auch die ablehnende Haltung der Magyaren gegenüber der politisch-kirchlichen Abtrennung des Burgenlandes – wird dabei vom Verfasser mit sehr viel Einfühlungsvermögen nachvollzogen.⁵⁷ Schließlich werden in diesem zweiten Kapitel die Verhandlungen des österreichischen Gesandten in Rom behandelt, die im Endeffekt zur Durchsetzung des von ihm vertretenen Standpunktes führten.⁵⁸ Die damit verbundene komplexe innen- und außenpolitische Problematik, welche die österreichische Regierung dabei berücksichtigen musste, ist in einem Überblick auch vorgestellt, die Gegenschritte der ungarischen Diplomatie werden aber nur sehr flüchtig berührt.⁵⁹

Der komplette zweite Hauptteil der Arbeit über den kirchenrechtlichen Hintergrund ist – unter anderem – insofern für diese Dissertation interessant, weil es sein erklärtes Ziel ist, der Absicht des Heiligen Stuhles bei der Errichtung jener administrativen Übergangslösung, wie

⁵³ Anton Stirling, *Die apostolische Administratur Burgenland. Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung*, Eisenstadt 2000. Dabei verweise ich auf das hier zitierte Erscheinungsjahr, denn bereits Pöck berief sich 1974 auf die Arbeit dieses Autors. Vgl. Pöck, 3. Stirling selbst weist darauf hin, dass er noch vom früheren, bis 1992 amtierenden ersten Bischof des Burgenlandes, DDr. Stefan László zur Verfassung des Bandes angeregt worden war. Siehe: Seite 13.

⁵⁴ Stirling, 20-28.

⁵⁵ Ebenda, 29-33.

⁵⁶ Stirling, 33-41.

⁵⁷ Besonders auf Seiten 25 und 33-36.

⁵⁸ Im Kern ging es dabei darum, die römische Kurie über die Notwendigkeit eines apostolischen Administrators zu überzeugen, und im nächsten Schritt die Person des Wiener Erzbischofs durchzusetzen. Stirling, 41-45.

⁵⁹ Über die Bemühungen der ungarischen Seite während der Endphase der kirchenpolitischen Verhandlungen über das Burgenland erfährt man hier lediglich aus ihren Gegenreaktionen auf die österreichischen Initiativen. Stirling, 40-41, 44.

es die Apostolischen Administration nun war, nachzugehen.⁶⁰ Ebenfalls von Interesse ist dabei die eingehende Untersuchung über die territoriale Ausbildung dieses Gebietes, die doch nicht sozusagen auf einen Schlag stattfand.⁶¹

Im Weiteren sollen Geschichtswerke erwähnt werden, die sich allgemein mit dem Burgenland befassen: Sie sind insofern relevant, als dass in ihnen Raum für die Darstellung der kirchlichen Verhältnisse des Bundeslandes gewidmet wurde, oder sie sind für die Dissertation wegen der Erläuterung des geschichtlichen Hintergrundes der Jahre 1918-1922 besonders wichtig. Die kirchenrechtlichen Lösungsansätze entstanden und veränderten sich ja in dieser turbulenten Zeit als Folge von komplexen politischen Ereignissen, welche auch die Einstellung der westungarischen Bevölkerung zur Anschlussfrage prägte.

An erster Stelle sind zwei Artikel von Gerald Schlag zu nennen. Die chronologisch frühere (1970) unter ihnen behandelt die Burgenlandfrage im Kontext der internationalen Politik, überraschender Weise aus der Perspektive Ungarns.⁶² Es wird darin geschildert, wie die ungarische Diplomatie zwischen 1919 und 1921 verzweifelt versucht hat, in Anlehnung an die Großmächte (Italien, Frankreich, später Deutschland) eine Besserung der Friedensbedingungen herbeizuführen, und im Speziellen die Abtretung Westungarns an Österreich zu verhindern. Dabei spielten auch „kirchliche Kreise“ eine Rolle: Die diesbezüglichen Schritte des Fürstprimas von Ungarn werden genannt, sowie jene westungarischen Abgeordnete, die dem magyarisierten Klerus angehört hatten.⁶³ Der zweite Aufsatz von Schlag (1971), der hier genannt werden soll, hat die burgenländische Parteilandschaft zwischen 1921 und 1934 zum Thema.⁶⁴ Er ist insofern von Bedeutung für die Dissertation, als dass in ihm die Einstellung der jeweiligen Parteien zum Anschluss an Österreich erörtert wird, und man dadurch auch auf die Sympathien und Interessen ihrer Wählerschaft (also der Gläubigen) folgern kann. Ebenfalls von Bedeutung ist, dass der Verfasser einen Überblick über die Christlichsoziale Partei gibt, welche von den drei damaligen Parteien die am ehesten pro-ungarisch ausgerichtete war, und unter deren Abgeordneten und prominentesten Mitgliedern sich zahlreiche katholische Kleriker der von der Dismembration betroffenen ungarischen Diözesen Raab und Steinamanger befunden hatten – Schlag bezeichnet sie sogar als „tragende Schicht der frühen Christlichsozialen

⁶⁰ Ebenda, 57. Mit diesem Schritt wurde ja die vollständige Trennung des Gebietes vom ungarischen Kirchenverband noch vermieden!

⁶¹ Siehe: Kapitel V. Die West- und Ostgrenzen werden dabei – verständlicher Weise – getrennt behandelt. Stirling, 82-93.

⁶² Schlag, Zur Burgenlandfrage, 97-125. Wie bereits betont, ist bei diesem Aufsatz auffallend, dass der Autor zum Teil auch ungarische Sekundärliteratur dafür verwendete, wie dies aus dem Fußnotenapparat ersichtlich ist.

⁶³ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 110-111.

⁶⁴ Gerald Schlag, Die politischen Parteien des Burgenlandes 1921-1934. In: 50 Jahre Burgenland. Vorträge im Rahmen der Landeskundlichen Forschungsstelle am Landesarchiv, Eisenstadt 1971, 93-107.

Partei“.⁶⁵ Es werden auch die – laut Verfasser – zwei wichtigsten Motive der Christlichsozialen für den Verbleib bei Ungarn aufgeführt (Verantwortung für das gesamte Deutschtum in Ungarn, ideologische Aversion gegen das „rote Wien“).⁶⁶ Ihr Auftreten auf der Seite Ungarns wird mit einem konkreten Beispiel veranschaulicht.⁶⁷ Es wird auch darauf hingewiesen, dass nach der *de facto* Übernahme des Burgenlandes durch Österreich die Parteimitglieder vor eine Entscheidung gestellt waren: Die kompromisslos pro-ungarischen unter ihnen zogen sich nach Ödenburg zurück, oder sie fügten sich in die veränderten Umstände.⁶⁸

Als nächste Quelle sei ein Buch zu erwähnen, das die Geschichte des Burgenlandes in der Zwischenkriegszeit, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges untersucht. Richard Berczeller und Norbert Leser, beide Nachfahren zweier führenden Sozialdemokraten aus der Zeit der Angliederung des Burgenlandes an Österreich, widmeten in ihrem Buch über die Institutionen des Bundeslandes ein eigenes Kapitel der katholische Kirche.⁶⁹ Von einer universalen Betrachtung der Kirche ausgehend, untersuchen sie deren Verhältnis zur Macht – im Falle des burgenländischen Klerus stellen sie missbilligend fest, dass er integraler Teil der „feudalen Ordnung“ Ungarns gewesen war und als solcher die Zeichen der Zeit nicht erkannt hatte.⁷⁰ Im Zusammenhang damit wird festgestellt, dass die „große Mehrheit“ ihrer Vertreter in der kritischen Zeit unmittelbar vor dem Anschluss des Gebietes an Österreich auf der Seite Ungarns verharrte, mit der Ausnahme von einigen wenigen pro-österreichisch Denkenden, die damals wegen der ihnen drohenden Verfolgung nach Österreich fliehen mussten.⁷¹ Priester und Gläubige werden in dieser Frage einander gegenübergestellt: Den Verfassern nach gingen letztere „...andere und zukunftsweisendere Wege [...] als ihre Seelsorger“.⁷² Tendenziell mag dies zwar stimmen, aber *en bloc* trifft es mit Sicherheit nicht zu. Im Verlauf der Dissertation muss dieses Bild nuanciert werden. Wie bereits vom Titel ablesbar, deklariert aus österreichischer Perspektive geschrieben, bringt es wenig Empathie für eine andere Überzeugung der burgenländischen Geistlichen auf.

⁶⁵ Schlag, Die politischen Parteien, 97-99.

⁶⁶ Ebenda, 98.

⁶⁷ Es wird eine in Ödenburg gehaltene Rede Dr. Johannes Hubers aus dem Jahre 1921 zitiert. Der Kanonikus war maßgeblich daran beteiligt, dass Ödenburg schließlich bei Ungarn verblieb. Ebenda, 98-99.

⁶⁸ Ebenda, 99.

⁶⁹ Richard Berczeller, Norbert Leser, ...mit Österreich verbunden. Burgenlandschicksal 1918-1945, Wien 1975. Über die prominenten Vorfahren der Autoren, siehe: Schlag, Die politischen Parteien, 96-97 (Adolf Berczeller, Ludwig Leser).

⁷⁰ Berczeller, Leser, 195-197.

⁷¹ Ebenda, 197-199.

⁷² Ebenda, 198.

Eine Gesamtdarstellung der Geschichte des Burgenlandes stammt von August Ernst.⁷³ Darin gibt der Verfasser einen Überblick über die Entstehung des Bundeslandes, von den ersten Anschlussbewegungen am Anfang des 20. Jahrhunderts bis hin zur definitiven Festsetzung der burgenländischen Ostgrenze 1922/23 – also über die politische Ereignisgeschichte.⁷⁴ Darüber hinaus sind noch aus der kirchenhistorischen Perspektive eigentlich nur geringe Teile des Bandes von Bedeutung: Der kurze Abriss über die politischen Parteien, im spezifischen über die Christlichsoziale Partei soll in diesem Kontext hervorgehoben werden, weil in deren Elite die westungarischen Priester eine bedeutende Rolle spielten – letztere werden auch namentlich erwähnt.⁷⁵ Die Kirchengeschichte des Burgenlandes im 20. Jahrhundert wird nur flüchtig, auf einer knappen Seite zusammengefasst, die Errichtung der Apostolischen Administration gar nur mit einem Absatz erledigt.⁷⁶ Erwähnenswert ist noch die kurze Darstellung des konfessionellen Schulwesens.⁷⁷ Eine wesentlich frühere Arbeit, in der die kirchliche Entwicklung des Burgenlandes nicht einmal vorkommt, aber hier trotzdem erwähnt werden muss, stammt von Walter Dujmovits (1965).⁷⁸ Grund dafür ist, dass sie eine sehr komplexe Analyse über die Länderpräferenz der burgenländischen Bevölkerung – also auch der katholischen Gläubigen – bis zum Anschluss an Österreich darstellt, in der die historischen, ethnischen, soziologischen, wirtschaftlichen Aspekte, wie auch kulturelle politische, konfessionellen und geographischen Gesichtspunkte in einem ausgewogenen Überblick präsentiert werden. Sie stellt einen wichtigen Hintergrund für die Untersuchung der Beziehung zwischen „Klerus und Volk“ im westungarischen Raum dar.

Von herausragender Bedeutung ist aber eine Arbeit, die sich mit der aus unserer Sicht wichtigsten politischen Interessensvertretung des Burgenlandes befasst: Mit der Christlichsozialen Partei. In der Monographie von Günter Michael Unger (1965), welche die Parteigeschichte von ihren ungarischen Wurzeln vor 1922 bis zum Jahre 1934 aufarbeitet, ist hauptsächlich die Schilderung der Anfangszeit bis zum Jahr 1923 von höchster Relevanz.⁷⁹ Der Autor stellt die Christlichsozialen in der Gründungsphase (um 1919) als eine klerikal dominierte Elitepartei mit nur wenig Rückhalt in der weitgehend apolitischen Lokalbevölkerung dar, die sich (anfangs) eindeutig für einen Verbleib Westungarns beim

⁷³ August Ernst, *Geschichte des Burgenlandes*. Wien 1987.

⁷⁴ Ernst, 186-200.

⁷⁵ Ebenda, 204.

⁷⁶ Ebenda, 231-232.

⁷⁷ Ebenda, 298-299.

⁷⁸ Walter Dujmovits, *Die Haltung der westungarischen Bevölkerung zur Frage des Anschlusses des Burgenlandes an Österreich*. In: *Burgenländische Heimatblätter* 27/1-2, Eisenstadt 1965, 57-69.

⁷⁹ Günter Michael Unger, *Die Christlichsoziale Partei im Burgenland*. In: *Burgenländische Forschungen* 49. Eisenstadt 1965.

Mutterland engagierte, aber auch für eine Autonomie der deutschen Volksgruppe auftrat.⁸⁰ Unger setzt sich auch kritisch mit ihrer Publizistik auseinander: Er weist darauf hin, dass die von der Partei inszenierten anschlussfeindlichen Protestaktionen darin bewusst hochgespielt wurden, um den Eindruck einer Volksbewegung zu erwecken.⁸¹ Im Band werden auch die Führungspersönlichkeiten der Bewegung vorgestellt, von denen einige seit 1920 als Abgeordnete in der ungarischen Nationalversammlung tätig waren: Zu Ihnen gehörten der Nationalitätenminister Jakob Bleyer und der Ödenburger Kanonikus Johannes Huber – um die beiden wichtigsten unter ihnen zu nennen. Letzteren beschreibt der Verfasser als einen „Fanatiker“, der nicht in der Lage war, seine Traditionen zu überwinden.⁸² Dagegen werden jene Priester, die „irgendwie für Österreich“ waren, als Realisten geschildert. Nach der Angliederung Westungarns an Österreich spielten zwei von ihnen im burgenländischen Landtag eine prominente Rolle: Michael Gangl als Obmann und als Landesparteisekretär der Christlichsozialen Partei, sowie Johann Thullner, der später sogar als Landeshauptmann fungierte (ab 1929).⁸³ Der Autor wirft den Christlichsozialen vor, dass die österreichische Anschlusspropaganda in Westungarn auch deshalb so wirksam sein konnte, weil sie es in der Anfangszeit vernachlässigt hätten, eine breite Parteibasis auszubauen.⁸⁴ Unger weist in seinem Buch auch auf die prekäre Situation des überwiegend pro-ungarisch eingestellten Klerus des Burgenlandes hin, die in den 1920-er Jahren zwischen zwei Fronten geraten war: Bis zum Anschluss wurden diese Geistlichen von ungarischen Chauvinisten des Pangermanismus bezichtigt (die in Ungarn verbliebenen Priester auch später), nach 1921 gerieten sie als „Magyaronen“ ins Kreuzfeuer der übrigen burgenländischen Parteien.⁸⁵ Ein großer Verdienst des Verfassers ist es, dass er wahrscheinlich als erster in der einschlägigen Fachliteratur die wenigen Anschlussbefürworter unter den burgenländischen Klerikern zusammenfasst und namentlich auflistet, auch wenn seine Liste geringfügiger Korrektur bedarf.⁸⁶ Zuletzt soll auch noch das Schulaufsichtsgesetz von 1922 als thematisch interessanter Teil des Bandes erwähnt werden: In diesem parteipolitisch-ideologischen Kampf um das konfessionelle Schulwesen wurden nämlich die „magyarenfreundlichen Pfarrern“ als

⁸⁰ Unger, 1-3, 5, 19.

⁸¹ Ebenda, 1-3.

⁸² Ebenda, 15-16, 19-20.

⁸³ Ebenda, 8, 19, 22, 37, 39, 43, 47-48, 127, 143-145. Siehe auch: Johann Kriegler, Politisches Handbuch des Burgenlandes. 1. Teil (1921-1938), Eisenstadt 1972, 90 (Gangl), 123 (Thullner).

⁸⁴ Unger, 19.

⁸⁵ Ebenda, 19-20, 24-25.

⁸⁶ Laut Fußnotenapparat stützte sich dabei Unger auf einen Zeitungsartikel des nordburgenländischen Priesters Ladislaus Stehlik, der selbst ein lautstarker Verfechter des Anschlusses war. Es waren aber nicht nur vier burgenländische Geistliche, die vor dem Zorn der ungarischen Freischärler flüchten mussten: Wie man später noch sehen wird, sind aus der Steinamangerer Diözese zumindest noch zwei weitere Beispiele bekannt (der Pfarrer von St. Michael, Franz Thomas, sowie der Pfarrer von Hannersdorf, Franz Fandl). Siehe noch darüber mehr im Detail im einschlägigen Unterkapitel 9.1.2. Unger, 25.

Schulleiter abgelöst.⁸⁷ Die Behandlung des Themas hier ist insofern relevant, als dass man auch von der *Status quo ante*, also über die schulischen Verhältnisse vor 1922 einen Eindruck bekommt.

Es ist vielleicht auf den ersten Eindruck etwas eigenwillig anmutend, Andrew F. Burghardts „The Political Geography of Burgenland“ (1958) unter den österreichischen Quellen anzuführen, aber aufgrund des darin verwendeten Materials lässt er sich hier einreihen: Der Autor stützt sich fast ausschließlich auf deutschsprachige Werke.⁸⁸ Inhaltlich ist aber diese Kategorisierung problematischer, da der Amerikaner eine weit objektivere Position als die meisten in Österreich verfassten Arbeiten vertritt; dies ist sicherlich mit seiner Rolle als Außenstehender zu erklären. Das Buch von Burghardt untersucht den Anschluss Westungarns an Österreich von den gleichen Aspekten her, wie der etwas spätere, oben erwähnte Aufsatz von Dujmovits, mit dem Unterschied, dass hier weniger die sozialen und wirtschaftlichen als die großmachtpolitischen Dimensionen beleuchtet werden. Mit den kirchlichen Verhältnissen setzt er sich im kurzen Unterkapitel „Ecclesiastical Subdivision of Burgenland“ auseinander.⁸⁹

Als nächstes möchte ich eine kirchengeschichtliche Arbeit nennen, die sich mit der österreichischen Vatikandiplomatie der Zwischenkriegszeit auseinandersetzt. Aus dem umfassenden Werk von Friedrich Engel-Janosi (1971) erfährt man wichtige Details über jene Schritte, die schließlich zur Errichtung der Apostolischen Administration des Burgenlandes führten.⁹⁰ Beim Lesen des Buches bekommt man einen guten Eindruck darüber, welche persönlichen Faktoren dazu beitrugen, dass für Österreich eine solche günstige Lösung entstand. Wichtig ist noch, dass man auch über die kirchenpolitische Denkweise der beiden Hauptentscheidungsträger, Benedikt XV. und Pius XI. (1922-1939), einiges erfährt. Vom gleichen Verfasser stammt eine etwas frühere, kurze Abhandlung (1968), die sich speziell auf die Tätigkeit des österreichischen Verhandlers beim Heiligen Stuhl, Ludwig von Pastor in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts konzentriert, also auch auf jene kurze Periode, in der über das Schicksal des Burgenlandes entschieden wurde.⁹¹ Man kann darin über die „privilegierte Stellung“ Pastors am Hofe Benedikts XV. lesen, was eine wichtige Hintergrundinformation über seine Verhandlungserfolge darstellt, aber enttäuschender Weise steht über das Burgenland selbst lediglich ein einziges Zitat.⁹²

⁸⁷ Unger, 47-55. Der Schulfrage wird noch im Unterkapitel 10.4. Raum gewidmet.

⁸⁸ Andrew F. Burghardt, *The political geography of Burgenland*. National Academy of Sciences – National Research Council, Washington 1958.

⁸⁹ Burghardt, 238-242.

⁹⁰ Friedrich Engel-Janosi, *Vom Chaos zur Katastrophe. Vatikanische Gespräche 1918 bis 1938*, Wien–München 1971, 35-38, 47-50, 72-74.

⁹¹ Friedrich Engel-Janosi, *Die diplomatische Mission Ludwig von Pastors beim Heiligen Stuhle 1920-1928*, Wien 1968.

⁹² Ebenda, 4-5, 18.

Mit der oben zitierten Arbeit von Engel-Janosi kann man zu einer Quellengruppe überleiten, zu der sein Werk über die diplomatische Mission Ludwig von Pastors bei der päpstlichen Kurie gewissermaßen auch dazugehört: Zur Gruppe der biographischen Arbeiten über jene Zeitgenossen, die mit der Apostolischen Administration und deren Entstehung in Zusammenhang zu bringen sind. Zu allererst soll hier eine Dissertation erwähnt werden, welche über den ersten Administrator, Kardinal Piffl verfasst wurde.⁹³ In dieser befasst sich ein kurzes Kapitel mit dem Thema „Administratur Burgenland“, in dessen einleitendem Teil auch die Entstehungsgeschichte skizziert wird: Der *status quo ante*, die erste Eingabe der österreichische Regierung an den Hl. Stuhl im Jahre 1919 zur Entsendung eines apostolischen Delegaten und schließlich – ohne auf die schwierigen Prämissen einzugehen – die Ernennung des Wiener Erzbischofs zum apostolischen Administrator.⁹⁴ Die Gegenschritte der ungarischen Kirchenführung vor und nach letzterer Entscheidung (Bestellung eines burgenländischen Generalvikars durch den Bischof von Steinamanger, Protest des ungarischen Fürstprimas gegen die Ernennung Piffels) werden auch knapp berührt.

Josef Mayers Doktorarbeit über den ersten Provikar des Burgenlandes (1975) setzt zwar zeitmäßig – auch bedingt durch die Funktion der behandelten Person – unmittelbar nach der Gründung des Vorgängers der Diözese Eisenstadt an, trotzdem kann man darin wertvolle Informationen finden, beispielsweise über die Einstellung des burgenländischen Klerus zu Österreich (und zum neuen Oberhirten in Wien) und über ihre politische Tätigkeit, die auch hier relevant sind.⁹⁵ Von speziellem Interesse ist ein Unterkapitel, das der Verfasser den in der Politik tätigen westungarischen/burgenländischen Priester widmet.⁹⁶ Der Fokus liegt zwar wiederum überwiegend auf den Jahren nach 1921/22, wobei zwei führende Persönlichkeiten hervorgehoben werden (Michael Gangl und Josef Thullner), es liefert aber auch konkrete Angaben über die Anschlussbefürworter unter der westungarischen Priesterschaft in der Zeit vor der politisch-kirchlichen Neuordnung.⁹⁷ Erwähnenswert ist noch an dieser Stelle ein kurzer Aufsatz von Franz Loidl über Provikar Hlawati, der Mayers Arbeit fast unmittelbar vorausging (1971).⁹⁸ Eine ihrer Gattung nach andere Sekundärquelle als die bisher

⁹³ Maximilian Liebmann, Die Rolle Kardinal Piffels in der österreichischen Kirchengeschichte. Diss. Graz 1960.

⁹⁴ Liebmann, 221-223. Neue Erkenntnisse liefert dieser Teil der Dissertation freilich wenig, seine Einleitung basiert hauptsächlich auf dem von Stefan László 1950 verfassten Aufsatz „Das Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur Burgenland.“ Vgl. Kap. 1.1.

⁹⁵ Josef Mayer, Franz Hlawati. Der erste Provikar des Burgenlandes. Diss. Wien 1975. Sämtliche Kurzbiographien liefern auch gute Anhaltspunkte, von denen ich eine burgenlandspezifische Arbeit erwähnen möchte: Raimund Temel, Die Diözesanbischöfe von Raab/Győr, Steinamanger/Szombathely und Eisenstadt. Ein biographisches Nachschlagewerk, Eisenstadt 2008.

⁹⁶ Mayer, 211-217.

⁹⁷ Ebenda, 213, Fn. 533.

⁹⁸ Franz Loidl, Prälat Dr. phil. Franz Hlawati Schulfachmann und erster Provikar des Burgenlandes. In: Beiträge zur Wiener Diözesangeschichte 109, Wien 1971, 35-38. Loidl erscheint auch als einer der beiden Referenten

angeführten ist das von Johann Krieger verfasste politische Handbuch des Burgenlandes (1972), das hier wegen den darin enthaltenen Kurzbiographien der politisch tätigen Priesterschaft zu nennen ist.⁹⁹

Zu den nichtkirchlichen Werken gehört eine Arbeit von Peter Haslinger über die ungarische Irredenta im Burgenland im Jahrzehnt nach dem Ödenburger Abstimmung (1922–1932).¹⁰⁰ Zwar geht die Arbeit weit über den zeitlichen Rahmen dieser Dissertation hinaus, man kann in ihr beim Entscheidungsjahr 1922 interessante Zusatzinformationen über gewisse Mitglieder des ungarischen Klerus finden, in erster Linie über den Bischof von Steinamanger.¹⁰¹

Zum Schluss soll auch noch eine von Hedwig Schwind stammende Biographie über den ungarischen Nationalitätenminister Jakob Bleyer (1960) Erwähnung finden.¹⁰² Im Zusammenhang mit der burgenländischen Kirchengeschichte ist sein Wirken als Mitglied der ungarischen Regierung doch von Relevanz: Sein verzweifelteres Bemühen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, die deutschsprachige Bevölkerung Westungarns treu zum Mutterland zu halten, wie auch seine deutschfreundlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem dortigen (überwiegend kirchlich betreuten) Schulwesen berechtigen es wohl, dieses Werk über ihn hier auch anzuführen.¹⁰³ Weiters auch, weil darin einige Details über seinen engen Mitarbeiter, Dr. Johannes Huber zu finden sind, dem in der neueren Fachliteratur bisher vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde.¹⁰⁴

2.5 Ungarische Sekundärquellen

Wie bereits am Anfang erwähnt, sind die für die Dissertation themenrelevanten, also burgenlandbezogenen kirchenhistorischen Arbeiten aus Ungarn von geringerem Umfang. Überhaupt: Die Kirchengeschichte des Burgenlandes wurde bisher ungarischerseits monographisch kaum behandelt. Von den wenigen Beispielen soll hier das in München erschienene Buch von Gábor Salacz (1975) erwähnt werden, welche das Schicksal der ungarischen katholischen Kirche auf dem Gebiet der neuen Nachbarländer Ungarns nach

bei der oben erwähnten Dissertation Josef Mayers. Auch hier gilt, dass im Zusammenhang mit dem Burgenland der zeitliche Horizont meiner Dissertation (1922) bereits überschritten wird.

⁹⁹ Johann Krieger, Politisches Handbuch des Burgenlandes. 1. Teil (1921-1938), Eisenstadt 1972, 79-136.

¹⁰⁰ Peter Haslinger, Der ungarische Revisionismus und das Burgenland 1922-1932. Frankfurt am Main [u. a.] 1994.

¹⁰¹ Ebenda, 76-80.

¹⁰² Hedwig Schwind, Jakob Bleyer, München 1960. Aus praktischen Gründen musste diese in Deutschland erschienene Arbeit hier eingereiht werden.

¹⁰³ Über diese Themenkreise, siehe: Schwind, 80, 82-89.

¹⁰⁴ Ebenda, 83-84, 86, 93-94.

1918 untersucht.¹⁰⁵ Darin wird ein kurzes Kapitel (IV.) dem zu Österreich gekommenen Teil gewidmet.¹⁰⁶ In dieser knappen Darstellung werden über die Zeit zwischen 1919 und 1922 in erster Linie die diplomatischen Schritte der ungarischen Regierung beim Heiligen Stuhl und bei der Wiener Regierung dargelegt, welche auf die Verhinderung der kirchenrechtlichen Loslösung Westungarns abzielten. Es wird aber vom Verfasser auch die Reaktion der ungarischen Bischofskonferenz auf letztere Bestrebungen geschildert.¹⁰⁷ Auf das Verhalten des lokalen Klerus geht Salacz nur kurz ein, erwähnt jedoch interessante Episoden aus den ersten Tagen, als das Los Westungarns nach dem Weltkrieg eine Wende zu nehmen begann: Namentlich die Reaktion der kroatischen Geistlichen auf die kirchenpolitischen Neuregelungsbestrebungen im Jahre 1919 – noch unter ungarischer Ägide.¹⁰⁸ Abschließend werden vom Verfasser auch noch statistische Angaben über die nationale und konfessionelle Zusammensetzung Westungarns/des Burgenlandes aus der hier behandelten Zeit präsentiert.¹⁰⁹

Eine weitere umfassende Arbeit jüngerer Datums, die die Kirchengeschichte Ungarns in der Zwischenkriegszeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges aufarbeitet – also auch die kirchenrechtlichen Dismembationsmaßnahmen nach dem Friedensdiktat von Trianon von 1920 – stammt von Jenő Gergely (1999).¹¹⁰ Diese gibt einen kurzen Überblick über die Neuregelung der kirchlichen Verhältnisse auf jenen Gebieten, die von Ungarn zu den Nachfolgestaaten gelangten.¹¹¹ Aus diesem Kontext wird ersichtlich, dass der Heilige Stuhl wie beim Burgenland auch in den zu Rumänien und zum SHS-Staat gekommenen ehemals ungarischen Diözesanteilen recht ähnlich vorging: Im kurzen Zeitraum zwischen 1922-23 wurde eine Reihe von Apostolischen Administrationen errichtet.¹¹² Anhand des Vorgehens gegenüber der Tschechoslowakei demonstrierte Gergely, wie eng der hohe Klerus von Ungarn mit der Budapester Regierung Anfang der 1920-er Jahre in dieser außenpolitischen Angelegenheit zusammenarbeitete, was – wie man sehen wird – auch beim Burgenland

¹⁰⁵ Gábor Salacz, *A magyar katolikus egyház a szomszédos államok uralma alatt* [Die ungarische katholische Kirche unter der Herrschaft der Nachfolgestaaten], München 1975.

¹⁰⁶ Ebenda, 131-134.

¹⁰⁷ Ebenda, 131.

¹⁰⁸ Salacz, 131.

¹⁰⁹ Ebenda, 133-134. Interessant ist dabei, dass Salacz bei der Nationalitätenstatistik die Ergebnisse der ungarischen Volkszählung von 1920 mit jener der österreichischen von 1923 tabellarisch gegenüberstellt.

¹¹⁰ Jenő Gergely, *A katolikus egyház története Magyarországon 1919-1945* [Die Geschichte der katholischen Kirche in Ungarn, 1919-1945]. Budapest 1999.

¹¹¹ Dabei wurden vom Verfasser auch die Anzahl der abgetrennten Pfarren der Diözesen angegeben, um die Größenverhältnisse zu veranschaulichen. Gergely, *A katolikus egyház*, 41-48. (Interessant ist, dass in den beiden, vom Kirchenhistoriker József Török über die Geschichte der katholischen Kirche in Ungarn geschriebenen Zusammenfassungen das Burgenland nicht einmal erwähnt wird. Siehe: József Török, *Zur Geschichte der Diözesen in Ungarn*. In: *Katholische Kirchen in Ungarn*, Budapest 1991, LVIII-LXII; József Török, *A magyar egyházmegyéek alakulása az ezer év alatt* [Die Wandlung der ungarischen Diözesen während den tausend Jahren.]. In: *A magyar kereszténység ezer éve*, Budapest 2001, 178-184.)

¹¹² Gergely, *A katolikus egyház*, 42-48.

durchaus der Fall war.¹¹³ Gergely hatte auch an einem umfassenden Band über die tausendjährige Beziehung Ungarns zum Heiligen Stuhl mitgewirkt (1996).¹¹⁴ Zwar wird darin das Thema Westungarn nicht direkt angesprochen, dennoch ist das von ihm verfasste Kapitel über das 20. Jahrhundert hier unbedingt zu erwähnen, weil es die Einstellung der päpstlichen Diplomatie zu Ungarn nach 1918 gründlich erörtert.¹¹⁵ Dabei wird auch auf die diesbezügliche Rolle des Wiener Nuntius in der Anfangszeit (bis zum Frühjahr 1920) geschildert.¹¹⁶ Obige Feststellungen über das besagte Kapitel treffen auch für den ersten hier angeführten Aufsatz von István Eördögh zu. Dieser behandelt die Wiedergründung der päpstlichen Nuntiatur in Ungarn (1997), aber wie vom Titel zu entnehmen ist, fokussiert er noch enger auf die Jahre 1919-1920.¹¹⁷ Eine weitere, aus unserer Sicht noch wichtigere Arbeit von Eördögh befasst sich mit der Haltung des Heiligen Stuhls zum Frieden von Trianon (1996).¹¹⁸ Der Autor weist darin auf die illusionistischen Vorstellungen der damaligen ungarischen Kirchenleitung (insbesondere von Fürstprimas Csernoch) und der politischen Führung bezüglich des Friedensschlusses hin. Unter Verwendung von Originalzitaten zeigt er, dass dieser Umstand den Würdenträgern der päpstlichen Diplomatie (Staatssekretär Gasparri und dem Budapester Nuntius Schioppa) durchaus bewusst war: Sie sahen die Lage weitaus realistischer und handelten dementsprechend umsichtig. Auch die von den Nachfolgestaaten forcierte Neuordnung der kirchlichen Jurisdiktionsgrenzen wird im kurzen Aufsatz berührt, ohne aber auf das Burgenland einzugehen.¹¹⁹

Eine wichtige Quelle besonders für das Verständnis der ungarischen Konzepte über die Neuordnung der Kirchenadministration des westungarischen Raumes nach dem Ersten Weltkrieg stammt von Adrienn Tengely (2007), welche sich allgemein mit den christlichen Kirchen in Ungarn im Lichte der Nationalitätenfragen von 1918 behandelt – also nicht nur die Katholiken. Besonders wertvoll sind ihre detailreichen Angaben über das geplante deutschsprachige Vikariat in Westungarn.¹²⁰

¹¹³ Ebenda, 48-49.

¹¹⁴ Jenő Gergely, A 20. században [Im 20. Jahrhundert]. In: István Zombori (Red.), Magyarország és a Szentszék kapcsolatának ezer éve [Tausend Jahre Beziehungen zwischen Ungarn und dem Heiligen Stuhl], Budapest 1996, 255-294.

¹¹⁵ In seiner Zusammenfassung stellt der Autor nicht nur die einzelnen kirchendiplomatischen Akteure kurzbiographisch vor, sondern erklärt auch ihre Kompetenzen und ihr Wirkungsbereich im historischen Kontext.

¹¹⁶ Gergely, A 20. században, 255-256.

¹¹⁷ István Eördögh, A pápai nunciatura újraelakulása Magyarországon 1920-ban [Die Wiedererrichtung der päpstlichen Nuntiatur in Ungarn.]. In: Történelmi Szemle, 1997/1 (39. Jg.) 99-110.

¹¹⁸ István Eördögh, A trianoni béke és a Vatikán [Der Frieden von Trianon und der Vatikan]. In: Vigilia 1996/7 (61. Jg.), 510-514.

¹¹⁹ Ebenda, 512-513.

¹²⁰ Adrienn Tengely, Az egyházak és a nemzetiségi kérdés 1918-ban [Die Kirchen und die Nationalitätenfrage im Jahre 1918]. In: Egyháztörténeti Szemle, 2007/1. <http://www.uni-miskolc.hu/~egyhtort/cikkek/tengely-nemzetisegi.htm> (Eingesehen am: 14.05.2013.)

Als nächstes möchte ich eine eigene Studie (2009) erwähnen, welche sich deklariert als eine Vorstufe zur Dissertation versteht und die dafür relevanten Quellen des Diözesanarchivs von Raab analysiert.¹²¹ Nach einem längeren einleitenden Teil über die internationalen politischen und kirchenrechtlichen Entstehungsumstände der Apostolischen Administration des Burgenlandes werden im Aufsatz die Originaldokumente nach drei Kategorien geordnet, die ihre Priorität widerspiegeln:¹²²

- 1) Den Briefwechsel des Raaber Oberhirten mit den wichtigsten kirchlichen und weltlichen Entscheidungsträgern in der Westungarnfrage.
- 2) Briefkontakt des Bischofs mit seinen Diözesanpriestern und den Ordensangehörigen auf dem Gebiet seines Bistums.
- 3) Die von verschiedenen – in erster Linie revisionistisch geprägten – Vereinen stammenden Gesuche an den Bischof (diese können z. B. über die Loyalität einzelner im westungarischen Diözesangebiet tätigen Geistlichen zur ungarischen Staatsidee aufschlussreich sein).

Abschließend wird die Kirchenpolitik des Bischofs bezüglich der Westungarnfrage aufgrund obiger Dokumente – vergleichend mit der Fachliteratur – erörtert, sowie auch die Ausrichtung des Klerus in der Frage der Länderzugehörigkeit. Weiters geht der Aufsatz noch auf die Verwicklung von Geistlichen in die westungarischen Kampfhandlungen vom Herbst 1921 ein und muss den Mangel an Quellen über die politische Tätigkeit der Diözesanpriesterschaft feststellen (welche in der Sekundärliteratur jedoch bezeugt ist).¹²³

Thematisch vielfach verwandt mit der oben erwähnten Studie ist eine Diplomarbeit aus der Feder von Zsuzsanna Jenőffy (2012), welche die westungarische Frage aus der Perspektive der davon schwer betroffenen Diözese Raab behandelt.¹²⁴ In der Einleitung setzt sich die Verfasserin mit der Forschungslage kurz auseinander, ohne aber auf einzelne Werke gesondert einzugehen: Sie stellt fest, dass von österreichischer Seite die Aufarbeitung des Themas der kirchenrechtlichen Loslösung bereits ab den 1960-er, 70-er Jahren begonnen wurde, in Ungarn hat man jedoch bislang keine zusammenfassende Arbeit darüber geschrieben, obwohl genug archivalischen Quellen zur Verfügung stehen.¹²⁵ Sie stellt auch zu recht fest, dass die Autoren beider Länder die Forschung durch ihre mangelnde Unvoreingenommenheit letztlich erschweren und hauptsächlich ihre jeweiligen nationalen

¹²¹ Schmidt, A Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 407-410. Siehe Einleitung.

¹²² Ebenda, 407-408.

¹²³ Schmidt, A Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408.

¹²⁴ Zsuzsanna Jenőffy, A Győri egyházmegye és a nyugat-magyarországi kérdés [Die Diözese Raab und die westungarische Frage], Diplomarbeit. Piliscsaba 2012. (Nach 2012: Zsuzsanna Benkéné Jenőffy)

¹²⁵ Jenőffy, 2.

Standpunkte zu verteidigen trachten.¹²⁶ In der Folge scheint sie jedoch oft selbst dieser Vorgehensweise zu folgen.

Wegen ihrer starken thematischen Relevanz möchte ich dieses Werk auch dem deutschsprachigen Publikum näher vorstellen. Die Arbeit ist in vier Hauptkapitel unterteilt, wobei das letzte nur ein kurzes Resümee darstellt. Im ersten Kapitel wird die Diözesangeschichte von Raab, das Territorium Westungarns, ihre Bevölkerung und deren Glaubensleben bis zu den Friedensschlüssen nach dem Ersten Weltkrieg überblicksartig behandelt. Dabei werden – unter anderem – auch die nationale Zusammensetzung und die Loyalität der Nationalitäten zu Ungarn, insbesondere der deutschen Volksgruppe, untersucht.¹²⁷ Die nach dem Weltkrieg entfachten Spannungen und ihre Wurzeln werden in einem eigenen Unterkapitel betrachtet, darin auch die von Österreich unterstützte Anschlussagitation in Westungarn, die Ausrufung des Deutschen Autonomiegebietes, sowie die verschiedenen Strömungen innerhalb der ungarländischen deutschen Volksgruppe – bei diesen letzteren wird der Fokus auf die in ihnen teilnehmenden Priester gerichtet.¹²⁸ Dieses ist also der geschichtliche Hintergrund bis 1919/1920.

Im folgenden, zweiten Kapitel werden die Friedensdikate von St. Germain und Trianon kurz skizziert, sowie das ihnen folgende Venediger Protokoll und die Ödenburger Abstimmung.¹²⁹ Im Zusammenhang mit dem für Ungarn günstigen Ausgang der Letzteren wird die wichtige Rolle des Ödenburger Kanonikus Huber betont.¹³⁰ Besonders relevant ist das abschließende Unterkapitel (2.3), das das Verhalten der katholischen Kirche in den turbulenten Nachkriegsjahren zum Gegenstand hat: Einleitend wird darin die gute, ausgeglichene Beziehung zwischen Kirche und Staat zur Zeit der konservativen Horthy-Ära in Ungarn geschildert, welche sich auch positiv auf das Verhältnis zum Heiligen Stuhl auswirkte.¹³¹ In diesem Sinne konnte später das königlich-ungarische Außenministerium vom Fürstprimas und von den beiden zuständigen Bischöfen bitten, im Falle einer Volksabstimmung den Klerus in die Propagandaarbeit zum Erhalt Westungarns einzubeziehen.¹³² Die Zuständigkeit des Wiener Nuntius für Ungarn wird von Jenöffy ebenfalls unter die Lupe genommen (bei den österreichischen Abhandlungen über das Burgenland fehlt dies) und im Zusammenhang damit auch die Errichtung einer eigenen

¹²⁶ Ebenda. Von dieser Regel gibt es, wie wir bereits gesehen haben, nur einige wenige Ausnahmen.

¹²⁷ Jenöffy, 3-13.

¹²⁸ Ebenda, 13-18.

¹²⁹ Ebenda, 18-23. Der Ton dieses Kapitels ist trotz der in der Einleitung geforderten Objektivität auch selbst in national-ungarischem Sinne gehalten (es wird zum Beispiel der „künstliche Name“ des Burgenlandes kritisiert).

¹³⁰ Ebenda, 21-22. Vgl. auch Fußnote 77.

¹³¹ Ebenda, 24.

¹³² Ebenda, 33.

Nuntiatur in Budapest (1920), welche auf die Initiative des Fürstprimas Csernoch zurückging.¹³³ Die Bedeutung dieses Schrittes kann im burgenländischen Kontext nicht genug betont werden. Überhaupt werden die diplomatischen Schritte der ungarischen Kirchenhierarchie nach 1918 Richtung päpstliche Kurie in einem sehr ausgewogenen Überblick präsentiert: Darin die diplomatischen Missionen einzelner Bischöfe und des Fürstprimas selbst in Rom, um einerseits die Intervention des Heiligen Stuhls bei der Friedenskonferenz zu erbitten, andererseits den *status quo* der ungarischen Kirchenverwaltung – trotz veränderter politischen Grenzen – möglichst beizubehalten. Benedikt XV. wird als ein Ungarn gegenüber wohlwollend eingestellter Papst dargestellt, die Ära seines „Außenministers“, des Staatssekretärs Gasparri dagegen als viel zu nachgiebig bezüglich der Nachfolgestaaten und ihren Forderungen.¹³⁴

Den eigentlichen Kern der Arbeit bildet Kapitel 3 über die Konsequenzen der beiden genannten Friedensverträge für die Raaber Diözese. Die Verfasserin führt dabei am Anfang – eine von der österreichischen Fachliteratur wiederum weitgehend vernachlässigte – Episode vor der Bildung der Apostolischen Administration an: Den Beschluss zur Errichtung eines deutschen Vikariates auf dem Gebiet des Bistums (1919).¹³⁵ Im Weiteren wird der Briefwechsel zwischen dem Fürstprimas Csernoch und den beiden westungarischen Bischöfen einerseits und dem Wiener Nuntius andererseits über den Plan zur Entsendung eines apostolischen Delegaten nach Westungarn erörtert, dann werden auch die ungarischen Sondierungen in Wien bei christlichsozialen Politikern und sogar bei Kardinal Piffl selbst geschildert.¹³⁶ Letztere ist recht erkenntnisreich für die Einstellung des späteren Apostolischen Administrators zur Frage des politisch-kirchenrechtlichen Anschluss des Gebietes an Österreich. Es werden dann die österreichischen und ungarischen Schritte beim Heiligen Stuhl nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon (1920) dargelegt, wobei unter Benedikt XV. noch keine endgültige Entscheidung getroffen wurde, aber die Weichen bereits zur Ernennung des Wiener Erzbischofs zum apostolischen Administrator gelegt worden waren.¹³⁷ Jenőffy präsentiert die verzweifelten Bemühungen der ungarischen Diplomatie zu deren Verhinderung unter Verweis auf Originaldokumente und auf die ungarische Sekundärliteratur. Im Weiteren setzt sich das Kapitel mit der

¹³³ Ebenda, 24-25. Vgl. auch: Gergely, A 20. században, 255-257. Damit ging auch die Entsendung eines ungarischen Botschafters beim Heiligen Stuhl einher.

¹³⁴ Jenőffy, 25-29. Gasparri wurde auch unter Pius XI. als Staatssekretär beibehalten. Obige Wertung des Staatssekretärs beruht auf den Arbeiten von Jenő Gergely. Vgl.: Gergely, A 20. században, 261-262; Gergely, A katolikus egyház, 18.

¹³⁵ Diese wurde infolge der Károlyischen Autonomiegesetze initiiert, aber zu ihrer Aufstellung kam es nicht mehr, obwohl dafür bereits ein Raaber Kanonikus ausgewählt gewesen war. Jenőffy, 29-31, 45-46.

¹³⁶ Ebenda, 31-34.

¹³⁷ Dabei soll die Angelegenheit der konfessionellen Schulen in Westungarn auch eine wichtige Rolle gespielt haben. Jenőffy, 34-35.

Diözesanpriesterschaft auseinander und präsentiert aufgrund von Fallbeispielen ein sehr nuanciertes Bild über ihr Verhalten zur Anschlussfrage.¹³⁸ Bischof Fetser von Raab wird dabei als nüchterner Realpolitiker dargestellt, der seine Priester stets unterstützte.¹³⁹ Schließlich wird die Aufstellung der Rom unmittelbar unterstellten Apostolischen Administration als Lösungsversuch zur Neuordnung der Kirchenverwaltung kurz beschrieben.¹⁴⁰ Im abschließenden Resümee wird die komplexe Frage der Länderpräferenz der burgenländischen Bevölkerung analysiert, wobei aufgrund der überwiegend dörflich geprägten Siedlungsstruktur das wenig entwickelte Nationalitätenbewusstsein hervorgehoben wurde: Die dünne, aber einflussreiche Schicht der Intellektuellen – zu denen die Priesterschaft und die Lehrer am Land gehörten – hatte ein überwiegend pro-ungarisches Bewusstsein.¹⁴¹

Soweit die obige Diplomarbeit über die Konsequenzen der westungarischen Frage für das Bistum Raab. Es sei hier auch noch eine kurze Studie erwähnt, die darin verwendet wurde: Eine Abhandlung von Klára Dóka (2000), welche die Gebietsveränderungen der Diözese Raab zum Gegenstand hat und eine überblicksmäßige statistische Zusammenfassung der nach 1921 zu Österreich gekommen Erzdekanate, Dekanate und Pfarreien beinhaltet.¹⁴²

Die erste systematische, monographische Aufarbeitung der Burgenlandfrage aus der Sicht des zweiten betroffenen ungarischen Bistums wurde von mir in deutscher Sprache 2014, im so genannten Ungarn-Jahrbuch veröffentlicht, und zwar mit einem Fokus auf die Westungarnpolitik des Steinamangerer Diözesanbischofs Mikes.¹⁴³ Da sie – wie meine vorhin genannte Studie über die Diözese Raab – als ein Teilbereich der hier vorliegenden Dissertation konzipiert war und in den folgenden Kapiteln inhaltlich zur Gänze eingebaut wird, möchte ich hier von einer detaillierten Vorstellung der insgesamt 47-seitigen Arbeit absehen. Umso mehr, als dass sie auch ihren Aufbau betreffend vielfach dieser Abhandlung ähnlich ist. Die etwas kürzere ungarische Version desselben Themas wurde im Folgejahr (2015) von der Diözese Steinamanger herausgegeben.¹⁴⁴

¹³⁸ Zusammenfassend stellt die Verfasserin jedoch fest, dass sie eher pro-ungarisch war. Ebenda, 35-45.

¹³⁹ Ebenda, 45.

¹⁴⁰ Ebenda, 45-47.

¹⁴¹ Die Bewohner Westungarns werden von der Verfasserin als „Deutsche mit ungarischem Herzen“ beschrieben, die nicht gewaltsam magyarisiert werden mussten, wie dies in der österreichischen Historiographie behauptet wird. Jenőffy, 47-49.

¹⁴² Klára Dóka, A győri egyházmegye területi változásai [Gebietsveränderungen der Diözese Raab]. In: Tamás Kiss (Red.), A győri egyházmegye ezer éve [Tausend Jahre Diözese Raab], Győr 2000. 15-16.

¹⁴³ Péter Schmidt, Die Entstehung der Apostolischen Administration Burgenland. Die Politik von Bischof Johannes Graf Mikes in der westungarischen Frage (1919-1922). In: Ungarn-Jahrbuch 31 (2011-2013). Regensburg 2014, 315-362.

¹⁴⁴ Péter Schmidt, Mikes és Trianon: A szombathelyi püspök nyugat-magyarországi politikája (1919–1922) [Mikes und Trianon. Die westungarische Politik des Bischofs von Steinamanger 1919–1922]. In: Balázs Bakó, Ferenc Pál (Red.), Tanulmányok gróf Mikes János szombathelyi megyéspüspökről [Studien über den Diözesanbischof von Steinamanger, Johannes Graf Mikes]. Szombathely 2015, 83-110.

Über die Haltung der ungarischen Kirchenführung zur drohenden Zerschneidung ihrer Diözesen nach dem Ersten Weltkrieg (als Folge der neuen politischen Grenzen) bekommt man auch einen guten Eindruck aus dem von Margit Beke redigierten Band über die Geschichte und Protokolle der Beratungen der Ungarischen Katholischen Bischofskonferenz (1992).¹⁴⁵ Diese ist großteils eine Veröffentlichung von Primärquellen, in welchen man nicht nur die allgemeine Vorgehensweise der ungarischen Bischöfe bezüglich der oben erwähnten Frage findet, sondern auch über die Stellung des Heiligen Stuhls Rückschlüsse machen kann. Laut den Protokollen wurde dabei die kirchenrechtliche Abtrennung Westungarns in einem einzelnen Fall auch konkret angesprochen, und zwar vom betroffenen Raaber Bischof selbst.¹⁴⁶

Ein interessanter Beitrag über die Einstellung der katholischen Kirche in Ungarn zur deutschen Minderheit in der Zwischenkriegszeit stammt von Loránt Tilkovszky (1997).¹⁴⁷ Er ist einerseits wegen den Implikationen für das konfessionell dominierte Schulwesen in Westungarn relevant (im Zeitraum 1919–1921/22), andererseits präsentiert er weitere Details über zwei damals maßgebliche Persönlichkeiten der Volksgruppe, über den Nationalitätenminister Bleyer und seinem Mitstreiter, dem Ödenburger Kanonikus Huber. Im Prinzip bestärkt er jenes Bild über die katholische Kirchenleitung, dass sie eher ein Förderer der Magyarisierung war und nur wenig Einfluss „von Außen“ dagegen gelten ließ.¹⁴⁸

Zum Schluss sei noch eine kurze Studie von Iräneus Galambos (1920–2007), des langjährigen Pfarrers von Unterwart erwähnt, unter dem Titel „Die Rolle der Kirchen bei der Entstehung des Burgenlandes“ (1992).¹⁴⁹ Von dem lediglich dreiseitigen Aufsatz, der bei der Römerzeit ansetzt, befasst sich etwa knapp ein Drittel mit den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg. Er beruht ausschließlich auf österreichischen Quellen und erfüllt dadurch quasi eine Brückenfunktion. Abgesehen von vielfach wiederholten Fakten werden auch einige weniger bekannte Umstände und Episoden veröffentlicht.¹⁵⁰

Damit ist die Liste der themenrelevanten kirchengeschichtlichen Arbeiten aus Ungarn – abgesehen von den biographischen Werken – praktisch abgeschlossen. Die turbulenten

¹⁴⁵ Margit Beke (Red.), *A magyar katolikus püspökkari tanácskozások története és jegyzőkönyvei 1919-1944 között* [Die Geschichte und Protokolle der Beratungen der Ungarischen Katholischen Bischofskonferenz zwischen 1919 und 1944], München–Budapest 1992.

¹⁴⁶ Ebenda, 45.

¹⁴⁷ Loránt Tilkovszky, *Az egyházak „nemzetiség-politikája” és a magyarországi németység 1919-1945* [Die „Nationalitätenpolitik” der Kirchen und das ungarländische Deutschtum 1919-1945]. In: *Történelmi Szemle*, 1997/1 (39. Jg.) 51-67.

¹⁴⁸ Ebenda, 52-54. Denselben Eindruck hatte ich auch im Zuge meiner Forschungen über die Westungarnpolitik des Bischofs von Steinamanger, Johannes Graf Mikes, gewonnen. Siehe Kapitel 9.2.

¹⁴⁹ Iräneusz Galambos, *Az egyházak szerepe Burgenland létrejöttében* [Die Rolle der Kirchen bei der Entstehung des Burgenlandes]. In: István Bárdos, Margit Beke (Red.), *Egyházak a változó világban* [Kirchen in der sich verändernden Welt], Tatabánya 1992, 539-542.

¹⁵⁰ Letztere betreffen vor allem die Folgejahre der Dismemberation.

Nachkriegsjahre im westungarischen Raum (nach 1918) waren dagegen vielfach Gegenstand ungarischer Studien, die diese von einer „allgemeinen“ politisch-historischen Perspektive betrachten. Unter diesen befinden sich einige, die teils auch die kirchlichen Verhältnisse berühren oder Angaben über manche politisch aktiven Kleriker liefern.

Ein Buch, das die politischen und militärischen Ereignisse Westungarns der Jahre 1918-21 – aus einer ungarisch-nationalen Perspektive – präsentiert, stammt von József Botlik (2008).¹⁵¹ Eingebettet in die chronologische Darlegung, findet man wichtige Detailinformationen darüber, wie sehr einige Diözesanpriester in das politische Geschehen auf ungarischer Seite involviert waren, beziehungsweise auch sogar Opfer (para)militärischer Aktionen von österreichischen Einheiten wurden.¹⁵² Die bemerkenswerte Rolle des ungarischen Militärbischofs zur Zeit der Bandenkämpfe im Herbst 1921 auf der Seite der Aufständischen wird auch kurz erwähnt.¹⁵³

Im gleichen Jahr ist ein historisch-geographisches Essay über die burgenländisch-westungarische Grenzregion aus der Feder von Ferenc Jankó und Imre Tóth erschienen, dessen Zeitspanne von der Antike bis heute reicht (2008).¹⁵⁴ Darin gehen die Verfasser – wenn auch nur kurz – auf die Neuregelung der Diözesangrenzen nach 1918 ein, sowohl bei der evangelischen als auch bei der katholischen Kirche. Im Zusammenhang mit letzterer bemerken sie, dass das Burgenland *de jure* bis 1960 zum Bistum Raab und Steinamanger gehörte, mit der Ernennung des Wiener Erzbischofs zum apostolischen Administrator im Jahre 1922 wurde es aber von Wien verwaltet. Allgemein stellen sie auch fest (ohne konkrete Beispiele anzugeben), dass der Prozess der Dismembration des Burgenlandes aus den beiden betroffenen ungarischen Diözesen nicht problemlos verlief und dass die Übergabe von einzelnen Pfarren von Konflikten begleitet war, da die Mehrheit der Priester sich für einen Verbleib bei Ungarn einsetzte.¹⁵⁵ Nach 1922 ging die kirchenrechtliche Abtrennung des Burgenlandes auch nicht automatisch mit einer Neuregelung der Dekanate einher, manche von ihnen funktionierten noch lange Zeit von der Staatsgrenze zweigeteilt weiter.¹⁵⁶ Bei der Skizzierung der politischen Ereignisse, die von 1918 bis 1923 von den ersten Initiativen zur Loslösung Westungarns bis hin zur Bestimmung des endgültigen Grenzverlaufes führte, wird

¹⁵¹ József Botlik, *Nyugat-Magyarország sorsa 1918-1921* [Das Schicksal Westungarns, 1918-1921], Vasszilvagy 2008.

¹⁵² Ebenda, 185-188, 194, 212, 215-216, 280.

¹⁵³ Botlik, 159-160, 264.

¹⁵⁴ Ferenc Jankó, Imre Tóth, *Változó erővonalak Nyugat-Pannóniában. Történelmi és földrajzi esszé* [Wandelnde Kräftelinien in Westpannonien. Ein historisches und geographisches Essay], Szombathely–Sopron 2008. Dabei sind die Kapitel „Die Geburt der neuen österreichisch-ungarischen Grenze“, sowie „Ethnische und religiöse Mosaiken“ von Interesse – beim letzteren besonders das Unterkapitel über die Zwischenkriegszeit. Siehe S. 92-103, 135-138.

¹⁵⁵ Ebenda, 105.

¹⁵⁶ Ebenda, 105-106.

das Verhalten der Mehrheit der Priesterschaft und der Landwirte zur Zeit der Grenzziehung (1922-23) den „deutschen Dörfern“ gegenübergestellt: Erstere waren auf der Seite Ungarns, während Letztere zumeist für einen Anschluss an Österreich demonstrierten.¹⁵⁷ Dabei wird als Grund angeführt, dass bis zur Klärung des Schicksals der westungarischen Gebiete die Österreich zugesprochenen Gebiete von den Bischöfen mittels Generalvikare in Steinamanger und Raab (!) verwaltet wurden.¹⁵⁸ Wichtig ist, dass die Autoren dies als das Hauptmotiv dafür angeben, warum die österreichischen Behörden die kirchenrechtliche Lostrennung des Burgenlandes von Ungarn um diese Zeit besonders forcierten (und schließlich auch durchsetzten): Sie sahen die Einflussnahme der beiden Bischöfe bei der Bestimmung der Gebietszugehörigkeit eindeutig als Gefahr an, die tunlichst so schnell wie möglich auszuschalten war.¹⁵⁹ Über die Länderpräferenz der burgenländischen Bevölkerung gibt es im hier erörterten Band auch interessante Feststellungen, wie sich diese je nach Volksgruppe und Konfession änderte. Über die deutschsprachigen Gemeinden wurde oben bereits geschrieben.¹⁶⁰ Auch wenn sich obige Behauptung über ihre pro-österreichische Einstellung wahrscheinlich auf die grenznahen Dörfer bezog, muss festgestellt werden, dass dieses Bild um einiges wohl diversifizierter war – in der hier vorliegenden Dissertation wird das Thema noch genauer behandelt werden.¹⁶¹ Bei der kroatischen Minderheit wird ihre Nord-Süd Teilung genannt, und entsprechend ihrer – bei Schlag erwähnten – Parteisympathie waren sie entweder gegen oder für den Verbleib bei Ungarn.¹⁶² Bei den Magyaren ist die Präferenz eindeutig: Dafür führen die Autoren ihre massive Abwanderung aus dem Burgenland nach 1918 als Beispiel an, welche u. a. mit den sie betreffenden negativen Maßnahmen (zum Beispiel die Einschränkung der ungarischen Unterrichtsprache) erklärt wird.¹⁶³

Eine weitere gründliche Aufarbeitung der Westungarnfrage seitens der ungarischen Historiographie wurde von Mária Ormos verfasst (1999).¹⁶⁴ Die „Civitas Fidelissima“ ist nicht nur eine hervorragende Abhandlung über deren internationale politische Ereignisgeschichte bis zur Ödenburger Volksabstimmung, sondern beleuchtet auch den komplexen Hintergrund der (auch miteinander konkurrierenden) irregulären ungarischen Truppen, welche 1921 die Übergabe des Gebietes an Österreich verhindert hatten.

¹⁵⁷ Jankó, Tóth, 92-103; besonders S. 101.

¹⁵⁸ Ebenda, 101. In Wirklichkeit hatte der Raaber Oberhirte meines Wissens nach nie einen Generalvikar für den burgenländischen Teil seiner Diözese ernannt. Siehe darüber noch in den Kapiteln 8 und 9.1.3.

¹⁵⁹ Jankó, Tóth, 101.

¹⁶⁰ Ebenda

¹⁶¹ Sowohl die österreichische (Schlag, Die politischen Parteien), als auch die ungarische Sekundärliteratur (Botlik) enthält Angaben, welche diese prägnante Zusammenfassung deutlich nuancieren.

¹⁶² Ebenda, 137. Siehe auch: Schlag, Die politischen Parteien, 95-99.

¹⁶³ Ebenda, 136.

¹⁶⁴ Mária Ormos, Civitas Fidelissima. Szekszárd 1999.

Eine wesentlich frühere Arbeit, die die Burgenlandpolitik der ungarischen Regierungen zwischen 1918 und 1921 zum Gegenstand hat, stammt von Katalin Gulya (1966), und ist – im Gegensatz zu den oben angeführten Beispielen – für ein österreichisches Publikum bestimmt.¹⁶⁵ Die Verfasserin des Aufsatzes skizziert die drei nach 1918 vorhandenen politischen Ansätze zur Lösung der deutschen Nationalitätenfrage in Westungarn: Beibehaltung des *status quos*, Autonomie innerhalb Ungarns und Anschluss an Österreich.¹⁶⁶ Damit im Zusammenhang reiht sie „die Kirche“ und ungarischen Großgrundbesitzer in das erste Lager, die deutschen Bauern und Arbeiterschaft in das letzte.¹⁶⁷ Ähnlich wie der Österreicher Dujmovits, untersucht sie einleitend in ihrer Studie in einer komplexen Betrachtung die zum Teil wandelnde Loyalität der westungarischen Bevölkerung auf der Basis ihrer gesellschaftlichen Stellung, im Licht der sich schnell verändernden politischen Umständen beiderseits der Grenze.¹⁶⁸

Einzelne Monographien, die sich auf Detailthemen, wie das Verhalten der deutschen und der kroatischen Volksgruppe in Westungarn in den schicksalhaften Jahren nach dem Ersten Weltkrieg konzentrieren und die Kirchengeschichte des Gebietes kaum oder gar nicht berühren, sind trotzdem von Interesse, weil man Rückschlüsse auf das Verhältnis zwischen den Gläubigen und der Priesterschaft der späteren Apostolischen Administration Burgenland machen kann – in wieweit ihre Einstellung über die Staatszugehörigkeit sich deckte oder auch nicht. Der Aufsatz von Mária Kiss (1980) fokussiert auf die Zustände bei den deutschsprachigen Bewohnern Westungarns in den beiden Anfangsjahren 1918-19, besonders auf die (zunehmenden) Autonomie- und Loslösungsbestrebungen der Volksgruppe und deren Hintergründe, wie auch auf die entsprechenden Maßnahmen der ungarischen Regierungen als Reaktion auf diese.¹⁶⁹ László Kővágó (1964) untersuchte dagegen die Südslawen Ungarns, darunter auch die westungarischen Kroaten in der gleichen Zeit – aus einer für die ungarische Geschichtsschreibung der 1960-er Jahre typischen, klassenkämpferischen Perspektive.¹⁷⁰ Bedingt durch den Umstand, dass die Elite des Kroatentums zum Großteil aus katholischen Geistlichen bestand, ist auch die kirchenpolitische Relevanz dieses Aufsatzes erheblich größer, als jene der vorhergehenden über die deutsche Volksgruppe. Zudem führt der Autor in seinem Aufsatz auch Originaldokumente an, die eine Verflechtung der politischen und

¹⁶⁵ Katalin Gulya, Die Westungarische Frage nach dem Ersten Weltkrieg. In: Österreichische Osthefte 8/2, Wien 1966, 89-100.

¹⁶⁶ Gulya, 90.

¹⁶⁷ Ebenda, 90, 95.

¹⁶⁸ Ebenda, 90-95.

¹⁶⁹ Mária Kiss, A német nemzetiségiek viszonyai [Die Zustände bei der deutschen Nationalität]. In: János Rácz (Hg.), A Tanácsköztársaság Vas megyében [Die Räterepublik im Komitat Eisenburg], [Szombathely 1980], 349-372.

¹⁷⁰ László Kővágó, A magyarországi délszlávok 1918-1919-ben [Die Südslawen Ungarns 1918-1919], Budapest 1964.

kirchenadministrativen Bestrebungen zeigen: Er enthält zum Beispiel eine Stellungnahme der südlich von Ödenburg tätigen kroatischen Priester vom Februar 1919, in der diese gegen die Einverleibung ihrer Pfarren in ein geplantes deutsches Vikariat protestierten, welche zusammen mit der Ausrufung eines deutschen Autonomiegebietes errichtet worden wäre.¹⁷¹

Auch aus der ungarischen Sekundärliteratur werden biographische Werke mit Bezug auf Westungarn/Burgenland und ihre Kirchengeschichte in der hier vorliegenden Dissertation herangezogen. Dabei muss – wegen seiner prominenten Position in der Hierarchie der ungarischen katholischen Kirche – ein Werk über János Csernoch, Primas von Ungarn an erster Stelle erwähnt werden, welche von Ferenc Reisner verfasst wurde (1991).¹⁷² In dieser Abhandlung gibt es zwar ein Unterkapitel eigens über die Situation der Kirche in den nach 1918 besetzten ungarischen Gebieten, sodass die Lage in der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien genau geschildert wird; über das Burgenland, dass erst 1921 zu Österreich gekommen war, steht aber nichts.¹⁷³ Vielleicht auch, weil der dortige ungarische oder ungarische gesinnte Klerus im Vergleich weniger zu leiden hatte. Die bevorstehende Abtrennung Westungarns wird lediglich im politischen Kontext erwähnt.¹⁷⁴ Von einiger Relevanz ist das Buch aber insofern, als sie die beim Heiligen Vater unternommene persönliche Intervention des Fürstprimas zur Bewahrung der ungarischen Kirchenorganisation erwähnt: Benedikt XV. gab ihm in diesem Kontext tatsächlich ein Versprechen, welche für das Burgenland auch Folgen hatte.¹⁷⁵

Weiters sind zwei Arbeiten zu nennen, die sich mit jenem Oberhirten des Bistums Steinamanger befassen, der zur Zeit der Dismembration des Burgenlandes amtierte: Johannes Graf Mikes. Die erste von ihnen ist eine Diplomarbeit von Balázs Bakó (2000), welche sich mit der Amtstätigkeit des Bischofs umfassend auseinandersetzt.¹⁷⁶ In einem Kapitel über „Trianon und die Diözese“ geht der Autor auf die Gebietsverluste des Bistums nach 1918 ein, im Süden an den neuen SHS-Staat, im Westen an Österreich.¹⁷⁷ In diesem Kontext stellt Bakó fest, dass der Bischof für die abgetrennten Gebiete anfangs überall Generalvikare einsetzte. Es wird von ihm auch die generelle Einstellung des Heiligen Stuhles zur Neuregelung der Diözesangrenzen beleuchtet und dessen „üblich“ gewordene Gewohnheit in den Jahren nach

¹⁷¹ Kővágó, 259. Wegen der Bedeutung der oben erwähnten Stellungnahme der kroatischen Priesterschaft wird diesem im Weiteren noch breiter Raum gewidmet sein.

¹⁷² Um genau zu sein, setzt sich das Buch mit dem Fürstprimas *und* König Karl IV. auseinander: Die beiden Lebenswege werden nacheinander behandelt, und einzelne historische Ereignisse gesondert in eigenen Kapiteln erörtert. Ferenc Reisner, Csernoch János hercegprímás és IV. Károly [Fürstprimas János Csernoch und Karl IV.], Budapest 1991.

¹⁷³ Reisner, 108-119.

¹⁷⁴ Ebenda, 136-137.

¹⁷⁵ Reisner, 112-113.

¹⁷⁶ Balázs Bakó, Gróf Mikes János, a Szombathelyi Egyházmegye püspöke [Johannes Graf Mikes, Bischof der Diözese Steinamanger], Diplomarbeit. Pécs 2000.

¹⁷⁷ Ebenda, 21-24.

dem Ersten Weltkrieg, provisorische Einrichtungen ins Leben zu rufen, wie es die apostolischen Administrationen eben waren.¹⁷⁸ Die Übernahme des Burgenlandes durch den Wiener Erzbischof bezeichnet der Verfasser als einen Prozess, der „ohne besondere Schwierigkeiten“ ablief, da die Bistümer Raab und Steinamanger dabei kooperierten.¹⁷⁹ Der Widerspruch zur diesbezüglichen Beschreibung von Jankó und Tóth ist offenbar: Bei ihnen ist über einen reibungslosen Ablauf keine Rede.¹⁸⁰ Auch bei Bakó wird das lange Verharren bei den alten, von Staatsgrenzen geteilten Dekanaten (und Pfarreinteilungen) erwähnt.¹⁸¹ Weiters ist noch die Beschreibung der Firmungsreisen von gewissem Interesse, weil der Steinamangerer Bischof von diesen in der Auseinandersetzung um das Burgenland bewusst Gebrauch machte, und wie wir noch sehen werden, löste dies in den Jahren um 1922 hohe Wellen aus.¹⁸² In den 1966 verfassten, aber erst 2009 (!) posthum erschienenen Erinnerungen eines Priesters des Bistums Steinamanger, László Székely, über Bischof Mikes steht leider fast nichts über die Dismembration des Burgenlandes: Lediglich die Zahlenangaben über die verlorenen Pfarren und Gläubigen der Diözese werden erwähnt.¹⁸³ Die dreibändige Diözesangeschichte von Steinamanger, redigiert von Gyula Géfin, erwähne ich hier auch, weil dessen dritter Band (1935) eine Kompilation von Kurzbiographien über die Priester des Bistums enthält, welche zum Teil wichtige Angaben über deren Auftreten zur Zeit der politischen und kirchenrechtlichen Abspaltung des Burgenlandes liefern.¹⁸⁴

Sekundärquellen, die auf den ersten Anblick vielleicht weniger relevant für das hier behandelte Thema erscheinen, können manchmal überraschende Details bergen. In einem Buch, dass sich mit dem Leben des Günser Pfarrers István Kincs – eines Priesters der Steinamangerer Diözese – beschäftigt, findet man unter Berufung auf den soeben genannten László Székely eine interessante (wenn auch höchst zweifelhafte) Angabe aus dem Jahre 1919 (!): Wenn Kincs die Angliederung seiner Stadt an Österreich unterstützt hätte, hätte er zum burgenländischen Bischof ernannt werden können.¹⁸⁵

Zum Schluss soll allgemein noch die Gruppe von lokalgeschichtlichen Arbeiten angeführt werden. Diese Quellengruppe ist im Anbetracht der Tatsache, dass im mittleren und südlichen Burgenland die Pfarrer oft eine führende Rolle im Leben der Dorfgemeinden einnahmen,

¹⁷⁸ Ebenda, 21.

¹⁷⁹ Bakó, Gróf Mikes János, 21.

¹⁸⁰ Jankó, Tóth, 105.

¹⁸¹ Bakó, Gróf Mikes János, 24. Vgl. Jankó, Tóth 105-106 und Fußnote 63.

¹⁸² Bakó, Gróf Mikes János, Bakó, Gróf Mikes János, 17.

¹⁸³ László Székely, Emlékezés Mikes János gróf szombathelyi megyéspüspökről [Erinnerung an Johannes Graf Mikes, Diözesanbischof von Steinamanger], Vasszilvágy 2009; besonders S. 101.

¹⁸⁴ Gyula Géfin (Hg.), A Szombathelyi Egyházmegye története [Die Geschichte der Diözese Szombathely]. Band III., Szombathely 1935.

¹⁸⁵ Károly H. Grozdits, Kincs. Pap, író, bankár, politikus, kereskedő, utazó, mecénás...[Kincs. Priester, Schriftsteller, Bankier, Politiker, Kaufmann, Reisender, Mäzen...]. Budapest 2004, 107-108.

nennenswert. Die oben genannten Monographien sind besonders im Falle von grenznahen Ortschaften interessant: Manche Dörfer wechselten sogar nach dem Plebiszit von Ödenburg (1921) den Besitz und die Vertreter des lokalen Klerus hatten daran oft maßgeblichen Anteil. Die territoriale Ausbildung der Apostolischen Administration Burgenland fand ja erst mit der endgültigen Regelung der politischen Grenzen ihren Abschluss. Eine Arbeit, die für die Untersuchung des Verhaltens der westungarischen Priesterschaft in diesen Schicksalsjahren besonders wichtig ist, stammt von Tibor Zsiga (1993).¹⁸⁶ Sie befasst sich mit der endgültigen Festlegung der österreichisch-ungarischen Grenze 1922/23, wobei die zu Ungarn zurückgekehrten Grenzgemeinde Szentpéterfa (Prostrum) im Titel des Buches noch speziell hervorgehoben wird. Mit Recht, denn der dortige Dechant soll eine nicht unbedeutende Rolle bei der Rückangliederung seiner Pfarre an Ungarn gespielt haben.¹⁸⁷ Aber auch andere, zum Teil weniger bekannte Fälle werden in diesem Band erwähnt, bei denen burgenländische Kleriker in der Grenzfrage involviert waren. Im Zusammenhang mit der Regulierung der politischen Grenze geht der Autor auch auf die von der österreichischen Regierung forcierte Neuregelung der kirchlichen Verhältnisse im Burgenland ein, welche auf jene Gefahr zurückzuführen war, die von Seiten der ungarischen Bischöfen (noch) unterstehenden katholischen Geistlichkeit stammte.¹⁸⁸ Bei der Betrachtung dieses Aspektes werden auch einige Schritte der österreichischen und der ungarischen Diplomatie beim Heiligen Stuhl angeführt, wobei das diesbezügliche Verhalten der Nuntien in Budapest und Wien besondere Aufmerksamkeit verdient.¹⁸⁹ Die zeitliche Ansetzung der Errichtung der Apostolischen Administration wird in den historischen Kontext eingebettet, wobei die widersprüchliche Vorgehensweise Roms unterstrichen wird: Zum gegebenen Zeitpunkt war ja noch die politische Grenze zwischen den beiden betroffenen Ländern nicht definitiv.¹⁹⁰ Dem bei Zsiga ausführlich behandelten Fall des Pfarrers von Großnahrung (*Nagynarda, heute Narda*) wird in der Ortsgeschichte des Dorfes ebenfalls Platz gewidmet.¹⁹¹ Auch ein Aufsatz von László Fogarassy (1975) über die Festlegung der neuen österreichisch-ungarischen Grenze – der eher militärische Aspekte hervorhebt – erweist sich insofern als hilfreich, als dass er ein Bild über

¹⁸⁶ Tibor Zsiga „*Communitas Fidelissima*” Szentpéterfa. A magyar-osztrák határmegállapítás 1922/23 [„*Communitas Fidelissima*” Szentpéterfa. Die Festlegung der österreichisch-ungarische Grenze], Szombathely 1993.

¹⁸⁷ Zsiga, 71-73, 144, 156, 172, 182. Vgl. auch: Géfin, Band III., 379.

¹⁸⁸ Zsiga, 83-84, 108-109.

¹⁸⁹ Zsiga, 83-84.

¹⁹⁰ Ebenda, 108-109. Frühere diplomatische Vorstöße der österreichischen Regierung (von 1919 bis Anfang 1922) beim Heiligen Stuhl zur kirchenrechtlichen Neuordnung in Westungarn/Burgenland wurden ja mit dem Hinweis auf die noch unregelte Grenzfrage abgewiesen.

¹⁹¹ Sándor Horváth, *Narda*, [Budapest] 2007, 83-85. Vgl. Zsiga, 85-87, 158-161.

die Ländersympathien der von der Grenzkorrektur 1922/23 betroffenen Ortschaften vermittelt.¹⁹²

3. Die politische und kirchenrechtliche Situation Westungarns vor 1918

Das heutige Gebiet des Burgenlandes gehörte etwa tausend Jahre lang, von der ungarischen Landnahme in Transdanubien Anfang des 10. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zum ungarischen Herrschaftsbereich. Zur Zeit der Arpaden war es eine dünn bewohnte Pufferzone zum Deutschen Reich (ungarisch „Gyepű“ genannt), das durch Grenzwächter und allmählich von Westen her durch deutsche Kolonisten besiedelt wurde. So entstand bis zum späten Mittelalter eine gemischte deutsch-ungarische Bevölkerungsstruktur.¹⁹³

Kaiser Friedrich III. hatte im 15. Jahrhundert einen Teil des westungarischen Gebietes annektiert (Hornstein, Eisenstadt, Forchtenstein, Güns, usw.), welches erst in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wieder an Ungarn angeschlossen wurde.¹⁹⁴ Die Habsburger waren allerdings damals bereits – nach der Schlacht von Mohács 1526 – auch Könige von Ungarn, sodass es sich bei der letzteren Maßnahme nur mehr um die Verschiebung einer Binnengrenze handelte. Infolge der osmanischen Feldzüge von 1529 und 1532 wurden weite Landstriche des westungarischen Grenzgebietes entvölkert, weshalb die dort ansässigen ungarischen Magnatenfamilien diese teilweise mit Kroaten wiederbesiedelten – mit den Vorfahren der heutigen Burgenlandkroaten.¹⁹⁵ Im westlichen Grenzstreifen des Königreichs bekam aber die deutsche Volksgruppe zahlenmäßig und proportional die Oberhand, die verbliebene ungarische Bevölkerung konzentrierte sich in erster Linie auf die Sprachinseln in Oberpullendorf, sowie auf Oberwart und Umgebung.¹⁹⁶

Die Kirchenorganisation des besagten Gebietes wurde – nach fränkischen Prämissen – bereits unter König Stephan I. grundgelegt, der die Diözese Raab 1009 gründete, deren Kompetenzbereich bis 1777 das ganze heutige Burgenland umfasste.¹⁹⁷ Mit der Ausbreitung der Reformation im 16. Jahrhundert wurde auch ein Großteil Westungarns protestantisch, nur

¹⁹² László Fogarassy, *Határmenti események Burgenland megalakulásától az új határ megállapításáig* [Grenznahe Ereignisse von der Konstituierung des Burgenlandes bis zur Festlegung der neuen Grenze]. In: *Soproni Szemle* 1975/2, 139-157. Auch in dieser Hinsicht steht sie dem vorhin erwähnten Band von Tibor Zsiga inhaltlich nahe.

¹⁹³ Jankó, Tóth, 43-45, 47, 54-56.

¹⁹⁴ Ernst, 100-109; Jankó, Tóth, 51-52.

¹⁹⁵ Jankó, Tóth, 129-130.

¹⁹⁶ Ebenda, 128-130, 132.

¹⁹⁷ Dóka, 9, 21; Jankó, Tóth, 45; Jenőffy, 3.

die Kroaten verharren zur Gänze beim alten Glauben.¹⁹⁸ Im Sinne des Prinzips „Cuius regio, eius religio“ mussten im 17. Jahrhundert nach der Rekatholisierung der ungarischen Grundherren auch oft ihre Untertanen den Konfessionswechsel nachmachen, sodass die Mehrheit der westungarischen Bevölkerung allmählich wieder katholisch wurde.¹⁹⁹ Durch die Gründung des Bistums Steinamanger unter Maria Theresia im Jahre 1777 wurde die Diözese Raab zweigeteilt (*Abbildungen 1 und 2*).²⁰⁰ Die beiden westungarischen Bistümer entwickelten sich in der Folgezeit weit auseinander, was dann für die neu errichtete Apostolische Administration des Burgenlandes negative Konsequenzen hatte.²⁰¹

Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 setzte sich eine von Budapest forcierte Magyarisierung ein, die 1907 im so genannten *Lex Apponyi* gipfelte.²⁰² Um diese Zeit keimten in Westungarn auch die ersten Ansätze von deutschnationalen Bewegungen auf, allerdings noch in sehr begrenztem Ausmaße. Den ersten Funken dazu gab ein viel beachteter Artikel des Wiener Lehrers, Josef Patry: „Westungarn zu Deutschösterreich“ (1906), in der er eine Neuziehung der österreichisch-ungarischen Grenze entlang des Flusses Raab forderte.²⁰³ Im vorwiegend ländlich geprägten Westungarn gab es jedoch zunächst wenig Empfänglichkeit für die Idee, erst nach den Umwälzungen der Jahre 1918 und 1919 veränderte sich diese Situation grundlegend.

4. Politischer Hintergrund: Westungarn wird Österreich zugesprochen (1919)

Die Grenzziehung zwischen den beiden Verliererstaaten der Habsburgermonarchie stellte für die Entente-Mächte ein besonderes Problem dar, dessen Lösung im Vergleich zu den anderen Territorialfragen Ungarns längere Zeit in Anspruch nahm. Aus der Perspektive des Heiligen Stuhls war die Komplexität dieser Problematik noch größer, weil seine entscheidenden Motive in erster Linie einen religiösen Charakter hatten und daher eine besondere Weitsicht nötig war.

Die Wiener Regierung beanspruchte den westlichen Grenzstreifen Ungarns bereits seit der österreichischen Staatserklärung vom 22. November 1918.²⁰⁴ Erst am 11. Juni 1919 wurde ihr

¹⁹⁸ Ernst, 158-164; Jenőffy, 4; Jankó, Tóth, 59-60.

¹⁹⁹ Ernst, 164-170; Jenőffy, 4.

²⁰⁰ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 316; Stirling, 82; Kramer, 16; Jenőffy, 4.

²⁰¹ Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 165; Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administration, 136-137; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 343, 347; Kramer, 16.

²⁰² Jankó, Tóth, 88-90, 133. Vgl. Kap. 9.2.

²⁰³ Dujmovits, 386-389; Jankó, Tóth, 90.

²⁰⁴ Das ursprüngliche *Vierburgenland* hätte die mehrheitlich deutschsprachigen westlichen Teile der ungarischen Komitate Pressburg (*Pozsony*), Wieselburg (*Moson*), Ödenburg und Eisenburg (*Vas*) umfasst. Der

jedoch ein Teil dieses Gebietes auf der Pariser Friedenskonferenz zugesprochen, *de iure* trat dieser Anspruch mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain-en-Laye am 10. September völkerrechtlich in Kraft (*Abbildung 3*).²⁰⁵

Die ungarische Staatsführung unternahm alles, um die Abtretung der Westgebiete zu verhindern. Nach der Unterschreibung des Trianoner Friedensvertrages am 4. Juni 1920 und seiner Ratifizierung am 15. November 1920 hielten reguläre ungarische Truppen das Territorium bis zum August 1921 fest im Griff. Nachdem die Budapester Regierung unter dem Druck der Entente-Mächte das Burgenland geräumt hatte, traten an die Stelle der offiziellen Armee irreguläre ungarische Truppenverbände, welche die Durchführung des Anschlusses an Österreich verhinderten.²⁰⁶ Unter diesen Umständen baten beide Staaten Italien um Vermittlung. Im Venediger Protokoll wurde ein Kompromiss erzielt: Ödenburg samt Umgebung wurde zum Abstimmungsgebiet erklärt und das übrige Territorium Österreich zugesprochen. Das Plebiszit wurde am 14. Dezember 1921 (unter umstrittenen Umständen) abgehalten und ging mit 65,8 Prozent zugunsten Ungarns aus.²⁰⁷

Der definitive Verlauf der Staatsgrenze konnte aber erst 1922/23 festgesetzt werden, nachdem eine eigens dafür bestellte Kommission – unter teilweiser Berücksichtigung der lokalen Ansprüche – das letzte Wort darüber aussprach.²⁰⁸ Ungarn konnte auch bei dieser letzten Grenzkorrektur geringfügige territoriale Rückgewinne verbuchen, welche sich dann auf die Ostgrenze der neu errichteten Apostolischen Administration ebenfalls auswirkte.

5. Österreichische und ungarische Vorstellungen über die kirchenrechtliche Neuregelung des westungarischen Gebietes: Von der Errichtung von Vikariaten bis zur „Diözese Ödenburg“

Wie im vorhergehenden Kapitel erwähnt, hatte also (Deutsch-)Österreich Ende November 1918 den politischen Anspruch auf Westungarn erhoben, welche Forderung im darauf folgenden Juli von den westlichen Großmächten anerkannt worden war.²⁰⁹

Das erste österreichische Schreiben über die *kirchenrechtliche* Angliederung des Gebietes ist auf den 4. September 1919 datiert: Bereits knapp eine Woche vor (!) der Unterzeichnung

österreichische Anspruch auf die Stadt Pressburg (*Bratislava, Pozsony*) musste später wegen der tschechoslowakischen Besetzung im Jänner 1919 fallen gelassen werden. Botlik, 61; Kramer, 13.

²⁰⁵ Botlik, 71, 77; Schlag, Zur Burgenlandfrage, 3, 97, 107.

²⁰⁶ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 118-124; Jankó, Tóth, 97-98; Szabó, 12.

²⁰⁷ Jankó, Tóth, 96-99.

²⁰⁸ Jankó, Tóth, 98-103, V. (Abb. 5.); Zsiga, 99-146; Haslinger, 49-63.

²⁰⁹ Stirling, 22, 24; Botlik, 71.

des Friedensvertrags von St. Germain behandelte in einer Sitzung die neu errichtete „Verwaltungsstelle für den Anschluss Deutsch-Westungarns“ diese Frage. Am 8. Oktober 1919 hatte sich dann auch die österreichische Regierung – unter Berücksichtigung der Vorschläge der Verwaltungsstelle – ihre diesbezüglichen Vorstellungen formuliert.²¹⁰ Bevor aber die diplomatischen Schritte der beiden Regierungen pro und kontra eine Neuordnung der Diözesanverhältnisse erörtert werden, sollte man einen tieferen Blick in die respektiven Lösungskonzepte werfen. Denn die Errichtung einer Apostolischen Administration für das besagte Territorium war keineswegs die erste – geschweige denn beste – Idee aus österreichischer Sicht dafür, in welcher Form das Burgenland zu übernehmen sei und es folgte noch ein langer Weg bis zu ihrer Verwirklichung.

Die Verwaltungsstelle für den Anschluss Deutsch-Westungarns hatte für die kirchliche Verwaltung Westungarns anfangs zwei Möglichkeiten als *Übergangslösung* vorgeschlagen:²¹¹

- 1) Das Gebiet Generalvikaren anzuvertrauen, die von den ungarischen Bischöfen in Raab und Steinamanger ernannt worden wären
- 2) Unmittelbar vom Papst um einen apostolischen Delegaten zu bitten

Erstere Option wurde aber sogleich verworfen, da man davon ausging, dass sie die österreichische Einflussnahme zu sehr beschränken würde.²¹² Einer der Hauptziele war es ja, die Jurisdiktion der ungarischen Bischöfe im besagten Gebiet zu beseitigen. In der Fachliteratur wird es mit Recht angenommen (Hanner), dass man bei der Erwägung der zweiten Möglichkeit diese bereits als den ersten Schritt zur Gründung einer neuen „Diözese Ödenburg“ verstand.²¹³

In diesem Sinne plante die Wiener Regierung seit Oktober 1919 die Entsendung eines päpstlichen Delegaten nach Ödenburg beim Heiligen Vater zu erwirken.²¹⁴ Es wurde – unter anderem – auch der Wunsch geäußert, dass dieser aus dem deutsch-österreichischen Klerus stammen sollte.²¹⁵ Zu dieser Zeit stand ja das anzugliedernde Gebiet noch längst unter ungarischer Oberhoheit. Aber bereits wenige Monate später, in den letzten Dezembertagen des gleichen Jahres war die österreichische Staatsführung in ihrem nach Rom geschickten Brief noch eindeutiger: Als endgültiges Ziel wurde die Schaffung einer eigenen österreichischen Diözese festgehalten.²¹⁶ Gleichzeitig wurde österreichischerseits die Ernennung von Generalvikaren als alternative Möglichkeit dezidiert abgelehnt, da – wie

²¹⁰ Huber, 3; Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 130.

²¹¹ Poeck, 14-15, Hanner, 67-68.

²¹² Ebenda.

²¹³ Hanner, 68.

²¹⁴ Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 130-131; Hanner, 67.

²¹⁵ Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 130-131.

²¹⁶ Stirling, 29-30.

gesagt – die Gefahr zu groß war, dass sie unter dem Einfluss der ungarisch-national gesinnten Bischöfen von Raab und Steinamanger agieren würden.²¹⁷

Wegen der politischen Unsicherheit um das Schicksal Westungarns zögerte aber der Heilige Stuhl mehr als zwei Jahre lang.²¹⁸ Die Ödenburger Volksabstimmung vom Dezember 1921, in deren Folge die designierte Hauptstadt des Burgenlandes bei Ungarn verblieb, führte aber zwangsläufig zu einer Veränderung des österreichischen kirchenadministrativen Konzeptes. Denn mit dem Wegfall Ödenburgs war nicht nur der geplante Bischofssitz ausgeschieden, sondern es wurden auch die wirtschaftlichen Grundlagen des neuen Bistums entzogen: Die neue Grenzziehung beließ die dafür ursprünglich vorgesehenen Liegenschaften des Kollegiatskapitels von Ödenburg und das Mensalgut des Raaber Bischofs in Kroisbach (*Fertőrákos*) beim östlichen Nachbarland.²¹⁹ Die Aufstellung und die Finanzierung der Diözese hätten also von der Regierung in Wien getragen werden müssen, woran man angesichts der katastrophalen Lage des Staatshaushaltes in den damaligen Nachkriegsjahren nicht denken konnte.²²⁰

In dieser Situation musste Dr. Robert Davy, der Landesverwalter für das Burgenland die Varianten für eine kirchenrechtliche Administration des neuen Bundeslandes – das in der Zwischenzeit bereits auch *de facto* von Österreich übernommen worden war – erneut überdenken. In seinem an das Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Kultusamt verfassten Brief vom 16. Jänner 1922 schilderte er nun drei Möglichkeiten:²²¹

- 1) Die Bestellung eines apostolischen Delegaten für das Burgenland (wie es dies bereits die erste an den Hl. Stuhl gerichtete Bitte vom Dezember 1919 enthielt)
- 2) Die Angliederung des Burgenlandes an die Erzdiözese Wien
- 3) Die Ernennung eines Vikars durch den Erzbischof von Wien, um die Agenden zu führen (welchen die ungarisch gesinnten lokalen Geistlichen nicht beeinflussen könnten, der aber Verständnis für die kroatische Minderheit darlegen müsste)

Das Kultusamt dachte in einem am 13. März 1922 datierten Dokument gar an eine Teilung des burgenländischen Gebietes zwischen den Diözesen Wien und Seckau-Graz.²²² Aber zu allererst musste überhaupt erreicht werden, dass es von den Diözesen Raab und Steinamanger abgetrennt wird – dies war die oberste Priorität, verglichen dazu war die Art und Weise der

²¹⁷ Ebenda.

²¹⁸ Pöck, 18; Stirling, 30-31.

²¹⁹ Stirling, 31; Schleinzner, Zwischen Festhalten und Wagen, 30-31, Pöck 16-17, 28; vgl. auch: Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administration, 132; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 337; Mayer, 140.

²²⁰ Stirling, 31; Pöck, 28-29; Hanner, 68-69.

²²¹ Schleinzner, Zwischen Festhalten und Wagen, 33. Der in Königsberg geborene, schottisch-stämmige Robert Davy (1867–1924) diente seit 1919 als Sektionschef im Bundesministerium für Inneres und Unterricht und war vom 25.2.1921 bis zum 16.1.1922 Landesverwalter des Burgenlandes. Kriegler, 85. Vgl. Kap. 1.

²²² Pöck, 28. (Anm. 44.); Rittsteuer, Katholische Kirche, 94.

Verwaltung eine Detailfrage.²²³ Wie es betont wurde, war dies nicht nur staatliches, sondern auch kirchliches Interesse: Man wollte die weitere Vermischung von Politik, Nationalität und Religion vermeiden – sie hat vielerorts das Verhältnis zwischen Klerus und Volk im Burgenland verschlechtert.²²⁴

Die Römische Kurie war aber sehr umsichtig und langsam bei solchen Entscheidungen von großer Tragweite.²²⁵ Wie oben angedeutet, bedurfte jedoch die Angelegenheit aus österreichischer Sicht einer dringenden Lösung – es konnte aber bestenfalls die Errichtung eines Provisoriums erwartet werden. Unter diesen Umständen wurde von österreichischer Seite entschieden (nach einer Diskussion innerhalb der Regierung und mit dem österreichischen Diplomaten beim Heiligen Stuhl), die Bestellung eines apostolischen Administrators beim Papst zu beantragen.²²⁶ Als Kandidat dafür einigte man sich auf den Erzbischof von Wien, Kardinal Dr. Friedrich Gustav Piffl.²²⁷

Dass dieses Konzept über die Errichtung einer apostolischen Administration und der Wunschkandidat der Wiener Regierung an deren Spitze nicht erst im Frühjahr 1922 ausgedacht wurden – wie dies von der österreichische Fachliteratur suggeriert wird – muss im Spiegel der ungarischen Originaldokumente eindeutig festgehalten werden. Sie werden nämlich spätestens im Sommer des Vorjahres bereits formuliert worden sein: Das ungarische Außenamt hatte schon im August 1921 – gerade aus vatikanischen Quellen (!) – über die diesbezüglichen Pläne der österreichischen Staatsführung erfahren.²²⁸ Der in den Folgemonaten der Ödenburger Volksabstimmung verfasste (vorläufig) endgültige österreichische Lösungsvorschlag für die kirchenrechtliche Neuordnung des Burgenlandes wird also – im Lichte der obigen Angaben – lediglich als ein *Rückgriff* zu verstehen sein.

Mit der Entscheidung des Heiligen Vaters vom 2. Mai 1922 gelang es schließlich, sowohl die Form der Verwaltung als auch deren Vorsteher nach österreichischen Vorstellungen durchzusetzen.²²⁹ Dies war aber das Ergebnis eines jahrelangen diplomatischen Ringens, welches im folgenden Kapitel einer eingehenderen Betrachtung für sich beansprucht.

Aber bevor es soweit ist, sollte auch der ungarische Standpunkt untersucht werden. Diese bedarf einer Nuancierung: Sie war nicht immer so eindeutig, wie man auf den ersten Anhieb

²²³ Pöck, 28; Stirling, 31-32.

²²⁴ Stirling, 30-33. Das dies tatsächlich der Fall war, wird aus den folgenden Kapiteln 9.1.3 und 9.3. ersichtlich.

²²⁵ Pöck, 28. Wenn man bedenkt, dass dem Friedenssystem von Versailles (in ihrer ersten Form) kaum zwei Jahrzehnte Lebenszeit bescheiden waren, wird dies umso verständlicher.

²²⁶ Hanner, 68-69; Stirling, 32, 41-42.

²²⁷ Stirling, 32, 41-45; Pöck, 28-29, 32-35; Hanner, 69.

²²⁸ Telegraphische Weisung von Außenminister Miklós Graf Bánffy vom 18. August 1921. In: Dezső Újváry (Red.), Papers and documents relating to the foreign relations of Hungary. Vol. II., Budapest 1946, 750-751. Salacz, 132, 134.

²²⁹ Stirling, 44-45, 70-71; Pöck, 35; Hanner, 69.

vielleicht vermuten würde. In einem Ziel war man sich eins: Westungarn durfte weder politisch, noch kirchenrechtlich unter österreichische Herrschaft geraten.

Als in den unmittelbar auf den Ersten Weltkrieg folgenden Monaten, am 28. Jänner 1919 für Deutsch-Westungarn eine territoriale Autonomie gewährt wurde (wohl um einem Anschluss an Österreich vorzubeugen), empfahl noch am gleichen Tag (!) die ungarische Bischofskonferenz dem Bischof von Raab, in Ödenburg ein deutschsprachiges Vikariat aufzustellen.²³⁰ Laut zeitgenössischen Zeitungsberichten soll letzterer tatsächlich mit dem revolutionären Regierungskommissar für katholische Angelegenheiten die Errichtung eines solchen, etwa neunzig Pfarren umfassenden Vikariates vereinbart haben.²³¹

Diese Initiative ging aber ursprünglich verständlicherweise nicht von der ungarischen katholischen Kirche aus, sondern von Regierungskommissar Adam Persián, der auch mit dieser Maßnahme die Abspaltungstendenzen der westungarischen Deutschen verhindern wollte.²³² Das VI. Volksgesetz von 1919 hatte ja der ungarländischen deutschen Volksgruppe auch im kirchlichen Bereich volle Selbstverwaltung gewährt, sodass er in diesem Sinne das deutsche Vikariat zu errichten trachtete, und zwar zunächst innerhalb der Diözese Raab.²³³ Er hatte diesen Vorschlag dem Ministerrat noch am 11. Jänner 1919 unterbreitet, wobei er als eines der Hauptargumente die angeblich fehlenden deutschen Sprachkenntnisse (!) des Raaber Oberhirten anführte und darum ersuchte, im Namen der Regierung beim Bischof auf die Aufstellung eines deutschsprachigen Vikariates mit Sitz in Ödenburg zu drängen.²³⁴ Ferner wollte er einen Priester mit dessen Leitung betrauen, der Deutsch verstand und womöglich

²³⁰ Kiss, 354; Salacz, 131. Vgl. auch Stirling, 22-23.

²³¹ Salacz, 131. Im Diözesanarchiv von Raab ließ sich über diese Verhandlung oder über die Aufstellung des Vikariates kein einschlägiges Dokument finden. Sie konnte aber von der ungarischen Fachliteratur aufgrund zeitgenössischer Dokumente trotzdem aufgearbeitet werden. Siehe: Tengely.

²³² Adam Persián (1887–1934) war ursprünglich Franziskanernovize und hatte als solcher in Deutschland theologische und geisteswissenschaftliche Studien betrieben, trat aber 1907 aus dem Orden aus und wurde Journalist (in dieser Funktion war er auch als Parlamentskorrespondent tätig). Er nahm an der Organisation der Katholischen Volkspartei teil, rückte aber während des Ersten Weltkrieges politisch nach links. Im November 1918 wurde er unter der Regierung Károlyi zum Regierungskommissar für katholische Angelegenheiten. Nach der Ausrufung der Räterepublik (21. März.1919) emigrierte er kurzzeitig nach Wien und dann nach Pressburg. Magyar életrajzi lexikon 1000-1990 <http://mek.oszk.hu/00300/00355/html/ABC11587/12079.htm> (Eingesehen am: 15.05.2013.). Tengely (Anm. 19.).

²³³ Béla Bellér, A magyarországi németek rövid története [Kurze Geschichte der ungarländischen Deutschen], Budapest 1981, 139-140; Tengely; Kiss, 354; Jenőffy, 29; Briefentwurf von Anton Fetser an den Wiener Nuntius Valfré di Bonzo vom 20. November 1919. Győri Egyházmegyei Levéltár, Egyházkormányzat [im Folgenden: GyEL] 1919, Nr. 4275. (in: Nr. 4523/1919).

²³⁴ Tengely bemerkt in diesem Zusammenhang, dass die Behauptung Persiáns über die nicht vorhandenen Deutschkenntnisse von Anton Fetser den Tatsachen überhaupt nicht entsprach. Es war ihrer Meinung nach genau der Gegenteil die Wahrheit: Bei seiner Ernennung zum Bischof von Raab war es ein wichtiger Aspekt gewesen, dass er die Sprache beherrschte. Ein Diözesanpriester von Fetser beschrieb jedoch drei konkrete Fälle, wo sich seine mangelnde Sprachfertigkeit offenbart haben soll (Ladislaus Stehlik, Dorniger Weg. Ein Priesterroman aus dem Burgenlande. Wien 1952, 5, 29-30, 38.). Im Diözesanarchiv Wien liegt zwar ein deutscher Brief von ihm vor, welches aber auch von einem Mitarbeiter verfasst gewesen sein könnte. Bischof Fetser an Kardinal Friedrich Gustav Piffl. Raab, 30. Oktober 1922. Diözesanarchiv Wien, Bischofsakten Piffl Burgenland, 1918-30 (=GyEL 1922, Nr. 3762/2)

aus den Reihen des Volkes stammte, also auch für deren Anliegen ein offenes Ohr hatte.²³⁵ Aus diesen Überlegungen ausgehend fasste er den Prälaten Alexander Gießwein, einen westungarischer Abgeordneten ins Auge.²³⁶ Der sich in den Jahren des Weltkrieges für den Frieden einsetzende, christlich-humanistisch eingestellte und auch sozial empfindliche Kleriker war wohl ein idealer Kandidat aus der Perspektive der ebenfalls pazifistisch orientierten Regierung Károlyi.

Wie angedeutet, wäre all dies nach Persián lediglich der erste Schritt gewesen – denn die deutsche Volksgruppe beschränkte sich im westlichen Grenzbereich natürlich nicht nur auf das Bistum Raab. Der Regierungskommissar wollte also die Kompetenzen des Bischofsvikars sowohl rechtlich, als auch territorial erweitern: Ihm schwebte bereits zu dieser Zeit ein Apostolischer Administrator (!) vor, dessen Jurisdiktionsbereich sich auch auf die deutsch besiedelten Teile der südlichen Nachbardiözese von Steinamanger erstreckten. Nach der Erlangung der prinzipiellen Zustimmung von Bischof Fetser wollte Adam Persián beim Heiligen Stuhl eine möglichst schnelle Durchsetzung dieser apostolischen Administration erwirken.²³⁷

Der Regierungskommissar legte sogar die territorialen Umrisse des neuen deutschen Vikariates in groben Zügen fest. Sie hätte aus 92 Pfarren und 70 Filialen bestanden, welche sich westlich einer geraden, von Magyarkimle (*heute Kimle*) bis zum südlichen Ufer des Neusiedler Sees verlaufenden, beziehungsweise von Fertőbán (sic!) bis Németsidány (*heute Kiszsidány*) reichenden Linie gelegen wäre (im Westen galt selbstverständlich die alte, österreichisch-ungarische Grenze).²³⁸ Diese ging sogar über die später in Trianon bestimmte politische Grenze hinaus und umfasste alle, im geschlossenen Block lebenden deutschen

²³⁵ Tengely

²³⁶ Alexander Gießwein (1856-1923) stammte aus Totis (*Tata*) und arbeitete seit 1878 als Priester in der Diözese Raab: 1880 war er Kaplan in Eisenstadt, 1892 wurde er Bischofssekretär, fünf Jahre später Kanoniker. 1902 erfolgte seine Weihe zum Abt und 1919 stieg er zum päpstlichen Prälaten auf. Der unglaublich vielseitige Geistliche war neben seiner politischen Tätigkeit auch als Linguist, Philosoph, Anthropologe und Religionshistoriker bekannt. Er war auch Präsident des Ungarischen Esperantovereins. Gießwein trat für demokratische Freiheitsrechte und für die Rechte der Arbeiterschaft ein; er versuchte auch die Lage des Agrarproletariates zu verbessern. Neben seinem sozialen Engagement betrieb er bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine aktive Friedenspolitik, 1910 wurde er Präsident des Ungarischen Friedensvereins. Zwischen 1905 und 1923 war er als Vertreter abwechselnder Parteien Parlamentsabgeordneter des Wahlbezirkes Ungarisch Altenburg (*Magyaróvár*). Mit seiner oben geschilderten politischen Auffassung unterschied er sich deutlich von den anderen Abgeordneten aus dem westungarischen Klerus, sodass es nicht verwunderlich ist, dass er nach 1919 aus dem katholischen öffentlichen Leben ausgedrängt wurde. Magyar katolikus lexikon <http://lexikon.katolikus.hu/G/Giesswein.html> (Eingesehen am: 26.07.2017); http://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_G/Giesswein_Alexander_1856_1923.xml (Eingesehen am: 29.07.2017); Jenőffy, 18, 30; Mayer, 142 (Anm. 333).

²³⁷ Die hier enthaltenen Informationen stammen aus den Memoiren von Adam Persián selbst, auf die sich Adrienn Tengely in ihrem Aufsatz stützt, welche im Budapester Archiv des Instituts für Politische Geschichte lagern. Politikátörténeti Intézet Levéltára (PIL.) 704. f. 12. öe. 184-187. p. In: Tengely.

²³⁸ Tengely (Anm. 21.). Die Erwähnung von „Fertőbán“ ist etwas verwirrend, da es eine Ortschaft mit dieser Namensform nicht gab. Wahrscheinlich war darunter Apetlon – ungarisch Mosonbátfalva – oder eventuell Holling (*Fertőboz*) gemeint. Letztere liegt tatsächlich am Südufer des Neusiedler Sees.

Siedlungen.²³⁹ Persián vergaß auch die kroatischen Katholiken im westungarischen Teil der Diözese Raab nicht: Er betonte, das der neue Vikar auch ihre Sprache beherrschen musste.²⁴⁰ Trotzdem löste ihre geplante Eingliederung einen lebhaften Protest der kroatischen Geistlichkeit der Umgebung von Ödenburg aus, welche nun ihrerseits die gleichen Rechte verlangte wie die deutsche Volksgruppe, also die Aufstellung eines eigenen kroatischen Vikariates.²⁴¹ Aber laut den Memoiren von Adam Persián scheiterte das von ihm initiierte Ödenburger deutsche Vikariat an jemand anderem: Bischof Fetser weigerte sich Alexander Gießwein zu dessen Leiter zu ernennen – er hätte nur einem Priester zugestimmt, der alle seine Verfügungen bedingungslos durchführt.²⁴² Offenbar traute der Raaber Oberhirte dies dem Kandidaten des Regierungskommissars nicht zu. Wie er dann in einem Brief an den Wiener Nuntius einige Monate später selbst feststellte, war das Konzept des Vikariates „in Stille eingeschlafen“.²⁴³

Unschwer zu errahnen, waren nicht nur die Kroaten Westungarns gegen die Aufstellung der geplanten kirchenadministrativen Einheit, sondern auch die dort tätigen ungarischen (oder ungarisch gesinnten) Priester hatten wenig Begeisterung dafür übrig. Einer von ihnen machte aus seinen diesbezüglichen Ansichten auch keinen Hehl und bat seinen Bischof um Versetzung aus dem deutschen Autonomiegebiet: Dem ungarischen Pfarrer von Neusiedl widerstrebe es zutiefst, das Inkrafttreten der Autonomie feiern zu müssen.²⁴⁴

Dass die Idee einer eigenständigen deutschsprachigen „Diözese Ödenburg“ nicht nur ein von Österreich forcierter Gedanke war, beweist folgendes Beispiel. Im November 1920 sprachen sich fünf westungarische Abgeordnete (von denen drei katholische und ein evangelischer Geistlicher waren!) – mit einer nicht ganz uneigennützigen Unterstützung der ungarischen Regierung – für ein autonomes deutsches Komitat im Rahmen des ungarischen Staatsverbandes und gleichzeitig auch für ein katholisches Bistum mit Sitz in Ödenburg aus.²⁴⁵

²³⁹ Es ist interessant jedoch, dass obwohl das Gebiet des geplanten Vikariates sogar über die spätere burgenländisch-ungarischen Grenze hinausging, im Endeffekt laut Fachliteratur eine größere Zahl von Pfarren – insgesamt 99 – vom Bistum Raab zu Österreich kam. Vgl. Gergely, *A katolikus egyház története*, 44; Dóka, 15-16; Jenőffy, 2, 29.

²⁴⁰ Tengely (Anm. 21). Unklar ist dabei, ob sein Kandidat für dieses Amt, der sprachbegabte Prälat Gießwein auch kroatisch verstand. Von Haus aus wohl nicht, da er ja nicht in Westungarn, sondern in Totis (Nordost-Transdanubien) geboren wurde.

²⁴¹ Salacz, 131; Kóvágyó, 122, 259; Tengely (Anm. 210).

²⁴² Tengely (Anm. 22).

²⁴³ Fetser an Nuntius Valfrè di Bonzo. Raab, 20. November 1919. Szombathelyi Egyházmegyei Levéltár, Acta Cancellariae (im Folgenden: SzEL Act. Canc.). 1919, Nr. 5238 (maschinengeschriebener lateinischer Brief); GyEL 1919, Nr. 4275 (lateinischer und ungarischer Entwurf)

²⁴⁴ Tengely (Anm. 150); Jenőffy, 30. Brief von Pfarrer István Békeffy an Bischof Fetser vom 8. Februar 1920. GyEL 1919, Nr. 1588.

²⁴⁵ Die Unterstützung der ungarischen Regierung war aber temporär und außenpolitisch motiviert: Sie wollte diese – im Grunde genommen – als Treueerklärung zu verstehende Memorandum vor dem österreichischen Publikum und noch wichtiger, vor den Ententemächten als Legitimationsmittel für den Erhalt Westungarns

Wie man sich vorstellen kann, entsprach dieses Konzept keineswegs den Interessen der beiden betroffenen ungarischen Bischöfe.²⁴⁶ Es ist ziemlich eindeutig, dass sie am *Status quo* nichts ändern wollten.²⁴⁷ Aus einem erhaltenen Briefentwurf des Bischofs von Raab bekommt man den Eindruck, dass dieser vollkommen im Klaren über die oben erwähnten kirchenrechtlichen Vorstellungen der österreichischen Seite war und auch über deren Motive (aus ungarischen Regierungskreisen) unterrichtet war.²⁴⁸ Er sprach sich jedoch für die Beibehaltung der bestehenden Ordnung aus. Er wies darauf hin, dass eine Diözese sogar grenzübergreifend existieren könnte, wofür er als Beispiel die Diözese Breslau aufbrachte: Deren Gebiet dehnte sich sowohl auf Österreich-Ungarn, als auch auf das Deutsche Reich aus.²⁴⁹ Der Bischof argumentierte auch gegen die sofortige Entsendung eines apostolischen Delegaten aus dem österreichischen Klerus. Eine solche Maßnahme wäre angesichts der noch unkonsolidierten politisch-territorialen Verhältnisse verfrüht gewesen (Ende 1919 hatte Ungarn den Friedensvertrag noch nicht unterschrieben!), und solange Westungarn unter ungarischer Oberhoheit stünde, müsste ein apostolischer Delegat österreichischer Herkunft zwangsläufig mit der Budapester Regierung in Konflikt geraten. Da Letztere über den Religionsfonds verfügte, würden die finanziellen Mittel der Priesterschaft und der katholischen Institutionen im Tätigkeitsbereich des Delegaten „in Gefahr schweben“.²⁵⁰

Aus dem Briefwechsel zwischen den Bischöfen von Steinamanger und Raab vom November 1919 wird klar, dass auch Ersterer die Ernennung eines apostolischen Delegaten vor der faktischen Übernahme des Gebietes durch Österreich kategorisch ablehnte.²⁵¹ Er hatte jedoch bereits damals mit der Einsetzung eines Bischofsvikars zu einem späteren Zeitpunkt gerechnet. Dieser trat Anfang September 1921 ein, als er unmittelbar nach dem Einmarsch der

ausnutzen. Schlag, Zur Burgenlandfrage, 110-111; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 161; Huber, 2; Mayer, 140. Vgl. Unger, 7, 25.

²⁴⁶ Dies wird vielleicht auch damit erklärbar sein, dass die deutschen Abgeordneten Westungarns binnen weniger Monate nach ihrer Verlautbarung Ende Jänner 1921 (vorübergehend) aus der Regierungspartei ausgetreten waren und aus dem Plan nichts wurde. Vgl.: Unger, 8; Schlag, Zur Burgenlandfrage, 114-115.

²⁴⁷ Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 133; Stirling, 34-35.

²⁴⁸ Der Oberhirte zitierte diese in seinem Schreiben: Die österreichische Regierung wolle in einer so wichtigen Angelegenheit mit Sicherheit nicht den Einfluss eines kirchlichen Würdenträgers zulassen, der nicht sein Untertan ist. Briefentwurf von Fetser an Nuntius Valfrè di Bonzo. Raab, November 1919 (undatiert). GyEL 1919, Nr. 4275.

²⁴⁹ Briefentwurf von Fetser an Nuntius Valfrè di Bonzo. Raab, November 1919 (undatiert). GyEL 1919, Nr. 4275. Eine solche Lösung hätte jedoch – selbst in ideellen Fall eines größtmöglichen beidseitigen Entgegenkommens beider Länder – kurz- und langfristig Schwierigkeiten für eine geordnete Kirchenadministration der Diözese bereitet, wie Anton Stirling darauf zu Recht hingewiesen hat. Stirling, 29.

²⁵⁰ Ebenda. Siehe noch Kap. 8.1.

²⁵¹ Brief von Johannes Mikes an Bischof Fetser vom 14. November 1919. GyEL 1919, Nr. 4449. Schmidt, Entstehung der Apostolischen Administration, [5], Anm. 26.

ersten österreichischen Einheiten provisorisch einen Generalvikar für den Westteil seiner Diözese bestellte.²⁵²

6. Diplomatische Aktivität der beiden betroffenen Staaten beim Heiligen Stuhl

6.1 Österreichische Schritte beim Vatikan bis zur Ödenburger Volksabstimmung

Die Diplomatiegeschichte der Errichtung der AAB wurde in der österreichischen Fachliteratur bereits ausführlich und detailgenau behandelt, sodass sich die hier vorliegende Arbeit bei der Rekonstruktion der von der Wiener Regierung in Rom unternommenen Schritte auf deren Erkenntnisse weitgehend stützen kann. Die bereits im Kapitel 1. angedeutete Asymmetrie der Forschungslage – also die relativ spärliche Anzahl der themenspezifischen ungarischen Sekundärquellen – gilt auch für diesen Teilaspekt der Dissertation. Sie macht die Heranziehung von Originaldokumenten aus Ungarn in stärkerem Umfang notwendig, sodass der Standpunkt der politischen Führung dieses Landes besser verstanden werden kann.²⁵³

Wie schon erwähnt, hatten die österreichischen Behörden recht früh, noch vor der Unterschreibung des Friedensvertrags von Saint-Germain-en-Laye – bei der die politischen Grenzen des Staates umrissen wurden – die kirchlich-administrative Übernahme Westungarns in die Tagesordnung aufgenommen: Die Verwaltungsstelle für den Anschluss Deutsch-Westungarns löste also am 4. September 1919 jenen Startschluss aus, der die österreichische Diplomatie in dieser Frage quasi ins Rollen brachte. Einen Monat später, am 8. Oktober 1919 formulierte die österreichische Regierung ihren diesbezüglichen Standpunkt in einem Schreiben an den Heiligen Stuhl.²⁵⁴ In diesem historischen Dokument – in dem übrigens der

²⁵² SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 3945 (Dokumente des Diözesanarchivs von Steinamanger, Acta Cancellariae) vom 1. September 1921; SzPL Hirtenbriefe 1921. XI. nr. 4526 (10. Oktober 1921). Siehe: László, Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur, 198; Rittsteuer, Die Errichtung der Apostolischen Administratur Burgenland, 134; Schleiner, Von Westungarn zum Burgenland, 102; Huber, 4; Hanner, 68; Bakó, Gróf Mikes János, 21. Die Westungarnpolitik der ungarischen Oberhirten wird noch in den Kapiteln 7 und 8 im gebührenden Umfang und Detail vorgestellt werden.

²⁵³ An dieser Stelle soll eine österreichische Studie besonders hervorgehoben werden: Gerald Schlag hatte nämlich in seiner Abhandlung über die internationalen und engeren regionalen Entwicklungen, welche zwischen 1919 und 1921 die Entstehung des Burgenlandes beeinflussten, ungarische Quellenpublikationen, zeitgenössische Artikel und Sekundärliteratur verwendet (aber fast keine Archivbestände!). Schlag, Zur Burgenlandfrage. Vgl. Kap. 1.

²⁵⁴ Das Schriftstück befindet sich im Diözesanarchiv Eisenstadt. László, Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur, 197; Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 130; Kramer, 14-15; Huber, 3.

Name „Burgenland“ zum ersten Mal auftaucht – wurde Benedikt XV. gebeten, einen apostolischen Delegaten in die geplante Hauptstadt des neuen Bundeslandes zu versenden.²⁵⁵

Als Begründung wurden die Uneinigkeit der dortigen Katholiken sowie die Präsenz einer zahlenmäßig relativ starken protestantischen Minderheit angeführt – die katholischen Gläubigen machten nur etwa zwei Drittel der Bevölkerung aus.²⁵⁶ Noch dazu hatte in Ödenburg ein evangelischer Superintendent seinen Sitz, dem in der Stadt auch ein Lyzeum samt theologischer Fakultät unterstand, wie auch eine Lehrerbildungsanstalt – diese könnten das kulturelle Leben lokal und auch regional stark beeinflussen.²⁵⁷ Es wäre also angebracht, einen Mann mit Autorität entgegenzustellen, der die Katholiken führt. Wie bereits festgestellt, hatte die Wiener Regierung für das Amt des Delegaten mit großem Nachdruck einen Priester aus dem österreichischen Klerus vorgeschlagen, mit dem Hinweis, dass dieser über den in Westungarn herrschenden nationalen Gegensätzen stehen würde.²⁵⁸

Im Zusammenhang mit letzteren ging das Dokument explizit darauf ein, dass die Intelligenz der Städte, in erster Linie die Beamten und die Lehrerschaft der (niederen und mittleren) Lehranstalten entweder echte Ungarn, oder ungarisch gesinnte Leute waren.²⁵⁹ Das gleiche traf auch auf die meisten katholischen Geistlichen zu.²⁶⁰ Ihnen stand aber eine überwiegend deutsche Landbevölkerung gegenüber, sodass es innerhalb der katholischen Kirche zu Schwierigkeiten und Spannungen kommen könnte.²⁶¹ Um diese zu verhindern, wäre es notwendig, die burgenländischen Katholiken aus dem Jurisdiktionsbereich der ungarischen Bischöfe von Raab und Steinamanger herauszunehmen.²⁶² Man verwarf also auch die

²⁵⁵ László, Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur, 197; Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 130. Kramer, 14.

²⁵⁶ Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 130-131; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 335; Kramer, 14. Diese Uneinigkeit unter der Katholiken (sie wären „führungslos und zerstritten“ gewesen), kann man wahrscheinlich mit dem nationalen Gegensatz zwischen Klerus und den Gläubigen erklären, über den das Dokument ebenfalls berichtet. Siehe: Hanner, 67. Dass der Anteil der Protestanten im besagten Schriftstück etwas übertrieben hoch angesetzt war, hatte Rittsteuer auf der Basis zeitgenössischer Statistiken nachgewiesen. Die Burgenlandstatistik des Jahres 1923 ist insofern irreführend, als darin Ödenburg und Umgebung nicht mehr inkludiert sind, wo eine vergleichsweise bedeutend höhere Zahl an evangelischen Christen lebte. Aber selbst wenn man diese mitzählt, wie in einer inoffiziellen Zusammenstellung aus dem Vorjahr (auf die sich Rittsteuer aufgrund eines Dokumentes aus dem Diözesanarchiv Eisenstadt beruft), belief sich die Proportion der Nichtkatholiken lediglich auf 18,66%. Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 131, besonders Anm. 2; Vgl. auch Salacz, 134.

²⁵⁷ Wie in der vorangehenden Anmerkung angedeutet, hatten in Ödenburg selbst die Katholiken lediglich eine zweidrittel Mehrheit gestellt: Von den insgesamt 33.478 Einwohnern waren 21.446 katholisch, 9.592 protestantisch und 2.440 jüdischen Glaubens (1919). Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 130-131. Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 336.

²⁵⁸ Laut dem oben erwähnten Schriftstück hatten in den 1919 Österreich zugesprochenen Gebieten Westungarns 245.000 Deutsche, 46.000 Slovaken [sic!] – eigentlich Kroaten – und 41.000 Ungarn gelebt. Rittsteuer macht auch hier darauf aufmerksam, dass diese Ziffern wahrscheinlich nur auf Schätzungen beruhten. Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 131, besonders Anm. 4. Kramer, 14.

²⁵⁹ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 336; Kramer, 15.

²⁶⁰ Kramer, 15.

²⁶¹ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 337; Kramer, 14-15. Vgl. auch Huber, 2; Hanner, 66.

²⁶² Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 132; Kramer, 15; Szabó, 14.

Möglichkeit, dass von diesen ungarischen Oberhirten eingesetzte und aus dem burgenländischen Klerus stammende Generalvikare im österreichischen Teil ihrer Diözesen die Geschäfte weiterführten.²⁶³

Auf die geplanten wirtschaftlichen Grundlagen wurde im Schreiben ebenfalls eingegangen: Wie bereits im vorigen Kapitel kurz angesprochen, stellte die Wiener Regierung die Finanzierung der neu zu errichtenden Diözese aus den burgenländischen Gütern des Raaber Bischofs und des Ödenburger Kollegiatskapitels vor.²⁶⁴ Bei der Schaffung des institutionellen Hintergrundes dachte man ebenfalls an das Kollegiatskapitel, welche zu einem Kathedralkapitel hätte umgewandelt werden können.²⁶⁵ Die Präsenz von verschiedenen Orden in der designierten Bischofsstadt (Benediktiner, Dominikaner, Ursulinerinnen, Redemptoristinnen, Karmeliterinnen (in Wandorf [*Sopronbátfalva*]) begünstigten ebenfalls die Wahl der Stadt zum Zentrum der neuen Diözese.²⁶⁶ Bei der Heranbildung des deutschsprachigen Priesternachwuchses dachte man aber vorerst nicht an lokale Möglichkeiten, sondern fasste das Thomaskolleg in Wien für diese Aufgabe ins Auge.²⁶⁷ Die Wiener Regierung hatte also ein recht konkretes Konzept für Errichtung eines Bistums skizziert, dessen Vorbereitungsarbeiten vom oben genannten apostolischen Delegaten hätten geleitet werden sollen. Die bis dato zuständigen ungarischen Oberhirten wurden nur insoweit im Argumentationswerk erwähnt, als man ihren Einfluss möglichst schnell ausschalten wollte.

Wie es an mehreren Stellen in der Fachliteratur zu lesen ist, wurde aber dieses Schreiben vom Anfang Oktober 1919 von der österreichischen Regierung nie an den Adressanten versandt.²⁶⁸ Als Erklärung dafür gab Huber an, dass es zum damaligen Zeitpunkt eine gefährliche Präzedenz für die kirchenrechtliche Loslösung Nordtirols von der Diözese Brixen geschaffen hätte, dessen südlicher Teil samt Bischofssitz nach dem Ersten Weltkrieg an Italien gefallen war, welche ihrerseits ebenfalls bemüht war, die Diözesangrenzen an die Staatsgrenzen anzupassen.²⁶⁹ Wie Rittsteuer formulierte, war diese Problematik sozusagen ein Gegenstück zur jener der Diözese Ödenburg – sie hatte ihre Relevanz für das Burgenland bis

²⁶³ Ebenda. Vgl. auch Kapitel 4.

²⁶⁴ Unter diesen Besitzungen waren zum Beispiel jene in Kroisbach und Weiden am See, usw. gemeint. Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 132 (besonders Anm. 7); Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 337; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 162.

²⁶⁵ Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 132; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 337; Szabó, 15.

²⁶⁶ Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 132; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 337.

²⁶⁷ László, Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur, 197; Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 132; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 337-338; Kramer, 15.

²⁶⁸ Laut Rittsteuer erhielt der erste Diözesanbischof des Burgenlandes, DDr. Stefan László diese Information vom österreichischen Bundeskanzleramt auf seine Anfrage. Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 133, Anm. 10; Kramer, 15.

²⁶⁹ Für die bei Österreich gebliebenen Teile der Diözese Brixen wurde bereits am 17. Dezember 1918 ein apostolischer Delegat vom Papst ernannt! Huber, 3; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 338.

zu ihrer Lösung durch die Kirche bewahrt.²⁷⁰ Obwohl also die Brixener Frage von der österreichischen Diplomatie bis zur letztendlichen Errichtung der Apostolischen Administration Burgenland immer vor Augen gehalten werden musste, scheint Hubers Argument für die Zurückhaltung des Briefes nicht ganz stichhaltig zu sein – außer wenn man sie als ein zögerhaftes Verhalten der Wiener Regierung interpretiert.²⁷¹ Ihr Inhalt war dem Heiligen Stuhl vermutlich sowieso bekannt geworden, die beiden betroffenen ungarischen Bischöfe waren spätestens Mitte November im Klaren über die österreichischen Absichten.²⁷² Darüber hinaus deckt sie sich wahrscheinlich mit jenem Schreiben vom 10. Dezember 1919, die an den apostolischen Nuntius in Wien schließlich übergeben worden war.²⁷³ Diese wurde vom Staatsamt für Inneres und Unterricht, Kultusamt verfasst und (am gleichen Tag) an das Außenministerium gerichtet.²⁷⁴ In der Folge ersuchte das Staatsamt für Äußeres am 29. Dezember 1919 in einer französischsprachigen Note den Heiligen Stuhl, einen apostolischen Delegaten in Westungarn zu bestellen.²⁷⁵ Die „Notice“ wurde dem Geschäftsträger des Heiligen Stuhls, Giovanni Battista Ogno-Serra am 2. Jänner übergeben.²⁷⁶ Bereits zum Zeitpunkt der Übernahme gab aber Letzterer zur Kenntnis, dass der Heilige Stuhl in der Angelegenheit keine Entscheidung fällen könne, bevor der Friedensvertrag mit Ungarn abgeschlossen ist.²⁷⁷

Dass die österreichischen Absichten der Wiener Nuntiatur tatsächlich bereits viele Wochen vor Anfang Jänner 1920 bekannt waren, wird aus dem vom Innenministerium erstellten Schriftstück selbst eindeutig. Das Staatsamt erinnerte nämlich daran, dass die Nuntiatur gelegentlich auf mündlichem Wege und durch „die auf inoffiziellern Wege erfolgte Vermittlung eines Promemorias aus hiesigen kirchlichen Kreisen“ schon aufmerksam gemacht worden war.²⁷⁸

Das anfangs scheinbar etwas inkonsequente Auftreten auf österreichischer Seite ist wohl auf die unterschiedliche „Geschwindigkeit“ zurückzuführen, mit der sie die kirchenrechtliche

²⁷⁰ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 338; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 162. Vgl. auch: Stirling, 41.

²⁷¹ Vgl. Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 162-163.

²⁷² Die zwei Oberhirten waren von der ungarischen Regierung informiert gewesen, die ihrerseits die Information gerade vom Wiener Nuntius erhalten hatten! GyEL 1919, Nr. 4356. Schmidt, Entstehung der Apostolischen Administration, [4-5], Anm. 22, 26; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 338. Vgl. auch: Pöck, 17.

²⁷³ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 337-338, Anm. 6, 12.; Kramer, 15.

²⁷⁴ Pöck, 15, Anm. 24.

²⁷⁵ Österreichisches Staatsarchiv, Wien. Archiv der Republik - Neues Politisches Archiv (im Folgenden: ÖstA/AdR, NPA), K 257 Österreich 3/8 Staatsamt für Äußeres Z I.- 7382/1919 vom 29. Dezember 1919. Veröffentlicht auch in: Stirling, 29-30, Anhang Nr. 1, 183-188. Darin berief man sich gerade auf das Beispiel des Apostolischen Delegaten in Innsbruck als Präzedenz (S. 187.). Siehe noch: Pöck, 18, Anm. 28.

²⁷⁶ Pöck, 18. Bei Pöck wird Msgr. Ogno-Serra irrtümlich als Nuntius angegeben. Zu dieser Zeit hielt der bereits erwähnte Teodoro Valfrè di Bonzo diesen Posten inne (von 13.10.1916 bis 6.3.1920). Siehe: http://www.apostolische-nachfolge.de/Diplomaten_M_Z.htm (Eingesehen am: 06.02.2013.); <http://www.catholic-hierarchy.org/diocese/dxxat.html> (Eingesehen am: 21.01.2011.)

²⁷⁷ Pöck, 18, Anm. 29.

²⁷⁸ Pöck, 17.

Angliederung Westungarns vorantreiben wollten oder konnten. Während die Verwaltungsstelle für den Anschluss Deutsch-Westungarns darauf drängte, diese Angelegenheit in Rom so schnell wie möglich durchzusetzen, musste die Bundesregierung und der österreichische Gesandte beim Heiligen Stuhl auf die vorhin genannte prekäre Situation der Diözese Brixen Rücksicht nehmen, sodass sie 1919 und 1920 noch kaum Druck hinter ihre Forderung setzen konnten.²⁷⁹ „Was in Tirol unerwünscht war, konnte im Burgenland nicht forciert werden“ – fasste Rittsteuer das damalige Dilemma der österreichischen Diplomatie prägnant zusammen.²⁸⁰

Im Februar 1920 setzte dann die österreichische Regierung – wie es sich nachhinein herausstellen sollte – einen geschickten diplomatischen Schachzug mit der Ernennung Ludwigs von Pastor zum österreichischen Geschäftsträger bei der römischen Kurie.²⁸¹ Pastor, der bis dahin der Direktor des österreichischen Historischen Institutes in Rom gewesen war und eine sechzehnbandige Serie über die Geschichte der Päpste verfasst hatte, war als Wissenschaftler am päpstlichen Hofe sehr geachtet und verfügte über beste Kontakte zu den führenden Kreisen ebendort, zum Beispiel zu Kardinalstaatssekretär Gasparri, aber er war auch Benedikt XV. persönlich bekannt.²⁸² Als er am 12. März 1920 sein Beglaubigungsschreiben dem Kardinal übergab, betonte dieser, dass Pastor als Vertreter Österreichs nicht nur „aggradito“ (willkommen), sondern „aggraditissimo“ (höchst willkommen) sei.²⁸³ In der Folge nutzte der Gesandte seine besondere Stellung und Autorität im Vatikan dementsprechend aus, um bessere Informationen zu erhalten und den österreichischen Standpunkt durchzusetzen – so auch im Falle des Burgenlandes.²⁸⁴

Den Impuls zur Durchsetzung eines apostolischen Delegaten in Westungarn hatte am 25. März 1920 das Staatsamt für Inneres und Unterricht, Kultusamt in einem Schreiben an das

²⁷⁹ Rittsteuer scheint aber in seinem 1971 erschienen Aufsatz bezüglich der Chronologie sich selbst zu widersprechen: Drei Jahre früher hielt er nämlich fest, dass für die österreichischen Gebiete der Diözese Brixen schon seit dem 17. Dezember 1918 ein eigener Delegat zuständig war, das *fait accompli* war also hier bereits eingetreten. Zur Zerreißung des Tiroler Bistums war der erste Schritt also bereits getan. Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 338; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 162-163.

²⁸⁰ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 338.

²⁸¹ Ludwig Freiherr von Pastor (1854–1928) war von 1920 provisorischer, seit 1921 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der Republik Österreich beim Heiligen Stuhl (bis zu seinem Tode). In dieser Funktion war er maßgeblich an den Verhandlungen zur Neuordnung der kirchlichen Verwaltung im Burgenland, in Tirol und Vorarlberg beteiligt. Strnad, Alfred A., Pastor, Ludwig Edler von, Freiherr von Camperfelden. In: Neue Deutsche Biographie 20 (2001), 94-96 [Onlinefassung] <http://www.deutsche-biographie.de/pnd116052953.html> (Eingesehen am: 14.02.2013.); Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 16-17.

²⁸² Wohlgemerkt war die Papstgeschichte-Serie zum gegebenen Zeitpunkt (1920) noch nicht vollendet. Engel-Janosi, Diplomatische Mission Ludwig von Pastors, 3-5, 18; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 16-20, 33-34; Ludwig von Pastor, Tagebücher, Briefe, Erinnerungen. 1854 – 1928. Hg. Von Wilhelm Wühr. Heidelberg 1950, 680-682.

²⁸³ Pastor, Tagebücher, 680 ; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 17; Engel-Janosi, Diplomatische Mission Ludwig von Pastors, 4.

²⁸⁴ Engel-Janosi, Diplomatische Mission Ludwig von Pastors, 4-5, 18; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 19-20, 22, 73; Pastor, Tagebücher, 746.

Außenministerium gesetzt.²⁸⁵ Darin wurde auf die mittlerweile verbesserten Umstände Österreichs verwiesen: Innenpolitisch war es konsolidiert und in der Außenpolitik war es ebenfalls gelungen, die Isolation schrittweise zu durchbrechen. Auch der Friedensvertrag mit Ungarn war in ein weiteres Stadium getreten, welche für die Übernahme des Burgenlandes eine Grundvoraussetzung war.²⁸⁶ Das Hauptmotiv für den Handlungsbedarf war aber die Notwendigkeit, die österreichischen Interessen bezüglich Westungarn gegenüber der Kurie weiterhin zu signalisieren, Letztere zu informieren und gleichzeitig die ungarischen Einflüsse zu neutralisieren.²⁸⁷ Die Priorität lag bei der Veränderung der bestehenden kirchenadministrativen Zustände, auch wenn diese vorerst nur durch die Schaffung eines Provisoriums zu erreichen war: Wie in der Anfang Jänner dem apostolischen Geschäftsträger überreichten Note, hat sich das Innenministerium auch jetzt auf die Analogie der von der Kurie bereits gewählten Lösung in Nordtirol berufen.²⁸⁸ Der Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl sollte die oben ausgeführten Ziele bei den maßgebenden Stellen im Vatikan darlegen, und wenn es zur Wahl eines nach Ödenburg bestimmten Delegaten kommt, müsste diese in Einvernehmen mit der Wiener Regierung geschehen.²⁸⁹

Am 9. April 1920 hatte Staatskanzler Renner eine Audienz bei Benedikt XV. in Rom abgestattet, in deren Rahmen er wohl die österreichischen Vorstellungen über die kirchenrechtliche Lösung der Burgenlandfrage dem Heiligen Vater auch persönlich unterbreitete.²⁹⁰ Der Papst zeigte zwar ein großes Interesse für die Lage Österreichs und spendete sogar 1 Million Lire für dessen notleidende Bevölkerung, die kirchenpolitischen Pläne der Regierung Renner für Westungarn (Entsendung eines apostolischen Delegaten nach Ödenburg, Errichtung einer eigenen Diözese) lehnte er jedoch ab.²⁹¹ Es wurde dabei

²⁸⁵ Pöck, 18-19.

²⁸⁶ Pöck, 19.

²⁸⁷ Ebenda.

²⁸⁸ Pöck, 19, 21.

²⁸⁹ Pöck, 19-20.

²⁹⁰ Die Besprechung fand also nicht am 4. April 1920 statt, wie Rittsteuer angab (Renner war erst am 7. April in Rom eingelangt!). Aus dem oben zitierten Tagebuch des österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl wird dies eindeutig klar. Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 133; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 338; Pastor, Tagebücher, 683-684.

²⁹¹ Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 133; Kramer, 15-16. Siehe auch: Bericht von János Csiszárík vom 19. Juli 1920. Magyar Nemzeti Levéltár Országos Levéltára (im Folgenden: MNL OL) K-105-E-1-a 1920/7 pol. János Csiszárík (1860–1936) arbeitete seit 1906 an der Botschaft der österreichisch-ungarischen Botschaft beim Heiligen Stuhl, ab 1910 als Rat für Kirchenrecht. Seit Anfang 1916 war er in der Kirchenabteilung des k. u. k. Außenministeriums tätig, Ende Oktober 1919 wurde er ins ungarische Außenministerium übernommen, welches ihn mit der Organisation der Botschaft beim Heiligen Stuhl beauftragte. Laut Gergely hatte man ihm diese Aufgabe anvertraut, weil er im ungarischen Außenamt der einzige war, der Erfahrung und Kompetenz dafür besaß. Nach seiner Rückkehr aus Rom spielte er in den 1920-er Jahren eine maßgebende Rolle bei der Führung der kirchenpolitischen Geschäfte. Gergely, A 20. században, 257; Gergely, A katolikus egyház története, 13.

(wiederholt) auf die unsichere politische Situation verwiesen: Zuerst musste überhaupt eine Klärung der Burgenlandfrage zwischen Österreich und Ungarn erfolgen.²⁹²

Aus einem Bericht der ungarischen Botschaft wissen wir, dass Kanzler Renner bei dieser Gelegenheit auch Kurienkardinal Andreas Frühwirth aufgesucht hatte, der ja ein gebürtiger Steirer war – wohl um ihn für die Westungarnfrage „einzuspannen“.²⁹³ Dieser hatte aber Renner laut eigener Angabe einen kühlen Empfang bereitet, sodass der Staatskanzler „ganz unverrichteter Dinge abziehen musste“. Der in der österreichischen Fachliteratur als österreichfreundlich eingereihte Kardinal hatte nach dem Wortlaut des obigen Schreibens eine niederschmetternde Meinung über Dr. Renner und seine Regierung, sodass viel Gutes von ihm nicht zu erwarten war.²⁹⁴ Trotz all dieser Absagen arbeitete aber die österreichische Diplomatie noch bis zum Sommer unbeirrt am Plan zur Durchsetzung des apostolischen Delegaten weiter.

Bereits nach Renners Rombesuch wurde der österreichische Gesandte Freiherr von Pastor in einem Schreiben vom 23. April 1920 aufgefordert, nach den Richtlinien des Innenministeriums aus dem Vormonat vorzugehen. Gleichzeitig wurde er auch ersucht, noch vor der Unternehmung einer offiziellen diplomatischen Aktion, bei Österreich wohlgesinnten Persönlichkeiten am päpstlichen Hof zu erkunden, in welcher Form der Antrag am ehesten zielführend wäre.²⁹⁵ Es wurde in diesem Zusammenhang der soeben zitierte Kurienkardinal Frühwirth namentlich erwähnt.²⁹⁶ Eine spätere Weisung des Außenministeriums an seinen Gesandten vom 8. Mai enthielt noch den Hinweis, dass die westungarischen Bischöfe energisch gegen die Trennung ihrer Diözesen aufgetreten waren und dem Heiligen Stuhl – vorbeugend sozusagen – die Schaffung von Vikariaten für die an Österreich fallenden Gebiete angeboten hatten.²⁹⁷ Das Außenamt wies mit Nachdruck darauf hin, diesem Kompromissvorschlag entgegenzuwirken, da jeglicher weitere Einfluss der ungarischen Oberhirten im Burgenland wegen dessen nationalem Konfliktpotential als unerwünscht angesehen wurde.²⁹⁸

²⁹² Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 133; Kramer, 15-16.

²⁹³ Ungarische Botschaft beim Hl. Stuhl (?) an Ministerpräsident Teleki vom 29. Juli 1920. MNL OL K-105-N-2 1920/12 pol. Andreas Kardinal Frühwirth (1845–1933) war seit 1904 im Dienst der Kurie tätig, ab Dezember 1916 als Kurienkardinal. Vgl.: Pöck, 21, Anm. 32; Szabó, 15.

²⁹⁴ „Zu jeder gerechten Sache bin ich leicht zu haben, aber von einem Herrn Renner lasse ich mich nicht gewinnen. Ich anerkenne die gegenwärtige österr. Regg. [Regierung] als eine de facto Regg. welche die Macht zur Zeit in Händen hat, aber ihn als *legale* Regg. anzuerkennen, das kann und will ich nicht.“ Kardinal Frühwirth über Staatskanzler Renner und sein Kabinett. In: Bericht der Ungarische Botschaft beim Hl. Stuhl (?) an Ministerpräsident Teleki vom 29. Juli 1920. MNL OL K-105-N-2 1920/12 pol. Vgl. Pöck, 21.

²⁹⁵ Pöck, 21.

²⁹⁶ Pöck, 21, Anm. 32; Szabó, 15.

²⁹⁷ Pöck, 21.

²⁹⁸ Pöck, 22; Stirling, 30, Anm. 43; Jankó, Tóth, 101.

Pastor befolgte die Weisungen seiner Regierung und in einem Antwortschreiben vom 13. Juni 1920 berichtete er über seine Erkundigungen und Besprechungen. Die österreichische Petition über Westungarn wäre diesen zufolge „in Form einer Note an das Staatssekretariat“ zu richten sein, sowie gleichzeitig auch an die Hl. Konzilskongregation.²⁹⁹ Allerdings waren die Erfolgchancen einer solchen Aktion gering. Der zu Rat gezogene Kardinal Frühwirth soll betont haben, dass der geplante Schritt der Wiener Regierung zum gegebenen Zeitpunkt „völlig inopportun“ war und daher nur eine ausweichende Antwort der Kurie zum Ergebnis haben würde.³⁰⁰ Begründet wurde dies einerseits mit dem Umstand, dass der Heilige Stuhl zu den Friedensverträgen von Versailles in keiner Weise herangezogen worden war, obwohl diese kirchliche Interessen in großem Maße betrafen, wie im Falle der Diözesangrenzen. Andererseits wollte er letztere Problematik nicht einzeln, sondern in ihrer Gesamtheit behandeln, wofür aber die Zeit noch längst nicht reif war. Noch dazu sah Rom vor, dabei auch die Meinung der betroffenen Oberhirten der Bistümer Raab und Steinamanger zu holen.³⁰¹

Pastor musste merken, dass die Lobbytätigkeit der ungarischen Bischöfe zu dieser Zeit – also zu Sommerbeginn 1920 – am päpstlichen Hofe bereits deutlich spürbar war. Kardinal Frühwirth äußerte nämlich, dass die Kurie „auf zuverlässige Nachrichten“ gestützt den Eindruck hatte, dass die früher für Österreich günstige Stimmung in Westungarn zugunsten Ungarns umgeschwenkt war.³⁰² Um die Situation dem österreichischen Gesandten noch eindeutiger zu machen, sagte der Kurienkardinal zum Schluss folgendes:

„Ich rate dermalen von jedem Schritte an und das umso mehr, weil ich bestimmt weiß, daß auch der Papst vollständig dagegen ist, daß dermalen in kirchlicher Beziehung in Deutsch-Westungarn etwas geändert wird.“³⁰³

Die Folge vom Pastors Brief soll es gewesen sein, zusammen mit den innenpolitischen Schwierigkeiten die Österreich in den nächsten Monaten erlebte (Übergriff von sozialistisch-kommunistischen Elementen, Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation), dass die Wiener Regierung bis zum März 1921 ihre kirchenpolitischen Aktionen bezüglich

²⁹⁹ Pöck, 22-23. Der Brief Pastors wurde also genau eine Woche nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon mit Ungarn verfasst.

³⁰⁰ Pöck, 23; Szabó, 15.

³⁰¹ Pöck 23-24; Szabó, 15.

³⁰² Dazu trug wohl auch bei, dass Österreich den in Westungarn besonders verhassten Führer der ungarischer Rätediktatur, Béla Kun Asyl gewährt hatte. Andererseits war laut Informationen der Kurie die dortige Bevölkerung gegenüber dem neuen „christlichen Kurs“ der Budapester Regierung überaus zuversichtlich eingestellt. Zu diesem Zeitpunkt war es noch durchaus vorstellbar, dass – analog zu Südkärnten – eine Volksabstimmung auch in ganz Deutsch-Westungarn abgehalten wird. Deren Ausgang war also trotz des Umstandes, dass die deutsche Volksgruppe über eine Dreiviertel-Mehrheit verfügte, nicht einhellig und voraussehbar. Pöck, 10-11, 24.

³⁰³ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8 Österreichische Gesandtschaft beim Heil. Stuhle, Z. 35/P vom 13. Juni 1920. Zitiert in: Pöck, 24-25.

Westungarn ruhen ließ.³⁰⁴ Im Ungarischen Nationalarchiv liegen jedoch zwei Dokumente vom 1. September 1922 vor, die auf diese zeitweilige Passivität ein anderes Licht werfen. In einem Telegramm an den ungarischen Ministerpräsidenten Graf Teleki berichtete Aladár Boroviczény, der Geschäftsträger der ungarischen Botschaft beim Heiligen Stuhl darüber, dass der österreichische Unterstaatssekretär für Kultus, Miklasch [sic!] den Heiligen Stuhl in einer diplomatischen Note dazu urgirt hatte, in Westungarn ein unabhängiges Vikariat aufzustellen.³⁰⁵ Boroviczény, der das Schreiben im Originaltext gelesen haben soll, hob hervor, dass darin als Hauptargument die Schulfrage angeführt war, welche man aus dem Einflussbereich der ungarischen Bischöfe herausnehmen wollte.³⁰⁶ Die Unterbreitung der Note an den Heiligen Vater war noch für denselben Tag geplant und zur Abweisung empfohlen.

In einem Geheimbericht vom gleichen Tag detaillierte der ungarische Geschäftsträger die diplomatischen Schritte der österreichischen Seite weiter.³⁰⁷ Man erfährt daraus, dass der Unterstaatssekretär in der obigen Note seine Unmut über die frühere abweisende Antwort der Kurie vom 9. Juli ausdrückte. Er wies darauf hin, dass eine kirchenrechtliche Absonderung von den zwei ungarischen Bischöfen auch deshalb dringend notwendig wäre, weil die Angliederung des Burgenlandes unmittelbar bevorstünde und die proungarische Propagandatätigkeit des ihnen unterordneten Klerus „den inneren Frieden stört, da die Bevölkerung zweifellos nach Österreich zieht.“ Miklas begnügte sich aber nicht nur mit der Forderung, möglichst bald einen apostolischen Vikar nach Ödenburg entsenden zu lassen, „um sich den Einfluss auf das katholische Unterricht zu sichern für die Zeit, in der das Unterrichtswesen ausschließlich eine österreichische staatliche Angelegenheit sein wird“, sondern fasste als nächsten Schritt bereits ein unabhängiges österreichisches Bistum ins Auge.³⁰⁸

³⁰⁴ Stirling, 30; Pöck, 25; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 338.

³⁰⁵ Chiffretelegramm von Aladár Boroviczény an Ministerpräsident Teleki vom 1. September 1920. MNL OL K-105-E-1-b 1920/135 pol. Aladár Boroviczény (1890–1963) war zwischen 1920 und 1921 Geschäftsträger an der ungarischen Botschaft beim Heiligen Stuhl. Wegen seiner Teilnahme am zweiten Rückkehrversuch Kaiser Karls nach Ungarn wurde er im Oktober 1921 kurzzeitig verhaftet: <http://mek.oszk.hu/00300/00355/html/ABC00523/02154.htm> (Eingesehen am: 08.06.2017.) Der im Telegramm erwähnte österreichische Unterstaatssekretär war der spätere Bundespräsident, Wilhelm Miklas (1872–1956), der zwischen 1919 und 1920 in der obigen Funktion für das Unterrichtswesen verantwortlich war.

³⁰⁶ MNL OL K-105-E-1-b 1920/135 pol. Boroviczény bemerkte diesbezüglich, dass beim Heiligen Stuhl gerade die Schulfrage ein Argument für (und nicht gegen) Ungarn war, denn die Kurie fürchtete das katholische Schulwesen vor der österreichischen Verwaltung.

³⁰⁷ Aladár Boroviczény an Ministerpräsident Teleki vom 1. September 1920. MNL OL K-105-N-2 1920/49 pol. Aus der Ausführung von Boroviczény erfährt man auch, dass die vierseitige Note der Wiener Regierung eigentlich an Dr. Pastor gerichtet war und dass der österreichische Gesandte ihn lediglich indossierte und anschließend an den Heiligen Stuhl weiterleitete (wegen seiner urlaubsbedingten Abreise aus Rom, wie es hieß).

³⁰⁸ Boroviczény gestand, dass er die Note von Miklas nur überfliegen durfte, sodass er sie aus dem Gedächtnis rekonstruieren musste. Inhaltliche Fehler sind also nicht auszuschließen, sodass man diesen Umstand bei der

Ein weiteres Schriftstück von Boroviczény in diesem Thema datiert von etwa drei Wochen später: Der Papst entschied (abermals), die österreichische Note über Westungarn abzulehnen und diese Ludwig von Pastor im Folgemonat auch formal mitzuteilen.³⁰⁹ Die Kurie wollte sich bis zur Fixierung der politischen Grenzen in keine kirchliche Neuordnung einlassen.

Binnen drei Monate erhielt also die Wiener Regierung vom Heiligen Stuhl unmittelbar zweimal nacheinander eine Abfuhr in der Burgenlandfrage – eine zeitweilige diplomatische Niederlage, die leicht zu vermeiden gewesen wäre, wenn man den oben erwähnten Ratschlag von Kardinal Frühwirth beherzigt hätte.

Am 31. März 1921 war es dann wiederum die Verwaltungsstelle für das Burgenland, welche die Maschinerie der österreichischen Diplomatie in Bewegung zu bringen versuchte: Sie bat das Kultusamt (erneut) um eine Intervention in Rom.³¹⁰ Diese solle entweder die Neufestsetzung der ungarischen Diözesen Raab und Steinamanger beinhalten, oder wenigstens die schon oft erwähnte Entsendung eines Delegaten nach Ödenburg.³¹¹

Das Außenministerium wies jedoch darauf hin, dass man an die Bestellung eines apostolischen Delegaten theoretisch erst dann denken könnte, wenn das Burgenland bereits faktisch in österreichisches Besitz übergegangen wäre.³¹² Dies war auch der Standpunkt, den der päpstliche Geschäftsträger Ogno-Serra bereits Anfang Jänner 1920 vertreten hatte, nun hatte es auch bereits das Bundesministerium für Äußeres – wohl als Konsequenzen der früheren erfolglosen Aktionen – sich zueigen gemacht.³¹³ Nicht nur die Nützlichkeit, sondern bereits die Kontraproduktivität eines solchen Schrittes wurde erwogen: Denn die Bestellung eines Delegaten hätte sogar den Weg für die Abtrennung der burgenländischen Gebiete von ihren Mutterdiözesen immer versperren können.³¹⁴ Die Erwägung war also, dass man eine ideale Dauerlösung nicht zugunsten eines Provisoriums riskieren wollte. Es sollte also doch abgewartet werden, dass der Heilige Stuhl eine Neuregelung der Diözesaneinteilung nach den veränderten politischen Grenzen durchführt.³¹⁵

Interpretation berücksichtigen muss. Was die Schulfrage anbelangt, könnte dieser eine reale Sorge des christlichsozialen Politikers Miklas um das katholische Unterrichtswesen widerspiegeln, oder auch als Druckmittel auf den Heiligen Stuhl verstanden werden. MNL OL K-105-N-2 1920/49 pol. Zitate vom Verfasser übersetzt. Über die Frage der konfessionellen Schulen siehe noch Kap. 9.2.

³⁰⁹ Chiffretelegramm von Aladár Boroviczény an Ministerpräsident Teleki vom 22. September 1920. MNL OL K-105-E-1-b 1920/130 pol.

³¹⁰ Stirling, 30.

³¹¹ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 338.

³¹² Pöck, 25.

³¹³ Der Geschäftsträger wurde dabei seinerseits – direkt oder indirekt – vom Raaber Bischof beeinflusst, der in seiner Eingabe an den Heiligen Stuhl vom Ende November 1919 diesen auf die enormen Schwierigkeiten aufmerksam machte, mit denen ein apostolischer Delegat im einstweilen noch von Ungarn beherrschten Ödenburg konfrontiert gewesen wäre. Fetser an Nuntius Valfre di Bonzo. Raab, 20. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238; GyEL 1919, Nr. 4275. (inkl. Entwürfe). Siehe darüber im Detail: Kap. 8.1.

³¹⁴ Pöck, 25-26.

³¹⁵ Pöck, 26.

Dass aber die Kurie so einen Schritt nur höchst widerwillig getan hätte, lässt sich aus mehreren Äußerungen der vatikanischen Würdenträger klar entnehmen. Die Einstellung des Heiligen Stuhls in der Südtirol-Frage war auch für das Burgenland ausschlaggebend: Die Kurie sah davon ab, die Diözesangrenzen zu verändern – wie Benedikt XV. dem österreichischen Gesandten anlässlich einer Audienz am 8. April 1921 selbst mitteilte, wollte er es verhindern, dass die Abtrennung Nordtirols vom Bistum Brixen „von den Feinden der Kirche als Sanktion des Friedens von St. Germain ausgebeutet werden dürfte.“³¹⁶ Seine diesbezügliche Vorgehensweise bekräftigte der Papst gegenüber Pastor mit ähnlichen Worten auch drei Monate später, am 7. Juli.³¹⁷

Aus dem Protokoll über die Sitzung Verwaltungsstelle für das Burgenland vom 19. (oder 29.) Juli 1921 erfährt man, dass einer ihrer Vertreter aus dem christlichsozialen Lager, Gregor Meidlinger nach einer Vorsprache bei Kardinal Piffl und beim Wiener Nuntius den Eindruck hatte, dass die kirchlichen Kreise in vollem Maße über die burgenländischen Fragen informiert waren; eine bindende Zusage vom päpstlichen Gesandten konnte er jedoch nicht erhalten.³¹⁸ Es wurde ihm aber seitens dieser Kreise angedeutet, dass eine Lösung im österreichischen Sinne auf dem Wege der Nuntien in Wien und Budapest (!) zu erreichen gewesen wäre, d. h. wenn sich diese miteinander ins Einvernehmen setzen würden.³¹⁹ An dieser Stelle sollte man vielleicht erwähnen, dass ein Gesinnungsgenosse Meidlingers, der ebenfalls aus dem Nordburgenland stammende Christlichsoziale Johannes Huber zum Budapester Nuntius beste Kontakte pflegte.³²⁰ Obwohl auch er unter jenen fünf westungarischen Abgeordneten war, die sich im November 1920 unter anderem für ein eigenes Bistum Ödenburg ausgesprochen hatten, stellte er dieses innerhalb des ungarischen Kirchenverbandes vor.³²¹ Im Übrigen war er, wie man noch sehen wird – im starken Kontrast zu Meidlinger – massiv gegen eine Abtretung Westungarns an Österreich.³²²

³¹⁶ Pastor, Tagebücher, 704; Stirling, 30-31, 41. Am Folgetag (9. April 1921) ernannte der Papst den Generalvikar von Vorarlberg zum Apostolischen Administrator des österreichischen Teiles der Diözese Brixen. Siehe: Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 339

³¹⁷ Pastor, Tagebücher, 708.

³¹⁸ Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 133; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 339; Pöck, 26, Anm. 38. Der aus Frauenkirchen stammende Gregor Meidlinger (1874–1948) war der von der Christlichsozialen Partei delegierte Mitglied der Verwaltungsstelle für das Burgenland, der auch im Ödenburger Heimatdienst mitarbeitete. Meidlinger gehörte wohl zu den frühesten Anschlussbefürwortern in Westungarn: Zusammen mit Josef Patry hatte er bereits im März 1907 den „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ gegründet, dessen Obmannstellvertreter er war. Über Meidlinger, siehe: Unger, 13, 21-24; Walter Dujmovits, Der Beitrag der in Wien lebenden Burgenländer zur Angliederung ihrer Heimat an Österreich. In: Österreich in Geschichte und Literatur 5. Jg., 1961, 388; http://www.atlas-burgenland.at/index.php?option=com_content&view=article&id=455:dr-gregor-meidlinger&catid=44&Itemid=209 (Eingesehen am: 25.09.2017)

³¹⁹ Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 133; Pöck, 26.

³²⁰ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 110-111. Vgl. Kap. 8.1. und 9.1.3.

³²¹ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 111. Vgl. Kap. 4.

³²² Siehe Kap. 8.1. und 9.1.3.

Wie bereits im vorigen Kapitel angeführt, wird die österreichische Regierung bereits bis August 1921 jenen Lösungsvorschlag für Westungarn ausgearbeitet haben, der dann im Endeffekt auch durchgesetzt werden konnte – wenn auch nicht gleich auf den ersten Anlauf. Aus einem Telegramm des ungarischen Außenministers vom 18. August 1921 weiß man, dass die österreichische Regierung zu diesem Zeitpunkt nicht nur eine apostolische Administration als Form der neuen Kirchenverwaltung bereits plante, sondern gerade Kardinal Piffl als deren Leiter vorsah.³²³ (Der über die Burgenlandfrage gut unterrichtete Wiener Erzbischof wird gewiss auch über dieses, seine Person betreffende Vorhaben seiner Regierung informiert gewesen sein.)³²⁴ Wie Außenminister Bánffy in seinem Schreiben an den ungarischen Gesandten beim Vatikan formulierte:

I learn from reliable sources that the Holy See at the instance of the Austrian Government, intends to nominate Archbishop Piffl of Vienna as apostolic administrator of Western Hungary.³²⁵

Aus diesem kurzen Zitat kann man auch herauslesen – wenn man den Informanten von Bánffy glauben schenken darf – dass der Heilige Stuhl bereits inbegriffen war, die österreichischen Anliegen zu erfüllen. Oder zumindest wird er sich ihnen gegenüber nicht kategorisch ablehnend geäußert haben. Zu einer Verwirklichung der obigen Pläne kam es jedoch vorerst nicht, gerade wegen einer umgehenden, massiven Intervention der ungarischen Seite bei der Kurie.

Bereits während der turbulentesten Periode der Bandenkriege in Westungarn im Oktober 1921 fand jene Audienz Ludwigs von Pastor bei Benedikt XV. statt, worüber der österreichische Gesandte seiner Regierung am 10. Oktober (am Vortag der Venediger Konferenz!) berichtete.³²⁶ Der Heilige Vater soll dabei auch die westungarische Frage berührt haben: Er hat seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass letztere „zur Zufriedenheit der österreichischen Regierung gelöst“ werden wird.³²⁷ Diese etwas kryptisch-rätselhaft anmutende Äußerung stufte Pastor jedenfalls als günstig ein und führte sie auf jene Argumentationsarbeit zurück, welche er bei Kardinalstaatssekretär Gasparri vorher geleistet hatte.³²⁸

³²³ Telegraphische Weisung von Außenminister Miklós Graf Bánffy vom 18. August 1921. MNL OL K-105-N-2a 1921/340 pol. In: Újváry, 750-751 (englische Übersetzung). Salacz, 132, 134. Vgl. Kap. 4.

³²⁴ Dieses ist aufgrund der oben bei Rittsteuer erwähnten Informiertheit der Wiener kirchlichen Kreise – also auch des Kardinals – sehr wahrscheinlich, obwohl dafür keinerlei Originalquellen im Diözesanarchiv Wien gefunden werden konnten. Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 133; Pöck, 26, Anm. 38.

³²⁵ Telegraphische Weisung von Außenminister Miklós Graf Bánffy vom 18. August 1921. MNL OL K-105-N-2a 1921/340 pol. In: Újváry, 750-751 (englische Übersetzung).

³²⁶ Pöck, 26, Anm. 40.

³²⁷ Pöck, 26.

³²⁸ Ebenda.

6.2 Diplomatische Bemühungen Ungarns bis zum Jahresende 1921

Wie verhielten sich die ungarischen Regierungen und die führenden kirchlichen Kreise in der Anfangszeit? Bereits unmittelbar nach der Ausrufung der unabhängigen Republik Ungarn am 16.11.1918 initiierte die außenpolitisch weitgehend isolierte neue Regierung Károlyi – noch im gleichen Jahr – die diplomatische Kontaktaufnahme mit dem Heiligen Stuhl. Es kam aber erst 1920 dazu, bereits nach den Wirren der Räterepublik und der anschließenden Besetzung des Landes durch die Entente-Mächte und ihre Verbündeten.³²⁹ Bis dahin wurden auch die ungarische katholische Kirche betreffenden Angelegenheiten auf dem Wege des Wiener Nuntius erledigt, der ja bis zum Zusammenbruch der Habsburgermonarchie für beide Reichsteile zuständig gewesen war.³³⁰

Für die ungarische Kirchendiplomatie der Nachkriegszeit war die Burgenland-Frage übrigens nur eine von vielen Herausforderungen, und bei weitem nicht die größte. Parallel mit der politischen Zerstückelung des Staatsgebietes drohte nun auch die Auseinanderreißung der noch vom Heiligen Stephan, dem ersten Ungarkönig im 11. Jahrhundert gegründeten Kirchenorganisation. Die neuen Nachbarstaaten Ungarns schritten sofort nach der Inbesitznahme der ihnen von den westlichen Siegermächten zugesprochenen Gebiete an die Veränderung der bestehenden Verhältnisse heran und verhielten sich dabei zum Teil recht militant. Die ausgesprochen antiklerikal eingestellte neue Prager Staatsführung bereitete dem Heiligen Stuhl nach 1918 viel Kopfzerbrechen. Unmittelbar nach dem Einmarsch der tschechoslowakischen Legionäre in Oberungarn wurden drei hochrangige ungarische Kleriker ausgewiesen: Die Bischöfe von Neutra (*Nitra*), Neusohl (*Banská Bystrica*), sowie den Bischofsvikar von Tyrnau (*Trnava*) hatte man im März 1919 einfach über die Demarkationslinie auf ungarisches Gebiet gesetzt.³³¹ Die von der Orthodoxie geprägten rumänischen und (serbisch dominierten) südslawischen Machthaber gingen ebenfalls hart gegen die ungarische katholische Kirche in den von ihnen besetzten Gebieten vor. Der in Temesvar (*Timișoara*) residierende Bischof von Csanád musste zum Beispiel Anfang 1923 seinen Sitz auf rumänischen Druck nach Szegedin (*Szeged*) verlegen.³³² Auch eigenmächtige

³²⁹ Gergely, A 20. században, 255-257; József Borovi, A Szentszék és Magyarország [Der Heilige Stuhl und Ungarn]. In: Új Ember 58. Jg. Nr. 43. (2002.10.27.); Jenőffy, 25.

³³⁰ Gergely, A 20. században, 255.

³³¹ Gabriel Adriányi, Geschichte der katholischen Kirche in Ungarn. Köln–Weimar–Wien 2004, 257. Salacz, 11-13, 18-24; Gergely, A katolikus egyház története, 10, 49; Eördögh, A trianoni béke és a Vatikán, 511; Tengely, (Anm. 18.); Jenőffy, 25.

³³² Adriányi, 258; Gergely, A katolikus egyház története, 44, 55; Török, Zur Geschichte der Diözesen in Ungarn, LXII.

Beschlagnahmung von kirchlichen Gütern, sowie die Verhaftung, Internierung und Misshandlung von Priestern waren an der Tagesordnung.³³³

Nach einer derartigen Schaffung von Tatsachen wollten die Vertreter der späteren Kleinen Entente das *fait accompli* – ähnlich den Absichten der Wiener Regierung – auf allen Ebenen konsolidieren und international-rechtlich absichern, weshalb sie bei der römischen Kurie die Anpassung der Diözesangrenzen an die neuen Staatsgrenzen forderten.³³⁴ Die von allen Seiten bedrängte ungarische Diplomatie und die Kirchenführung protestierten und intervenierten nach Möglichkeit energisch gegen diese Aktionen.³³⁵

Die staatlichen und kirchenpolitischen Interessen waren in Ungarn Anfang der 1920-er Jahre eng miteinander verflochten, was angesichts der beide betreffenden katastrophalen Friedensbedingungen leicht verständlich war. Regierung und Klerus arbeiteten also im außenpolitischen Bereich eng zusammen.³³⁶

Wie im vorigen Kapitel erwähnt, hatte schon die Regierung der ungarischen (Volks)Republik in der unmittelbaren Übergangszeit nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Schritte gesetzt, um die politische Loslösung Deutsch-Westungarns zu verhindern, sodass sie ihr am 28. Jänner 1919 eine territoriale Autonomie gewährte.³³⁷ Obwohl damals die kirchenrechtlichen Forderungen der österreichischen Seite nicht einmal in groben Umrissen formuliert waren, wollte der revolutionäre Regierungskommissar für katholische Angelegenheiten, Adam Persián – einhergehend mit dem Autonomiegesetz – in Ödenburg auch ein deutschsprachiges Vikariat aufstellen, aus dem aber nichts geworden ist.³³⁸

Fürstprimas Johann Csernoch berichtete dem Wiener Nuntius Valfré di Bonzo am 22. März 1919 (einen Tag nach der Ausrufung der Räterepublik!) auf brieflichem Wege über die aktuelle Situation der ungarischen Kirche, und gleich an erster Stelle über die westungarische Lage. Er informierte ihn über die Verhandlungen von Bischof Fetser betreffend der Aufstellung des Ödenburger deutschen Vikariates – mit dem Hinweis, dass eine Umgestaltung der kirchlichen Verwaltung entsprechend den legitimen Ansprüchen der Nationalitäten unvermeidbar sein wird.³³⁹

³³³ Eördögh, A trianoni béke és a Vatikán, 511, Salacz, 55-57, 105-107.

³³⁴ Am 21. März 1921 meldete beispielsweise der ungarische Gesandte beim Hl. Stuhl nach Budapest, dass der tschechoslowakische Außenminister Beneš im Vatikan eine sofortige Neuaufteilung der Diözesen forderte, was ihm jedoch vorerst verweigert wurde – mit dem Hinweis, dass zuerst die Arbeit der Grenzbestimmungskomitees abgewartet werden müsste. Joseph Somssich an Außenminister Gratz vom 21. Februar 1921. In: Újváry, 107-108 (englische Übersetzung).

³³⁵ Eördögh, A trianoni béke és a Vatikán, 512-513; Gergely, A 20. században, 261-262.

³³⁶ Gergely, A katolikus egyház története, 48-49.

³³⁷ Kiss, 354; Stirling, 22-23. Vgl. Kap. 4.

³³⁸ Salacz, 131.

³³⁹ Jenőffy, 30; Prímási Levéltár (im Folgenden: PL) cat. A 1522/1919.

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Rätediktatur, als Budapest unter rumänische Besatzung geraten war und Ungarn politisch im Chaos versank, hatte der Bischof von Wesprim (*Veszprém*), Ferdinand Rott beim Heiligen Stuhl im August 1919 eine wichtige diplomatische Mission absolviert: Gemeinsam mit dem frisch ernannten Bischof von Waitzen (*Vác*), Árpád István Hanauer war er nach Rom gereist, um über kirchenpolitische Probleme zu verhandeln.³⁴⁰ Dort empfing ihn Benedikt XV. sogar zweimal im Rahmen einer längeren Audienz, wo der Heilige Vater gegenüber Ungarn „besonderes Wohlwollen“ gezeigt hatte, wie er später auf der am 17. März 1920 stattgefundenen Sitzung der Ungarischen Bischofskonferenz berichtete.³⁴¹ Die ungarische Delegation hatte auch die Spitzenfunktionäre der römischen Kurie aufgesucht: Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri, Bonaventura Cerretti, den Sekretär der Kongregation für außerordentliche Angelegenheiten, sowie Unterstaatssekretär Federico Tedeschini.³⁴² Diesen wurde der Wunsch vermittelt, die kirchenadministrative Einheit der ungarischen katholischen Kirche – trotz der eventuellen Veränderung der Staatsgrenzen – möglichst beizubehalten. Bereits bei dieser ersten direkten Verhandlung musste aber der Heilige Stuhl klarstellen, dass er wegen dem Druck der neu gebildeten Nachbarstaaten Ungarns wohl kaum in der Lage sein wird, diesem Anliegen zu entsprechen.³⁴³ Andererseits wurde gegenüber dem Bischof von Wesprim versichert, innerhalb von sechs Monaten nach dem Friedensschluss die Diözesanordnung des Landes keinerlei Veränderungen unterzustellen.³⁴⁴ Dieses Versprechen galt selbstverständlich auch für die von der Dismembration (bald) bedrohten Bistümer Raab und Steinamanger. In Rom hielt man die Verhältnisse nach dem Weltkrieg noch nicht für konsolidiert. Bezüglich der

³⁴⁰ Ferdinand Rott (1869–1939). Von 1917 bis 1939 Bischof von Wesprim. Árpád István Hanauer (1869–1942). Ab 1919 Bischof von Waitzen. Gergely, A 20. században, 256; Jenőffy, 26; Magyar katolikus lexikon [Ungarisches Katholisches Lexikon]. István Diós (Hg.), 15 Bde., Budapest 1993-2010., Bd. XI., 719-720; Gergely, A katolikus egyház története, 363-364.

³⁴¹ Beke, 45; Jenőffy, 26.

³⁴² Pietro Gasparri (1852–1934), der langjährige Leiter der vatikanischen Diplomatie, wurde unmittelbar nach dem Konklave von 1914 durch Papst Benedikt XV. zum Kardinalstaatssekretär ernannt. Gasparri nahm eine führende Rolle bei der Kodifikation des Kirchenrechts (CIC) von 1917 ein. Er war aber auch treibende Kraft hinter den Lateranverträgen von 1929, in dessen Folge der moderne Vatikanstaat entstand, im Folgejahr 1930 dankte er jedoch ab. In den 1920-er Jahren soll er den autoritären Führungsstil von Pius XI. noch zusätzlich verstärkt haben. Kathpedia http://www.kathpedia.com/index.php?title=Pietro_Gasparri (Eingesehen am: 25.09.2017). Über seine Rolle in der Burgenlandfrage, siehe Kap. 6.2. Bonaventura Cerretti (1872–1933) diente von 1917 bis 1921 als Sekretär der Kurie für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten. 1919 nahm er als Päpstlicher Sondergesandter an der Friedenskonferenz in Paris teil. Seit 1921 war er Apostolischer Nuntius in Frankreich. Federico Tedeschini (1873–1959) war seit 1903 Päpstlicher Geheimkämmerer, ab 1908 Hausprälat Seiner Heiligkeit. Von 1908 bis 1921 arbeitete er im vatikanischen Staatssekretariat, von 1914 bis 1921 als Substitut für Allgemeine Angelegenheiten. Beke, 45; Jenőffy, 26; Pastor, 708; Martin Wolters, Die Apostolische Nachfolge <http://www.apostolische-nachfolge.de/kurie.htm> (Eingesehen am: 22.09.2017); <http://webdept.fiu.edu/~mirandas/bios1925-ii.htm#Cerretti> (Eingesehen am: 22.09.2017); https://de.wikipedia.org/wiki/Federico_Tedeschini (Eingesehen am: 22.09.2017).

³⁴³ Beke, 45; Jenőffy, 26.

³⁴⁴ Beke, 45; Salacz, 131.

letztlich eintretenden Verhandlungen über die Neuregelung der Diözesangrenzen sah es der Heilige Stuhl vor, alle Betroffenen anzuhören.³⁴⁵

Nach der allmählichen Konsolidierung der politischen und militärischen Verhältnisse wurde die neue konservative ungarische Regierung im Herbst 1919 aktiv, um den österreichischen Bestrebungen – sowohl politisch, als auch kirchenrechtlich – entgegenzuwirken. Zu dieser Zeit war aber bereits der Friedensvertrag von Saint-Germain unterschrieben (10. September), in dem Österreich Deutsch-Westungarn zugesprochen worden war. Graf Kunó von Klebelsberg – der später in Ungarn als Kultusminister bekannt wurde – hatte mit dem Nuntius in Wien, Valfré di Bonzo im Oktober 1919 über das Schicksal Westungarns verhandelt.³⁴⁶ Wie erwähnt, waren Letzterem die Absichten der österreichischen Regierung mit Sicherheit bekannt, auch wenn ihm die diese beinhaltende Note vom 8. Oktober nicht übergeben worden war.³⁴⁷ Er riet dem ungarischen Grafen, die Budapester Regierung solle zur Wahrung ihrer kirchenpolitischen Interessen die Bischöfe von Raab und Steinamanger auffordern, beim Papst zu intervenieren.³⁴⁸ Die beiden Oberhirten waren dann am 10. November vom Nuntius auch unmittelbar brieflich über die westungarischen Pläne verständigt worden.³⁴⁹

Bischof Mikes agierte bald tatsächlich im obigen Sinne: Am gleichen Tag wie Valfré (10. November) verfasste er ein Schreiben an Benedikt XV über die Zukunft Westungarns.³⁵⁰ In diesem Brief war – unter anderem – auch ein Seitenhieb gegen die Regierung Renner enthalten, dessen sozialdemokratisches Kabinett er als eine Bedrohung für die katholische Kirche schilderte.³⁵¹

³⁴⁵ Beke, 45.

³⁴⁶ Kuno Graf von Klebelsberg (1875–1932) ist in Ungarn in erster Linie für seine lange Amtszeit als Kultusminister (1922–1931) bekannt, in der das gesamte Schulsystem reformiert wurde und ein landesweites Netz von Volksschulen ausgebaut worden war. Auch die Errichtung von Ungarischen Kulturinstituten im Ausland ist mit seinem Namen verbunden. Ab 1920 war er Abgeordneter des Wahlbezirkes Ödenburg, seit 1923 von Komorn (*Komárom*) und schließlich von 1927 bis zu seinem Tode von Segedin (*Szeged*). Vor seiner Tätigkeit als Kultusminister war er von Dezember 1921 bis Juni 1921 kurzzeitig auch Innenminister. Új magyar életrajzi lexikon, Bd. III., 975-976; Unger, 17. Nach eigenen Angaben hatte Klebelsberg den Wiener Nuntius Valfré di Bonzo noch anlässlich „der Krönung“ (König Karls IV. am 30. Dezember 1916) näher kennengelernt. Lagebericht des Grafen Kunó von Klebelsberg aus Wien an den ungarischen Nationalitätenminister Jakob Bleyer vom 21. Oktober 1919 (GyEL 1919, Nr. 4356.); Botlik, 150, Anm. 259; Gergely, A katolikus egyház története, 362.

³⁴⁷ Vgl. Kap. 5.1.

³⁴⁸ Ebenda. Vgl. auch: Schmidt, A Burgenlandi Apostoli Adminisztráció keletkezése, 408 (Anm. 15).

³⁴⁹ Brief von Valfré di Bonzo an Bischof Mikes vom 10. November 1919. In: SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4704; Valfré di Bonzo an Bischof Fetser. Wien, 10. November 1919. (samt zeitgenössischer Übersetzung des italienischen Originals ins Ungarische). GyEL 1919, Nr. 4523.

³⁵⁰ Der Inhalt dieses Briefes wird im späteren noch näher erörtert werden (Siehe Kapitel 8.). SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4654. Eine Kopie seines Schreibens an den Heiligen Stuhl ließ der Steinamangerer Bischof auch dem damaligen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich und dem Nationalitätenminister Jakob Bleyer zukommen. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4855.

³⁵¹ Wie man noch sehen wird, war diese Behauptung nicht ganz ohne Grund, wenn man zum Beispiel an das spätere Vorgehen der Sozialdemokraten gegen das katholische Schulwesen im Burgenland denkt. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4654. Vgl. auch: Schlag, Die politischen Parteien, 103, 105-106.

Mitte November plante es der Steinamangerer Bischof sogar, den Nuntius in Wien persönlich vorzusprechen. Die Absichten des Bischofs sind darüber bekannt: So lange das Gebiet unter ungarischer Herrschaft stand, wollte er die geplante Errichtung von Vikariaten verhindern; erst nach einer eventuellen Besetzung durch Österreich wäre es seiner Ansicht nach überhaupt aktuell gewesen, über die Ernennung eines apostolischen Vikars für Westungarn (durch den Wiener Nuntius) zu sprechen.³⁵²

Wenig später folgte auch das Schreiben des Raaber Bischofs an den Nuntius, welches aber auch in Rom landete. Fetser argumentierte ähnlich, wie sein Kollege und Schicksalsgenosse und riet den Heiligen Stuhl dringend von der Bestellung des westungarischen apostolischen Delegaten ab, die er als kirchenrechtlich ungerechtfertigten, von Wien politisch beeinflussten einseitigen Schritt missbilligte.³⁵³

Dass die Maßnahmen der Bischöfe von Raab und Steinamanger beim Heiligen Stuhl vor der österreichischen Bundesregierung nicht unbemerkt geblieben waren, ist uns aus einem oben angeführten Schreiben des österreichischen Innenministeriums vom 10. Dezember 1919 ersichtlich. Darin hielt man gerade auf Äußerungen des Apostolischen Nuntius in Wien (!) basierend fest, dass die ungarischen Bischöfe bereits alles unternommen hatten, um die Aufrechterhaltung der *Status quos* in Rom zu erreichen.³⁵⁴

Auch ein weiteres, bereits erwähntes Schriftstück der österreichischen Regierung – diesmal vom Staatsamt für Äußeres – welches am 8. Mai 1920 verfasst und an Ludwig von Pastor bestimmt war, enthält ähnliche Informationen. Es heißt darin, dass die ungarischen Bischöfe „alles aufbieten, um ihren Einfluss in Deutsch-Westungarn nicht zu verlieren“ und sich an die Wiener Nuntiatur gegen die Dismembration ihrer Bistümer gewandt haben.³⁵⁵ Es dürfte sich dabei im Vergleich zum Spätherbst 1919 um neuere Aktionen der Oberhirten handeln, aber in den Diözesanarchiven von Raab und Steinamanger ließen sich keine Dokumente finden, die einen Kontakt mit der Wiener Nuntiatur in der ersten Jahreshälfte 1920 nachweisen. Im oben zitierten Brief vom 8. Mai an den österreichischen Gesandten wird auch erwähnt, dass die beiden Bischöfe die Errichtung von Vikariaten für die zu Österreich kommenden Teile ihrer

³⁵² Brief von Johannes Mikes an Bischof Fetser vom 14. November 1919. GyEL 1919, Nr. 4449. Siehe auch: Kopie des Antwortbriefes von Johannes Mikes an den Nuntius Valfrè di Bonzo vom 12. November 1919. Im Text ist der einschlägige Teil durch Unterstreichung hervorgehoben: „[...] primusquam territorium memoratum a republica Austriaca de facto etiam occupatum fuerit.“ („[...] bevor das oben erwähnte Gebiet von der Republik Österreich tatsächlich auch besetzt wird.“). SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4704. (Mikes verwendete im besagten Schreiben an Fetser den Begriff „Vikarius“ wohl als Synonym für den apostolischen Delegaten, der mit dem vom Bischof eingesetzten Generalvikar (oder Bischofsvikar) nicht zu verwechseln ist.

³⁵³ Fetser an Nuntius Valfrè di Bonzo. Raab, 20. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238 (maschinengeschriebener lateinischer Brief); GyEL 1919, Nr. 4275, in: Nr. 4523/1919 (lateinischer und ungarischer Entwurf). Eine detaillierte Ausführung von Bischof Fetser's Gegenargumenten erfolgt im Unterkapitel 8.1.

³⁵⁴ Pöck, 17-18.

³⁵⁵ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8 Staatsamt für Äußeres Z. 1831 vom 8. Mai 1920. Zitiert in: Pöck, 21, Anm. 33.

Diözesen versprochen hatten und diese mit Mitgliedern des lokalen Klerus besetzen wollten.³⁵⁶ Letzterer Vorschlag soll bei der Römischen Kurie durchaus gut gelandet sein.³⁵⁷

Nach den anfänglichen Schritten seiner Bischöfe hatte sich der Fürstprimas von Ungarn, Kardinal Johann Csernoch selbst 1920 in die Bemühungen eingeschaltet, um den politischen-kirchenrechtlichen Erhalt Westungarns zu erreichen. Anlässlich seines Wien-Besuchs versuchte er vor allem die dortigen katholischen Kreise zu überreden, auf das Gebiet österreichischerseits zu verzichten.³⁵⁸ Dass eine derartige Unternehmung in den ersten, unmittelbaren Nachkriegsjahren durchaus nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt war, soll durch ein einschlägiges Beispiel illustriert werden. Ende Februar 1920 hatte sich gerade der Erzbischof von Wien vor zwei Budapester Theologieprofessoren über diese Angelegenheit geäußert. Laut Kardinal Piffl war ein direkter Verzicht Österreichs auf die ungarischen Westgebiete zwar nicht möglich (nachdem diese bereits staatsrechtlich zugesprochen worden waren), aber zu einer faktischen Übernahme würde es seiner Meinung nach nicht kommen, weil die Friedensbedingungen modifiziert werden und die österreichischen Christlichsozialen die Besetzung nicht forcieren werden.³⁵⁹

Knapp drei Monate nach Bundeskanzler Renners Papstaudienz war am 6. Juli 1920 auch der ungarische Fürstprimas nach Rom gereist.³⁶⁰ Sein Ziel war es dort, einerseits ein Mitspracherecht für die betroffenen ungarischen Bischöfe bei den – in Folge der veränderten politischen Grenzen absehbaren – kirchlichen Verhandlungen zu erwirken, andererseits

³⁵⁶ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8 Staatsamt für Äußeres Z. 1831 vom 8. Mai 1920. Zitiert in: Pöck, 21, Anm. 33. Vgl. auch Stirling, 40. Dieses deckt sich insoweit mit der Absicht von Bischof Mikes, als dass er *nach* der faktischen Übernahme Westungarns durch Österreich einen Vikar dort einzusetzen plante, wie er dies seinem Amtskollegen in Raab – vor seinem geplanten Unterredung mit dem Wiener Nuntius – im November 1919 mitteilte.

³⁵⁷ Stirling, 40.

³⁵⁸ Der slowakischstämmige Johann Csernoch (1852–1927) bekleidete von 1912 bis 1927 das Amt des Erzbischofs von Gran. Er war gleichzeitig Primas von Ungarn und ab 1914 Kardinal. Gergely, *A katolikus egyház története*, 48, 363. Siehe noch: Schlag, *Zur Burgenlandfrage*, 111; vgl. auch Jenőffy, 27. Eördögh bemerkte im Zusammenhang mit dem Auftreten von Kardinal Csernoch beim Heiligen Stuhl, dass seine kirchenpolitischen Initiativen von einer illusorischen und provinziellen Einschätzung der aktuellen internationalen Politik der Zeit charakterisiert waren. Eördögh, *A trianoni béke és a Vatikán*, 510.

³⁵⁹ Wie der Graner Erzbischof, waren die oben genannten – ebenfalls slowakischen – Professoren Ferenc Jehlicska und Mihály Kmoskó auf ausländischer politischer Mission (In Wien hatten sie am Vortag der Verhandlung mit dem Kardinal auch den dortigen apostolischen Nuntius aufgesucht). Salacz stellte in diesem Kontext fest, dass die Entsendung eines apostolischen Delegaten nach Westungarn in Wien wohl sehr früh in Rede gekommen war – Kardinal Piffl hat sie als einen Plan vor den zwei ungarischen Theologen erwähnt. Aus den Ausführungen vom Anfang dieses Kapitels wird klar, dass dies tatsächlich der Fall war: Die ersten diesbezüglichen österreichischen Vorstellungen datieren bereits in die Herbstmonate des Jahres 1919. Salacz, 131; Gergely, *A katolikus egyház története*, 48.

³⁶⁰ Zu diesem Schritt hatte ihn der ungarische Ministerpräsident Pál Teleki kurz zuvor, in einem am 22. Juni 1920 verfassten Brief gedrängt, damit er „mit vollem Gewicht gegen die Nachbarn auftreten möge“. Gergely, *A katolikus egyház története*, 48; Salacz, 131.

Letztere zeitlich möglichst hinauszuschieben.³⁶¹ In Rom konnte er mit allen maßgebenden kirchlichen Kreisen verhandeln und wurde sogar zweimal vom Heiligen Vater empfangen.³⁶²

Benedikt XV. hatte ihn (wiederum) versichert, eine neue Diözesaneinteilung auf dem ehemaligen Gebiet Österreich-Ungarns nicht zu forcieren, so lange die endgültigen Staatsgrenzen noch nicht feststanden.³⁶³ Er wies jedoch darauf hin, dass er – so schwer es ihm auch fällt – sechs Monate nach der Festsetzung Letzterer gezwungen sein wird, Verhandlungen über eine den aktuellen politischen Grenzen entsprechenden neuen Diözesaneinteilung zu beginnen. Die Nachfolgestaaten würden ständig auf eine Neuordnung drängen und er könnte ohne erhebliche negative Folgewirkungen auf die dortigen Katholiken nicht länger widerstehen.³⁶⁴ Der Heilige Vater betonte auch, dass eine endgültige Regelung bislang noch in keinem Fall getroffen wurde und dass er soweit auch die Einsetzung von apostolischen Administratoren verweigert hatte.³⁶⁵

Aus ungarischer Sicht war es wohl ein kleiner Erfolg, dass Benedikt XV. anlässlich dieser Audienz versprochen hatte, bei der Behandlung der Diözesangrenzen die davon betroffenen Oberhirten – in unserem Fall also jene von Raab und Steinamanger – vor einer solchen Maßnahme zu konsultieren.³⁶⁶ Dies sollte vielleicht auch deshalb noch einmal erwähnt werden, weil Bischof Mikes später die Hinwegsetzung der Kurie darüber besonders übel nahm.³⁶⁷ Im Übrigen äußerten sich auch Gasparri, Tedeschini, Cerretti, sowie weitere einflussreichere Kardinäle in der Diözesanfrage ähnlich, wie der Heilige Vater.³⁶⁸

Ebenfalls von großer Bedeutung war es, dass nach anderthalb Jahren Verhandlungen und organisatorischer Vorbereitung am 14. April 1920 – also noch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon (!) – die diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und dem Heiligen Stuhl endlich zustande gekommen waren.³⁶⁹ Bereits nach dem Friedensschluss wurde der bis dahin als Außenminister tätige Joseph Graf Somssich zum vatikanischen Gesandten ernannt, der sein Beglaubigungsschreiben Benedikt XV. am 26. Juli 1920 überreichte (also kurz nach dem Besuch von Fürstprimas Csernoch) – damit erfolgte die offizielle Eröffnung der ungarischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl.³⁷⁰

³⁶¹ Jenőffy, 28.

³⁶² Beke, 59; Jenőffy, 29.

³⁶³ Salacz, 131.

³⁶⁴ Beke, 59; Jenőffy, 28. Siehe auch.: Bericht von János Csiszárík vom 19. Juli 1920. MNL OL K-105-E-1-a 1920/7 pol.

³⁶⁵ Beke, 59-60.

³⁶⁶ Eigentlich war dies auch nur eine Wiederholung oder Bekräftigung eines früheren Versprechens, der gegenüber Bischof Rott in dieser Angelegenheit noch im Vorjahr gegeben wurde. Pöck, 23-24.

³⁶⁷ SzEL Hirtenbriefe 1922. VI. Nr. 2380 (19. Juni 1922); SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 2380-96.

³⁶⁸ Beke, 60; Jenőffy, 28.

³⁶⁹ Jenőffy, 25.

³⁷⁰ Der in Graz geborene Diplomat Joseph Graf Somssich (1864–1941) war im kurzen Zeitraum zwischen 11. September 1919 und 15. März 1920 Außenminister Ungarns. Als solcher hat er für die Herstellung

Der ungarische Gesandte war zu diesem Zeitpunkt schon genau über die Vorstöße Kanzler Renners informiert, auch über dessen Bitte an den Papst, in Ödenburg ein eigenes Bistum gründen zu wollen. Noch vor seiner Übernahme der Amtsgeschäfte hatte Somssich den ungarischen Außenminister Teleki in einem Privatbrief darüber informiert – mit Berufung auf Kardinal Csernoch.³⁷¹

Nach seiner Vorstellung beim Papst versicherte Benedikt XV. auch gegenüber Somssich, dass eine Neuordnung der Diözesen solange nicht stattfinden wird, bis die Grenzen Ungarns nicht endgültig bestimmt sind und keine Aussicht auf ihre Dauerhaftigkeit besteht.³⁷² Was den neuen ständigen Vertreter der Kurie in Budapest anbelangt, nahm dieser seine Tätigkeit erst Anfang Oktober in der ungarischen Hauptstadt auf.³⁷³ Seine Rolle in der Westungarnfrage wird noch genauer behandelt. Durch diese unmittelbare Verbindung war nun die Fühlungnahme zwischen Ungarn und dem Heiligen Stuhl leichter geworden.

Wie vorher schon erwähnt, unternahm die österreichische Regierung bald nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon (4. Juni 1920) – in der ja Ungarn *de iure* auch auf ihren westlichen Grenzstreifen verzichten musste – noch im Sommer 1920 einen wiederholten Vorstoß zur kirchenadministrativen Absonderung des Gebietes, musste sich aber mit der gleichen Antwort zufrieden geben, welche auch der ungarische Fürstprimas erhalten hatte.³⁷⁴ Der ungarische Standpunkt wurde also vorerst durchgesetzt. Dabei hat wahrscheinlich ein früherer enger Mitarbeiter Kardinalstaatssekretär Gasparri, der später zum Fürstprimas von Ungarn aufgestiegene Justinian Serédi seinen Einfluss in die Waagschale geworfen und den Leiter der päpstlichen Diplomatie für die Anliegen der ungarischen

unmittelbarer diplomatischen Beziehungen zum Vatikan große Verdienste erworben. Als Anerkennung dieser wurde Somssich am 3. Juli 1920 zum außerordentlichen Gesandten Ungarns beim Heiligen Stuhl ernannt, mit dem Rang eines bevollmächtigten Ministers. Wegen seiner legitimistischen Gesinnung wurde er jedoch 1924 seines Amtes enthoben. Gergely, A 20. században, 257; Gergely, A katolikus egyház története, 361; Pastor, 692; Jenőffy 28. (Laut Jenőffy überreichte Graf Somssich sein Beglaubigungsschreiben Benedikt XV. erst am 24. Oktober. Der neue Gesandte meldete die Übergabe dessen aber bereits am 26. Juli 1920. Siehe: MNL OL K-105-E-1-a 1920/145 pol.)

³⁷¹ Joseph Somssich an Außenminister Teleki vom 19. Juli 1920. MNL OL K-105-Z-3-II. Magánlevelek. In diesem Schreiben wurden auch die oben erwähnten Verhandlungsergebnisse des Fürstprimas beim Heiligen Stuhl skizziert. Die Informationsquelle von Somssich war János Csiszárík, dessen gleich datierter Bericht ebenfalls vorliegt und bereits zitiert wurde. Siehe Kap. 5.1. Bericht János Csiszárík vom 19. Juli 1920. MNL OL K-105-E-1-a 1920/7 pol. (Laut Somssich hatte Csiszárík die Nachrichten über Csernochs Verhandlungen vom Fürstprimas selbst erhalten, während seiner Rückreise von Rom nach Ungarn.)

³⁷² Chiffretelegramm von Joseph Somssich an das Ungarische Außenministerium vom 26. Juli 1920. MNL OL K-105-E-1-a 1920/145 pol. Drei Tage später übergab Somssich auch ein Aide-Mémoire an Kardinalstaatssekretär Gasparri mit der Bitte, eventuelle Maßnahmen in den abzutrennenden Landesteilen möglichst lange hinauszuschieben. Joseph Somssich an Außenminister Teleki, 30. Juli 1920. MNL OL K-105-E-1-a 1920/11 pol. (Zu diesem Zeitpunkt war Teleki bereits Ministerpräsident und Außenminister.)

³⁷³ Gergely, A 20. században, 258.

³⁷⁴ Salacz, 131. Diese wird sich wohl mit dem Sondierungsgespräch des Gesandten Pastor bei Kardinal Frühwirth im Frühsommer 1920 decken.

Bischöfe gewonnen.³⁷⁵ Serédi war im September 1920 vom ungarischen Außenminister beauftragt worden, die Aufgaben des kanonischen Beraters an der vatikanischen Gesandtschaft zu übernehmen – ohne jedoch in den Personalbestand des Außenministeriums aufgenommen zu werden.³⁷⁶ Letzteres war deshalb wichtig, weil er dadurch seine Neutralität offiziell bewahrte, gleichzeitig aber als Vertrauter von Kardinalstaatssekretär Gasparri den ungarischen Anliegen viel nützen konnte.³⁷⁷

Es mag auf den ersten Anblick überraschend anmuten, aber allem Anschein nach war auch der österreichisch-stämmige Kurienkardinal Frühwirth in der Westungarn-Frage auf der Seite der Budapester Regierung (im Sommer 1920 zumindest). Frühwirth, der mit der westungarischen Region persönlich vertraut war, soll lebhaft dazu zugestimmt haben, dass die Ungarn sie Österreich nicht überlassen wollten. Wie aus seinen früheren Ausführungen zu entnehmen ist, hatte dieser Standpunkt wohl politisch-ideologische Gründe.³⁷⁸ Dabei bekräftigte Frühwirth gegenüber dem Vertreter der ungarischen Botschaft auch den aktuellen Standpunkt der Kurie vom Ende Juli 1920, wonach der Heilige Stuhl damals kein Interesse an einer Veränderung der dortigen Diözesaneinteilung hatte.³⁷⁹

Einige Monate später, am 24. Oktober 1920, empfing Benedikt XV. den ungarischen Gesandten in einer Privataudienz, wobei auch die Frage der Neuregelung der von der Dismembration betroffenen Diözesen wieder zur Sprache kam.³⁸⁰ Dabei wollte der Heilige Vater wissen, ob das in der Millerandschen Mantelnote des Trianoner Friedensvertrages erwähnte Grenzregulierungskomitee bereits in Budapest angekommen war und seine Tätigkeit schon aufgenommen hatte. Da dieses nicht der Fall war, äußerte der Papst, dass deswegen auch der Heilige Stuhl noch nicht an eine neue Diözesaneinteilung denken könnte, da für ihn die endgültigen politischen Grenzen eine Grundvoraussetzung waren. Somssich entgegnete daraufhin, dass die von der Grenzverschiebung betroffene Bevölkerung – darunter auch die

³⁷⁵ Justinian Kardinal Serédi (1884–1945), ungarischer Benediktiner, war Professor für kanonisches Recht an der benediktinischen Hochschule S. Anselmo in Rom. Er hatte bei der Kodifizierung des – unter der Federführung Gasparris verfassten – und 1917 veröffentlichten neuen kirchlichen Rechtsbuches als Konsultor des Kodifikationsausschusses mitgewirkt. Ab 1927 war er, als Nachfolger von Kardinal Csernoch, Erzbischof von Gran und Fürstprimas von Ungarn. Stirling, 40; Pöck, 24, Anm. 35; Gergely, A 20. században, 258; Gergely, A katolikus egyház története, 363.

³⁷⁶ Als kanonischer Berater hatte Serédi diese Funktion von Bischof Csiszárík übernommen. Vgl. Kap. 5.1. Gergely, A 20. században, 258-259.

³⁷⁷ Ebenda.

³⁷⁸ Ungarische Botschaft beim Hl. Stuhl (?) an Ministerpräsident Teleki vom 29. Juli 1920. MNL OL K-105-N-2 1920/12 pol. Vgl. Kap. 5.1.

³⁷⁹ Ebenda.

³⁸⁰ Joseph Somssich an Außenminister Csáky, 25. Oktober 1920. MNL OL K-105-E-1-a 1920/113 pol. Siehe auch: Jenőffy, 28.

nicht-ungarischen Volksgruppen – (Groß)ungarns sehr unzufrieden wären und selbst dafür sorgen werden, dass die Grenzen keine Endgültigkeit erlangen.³⁸¹

Die für Ungarn günstige Einstellung des Heiligen Stuhls in der Burgenlandfrage vom Sommer und Herbst 1920 schien im folgenden Jahr jedoch eine gefährliche Wende zu nehmen. Wie erwähnt, erfuhr die ungarische Regierung bereits Mitte August 1921 (!) – noch vor der unmittelbar bevorstehenden Übergabe Westungarns an Österreich – aus zuverlässiger Quelle, dass die Kurie auf Bitten der österreichischen Regierung den Erzbischof von Wien zu dessen apostolischen Administrator bestellen wollte.³⁸² Die Ungarn reagierten prompt. Außenminister Bánffy wies den Geschäftsträger der vatikanischen Botschaft, László Kvassay auf telegraphischem Wege an, bei Kardinalsstaatssekretär Gasparri energisch gegen diesen geplanten Schritt zu intervenieren: Nicht nur gegen die Einsetzung des Wiener Erzbischofs, sondern überhaupt gegen die Lösung der Frage mit der Errichtung einer apostolischen Administration.³⁸³ Bánffy führte dabei auch an, dass diese Maßnahme bei der ungarischen Öffentlichkeit – insbesondere die Ernennung eines österreichischen Klerikers – eine große Entrüstung auslösen würde. Sie würde auch die hastige Vorgehensweise des Heiligen Stuhls nicht einsehen, mit der übrigens auch Präzedenz für die anderen Nachbarstaaten Ungarns geschaffen worden wäre. Zudem war seiner Meinung nach ein solcher Schritt vom kirchenrechtlichen Gesichtspunkt aus gesehen vollkommen unbegründet. Stattdessen schlug das ungarische Außenamt vor, das Problem nötigenfalls derart zu lösen, dass westungarische Priester der Diözesen Raab und Steinamanger zu Weihbischöfen (!) für das abzutretende Gebiet ernannt werden.³⁸⁴

Der ungarische Geschäftsträger sprach sofort bei den Leitern der Kongregation für außerordentliche Angelegenheiten, Pro-Sekretär Borgongini und bei Sekretär Cerretti vor, die

³⁸¹ Ebenda. Somssich konnte es in seinem Bericht an den Außenminister nicht vorenthalten, ihm seinen Eindruck über diesen Teil des Gespräches mit Benedikt XV. zu vermitteln. Er hatte das Gefühl gehabt, dass der Papst gar nicht sehr dagegen gewesen wäre, wenn das besagte Grenzregulierungskomitee seine Arbeit ehebaldigst aufgenommen und zum Abschluss gebracht hätte, „um dadurch die rumänischen und tschechischen Wünsche befriedigen zu können.“ Diese Impression wurde durch seinen Besuch bei Kardinalstaatssekretär Gasparri zwei Tage zuvor noch zusätzlich bestärkt, als der Kardinal von ihm ein weiteres Exemplar der Millerandschen Mantelnote erbat.

³⁸² Telegraphische Weisung von Außenminister Bánffy an László Kvassay vom 18. August 1921. MNL OL K-105-N-2a 1921/340 pol.; Salacz, 132. Diese ist im burgenländischen Kontext überhaupt die erste Erwähnung über eine apostolische Administration! Ihr Timing ist umso interessanter, als damals noch nicht vorauszusehen war, dass Ödenburg ein anderes Schicksal haben wird, als das restliche Westungarn. Wie man sehen wird, verlegte sich Österreich erst nach (!) dem Wegfall des vorgesehenen kirchlichen Zentrums im Dezember 1921 auf diese Lösungsvariante. Vgl.: Kap. 5.3.

³⁸³ Telegraphische Weisung von Außenminister Bánffy an László Kvassay vom 18. August 1921. MNL OL K-105-N-2a 1921/340 pol. In: Újváry, 750-751 (englische Übersetzung). Salacz, 132, 134. László Kvassay (1890–1958), später außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister https://hu.wikipedia.org/wiki/Kvassay_Jen%C5%91 (Eingesehen am: 18.05.2017.)

³⁸⁴ Ebenda. Es ist merkwürdig, dass sowohl in der englischen Übersetzung von Bánffys Telegramm, als auch in der Arbeit von Salacz Weihbischöfe statt Bischofsvikare genannt werden, obwohl der ungarische Standpunkt durchwegs letztere Variante enthielt.

ihm daraufhin versprochen, den Heiligen Vater von einer Ernennung Kardinal Piffis zum Apostolischen Administrator abzuraten.³⁸⁵ Im Namen von Benedikt XV. versprochen sie auch, die Meinung der ungarischen Regierung zu berücksichtigen, wobei betont wurde, dass der Heilige Vater die Ungarn mit der Ernennung eines Kardinals angeblich besonders begünstigen wollte.³⁸⁶ Diese „Begünstigung“ ist vielleicht so zu interpretieren, dass mit einer solchen Übergangslösung der Papst keine Tatsachen schaffen wollte, die nicht leicht wieder rückgängig gemacht werden konnten. Diese vatikanische Rhetorik erinnert jedenfalls an jene, die Kardinalsstaatssekretär Gasparri wenige Monate später am 10. Oktober auch gegenüber dem österreichischen Gesandten verwendete.

Kvassay konnte also zumindest erreichen, dass eine Entscheidung des Heiligen Stuhls verschoben wurde und das Burgenland auch weiterhin unter der Jurisdiktion der Bischöfe von Raab und Steinamanger stehen konnte. Dieser Zustand blieb sogar nach der Unterzeichnung des Venediger Protokolls (11. Oktober 1921.) monatelang aufrecht, bei der ja die ungarische Regierung die Angliederung Westungarns an Österreich anerkennen musste.³⁸⁷ Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon waren bereits mehr als ein Jahr vergangen, die vom Vatikan noch im Jahre 1919 versprochene Frist von sechs Monaten war also längst abgelaufen. Die Lösung der Burgenlandfrage wurde also von der ungarischen Seite verzögert, aber dies konnte nur ein zeitweiliger Erfolg sein.

Die ungarische Außenpolitik behandelte die kirchenrechtlichen Aspekte der Burgenlandfrage auch nach dem August 1921 mit erhöhter Aufmerksamkeit. Wie sein österreichischer Amtskollege Pastor, überließ auch Somssich in dieser Angelegenheit nichts dem Zufall und gerade im unmittelbaren Vorfeld der Venediger Abmachungen war eine erhöhte diplomatische Aktivität beim Heiligen Stuhl zu vermerken. In einem geheimen Brief an den stellvertretenden Außenminister Kálmán Kánya berichtete der ungarische Gesandte von einem langen Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Gasparri am 8. Oktober 1921 über Westungarn.³⁸⁸ Es wurde dabei zwar hauptsächlich auf die aktuellen politischen Fragen

³⁸⁵ Bericht des ungarischen Geschäftsträgers der ungarischen Botschaft beim Hl. Stuhl, László Kvassay vom 20. August 1921. MNL OL K-105-N-2a 1921/341 pol. In: Újváry, 761 (englische Übersetzung). Salacz, 132. Francesco Borgongini Duca (1884–1954). Seit 1917 Pro-Sekretär und ab 1922 Sekretär der Kurie für Fragen außerordentlicher kirchlicher Angelegenheiten (Im letzteren Amt war er Nachfolger von Bonaventura Cerretti.). Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Francesco_Borgongini_Duca (Eingesehen am: 17.03.2013.). Bei Salacz wird er als Staatssekretär angegeben, im Kvassays Bericht (gemeinsam mit Cerretti) als Unterstaatssekretär. Im letzteren Originaldokument werden die beiden vatikanischen Würdenträger namentlich nicht erwähnt, ihre Identität wurde in der englischen Übersetzung von Újváry aufgeschlüsselt.

³⁸⁶ Salacz, 132.

³⁸⁷ Salacz, 132.

³⁸⁸ Joseph Somssich an Außenminister-Stellvertreter Kánya vom 8. Oktober 1921. MNL OL K-105-II-A-31 1921/31 res. Kálmán Kánya (1869–1945) war ab 1913 Botschafter Österreich-Ungarns in Mexiko, von 1920 bis 1925 stellvertretender ungarischer Außenminister, seit 1925 Botschafter in Berlin und schließlich von 1933 bis 1938 ungarischer Außenminister. In dieser Funktion vertrat er Ungarn 1938 beim Ersten Wiener

konzentriert (Rückgabe von Ödenburg an Ungarn, Bandenkriege, die Rolle Italiens, usw.), man kann aus dem Brief jedoch erahnen, dass Somssich auch andere Aspekte berühren wollte, unter ihnen vielleicht die aufgeschobene Neuordnung der dortigen Kirchenverwaltung.³⁸⁹

Die Umgestaltung des ungarischen Kirchenverbandes wurde natürlich nicht nur im Falle des Burgenlandes forciert. Die kirchenpolitische Loslösung der tschechoslowakisch besetzten Teile des Erzbistums Gran verlief parallel zum burgenländischen Beispiel und gespenstisch ähnlich. Das ungarische Außenamt hatte bereits in der ersten Julihälfte 1921 erfahren, dass der Heilige Stuhl damals schon an der Schwelle war, einem von Primas unabhängigen Apostolischen Administrator für das besagte Gebiet zu ernennen.³⁹⁰ Auch diesmal intervenierte Kvassay umgehend und energisch, seine Aktion hatte aber nur temporäre Wirkung. Bereits im Folgemonat wurde ihm zur Kenntnis gegeben, dass die Kurie „im Interesse der Kirche“ die Ernennung eines Administrators nicht länger hinausschieben könnte, da sie eine Beschlagnahmung des Vermögens der Diözese Gran durch die Prager Regierung befürchtete.³⁹¹ Dass es einen gewissen Zusammenhang zwischen der Graner und der burgenländischen Frage tatsächlich gegeben hat, ist aus den anschließenden Ereignissen ableitbar, die hier noch näher erörtert werden.

6.3 Vom Ödenburger Plebiszit bis zur Regelung der kirchenrechtlichen Stellung des Burgenlandes. Die Durchsetzung des österreichischen Standpunktes

Das Venediger Protokoll und die darin festgeschriebene Volksabstimmung von Ödenburg veränderten die bis dahin bestehende Situation der Burgenlandfrage nicht nur auf politischer, sondern auch auf kirchlicher Ebene grundlegend – aus österreichischen Sicht jedoch auf eine ambivalente Weise.³⁹² Mit der anbahnenden Lösung der Grenzfrage konnte der österreichische Gesandte bereits unmittelbar vor der Venediger Konferenz bei der römischen Kurie eine Veränderung der bislang starr ablehnenden und zur Geduld auffordernden Haltung bezüglich Westungarns vermerken, was ein eindeutig positives, ermutigendes Vorzeichen für die Entwicklungen der folgenden Monate war.³⁹³

Schiedsspruch. Új magyar életrajzi lexikon, Bd. III., 722. <http://mek.oszk.hu/00300/00355/html/ABC07165/07350.htm> (Eingesehen am: 22.09.2017.)

³⁸⁹ Somssich schrieb darüber folgendes: „Was ich von ihm (Gasparri) wissen wollte, darauf antwortete er nicht, er hat aber vieles gesagt, aus dem ihr (Kánya & Co.) – besonders unter Kenntnis der sonstigen Nebenumstände – die Wahrheit vielleicht herauschälen könnt.“

³⁹⁰ Ebenda, 32-33.

³⁹¹ Diese Angst war keineswegs unbegründet: Die tschechoslowakischen Behörden hatten kurz zuvor die auf ihr Staatsgebiet fallenden Güter der Diözese Breslau konfisziert. Ebenda, 33.

³⁹² Vgl. Pöck, 27.

³⁹³ Pöck, 26. Vgl. Kap. 5.1.

Andererseits war jedoch der Verbleib von Ödenburg bei Ungarn für die bis dato österreichischerseits konzipierten Pläne bezüglich der kirchlichen Neuordnung des burgenländischen Gebietes katastrophal.³⁹⁴ Damit war – wie erwähnt – die als Endziel der diplomatischen Bemühungen visionierte „Diözese Ödenburg“ ein für alle Mal weg vom Tisch: Sowohl der Sitz, als auch die wirtschaftlichen Grundlagen des Bistums waren auf der anderen Seite der Grenze geblieben, sodass selbst die eventuelle Errichtung einer Diözese in weite Ferne gerückt war.³⁹⁵ Die Verwaltungsstelle für das Burgenland und die zuständigen österreichischen Ministerien mussten in der Folge quasi von vorne mit der Planung darüber anfangen, wie nun unter den veränderten Umständen vorzugehen sei.

Die Lage verlangte aber nach dringenden Maßnahmen. Der Bischof von Steinamanger hatte bereits unmittelbar nach dem ersten Übernahmeversuch Westungarns durch Österreich am 1. September 1921 einen ihm unterstellten Generalvikar für den westlichen Teil seiner Diözese ernannt – ein nicht ungefährlicher Schritt aus österreichischer Perspektive, die es auf lange Sicht unbedingt abzuwehren galt.³⁹⁶ Man wollte den Einfluss der ungarischen Oberhirten im Burgenland gänzlich ausschalten, da daraus – wie erwähnt – in den Folgemonaten Spannungen zwischen Kirche und Staat, beziehungsweise zwischen der deutschen Bevölkerung und dem ungarisch gesinnten lokalen Klerus resultierten.³⁹⁷ Besonders die österreichfeindlichen Hirtenbriefe von Bischof Mikesheizten die Lage an – den diese verlesenden Priestern drohten Hochverratsprozesse.³⁹⁸ Man darf auch nicht vergessen, dass vor allem im südlichen Burgenland, wo die Staatsgrenze noch nicht überall feststand, katholische Geistliche 1922-23 eine große Rolle bei der Rückkehr einer ganzen Reihe von grenznaher Gemeinden zu Ungarn spielten.³⁹⁹ Der Argwohn der österreichischen Stellen war ihnen gegenüber also durchaus nicht unbegründet. Das Auftreten des Bischofs in diesem Raum (zum Beispiel in Form einer Firmungsreise) war also besonders unerwünscht.⁴⁰⁰

³⁹⁴ Die in der österreichischen Fachliteratur vielfach vorkommende Erwähnung über den „Verlust“ der designierten Landeshauptstadt ist insofern irreführend, als diese tatsächlich nie zum österreichischen Staatsgebiet gehörte: Im Sinne des Friedensvertrages von Saint-Germain war lediglich ein *de iure* Anspruch auf Westungarn gegeben, der schließlich nur zum Teil geltend gemacht werden konnte (Vgl. z. B. Stirling, 31).

³⁹⁵ Vgl. Kap. 4.

³⁹⁶ SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 3945 (1. September 1921); SzEL Hirtenbriefe 1921. XI. Nr. 4526 (10. Oktober 1921). Siehe auch: Rittsteuer, Die Errichtung der Apostolischen Administratur Burgenland, 134; Schleinzner, Von Westungarn zum Burgenland, 102; Hanner, 68; Bakó, Gróf Mikes János, 21; Pöck, 27; Zsiga, 83. Die ungarische Kirchendiplomatie arbeitete bei der römischen Kurie genau mit diesem Generalvikar-Konzept: Wie man noch sehen wird, fand dieser ungarischerseits als Kompromissvorschlag präsentierte Lösungsansatz bei den Leitern der päpstlichen Diplomatie anfangs durchaus auf positiven Widerhall. Die Idee wurde auch von Kardinalstaatssekretär Gasparri aufgegriffen. Vgl. Kap. 6.2.

³⁹⁷ Pöck, 27, Stirling, 30-33.

³⁹⁸ Pöck, 27, 29; Hanner, 68; Szabó, 17.

³⁹⁹ Die Beteiligung dieser Priester wird noch ausführlich behandelt. Haslinger, 53; Géfin, A Szombathelyi Egyházmegye története, Band III., 231, 379; Horváth, 83-85. Vgl. auch: Schleinzner, Von Westungarn zum Burgenland, 105; Jankó, Tóth, 101.

⁴⁰⁰ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres Z. 1309 vom 7. April 1920.

Laut Informationen der ungarischen Botschaft in Wien von Ende Dezember 1921 waren es in Österreich die Großdeutsche und die Sozialdemokratische Partei, welche Schritte bei ihrer Regierung setzten, damit diese beim Heiligen Stuhl eine Veränderung (Beseitigung) der ungarischen Kirchenadministration im Burgenlande initiiert.⁴⁰¹

Auch der Landesverwalter für das Burgenland, Dr. Davy bat in seinem Schreiben vom 16. Jänner 1922 – also wenige Wochen nach der Ödenburger Volksabstimmung – das österreichische Kultusamt darum, beim päpstlichen Nuntius und beim erzbischöflichen Ordinariat in Wien für die Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse zu intervenieren.⁴⁰² Er führte dabei auch drei Optionen an, wie diese eventuell zu verwirklichen wäre – jene des apostolischen Administrators war jedoch nicht unter ihnen.⁴⁰³ Die Art und Weise der Verwirklichung wurde übrigens vom Landesverwalter für eine vergleichsweise sekundäre Angelegenheit gehalten, die von der Kirche zu lösen war; seine einschlägigen Vorschläge hat man aber dem Nuntius und dem Wiener Erzbischof später ebenfalls vorgetragen.⁴⁰⁴

Über die neuesten österreichischen Bestrebungen zur Angleichung der Diözesaneinteilung an die neuen Staatsgrenzen wusste die ungarische Regierung auf dem Wege ihres Botschafters in Wien, Szilárd Masirevich bereits seit dem Vormonat.⁴⁰⁵ Am 30. Dezember meldete er über seine Rücksprache mit dem dortigen Nuntius Marchetti Selvaggiani, dass bei ihm das österreichische Kultusamt schon Schritte in der Angelegenheit der Dismembration unternommen hatte, welche er im Namen des Heiligen Stuhls damit abwehrte, dass eine endgültige Herauskristallisierung der politischen Verhältnisse im Burgenland noch abzuwarten wäre.⁴⁰⁶

Was der Nuntius dem ungarischen Botschafter jedoch nicht verraten hatte, und Masirevich auf dem Wege des damaligen Parteiobmans der Christlichsozialen Partei, Prälat Ignaz Seipel erfahren hat, war, dass die Wiener Nuntiatur dem Heiligen Stuhl empfohlen hatte, die apostolische Administration des Gebietes provisorisch dem Erzbischof von Wien zu unterstellen.⁴⁰⁷ Dies war eindeutig ein österreichfreundlicher Schritt, sie widerspiegelte

⁴⁰¹ Zsiga, 83.; Salacz, 132.

⁴⁰² Schleinzner, Von Westungarn zum Burgenland, 103.

⁴⁰³ Diese wurden im vorigen Kapitel bereits vorgestellt. Schleinzner, Von Westungarn zum Burgenland, 103-104.

⁴⁰⁴ Schleinzner, Von Westungarn zum Burgenland, 104.

⁴⁰⁵ Szilárd Masirevich (1879–1944) war ab dem 19. Mai 1921 ungarischer Botschafter in Wien, in späteren Jahren vertrat er die Leitung der diplomatischen Vertretung seines Landes in Prag, Berlin und London. http://www.mtda.hu/ADATBANK/MAGYAR%20POLITIKAI%20LEXIKON/MPL_1_M.pdf (Eingesehen am: 01.05.2013.) <http://www.arcanum.hu/mol/> (Eingesehen am: 27.05.2013); <http://lexikon.katolikus.hu/L/London.html> (Eingesehen am: 27.05.2013)

⁴⁰⁶ Francesco Marchetti Selvaggiani (1871–1951) war vom 4. Dezember 1920 bis zum 15. Dezember 1922 apostolischer Nuntius in Österreich. Siehe: Bericht des ungarischen Gesandten in Wien, Szilárd Masirevich vom 30. Dezember 1921. In: SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 623; MNL OL K-105-N-2a 1922/55 pol. Salacz, 132. <http://www2.fiu.edu/~mirandas/bios-m.htm#Marchetti> (Eingesehen am: 21.01.2011)

⁴⁰⁷ Bericht des ungarischen Gesandten in Wien, Szilárd Masirevich vom 30. Dezember 1921. In: SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 623; Salacz, 132; Zsiga, 84.

detailgenau jene Vorstellungen, die die Wiener Regierung bereits im August des Vorjahres in Rom unterbreitet haben muss.

Bevor die österreichische Staatsführung weitere diplomatische Aktionen in Rom setzen konnte, kam die Todesnachricht von Benedikt XV., der am 22. Jänner 1922 verstorben war.⁴⁰⁸ Anschließend reiste der Wiener Kardinal Piffl zum Konklave nach Rom, welche vom 3. bis 6. Februar anhielt.⁴⁰⁹ Während dieses Aufenthaltes trieb er die Sondierungen bezüglich der kirchlichen Neuordnung des Burgenlandes persönlich voran.⁴¹⁰ Dabei soll er von vatikanischen Kreisen über die provisorische Unterstellung des neuen Bundeslandes unter seine Diözesanhoheit befragt worden sein.⁴¹¹

Die Person des neuen Papstes war für die Wiener Regierung insofern günstig, als dass Ludwig von Pastor ihn – ähnlich seinem Vorgänger – seit vielen Jahren persönlich kannte.⁴¹² Aus österreichischer Sicht war es auch positiv, dass Pius XI. den bisherigen Kardinalsstaatssekretär Gasparri (der sich beim Konklave selbst um den Thron Petri beworben hatte) in seinem Amt als Leiter der vatikanischen Außenpolitik weiter beließ.

Die Ereignisse der folgenden drei Monate nach der Papstwahl erwiesen sich auf kirchlicher Ebene als entscheidend für die Zukunft des Burgenlandes. Ein Startschuss für neuerliche, intensivierte diplomatischen Aktionen der Wiener Regierung erfolgte am 6. März, als sie dem österreichischen Gesandten am Heiligen Stuhl folgendes erklärte: „Wir halten somit den Augenblick für gekommen, bei der Kurie den formellen Antrag auf Dismembration des Burgenlandes aus den Diözesen Győr [sic!] und Szombathely einzubringen“.⁴¹³ Pastor wurde aufgefordert, betreffend der Angelegenheit „das Terrain zu sondieren“, also die Frage mit den Österreich wohlgesinnten Persönlichkeiten am päpstlichen Hofe zu erörtern.⁴¹⁴ Neben der Entschiedenheit des Auftretens lässt sich gleichzeitig auch eine gewisse Vorsicht feststellen, der Gesandte wurde auch explizit gebeten, mit Klugheit und sorgfältiger Umsicht vorzugehen.⁴¹⁵ Mit gutem Grund: Denn die Teilung der beiden westungarischen Diözesen hätte weiterhin als Präzedenz für einen italienischen Vorstoß gegen die Einheit der Diözese Brixen aufgegriffen werden können.⁴¹⁶

⁴⁰⁸ Beke, 90; Gergely, A katolikus egyház története, 361.

⁴⁰⁹ Laut Ludwig von Pastor war der Kardinal bis zum 13. Februar in der Ewigen Stadt. Pastor, 741. Vgl. Beke, 90.

⁴¹⁰ Hanner, 68-69.

⁴¹¹ Pöck, 28-29, Stirling, 32.

⁴¹² Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 52.

⁴¹³ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 790/1A 1922 vom 6. März 1922. Zitiert auch in: Pöck, 27.

⁴¹⁴ Ebenda.

⁴¹⁵ Stirling, 41.

⁴¹⁶ Ebenda

Das für das Kultuswesen zuständige Innenministerium erhielt zur gleichen Zeit die Aufgabe, ein Memorandum auszuarbeiten, dass als Basis für den oben angekündigten offiziellen Schritt beim Heiligen Stuhl zu dienen hatte. Wohl eingedenk der im Mai des Vorjahres vom Außenamt formulierten Gefahren, hat dieses bereits davon abgeraten, die Bestellung eines apostolischen Delegaten im obigen Schreiben anzusprechen.⁴¹⁷ Im diesbezüglichen Schriftstück des Ministeriums vom 13. März wurde also vorerst nur auf die Lostrennung des burgenländischen Gebietes von den ungarischen Mutterdiözesen fokussiert, die endgültige rechtliche Form der Abtrennung blieb ausgeklammert.⁴¹⁸ Wie erwähnt, hatte man im Kultusministerium langfristig eine Teilung des burgenländischen Gebietes zwischen den Diözesen Wien und Seckau-Graz vorgestellt, hauptsächlich aus finanziellen Gründen.⁴¹⁹ Es wurde im Dokument auch darauf hingewiesen, dass die Zusammenstellung eines Memorandums mit umfangreichen Nachfragen über nähere Einzelheiten verbunden gewesen wäre, und auch die römische Kurie bei solchen Entscheidungen sehr langsam vorging, aber die Situation im Burgenland nach einer raschen Lösung verlangte.⁴²⁰

Um der Einsetzung von Generalvikaren durch die Bischöfe Westungarns entgegenzuwirken und im Burgenland eine österreichische Kirchenverwaltung durchzusetzen, entschied man sich nun im Innenministerium (erneut), die Bestellung eines Apostolischen Administrators – als schnelle Übergangslösung – bei der Kurie zu beantragen.⁴²¹ Einerseits deshalb, weil man davon ausging, dass ein solcher Schritt die kirchenrechtliche Zugehörigkeit Nordtirols nicht gefährdet hätte (dort war bereits seit April 1921 ein Apostolischer Administrator tätig), andererseits weil man aufgrund von vertraulichen Informationen wusste, dass vatikanische Kreise bei diesem Posten an den Erzbischof von Wien dachten – eine Lösung, die den österreichischen Interessen genau entsprach.⁴²²

In diesem Sinne präzisierte das Wiener Außenamt am 16. März 1922 seine Anweisungen an Ludwig Pastor deutlich, knapp zehn Tage nach dem ersten diesbezüglichen Schreiben. Darin wurde also die Abtrennung des burgenländischen Gebietes von den ungarischen

⁴¹⁷ Pöck, 27.

⁴¹⁸ Pöck, 28; Stirling, 31-32.

⁴¹⁹ Pöck, 28; Stirling, 31. Vgl. Kap. 4.

⁴²⁰ Pöck, 28; Stirling, 31-32.

⁴²¹ In diesem Kontext muss man darauf hinweisen, dass der Bischof von Steinamanger – wie erwähnt – bereits Anfang September 1921 einen Generalvikar für die burgenländischen Teile seiner Diözese eingesetzt hat. Zu jenem Zeitpunkt, als dieses Schreiben am 13. März 1922 vom Innenministerium verfasst wurde, war aber dieser Posten bereits seit mehr als einem Monat (3. Februar 1922) wieder aufgelöst. Stirling, 32, Pöck, 28.

⁴²² Pastors Freude darüber, dass er – wie er in seinem Tagebuch Ende Februar 1923 zufrieden bemerkte – „die so schwierige Diözesan-Ordnung in Nordtirol und im Burgenland glücklich beendet“ hatte, scheint etwas voreilig gewesen zu sein. Obwohl er es als seinen persönlichen Erfolg empfand, dass der Heilige Stuhl im April 1921 den Feldkircher Weihbischof zum Apostolischen Administrator des österreichischen Teils der Diözese Brixen ernannt hatte, wurde bereits zwei Jahre später, 1925 die endgültige Abtrennung von Nordtirol und Vorarlberg vollzogen. Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 49-50, 72; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 339; Pöck, 28; Stirling, 32.

Mutterdiözesen unter der Leitung eines zum Apostolischen Administrator bestellten österreichischen Bischofs als erstes – provisorisches – Ziel der diplomatischen Bemühungen angegeben.⁴²³ Als langfristige Lösung war dagegen der Anschluss des Burgenlandes an eine (!) oder zwei benachbarte österreichische Bistümer geplant – dies war aber bei weitem kein ausgereiftes Konzept und wurde kurz später wieder fallengelassen.⁴²⁴ Das Dokument ging auch wiederholt explizit auf die Bestellung von Generalvikaren durch die ungarischen Oberhirten ein, und zwar als solches Beispiel anführend, deren negative Folgewirkungen im südlichen, kirchenrechtlich zur Diözese Steinamanger gehörenden Teil des Burgenlandes bereits zu spüren waren.⁴²⁵ In seiner Antwort vom 31. März 1922 ließ sich jedenfalls der österreichische Gesandte von seiner Regierung über die letzteren informieren, also über jene Fälle im Burgenland, in denen ungarisch gesinnte Priester mit den lokalen Behörden in Konflikt geraten waren, weil sie die von den ungarischen Bischöfen verfassten Hirtenbriefe verlesen hatten.⁴²⁶

In diese Bemühungen der Österreichischen Regierung platzte Anfang April 1922 die Nachricht über die geplante Firmungsreise des Bischofs von Steinamanger in die bereits zu Österreich gehörenden Teile seiner Diözese. Das Außenamt entfaltete anschließend eine rege diplomatische Aktivität, um diesen ungelegenen Besuch zu verhindern, und wies ihren Vertreter beim Heiligen Stuhl an, dagegen zu intervenieren. In dem Schreiben an Pastor schilderte Außenminister Hennes die prekäre Situation, die daraus erwuchs: Eine direkte Verweigerung der Einreise war unratsam, da sie als Verletzung der religiösen Gefühle der Bevölkerung hätte interpretiert werden können, sodass man unter Einschaltung der Kurie einen Verzicht des Bischofs auf diesen Plan erreichen wollte.⁴²⁷ Man befürchtete in Wien, dass der Steinamangerer Oberhirte „diese Reise unbewusst oder bewusst zu einer Beeinflussung der Bevölkerung im ungarisch nationalem Sinne benützen könnte.“⁴²⁸ Dieses war auch deshalb besonders gefährlich, weil Ungarn Ende 1921/Anfang 1922 im Rahmen einer Grenzberichtigung auf etwa ein Viertel des burgenländischen Gebietes Anspruch erhoben hatte und die Arbeit des Grenzregulierungskomitees voll im Gange war (die

⁴²³ Stirling, 32; Pöck, 29.

⁴²⁴ Stirling weist darauf hin, dass weder im relevanten Aktenmaterial des Österreichischen Staatsarchivs, noch in jenen der Diözesanarchive in Wien oder Eisenstadt sich eine weitere Erwähnung über diesen langfristigen Plan finden ließ. Stirling, 32; Pöck, 29; Hanner, 68.

⁴²⁵ Pöck, 29.

⁴²⁶ Pöck, 29; ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Österreichische Gesandtschaft beim Hl. Stuhle, Z. 81/P vom 31. März 1922.

⁴²⁷ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres Z. 1309 vom 7. April 1920. Leopold Hennes (1876–1950) bekleidete von 1921 bis 1922 das Amt des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft und war von Jänner bis Mai 1922 kurzzeitig österreichischer Außenminister. Zwischen 1932 und 1936 arbeitete er als Gesandter in Ungarn. [https://www.deutsche-biographie.de/gnd127516395.html](https://www.deutsche-biographie.de/gnd127516395.html#ndbcontent) #ndbcontent (Eingesehen am: 27.06.2017.)

⁴²⁸ Ebenda.

Begehung der Gemeinden entlang der Grenze im Mittel- und Südburgenland fand im März 1922 statt).⁴²⁹ Am 11. April 1922 konnte das Außenministerium bereits weitermelden, dass als Ergebnis der Demarche des Gesandten Pastor der Kardinalstaatssekretär ihm zugesichert hatte, auf dem Wege des Budapester Nuntius, Lorenzo Schioppa, Bischof Mikes von seinem Plan abzuraten.⁴³⁰ Etwa zwei Wochen später ging vom Außenamt auch eine Weisung an den österreichischen Gesandten in Ungarn, beim dortigen Nuntius über den Erfolg von dessen Intervention nachzufragen.⁴³¹ Erst am 3. Mai konnte Gesandter Cnobloch melden, dass Graf Mikes auf seine Burgenlandreise verzichtet hatte.⁴³² Am Folgetag erging ein Rundschreiben des Außenministeriums an die betroffenen österreichischen Stellen. In diesem wurde Pastor aufgefordert, beim Kardinalstaatssekretär die Dankbarkeit der österreichischen Regierung für dessen rasche und erfolgreiche Intervention zu vermitteln und dabei auch eine Anerkennung für Nuntius Schioppa auszusprechen.⁴³³

Parallel zu den diplomatischen Schritten, um Bischof Mikes aus dem Burgenland fernzuhalten, arbeitete der vatikanische Gesandte auch an der baldigen Durchsetzung des österreichischen Standpunktes über die Apostolische Administration weiter, wobei Pastor betont umsichtig, in mehreren Schritten vorging. Wie er am 7. April 1922 nach Wien meldete, zog er – wie schon im Sommer 1920 – zuerst Kardinal Frühwirth in der Diözesanfrage des Burgenlandes zu Rate.⁴³⁴ Dann sondierte er auch im Staatssekretariat nach, bei Unterstaatssekretär Pizzardo und beim Sekretär der Kongregation für außerordentliche Angelegenheiten, Monsignore Borgongini.⁴³⁵ Erst anschließend kam er mit dem Staatssekretär selbst über die Burgenlandfrage zu sprechen. Im obigen Schreiben vom 7. April

⁴²⁹ Zsiga, 34-42.

⁴³⁰ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1379/1B, Telegramm Z. 983 vom 11. April 1922. Lorenzo Schioppa (1871–1935) vertrat von 1920 bis 1925 als Apostolischer Nuntius den Heiligen Stuhl in Budapest und anschließend bis zu seinem Tode im Jahre 1935 war er als solcher in Den Haag stationiert. Gergely, A 20. században, 258 (Kurzbiographie). Über seine Rolle in Ungarn und bei der Burgenlandfrage, siehe Kap 6.3.

⁴³¹ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1563/1B vom 26. April 1922.

⁴³² ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1658/1B, Telegramm Z. 1197 vom 3. Mai 1922. Johann (Hans) Freiherr von Cnobloch (1871–1962) war bereits seit Ende November 1918 bevollmächtigter Vertreter Österreichs in Budapest, von 1919 bis 1922 als Gesandter. Rudolf Agstner, Handbuch des Österreichischen Auswärtigen Dienstes. Band 1: 1918 - 1938. Zentrale, Gesandtschaften und Konsulate. Berlin–Münster–Wien–Zürich–London 2015 (Forschungen zur Geschichte des österreichischen Auswärtigen Dienstes, Bd. 11), 133.

⁴³³ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1658/1B vom 3. Mai 1922. In einer „Pro domo“ Randnotiz wurde auch vermerkt, dass im Hinblick auf seine hervorragenden Beziehungen zum österreichischen Gesandten Cnobloch eine Anerkennung der Tätigkeit des Nuntius „förderlich und angemessen“ sein wird. Unter seinen zahlreichen Auszeichnungen lassen sich jedoch keine österreichischen finden. Vgl.: <https://www.findagrave.com/cgi-bin/fg.cgi?page=gr&GRid=166837334> (Eingesehen am: 28.06.2017)

⁴³⁴ ÖstA/AdR, NPA, K 87 Österreichische Gesandtschaft beim Hl. Stuhle, Z. 90/P vom 7. April 1922 (In: K 257 Österreich 3/8, Z. 1401/1922); Pöck, 30.

⁴³⁵ Giuseppe Pizzardo (1877–1970). Ab 1908 im diplomatischen Dienst des Heiligen Stuhls und seit 1920 im Bereich besonderer kirchlicher Angelegenheiten für die Kurie tätig. http://de.wikipedia.org/wiki/Giuseppe_Pizzardo (Eingesehen am: 17.03.2013.); Pöck, 30.

berichtete der Gesandte ausführlich über seine, sich im Nachhinein als entscheidend herausstellenden Verhandlungen.

Im besagten Bericht Pastors wurde die Diözesanfrage zuerst in einen breiteren, europäischen Kontext gestellt. Es wurde darauf hingewiesen, dass seit dem Ende des Weltkrieges fünf Staaten den Heiligen Stuhl um die Herauslösung von Diözesanteilen aus ihren bisherigen Bistümern – entsprechend den neuen politischen Grenzziehungen – beansprucht hatten: Frankreich wollte dies gegenüber den Bistümern Trier und Speyer, Polen gegenüber dem Bistum Breslau durchsetzen, Rumänien und die Tschechoslowakei wollten das gleiche bei verschiedenen ungarischen Bistümern erreichen, während Italien die Loslösung Nordtirols vom Bistum Brixen forcierte.⁴³⁶ Bei all diesen Fällen hatte die Kurie jedoch eine ablehnende Haltung gezeigt. Einerseits weil sie – wie vielfach erwähnt – die territorialen Verhältnisse noch für viel zu wenig konsolidiert hielt, andererseits da sie brüskiert davon war, dass sie in die Friedensverhandlungen nicht einbezogen worden war, obwohl die dort getroffenen Entscheidungen mannigfaltige Auswirkungen auf die kirchlichen Verhältnisse hatten.⁴³⁷ Sie wollte also die Friedensbeschlüsse ihrerseits nicht damit besiegeln, dass sie die Diözesangrenzen verschiebt. Obwohl sich der Heilige Stuhl gegenüber dem Verliererstaat Österreich durchaus mit Sympathie verhielt, war eine Ausnahmeregelung für ihn bezüglich des Burgenlandes vollkommen ausgeschlossen.⁴³⁸ Soweit waren also die Vorzeichen für das Anliegen der Wiener Regierung alles andere, als viel versprechend.

Die Fortsetzung des Berichtes ließ jedoch trotzdem Hoffnungen hochkommen. Der Heilige Stuhl signalisierte nämlich zum ersten Mal den Willen, konkrete Schritte für die Lösung der Burgenlandfrage zu setzen, angesichts jener Missstände, die aus dem Auseinanderfallen der Staats- und Diözesangrenzen eingetreten waren.⁴³⁹ Sein erster Vorschlag war jedoch mit dem ungarischen Kompromisskonzept identisch: Pastor wurde angeboten, die problematische Situation durch die Einsetzung von bischöflichen Generalvikaren zu lösen, wie dies bereits an mehreren Orten getan wurde.⁴⁴⁰ Gemäß der Weisungen seiner Regierung musste aber der österreichische Gesandte diese Option ablehnen: Er wies dabei auf die Abhängigkeit der Vikare von den ungarischen Bischöfen hin, weshalb die bestehenden Probleme auf diesem Wege nicht zu beheben gewesen wären. Ferner machte er seinen Verhandlungspartner – geschickt argumentierend – auf „die stark nationalistische Gesinnung der ungarischen Bischöfe“ aufmerksam, welche seiner Meinung nach sogar jene ihrer französischen Kollegen

⁴³⁶ Pöck, 30; Hanner, 69; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 72. Vgl. auch: Újváry, 107-108 (englische Übersetzung).

⁴³⁷ Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73; Pöck, 30-31.

⁴³⁸ Pöck, 31.

⁴³⁹ Pöck, 31; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73.

⁴⁴⁰ Ebenda.

übertraf.⁴⁴¹ Anschließend hat Pastor bei Kardinal Gasparri einen Gegenvorschlag gemacht, der den österreichischen Interessen besser entsprach: Er empfahl für das Burgenland die vorläufige Bestellung eines Apostolischen Administrators. Der Kardinalsstaatssekretär war offen für diese Lösung, sodass die Form der neuen burgenländischen Kirchenadministration vereinbart schien.⁴⁴²

Wer sie aber leiten sollte, war noch nicht klar – die Meinungen gingen diesbezüglich vorläufig auseinander. Gasparri überlegte, den Wiener Nuntius mit dieser Aufgabe zu betrauen, während Pastor dafür Kardinal Piffl empfahl, dessen Diözese ja unmittelbar an das Burgenland grenzte.⁴⁴³ Der Leiter der päpstlichen Außenpolitik versprach die österreichische Idee zu überlegen, gab aber vorerst keine definitive Antwort. Unmittelbar nach den Verhandlungen bestärkte der Gesandte die Absichten seiner Regierung zusätzlich mit der Überreichung eines Pro Memorias an ihn.⁴⁴⁴

Pastor war der Ansicht, dass die Durchsetzung des Wiener Erzbischofs als Apostolischer Administrator wegen den energischen ungarischen Gegenaktionen bei der Kurie sehr schwer sein wird, sodass er in seinem Schreiben vom 7. April 1922 die österreichische Diplomatie – vorbeugend sozusagen – darum bat, einen anderen Wiener Prälaten als Alternative noch anzugeben, den er notfalls vorschlagen könnte.⁴⁴⁵

In ihrer Antwort vom 13. April forderte aber die Regierung in Wien den Gesandten auf, „möglichst lange an der Kandidatur Piffl festzuhalten und nur falls diese Lösung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieße, der Betrauung eines österreichischen Prälaten zuzustimmen.“⁴⁴⁶ Sie versprach den Namen eines alternativen Kandidaten in Kürze telegraphisch mitzuteilen.

Diese hartnäckige Haltung der österreichischen Staatsführung war darauf zurückzuführen, dass sie den ungarischen Bischöfen in Raab und Steinamanger unbedingt einen Mann mit Autorität entgegenstellen wollte und dafür Kardinal Piffl am meisten geeignet schien.⁴⁴⁷ Für ihn sprachen auch seine jahrelangen Erfahrungen in Ungarn, die er – noch vor seiner Zeit als

⁴⁴¹ Im Falle des Raaber Bischofs Fetser war dies wohl eine Unterstellung, die der Realität nicht unbedingt entsprach. Pöck, 31; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73; Stirling, 41.

⁴⁴² Pöck, 31-32; Stirling, 41; Hanner, 69.

⁴⁴³ Pöck, 31-32; Stirling, 41-42; Hanner, 69; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73.

⁴⁴⁴ Pöck, 32; Stirling, 42.

⁴⁴⁵ Ebenda.

⁴⁴⁶ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1401/1A, vom 13. April 1922; Pöck, 32-33 (Anm. 51); Stirling, 42; Huber, 4.

⁴⁴⁷ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1401/1A, 1922 vom 13. April 1922; Pöck, 32-34; Hanner, 69.

Erzbischof – als Verwalter der Klosterneuburger Stiftsgüter dort gesammelt hatte, sodass er sich über die ungarischen Kirchenverhältnisse entsprechend auskannte.⁴⁴⁸

Die Bestellung des Wiener Nuntius wollte man aus zwei Gründen vermeiden: Einerseits hätte diese Lösung laut dem österreichischen Außenamt die Gefahr einer Kollision zwischen seiner diplomatischen und kirchenadministrativen Funktion in sich getragen, andererseits waren dem italienischen Kleriker (im Gegensatz zu Piffl) die Diözesanverhältnisse im Burgenland ein fremdes Terrain.⁴⁴⁹ Als Konfliktpotential wurde dabei vom Kultusamt – der vom Außenministerium ebenfalls um Stellungnahme gebeten worden war – auf die pro-magyarische Haltung von einem Teil des burgenländischen Klerus, sowie auf die besondere Stellung des (ideologisch umkämpften) konfessionellen Schulwesens im Burgenland verwiesen.⁴⁵⁰

Es ist jedenfalls bemerkenswert, dass selbst zu diesem Zeitpunkt – wenige Wochen vor der endgültigen Entscheidung des Heiligen Stuhls – als bereits über die Person des Apostolischen Administrators verhandelt wurde, österreichischerseits noch immer für wichtig gehalten wurde darauf hinzuweisen, dass eine Lösung der Burgenlandfrage mittels Bischofsvikare nicht annehmbar war.⁴⁵¹ Offenbar sah man in Wien den eigenen Standpunkt gegenüber den ungarischen Einflüssen an der römischen Kurie noch bei weitem nicht abgesichert. Diese Angst nährte sich wohl aus den Meldungen Pastors über die Gegenagitation der Ungarn bei den führenden Kreisen ebendort.⁴⁵² Der österreichische Gesandte musste sich in diesen schicksalhaften Tagen sehr bemühen, um letztere zu neutralisieren. Er ließ auch nichts auf den Zufall ankommen: Er hatte seine „ganze Tätigkeit auf eine günstige Lösung der burgenländischen Diöcanfrage konzentriert und dabei durch wiederholte persönliche Besuche

⁴⁴⁸ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1401/1A, 1922 vom 13. April 1922; Pöck, 34; Stirling, 44. Das Klosterneuburger Augustiner Chorherrenstift verfügte seit dem 19. Jahrhundert über Güter in Ungarn in der nordtransdanubischen Gemeinde Súr und deren Umgebung (heute Komitat Komárom-Esztergom). Siehe: http://www.sur.hu/index.php?option=com_content&task=view&id=65&Itemid=89 (Eingesehen am: 10.04.2013.). Vgl. Kap. 7.3.

⁴⁴⁹ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1401/1A, 1922 vom 13. April 1922; Pöck, 33; Stirling, 42-43; Szabó, 18.

⁴⁵⁰ Im Gegensatz zu Österreich war in Ungarn das öffentliche katholische Schulwesen nach 1869 erhalten geblieben; nach der Übernahme des Burgenlandes 1921 wurde dieses dort ausnahmsweise beibehalten. Die Befürchtung der österreichischen Regierung war, dass der Nuntius bei einer Ernennung zum Apostolischen Administrator in die innenpolitischen Auseinandersetzungen um die konfessionellen Schulen hineingezogen worden wäre, was mit seiner diplomatischen Stellung freilich nicht zu vereinbaren war. Dass diese Ängste durchaus nicht unbegründet waren, beweist jenes energische Auftreten, das Kardinal Piffl in der Folge zum Schutze des katholischen Schulwesens im Burgenland zeigen musste. ÖStA AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Kultusamt, Z. 1056/1922, Abt. I vom 25. April 1922; ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1401/1A, 1922 vom 13. April 1922; Stirling, 43; Pöck, 33, Anm. 52-53; Siehe auch: Schlag, Die politischen Parteien, 105-106; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 346-347; Mayer, 163-164; Kap. 9.2.

⁴⁵¹ Pöck, 33; Stirling, 44.

⁴⁵² Stirling, 44; Pöck, 32, 34.

alle in Betracht kommenden Persönlichkeiten zu interessieren [sich] bemüht“.⁴⁵³ Dabei hatte er sich „mit größter Zähigkeit“ an der Kandidatur des Wiener Erzbischofs festgehalten.⁴⁵⁴ Dieses war auch nötig, denn die ungarische Diplomatie hatte sich, nachdem sie ihren Vorschlag über die Einsetzung von Bischofsvikaren bei der Kurie schließlich nicht durchsetzen konnte, ihre Tätigkeit auf die Torpedierung der Kandidatur von Kardinal Piffl verlagert.⁴⁵⁵

Am 28. April 1922 fand eine besonders wichtige Unterredung zwischen Ludwig von Pastor und dem Sekretär für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, Francesco Borgongini statt.⁴⁵⁶ Dem österreichischen Gesandten gelang es dabei, seinen Verhandlungspartner zu überzeugen, dass beste Lösung für die Burgenlandfrage die Ernennung des Wiener Erzbischofs zum Apostolischen Administrator wäre. Gleichzeitig übte er auch Druck aus, diese möglichst schnell zu verwirklichen, mit dem Verweis auf jene Gefahren, die bei einer etwaigen Verzögerung drohten.⁴⁵⁷

Pastors energisches Drängen um eine baldige Entscheidung war nicht unbegründet. Denn er wusste, dass die Ungarn – unter Auspielung ihres letzten Trumpfes sozusagen – nochmals die zeitliche Verschiebung der Diözesanfrage beim Heiligen Stuhl erreichen und ihre Lösung an die Konsolidierung der burgenländischen Verhältnisse binden wollten.⁴⁵⁸ Seine „Umschanzungstaktik“ einsetzend, vereitelte aber der österreichische Gesandte auch dieses letzte Versuch: Er ließ durch andere „einflussreiche Persönlichkeiten“ auf den Sekretär zusätzlich einwirken, um beim Papste „auf eine sofortige Entscheidung zu drängen“.⁴⁵⁹

Diese erfolgte auch sehr bald. Denn Papst Pius XI. ließ bereits am 2. Mai 1922 die Apostolische Administration des Burgenlandes errichten und ernannte – den österreichischen Wünschen entsprechend – Kardinal Piffl zu ihrem ersten Leiter.⁴⁶⁰ Damit fand nun ein jahrelang anhaltendes, zähes und wechselvolles diplomatisches Ringen um die kirchenadministrative Lösung des ehemals westungarischen Gebietes ihren Abschluss. Pastor konnte noch am gleichen Tag mit großer Zufriedenheit nach Wien telegraphieren: „Diözesanfrage Burgenland sehr günstig entschieden.“⁴⁶¹ Am gleichen Tag schrieb er auch

⁴⁵³ ÖstA/AdR, NPA, K 87 Österreichische Gesandtschaft beim Hl. Stuhle, Z. 106/P vom 2. Mai 1922 (In: K 257 Österreich 3/8, Z. 1695/1922); Pöck, 34; Stirling, 44.

⁴⁵⁴ Pöck, 34-35; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73.

⁴⁵⁵ Pöck, 34.

⁴⁵⁶ Pöck, 35. Bei Stirling ist das genaue Datum der besagten Verhandlung auf drei Tage früher, auf dem 25. April datiert! Stirling, 44.

⁴⁵⁷ Pöck, 35; Stirling, 44; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73.

⁴⁵⁸ Pöck, 35; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73; vgl. auch: Stirling, 44.

⁴⁵⁹ Pöck, 35.

⁴⁶⁰ Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73; Pöck, 35; Hanner, 69; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 163; Stirling, 44-45, 70-71.

⁴⁶¹ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1654/1a, Telegramm Z. 1192 vom 2. Mai 1922; Stirling, 44.

noch einen ausführlichen Bericht an das Außenministerium nach Wien über den Verlauf der Verhandlungen und deren positiven Ausgang.⁴⁶²

Knapp später, am 5. Mai bedankte er sich im Namen der österreichischen Regierung beim Kardinalstaatssekretär persönlich für die Ernennung Kardinal Piffels und meldete darüber nach Wien, dass laut Gasparri „der Vertreter Ungarns sich mit dieser Lösung bereits abgefunden habe“.⁴⁶³

Im Auftrag des Heiligen Stuhls stellte etwa zwei Wochen danach, am 18. Mai 1922 der Leiter der Apostolische Nuntiatur in Wien, Francesco Marchetti Selvaggiani das Ernennungsdekret von Kardinal Friedrich Piffel zum Apostolischen Administrator des Burgenlandes aus. Im besagten Dokument wurde auch ausdrücklich festgehalten, dass damit dem Wunsch der österreichischen Regierung zur Trennung des Gebietes von den ungarischen Diözesen und seiner Unterstellung unter einen österreichischen Bischof entsprochen worden war.⁴⁶⁴ In der Folge konnte der Wiener Erzbischof die Leitung der kirchlichen Administration des Burgenlandes am 24. September 1922. übernehmen.⁴⁶⁵ Am gleichen Tag bestellte er einen Kanonikus des Wiener Domkapitels, den energischen Schulfachmann Dr. Franz Hlawati (1868–1940) zu seinem Provikar.⁴⁶⁶

6.4 Die Rolle Ludwig von Pastors in der Burgenlandfrage im Spiegel der vatikanischen Kirchenpolitik

Es steht außer Zweifel, dass der österreichische Gesandte beim Heiligen Stuhl große Verdienste dabei erwarb, dass das Burgenland kirchenrechtlich auf die Karte Europas kam – wenn auch vorläufig nur in Form einer apostolischen Administration – und institutionell ihren eigenen Weg nehmen konnte. Seine wertvollen vatikanischen Kontakte, die bis in die höchsten Kreise reichten, wie auch sein Verhandlungsgeschick und Zähigkeit haben wohl wesentlich dazu beigetragen, dass der letzte Standpunkt der Wiener Regierung in der obigen

⁴⁶² ÖstA/AdR, NPA, K 87 Österreichische Gesandtschaft beim Hl. Stuhle, Z. 106/P vom 2. Mai 1922 (In: K 257 Österreich 3/8, Z. 1695/1922); Stirling, 44.

⁴⁶³ Pöck, 35-36

⁴⁶⁴ Stirling, 45, 71; Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 133; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 339; Den genauen lateinischen Wortlaut der Urkunde kann man hier lesen: László, Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur, 198; Pöck, 37.

⁴⁶⁵ Pöck, 37; Stirling, 46.

⁴⁶⁶ Der frühere Hofkaplan und erfahrene Schulexperte Franz Hlawati wurde – nachdem Piffels ursprüngliche Absicht zur Einsetzung eines bodenständigen burgenländischen Priesters scheiterte – wohl auch in Anbetracht der schwierigen Lage des konfessionellen Schulwesens im Burgenland nach der österreichischen Übernahme zum Provikar gewählt. László, Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur, 199; Stirling, 46 (Anm. 95); Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 342-343; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 163-164. Über die Biographie des Provikars und über seine Amtstätigkeit im Burgenland, siehe: Loidl, 35-38. Mayer, 139-228.

Frage bei der römischen Kurie durchgesetzt werden konnte. Dies widerspiegelt sich auch in einer Äußerung des damaligen Bundeskanzlers Seipel aus folgendem Jahr (1923), die der Gesandte in seinem Tagebuch zitierte:

Die schwierige Diözesanangelegenheit des Burgenlandes hat Pastor ebenso wie das Verbleiben Nord-Tirols bei Brixen glücklich gelöst und nun die Anima. Er ist entschieden der erfolgreichste von allen unseren Gesandten.⁴⁶⁷

Pastor war jedenfalls im Klaren über seine eigene Bedeutung und – wie man auch oben sehen kann – verabsäumte er es nicht, weder in seinen privaten Aufzeichnungen, noch in seinen Berichten nach Wien diesem entsprechend Ausdruck zu verleihen. Er verband in ihnen ganz bewusst den Hinweis auf sein wissenschaftliches Hauptwerk – die Bänderreihe über die Geschichte der Päpste – mit jenen Kontakten, die er für die Anliegen Österreichs nützen konnte. So auch am Anfang seines Berichtes an die Wiener Regierung über seinen Antrittsbesuch bei den dreiundzwanzig römischen Kurienkardinälen im Jahre 1920:

Wie bei den meisten anderen Kardinälen kamen mir alte Beziehungen zustatten, namentlich der Umstand, daß die Herren Kardinäle fast alle meine Papstgeschichte gelesen haben und sich für den Fortschritt dieses Werkes lebhaft interessiert haben.⁴⁶⁸

Von diesen Purpurträgern sollte die Person des Kardinalsstaatssekretärs hervorgehoben werden: Denn Pastor genoss beim Leiter der päpstlichen Außenpolitik eine quasi privilegierte Stellung, die es ihm möglich machte, mit Kardinal Gasparri einer so ungebundenen Atmosphäre zu unterhalten, wie vielleicht mit kaum einem anderen Mitglied des Diplomatischen Korps.⁴⁶⁹ Ihre Verhandlungen über die Errichtung der Apostolischen Administration Anfang April 1922 scheinen jedenfalls diesen Eindruck zu bestätigen.⁴⁷⁰

Über die wenig bescheidene Art des Gesandten ironisierte jedenfalls nicht nur die Fachliteratur (Engel-Janosi), sondern löste bereits die Verwunderung der Zeitgenossen aus.⁴⁷¹ Sein Kollege, der ungarische Botschafter am Vatikan, Joseph Graf Somssich berichtete beispielsweise anlässlich von Pastors Ernennung zum außerordentlichen Gesandten 1921 – neben der Feststellung, dass er mit den führenden Kirchenmännern fast ausnahmslos auf einer sehr freundschaftlichen Basis stand – folgendes: „Dr. Pastor ist nicht

⁴⁶⁷ Manuskript der Tagebücher Ludwigs von Pastor in der Vatikanischen Bibliothek, Eintrag vom 13. März 1923. Zitiert in: Engel-Janosi, *Diplomatische Mission*, 18; Engel-Janosi, *Vom Chaos zur Katastrophe* 23; Pöck, 36. (Engel-Janosi weist darauf hin, dass sich die hier zitierte Textpassage in der gedruckten Version von Pastors Tagebüchern nicht finden lässt.)

⁴⁶⁸ Zitiert in: Engel-Janosi, *Vom Chaos zur Katastrophe*, 18-19.

⁴⁶⁹ Engel-Janosi, *Vom Chaos zur Katastrophe*, 19-20.

⁴⁷⁰ Pöck, 30-32.

⁴⁷¹ Engel-Janosi, *Vom Chaos zur Katastrophe*, 18-19.

frei von bestimmten eitlen Ambitionen, was bei einem großen Wissenschaftler wie er doch etwas verblüffend ist“.⁴⁷²

Nichtsdestotrotz, der österreichische Gesandte betonte anlässlich der Errichtung der Apostolischen Administration für das Burgenland seiner Regierung gegenüber zu recht, dass sein Ausdauer und seine „sehr häufigen Besuche bei den maßgebenden Persönlichkeiten“ an der päpstlichen Kurie notwendig gewesen waren, dass schließlich das gewünschte Resultat, der „vollständige Erfolg“ in der Burgenlandfrage erzielt werden konnte.⁴⁷³ Dieses trifft besonders für die Durchsetzung von Kardinal Piffl als Apostolischer Administrator zu, den er trotz erheblichen Widerstandes der ungarischen Seite und sogar entgegen der ursprünglichen Absicht des Heiligen Stuhls – welcher den Wiener Nuntius für diesen Posten einzusetzen plante – erreichen konnte.

Man soll allerdings die Rolle von Ludwig Pastor (und die der österreichischen Diplomatie) auch nicht überbewerten und im Kontext jener kirchenadministrativen Politik sehen, die der Heilige Stuhl in Folge der veränderten politischen Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg Europaweit verfolgte.⁴⁷⁴ Der österreichische Gesandte war ein Realist und wusste daher, dass man in absehbarer Zeit mit der Veränderung der Diözesangrenzen nicht rechnen konnte, wenn dies – wie erwähnt – selbst Siegerstaaten, wie Frankreich verweigert wurde.⁴⁷⁵ Dies war also jener Rahmen, innerhalb er sich bewegen konnte: Er konnte lediglich auf ein günstiges Provisorium hoffen.⁴⁷⁶

Die vorläufige Lösung der Diözesanfrage mittels Apostolischer Administrationen wurde vom Heiligen Stuhl bei den Nachbarländern Ungarns wegen den neuen politischen Grenzen nicht nur im Falle Österreichs und des Burgenlandes angewandt, sondern fast überall entlang der Trianoner Linie, und zwar innerhalb des Zeitintervalls zwischen 1921 und 1929.⁴⁷⁷ Es fällt auf, dass von diesen provisorisch gedachten Verwaltungseinheiten die burgenländische gleich unter den ersten errichtet wurde.⁴⁷⁸ Zusammenfassend kann man also feststellen, dass die diplomatischen Bemühungen Ludwig von Pastors bei der römischen Kurie für Österreich betreffend des Burgenlandes zwar keine Sonderbehandlung erwirkten, aber sehr wohl

⁴⁷² Bericht von Joseph Somssich an Außenminister Gustav Gratz vom 17. Februar 1921. MNL OL K-105-A-2 1921/67 pol. Zitat vom Verfasser übersetzt.

⁴⁷³ ÖstA/AdR, NPA, K 87 Österreichische Gesandtschaft beim Hl. Stuhle, Z. 106/P vom 2. Mai 1922 (In: K 257 Österreich 3/8, Z. 1695/1922). Zitiert in: Pöck, 35.

⁴⁷⁴ Vgl. Hanner, 69.

⁴⁷⁵ Siehe auch: Pöck, 30-31; Hanner, 69.

⁴⁷⁶ Vgl. Stirling, 70-72.

⁴⁷⁷ Gergely, A katolikus egyház története, 42-46. Die diesbezüglichen Maßnahmen der römischen Kurie werden im folgenden Kapitel noch genauer ausgeführt.

⁴⁷⁸ Ebenda, 44. Gergely gibt als Datum für die Errichtung der apostolischen Administration des Burgenlandes (irrtümlich?) den 18. März 1922 an, in Wirklichkeit wurde sie erst am 2. Mai ins Leben gerufen.

wahrscheinlich einen bereits bestehenden Trend beschleunigten und den Favoriten der Wiener Regierung für die Leitung der Administration durchsetzten.

6.5 Ungarischer Widerstand gegen die Errichtung der Apostolischen Administration des Burgenlandes nach der Volksabstimmung von Ödenburg

Die ungarische Vatikandiplomatie agierte in der ersten Phase der Auseinandersetzung um das Burgenland durchaus erfolgreich. Unmittelbar vor der Räumung der westungarischen Gebiete durch das reguläre Militär konnte sie im August 1921 mit einer energischen Intervention beim Heiligen Stuhl die Ernennung Kardinal Piffis als Apostolischer Administrator zunächst verhindern.⁴⁷⁹ Dieser Schritt konnte den Trend jedoch nur verzögern, nicht verhindern. Es war zumindest ein positiver Umstand, dass zu diesem Zeitpunkt noch keine unmittelbare Präzedenz für die Errichtung einer Apostolischen Administration auf den von Ungarn abgetrennten Gebieten gegeben war.

Auch nach der vorerst gelungenen Abwehr der kirchenrechtlichen Dismembration Westungarns und dem Erhalt von Ödenburg war die ungarische Diplomatie weiterhin in Aktionsbereitschaft. Über ihren Botschafter in Wien war sie über die anhaltenden Bemühungen der österreichischen Seite gut informiert. Aus seiner Unterredung mit Nuntius Marchetti Selvaggiani wusste Masirevich sowohl über diese, wie auch über die reservierte Antwort des vatikanischen Diplomaten gegenüber der Wiener Regierung. Aber die Oberfläche täuschte. Denn wie schon erwähnt, erfuhr der Botschafter auf dem Wege des ungarnfreundlich gesinnten Prälaten Seipel darüber, dass zuvor gerade der Wiener Nuntius der Römischen Kurie die apostolische Administration des Burgenlandes Kardinal Piffi anzuvertrauen nahegelegt hatte.⁴⁸⁰

Der absehbare massive Widerstand der Ungarn gegen die Durchsetzung des Wiener Erzbischofs wurde auch vom österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl klar gesehen, wie wir es aus seinem Brief vom 7. April 1922 an die österreichische Regierung wissen. Er war so groß, dass Pastor es sogar für notwendig hielt, seine Auftraggeber sicherheitshalber um einen alternativen Kandidaten zu bitten.⁴⁸¹

Über die Aktivität der ungarischen Diplomatie beim Heiligen Stuhl sind wir aber – wie man noch sehen wird – nicht nur aus indirekten Quellen, d. h. aus den Berichten des

⁴⁷⁹ Vgl. Kap. 5.2.

⁴⁸⁰ Bericht des ungarischen Gesandten in Wien, Szilárd Masirevich vom 30. Dezember 1921. In: SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 623; MNL OL K-105-N-2a 1922/55 pol. Salacz, 132; Zsiga, 84. Vgl. Kap. 5.3.

⁴⁸¹ Vgl. Kap. 5.3. ÖstA/AdR, NPA, K 87 Österreichische Gesandtschaft beim Hl. Stuhle, Z. 90/P vom 7. April 1922 (In: K 257 Österreich 3/8, Z. 1401/1922). Zitiert in: Pöck, 32; Stirling, 42.

österreichischen Gesandten unterrichtet. Aus seinem obigen Brief von Anfang April gewinnt man den Eindruck eines zähen diplomatischen Ringens um die Gunst der vatikanischen Entscheidungsträger. Im Zusammenhang mit der Bestellung Kardinal Piffis beklagte sich Pastor darin über erhebliche Schwierigkeiten, da „von ungarischer Seite stark dagegen gearbeitet“ wurde.⁴⁸² Aus der gleichen Quelle erfahren wir auch über die Zielsetzungen der Budapester Regierung: Die Beibehaltung des *Status quo*, beziehungsweise – anstatt eines Apostolischen Administrators – die Ernennung von bischöflichen Vikaren. Das Tauziehen wird praktisch bis zur letzten Stunde vor der endgültigen Lösung der Burgenlandfrage angehalten haben: Pastors Bericht, welcher am Entscheidungstag selbst (2. Mai) verfasst wurde, widerspiegelt dies.⁴⁸³ Die „starke Gegenaktion“ der Ungarn, mit dem er zu ringen hatte, hatte zunächst noch immer zum Ziel, die kirchliche Betreuung des Burgenlandes mittels Vikare zu lösen. Als dies aufgrund der starren Ablehnung der Österreicher und des Einlenkens der vatikanischen Politik auf ihre Linie nicht mehr möglich schien, konzentrierte sich laut Pastor die ungarische Diplomatie „auf die Bekämpfung der Kandidatur des Cardinals Piffi.“

Wie der Gesandte noch anführte, wurde ungarischerseits auch die Verzögerungstaktik angewandt, in dem der Heilige Stuhl gebeten wurde, die Konsolidierung der Verhältnisse im Burgenland weiter abzuwarten.⁴⁸⁴ Wenn man genau bedenkt, entbehrte dieses Anliegen durchaus nicht jede Grundlage, wenn man sowohl die äußere, als auch die innere Lage des neuen Bundeslandes im Frühjahr 1922 in Betracht nimmt. Denn die den Friedensverträgen bestimmte Staatsgrenze zu Ungarn musste noch vielfach präzisiert werden, auch sogar nach der Ödenburger Volksabstimmung vom Dezember 1921. Das noch von Benedikt XV. im Herbst 1920 erkundigte Grenzregulierungskomitee hatte damals ihre Aufgabe noch längst nicht hinter sich: Vor allem im südlichen Burgenland kam es noch bis März 1923 zu Korrekturen der Grenzlinie.⁴⁸⁵ So konnte es beispielsweise passieren, dass die meisten davon betroffenen Ortschaften (im Pinkatal) binnen eines Jahres sogar zweimal ihre kirchenrechtliche Zugehörigkeit wechseln mussten.⁴⁸⁶ Die innere Lage des Bundeslandes war auch alles andere, als gefestigt: Die ersten Landtagswahlen standen noch bevor, die Parteien

⁴⁸² Ebenda

⁴⁸³ Vgl. Kap. 5.3. ÖstA/AdR, NPA, K 87 Österreichische Gesandtschaft beim Hl. Stuhle, Z. 106/P vom 2. Mai 1922 (In: K 257 Österreich 3/8, Z. 1695/1922). Zitiert in: Pöck, 34; Stirling, 44.

⁴⁸⁴ Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73; Pöck, 35.

⁴⁸⁵ Das besagte Komitee wurde erst im Juli 1921 gebildet und erst im August 1924 (!) aufgelöst. Jankó, Tóth, 99-103. Zsiga, 25-42, 54-151. Vgl. auch Kap. 5.2.

⁴⁸⁶ Einer von diesen war Németkeresztés (Deutsch-Großdorf), das im Mai 1922 vom Bistum Steinamanger an die Apostolische Administration Burgenland kam um dann im Jänner 1923 zu Steinamanger wieder zurückzukehren. Dieses bezeugen auch die Dokumenten der dortigen Pfarre: Unter ihnen befinden sich auch zwei Briefe des burgenländischen Provikars Hlawati. (Apostolische Administration des Burgenlandes Z. 353. Schulleitung vom 18. Dezember 1922 und Z. 292/2 [ex. 1922] vom 16. Jänner 1923). Vgl. auch: Zsiga, 115.

waren eben gerade dabei, sich darauf vorzubereiten (sie wurden am 18. Juni 1922 abgehalten) und mit dem Ausfall Ödenburgs war nicht einmal eine Landeshauptstadt gegeben.⁴⁸⁷ Als Sitz der Landesregierung wurde erst 1925 Eisenstadt bestimmt.⁴⁸⁸

Insgesamt gesehen waren die letzten Monate und Wochen vor der Entscheidung in der Burgenlandfrage aus der Sicht der ungarischen Diplomatie von einem schrittweise Rückzug gekennzeichnet – ähnlich, wie im Falle der politischen Grenzziehung im Zeitraum zwischen 1921 und 1923. Im Endeffekt musste sie sich den Bestimmungen des Friedensdiktales beugen, welche eigentlich auch den Heiligen Stuhl zwangen, sich ihnen gewissermaßen anzupassen. Die ungarische Seite hatte ja auch keine Druckmittel in der Hand: Zu diesem Zeitpunkt (Mai 1922) verhandelte sie politisch gesehen bereits *extra possessionem*, das Burgenland gehörte schon zu Österreich, sie konnte – wie im August 1921 – lediglich auf die zu erwartende riesige Empörung der ungarischen Öffentlichkeit über die kirchliche Dismembration hinweisen.⁴⁸⁹

Was verraten aber die Dokumente des Ungarischen Nationalarchivs über die diplomatischen Schritte der ungarischen Regierung im unmittelbaren Vorfeld der endgültigen Entscheidung des Heiligen Stuhls in der Burgenlandfrage tatsächlich? Sie bestätigen sehr wohl Pastors Eindrücke über das energische Vorgehen der ungarischen Seite – die bis zum letzten Moment nicht nachließen. Gesandter Somssich meldete am 11. April 1922 nach Budapest, dass Monsignore Serédi beim Sekretär für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, Francesco Borgongini im Sinne der ungarischen Interessen interveniert hatte und für die Lösung des Konfliktes die Bestellung von Bischofsvikaren angeboten hatte, was vom Sekretär jedoch abgelehnt wurde, da die Österreicher dies nicht akzeptieren würden. Stattdessen schlug er einen italienischen (!) Administrator vor – wohl als Kompromisslösung.⁴⁹⁰ Als ob nichts passiert wäre, wiederholte der stellvertretende Außenminister Kánya am 23. April 1922 die Bitte, dass das an Österreich abgetretene Gebiet durch einen Bischofsvikar verwaltet werden sollte, den die betreffenden Bischöfe aus dem westungarischen Klerus wählen würden.⁴⁹¹ Im zweiten Teil des Dokumentes rechnete aber Kánya auch bereits mit der Einsetzung eines Administrators: In der Weisung an Botschafter

⁴⁸⁷ Schlag, Die politischen Parteien, 100; Unger, 42; Jankó, Tóth, 106-111.

⁴⁸⁸ Bis 1925 wurde das Burgenland drei Jahre lang aus Sauerbrunn verwaltet. Jankó, Tóth, 111.

⁴⁸⁹ Vgl. Kap. 5.3. Telegraphische Weisung von Außenminister Miklós Graf Bánffy vom 18. August 1921. MNL OL K-105-N-2a 1921/340 pol. In: Újváry, 750-751 (englische Übersetzung).

⁴⁹⁰ Borgongini teilte auch Serédi mit, dass der Wunschkandidat der österreichischen Seite Kardinal Piffl war (was schon ohnehin bekannt war), der aber diesen Posten nicht übernehmen wollte (!). Joseph Somssich an Außenminister Bánffy vom 11. April 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/191 pol.

⁴⁹¹ Chiffretelegramm von Kálmán Kánya an Botschafter Somssich vom 23. April 1920. MNL OL K-105-N-2a 1922/219 pol. Kálmán Kánya (1869–1945) war ab 1913 Botschafter Österreich-Ungarns in Mexiko, von 1920 bis 1925 stellvertretender ungarischer Außenminister, seit 1925 Botschafter in Berlin und schließlich von 1933 bis 1938 ungarischer Außenminister. In dieser Funktion vertrat er Ungarn 1938 beim Ersten Wiener Schiedsspruch. <http://mek.oszk.hu/00300/00355/html/ABC07165/07350.htm> (Eingesehen am: 15.06.2017)

Somssich steht nämlich, dass dessen Ernennung „...der Möglichkeit nach, für alle Fälle so lange hinauszuschieben ist, so lange kein apostolischer Vikar für die abgetretenen Teile von Gran ernannt und eingeführt ist“.⁴⁹² Das ungarische Außenamt wollte offenbar die kirchenrechtliche Lösung des Burgenlandes vom tschechoslowakischen „Gegenstück“ abhängig machen. Ein Aide-Mémoire mit diesem Inhalt wurde von Somssich am Folgetag der Kurie übergeben, aber die ungarischen Vorstöße wurden auch diesmal abgelehnt.⁴⁹³ Bis zur Aufstellung der burgenländischen Administration am 2. Mai waren nur mehr wenige Tage übrig und der Ausgang war bereits vorauszusehen.

Als letzter Versuch zur Verschiebung der Ernennung des Apostolischen Administrators bat die Ungarische Regierung den Heiligen Stuhl, die Arbeit des oben genannten Grenzregulierungskomitees abzuwarten: Kánya hatte der Kurie diesen Wunsch auf dem Wege des Budapester Nuntius mitgeteilt.⁴⁹⁴ Am Tag darauf (29. April) intervenierte auch Somssich bei Borgongini in diesem Sinne, er musste aber seinem Vorgesetzten melden, dass der Heilige Vater in der Westungarnfrage bereits in der Folgeweche eine Entscheidung treffen würde.⁴⁹⁵ Obwohl diese letzte ungarische Bitte durchaus im Einklang mit dem ursprünglichen Konzept der Kirche stand, eine definitive Grenzziehung abzuwarten (wie dies noch von Benedikt XV. gegenüber Somssich im Oktober 1920 erklärt worden war), hätte eine derartige Aufschiebung mehrere zusätzliche Monate bedeutet. Die Tätigkeit des besagten Gremiums hielt noch bis zum Jahresende an: Es hatte seine Abschlusssitzung erst am 19. Dezember 1922 gehalten.⁴⁹⁶ Dass sich die Kurie im Endeffekt über diese, von ihr als „Grundvoraussetzung“ angegebenen Umstand hinwegsetze, wird im folgenden Kapitel noch näher behandelt.

Aber nicht nur der Heilige Stuhl musste von seinem ursprünglich festgesetzten Weg abweichen. Im Anbetracht der Tatsache, dass die ungarische Regierung bis zum Schluss gegen die Ernennung Kardinal Piffls zähen Widerstand geleistet hatte, scheint die letzte Weisung des ungarischen Außenminister-Stellvertreters an Somssich vor dem 2. Mai ein bereits deutlich nuancierteres Bild zu widerspiegeln: Zur „privaten Information“ – wie es im Text steht – gab Kánya dem Gesandten zur Kenntnis, dass wenn eine Ernennung unvermeidbar werden würde, gegen den „ungarfreundlichen Piffl die wenigsten Einwände zu

⁴⁹² Chiffretelegramm von Kálmán Kánya an Botschafter Somssich vom 23. April 1920. MNL OL K-105-A-2a 1922/219 pol.

⁴⁹³ Bericht von Joseph Somssich an Außenminister Bánffy vom 24. April 1922 und Aide-Mémoire von Somssich an den Heiligen Stuhl (Undatiert, übergeben am 24. April 1922). MNL OL K-105-N-2a 1922/224 pol.

⁴⁹⁴ Telegramm von Kálmán Kánya an Botschafter Somssich vom 28. April 1920. MNL OL K-105-N-2a 1922/226 pol. Ludwig von Pastor hatte, wie erwähnt, gerade an diesem Tag Monsignore Borgongini über die Nominierung des Wiener Erzbischofs zum neuen Administrator überzeugen können. Vgl. Kap. 5.3.

⁴⁹⁵ Bericht von Joseph Somssich an Außenminister Bánffy vom 29. April 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/233 pol.

⁴⁹⁶ Zsiga, 123.

erheben sein könnten“.⁴⁹⁷ Es war also keinesfalls die Person des Wiener Kardinals, die die ungarische Regierung gestört hatte. Auch von einer Anbindung der Burgenlandfrage an den Fall des tschechoslowakischen Vikariates der Diözese Gran nahm Kánya Abstand, weil er die Nachteile einer derartigen Politik eingesehen hatte.⁴⁹⁸

6.6 Die Reaktion Ungarns auf die kirchenrechtliche Loslösung des Burgenlandes

Am 6. Mai 1922 meldete Botschafter Somssich nach einer Unterredung mit Kardinalsstaatssekretär Gasparri an das ungarische Außenamt, dass die Ernennung von Kardinal Piffl zum westungarischen Administrator bereits „beschlossene Sache“ wäre und demnächst erfolgen würde.⁴⁹⁹ Aus der Antwort von Kánya vom selben Tag weiß man aber, dass die Budapester Regierung spätestens zu diesem Zeitpunkt schon über die diesbezügliche, bereits vollzogene Entscheidung von Pius XI. „aus zuverlässiger Quelle“ wusste.⁵⁰⁰ Erst am 26. Mai meldete jedoch der ungarische Botschafter in Wien nach einer Rücksprache mit dem dortigen Nuntius, dass Kardinal Piffl am 18. des Monates per Dekret mit der Verwaltung des ehemals westungarischen Gebietes betraut worden war.⁵⁰¹ Marchetti Selvaggiani soll dabei betont haben, dass diese lediglich eine „zweckmäßige Maßnahme“ wäre, die wegen der Veränderung der politischen Grenze notwendig geworden war.

Die ungarische Regierung konnte also letztendlich nur die *endgültige* kirchenrechtliche Abtrennung des Burgenlandes verhindern: Das Gebiet blieb ja bis zur Gründung des Bistums Eisenstadt 1960 weiterhin Teil des ungarischen Kirchenverbandes, wenn auch diese Zugehörigkeit nunmehr nur von nomineller Natur war und keinerlei praktische Folgen hatte.⁵⁰² Der ungarische Botschafter beim Heiligen Stuhl hatte sich mit der Errichtung der Apostolischen Administration wohl abgefunden, wie dies Pastor anhand von Kardinalstaatssekretär Gasparri erfahren hatte.⁵⁰³

Nicht aber Kardinal Csernoch. Der Fürstprimas Ungarns legte Protest beim Vatikan gegen die Ernennung des Wiener Erzbischofs ein, aber auch dies konnte natürlich die Entscheidung

⁴⁹⁷ Kálmán Kánya an Botschafter Somssich vom 28. April 1920. MNL OL K-105-A-2a 1922/226 pol.

⁴⁹⁸ Ebenda.

⁴⁹⁹ Joseph Somssich an Außenminister Bánffy vom 6. Mai 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/259 pol. Der ungarische Gesandte erwähnte dabei auch einen Brief von Kardinal Csernoch an Gasparri, in dem der Fürstprimas den Wiener Kardinal als einen „der ungarischen Regierung wohlgefälligen Wahl“ nannte.

⁵⁰⁰ Kálmán Kánya an Botschafter Somssich vom 6. Mai 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/257 pol.

⁵⁰¹ Szilárd Masirevich an Außenminister Bánffy vom 26. Mai 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/253 pol.

⁵⁰² Vgl. Stirling, 72.

⁵⁰³ ÖstA/AdR, NPA, K 87 Österreichische Gesandtschaft beim Hl. Stuhle, Z. 114/P vom 5. Mai 1922 (In: K 257 Österreich 3/8, Z. 1725/1B/1922). Zitiert in: Pöck, 36 (Anm. 56).

von Pius XI. nicht mehr rückgängig machen.⁵⁰⁴ Die beiden westungarischen Bischöfe, deren Diözese diese Maßnahme betraf, zeigten sich vom letzteren überrascht und – wie man noch sehen wird – sehr enttäuscht.⁵⁰⁵

Das ungarische Außenamt reagierte ebenfalls auf die Entscheidung des Papstes, aber mit einer deutlichen Verspätung. Erst am 28. Juni 1922 schickte Botschaftsrat Sándor Khuen-Héderváry, Leiter der politischen Abteilung, im Auftrag seines Ministers eine Protestnote an den Heiligen Stuhl.⁵⁰⁶ Darin wurde einerseits ein Unverständnis über die verwaltungspolitische Notwendigkeit dieser Maßnahme ausgedrückt, andererseits wurde besonders die Eile kritisiert, mit der sie durchgeführt wurde, sodass nicht einmal die Grenzregulierungsarbeiten zwischen Österreich und Ungarn abgewartet wurden. Ein weiterer Vorwurf war, dass die betroffenen ungarischen Bischöfe nicht in die Entscheidung einbezogen worden waren. Das Schreiben machte auch darauf aufmerksam, dass dieser hastige Schritt bei vielen den Irrglauben nähren würde, dass der Heilige Stuhl „auch die ethische Sanktionierung der westungarischen Gebietsverstümmelung“ vertreten wollte. Gleichzeitig gestand es aber auch ein „relatives Wohlwollen“ (!) der Kurie zu, dass sie wenigstens der endgültigen Dismembration der betroffenen Diözesen ausgewichen war und fügte hinzu, dass die Lasten der Maßnahme von der initiiierenden österreichischen Regierung zu tragen wären.⁵⁰⁷ Letztere Forderung wurde aber von Borgongini abgelehnt, weil eine weitere Einmischung Ungarns in die vermögensrechtlichen Angelegenheiten der burgenländischen Gläubigen dem kanonischen Recht zuwiderlaufen würde.⁵⁰⁸ Der Vatikan-Beamte hatte die Ungarn hier offenbar missverstanden, sodass Außenminister-Stellvertreter Kánya präzisieren musste: Er wollte lediglich erreichen, dass etwaige finanzielle Beiträge der ungarischen Diözesanbischöfe an den neuen Apostolischen Administrator von der Wiener Regierung zu übernehmen wären – der Fairness halber, sozusagen.⁵⁰⁹

⁵⁰⁴ Tagebucheintragung Ludwig von Pastors vom 12. Mai 1922. In: Pastor, 746. Zitiert auch in: Pöck, 36; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 163.

⁵⁰⁵ Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 163; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 342; Zsiga, 109.

⁵⁰⁶ Sándor Khuen-Héderváry an Botschaftssekretär Stefan Graf Csáky vom 28. Juni 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/363 pol. (=1922/3701 pol.). Die italienische Übersetzung der Note ist auf den 4. Juli 1922 datiert (1922/367 pol.). Sándor Khuen-Héderváry (1881–1947) war von 1905 bis 1918 als Diplomat der Doppelmonarchie an den Botschaften in Bukarest, Madrid, London und Berlin stationiert. Zwischen 1919 und 1925 war er Leiter der politischen Abteilung des ungarischen Außenministeriums. Seit 1925 war er ständiger Stellvertreter des Außenministers. Von 1934 bis 1941 bekleidete er das Amt des Botschafters in Paris. <http://www.arcanum.hu/hu/online-kiadvanyok/Lexikonok-magyar-eletrajzi-lexikon-7428D/k-760F2/khuen-hedervary-sandor-grof-763B9/> (Eingesehen am: 21.06.2017)

⁵⁰⁷ Hier ist wohl die Finanzierung der Apostolischen Administration Burgenland gemeint.

⁵⁰⁸ Anscheinend wurde hier aneinander vorbeigeredet. Borgongini erwähnte bei der obigen Unterredung auch die Frage der Stiftungen und meinte diesbezüglich, dass die Zeit noch längst nicht reif für eine Verhandlung über diese war.

⁵⁰⁹ Kálmán Kánya an Botschaftssekretär Stefan Graf Csáky vom 7. August 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/454 pol. (=1922/4373 pol.).

Das obige Beispiel deutet bereits die mannigfachen Probleme an, welche aus der kirchenrechtlichen Trennung des Burgenlandes von ihren ungarischen Mutterdiözesen resultierten, deren Lösung noch viele Jahre in Anspruch nahm. Denn die finanzielle Frage war bei weitem nicht die einzige, die einen Kompetenz- und Interpretationsstreit auslösen würde.

7. Die Position des Vatikans in der Burgenlandfrage in den ersten Nachkriegsjahren

7.1 Die Politik von Benedikt XV. und Pius XI.

Um das Auftreten der Römischen Kurie nach dem Ersten Weltkrieg besser verstehen zu können, ist es unerlässlich, auch die Prämissen zu erläutern und die ersten Amtsjahre Benedikts XV. kurz zu skizzieren. Benedikt XV. hatte die apostolische Nachfolge unmittelbar nach dem Ausbruch des Weltkrieges, am 3. September 1914 betreten, sodass er mit dessen verheerenden Konsequenzen vom ersten Augenblick konfrontiert war.⁵¹⁰ Die folgenden Kriegsjahre waren charakterisiert von seinen unermüdlichen, aber letztlich vergeblichen Versuchen, dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten: Zu Recht hat man ihn als *Friedenspapst* apostrophiert.⁵¹¹ Seine Vermittlungsversuche wurden jedoch von den kriegsführenden Mächten stets abgelehnt, weil sie die von ihm vorgeschlagene Ordnung, die (unter anderem) auf dem Prinzip der Abrüstung, dem gerechtem Ausgleich und dem Verzicht auf Gebietsabtretungen beruhte, als nachteilig empfanden.⁵¹² Obwohl er eine Politik der strikten Neutralität verfolgte, wurde er von den Großmächten vielfach mit Misstrauen betrachtet.⁵¹³ Außerdem organisierte der Heilige Vater humanitäre Hilfe für die Notleidenden des Krieges und vergaß Letztere auch in der Folgezeit nicht.⁵¹⁴ Zu Pfingsten 1920 – also knapp vor der Unterschreibung des Friedensdiktates von Trianon – veröffentlichte er seine Enzyklika *Pacem, Dei munus pulcherrimum* („Frieden, das schönste Geschenk Gottes“), in dem er sich für die Versöhnung der Völker aussprach und gegen die Unterdrückung der Besiegten – also auch

⁵¹⁰ Gergely, A katolikus egyház története, 361.

⁵¹¹ Benedikt XV., Kathpedia http://www.kathpedia.com/index.php?title=Benedikt_XV. (Eingesehen am: 05.06.2017); Magyar katolikus lexikon, Bd. I., 743.

⁵¹² Benedikt XV., Kathpedia; Maximilian Röll, Friedenspapst: Benedikt XV. In: Hinsehen. Katholische Wochenzeitung (30. August 2014.) <https://hinsehen.net/2014/08/30/friedenspapst-benedikt-xv/> (Eingesehen am: 08.05.2017)

⁵¹³ Benedikt XV., Kathpedia; Pastor, 682.

⁵¹⁴ Benedikt XV., Wikipedia. https://de.wikipedia.org/wiki/Benedikt_XV. (Eingesehen am: 14.06.2013)

gegen die harten Maßnahmen des Friedensvertrages von Versailles.⁵¹⁵ Er verurteilte den übertriebenen Nationalismus seiner Zeit, der auch viele Katholiken charakterisierte, einschließlich so manche Vertreter des hohen Klerus.⁵¹⁶

Aus den bisherigen Ausführungen über die willensstarke Politik Benedikts XV. kann man leicht folgern, dass die Einstellung des Heiligen Stuhls zu den Pariser Friedensverträgen – in deren Rahmen das Burgenland von Ungarn zu Österreich kam – als ausgesprochen negativ zu bezeichnen war. Die führenden vatikanischen Kreise hatten eine niederschmetternde Meinung über sie: Das neue Friedenssystem hatte ihrer Ansicht nach ein riesiges Chaos verursacht. Außerdem meinte man, dass an Österreich „ein Verbrechen“ begangen worden war und die Bestimmungen des Trianoner Friedensdikates hielt die römische Kurie ebenfalls für absolut unannehmbar – gegen letztere legte Benedikt XV. Protest ein.⁵¹⁷

Laut Kardinalstaatssekretär Gasparri wäre der Heilige Stuhl ursprünglich bereit dazu gewesen, an einem „wirklichen“ Friedenswerk mitzuarbeiten. Aber er wurde nicht einmal zu den Friedensverhandlungen eingeladen, geschweige denn zu Rate gezogen.⁵¹⁸ Man hat sich bei ihnen einfach über die bestehenden kirchlichen Grenzen hinweggesetzt.⁵¹⁹ Die päpstliche Diplomatie musste also auch deshalb mit Verärgerung reagieren, weil die Entscheidungen der siegreichen Entente-Mächte mannigfache Konsequenzen für sie hatten: Sie geriet bald unter Druck, die Diözesangrenzen zum Teil grundlegend umzugestalten und so manche Oberhirten auszutauschen.⁵²⁰ Es mag auf den ersten Anblick paradox anmuten, aber Benedikt XV. soll im Nachhinein auch eine gewisse Erleichterung darüber empfunden haben, dass der Heilige Stuhl aus den Verhandlungen ausgelassen worden war: Er hielt diesen Umstand für eine „Fügung der göttlichen Vorsehung“, da ein päpstlicher Vertreter solche Friedensverträge nicht unterschreiben hätte können, er hätte gegen sie protestieren müssen.⁵²¹

Der Heilige Stuhl betrachtete also die Pariser Vorortverträge als erzwungenen Gewaltfrieden, den sie mit einer Neufestlegung der Diözesangrenzen nicht umgehend anerkennen und sanktionieren wollte.⁵²² Weiters wollte er auch der von diesen Maßnahmen betroffenen Bevölkerung nicht noch zusätzlichen Schmerz mit einer raschen kirchenrechtlichen Abtrennung hinzufügen.⁵²³

⁵¹⁵ Ebenda; Pacem, Dei munus pulcherrimum, Wikipedia. http://de.wikipedia.org/wiki/Pacem,_Dei_munus_pulcherrimum (Eingesehen am: 14.06.2013)

⁵¹⁶ Stirling, 69.

⁵¹⁷ Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 35-36, 38; Magyar katolikus lexikon, Bd. I., 743.

⁵¹⁸ Gegen die Beteiligung des Heiligen Stuhles hatte gerade Italien interveniert. Pastor, 680-681; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 35; Stirling, 69; Benedikt XV., Kathpedia.

⁵¹⁹ Stirling, 69; Pöck, 23.

⁵²⁰ Stirling, 69; Pöck, 30; Gergely, A katolikus egyház története, 49.

⁵²¹ Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 36.

⁵²² Stirling, 70. Vgl. auch: Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 35-36; Pöck, 30-31; Pastor 704.

⁵²³ Stirling, 70; Pastor, 708.

Der Vatikan blickte grundsätzlich mit Sympathie auf die Verliererstaaten und ihre Einwohner, selbst auf das überwiegend protestantische Deutschland, welches diese mit einer entsprechenden diplomatischen Geste honorierte.⁵²⁴ Diese Einstellung musste gegenüber den beiden überwiegend katholischen Ländern Österreich und Ungarn noch mehr zu tragen kommen. Gleichzeitig machte aber gerade ihre konfessionelle Zugehörigkeit die Entscheidung aus vatikanischer Sicht wohl noch schwieriger.

Seine Heiligkeit und die maßgebenden Personen der vatikanischen Außenpolitik waren jedenfalls über die Verhältnisse in Ungarn nach dem Weltkrieg gut informiert: Fürstprimas Csernoch selbst lieferte ihnen reichliches Material darüber. In seinen Briefen bat der Kardinal 1919 den Heiligen Stuhl sogar zweimal um dessen Intervention bei den westlichen Großmächten, um die bedrängte ungarische Kirche zu schützen.⁵²⁵ Benedikt XV. stützte sich in dieser Angelegenheit auch auf die Meinung des Wiener Nuntius.⁵²⁶ Ferdinand Rott, der Bischof von Veszprém, den der Papst im August 1919 bei seiner Romreise zweimal empfangen hatte, teilte seinen Bischofskollegen mit, dass Benedikt XV. bei diesen Audienzen ein „besonderes Wohlwollen für Ungarn“ gezeigt hatte.⁵²⁷ Über diese Sympathie des Heiligen Vaters gegenüber Ungarn sind auch die Worte des Primas vielsagend, welche zugleich auch von einem Verständnis seiner prekären Position zeugen:

„Auf dem Wege der ehemaligen Wiener Nuntien Valfrè di Bonzo und Scapinelli, sowie auch über Gasparri erbat er [Csernoch] den Papst, gegen die Zerstörung des tausendjährigen Ungarns öffentlich zu protestieren. Die Lage Seiner Heiligkeit ist unendlich schwierig. Sein Wohlwollen gegenüber Ungarn ist unzweifelhaft.“⁵²⁸

Benedikt XV. war aber korrekt und wollte Kardinal Csernoch keinen Illusionen nachlaufen lassen. Trotz seiner vielfach bekundeten Sympathie machte ihm der Heilige Vater – wie schon erwähnt – bereits bei dessen Rombesuch Anfang Juli 1920 klar, dass eine Dismembration der von den neuen Staatsgrenzen betroffenen Diözesen auf lange Sicht unvermeidbar sein wird. Wie er formulierte, war die Feindseligkeit der gegnerischen Staaten viel schärfer und größer, als dass eine unveränderte Kirchenadministration der politisch getrennten Diözesen einen

⁵²⁴ Das Deutsche Reich erhob seine Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl im Frühjahr 1920 zu einer Botschaft. Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 38-39.

⁵²⁵ Eördögh, A trianoni béke és a Vatikán, 510-512.

⁵²⁶ Ebenda.

⁵²⁷ Protokoll über die Sitzung der Ungarischen Bischofskonferenz am 17. März 1920. A magyar katolikus püspökkari tanácskozások, 45.

⁵²⁸ Protokoll über die Sitzung der Ungarischen Bischofskonferenz am 17. März 1920. A magyar katolikus püspökkari tanácskozások, 46. Gergely, A katolikus egyház története, 13. Gemeint waren hier Raffaele Scapinelli (1912-1916) und Teodoro Valfrè di Bonzo (1916-1919). Siehe: Apostolische Nuntiatur in Österreich <http://www.nuntiatur.at/index.php?menuid=26> (Eingesehen am: 30.05.2017)

derartigen Belastungstest aushalten könnte.⁵²⁹ Was Westungarn anbelangt, erfuhr der Kardinal in Rom über die kirchenpolitischen Vorstöße Kanzler Renners (Anfang April 1920) und über deren Ablehnung durch den Papst.⁵³⁰

Aus den obigen Ausführungen ist es nur all zu verständlich, wenn die Römische Kurie der von vielen Staaten geforderten Neuzeichnung der Diözesangrenzen anfangs Widerstand leistete. Aber er tat dies nicht nur aus prinzipiellen Gründen, sondern auch weil sie die Verhältnisse in Mitteleuropa selbst nach der Unterzeichnung und Ratifizierung der Friedensverträge – wie bereits vielfach erwähnt – nicht für gefestigt hielt.⁵³¹ Dies war auch genau jenes Argument, welches die päpstliche Diplomatie im Falle des Burgenlandes gegenüber Wien von Dezember 1919 bis zum Jahresende 1921 immer wieder anführte.⁵³² Zu Recht, denn die definitive Grenzlinie zwischen Österreich und Ungarn stand erst im Jänner 1923 fest.⁵³³

Rom musste zudem eine besonders weitsichtige Politik betreiben: Seine entscheidenden Motive waren nämlich in erster Linie von religiösem Charakter, es ging ihm um das spirituelle Wohl der Gläubigen, also um die Schaffung möglichst günstiger Voraussetzungen für ihre Seelsorge.⁵³⁴ Aber gerade deshalb war er nach dem Herrschaftswechsel im Burgenland im Herbst 1921 gezwungen etwas zu unternehmen, weil die nunmehr unterschiedliche staatliche und kirchliche Orientierung diese Voraussetzungen in den nachfolgenden Monaten zu untergraben begann. Zwischen der überwiegend deutsch gesinnten Bevölkerung und den ungarisch denkenden Priestern war es – wie bereits erwähnt – zu Spannungen gekommen, welche durch die Verlesung von so manchen österreichfeindlichen Hirtenbriefe der ungarischen Bischöfe noch zusätzlich genährt wurden.⁵³⁵ Die gerichtliche Verurteilung jener Seelsorger, die sie verlesen hatten, wird der österreichische Gesandte in Rom als gutes Argument für die Veränderung der kirchenrechtlichen Zustände im Burgenland benutzt haben können: Das Auseinanderfallen der Staats- und Diözesangrenzen hatte zum Resultat, dass die österreichische Exekutive gegen Priester vorgehen musste, die ungarischen Bischöfen unterordnet waren.⁵³⁶ Die Beziehung zwischen Staat und Kirche drohte sich im

⁵²⁹ Bericht von János Csiszárík vom 19. Juli 1920. MNL OL K-105-E-1-a 1920/7 pol. Über die Audienz von Kardinal Csernoch bei Benedikt XV. siehe auch Kap. 5.2.

⁵³⁰ Ebenda; Joseph Somssich an Außenminister Teleki vom 19. Juli 1920. MNL OL K-105-Z-3-II. Magánlevelek (Privatbriefe).

⁵³¹ Stirling, 70; Pöck, 30; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73; Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 133.

⁵³² Wie im vorigen Kapitel angeführt, hatte die Kurie allein im Jahr 1920 mindestens drei ernstzunehmende Versuche der Wiener Regierung abgewehrt, sie zu einer endgültigen Entscheidung zu drängen. Vgl. Kap. 5.1.

⁵³³ Vgl. Kap. 3. und 5.5.

⁵³⁴ Stirling, 72.

⁵³⁵ Vgl. Kap. 5.3. Pöck, 27, 29; Hanner, 68; Szabó, 17.

⁵³⁶ Pastor ließ sich vom österreichischen Außenamt über diese Vorfälle genau unterrichten. Vgl. Kap. 5.3. Pöck, 31; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73; Stirling, 41 (Anm. 78.).

Lande zu verschlechtern. Zudem bereitete die Ersetzung der eingekerkerten Geistlichen weitere Probleme, sodass diese Vorfälle den normalen „Betrieb“ einer Pfarre auch erheblich störten.⁵³⁷

Der Heilige Stuhl musste aber sehr überlegt abwägen, wie sie die Entscheidung über das kirchenrechtliche Schicksal des Burgenlandes zeitlich ansetzte, nicht nur die Form des Provisoriums (Vikariat oder Apostolische Administration) und die damit zu betrauende Person (Nuntius oder Erzbischof von Wien). Im August 1921 war der Heilige Stuhl allem Anschein nach schon bereit gewesen, einen apostolischen Administrator zu ernennen, nahm aber infolge eines ungarischen Einwirkens wieder Abstand davon. Wenn man die Ereignisse der Folgemonate bedenkt, die Räumung Westungarns durch das ungarische Heer und die anschließenden (para)militärischen Auseinandersetzungen ebendort, sowie die damals wegen dem neuerlichen Gebietsverlust aufgebrauchte ungarische Öffentlichkeit, wäre dieser in der Tat ein extrem schlechter Zeitpunkt für eine solche Maßnahme gewesen.⁵³⁸ Es ist nicht verwunderlich, dass der ungarische Außenminister Bánffy Mitte August 1921 die Kurie gerade auf letztere hingewiesen hat.⁵³⁹

Obwohl – wie oben erörtert – Benedikt XV. eine durchaus ablehnende Haltung zur Veränderung der Diözesangrenzen einnahm, begann die vatikanische Diplomatie bereits unter seinem Pontifikat jene Weichen zu stellen, die im Endeffekt zu diesem Prozess führten. Vom Blickwinkel der ungarischen Kirchengeschichte aus gesehen wurde aber der erste diesbezügliche Schritt unter seiner Amtszeit noch nicht gesetzt. Die Errichtung der burgenländischen Administration wurde, wie erwähnt, von der ungarischen Diplomatie im August 1921 vorerst noch verhindert. Die Frist von sechs Monaten nach Unterzeichnung der Friedensverträge – am 10. September 1919 mit Österreich und am 4. Juni 1920 mit Ungarn – welche der Heiligen Stuhl gegenüber der ungarischen Kirchenleitung abzuwarten versprochen hatte, war aber zu diesem Zeitpunkt schon in beiden Fällen abgelaufen. Noch dazu konnte man von österreichischer Seite mit einer bereits vorhandenen Präzedenz argumentieren: Etwa vier Monate zuvor hatte nämlich der österreichische Teil der Diözese Brixen ebenfalls einen Apostolischen Administrator erhalten (im April 1921), den Feldkircher Weihbischof.⁵⁴⁰

⁵³⁷ Nach der Verhaftung von Pfarrer Josef Kuntár durch die österreichische Gendarmerie Ende März 1922 blieben beispielsweise in der Umgebung von Großnahrung auf einmal vier Ortschaften kurzzeitig ohne seelsorgliche Betreuung, sodass der Bischof von Steinamanger für Stellvertretung sorgen musste. Zsiga, 85-87. Brief der Bewohner von Narda, Csátár und Csém an Bischof Mikes vom 31 März 1922, Act. Canc. 1922, Nr. 1389.

⁵³⁸ Telegraphische Weisung von Außenminister Bánffy vom 18. August 1921 (MNL OL K-105-N-2a 1921/340 pol.) und Bericht des ungarischen Geschäftsträgers der ungarischen Botschaft beim Hl. Stuhl, László Kvassay vom 20. August 1921. (MNL OL K-105-N-2a 1921/341 pol.) In: Újváry, 750-751 (englische Übersetzung), 761. Salacz, 132, 134. Vgl. Kap. 5.2.

⁵³⁹ Ebenda.

⁵⁴⁰ Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 72; Vgl. Kap. 5.3.

Der Heilige Stuhl hatte aber kurz vor Ende Dezember 1921 – auf dem Wege seines Nuntius in Wien – eine neuerliche Initiative der österreichischen Regierung zur Dismembration offiziell abgelehnt, mit Hinweis auf die noch ausstehende Konsolidierung der politischen Zustände im Burgenland.⁵⁴¹ Wie wir wissen, empfahl aber Marchetti Selvaggiani der Kurie zur gleichen Zeit, das neue Bundesland Kardinal Piffl kirchenrechtlich zu unterstellen.⁵⁴² Das Los der Stadt Ödenburg war gerade in diesen Tagen entschieden worden, sodass die politische Grenze zwischen den beiden Verliererstaaten der Habsburgermonarchie im Großen und Ganzen schon stand.

Am 22. Jänner 1922, also nur wenige Wochen nach der Ödenburger Volksabstimmung, war Benedikt XV. gestorben. Zu diesem Zeitpunkt waren aber die Pläne des Heiligen Stuhls zur kirchenrechtlichen Lösung der Burgenlandfrage schon in einem fortgeschrittenem Stadium und weitgehend herauskristallisiert: Der förmliche Rahmen und die ausersehene Person zur Leitung des neuen administrativen Einheit standen bereits fest. Dadurch, dass der politische Anschluss durch die faktische Inbesitznahme Westungarns durch Österreich vollzogen war, war eine weitere grundlegende Voraussetzung gegeben.

Anfang Mai 1922, zum Zeitpunkt der Errichtung der Apostolischen Administration des Burgenlandes, musste der Heilige Stuhl jedoch trotzdem eine gewisse Flexibilität zeigen, weil die Ostgrenzen des Gebietes damals noch nicht überall fixiert waren. Der oben schon angeführte Konflikt zwischen Mitgliedern des burgenländischen Klerus und den österreichischen Behörden war aber wohl ein wichtiger Faktor, der den Vatikan zum Handeln veranlasste. Auch die unsichere Zukunft des in Österreich schon längst abgeschafften, im Burgenland aber noch bestehenden konfessionellen Schulwesens wird vielleicht dazu beigetragen haben, dass sich der Heilige Stuhl trotz der nicht restlos gefestigten äußeren und inneren Verhältnisse des Bundeslandes zu ihrer kirchlichen Neuordnung bringen musste. Die Ereignisse der Folgemonate bestätigten in dieser Hinsicht den Schritt der päpstlichen Diplomatie: Die im Juni stattgefundenen ersten Landtagswahlen brachten nämlich einen überraschenden Sieg der Sozialdemokraten, die gleich unter ihren ersten Aktionen die Abschaffung der kirchlichen Betreuung der Schulen forcierten.⁵⁴³ Ein ungarischer Bischof hätte wohl in dieser Situation kaum Handlungsspielraum gehabt, um diese Angriffe abzuwehren – die zeitliche Ansetzung des neuen Schulgesetzes war aber trotzdem gefährlich,

⁵⁴¹ Vgl. Kap. 5.3. Über den abwartenden Standpunkt des Heiligen Stuhls in der Burgenlandfrage zu Jahresende 1921 siehe auch Zsiga, 83.

⁵⁴² Ebenda.

⁵⁴³ Schlag, Die politischen Parteien, 100, 103. Siehe auch: Kramer, 16.

da Kardinal Piffl damals die kirchliche Betreuung des Burgenlandes noch nicht übernommen hatte.⁵⁴⁴

Obwohl es Pius XI. war, der die Apostolische Administration des Burgenlandes am 2. Mai 1922 schließlich errichtete, wäre seine Gegenüberstellung mit Benedikt XV. in der Frage der Diözesangrenzen wahrscheinlich wenig zielführend: Nach seiner Wahl im Februar des gleichen Jahres wurden lediglich bestehende Tendenzen fortgesetzt, höchstens beschleunigt. Der neue Papst teilte in dieser Angelegenheit im Grunde genommen die Ansichten seines Vorgängers.⁵⁴⁵ Man soll sich an dieser Stelle auch an die vom Kurienkardinal Frühwirth noch im Juni 1920 skizzierte Vorgehensweise des Heiligen Stuhls bezüglich der Neufestsetzung der Diözesangebiete erinnern: Wie schon erwähnt, wollte demnach die Kirche die Grenzfragen in ihrer Gesamtheit behandeln, und nicht einzeln.⁵⁴⁶ Deshalb fiel bei der Abweisung des österreichischen Antrages im September 1920 auch der mögliche Präzedenzwert des Falles schwer ins Gewicht.⁵⁴⁷

Die systematische Herangehensweise der Kurie wird von einer ganzen Reihe an Maßnahmen bezeugt, die sie auf dem Territorium des ungarischen Kirchenverbandes zwischen 1922 und 1930 getroffen hatte: Die Jurisdiktionsgrenzen wurden damals durch die Errichtung von Apostolischen Administrationen, Exarchaten, sowie auch durch die Vereinigung von Diözesanteilen innerhalb eines Staatsgebildes den neuen politischen Grenzen angepasst.⁵⁴⁸ In diesem Kontext kann man die Vorreiterrolle der burgenländischen Administration nicht genug betonen: Mit ihrer Aufstellung am 2. Mai 1922 hatte Pius XI. im Falle des ungarischen Kirchenverbandes eine (von der Budapester Regierung bereits befürchtete) Präzedenz gesetzt, der bald weitere Schritte folgten: Unmittelbar anschließend rief der Papst am 29. Mai 1922 auf dem zur Tschechoslowakei gehörenden Teil des Erzbistums Gran die Apostolische Administration Tyrnau ins Leben.⁵⁴⁹ Ein Verliererstaat wie

⁵⁴⁴ Die Aktion der Sozialisten gegen das konfessionelle Schulwesen erfolgte in der Landtagssitzung vom 1. August 1922, während der Erzbischof von Wien erst am 24. September die Betreuung der Administration auch offiziell übernahm. Schlag, *Die politischen Parteien*, 105; Rittsteuer, *Diözesanchronik*, 12, 102; Hanner, 69. Der im September 1920 abgewiesene Vorstoß des christlichsozialen Unterstaatssekretärs Miklas einen apostolischen Vikar nach Westungarn entsenden zu lassen, kann in diesem Kontext als eine (etwas voreilige) Maßnahme verstanden werden, diesem Interregnum vorzubeugen. Vgl.: Kap. 5.1., Aladár Boroviczény an Ministerpräsident Teleki vom 1. September 1920. MNL OL K-105-N-2 1920/49 pol.

⁵⁴⁵ Stirling hatte dies in Zusammenhang mit der Burgenlandfrage anhand des analogen Beispiels von Nordtirol behauptet. Stirling, 41.

⁵⁴⁶ Pöck, 23. Vgl. Kap. 5.1.

⁵⁴⁷ Aladár Boroviczény an Ministerpräsident Teleki vom 1. September 1920. MNL OL K-105-N-2 1920/49 pol.

⁵⁴⁸ Gergely, *A katolikus egyház története*, 41–45. Die ungarische Regierung hatte selbst für die innerhalb der Trianoner Grenzen gebliebenen Bistumsreste die Ernennung von Apostolischen Administratoren als unerwünscht betrachtet, obwohl diese Lösung auch vom ungarischen Kultusminister vorgeschlagen worden war. Géza Daruváry an Botschafter Somssich vom 2. März 1924. MNL OL K-105-M-6 1924/139 pol. (=1924/585 pol.)

⁵⁴⁹ Salacz, 34; László Sztyahula, *A csehszlovákiai magyar katolikus egyház története 1918–1950* [Die Geschichte der ungarischen katholischen Kirche in der Tschechoslowakei 1918–1950], Dissertation. Budapest

Österreich wurde also gegenüber den Staaten der Kleinen Entente (zumindest symbolisch) bevorzugt, was die Grundeinstellung des Heiligen Stuhls zur Nachkriegsordnung gut widerspiegelt.

Es muss aber betont werden, dass es sich bei den oben genannten Beispielen fast durchwegs nur um kanonisch-rechtlich *provisorische* Bestimmungen handelte, um Kompromisslösungen sozusagen.⁵⁵⁰ Dadurch wollte der Heilige Stuhl es vermeiden, eine von ihm als Diktatfrieden angesehene Ordnung zu legitimieren, was einer gänzlichen Aufgabe der eigenen Prinzipien gleichgekommen wäre.

Wie der ungarische Kirchenhistoriker Jenő Gergely zusammenfassend feststellt, hatte der Heilige Stuhl dem Wunsch der ungarischen Bischöfe entsprechend die alte Diözesaneinteilung so lange wie möglich beibehalten und erst nach der zwangsläufigen Dismembration wurden apostolische Administrationen errichtet, die unmittelbar der Kurie unterstellt waren.⁵⁵¹ Der Fall des Burgenlandes ist recht bezeichnend für die vorsichtige Vorgehen Roms, wie langsam und schrittweise sie die Loslösung dieses Gebietes von ihren Mutterdiözesen betrieb: Als erster Schritt wurde lediglich die Ernennung eines bischöflichen Generalvikars dem österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl angeboten (bereits im April 1922!), und erst als sich die Wiener Regierung hartnäckig weigerte, sich damit zufrieden zu geben, wurde von Rom „der Einsatz gesteigert“.⁵⁵² Es war aber im Ernennungsdekret des Wiener Erzbischofs zur apostolischen Administrator mit keinem Wort eine Abtrennung des Burgenlandes von den ungarischen Diözesen erwähnt, es blieb rechtlich weiterhin ein Teil der ungarischen Kirche und die Kurie war vorerst überhaupt nicht dafür zu haben, die Diözesangrenzen zu verschieben.⁵⁵³

Spätestens im April 1922 hatte sich bei der Kurie die Überzeugung endgültig gefestigt, dass die Verwaltung des Burgenlandes mittels Bischofsvikariate nicht zu lösen gewesen wäre. Sie war für die österreichische Seite, die das Gebiet zu diesem Zeitpunkt bereits *de facto* besaß, nicht akzeptabel. Wie schon erwähnt, hatte Francesco Borgongini (nach einer Unterredung

2012, 31. Das von Jenő Gergely angeführte Datum für die Errichtung der Tyrnauer Administration (11. Mai 1921) ist leider besonders irreführend, nicht nur da es die Chronologie durcheinanderbringt, sondern weil im Falle dieses frühen Datums die Präzedenz an Tyrnau gefallen wäre. Es hätte auch bedeutet, dass diese Maßnahme noch unter Benedikt XV. (!) getroffen worden wäre. Gergely, *A katolikus egyház története*, 42. Vom Erzbistum Gran wurden mehr als vier Fünftel ihrer Pfarren abgetrennt!

⁵⁵⁰ Stirling, 70; Gergely, *A katolikus egyház története*, 44-45; Rittsteuer, *Katholische Kirche*, 93-94. Aber bereits 1930, ein Jahr nach dem Konkordat mit Rumänien, hatte der Heilige Stuhl die 1923 errichtete Apostolische Administration Temesvár (rum. Timișoara, die aus dem zu Rumänien gekommenen Teilen des Bistums Csanád bestand), zu einem eigenständigen rumänischen Bistum erhoben (Gergely, 44).

⁵⁵¹ Gergely, *A katolikus egyház története*, 44-45.

⁵⁵² Pöck, 31.

⁵⁵³ Stirling, 72; Rittsteuer, *Katholische Kirche*, 93; Pöck, 31; Jankó, Tóth, 105.

mit Dr. Pastor) den diesbezüglichen Vorschlag von Monsignore Serédi abgelehnt.⁵⁵⁴ Er bekräftigte diesen Standpunkt am 24. April – etwa eine Woche vor der Errichtung der Apostolischen Administration – auch gegenüber Somssich mit der Begründung, dass die Vikariate „undurchführbar“ seien.⁵⁵⁵ Diesmal fügte er aber auch eine Warnung hinzu: Ein Junktim mit den abgetrennten Teilen der Diözese Gran hielt er für die ungarische Seite unvorteilhaft, da sie die Ernennung eines „oberungarischen Administrators“ nur beschleunigen würde, obwohl der Heilige Stuhl sich damit zum gegebenen Zeitpunkt nicht beeilen wollte – wie es im Bericht des ungarischen Gesandten steht.⁵⁵⁶ Tatsächlich erfolgte die Ernennung des Tyrnauer Administrators noch im gleichen Monat wie die Beauftragung von Kardinal Piffl. Im April 1922 schien die Kurie lediglich noch betreffend der Person des Administrators eine gewisse Flexibilität gezeigt zu haben, obwohl sie schon im August 1921 den Wiener Erzbischof für diesen Posten vorgesehen hatte.⁵⁵⁷ Borgoginis Idee, einen Italiener als Administrator einzusetzen und Gasparri Vorschlag, den Wiener Nuntius mit dieser Funktion zu betrauen, zeugen jedenfalls davon, dass seitens der Kurie die Wahl Piffels bis zuletzt nicht in Stein gemeißelt war; erst am 23. April meldete Somssich sich auf den Staatssekretär berufend, dass der Wiener Kardinal für dieses Amt ausersehen wäre.⁵⁵⁸ Letzterer war zwar ein Wunschkandidat der österreichischen Regierung, dessen Nominierung Budapest von Anfang an verhindern wollte, aber seine ungarfreundliche Einstellung wird mitentscheidend dabei gewesen sein, dass ihn der Heilige Stuhl schließlich zum Apostolischen Administrator ernannte: Gasparri hatte wohl nicht umsonst auf dieses hingewiesen, als er mit dem ungarischen Gesandten über die Wahl Piffels sprach.⁵⁵⁹ Mit seinem taktvollen Verhalten bewies der Kardinal später, dass seine Ernennung – unter den gegebenen Umständen – wahrscheinlich die bestmögliche Lösung seitens der Kurie war, die im Endeffekt zur Deeskalation des Konfliktes führte.

Insgesamt kann gesagt werden, dass beide hier genannten Päpste ein Wohlwollen gegenüber den Nachkriegsländern Österreich und Ungarn zeigten, die sie, wie es auch die Fachliteratur beweist, nach 1918 vielfach zum Ausdruck gebracht hatten.⁵⁶⁰ Bei der Neuordnung der

⁵⁵⁴ Joseph Somssich an Außenminister Bánffy vom 11. April 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/191 pol. Vgl.: Pöck, 30, Anm. 49, sowie Kap. 5.5.

⁵⁵⁵ Joseph Somssich an Außenminister Bánffy vom 24. April 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/224 pol.

⁵⁵⁶ Ebenda.

⁵⁵⁷ Vgl. Kap. 51.

⁵⁵⁸ Bericht von Joseph Somssich an Außenminister Bánffy vom 29. April 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/233 pol. ÖStA AdR NPA, K 87 Österreichische Gesandtschaft beim Hl. Stuhle, Z. 90/P vom 7. April 1922 (In: K 257 Österreich 3/8, Z. 1401/1922)

⁵⁵⁹ Ebenda.

⁵⁶⁰ Nach seinen Angaben kannte Pius XI. die Leiden Österreichs, welche er in Wien und Innsbruck noch als polnischer Nuntius gesehen hatte, aus eigener Erfahrung (Pius XI. an Kardinal Piffl, Februar 1922; Pius XI. an den österreichischen Gesandten Ludwig von Pastor, 9. April 1922.). Pastor 744; Engel-Janosi, Vom Chaos zur

Diözesaneinteilung nach den Ersten Weltkrieg hatten sie aber nur wenig Handlungsspielraum: Wie oben ausgeführt, waren sie auf einer durch Friedensdiktate bestimmten Zwangslaufbahn, wo eigentlich nur eine Schadensbegrenzung möglich war.

7.2 Die Rolle des Kardinalsstaatssekretärs Gasparri

Eine grundsätzliche Gegenüberstellung der Politik von Benedikt XV. mit Pius XI. bezüglich der Burgenlandfrage ist vielleicht auch deshalb wenig zielführend, weil – wie schon erwähnt – in den Nachkriegsjahren dieselbe Person für die Leitung der vatikanischen Diplomatie zuständig war: Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri (1914-1930), der in der breiteren Öffentlichkeit als Unterzeichner des Lateranvertrags mit Benito Mussolini bekannt wurde (1929).⁵⁶¹ Über den langjährigen Leiter der Außenangelegenheiten soll hier auch wieder in Erinnerung gebracht werden, dass er sich nach dem Tode Benedikts XV. im Jänner 1922 als aussichtsreicher Kandidat für den Stuhl Petri beworben hatte – er genoss dabei auch die Unterstützung der österreichischen Kardinäle.⁵⁶²

Über die politischen Ansichten des Staatssekretärs sind wir unter anderem durch den österreichischen Gesandten Pastor gut unterrichtet, der – wie erwähnt – ein freundschaftliches Verhältnis zu ihm pflegte. Gasparri hatte bezüglich Österreichs und Ungarns die grundsätzliche Meinung vertreten, dass die Zerschlagung der Habsburgermonarchie ein großer Fehler war und hielt die Republik Österreich für nicht überlebensfähig.⁵⁶³ Seine politische Scharfsicht zeigte sich auch bei der Beurteilung der Situation Kaiser Karls I., als 1921 seine zwei Restaurationsversuche in Ungarn scheiterten. Obwohl er mit Sympathie das Schicksal des ehemaligen Herrschers verfolgte, räumte er ihm unter den aktuellen politischen Umständen in Mitteleuropa kaum eine realistische Chance ein.⁵⁶⁴

Nach dem Tod Benedikts XV. konnte es Österreich nicht gleichgültig sein, wen sein Nachfolger zum Leiter des Außenamtes bestimmte. Wie Pastor in diesem Kontext formulierte: “In politischer Hinsicht wird mitentscheidend sein, wer den Papst zum Staatssekretär ernennt.”⁵⁶⁵ Als der neue Heiligen Vater den Kardinal Gasparri in seinem Amt bestätigte, telegraphierte der österreichische Gesandte die erfreuliche Nachricht mit folgenden

Katastrophe, 53. Siehe noch: Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 36-38, 46-47; Pöck, 26; Pastor, 680-682, 684, 708, 741; Gergely, A katolikus egyház története, 12-13.

⁵⁶¹ Pietro Gasparri, Wikipedia http://de.wikipedia.org/wiki/Pietro_Gasparri; Magyar katolikus lexikon, Bd. IV., 4. Vgl. Kap. 5.3.

⁵⁶² Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 51-52.

⁵⁶³ Pastor, 687.

⁵⁶⁴ Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 37-38; siehe auch: Gergely, A 20. században, 262; Jenőffy, 29.

⁵⁶⁵ Pastor, 739.

Worten nach Wien: „Bei den lebhaften Sympathien Gasparris für Österreich und seine Nöte haben wir allen Grund, diese Wiederwahl freudig zu begrüßen.“⁵⁶⁶

Wie beurteilten die Zeitgenossen in Ungarn das Wirken von Kardinalsstaatssekretär Gasparri und wie wird er in der ungarischen Fachliteratur gesehen? Dank den Dokumenten des Ungarischen Staatsarchivs kann man seine Einstellung zur Burgenlandfrage nicht nur durch die Brille Ludwig von Pastors sehen. Denn auch die Aufzeichnungen seines ungarischen Amtskollegen über Gespräche mit ihm sind erhalten und liefern in das obige Thema interessante Einsichten. Am 2. Oktober 1921 berichtete Graf Somssich folgendes nach Budapest über den Kardinalsstaatssekretär: „Er zeigte großes Verständnis für unseren Standpunkt, und hielt es für recht natürlich, dass wir Westungarn an Österreich nicht lächelnd herausgeben wollen.“⁵⁶⁷ In dem sechs Tage später verfassten Brief schrieb der ungarische Gesandte im Vorfeld des Venediger Protokolls bereits darüber, dass nach Gasparris Meinung die Ungarn „sehr zufrieden“ mit dessen Ergebnis sein können: Nicht nur weil sie Ödenburg zurückgewinnen, sondern weil diese Vereinbarung der erste – von der Entente sanktionierte – Durchbruch durch die Friedensverträge von St. Germain und Trianon wäre, welche „natürlich von weiteren gefolgt sein wird.“⁵⁶⁸ In diesen Sätzen manifestierte sich die oben bereits beschriebene Sympathie des Heiligen Stuhls gegenüber den Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges, sie war also nicht nur eine auf Ungarn reduzierte Erscheinung.

Obwohl der Heilige Stuhl den Frieden von Trianon für absolut unannehmbar hielt, klagten später besonders einige, von der Dismembration ihrer Diözesen betroffenen ungarischen Oberhirten über die Nachkriegspolitik des Vatikans.⁵⁶⁹ Der Bischof von Großwardein (*Oradea*), Nikolaus Graf Széchényi (der den Großteil seiner Kirchenprovinz samt Bischofssitz an Rumänien abtreten musste), warf dem Heilige Stuhl vor, dass er „gegenüber den neuen Staaten eine nachgiebige Politik zeigte und sich überhaupt nicht um die tausendjährige katholische Vergangenheit Ungarns kümmernd, eine Reihe von Maßnahmen setzte, welche der Stärkung der neuen Staaten dienten.“⁵⁷⁰ Darauf basierend behauptet Jenőffy (2012), dass während der Amtszeit von Gasparri als Staatssekretär die Kurie in gewissen Fällen mehr Verständnis für die übrigen Nachfolgestaaten zeigte, als für den ungarischen Staat und für die ungarische Kirche, die sich auf tausendjährige Rechte und Verdienste sich

⁵⁶⁶ Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 52. Siehe auch: Pastor, 740.

⁵⁶⁷ Joseph Somssich an Außenminister-Stellvertreter Kánya vom 2. Oktober 1921. MNL OL K-105-Z-3 Magánlevelek.

⁵⁶⁸ Joseph Somssich an Außenminister-Stellvertreter Kánya vom 8. Oktober 1921. MNL OL K-105-II-A-31 1921/31 res. Vgl. Kap. 5.2.

⁵⁶⁹ Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 38.

⁵⁷⁰ Protokoll über die Sitzung der Ungarischen Bischofskonferenz am 10. Februar 1921. A magyar katolikus püspökkari tanácskozások, 71; Gergely, A 20. században, 262; Gergely, A katolikus egyház története, 43-44.

beriefen.⁵⁷¹ So verständlich die bittere Reaktion seitens der ungarischen Bischöfe auch sein mag, muss darauf hingewiesen werden, dass die unter Gasparri gesetzten Maßnahmen kirchenrechtlich zunächst alle noch von provisorischer Natur waren. Erst knapp nach seiner im Februar 1930 erfolgten Abdankung vollzog der Heilige Stuhl die erste Aktion, bei der ein Gebiet mit endgültigem Charakter aus dem ungarischen Kirchenverband herausgerissen wurde, durch die Erhebung der Apostolischen Administration Temesvar zu einem davon unabhängigen rumänischen Bistum im Juni 1930.⁵⁷²

Dass Gasparri über die Verhältnisse in Ungarn nach 1918 recht genau informiert gewesen sein muss, dafür sprechen außer den Meldungen der Nuntiatoren in Wien und Budapest auch die Unterbreitungen des Primas von Ungarn, Kardinal Csernoch.⁵⁷³ Man kann sich durchaus der Annahme von Gerald Schlag anschließen, der davon ausging, dass der Heilige Stuhl um eine Einigung zwischen Österreich und Ungarn bemüht war.⁵⁷⁴ Im Kontext des Burgenlandes kann man dem Kardinalsstaatssekretär persönlich bestimmt keine einseitig proösterreichische Einstellung vorwerfen, trotz seiner hervorragenden Beziehung zu Ludwig von Pastor. Dazu möchte ich hier zwei weitere konkrete Beispiele anführen. Bereits im Herbst 1921 (als die Übergabe des Gebietes bereits im Gange war!), riet Gasparri dem Gesandten der Wiener Regierung, dass Österreich auf das Burgenland verzichten solle, wie Pastor interpretierte, „wohl um Ungarn freundlicher zu stimmen“. ⁵⁷⁵ Es stellt sich zwar die Frage, wie ernst dieser Vorstoß des Staatssekretärs unter den gegebenen politischen Umständen war, er zeigt aber trotzdem ein großes Verständnis für die ungarische Seite, dass er schon gegenüber Somssich offen zu Tage gelegt hatte. Jedenfalls konnte Pastor wenige Tage später mit Zufriedenheit vermerken, dass Gasparri seine Meinung in dieser Angelegenheit geändert hatte, was er als eigenen Verdienst ansah.⁵⁷⁶ Als zweites Beispiel für die überparteiliche Haltung Gasparris ist sein früher bereits angeführter Vorschlag an Pastor vom April 1922 zu nennen, die

⁵⁷¹ Jenőffy, 28-29.

⁵⁷² Zugleich muss aber eingeräumt werden, dass dieser Schritt eine Folge des noch unter Gasparri geschlossenen rumänischen Konkordates von 1929 war. Die Kritik von Bischof Széchényi, dass die Entscheidungsträger des Heiligen Stuhls „der Illusion der Union nachlaufen“, war keinesfalls unbegründet. Gemeint war damit eine von der Kurie angestrebte Einigung mit der orthodoxen Kirche. Siehe: Protokoll über die Sitzung der Ungarischen Bischofskonferenz am 10. Februar 1921. A magyar katolikus püspökkari tanácskozások, 71. Gergely, A katolikus egyház története, 44; Gergely, A 20. században, 262; Adriányi, 257-258; Siehe auch: Hans-Christian Maner, Kirchen in Rumänien: Faktoren demokratischer Stabilität in der Zwischenkriegszeit? Zum Verhältnis von orthodoxer, römisch-katholischer und griechisch-katholischer Kirche. In: Hans-Christian Maner, Martin Schulze Wessel (Hg.), Religion im Nationalstaat zwischen den Weltkriegen 1918–1939. Polen – Tschechoslowakei – Ungarn – Rumänien, Stuttgart 2002 (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, Bd. 16), 111-113. Vgl. auch: Eördögh, A pápai nunciatura újraelakulása, 109.

⁵⁷³ Eördögh, A trianoni béke és a Vatikán, 510-511.

⁵⁷⁴ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 111. Auch die hier, unmittelbar anschließend vorgestellten Verhandlungsgesten von Gasparri scheinen diesen Standpunkt zu bestätigen.

⁵⁷⁵ Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 48.

⁵⁷⁶ Ebenda.

Burgenlandfrage kirchenrechtlich mittels bischöflicher Generalvikare zu lösen.⁵⁷⁷ Eigentlich ist dieser auch deshalb recht verwunderlich, weil der Bischof von Steinamanger diesen Weg kurz zuvor, zwischen September 1921 und Februar 1922, bereits gewählt hatte, sodass eine unmittelbare Präzedenz gegeben war, welche eindeutig bewiesen hat, dass die Spannungen im Burgenland auf diesem Wege nicht zu beseitigen waren. Wie erwähnt, konnte Pastor letztendlich auch diesen aus seiner Sicht ungünstigen Vorschlag abwehren.⁵⁷⁸

Schließlich soll auch die Frage gestellt werden, warum Gasparri vor der letztendlichen Errichtung der Apostolischen Administration Burgenland die Meinung des Fürstprimas und der beiden betroffenen ungarischen Bischöfe nicht geholt hatte, was der Bischof von Steinamanger in der Folge auch entsprechend beanstandete.⁵⁷⁹ Dies könnte mit einer unerfüllten Bitte des Budapester Nuntius in Zusammenhang stehen, die auch für die westungarische Frage relevant war: Er hatte die ungarische Bischofskonferenz gebeten, ihre Vorstellungen über die Neueinteilung der Diözesen vorzutragen, wogegen sich jedoch letztere gänzlich verschloss. Die Bischöfe wiederholten lediglich ihren Standpunkt, dass sie an der Integrität festhielten und bei der Aufwühlung der bestehenden Ordnung nicht mitwirkten.⁵⁸⁰ In der Folge hielt es wohl der Heilige Stuhl für wenig sinnvoll, weitere diesbezügliche Fragen an den ungarischen Klerus zu richten.

Bei der Ernennung des Apostolischen Administrators war der Wiener Erzbischof, wie gesagt, kein Kompromisskandidat: Die Interessen der zwei Seiten lagen derart weit auseinander, dass ein solcher wohl von vornherein kaum möglich war. Gasparri selbst hatte ja noch Anfang April für den Wiener Nuntius plädiert.⁵⁸¹ Dem Budapester Nuntius hatte er eingestanden, dass sie vergebens nach einem anderen Kandidaten gesucht hatten: Kardinal Piffl war wegen der geographischen Nähe der Erzdiözese Wien am besten geeignet.⁵⁸² Anschließend bemühte sich der Kardinalsstaatssekretär, wenigstens einen gewissen Anschein der Rücksichtsname gelten zu lassen, als er gegenüber Somssich die proungarische Gesinnung von Piffl betonte – wohl um die bittere Pille für die Ungarn leichter zu machen.⁵⁸³

⁵⁷⁷ Die österreichische Seite war von Anfang an (seit Oktober 1919) gegen ein derartiges Konzept. Pöck, 17-18, 31; Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73; Kramer, 15; Vgl. Kap. 5.3. und 6.1.

⁵⁷⁸ Siehe Kap. 5.3.

⁵⁷⁹ SzEL Hirtenbriefe 1922. VI. Nr. 2380 (19. Juni 1922); Act. Canc. 1922, Nr. 2380-2396.

⁵⁸⁰ Gergely, A 20. században, 262.

⁵⁸¹ ÖStA AdR NPA, K 87 Österreichische Gesandtschaft beim Hl. Stuhle, Z. 90/P vom 7. April 1922 (In: K 257 Österreich 3/8, Z. 1401/1922). Vgl. Kap. 5.3. und 6.1.

⁵⁸² Archiv der Apostolischen Nuntiatur Budapest. Busta 5 (1920–1923) Fasc. 7.4. ff. 521-550: Burgenland. In: Krisztina Tóth, Péter Tusor, Inventarium Vaticanum I. A Budapesti Apostoli Nunciatura levéltára (1920–1939) (CVH I/14) [Inventarium Vaticanum I. Archiv der Apostolischen Nuntiatur Budapest, 1920–1939], Budapest–Róma 2016, 30.

⁵⁸³ Bericht von Joseph Somssich an Außenminister Bánffy vom 29. April 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/233 pol.

7.3 Nuntiatoren in Wien und Budapest

Um über Rolle der beiden Nuntiatoren in der Burgenlandfrage ein klares Bild zu bekommen, muss man zunächst ihr Verhältnis zu Ungarn näher beleuchten. Nach der Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie war der damalige Nuntius von Wien Teodoro Valfrè di Bonzo (1916-1919), auch weiterhin für die kirchlichen Angelegenheiten Ungarns zuständig geblieben, obwohl er zum neuen ungarischen Staat nicht akkreditiert war.⁵⁸⁴ Auch für die Bischöfe von Raab und Steinamanger war er also die Kontaktperson Roms in der westungarischen Frage. Die zahlreichen kirchenpolitischen Fragen der ersten turbulenten Monate nach dem Zusammenbruch – unter ihnen die kirchliche Verwaltung der von den Nachfolgestaaten besetzten Gebiete – veranlassten aber sowohl die Budapester Regierung, als auch den Primas, Kardinal Csernoch, direkte diplomatische Beziehungen zwischen Ungarn und dem Heiligen Stuhl zu knüpfen.⁵⁸⁵ Bereits am 27. Dezember 1918 hatte der Kardinal den Nuntius über diese Absicht der Károlyi-Regierung informiert und ihn zugleich gebeten, diese nach Rom zu vermitteln.⁵⁸⁶ Das erst vor kurzen seine Eigenstaatlichkeit widererlangte Ungarn wollte deren formelle Anerkennung im Ausland noch vor dem Abschluss des Friedensvertrages erreichen und dort ständige diplomatische Vertretungen errichten.⁵⁸⁷ Im März 1919 hatte Benedikt XV. seine Zustimmung zur Errichtung einer Nuntiaturn in Budapest gegeben, sodass Kardinalstaatssekretär Gasparri in seiner Instruktion vom 24. März 1919 an Valfrè (drei Tage nach der Abdankung von Károlyi als Staatsoberhaupt!) den ausgesprochenen Wunsch des Heiligen Vaters für dessen sofortige formelle Aufstellung mitteilte.⁵⁸⁸ In diesem Zusammenhang schreibt Eördögh, dass sich die Kenntnisse der Wiener Nuntiaturn in mehreren Fällen als ungenügend für die genaue Erfassung der Ereignisse in Ungarn erwiesen hatten.⁵⁸⁹ Wie man später sehen wird, ist diese Feststellung wohl auch für die Folgemonate zutreffend.

Nach dem Rücktritt von Károlyi wurde aus der geplanten Nuntiaturn vorerst nichts, weil die Räterediktatur und die anschließende rumänische Besetzung von Budapest dazwischenkamen. Aber bereits am 5. September 1919 (noch während der rumänischen Okkupation) regte Kardinal Csernoch in einem Brief an den Wiener Nuntius Valfrè di Bonzo neuerlich die Aufstellung einer ständigen Vertretung des Heiligen Stuhls an, worin auch die diesbezügliche

⁵⁸⁴ Gergely, A katolikus egyház története, 9; Gergely, A 20. században, 255.

⁵⁸⁵ Ebenda.

⁵⁸⁶ Gergely, A katolikus egyház története, 9-10; Borovi.

⁵⁸⁷ Eördögh, A pápai nunciatura újraalakulása, 99-100. Die Budapester Regierungen seit der Asterrevolution Ende Oktober 1918 ermangelten einer internationalen Anerkennung. Erst dem Kabinett Huszár (einer Konzentrationsregierung) wurde dies im November 1919 von der Entente schließlich gewährt.

⁵⁸⁸ Eördögh, A pápai nunciatura újraalakulása, 100-101.

⁵⁸⁹ Ebenda, 101.

Bereitschaft der damaligen Regierung vermittelt wurde.⁵⁹⁰ Der Nuntius leitete das Schreiben von Csernoch am 18. September an Gasparri weiter. Interessant ist sein Kommentar, den er bei seinem nächsten Tagesbericht zum Thema hinzufügte:

„Es steht außer jeden Zweifel, dass im Falle eines ehebaldigst nach Budapest zu entsendenden ständigen Vertreters vom Heiligen Stuhl man viele, vorerst ungelöste Fragen diskutieren und entscheiden könnte; obgleich all dies davon abhängt, wie die religionspolitische Zukunft dieses edlen Volkes verläuft.“⁵⁹¹

Seine anscheinend positive Einstellung zu den Ungarn bezeugt darüber hinaus sein im vorigen Kapitel erwähnter Ratschlag an Kunó von Klebelsberg im Oktober 1919, dass die Bischöfe von Raab und Steinamanger bei Benedikt XV. gegen eine Loslösung Westungarns intervenieren sollten.⁵⁹² Dieses Wohlwollen des Nuntius war umso wichtiger, als dass er als ehemaliger Studienkollege des Papstes Einfluss auf die Kurie hatte.⁵⁹³

Im Lichte der oben angeführten Umstände mutet es also umso überraschender an, dass er wenige Wochen später in einem (jeweils wortident formulierten) Brief an die Bischöfe von Raab und Steinamanger vom 10. November 1919 – den österreichischen Standpunkt praktisch kritiklos übernehmend – die provisorische Unterstellung Westungarns unter einen apostolischen Delegaten ankündigte und die Stellungnahme der betroffenen Oberhirten dazu erbat.⁵⁹⁴ Der Nuntius hob dabei hervor, dass der Heilige Stuhl die besagte Maßnahme für „adäquat“ hielt, und widerhallte die Argumente der Wiener Regierung vom 8. Oktober 1919:⁵⁹⁵ Letztere würde einerseits den unmittelbaren Einfluss der beiden Bischöfe auf dem ihr zugesprochenen Gebiet „nicht gerne sehen“, andererseits wäre es im Schutze der legitimen Rechte der Kirche und des Heiligen Stuhls notwendig, von einem autonomen kirchlichen Würden Unterstützung für die mehrheitlich katholische Bevölkerung von Ödenburg zu gewährleisten. Valfrè wiederholte dabei auch die Details der „Lutheranergefahr“ (Anstellung eines evangelischen Pastors in der Stadt, Organisation einer theologischen Fakultät mit einer Normalschule). Der Nuntius ging soweit um zu behaupten, dass die überwiegend deutschsprachige Bevölkerung des Gebietes sich dem ungarischen Volk widerstreben würde, welche sie vernachlässigt und unterdrückt hätte, umso mehr, als der Klerus „ausnahmslos übertrieben national gesinnt“ wäre. Deshalb wäre er auch nicht dazu geeignet, den Posten des

⁵⁹⁰ Ebenda, 102-103.

⁵⁹¹ Ebenda, 103.

⁵⁹² Vgl. Kap. 5.2. GyEL Egyházkormányzat 1919, Nr. 4356. Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408, Anm. 15; Schmidt, Entstehung der Apostolischen Administration, 319, Anm. 22.

⁵⁹³ Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73.

⁵⁹⁴ Valfrè di Bonzo an Bischof Fetser. Wien, 10. November 1919. (samt zeitgenössischer Übersetzung des italienischen Originals ins Ungarische). GyEL Egyházkormányzat 1919, Nr. 4523; Valfrè di Bonzo an Bischof Mikes. Wien, 10. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4704. Siehe auch: Jenőffy, 31.

⁵⁹⁵ Vgl. Kap. 5.1. László, Werden und Wachsen der Apostolischen Administration, 197; Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administration, 130; Kramer, 14-15; Huber, 3.

apostolischen Delegaten zu bekleiden – ein ungarischer Geistlicher würde ja praktisch nur als Generalvikar der beiden genannten Bischöfe fungieren. Es müsste ein deutschösterreichischer Priester eingesetzt werden, weil die Wiener Regierung nur einen eigenen „Untertan“ auf diesem wichtigen Posten anerkennen würde, der auch am meisten dafür geeignet wäre, nach der endgültigen politischen Ordnung Westungarns die Aufstellung einer neuen Diözese vorzubereiten. Schließlich forderte der Nuntius die Bischöfe Fetser und Mikes auf, bei ihrer (möglichst schnellen) Antwort die veränderten politischen Umstände zu berücksichtigen aber in erster Linie das Seelenheil der betroffenen Bevölkerung vor Augen zu halten.

Die Reaktion auf dieses eklatant taktlose und zugleich auch die Realität vielfach missachtende Schreiben ließ nicht lange auf sich warten.⁵⁹⁶ Vom Raaber Oberhirten erfolgte sie am 20. November 1919 in Form eines zehnteiligen (!) Antwortbriefes, in dem Bischof Fester Punkt für Punkt die vom oben angeführten Argumente bestritt.⁵⁹⁷ Sein Steinamangerer Amtskollege begnügte sich nicht nur mit einer schriftlichen Antwort, sondern trat sofort die Reise nach Wien an, wo er Mitte November persönlich mit dem Nuntius über Westungarn verhandelte.⁵⁹⁸ Aus dem vom Letzteren forcierten apostolischen Delegaten ist dann im Endeffekt nichts geworden.

Valfrè verriet der österreichischen Seite die (von ihm im Oktober selbst angesprochene) Aktivität der ungarischen Bischöfe, sodass man im Staatsamt für Inneres und Unterricht bereits Mitte Dezember 1919 genau darüber wusste, dass sie sich beim Heiligen Stuhl für die Erhaltung des bisherigen Zustandes eingesetzt hatten.⁵⁹⁹ Es ist nicht verwunderlich, dass in der kirchenrechtlichen Frage Westungarns auch das Empfängerland den Nuntius zu beeinflussen trachtete, durch mündliche Rücksprache und durch „die auf inoffiziellen Wege erfolgte Vermittlung eines Promemorias aus hiesigen kirchlichen Kreisen“, wie es in einem Ersuchen des obigen Staatsamtes vom 10. Dezember 1919 an das Außenministerium lautete.⁶⁰⁰

Bei der Frage der Budapester Nuntiatur scheint Valfrè di Bonzo etwas zu autonom und voreilig gehandelt zu haben, als er am 2. Oktober den damaligen Außenminister Ungarns, Josef Graf Somssich in Wien empfing und ihm vorschlug, einen offiziellen schriftlichen

⁵⁹⁶ In erster Linie muss darauf hingewiesen werden, dass zum gegebenen Zeitpunkt Westungarn noch längst unter *de facto* ungarischer Kontrolle war, und der Ausgang der Westungarnfrage – trotz ihrer Zusicherung an Österreich im Vertrag von St. Germain – damals noch sehr ungewiss war. Abgesehen von den deutlichen Übertreibungen (z. B. über die Gefahr der lutherischen Propaganda in Ödenburg), stellt sich zu Recht die Frage – wie auch Bischof Fetser später darauf hingewiesen hatte – wie ein österreichischer apostolischer Delegat in einem ihm gegenüber feindlich eingestellten Land seine Tätigkeit hätte entfalten können?

⁵⁹⁷ Fetser an Nuntius Valfrè di Bonzo. Raab, 20. November 1919. GyEL Egyházkormányzat 1919, Nr. 4275, Nr. 4523 (Entwurf); SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238. Diese wird noch in der Folge näher erörtert werden.

⁵⁹⁸ SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4855. (20. November 1919.)

⁵⁹⁹ Pöck, 17. Vgl. Kap.5.2.

⁶⁰⁰ Pöck, 15-17.

Antrag in dieser Angelegenheit an Gasparri zu richten.⁶⁰¹ Für die neue ungarische Nationalregierung, die auf die Räteherrschaft folgte, bot sich die vatikanische Beziehung als eine wichtige Ausbruchsmöglichkeit aus der diplomatischen Isolation.⁶⁰² Der Kardinalstaatssekretär wird aber keinesfalls über die Aktion Valfrès erfreut gewesen sein – Eördögh interpretiert seine diesbezügliche Weisung an den Nuntius als eine Warnung, in Zukunft keine derartigen falschen Hoffnungen mehr zu erwecken.⁶⁰³ Die Kurie sah im Herbst 1919 angesichts der zu wenig konsolidierten politischen Verhältnisse den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, eine Nuntiatur in Budapest ins Leben zu rufen.

Ein anderes Mal, als noch am 7. September 1919 Kardinal Csernoch eine detaillierte Denkschrift an Benedikt XV. über die Missstände in den von Nachfolgestaaten okkupierten Diözesen sandte, und den Heiligen Vater um seine Intervention bei den Großmächten bat, fügte der Wiener Nuntius ein rational kaltes, abweisendes Kommentar hinzu: Er sah keinerlei Möglichkeit dafür, wie der Heiligen Stuhl in dieser Frage auftreten hätte können (besonders in der Angelegenheit der ungarischen Kirchengüter auf tschechoslowakisch kontrollierten Gebieten).⁶⁰⁴

Wie beurteilten aber die von seinem Wirken betroffenen ungarischen Bischöfe selbst die Aktivität von Valfrè di Bonzo? Sie hatten bereits im Sommer 1919 den Eindruck über ihn gehabt, dass er nicht sehr viel Verständnis für die ungarischen Interessen zeigte, sodass die Bischöfe von Veszprém und Waitzen unmittelbar nach Rom reisten, um mit Kardinalstaatssekretär Gasparri und anderen prominenten Vertretern der Kurie direkt zu verhandeln, damit die administrative Einheit der ungarischen Kirche bewahrt werde.⁶⁰⁵ In der Sitzung der Ungarischen Bischofskonferenz vom 17. März 1920 äußerte der Bischof von Győr – unter dem Eindruck von Valfrès Schreiben vom November des Vorjahres – dass die Wiener Nuntiatur eine Bestrebung zu begünstigen schien, Westungarn von den Bistümern Győr und Szombathely abzutrennen und der Jurisdiktion eines „deutschen Priesters“ als apostolischen Delegaten zu unterstellen.⁶⁰⁶ Die Bischofskonferenz bezichtigte gar den Wiener Nuntius, dass er ohne Wissen des Papstes (!) einen solchen Schritt gesetzt hätte.⁶⁰⁷ Wie es scheint, hatte das Vertrauen der ungarischen Bischöfe in den Nuntius von Wien zu dieser Zeit

⁶⁰¹ Eördögh, A pápai nunciatura újrakulása, 104; Borovi. Wie erwähnt, hatte Josef Graf Somssich kurzzeitig, vom 11. September 1919 bis zum 15. März 1920 das Amt des Außenministers bekleidet und erst anschließend wurde er zum ersten ungarischer Botschafter beim Heiligen Stuhl ernannt. Siehe Kap. 5.2.

⁶⁰² Gergely, A katolikus egyház története, 12; Gergely, A 20. században, 256.

⁶⁰³ Eördögh, A pápai nunciatura újrakulása, 103-104.

⁶⁰⁴ Eördögh, A trianoni béke és a Vatikán, 511-512.

⁶⁰⁵ Gergely, A 20. században, 256; Gergely, A katolikus egyház története, 11.

⁶⁰⁶ A magyar katolikus püspökkari tanácskozások, 45. Siehe noch: Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció 408, Anm. 15; Valfrè di Bonzo an Bischof Fetser. Wien, 10. November 1919. GyEL Egyházkezelő 1919, Nr. 4523.

⁶⁰⁷ A magyar katolikus püspökkari tanácskozások, 45.

bereits einen Tiefpunkt erreicht. Viele von ihnen gingen von einer Boshaftigkeit der Wiener Nuntiatur aus, glaubten aber, dass ihre unfreundlichen Schritte nicht den Absichten des Staatssekretariates entsprachen.⁶⁰⁸ Gerade aus diesem Grunde wurde in der besagten Konferenz der Primas, Kardinal Csernoch aufgefordert, unmittelbare, persönliche Besprechungen in Rom zu führen, einerseits um die diplomatischen Beziehungen voranzutreiben, andererseits um aktuelle kirchenpolitischen Fragen zu beraten.⁶⁰⁹

Aus dem, was oben über Valfrè Beziehung zu Ungarn geschildert wurde, ergibt sich insgesamt kein eindeutiges Bild. Seine Schwankungen deuten wahrscheinlich auf eine leichte Beeinflussbarkeit hin. In der jüngeren Fachliteratur wird ihm sogar vollkommene Unfähigkeit vorgeworfen, mit dem Hinweis darauf, dass bereits Kaiser Karl seine Abberufung gefordert hätte und dass seine mangelnden Fähigkeiten beim Zusammenbruch der Doppelmonarchie besonders peinlich zutage getreten waren.⁶¹⁰ Der Wiener Nuntius aber hatte zweifelsohne eine sehr schwierige Position. Das Beispiel Achille Rattis – des späteren Pius XI. – zeigt, wie undankbar dieser Posten oft sein konnte. Ratti, der etwa um die gleiche Zeit als Nuntius in Polen tätig war, war in seinem Gastgeberland zunächst sehr populär, weil er als einziger akkreditierter Diplomat in Warschau ausharrte, als die Rote Armee im Sommer 1920 die Stadt bedrohte.⁶¹¹ Noch im gleichen Jahr wurde er zum päpstlichen Beauftragten für die deutsch-polnischen Abstimmungsgebiete bestellt.⁶¹² Sein unparteiisches Vorgehen in dieser Funktion verärgerte beide Seiten so sehr, dass er im folgenden Jahr aus Warschau abberufen wurde.⁶¹³

Im Ungarischen Staatsarchiv liegt ein Dokument vor, das über die Einstellung von Valfrè zu Ungarn mehr Klarheit verschafft – und zwar auf der Grundlage seiner eigenen Aussagen. Aladár Boroviczény, der Geschäftsträger der ungarischen Botschaft beim Heiligen Stuhl wurde (vermutlich von Somssich) im Oktober 1920 beauftragt, den Nuntius aufzusuchen, als dieser bereits höchstwahrscheinlich wieder in Rom war.⁶¹⁴ Die Weisung lief dezidiert darauf hinaus, im Zusammenhang mit den aktuellen Nationalratswahlen in Österreich (17. Oktober)

⁶⁰⁸ Gergely, A katolikus egyház története, 12.

⁶⁰⁹ Ebenda; A magyar katolikus püspökök tanácskozások, 46.

⁶¹⁰ Georg Schwaiger, Papsttum und Päpste im 20. Jahrhundert: Von Leo XIII. zu Johannes Paul II. München 1999, 467, Anm. 42.

⁶¹¹ Pius XI., Wikipedia. https://de.wikipedia.org/wiki/Pius_XI. (Eingesehen am: 01.06.2017.)

⁶¹² Gemeint sind darunter die Plebiszite in Oberschlesien, Ostpreußen (Abstimmungsgebiet Allenstein) und Westpreußen (Abstimmungsgebiet Marienwerder).

⁶¹³ Dabei war der Nuntius nur dem Willen Benedikts XV. gefolgt. Pastor, 738; Pius XI., Wikipedia; Magyar katolikus lexikon, Bd. X., 993.

⁶¹⁴ Bericht von Aladár Boroviczény (über sein Gespräch mit Valfrè di Bonzo), 22. Oktober 1920. an Außenminister Graf Csáky. MNL OL K-105-M-7 1920/109 pol.

die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung der Westungarnfrage von ihm zu erkunden.⁶¹⁵ Im Gespräch mit Boroviczény lobte Valfrè Reichsverweser Horthy, befürwortete die monarchistische Staatsform und beschimpfte das Friedensdiktat und dessen „ungerechten, unmöglichen und uneinholdbaren Bedingungen“, das seiner Meinung nach in Kürze revidiert werden würde. Weiters ermunterte er die Ungarn, das Burgenland keinesfalls aufzugeben, und auch bei ungünstigen Umständen möglichst auszuhalten, da der Friede sowieso revidiert wird und in diesem Fall es besser wäre, das Gebiet – aus dem für Österreich sowieso nur ein unangenehmer Irredentismus erwachsen würde – in den Händen zu haben.⁶¹⁶ Die obigen Ausführungen des Nuntius zeigen eine augenscheinlich proungarische Gesinnung, zugleich aber auch eine Fehleinschätzung der politischen Realität: Ein länger anhaltender ungarischer Widerstand wäre wohl international nicht toleriert worden und hätte nur die Kompromisslösung um Ödenburg gefährdet. Valfrè's Äußerungen stärken gleichzeitig auch den Eindruck, dass die ungarischen Bischöfe seine Rolle im Endeffekt viel zu düster betrachtet hatten; angesichts seines Auftretens in der Frage des apostolischen Delegaten für Westungarn war dieses aber nicht verwunderlich.

Kurz nach der Ablösung von Valfrè di Bonzo als Wiener Nuntius wurde schließlich die Apostolische Nuntiatur in Budapest errichtet: Auf dem Wege des Geschäftsträgers der Wiener Nuntiatur, Giovanni Battista Ogno Serra teilte Gasparri der ungarischen Regierung in einem am 27. Februar 1920 datierten Brief mit, dass er Lorenzo Schioppa, den Uditore der Münchener Nuntiatur als Vertreter des Heiligen Stuhls in Ungarn zu ernennen gedenke.⁶¹⁷ Prälat Schioppa wurde am 10. August zum Nuntius von Budapest ernannt – bereits nach der Unterzeichnung des Friedens von Trianon – und übergab sein Beglaubigungsschreiben erst am 6. Oktober 1920 Reichsverweser Horthy.⁶¹⁸ Josef Graf Somssich, der ehemalige Außenminister hatte sich, wie erwähnt, schon am 26. Juli 1920 als ungarischer Botschafter bei Benedikt XV. offiziell vorgestellt.⁶¹⁹ Im Somssichs Bericht vom 25. Oktober erwähnt der

⁶¹⁵ Die ungarische Regierung hoffte mit der bei den Wahlen erstarkten Christlichsozialen Partei, welche nun die neue Regierung stellte, über die Zugehörigkeit des bereits de jure Österreich zugesprochenen Westungarns verhandeln zu können.

⁶¹⁶ Bericht von Aladár Boroviczény (über sein Gespräch mit Valfrè di Bonzo), 22. Oktober 1920. an Außenminister Graf Csáky. MNL OL K-105-M-7 1920/109 pol.

⁶¹⁷ Lorenzo Schioppa war seit 1912 in München tätig. Gergely, A 20. században, 256, 258 (Kurzbiographie); Gergely, A katolikus egyház története, 12; Eördögh, A pápai nunciatura újraalakulása, 107-108. Valfrè wurde von Benedikt XV. am 15. Dezember 1919 in das Kardinalskollegium aufgenommen und als Kardinalpräfekt zum Leiter Religiösenkongregation ernannt, sodass er im Februar 1920 bereits nachweislich in Rom war. Eördögh, A pápai nunciatura újraalakulása, 105-106 (Anm. 27). Giovanni Battista Ogno Serra wurde noch im Jahre 1919 Geschäftsträger der Wiener Nuntiatur. http://www.apostolische-nachfolge.de/Diplomaten_M_Z.htm (Eingesehen am: 01.06.2017.)

⁶¹⁸ Gergely bezeichnet ihn als einen eitler Mensch, der auf Äußerlichkeiten viel Wert legte. Gergely, A 20. században, 258; Gergely, A katolikus egyház története, 13, Anm. 24.

⁶¹⁹ Eördögh, A pápai nunciatura újraalakulása, 109. Somssich bekleidete das Amt des Botschafters beim Heiligen Stuhl bis zu seiner Abberufung am 27. September 1924, wegen seiner legitimistischen Einstellung. Gergely, A 20. században, 257.

ungarische Gesandte den freundlichen Empfang seines Amtskollegen in Budapest. Am Vortag betonte er gegenüber dem Heiligen Vater, dass die Persönlichkeit des Erzbischofs Schioppa in den maßgebenden Kreisen Ungarns überall „den bestmöglichen Eindruck erweckt hatte“. ⁶²⁰ Man blickte wohl auch mit hohen Erwartungen an ihn.

Der Heilige Stuhl hatte den neuen Nuntius mit detaillierten diplomatischen Instruktionen über Ungarn versehen. ⁶²¹ Es wurden ihm die großen territorialen Opfer des Landes geschildert: In Trianon wurde als Staatsgebiet lediglich ein Drittel des ursprünglichen Umfangs anerkannt und ein bedeutender Teil der ethnisch ungarischen Bevölkerung war außerhalb der neuen Grenzen geraten. Die Lage der ungarischen Bistümer wurde ihm ebenfalls klargemacht: Einige von ihnen waren von den neuen Nachbarländern gänzlich einverleibt worden, während andere zerstückelt wurden. Die Kurie hatte Schioppa auch extra darauf aufmerksam gemacht, dass Kardinal Csernochs Hoffnungen auf eine Grenzberichtigung auf der sogenannten Millerandschen Mantelnote beruhten. Sie detaillierten auch seine Bemühungen, die auf eine Erhaltung der alten Diözesanordnung abzielten. ⁶²²

In diesem Sinne hatte sich Lorenzo Schioppa diese realistisch-kritische Sichtweise über sein Empfängerland angewandt. Wie die Kurie, war auch er davon überzeugt, dass die für Ungarn festgesetzten Friedensbedingungen zutiefst ungerecht waren. Er bezeichnete sie als ein „aggressives Ultimatum der Entente“, dessen Erzwingung er noch dazu unnötig harsch und gnadenlos fand. ⁶²³ Diese Ansicht resultierte nicht nur aus den Informationen, die ihm der Heilige Stuhl zukommen ließ, sondern auch aus seinen eigenen Erfahrungen – zum Beispiel aus Gesprächen mit prominenten Vertretern der Entente. Hinter dem harten Vorgehen Frankreichs vermutete er eine Politik, die auf eine wirtschaftliche Ausbeutung des Landes ausgerichtet war. ⁶²⁴ Die ungarischen Hoffnungen auf eine Revision der Grenzen sah er als übertrieben optimistisch an. Nicht nur der hohe Klerus, sondern auch die politische Elite hatte sich von dieser Illusion täuschen lassen: In seiner diplomatischen Auswertung beurteilte es Schioppa als eine Fehleinschätzung, dass Reichsverweser Horthy und seine Regierung in dieser Beziehung zu sehr auf ein (angebliches) Wohlwollen der Westmächte vertraute. Dabei wies er gerade auf das Beispiel Westungarns hin, dessen unverzügliche Abtretung an Österreich die Entente verlangt hatte: „All dies beweist recht offensichtlich, wie wenig jene Hoffnungen fundiert sind, welche die ungarischen Politiker über die Sympathie der Entente hegen.“ ⁶²⁵

⁶²⁰ Joseph Somssich an Außenminister Csáky, 25. Oktober 1920. MNL OL K-105-E-1-a 1920/113 pol.

⁶²¹ Laut Eördögh bereits im August 1919 [!]. Eördögh, *A trianoni béke és a Vatikán*, 512 (Anm. 3).

⁶²² Eördögh, *A trianoni béke és a Vatikán*, 513.

⁶²³ Ebenda.

⁶²⁴ Eördögh, *A trianoni béke és a Vatikán*, 513-514 (Anm. 5).

⁶²⁵ Politische Nachrichten von Nuntius Schioppa aus Budapest vom 3. Jänner 1921. Eördögh, *A trianoni béke és a Vatikán*, 514 (Anm. 7).

Wie früher erwähnt, plante die Kurie bereits im August 1921 – unmittelbar vor der Übergabe Westungarns an Österreich – den Wiener Kardinal zum apostolischen Administrator des Gebietes zu bestellen, welches aber die ungarische Diplomatie schnell und vorerst erfolgreich abwehren konnte.⁶²⁶ Außenminister Bánffy überließ dabei nichts dem Zufall: Neben einer direkten Intervention beim Heiligen Stuhl (auf dem Wege des Geschäftsträgers der ungarischen Botschaft) gelang es ihm, auch Nuntius Schioppa für die Sache zu gewinnen. Wie er Kardinal Csernoch gegenüber mit Zufriedenheit vermerken konnte, hatte Budapester Nuntius bereits eine den Intentionen der ungarischen Regierung entsprechende Stellungnahme beim Heiligen Stuhl abgegeben.⁶²⁷

Ende 1921, als die *de facto* Übernahme Westungarns durch Österreich schon erfolgt, aber das endgültige Schicksal des Gebietes noch ungewiss war, nahm die Kirche eine abwartende Haltung ein. In dieser Situation hatte man in Ungarn die Meinung des Budapester Nuntius für eine provisorische Lösung geholt: Schioppa war damit einverstanden, dass „auch im ungünstigen Fall die Bischöfe von Raab, beziehungsweise von Steinamanger die abgetretenen Gebiete durch die Stellung von eigenen Vikare verwalten können.“⁶²⁸ Der stellvertretende Außenminister Kálmán Kánya leitete diese Information an den Bischof von Steinamanger weiter, und empfahl ihm dabei, den Budapester Nuntius gegebenenfalls zur Hilfe zu holen, da er in der obigen Angelegenheit bereits aller von Anfang an „viel Verständnis gezeigt“ hatte.⁶²⁹ Wie bereits erwähnt, ging Bischof Mikes in der Diözese Steinamanger tatsächlich in diesem Sinne vor und setzte einen Generalvikar für den burgenländischen Teil ein.⁶³⁰ Ein starker proungarischer Einfluss auf Schioppa aus dem westungarischen Raum wird der bereits erwähnte Ödenburger Kanonikus und ungarischer Abgeordneter Johannes Huber gewesen sein, über den der Nuntius sich in der Burgenlandfrage mehrmals informieren hatte lassen.⁶³¹ Der Budapester Nuntius hatte aber auch mit dem österreichischen Gesandten beste Beziehungen gepflegt, wie dies aus einem „Pro domo“ Vermerk des Wiener Außenamtes hervorgeht.⁶³² Noch am 26. April – eine Woche vor der Errichtung der Apostolischen Administration – empfahl Schioppa dem Heiligen Stuhl, ganz im Sinne der ungarischen Regierung, die Ernennung des Administrators bis zur endgültigen Bereinigung der

⁶²⁶ Vgl. Kap. 5.2.

⁶²⁷ Bánffy an Kardinal Csernoch. Budapest, 24. August 1921. GyEL 1921, Nr. 3403 (Kopie). Der Inhalt von Schioppas Depesche nach Rom war Bánffy aufgrund von streng vertraulichen Informationen bekannt gewesen.

⁶²⁸ SzPL Act. Canc. 1922, Nr. 623 (Kopie); Zsiga, 83.

⁶²⁹ Kálmán Kánya an Bischof Mikes, 16. Jänner 1922. SzPL Act. Canc. 1922, Nr. 623 (Kopie).

⁶³⁰ Zsiga, 83; SzPL Act. Canc. 1921, Nr. 3945 vom 1. September 1921; SzPL Hirtenbriefe 1921. XI. Nr. 4526 (10. Oktober 1921). Vgl. Kap. 4.

⁶³¹ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 111. Vgl. Kap. 5.1.

⁶³² ÖStA AdR NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1658/1B vom 4. Mai 1922. Vgl. auch Kap. 5.3.

Staatsgrenzen zu verschieben.⁶³³ Angesichts der damals bereits weit fortgeschrittenen Entwicklungen, kann dies nur mehr als ein „edler Dienst“ des Budapester Nuntius gegenüber seinem Empfängerland gewertet werden.⁶³⁴

Von österreichischer Seite plante man 1921 ebenfalls die Nuntien in Wien und Budapest für sich zu gewinnen: In Wiener Kirchenkreisen war man der Meinung, dass eine Entscheidung über das Burgenland am ehesten dadurch erreicht werden könnte, wenn sich die beiden in dieser Angelegenheit miteinander in Kontakt setzen würden.⁶³⁵ In Wien war nach der Abberufung von Valfrè di Bonzo im Dezember 1919 Francesco Marchetti Selvaggiani zu seinem Nachfolger als Nuntius bestellt worden, aber seine Ernennung erfolgte erst nach einem einjährigen Intermezzo am 4. Dezember 1920.⁶³⁶ Die Ungarn benutzten ihrerseits den neuen Nuntius als Informationsquelle über die geplanten Maßnahmen der österreichischen Regierung zur kirchenrechtlichen Abtretung des Burgenlandes.⁶³⁷ Es war aber gerade die Wiener Nuntiatur, welche der Kurie die Empfehlung gegeben hatte, die burgenländische Administration dem Erzbischof von Wien zu unterstellen.⁶³⁸ Marchetti Selvaggiani hatte Ende April 1922 bereits stark auf eine Erledigung dieser Frage gedrängt, was den ungarischen Interessen diametral zuwiderlief. Somssich meldete über ihn aus Rom, dass er aus der schleunigen Lösung der Angelegenheit „eine Prestigefrage“ machte.⁶³⁹ Gegenüber der ungarischen Seite versuchte der Nuntius später die Bedeutung dieser Maßnahme herunterzuspielen, als er sie als einen aus der politischen Grenzziehung resultierenden zweckmäßigen Schritt darstellte, die keine Einschmelzung des Gebietes in die Diözese Wien bedeutete.⁶⁴⁰ Marchetti Selvaggiani war zweifellos unter dem Druck der Österreichischen Regierung gestanden, die kirchenrechtliche Lösung der Burgenlandfrage möglichst schnell voranzutreiben, aber es stellt sich im Nachhinein die Frage, ob sein Eifer eventuell nicht auch mit seiner eigenen Situation etwas zu tun hatte, wenn wir uns daran erinnern, dass Kardinal Gasparri noch im April 1922 ernsthaft mit dem Gedanken gespielt hatte, die neue

⁶³³ Budapester Nuntius Lorenzo Schioppa an Kardinalstaatssekretär. Budapest (?), 26. April 1922. Archiv der Apostolischen Nuntiatur Budapest. Busta 5 (1920–1923) Fasc. 7.4. ff. 521–550: Burgenland. Zitiert in: Tóth, Tusor, Inventarium Vaticanum I., 30.

⁶³⁴ Tatsächlich hatte Außenminister-Stellvertreter Kánya noch vor dem 28. April beim Budapester Nuntius in diesem Sinne interveniert. Telegramm von Kálmán Kánya an Botschafter Somssich vom 28. April 1920. MNL OL K-105-N-2a 1922/226 pol. Siehe: Kap. 5.5.

⁶³⁵ Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 133; Pöck, 26. Vgl. Kap. 5.1.

⁶³⁶ <http://www.catholic-hierarchy.org/diocese/dxxat.html> (Eingesehen am: 03.06.2017.)

⁶³⁷ Marchetti Selvaggiani bestätigte dem ungarische Botschafter von Wien, Szilárd Masirevich die Nachricht, wonach das österreichische Kultusministerium bei ihm bereits Schritte zur Aufhebung der ungarischen Kirchenverwaltung im Burgenland gesetzt hätte. Bericht von Botschafter Masirevich aus Wien, 30. Dezember 1921. MNL OL K-105-A-2a 1922/55 pol.; SzPL Act. Canc. 1922, Nr. 623 (Kopie). Zsiga, 83–84

⁶³⁸ Bericht des ungarischen Gesandten in Wien, Szilárd Masirevich vom 30. Dezember 1921. In: SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 623; Salacz, 132; Zsiga, 84. Vgl. Kap. 5.3.

⁶³⁹ Bericht von Joseph Somssich an Außenminister Bánffy vom 29. April 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/233 pol.

⁶⁴⁰ Szilárd Masirevich an Außenminister Bánffy vom 26. Mai 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/253 pol.

Apostolische Administration ihm anzuvertrauen.⁶⁴¹ In Anbetracht dessen, mit welchen erheblichen Schwierigkeiten diese verbunden war, ist es durchaus vorstellbar, dass Marchetti Selvaggianis Befürwortung von Kardinal Piffels Kandidatur sich zum Teil auch damit erklären lässt.⁶⁴² Die Wiener Regierung wollte ihn aus den bereits erwähnten Gründen auch nicht als Apostolischen Administrator haben, „trotz seiner hervorragenden Qualitäten und der ganz besonderen Wertschätzung“, die sie für den Nuntius hatte.⁶⁴³

Laut Gerald Schlag deuteten verschiedene Anzeichen darauf hin, dass sich der Heilige Stuhl in diesem politisch-kirchenrechtlichen Konflikt um eine Einigung zwischen Österreich und Ungarn bemüht hatte.⁶⁴⁴ Was den letzteren Aspekt anbelangt, wäre dies ein vollkommen vergeblicher Versuch gewesen. Anfang 1922 hatte der stellvertretende ungarische Außenminister Gespräche darüber mit Österreich kategorisch ausgeschlossen: „Wir sind derzeit nicht dazu bereit, uns auf Verhandlungen über die unter österreichische Hoheit gelangten ungarischen Diözesanteile einzulassen [...]. Sie wurden auch von der österreichischen Seite nicht vorgeschlagen“⁶⁴⁵

Aus der Fachliteratur bekommt man den Eindruck, dass wie Valfrè, auch Schioppa während seiner viereinhalbjährigen Amtszeit in Ungarn (bis April 1925) nie wirklich beliebt beim hohen Klerus wurde.⁶⁴⁶ Er war es schließlich auch, der die undankbare Aufgabe hatte, Anfang Mai 1922 die beiden westungarischen Bischöfe über die Ernennung des Wiener Erzbischofs zum Apostolischen Administrator des Burgenlandes zu informieren.⁶⁴⁷

8. Kirchenfürsten beiderseits der veränderten Grenze:

Die Oberhirten von Westungarn/Burgenland

Um die kirchliche Situation im historischen Westungarn in den unmittelbaren Jahren vor der Errichtung der Apostolischen Administration Burgenland besser verstehen zu können, sollen

⁶⁴¹ ÖStA AdR NPA, K 87 Österreichische Gesandtschaft beim Hl. Stuhle, Z. 90/P vom 7. April 1922 (In: K 257 Österreich 3/8, Z. 1401/1922). Das österreichische Außenamt befürchtete noch am 13. April eine Rückkehr Gasparris zu diesem Konzept: ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1401/1A, 1922 vom 13. April 1922. Vgl. Kap. 5.3., 6.1 und 6.2.

⁶⁴³ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1401/1A, 1922 vom 13. April 1922.

⁶⁴⁴ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 111.

⁶⁴⁵ Kálmán Kánya an Bischof Mikes, 16. Jänner 1922. SzPL Act. Canc. 1922, Nr. 623 (Kopie).

⁶⁴⁶ Aus einer Äußerung Kardinal Csernoch über ihn bereits nach seiner Zeit als Budapester Nuntius erfährt man, dass er als „unbehaglich“ empfunden worden war. Gergely erklärt die Rolle eines Nuntius (unter anderem) als „Auge und Ohr“ des Heiligen Stuhls, was für die ungarischen Prälaten manchmal wohl peinlich war. Gergely, A 20. században, 259, 263.

⁶⁴⁷ Lorenzo Schioppa an Bischof Mikes, 4. Mai 1922. SzPL Act. Canc. 1922, Nr. 2330; GyEL 1922, Nr. 1657, 3483 (die beiden im Sachregister aufgeführten Dokumente waren im Diözesanarchiv Raab leider nicht auffindbar).

im folgenden Kapitel jene drei Kirchenfürsten kurz vorgestellt werden, die als Vorsteher ihrer Diözesen eine entscheidende Rolle spielten. Es werden ihre Biographien, sowie ansatzweise auch ihre Persönlichkeiten und Denkweise skizziert, wobei insbesondere jene Faktoren hervorgehoben werden, die für die Entwicklungen dieser kurzen, aber kirchenpolitisch regional entscheidenden Periode nach dem Ersten Weltkrieg von Bedeutung sein können. Denn Geschichte wird nicht nur von *the force of circumstance*, also von den Umständen verschiedenster Art (politische, geografische, wirtschaftliche, soziale, kirchliche, usw.) bestimmt, sondern von jenen Menschen, die vor Ort agieren – besonders, wenn sie in leitenden Positionen sind, wie die hier angeführten Oberhirten. Dies wird auch notwendig sein, um so manche in der Fachliteratur vorkommende Feststellungen revidieren oder zumindest weiter nuancieren zu können.

8.1 Anton Fetser, Bischof von Raab

Der bis 1922 für den nördlichen Teil des burgenländischen Gebietes zuständige Oberhirte, Anton Fetser (1862–1933), stammte aus einer wohlhabenden donauschwäbischen Familie aus Nagykároly (*Carei*) im ehemaligen Nordostungarn (*Abbildung 4*). Bevor er zum Bischof von Raab gewählt wurde, hatte Fetser bereits als Vertreter des Domkapitels von Großwardein (*Oradea*) drei Jahre lang die dortige Diözese geleitet.⁶⁴⁸ Die Amtsgeschäfte in Raab wurden von ihm am 25. März 1915 übernommen,⁶⁴⁹ sodass die in der österreichischen Fachliteratur vorkommende Erklärung für sein passiveres Verhalten gegenüber den westungarischen Loslösungsbestrebungen nicht zutrifft: Rittsteuer behauptete nämlich, dass Fetser erst nach dem Ersten Weltkrieg nach Raab gekommen war.⁶⁵⁰ Das weitverbreitete Bild über seine (angebliche) Passivität bedarf auch einer Nuancierung. Diese tauchte bereits in der ersten, vom späteren burgenländischen Bischof Stefan László verfassten Zusammenfassung über die Geschichte der Apostolischen Administration auf (1950), und zieht sich seitdem wie ein roter

⁶⁴⁸ Temel, 109; Magyar katolikus lexikon, Bd. III., 655; Új magyar életrajzi lexikon, Bd. II., 671-672.

⁶⁴⁹ Anton Fetser war der letzte Bischof, den Kaiser Franz Joseph in seiner Eigenschaft als ungarischer König nominiert hatte (1914). Temel, 109. Seine Ernennung zum Oberhirten von Raab war am 6. Dezember 1914 erfolgt. Pöck, 121, Anm. 65; Magyar katolikus almanach (Ungarischer katholischer Almanach) 2. Jg. (1928), 75; Magyar katolikus lexikon, Bd. III., 655.

⁶⁵⁰ Vgl. Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 341; Rittsteuer, Die Errichtung, 135. Ein Brief Bischof Fetser an den Wiener Nuntius vom November 1919 widerlegt ebenfalls die Behauptung von Rittsteuer: Im besagten Schreiben berichtete der Raaber Oberhirte darüber, dass er seit seiner Ernennung bereits Dreiviertel der ihm anvertrauten insgesamt 240 Pfarren (und alle von Westungarn!) bereist hatte, um das Sakrament der Firmung zu spenden. Den verbliebenen Rest konnte er noch wegen der dazwischengekommenen Rätediktatur nicht absolvieren. Fetser an Nuntius Valfre di Bonzo. Raab, 20. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238 (maschinengeschriebener lateinischer Brief); GyEL 1919, Nr. 4275, in: Nr. 4523/1919 (lateinischer und ungarischer Entwurf). Vgl. Kap. 8.1.

Faden durch die deutschsprachige Literatur.⁶⁵¹ Dabei ließ der Raaber Oberhirte den Entwicklungen keineswegs „freien Lauf“, wie in der österreichischen Fachliteratur formuliert wurde.⁶⁵² Er agierte sowohl auf höchster, vatikanischer Ebene, wie auch auf lokalem Niveau gegen die drohende Dismembration seines Bistums: Wie wir sehen werden, ließen die ungarischen Behörden, welche zwischen 1919 und 1921 gegen die anschlussbefürwortenden Priester seiner Diözese vorgegangen waren, auch nicht viel Raum für eine Passivität zu. Im Gegensatz zu seinem Bischofskollegen im Süden war aber der Bischof von Raab grundsätzlich kein politisch aktiver Geistlicher.⁶⁵³

Einer von Fetser's Klerikern hatte ihm auch ein literarisches Denkmal gesetzt, sodass wir dadurch einen guten – wenn auch subjektiven – Eindruck über diesen Kirchenfürsten haben können. In seinem autobiographischen Roman „Dorniger Weg“ beschrieb ihn sein einstiger Zeremoniär Ladislaus Stehlik als „glühenden Patrioten“, der eine chauvinistische Erziehung genossen hatte.⁶⁵⁴ Der Bischof mag zwar ein Patriot gewesen sein, aber seine Diözesanpolitik bezeugt, dass er durchaus Verständnis für die sprachlichen und kulturellen Ansprüche seiner Gläubigen zeigte, was er auch gegenüber dem Vertreter des Heiligen Stuhls in Wien mit Nachdruck hervorhob.⁶⁵⁵ Aus Stehlik's Roman gewinnt man den Eindruck über einen Kirchenfürsten mit zutiefst konservativer, feudaler Weltanschauung, der „vom Schreibtische weg mit wenigen Federstrichen eine große Diözese regierte“ und immer wohlüberlegt handelte.⁶⁵⁶ Der Autor schildert ihn als einen Oberhirten, der auch die innerkirchlichen sozialen Reformströmungen widerstrebten, und sich „mit sozialen Problemen nicht den Kopf zerbrach“. ⁶⁵⁷ Er war jedoch gutherzig und unter seiner Priesterschaft sehr beliebt – einer, der sich mit Hingabe für seine Priesterschaft einsetzte.⁶⁵⁸ Der Erste Weltkrieg und die danach eintretenden zahlreichen Probleme – unter ihnen auch die Abtrennung Westungarns – hatten aber seine Leistungsfähigkeit und Gesundheit sehr auf die Probe gestellt.⁶⁵⁹

⁶⁵¹ László, Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur, 198-199; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 341; Rittsteuer, Die Errichtung, 135; Szabó 17.

⁶⁵² Vgl. Mayer, 140.

⁶⁵³ Dieses behauptete Josef Pöck anhand der Aussagen von zwei seiner ehemaligen Diözesanpriester, Ladislaus Stehlik und Michael Gangl, deren Rolle in der Burgenlandfrage noch genauer behandelt wird. Pöck, 53-54.

⁶⁵⁴ Stehlik, Dorniger Weg, 5, 29-30. Diese Quelle muss freilich – allein schon ihrer Gattung halber – mit gewisser Vorsicht behandelt werden. Über Stehlik aus Zeremoniär von Bischof Fetser, siehe: Pöck, 53; Stehlik, Dorniger Weg, 16.

⁶⁵⁵ Fetser an Nuntius Valfre di Bonzo. Raab, 20. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238 (maschinengeschriebener lateinischer Brief); GyEL 1919, Nr. 4275, in: Nr. 4523/1919 (lateinischer und ungarischer Entwurf); Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408.

⁶⁵⁶ Stehlik, Dorniger Weg, 5-6, 24.

⁶⁵⁷ Ebenda, 24, 36.

⁶⁵⁸ Temel, 109; Jenöffy, 6; Stehlik, Dorniger Weg, 24. Vgl. Kap. 8.1 und 9.1.2.

⁶⁵⁹ Jenöffy, 6.

8.2 Johannes Mikes, Bischof von Steinamanger

Johannes Graf Mikes (1876–1945), von 1911 bis 1935 Oberhirte der Diözese Steinamanger,⁶⁶⁰ war unter seinen Zeitgenossen als eine stark nationalungarisch und legitimistisch eingestellte Persönlichkeit bekannt, der sowohl in der österreichischen als auch ungarischen Fachliteratur als solcher charakterisiert wurde (*Abbildung 5*).⁶⁶¹ Dieses Bild bedarf aber im Hinblick auf die Burgenland-Frage einer Differenzierung. Mikes engagierte sich zwar aktiv gegen die politische und kirchenrechtliche Abtretung Westungarns, aber wie man sehen wird, betrieb er anfangs – bis zur österreichischen Besetzung des Gebietes – eine ausgesprochen besonnene und zurückhaltende innerdiözesane Politik.

Mikes, der aus einer berühmten Siebenbürger Adelsfamilie stammte, war mütterlicherseits deutschstämmig – die Mittelschule hatte er in Kalksburg absolviert, das Theologiestudium an der Universität Innsbruck, sodass er mit Österreich und mit dem deutschen Kulturkreis bestens vertraut war.⁶⁶²

Der Archidiakon von Székelyudvarhely (*Odorheiu Secuiesc*) war mit seinen fünfunddreißig Jahren der jüngste Bischof der katholischen Kirche Ungarns, als er von Kaiser Franz Joseph an die Spitze der Diözese Steinamanger gestellt worden war.⁶⁶³ Mit großer Tatkraft setzte er sich an die Modernisierung seines neuen Bistums.⁶⁶⁴ Mikes war für die technischen Neuerungen seiner Zeit sehr empfänglich und progressiv, dafür aber politisch umso konservativer, was sich (nach 1918) in Habsburgertreue und Irredentismus

⁶⁶⁰ Die Bischofsweihe von Mikes fand am 1. Jänner 1912 statt, die Inthronisation am 6. Jänner desselben Jahres. Unger, 121, Anm. 64; Magyar katolikus lexikon, Bd. IX., 133.

⁶⁶¹ Der ungarische Ministerpräsident Sándor Simonyi-Semadam appellierte beispielsweise am 28. März 1920 in einem vertraulichen Brief an Bischof Mikes an dessen „patriotische Gesinnung“ (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1966). Selbst im Vatikan war Mikes als der „große Ungar“ bekannt. Ludwig von Pastor hatte diesen Umstand bei den vatikanischen Verhandlungen seinerseits geschickt als Gegenargument verwendet, um den österreichischen Standpunkt durchzusetzen: Er lehnte die Errichtung von Generalvikariaten für das Burgenland deshalb ab, weil sie von den Diözesanbischöfen abhängig gewesen wären. Er wies „nachdrücklich auf die stark nationalistische Gesinnung der ungarischen Bischöfe“ hin, „welche in dieser Hinsicht noch ihre französischen Kollegen übertreffen“. Im österreichischen Wochenblatt „Das Neue Reich“ stritt es Mikes jedoch ab, ein ungarischer Chauvinist zu sein, und bezeichnete sich als treuen Freund und Bewunderer des Deutschtums. Siehe: Johannes Graf Mikes, Zu den Verhandlungen in Westungarn. In: Das Neue Reich 3. Jg. Nr. 25, 488. (13. März 1921). Vgl.: Kap. 9.1.4. Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 73; Schleinzer, Von Westungarn zum Burgenland, 102; Schmidt, Die Entstehung, 319.

⁶⁶² Seine Mutter, Sophie Moser war eine geborene Schweizerin aus Schaffhausen. Magyar katolikus lexikon, Bd. IX., 133. Über die Vorfahren und Familie von Johannes Graf Mikes, siehe: Székely, 15-54.

⁶⁶³ Székely, 76-79.

⁶⁶⁴ Im Bischofspalast und in der benachbarten Kathedrale ließ er beispielsweise die Elektrizität gleich nach seinem Amtsantritt einführen. Ebenfalls zu seinem Amtsbeginn wurde die Diözesanzeitung zu einem Tagesblatt entwickelt, er gründete auch eine eigene Diözesansparkasse sowie eine neue katholische Buchhandlung. Während seiner langen Amtszeit wurden in der Diözese Steinamanger insgesamt vierundzwanzig neue Pfarren oder Seelsorgeämter aufgestellt und eine Unzahl an neuen Institutionen und Gebäude errichtet. Székely, 83-84, 91-95; Bakó, Gróf Mikes János, 16; Balázs Bakó, Gróf Mikes János püspök élete és munkássága [Leben und Werk von Johannes Graf Mikes], 235-236, 250-252.

manifestierte.⁶⁶⁵ Gegenüber den Notleidenden zeigte er sich hilfsbereiter, als sein Raaber Amtskollege und er teilte auch dessen Antisemitismus nicht.⁶⁶⁶

Bereits unmittelbar nach dem Untergang der Doppelmonarchie erregte er das Misstrauen der neuen republikanischen Machthaber in Ungarn, die ihn Ende Februar 1919 wegen seiner gegenrevolutionären Einstellung in das Benediktinerkloster Celldömölk internierten, von wo er im Folgemonat nach der Ausrufung der Räterepublik ins Budapester Sammelgefängnis überführt wurde.⁶⁶⁷ Er legte von großer Tapferkeit Zeugnis ab, als er mit Hilfe seines treuen Kammerdieners Ende Juli 1919 – während den letzten Tagen der Räteherrschaft – aus dem Gefängnis entlief. Seine Rückkehr nach Steinamanger am St. Stephanstag (20. August) glich einem Triumphzug: Er wurde von der Bevölkerung wie ein Held empfangen.⁶⁶⁸ Es folgten nach dem Weltkrieg und den Wirrnissen der Revolutionen von 1918/1919 Jahre des Wiederaufbaus, die aber durch die Abtrennung des Burgenlandes an Österreich und der Übermurgebiet (*Prekmurje*) an den SHS-Staat gestört wurden.⁶⁶⁹ Letztere empfand der Steinamangerer Oberhirte als besonders schmerzhaft Maßnahmen.⁶⁷⁰ Bevor es aber dazu kam, sorgte noch ein anderes Intermezzo parallel zur Westungarnfrage für Aufregung: Der erste Rückkehrversuch Karls I. auf den ungarischen Thron. Der Ex-König war Ende März 1921 völlig überraschend in Steinamanger angekommen und genoss während seiner gescheiterten Mission die Gastfreundschaft seines treuen Bischofs.⁶⁷¹

Der freundliche Oberhirte von Steinamanger hatte ein hervorragendes diplomatisches Talent gehabt, womit er selbst ihm nicht Wohlgesinnte auf seine Seite ziehen konnte.⁶⁷² Er war nicht nur bei seiner Diözesanpriesterschaft und unter seinen Gläubigen beliebt: Wie einmal der vatikanische Geschäftsträger einmal im Kontext Westungarns vermerkte, erfreute

⁶⁶⁵ Großes Aufsehen erregte sein Ad-limina-Besuch bei Pius XI., als er 1923 – als erster Bischof in der Geschichte – mit dem Flugzeug in Rom ankam. Für seine Reisen innerhalb der Diözese benutzte Mikes bereits seit den 1910er Jahren ein Automobil, was ebenfalls von seiner technischen Fortschrittlichkeit zeugt. Székely, 174-175; Bakó, Gróf Mikes János, 17.

⁶⁶⁶ Im Schloss Répceszentgyörgy, der bischöflichen Sommerresidenz, ließ er bereits am Anfang des Weltkrieges ein Militärspital einrichten, wo er auf eigene Kosten für die Verpflegung der Kranken und Verwundeten sorgte. Den Antisemitismus, der unter dem politisierenden Klerus Westungarns weit verbreitet war, lehnte Mikes strikt ab. Székely, 66, 91, 99-100, 144-145, 212. (Das christlichsoziale „Christliche Ödenburger Tagblatt“, sowie das vom Ödenburger Kanonikus Huber herausgegebene „Pester Zeitung“ waren beide dezidiert antisemitisch eingestellt. Vgl.: Unger, 1; Kap. 9.1.4.)

⁶⁶⁷ Magyar katolikus lexikon, Bd. IX., 133.; Székely, 106-110.

⁶⁶⁸ Székely, 105-112; Balázs Bakó, Az ellenforradalmár püspök (Eljárás gróf Mikes János Szombathelyi püspök ellen 1918-19-ben) (Der Gegenrevolutionär-Bischof. Zum Verfahren gegen den Bischof von Szombathely Graf János Mikes 1918–19]. In: Vasi Szemle 2007/1 (61. Jg.), 71, 77-80.

⁶⁶⁹ Für das Übermurgebiet hatte Bischof Mikes bereits im Herbst 1919 einen Generalvikar bestellt. 1924 wurde es vom Heiligen Stuhl – auf Druck der Belgrader Regierung – dem Bischof von Lavant (Maribor) als apostolische Administration unterstellt. Bakó, Gróf Mikes János, 21-24.

⁶⁷⁰ Székely, 112-113.

⁶⁷¹ Székely, 122-135; Botlik, 133-134.

⁶⁷² In seiner Monographie über Bischof Mikes widmete sein ehemaliger Diözesanpriester László Székely ein eigenes Kapitel für dessen Charakterbeschreibung. Er schilderte ihn als einen typischen Sanguiniker, der einen außerordentlich schnellen, flinken Geist hatte, den auch eine Direktheit im Umgang mit den Menschen kennzeichnete. Székely, 138-144, 182-202.

sich Mikes auch „in den Kreisen der höchsten vatikanischen Würdenträgern“ eines guten Rufes.⁶⁷³

Mikes verfolgte die Entwicklungen im Burgenland auch nach dessen Dismembration im Jahre 1922, wofür die ihm weiterhin loyalen Priester Informationen lieferten.⁶⁷⁴ Sein fulminanter Irredentismus ließ selbst nach vielen Jahren nicht ab: Im Sommer 1930 hielt er in Güns eine derart aufreizende Ansprache, dass das sozialdemokratische Wochenblatt „Burgenländische Freiheit“ von einer Fahndung gegen ihn wegen Hochverrates fantasierte.⁶⁷⁵ Er blieb seinem bischöflichen Motto „Non confundar“ (Ich werde nicht zuschande werden) stets treu.⁶⁷⁶ Bischof Mikes war auch Förderer und Wegbereiter des späteren Kardinals Mindszenty gewesen, der im Jahre 1960 – ganz in der Tradition seines einstigen Oberhirten – eine Protestnote beim Heiligen Stuhl gegen die Bistumserhebung des Burgenlandes einlegte.⁶⁷⁷

8.3 Friedrich Gustav Piffl, erster Apostolischer Administrator des Burgenlandes

Friedrich Gustav Kardinal Piffl (1864–1932), der die Erzdiözese Wien seit 1913 leitete,⁶⁷⁸ war aus der Sicht der Wiener Regierung aus mehreren Gründen ein sehr geeigneter Kandidat für den Posten des apostolischen Administrators (*Abbildung 6*). Zu Lebzeiten Benedikts XV. sprach für ihn, dass er beim Heiligen Vater eine „besonders geachtete Stelle“ einnahm, wie Engel-Janosi festhielt.⁶⁷⁹ Es gab aber eine Reihe von anderen Gründen, warum die österreichischen Entscheidungsträger mit großer Zähigkeit an seiner Kandidatur festhielten – letztendlich mit Erfolg. Der Christlichsoziale Walter Breisky⁶⁸⁰, der als Vizekanzler mit dem Kultusamt betraut war, führte Ende April 1922 in einem langen Exposé alle Argumente auf, die seiner Meinung nach Piffl zum bestmöglichen Kandidaten machten. Für den Kardinal sprach, wie erwähnt, dass er Kenntnis über die lokalen Verhältnisse im Burgenland hatte, aber

⁶⁷³ Aladár Boroviczény an Ministerpräsident Teleki vom 1. September 1920. MNL OL K-105-N-2 1920/49 pol.

⁶⁷⁴ Haslinger, 76-78.

⁶⁷⁵ Burgenländische Freiheit, 17. Juni 1930, 1. Zitiert in: Mayer, 178-179.

⁶⁷⁶ Temel, 146.

⁶⁷⁷ Székely, 146-147. Das Außenamt der Vereinigten Staaten ließ allerdings Mindszenty's Brief dem Vatikan nicht zukommen: „Szent István hierarchiájának védelmében - Mindszenty bíboros 1960-ban kelt levele Burgenland ügyében.“ [„Im Schutze der Hierarchie von St. Stephan - Brief von Kardinal Mindszenty aus dem Jahre 1960 über die Angelegenheit des Burgenlandes]. <http://www.regnumportal.hu/node/495> (Eingesehen am: 05.06.2010). Vgl. auch: Berczeller, Leser, 196-197; Rittsteuer, Katholische Kirche, 96-97.

⁶⁷⁸ Rittsteuer, Diözesanchronik, 12.

⁶⁷⁹ Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 47.

⁶⁸⁰ Walter Breisky (1871–1944) diente als Vizekanzler zwischen 1920 und 1922. Zu seinen Aufgabenbereichen zählte simultan auch die Leitung des Innen- und Unterrichtsministeriums. http://www.biographien.ac.at/oeb1_1/111.pdf (Eingesehen am: 25.07.2017)

vielleicht noch wichtiger, dass er kraft seines Amtes die Autorität besaß, nötigenfalls auch gegen die beiden westungarischen Bischöfe vorzugehen:

Gerade diese Umstände weisen immer wieder auf die Person des Wiener Erzbischofs Kardinal Dr. Piffl hin, der vor etwa 20 Jahren als Verwalter der Klosterneuburger stiftlichen Güter in Ungarn durch 6 Jahre hindurch wirkte [...] und einerseits mit den Verhältnissen der konfessionellen Schulen vollkommen vertraut ist, andererseits aber auch die Mentalität der Bevölkerung kennt.⁶⁸¹

Breisky fuhr damit fort, dass Piffl wegen seiner Kardinalswürde aus vatikanischer Sicht auch deshalb eine gute Wahl wäre, weil er die kirchlichen Interessen im Burgenland „auch gegenüber staatlichen Behörden“ (!) sichern könnte.⁶⁸²

Nach seiner Ernennung zum Apostolischen Administrator konnte Kardinal Piffl (unter den gegebenen schwierigen Umständen) auf bestmögliche Weise jene Hoffnungen erfüllen, die ihm seitens der Wiener Regierung gestellt worden waren – die Entscheidung des Heiligen Stuhls erwies sich nachhinein als ein guter Schritt. Piffls Persönlichkeit, wie auch sein entschiedenes Vorgehen trugen deutlich dazu bei, dass unter seiner Amtszeit aus dem Nichts eine funktionierende Kirchenorganisation geschaffen werden konnte.⁶⁸³ Mit seinem empathischen Auftreten und väterlichem Wohlwollen erreichte er, dass die anfängliche Aversion der burgenländischen Priesterschaft gegen ihn bald einer freundlicheren Einstellung wich. Der Erzbischof kannte ja ihre überwiegend ungarische Gesinnung, welche er nicht mit Gewalt verändern wollte, sondern ließ ihr genug Zeit zur geistigen Umstellung.⁶⁸⁴

Wie dachte aber Kardinal selbst über den Anschluss Deutschwestungarns an Österreich und über seine Ernennung zum Administrator? Dank der zeitgenössischen Archivquellen und der einschlägigen Fachliteratur lässt sich seine Sichtweise bereits ab einem frühen Zeitpunkt rekonstruieren. Von einem Bericht des Grafen Klebelsberg vom 21. Oktober 1919 erfährt man, dass Kardinal Piffl laut des einstigen Kultusministers Hussarek „die Angliederung der Heanzen (!) an die Wiener Erzdiözese“ nicht wünschte. Graf Klebelsberg interpretierte diese Aussage damit, dass der Erzbischof wohl den Eindruck über besagten westungarischen

⁶⁸¹ ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Inneres und Unterricht (Walter Breisky), Z. 1611/1A, vom 25. April 1922. Vgl. Kap. 5.3.

⁶⁸² Ebenda. Der christlichsoziale Vizekanzler dachte dabei wohl in erster Linie an sozialdemokratisch dominierte Stellen, die das katholische Schulwesen gefährden konnten. Vgl. Kap. 9.2.

⁶⁸³ László, Werden und Wachsen, 199-200; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 344-345; Rittsteuer, Diözesanchronik, 12.

⁶⁸⁴ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 343; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 165; Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 137; László, Werden und Wachsen, 199-201.

Pfarrten hatte, dass sie von den Diözesen Raab und Steinamanger auf finanziell „ziemlich verwöhnt wurden“, sodass er ihre hohen Ansprüche befürchtete.⁶⁸⁵

Ein weiteres Zeugnis von Kardinal Piffls mangelnder Begeisterung für einen Anschluss Westungarns stammt vom Februar 1920, als er – wie schon erwähnt – zwei Budapester Theologieprofessoren seine Ansicht darüber vertrat, dass es zu keiner (politischen) Übernahme des Gebietes durch Österreich kommen würde.⁶⁸⁶ Jenőffy zitiert den Wortlaut des Originalberichtes der beiden Professoren, welche von einer niederschmetternden Meinung des Kardinals über das Glaubensleben der westungarischen Bevölkerung zeugt: Piffl erklärte seinen Gästen nämlich, dass er es nicht wünschte, „das in seinem Glauben lauwarmer Volk an Österreich anzuschließen“.⁶⁸⁷

Wie vorhin erwähnt, wusste Kardinal Piffl bestimmt auch davon, dass die Wiener Regierung seine Bestellung zum Apostolischen Administrator bereits im August 1921 fast durchgesetzt hatte.⁶⁸⁸ Als es dann im Mai 1922 tatsächlich zu seiner Ernennung kam, bat ihn der beleidigte Bischof Mikes um Kontaktaufnahme wegen seines künftigen Provikars. Recht vielsagend ist die Reaktion des Erzbischofs: Er hielt es für wichtig klarzustellen, dass es durchaus nicht sein Ehrgeiz war, Administrator zu werden, und dass er lediglich im Gehorsam gegenüber dem Heiligen Stuhl gehandelt hatte.⁶⁸⁹ Dass er diese Aussage ernst meinte, wird aus einer ungarischen Quelle eindeutig. Darin berichtete der ungarische Vatikangesandte über ein Treffen des späteren Fürstprimas Serédi mit Kardinal Piffl, der darüber klagte, wie unangenehm für ihn diese Ernennung war.⁶⁹⁰

Dass die kirchenrechtliche Übernahme des Burgenlandes durch den Wiener Erzbischof widerwillig erfolgt war, ist angesichts der enormen Schwierigkeit der Aufgabe wohl verständlich, die obigen Ausführungen haben aber auch eine etwas subjektivere Dimension seines Widerstrebens hinzugefügt.

Eine weitere, recht verblüffende Episode stammt aus einer Zeit, wo Piffl bereits längst als Apostolischer Administrator tätig war. Haslinger zitiert dabei eine Quelle aus dem Ungarischen Staatsarchiv, in dem sich Kardinal Piffl 1925 offen für eine Rückgliederung des Burgenlandes an Ungarn ausgesprochen hatte. Wie er dem ungarischen Gesandten in Wien erklärte, stellte er dies im Rahmen eines gemeinsamen österreichisch-ungarischen Staates vor,

⁶⁸⁵ Bericht von Kuno Graf Klebelsberg an Nationalitätenminister Bleyer. Budapest, 21. Oktober 1919. In: Bleyer an Bischof Fetser. Budapest, 27. Oktober 1919. GyEL 1919, Nr. 4356. Siehe auch: Jenőffy, 12 (mit falschem Datum und Interpretation).

⁶⁸⁶ Salacz, 131. Vgl. Kap. 5.2.

⁶⁸⁷ Jenőffy, 12. (auf der Grundlage von PL cat. 39. 116/1920.)

⁶⁸⁸ Telegraphische Weisung von Außenminister Miklós Graf Bánffy vom 18. August 1921. MNL OL K-105-N-2a 1921/340 pol. In: Újváry, 750-751 (englische Übersetzung). Vgl. Kap. 5.1.

⁶⁸⁹ Rittsteuer, Die Errichtung, 136; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 342.

⁶⁹⁰ Joseph Somssich an Außenminister Bánffy. Rom, 30. Mai 1922. MNL OL K-105-N-2a 1922/296 pol.

mit einem Habsburgerherrscher an der Spitze. Die Parallele zur Gesinnung seines Steinamangerer Kollegen muss nicht näher erörtert werden.

9. Die Westungarn-Politik der Bischöfe von Raab und Steinamanger

Wie schon einleitend erwähnt, war das Burgenland bis 1922 in territorialer Hinsicht Teil zweier ungarischer Diözesen.⁶⁹¹ Die nördlichen Gebiete unterstanden dem Bischof von Raab, während die südlichen zu Steinamanger gehörten. Nach 1919 verband diese Kirchenfürsten ein starkes gemeinsames Interesse: Die Abspaltung von Teilen ihrer Bistümer zu verhindern. Sie verfolgten dieses Interesse aber mit unterschiedlicher Intensität: Während Anton Fetser, Oberhirte der Raaber Diözese, eher reaktiv als aktiv agierte, entfaltete sein Amtskollege im Süden eine viel regere Tätigkeit gegen den Verlust seiner westlichen Gebiete,⁶⁹² obwohl Raab viel stärker betroffen war: Die Diözese verlor an Österreich 99 Pfarren mit 144.983 Gläubigen, während von Steinamanger „nur“ 57 Pfarren mit 100.349 Gläubigen an die Apostolische Administration Burgenland angegliedert wurden; weitere 19 Pfarren mit 67.281 Gläubigen kamen an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen.⁶⁹³

Die beiden westungarischen Oberhirten dürften bereits seit Ende des Jahres 1919 über die Gefahr der Lostrennung informiert gewesen sein, was Dokumenten in den Diözesanarchiven Raab und Steinamanger zu entnehmen ist. Die Budapester Regierung hatte damals – auf Anraten des Wiener Nuntius – die Bischöfe Fetser und Mikes ermuntert, beim Heiligen Vater zu intervenieren.⁶⁹⁴ Letzterer verfasste am 10. November 1919 tatsächlich einen Brief in diesem Sinne an Benedikt XV.⁶⁹⁵ Er schrieb dem Heiligen Vater über die drohenden politischen und religiösen Konsequenzen des Vertrages von St. Germain für Ungarn und im

⁶⁹¹ Vgl. Kap. 2.

⁶⁹² László, Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur, 198-199; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 341; Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 135; Szabó, 17; Schmidt, Die Entstehung, 318.

⁶⁹³ Magyar katolikus almanach 3. Jg. (1929), 300, 302; Schematismus Cleri Dioecesis Sabariensis Pro Anno Domini 1923, Szombathely [1923], 85; Kirchlicher Standesausweis der Diözese Eisenstadt. VIII. Ausgabe. Stand mit 1. Jänner 1991. Eisenstadt 1991, 39; Temel, 109, 147; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 341-342; Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 135; Schmidt, Die Entstehung, 318.

⁶⁹⁴ Dieses war ursprünglich ein Ratschlag des Wiener Nuntius Valfré di Bonzo an den Grafen Kuno von Klebelsberg: Lagebericht des Grafen Kuno von Klebelsberg aus Wien an den ungarischen Nationalitätenminister Jakob Bleyer. GyEL 1919, Nr. 4356. Es wird jedoch aus dem Protokoll der Ungarischen Bischofskonferenz vom 17. März 1920, aus der Rede des Raaber Bischofs, ersichtlich, dass der Wiener Nuntius bereits eine Loslösung Westungarns und seine Unterstellung unter die Jurisdiktion eines „deutschen Priesters“ zu befürworten schien. Dabei konnte es sich schon um den Nachfolger Valfré di Bonzos gehandelt haben, der bis zum 6. März des Jahres im Amt war (A magyar katolikus püspökkari tanácskozások, 45; Salacz, 131; Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408, Anm. 15); Schmidt, Die Entstehung, 319.

⁶⁹⁵ SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4654. Eine Kopie seines Schreibens an den Heiligen Stuhl ließ der Bischof von Steinamanger auch dem damaligen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich und dem Nationalitätenminister Jakob Bleyer zukommen (SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4855). Schmidt, Die Entstehung, 319-320.

Besonderen für seine eigene Diözese; er bat ihn, im Kontext der Pariser Friedenskonferenz für die beiden Partei zu ergreifen.⁶⁹⁶ Im Zusammenhang mit der Frage Westungarns wies er auf die von der sozialdemokratischen Regierung Österreichs gegen Kirche und Religion zu befürchtende Gefahr hin, die sich „in der Praxis kaum vom so genannten Kommunismus unterscheidet“.⁶⁹⁷ In Ungarn sei Letzterer hingegen schon besiegt, so dass dort die Umstände für den katholischen Glauben besser wären. Er sprach also die etwaige Veränderung der Diözesangrenzen nicht unmittelbar, sondern nur indirekt an. Das im vorigen Kapitel zitierte Schreiben des Wiener Nuntius über den geplanten apostolischen Delegaten ließ aber keine Zweifel darüber, dass das Endziel der österreichischen Diplomatie bereits damals die Aufstellung eines unabhängigen Bistums war, dem sich auch Valfrè als Vertreter des Heiligen Stuhls anzuschließen schien.⁶⁹⁸

Aus einem vier Tage später verfassten Brief von Mikes an seinen Raaber Amtskollegen wird klar, dass er auch plante, Mitte November 1919 den Nuntius persönlich in Wien zu treffen, um mit ihm über die Frage Westungarns zu verhandeln. In diesem Schreiben an Fetser kündigte er an, den Plan über die Ernennung des apostolischen Vikars zu blockieren; nur wenn die faktische Übernahme des Gebiets durch Österreich vollzogen sei, könnte der Nuntius dort einen Rom direkt unterstellten Kleriker ernennen.⁶⁹⁹ Die Dismembration und die Aufstellung einer Diözese Ödenburg hielt er für entsetzlich, drückte jedoch seine Hoffnung aus, dass die Abtretung der westlichen Teile sowieso nur „auf dem Papier bleiben“ würde.⁷⁰⁰ Mikes sprach auch die Frage der Generalvikariate an, wobei der für ihn typische Sarkasmus voll zum Tragen kam: „Meinen Deutschen könnte ich später nur mich selbst als Bischofsvikar geben, weil ich die deutsche Sprache besser als alle meine Priester beherrsche [...]“⁷⁰¹

⁶⁹⁶ SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4654; Schmidt, Die Entstehung, 320.

⁶⁹⁷ Ebenda. (Zitiert auch in: Schmidt, Die Entstehung, 320).

⁶⁹⁸ Valfrè di Bonzo an Bischof Fetser. Wien, 10. November 1919. (samt zeitgenössischer Übersetzung des italienischen Originals ins Ungarische). GyEL 1919, Nr. 4523; Valfrè di Bonzo an Bischof Mikes. Wien, 10. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4704. Vgl. Kap. 6.3.

⁶⁹⁹ Bischof Mikes an Bischof Fetser. Steinamanger, 14. November 1919. GyEL 1919, Nr. 4449. Der Steinamangerer Bischof fügte seinem Brief eine Kopie seines Antwortschreibens an den Nuntius vom 12. November 1919 bei (Johannes Graf Mikes an Valfrè di Bonzo. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4704). Im letztgenannten Aktenbündel des Diözesanarchivs Steinamanger befindet sich auch der Originalbrief des Wiener Nuntius, der auf den 10. November 1919 datiert ist. (Hier muss ein Missverständnis ausgeräumt werden, welche in meiner früheren Abhandlung des Themas vorkam und zum Teil auf die Terminologie zurückführbar war. Valfrè di Bonzo hatte die beiden ungarischen Bischöfe nicht über die Absicht verständigt, *Vikariate* zu errichten: Mikes hatte in diesem Zusammenhang geschrieben, dass wenn Westungarn zu Österreich kommt, könne der Nuntius dort erst „einen Vikar aufstellen“. Vgl.: Schmidt, Die Entstehung, 320. Über die Klärung des Begriffes, siehe auch Kap. 5.2.)

⁷⁰⁰ Bischof Mikes an Bischof Fetser. Steinamanger, 14. November 1919. GyEL 1919, Nr. 4449. (Zitiert auch in: Schmidt, Die Entstehung, 320.)

⁷⁰¹ Ebenda. Unter „Meinen Deutschen“ (wortgetreu übersetzt: „meinem Deutschtum“) meinte Bischof Mikes seine deutschsprachigen Gläubigen. Die Idee über die Generalvikariate, die später von der ungarischen Diplomatie als Kompromissvorschlag eingesetzt wurde, tauchte also bereits recht früh als Lösungsmodalität bei den beiden betroffenen Oberhirten auf.

Eine andere Quelle bestätigt das Wien-Besuch des Steinamangerer Bischofs: Er wurde laut eigenen Angaben am 14. November 1919 vom Nuntius empfangen, dem er bei diesem Anlass auch das oben zitierte Schreiben an den Papst „in Begleitung von entsprechender Information“ übergab.⁷⁰² Valfrè wurde also augenscheinlich von beiden westungarischen Oberhirten mit der nötigen Hintergrundinformation versehen.

Die Zusammenarbeit von Fetser und Mikes in der Westungarnfrage blieb – wie schon erwähnt – auch der Wiener Regierung nicht lange verborgen, welche mindestens seit Dezember 1919 davon wusste.⁷⁰³ In einer vertraulichen Mitteilung an das österreichische Außenamt berichtete man Anfang Mai 1920 mit Berufung auf einen „dem Bischofe Mikes nahestehenden Persönlichkeit“ darüber, dass die beiden Oberhirten selbst nach einer politischen Abtrennung Westungarns nicht bereit wären, ihren dortigen Einfluss aufzugeben und dass sie unter Einschaltung des Wiener Nuntius gemeinsam die Intervention des Papstes erbat (oder erbitten werden).⁷⁰⁴ Es ist recht interessant, dass der Verfasser davon ausging, dass sie Vikariate auch nur deshalb errichten wollten, um die österreichische Regierung zu täuschen, „um der Sache einen harmlosen Anstrich zu geben“. Diese wären dann von Westungarn besetzt, von „Renegaten“.⁷⁰⁵ Das Schreiben wies auch darauf hin, dass bei einer derartigen, weiter bestehenden Abhängigkeit von den Mutterdiözesen das Gebiet „nur ungarische Priester bekommen“ würde und zu einem Unruheherd werden drohte. Wie wir sehen werden, waren diese Ängste der neuen Herren des Landes durchaus nicht unbegründet.

In den folgenden Jahren entfaltete Bischof Mikes eine vielseitige Aktivität in der Burgenland-Frage. Um die Kontrolle über die westlichen Teile seiner Diözese aufrechtzuerhalten, griff er zwei Jahre später zur oben erwähnten kirchenrechtlich-administrativen Maßnahme: Nachdem die regulären ungarischen Truppen Ende August 1921 das Burgenland zu räumen begonnen hatten, bestellte er am 1. September 1921 den Pfarrer von St. Michael, Franz Thomas (1870–1923),⁷⁰⁶ zum Generalvikar des burgenländischen

⁷⁰² Wie aus einer Akte des Diözesanarchivs Steinamanger ersichtlich, hatte Mikes dem damaligen ungarischen Ministerpräsidenten und dem Nationalitätenminister über sein Wien-Besuch eine kurze Rückmeldung gegeben, dem er auch jeweils eine Kopie seines Briefes vom 10. November 1919 an Benedikt XV. beigefügt haben soll. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4855. (20. November 1919.). Vgl. Kap. 6.3.

⁷⁰³ Vgl. Kap. 5.2. und 6.3.

⁷⁰⁴ Vorgänge in Westungarn, vertrauliche Mitteilung. ÖstA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Staatsamt für Äußeres, Z. 1788/3/1920, vom 4. Mai 1920.

⁷⁰⁵ Unter den letzteren waren Deutschstämmige mit ungarischer Orientierung/Identität gemeint, die später im Burgenland als „Magyaronen“ beschimpft wurden. Siehe: Unger, 24, Annm. 139.

⁷⁰⁶ Franz Thomas stammte aus Jennersdorf und erhielt die Priesterweihe 1893 in Steinamanger. Zunächst war Thomas von 1893 bis 1896 als Kaplan in Königsdorf tätig, 1896 wurde er nach St. Michael versetzt, wo er bis zu seinem Tode diente – bis 1905 als Administrator und anschließend als Pfarrer. Seit 1908 war er auch Leiter des Dechanates Stegersbach. Der Pfarrer von St. Michael betätigte sich ebenfalls politisch: Als Abgeordneter repräsentierte er im Budapester Parlament das Wahlbezirk Güssing und war im Jahre 1920 Mitglied der ungarischen Regierungspartei. Am 7. November 1920 legte er mit seinen westungarischen Gesinnungsgenossen Protest gegen die Ratifizierung des Trianoner Friedensvertrages ein (trat aber nicht aus der Regierungspartei, wie Rittsteuer in seinem Aufsatz „Kirche im Grenzraum“ angab – vgl. Unger, 6.). Thomas

Teils seines Bistums.⁷⁰⁷ Wegen der schlechten Verkehrsmöglichkeiten im Burgenland erteilte er gleichzeitig auch dem Dechant von Lockenhaus, Matthias Heisz, gewisse Dispensvollmachten für seine Pfarren.⁷⁰⁸ Allerdings konnte Dechant Thomas sein Amt bis Ende November nicht wahrnehmen, denn er war in die benachbarte Steiermark geflohen und kehrte erst nach drei Monaten zurück.⁷⁰⁹ Zum Zeitpunkt seiner Ernennung hatten nämlich ungarische Aufständische begonnen, sich mit den einrückenden österreichischen Zoll- und Gendarmerieeinheiten Gefechte zu liefern. Der ungarische Freischärlerführer Pál Prónay hatte einen Monat später, am 4. Oktober, sogar ein unabhängiges, jedoch kurzlebiges *Leitha-Banat* in Oberwart ausgerufen; auch die zur endgültigen Lösung des Konflikts zusammengerufene Konferenz von Venedig wurde während dieser Tage abgehalten (11-13. Oktober 1921).⁷¹⁰ Die Ernennung des Generalvikars war jedoch von Mikes von vornherein nur als vorübergehende Maßnahme gedacht.⁷¹¹ Sein Kollege in Raab tat nicht einmal diesen Schritt: Er billigte lediglich eine Eingabe des Dechants von Eisenstadt-Oberberg, Propst Michael Nagy, nach

war vom 1. September 1921 bis zum 3. Februar 1922 Bischofsvikar des österreichischen Teiles der Diözese Steinamanger (bei Rittsteuer ist sein Ernennungsdatum irrtümlich 10. Oktober 1921). Nach dem Anschluss von Westungarn an Österreich zog er sich aus der Politik zurück und starb bereits am 20. September 1923. Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 134, Anm. 14; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 340, Anm. 22; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 161; Schematismus Cleri Dioecesis Sabariensis Pro Anno Domini 1923, Szombathely [1923], 81; Amtliche Mitteilungen der Apostolischen Administration des Burgenlandes, Nr. 8. vom 15. November 1923. 1923/6; Unger, 16 (Anm. 89), 68 (Anm. 309); Schlag, Die politischen Parteien, 98; Schmidt, Die Entstehung, 321-322.

⁷⁰⁷ Das genaue Ernennungsdatum wird in der Fachliteratur widersprüchlich angegeben. Der 10. Oktober 1921 ist lediglich der Tag, auf den der entsprechende Hirtenbrief datiert wurde. Die Ernennung selbst war bereits im September erfolgt. Eine Ausnahme von dieser Regelung bildeten drei mehrheitlich deutschsprachige Ortschaften, die ursprünglich zwar Österreich zugesprochen worden waren, aber zur Zeit der Ernennung schon unter jugoslawischer Besatzung standen und später beim SHS-Staat verblieben: Guitzenhof (*Ocinje*), Sinnersdorf (*Kramaroveci*) und Füchelsdorf (*Fikšinci*). SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 3945 (1. September 1921); SzEL Hirtenbriefe 1921. XI. Nr. 4526 (10. Oktober 1921). Im Hirtenbrief sind aber die drei oben genannten Gemeinden nicht mehr erwähnt. Siehe auch: László, Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur, 198; Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 134; Schleizer, Von Westungarn zum Burgenland, 102; Hanner, 68; Huber, 4; Zsiga, 83; Bakó, Gróf Mikes János, 21. Schmidt, Die Entstehung, 321-321. Über die drei jugoslawisch besetzten Dörfer, siehe: Ormos, 79-80.

⁷⁰⁸ SzEL Hirtenbriefe 1921. XI. Nr. 4526 (10. Oktober 1921); SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 3945. Siehe auch Rittsteuer, Errichtung der Apostolischen Administratur, 134; Schmidt, Die Entstehung, 320. Matthias Heisz (1867-?). 1893 zum Priester geweiht, war Heisz zuerst als Kaplan in Rechnitz, später als Pfarrer in Oberkohlstätten tätig, bevor er 1905 Pfarrer und Dechant von Lockenhaus wurde, sowie Bezirksschulinspektor. Am 21. März 1919 – gleich zu Beginn der Räterediktatur – wurde Dechant Heisz verhaftet, wo er in Steinamanger zusammen mit dem späteren Kardinal Mindszenty inhaftiert war. Cleri Dioecesis Sabariensis Pro Anno Domini 1923, Szombathely [1923], 70; <http://www.magyarkurir.hu/hirek/memoriam-kincs-istvan-apat> (Eingesehen am: 03.09.2017). Pfarrer Heisz wurde später zur Zielscheibe des großdeutschen Blattes „Der Freie Burgenländer“, weil er in den Schulen von Lockenhaus und Umgebung die Einführung österreichischer Bücher und Landkarten sabotierte. Der Freie Burgenländer, 21. Mai 1922, 3.

⁷⁰⁹ Aus seinem Brief an Bischof Mikes vom 18. Dezember 1921 und dem beigelegten Zeitungsartikel geht hervor, dass er gerade vor den irregulären ungarischen Einheiten fliehen musste (SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 5454; Güssinger Zeitung 11 (1921) 51, 2 (18. Dezember 1921). Vgl. Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 341, Anm. 26; Schmidt, Die Entstehung, 321.

⁷¹⁰ Zu den Turbulenzen im Herbst des Jahres 1921 kam der zweite und letzte Rückkehrversuch Karls I. (IV.), des habsburgischen Ex-Königs auf den ungarischen Thron, der von Westungarn seinen Anfang nahm und an dem sich der legitimistische Bischof Mikes aktiv beteiligte; die Vorbesprechungen wurden am 17. Oktober 1921 in seinem Steinamangerer Bischofspalast vorgenommen. Jankó, Tóth, 96-98; Botlik, 289; Berczeller, Leser, 372-374; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 342; Schlag, Zur Burgenlandfrage, 121.

⁷¹¹ SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 3945; Schmidt, Die Entstehung, 321.

Rom, in der die zu Österreich gekommenen Priester der Raaber Diözese den Heiligen Vater um einen Generalvikar baten.⁷¹²

Nach der Volksbefragung von Ödenburg im Dezember 1921 hatte sich die Lage im Burgenland einigermaßen normalisiert, so dass Bischof Mikes bereits am 3. Februar 1922 Franz Thomas seines Amtes als Generalvikar enthob und die volle Kontrolle über die zu Österreich gekommenen Teile seiner Diözese wieder übernahm.⁷¹³ In diesem Zusammenhang soll hier der Wortlaut jenes Protokolls zitiert werden, das während der in Steinamanger am 17. Jänner 1922 abgehaltenen Versammlung aufgenommen wurde. Ziel dieses Treffens bei Bischof Mikes war eine informative Besprechung von administrativen, schulischen und politischen Fragen, die das abgetrennte westliche Diözesangebiet betrafen:

Mit Rücksichtnahme darauf, dass Ödenburg bei Ungarn geblieben ist, ist keine Rede über die Angliederung des westlichen Teiles der Diözese an irgendein österreichisches Bistum, weil mit dem Verlust von Ödenburg die Österreicher kein geeignetes Zentrum finden. Weder der Erzbischof von Wien, noch der Bischof von Graz wünschen es, dass der westliche Teil unter ihre Zuständigkeit kommt, weil sie ihn nicht verwalten können. Dieser Teil steht also weiterhin unter unserer Jurisdiktion.⁷¹⁴

Obwohl diese Textpassage als kirchenrechtliches Argumentationswerk zu interpretieren ist, sind ihre Schwächen aus heutiger Sicht offensichtlich.⁷¹⁵ Das Protokoll hielt auch fest, dass die burgenländischen Dechanten den Posten des Generalvikars nicht mehr für notwendig

⁷¹² Michael Nagy an Bischof Fetser (Eisenstadt-Oberberg, 14. Jänner 1920); Begleitbrief von Bischof Fetser an die Apostolische Nuntiatur in Wien (Raab, 20. Jänner 1920). GyEL 1920, Nr. 367. Siehe auch: Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 341, Anm. 26; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 160; Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408; Schmidt, Die Entstehung, 321; Szabó, 17. Die Bitte nach einem Generalvikar konnte ich in den hier angeführten Dokumenten des Raaber Diözesanarchivs nicht finden, sie sind nur Begleitbriefe. Diese Information taucht bei Rittsteuer auf, ist aber im Fußnotenapparat leider nicht belegt. Ebenfalls von Rittsteuer stammt die Information, wonach Bischof Fetser – ähnlich wie sein Steinamangerer Kollege – für die Westgebiete einen Generalvikar einzusetzen überlegte. Es ist allerdings nicht nachvollziehbar, ob Rittsteuer dabei an die Aktion von Propst Nagy von Jahresanfang 1920 dachte, oder bereits an den Herbst 1921, als Dechant Thomas seine Bestellung erhielt, weil die Quellen dazu wiederum fehlen. Siehe: Rittsteuer, Katholische Kirche, 94.

⁷¹³ SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 3945; 1922, Nr. 390; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 340-341; Huber, 4; Schmidt, Die Entstehung, 321-322. Im südburgenländischen Grenzbereich zu Ungarn gab es noch im März und Juli 1922 Gefechte zwischen den österreichischen Gendarmerieeinheiten und den ungarischen Freischärlern (Jankó, Tóth, 101). Rittsteuer vermutet, dass die Abberufung des Generalvikars wohl „auf einen Wink von Rom her“ erfolgt gewesen sei (Rittsteuer, Katholische Kirche, 94).

⁷¹⁴ Protokoll vom 17. Jänner 1922. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 390. (Zitat vom Verfasser übersetzt. Siehe auch: Schmidt, Die Entstehung, 322).

⁷¹⁵ Kardinal Piffl hat das Burgenland nicht seiner Diözese einverleibt, sich aber während des Konklaves von 1922 in Rom persönlich für die Errichtung einer Apostolischen Administration eingesetzt. Die Errichtung einer eigenen burgenländischen Diözese musste zwar nach der Volksabstimmung von Ödenburg im Dezember 1921 auch aus finanziellen Gründen vorerst aufgegeben werden, aber die Absicht Österreichs, eine von Ungarn unabhängige kirchliche Verwaltung im Burgenland einzuführen, wurde nicht durchkreuzt (Hanner, 68-69). Zwar weniger ideal als Ödenburg, konnte Eisenstadt ab 1960 doch die Funktion eines Bistumssitzes gut erfüllen. In der burgenländischen Landeshauptstadt war aber der Bistumsgründung eine systematische Aufbauarbeit vorangegangen. Schmidt, Die Entstehung, 322.

hielten.⁷¹⁶ Ferner wurde auch bestimmt, dass im österreichischen Teil der Diözese Steinamanger die kirchlichen Matrikelbücher in Zukunft auf Latein geführt werden müssten, als Amtssprache aber weiterhin Ungarisch gelte. Nur in den katholischen Schulen ging man zur deutschen Sprache über. Diese Verfügungen wurden dem burgenländischen Klerus in einem deutschsprachigen Schreiben vom 3. Februar 1922 mitgeteilt.⁷¹⁷

9.1 Innerkirchliche Korrespondenz auf höchster Ebene in der westungarischen Frage

An erster Stelle ist hier der bereits zitierte Brief von Bischof Mikes vom November 1919 an den Heiligen Vater zu nennen. Darin machte er Benedikt XV. auf die Gefahren aufmerksam, die im Falle einer politischen Abtretung Westungarns für die katholische Kirche entstehen würden.⁷¹⁸ Unmittelbar danach schrieb er auch an den Wiener Nuntius und sprach konkret den Plan zur Aufstellung von Vikariaten im burgenländischen Raum an sowie die eventuelle Errichtung einer Diözese Ödenburg; damals lehnte er beides kategorisch ab.⁷¹⁹

Wie früher kurz erwähnt wurde, hatte Bischof Fetser 1919 ebenfalls Briefkontakt zum Nuntius gehabt.⁷²⁰ Auf dessen Ankündigung über einen apostolischen Delegaten für Westungarn antwortete der Raaber Oberhirte am 20. November in einem weit ausufernden Schreiben.⁷²¹ Fetser war ursprünglich aufgefordert worden, mögliche Hindernisse für die Entsendung dieses Würdenträgers „so schnell, wie möglich“ bekanntzugeben.⁷²² In der ersten Hälfte seiner Antwort ging der Oberhirte aber kaum auf diese Bitte ein: Stattdessen lieferte er ein detailliertes Bild über die nationalen (und sonstigen) Verhältnisse seiner Diözese und wies die vom Nuntius über Westungarn aufgeführten Behauptungen als kränkende Verleumdungen vehement zurück: Vor allem, dass sein Klerus „ausnahmslos übertrieben national gesinnt“ war und dass die deutschsprachigen Einwohner von den Ungarn vernachlässigt und

⁷¹⁶ Da war der Eisenbahn- und Postverkehr im Burgenland wieder hergestellt. Protokoll vom 17. Jänner 1922. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 390.

⁷¹⁷ Ebenda. Erschienen (undatiert) in: A Szombathelyi Egyházmegye részére az 1922. évben kibocsátott körlevelek betűrendes tartalomjegyzéke. Szombathely 1921, unpaginiert; Mayer, 144-145; Pöck, 47-48; Szabó, 21; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 341; Schmidt, Die Entstehung, 322.

⁷¹⁸ SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4654.

⁷¹⁹ Seinen Standpunkt soll Mikes dem päpstlichen Legaten in Wien auch persönlich ausgeführt haben (SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4704). Schmidt, Die Entstehung, 323.

⁷²⁰ Siehe Kap. 4., 5.2. und 6.3.

⁷²¹ Fetser an Nuntius Valfrè di Bonzo. Raab, 20. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238 (maschinengeschriebener lateinischer Brief); GyEL 1919, Nr. 4275, in: Nr. 4523/1919 (lateinischer und ungarischer Entwurf). Gerade aufgrund ihres durch die Länge bedingten Informationsreichtums und der in ihr erklärten Zusammenhänge ist dieses Dokument jedoch eine erstrangige Quelle für das Thema der Dissertation. Sie ist eine hervorragende, wenn auch subjektive Übersicht über die kirchlichen Entwicklungen Westungarns über die kurze, aber umso wechselvollere Periode vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zum November des Jahres 1919.

⁷²² Valfrè di Bonzo an Bischof Fetser. Wien, 10. November 1919. (samt zeitgenössischer Übersetzung des italienischen Originals ins Ungarische). GyEL 1919, Nr. 4523.

unterdrückt wurden.⁷²³ Er wies darauf hin, dass ein Großteil seiner Priester bodenständig war, und dass man in seiner Diözese immer besondere Rücksicht auf die sprachlichen Bedürfnisse der Gläubigen genommen hatte.⁷²⁴ Fetser leugnete auch die nationalen Gegensätze in Westungarn und erklärte, dass diese erst im Zuge der auf den Weltkrieg folgenden Revolutionen künstlich geschürt worden waren – aber zum Glück mit wenig Erfolg.

Aus der Sicht der hier vorliegenden Arbeit ist es von Bedeutung, dass der Bischof auch ein Licht auf die Vorgeschichte der von Österreich vorangetriebenen kirchenrechtlichen Loslösungspläne in Westungarn warf, bei der die vom Nuntius geförderte Bestellung des apostolischen Delegaten nur als erster Schritt gedacht war. Wie bereits erörtert, gingen die Wurzeln dieser Pläne in Ungarn noch auf die Zeit von Károlyi zurück: Die ungarische Revolutionsregierung hatte (Ende Jänner 1919) den Deutschen Westungarns politische Autonomie verliehen, innerhalb derer auch die kirchliche Autonomie versprochen worden war.⁷²⁵ Der Raaber Oberhirte beklagte sich bitter über Adam Persián, den damaligen Regierungskommissar für kirchliche Angelegenheiten, der ja federführend bei der Durchführung der letzteren Maßnahme gewesen war.⁷²⁶ Laut Fetser war der Plan des Ödenburger „deutschen“ Vikariates nicht einmal bei den deutschsprachigen Priestern und Gläubigen auf einen positiven Empfang gestoßen: Sie wurde von lediglich zwei Klerikern der Raaber Diözese entschieden befürwortet.⁷²⁷ Einem von ihnen hatte Persián das Vikarsamt

⁷²³ Angesichts der augenscheinlich einseitigen, die westungarische Lage verzerrenden Darstellung des Nuntius ist aber die Bestrebung des Bischofs, die dortigen Verhältnisse auch von einem anderen Blickwinkel zu beleuchten zu wollen, vollkommen verständlich. Der Brief von Valfré an die beiden westungarischen Bischöfe bestärkt die von István Eördögh getroffene Feststellung, dass die Kenntnisse der Wiener Nuntiatoren über die Ereignisse in Ungarn und bei der genauen Erfassung der dortigen gesellschaftlichen Kräfte sich in mehreren Fällen als ungenügend erwiesen hatten. Eördögh, *A pápai nunciatura újraalakulása*, 101. Vgl. Kap. 6.3.

⁷²⁴ Um seine letztere Aussage zusätzlich zu untermauern, fügte Fetser noch hinzu, dass beim Mangel bei einer benötigten Sprache, selbst Priester aus fremden Ländern aufgenommen worden waren. Die Anstellung des aus Deutschland stammenden Pfarrers von Neufeld an der Leitha, den die Diözese Raab 1907 übernommen hatte, bestätigt diese Aussage. (Magyar katolikus lexikon, Bd. XI., 794-795: Johann Sabel). Der Pfarrer von Neudorf bei Landsee war ebenfalls kein ungarischer Staatsbürger (GyEL 1919, Nr. 4392; Jenőffy, 39). Wie Adrienn Tengely darauf hinweist, war es auch bei der Ernennung von Bischof Fetser ein wichtiges Kriterium gewesen, dass er die deutsche Sprache beherrscht hatte. Vgl. Kap. 4. Lokale Auseinandersetzungen aufgrund der ungenügenden Sprachkenntnisse eines Seelsorgers hat es aber trotzdem vereinzelt gegeben, wie dies der Fall des Pfarrers von Pamhagen zeigt. Vgl. Kap. 8.2.

⁷²⁵ Unter der oben erwähnten Autonomie ist die am 28. Jänner 1919 erschiene VI. Volksgesetz über das Selbstbestimmungsrecht des ungarländischen deutschen Volkes gemeint (Zu diesem Zeitpunkt fungierte Károlyi bereits als Staatspräsident). Wie bereits angeführt, sicherte dieses der deutschen Volksgruppe innerhalb des gesetzlichen Rahmens die Selbstverwaltung auch auf dem Gebiet der kirchlichen Angelegenheiten zu. Siehe: Kap. 4., Kiss, 354; Tengely.

⁷²⁶ Wie bereits erörtert, hatte Bischof Fetser Anfang 1919 auch persönliche Verhandlungen mit ihm über das deutsche Vikariat in Westungarn geführt. Siehe: Kap. 4; Salacz, 131.

⁷²⁷ Er prangerte Persián auch für seine Hauptrolle bei der Unterstützung des „skandalös agierenden Budapester Priesterrates“ an. Diese kurzlebige, von Pfarrvikaren dominierte Interessensvertretung, die ca. hundert Mitglieder hatte, wurde von Kardinal Csernoch bei ihrer Konstituierung (7. November 1918) als offene Rebellion des niederen Klerus apostrophiert. Ihre Auflösung wurde durch Papst Benedikt XV. am 12. März 1919 angeordnet. <http://lexikon.katolikus.hu/P/Papi%20Tan%C3%A1lcs.html> (Eingesehen am: 24.08.2017). Gergely, *A katolikus egyház története*, 10.

angeboten, während ein anderer seine Bereitschaft dazu dem Bischof signalisiert hatte.⁷²⁸ Das beabsichtigte deutsche Vikariat erreichte ihr Ziel also nicht, ganz im Gegenteil: Die Nachricht darüber hatte die Kroaten Westungarns verärgert, die unter keinen Umständen dazugehören wollten und ein eigenes kroatisches Vikariat für sich forderten.⁷²⁹

Fetser, der nach eigenen Angaben das erste Mal über die „lutherische Propaganda“ in Ödenburg von den Unterstützern des deutschen Vikariates gehört hatte, erhellte auch deren Hintergrund. Sie war ja einer der Hauptargumente der österreichischen Regierung, welche auch vom Nuntius widerhallt wurde. Der Raaber Bischof bezeichnete sie schlicht als „kirchliches Argument von österreichischen politischen Zielen“. Er machte dabei klar, dass es so etwas, wie eine neue evangelische Propaganda in Ödenburg zum gegebenen Zeitpunkt überhaupt nicht gegeben hatte: Es war in evangelischen Kreisen lediglich die Rede darüber gewesen, einen Superintendenten – der nicht an einen bestimmten Ort gebunden war – in die Stadt einzuladen. Aber auch aus diesem Plan war vorerst nichts geworden. Fetser räumte zwar ein, dass die Lutheraner in der Stadt im Durchschnitt vermögensmäßig bessergestellt waren, als die zahlenmäßig doppelt so vielen Katholiken, es waren aber seiner Ansicht nach deshalb trotzdem keine Sorgen zu machen, da die starke katholische Bevölkerung des (gleichnamigen) Komitates ein entsprechendes Gegengewicht darstellte. Die protestantische Bedrohung wurde vom Bischof auch weitgehend relativiert, als er davon schrieb, dass die Schrecken der Räterediktatur „den einmütigen Kampf der christlichen Teile“ sehr verstärkt hatte.⁷³⁰ Das Ödenburger deutsche Vikariat war laut ihm in „stille eingeschlafen“: Es war von Politikern kreiert worden, um politischen Interessen zu dienen.⁷³¹

Bischof Fetser behauptete, dass die Mehrheit der deutschsprachigen Einwohner Westungarns keine Lostrennung von Ungarn wollte, er konnte dies aufgrund „sicherer Informationen“ zumindest für seine eigene, Raaber Diözese feststellen (und für das benachbarte Bistum Steinamanger annehmen). Nur aus Verzweiflung wäre der Klerus und der patriotisch eingestellte christliche Bürgertum während der Schreckensherrschaft der Kommunisten bereit dazu gewesen, sich an Österreich anzuschließen, dessen Hilfe sie

⁷²⁸ Wie wir bereits aus Kapitel 4 wissen, war unter dem Ersteren der westungarische Abgeordnete, Prälat Alexander Gießwein gemeint. Der Bischof bemerkte noch hier, dass im Nachhinein beide der oben erwähnten Geistlichen ihm über die Perfidie von Persián in dieser Angelegenheit geklagt hatten.

⁷²⁹ Das Auftreten dieser proungarisch gesinnten westungarischen Kroaten wird in der Folge noch genauer behandelt. Siehe auch: Salacz, 131.

⁷³⁰ Es war in der Tat neben den vielen Katholiken auch ein evangelischer Pfarrer aus Ödenburg unter den christlichsozialen Abgeordneten, der Westungarn im Budapester Parlament vertrat und sich – wie seine katholischen Kollegen – für den Erhalt des Gebietes bei Ungarn eingesetzt hatte: Edmund Scholtz (1869–1948). http://www.atlas-burgenland.at/index.php?option=com_content&view=article&id=295:edmund-scholz&catid=44:politik&Itemid=192 (Eingesehen am: 25.08.2017). Er war der lebende Beweis dafür, dass es die von Fetser erwähnte interkonfessionelle Kooperation in Westungarn nach der Räterediktatur sehr wohl gegeben hatte. Die politisch aktive katholische Geistlichkeit wird noch in dieser Arbeit in einem eigenen Abschnitt vorgestellt werden.

⁷³¹ Vgl. Kap. 4.

erwartete – aber vergebens.⁷³² Fetser wies auch darauf hin, dass sich nach dem Sturz der Räterepublik in Ungarn ein politischer Wandel zugunsten der christlich-konservativen Kräfte stattgefunden hatte, sodass in den Westgebieten die Anschlussbereitschaft größtenteils abgeflaut war, was auch dadurch verstärkt wurde, dass sich damals in Österreich ein politischer Linksruck Richtung Kommunismus abzuzeichnen schien, wie er behauptete.⁷³³ Diese Argumentation des Raaber Bischofs erinnert jedenfalls stark an jene seines Steinamangerer Kollegen gegenüber dem Heiligen Vater, der im einleitenden Teil dieses Kapitels vorgestellt wurde.⁷³⁴

Fetser gestand jedoch zu, dass es nicht nur unter der Bevölkerung, sondern auch unter der Priesterschaft weiterhin einige Anhänger des Anschlussgedankens gab, die sich an Deutschösterreich, beziehungsweise irgendwann an Großdeutschland anschließen wollten. Er hatte von den politischen Behörden und auch von seinen Gläubigen Informationen darüber. Wie er meinte, war auch dies ein Beleg dafür, dass die Behauptung über die ausnahmslos übertriebene nationale Gesinnung seiner Kleriker eine Verleumdung war.⁷³⁵ Gegen die deutsche Volksgruppe wurde bei ihm wegen ethnischen Spannungen bis dahin lediglich ein einziges Mal Klage erhoben, und zwar in der Pfarre Neusiedl, wo aber die überwiegende Mehrheit der Gläubigen sich auf die Seite des (ungarischen) Pfarrers gestellt haben soll.⁷³⁶ Wegen der Unterstützung der Anschlussbewegung wurden ihm eine oder zwei Verdächtigungen gemeldet. Dass trotz der spannungsgeladenen Zeit nur so wenige klagen bei ihm eingetroffen waren, sah der Bischof als Beweis dafür an, wie klug und taktvoll seine Diözesanpriesterschaft meistens verfährt.

Was den Frieden von St. Germain und die Abtretung von einem Teil des westungarischen Gebietes an Österreich anbelangt, reihte Fester eine Liste von Beschwerden dagegen auf (Missachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, Verlust des symbolträchtigen Ortes Großzinkendorf (*Nagycenk*), Zerstückelung von Sankt Stephans Erbe, usw.), wies aber gleichzeitig auch darauf hin, dass Westungarn noch *de facto* unter ungarischer Herrschaft

⁷³² Das vom Bischof angegebene Motiv für den Anschluss an Österreich wird auch von der einschlägigen österreichischen Fachliteratur geteilt. Schleinzer, *Von Westungarn zum Burgenland*, 100.

⁷³³ „Die Sozialdemokratie [in Österreich] scheint auf dem Abhang Richtung Kommunismus in jenen Abgrund hinunterzurollen, dessen Gräuel wir bereits erlitten haben. Die Kirchen- und Schulpolitik ihrer Regierung, die man auf dem Wege der deutschen Zeitungen in Westungarn gut kennt, befinden sich in einem deutlichen Nachteil gegenüber der christlichen und patriotischen Ausrichtung in Ungarn.“ Fetser an Nuntius Valfrè di Bonzo. Raab, 20. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238; GyEL 1919, Nr. 4275. (inkl. Entwürfe).

⁷³⁴ SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4654.

⁷³⁵ Der scheinbare Gegensatz zu seiner früheren Aussage im obigen Brief über die Einheit seiner Diözesanpriesterschaft „in der katholischen Treue und in der Liebe zur gemeinsamen Heimat“ könnte so aufgelöst werden, dass er die Anschlussbefürworter für eine sehr kleine Minderheit hielt. Dafür sprechen auch die weiteren Details, die er in seinem Schreiben über die Letzteren noch anführte.

⁷³⁶ Dies war wohl der Fall des Pfarrers István Békeffy, der aus obigem Grunde bereits am 8. Februar 1919 (!) um seine Versetzung aus Neusiedl gebeten hatte. GyEL 1919, Nr. 1588; Schmidt, *Burgenlandi Apostoli Adminisztráció*, 408, (Anm. 15).

stand und es daher quasi vorerst irrelevant war, ob die Wiener Regierung die beiden ungarischen Oberhirten dort gerne sah oder nicht. Diese Einleitung diente auch der kirchenrechtlichen Argumentation des Bischofs: Er wies darauf hin, dass Ödenburg in ihrer Geschichte zwar zweimal unter österreichischer Oberhoheit gestanden war, trotzdem hatte der Heilige Stuhl sie niemals aus der Jurisdiktion der Diözese Raab herausgenommen. In diesem Kontext beklagte er, dass Österreich das besagte Gebiet nun mit der Unterstützung des Heiligen Stuhl erlangen wollte.⁷³⁷ Der Bischof bestritt die Notwendigkeit der schnellen Angleichung der Diözesangrenzen an die politischen: Er führte wie erwähnt als Präzedenz für ein Auseinanderfallen der beiden das Bistum Breslau an, dessen Gebiet gerade zwischen Österreich und dem Deutschen Reich geteilt gewesen war.⁷³⁸

Fetser äußerte auch seine Gekränktheit über das seiner Meinung nach unverdiente Misstrauen Roms ihm und seinem Kollegen Mikes gegenüber. Er drehte quasi den Spieß um und bat den Wiener Nuntius mit Nachdruck, alles dafür zu unternehmen, dass die Jurisdiktion der bisher zuständigen Oberhirten – zumindest bis zum Abschluss der endgültigen politischen Ordnung und bis zu ihrer Konsolidierung – ohne jegliche Veränderung erhalten bleibt, insbesondere aber dafür, dass die Ernennung des österreichischen apostolischen Delegaten unterbliebe. Wie auch Valfrè, führte dabei auch Bischof Fetser als alles überragende Argument das Seelenheil der Gläubigen an und all jene Gefahren, die im gegenteiligen Fall erwachsen würden: Durch die angekündigte Maßnahme wäre das vertrauensvolle Verhältnis der katholischen Gläubigen zum Heiligen Vater und zum Heiligen Stuhl nicht nur im betroffenen Gebiet, sondern in ganz Ungarn erheblich gestört und würde eine bittere Enttäuschung auslösen. Eine unnötige Übertragung des Gebietes an Österreich hätte auch für die Autorität des Heiligen Stuhls negative Folgen.⁷³⁹ Fetser drückte seine Zweifel darüber aus, ob diese überhaupt auch nur provisorisch durchzuführen sein wird, besonders wenn sie ohne die Befragung der betroffenen Bevölkerung erfolgt. Seine Warnung, dass im letzteren Falle der Gebietstransfer von bewaffnetem Widerstand gehindert werden könnte, erwies sich im Nachhinein gesehen als prophetisch.⁷⁴⁰

⁷³⁷ Was die Abtretung Westungarns an Österreich anbelangt, konnte der Bischof die Kritik nicht vorenthalten, dass es gerade Österreich war, der sein Land damals in den Weltkrieg mitgerissen hätte und dass die obige Entscheidung der Entente offenbar als Entschädigung für die verlorenen Gebiete „an seinem anderen Ende“ (Südtirol) diene.

⁷³⁸ Vgl. Kap. 4.

⁷³⁹ Vgl. Jenőffy, 31.

⁷⁴⁰ Bischof Fetser, der diese Aussage im November 1919 tätigte, war im Westungarnkonflikt wohl überhaupt einer der Ersten, der die militärischen Auseinandersetzungen vom Herbst 1921 voraussah und dieser Sorge Ausdruck verliehen, was von großer Weitsicht zeugt. Pläne über eine militärische Besetzung Westungarns durch Österreich soll es bereits Ende 1919 gegeben haben: Das ungarische Heeresoberkommando hatte am 23. Dezember 1919 Nachricht darüber erhalten, dass es zwischen Neunkirchen und Wiener Neustadt zu einer Konzentration von österreichischen Truppen gekommen war, angeblich als Vorbereitung für den Einfall nach Westungarn. Siehe: László Fogarassy, Tervek Nyugat-Magyarország osztrák annexiójának meggátolására a

Über diese kirchlichen und psychologischen Faktoren hinaus nannte der Raaber Oberhirte aber auch andere Schwierigkeiten für die Einsetzung des apostolischen Delegaten, und zwar solche, die vom ungarischen Staat ausgingen. Die Budapester Regierung hatte sich laut Fetser für die Frage bereits sehr interessiert und soll schon die Grenze zu Österreich bewacht haben lassen. Der deutschösterreichische Delegat müsste unter ungarischer Herrschaft „mit der schlimmsten Situation rechnen“: Man würde ihm wohl selbst bei der Wohnungsfrage und beim Unterhalt Schwierigkeiten bereiten.⁷⁴¹ Es wäre die gesamte Finanzierung der Priesterschaft und der katholischen Institutionen des abzutrennenden Gebietes in Gefahr (ihre Kongrua-Ergänzung und sonstigen Gehälter), da die ungarische Regierung über den Religionsfonds disponierte.⁷⁴² Diese Angelegenheit käme nun deshalb besonders ungelegen, weil die Behebung der Schäden der Proletarierdiktatur gerade im Gange war, wobei es besonders in den Schulen viel zu tun gab.

Zum Schluss signalisierte Bischof Fetser auch, dass seitens der ungarischen Patronatsherren in Westungarn auch Widerstand zu erwarten wäre. Als konkretes Beispiel nannte er dabei den Fürsten Nikolaus Esterházy (1869–1920), der entschieden gegen die Abtretung an Österreich war und laut dem Raaber Oberhirten allein in seiner Diözese über das Patronatsrecht von 84 Gemeinden verfügte. Dass diese Bedenken nicht umsonst waren, beweist auch die Folgezeit, als sich im späteren Burgenland die Esterházy'schen Güter zu latenten magyaronischen Widerstandsnestern entwickelten.⁷⁴³ Peter Haslinger weist darauf hin, dass die Familie Esterházy im Burgenland bei 73 katholischen Gemeinden das Patronatsrecht besaß, sodass sie ein durchaus ernstzunehmender Faktor war.⁷⁴⁴

Der Brief des Raaber Bischof an den Wiener Nuntius, den er laut eigener Angabe auch dem Heiligen Vater zugesandt haben soll, hatte vorerst ihr Ziel erreicht, als der Plan über den apostolischen Delegaten als Übergangslösung vom Heiligen Stuhl fallengelassen worden war.⁷⁴⁵ Dies war wohl ein Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen der beiden westungarischen Bischöfe, von Kardinal Csernoch (der wie erwähnt, Anfang Juli 1920 persönlich in Rom darüber verhandelt hatte) und der Budapester Regierung.⁷⁴⁶

Bethlen-kormány hivatalba lépéséig [Pläne zur Verhinderung der österreichischen Annexion Westungarns bis zum Amtsantritt der Regierung Bethlen]. In: Soproni Szemle 1993/4, 29-30.

⁷⁴¹ Dieses war vermutlich einer jener Argumente, die die Entscheidung des Heiligen Stuhls über den apostolischen Delegaten tatsächlich beeinflusst hatten. Vgl. dazu Kap. 5.1.

⁷⁴² Vgl. Kap. 4.

⁷⁴³ Diese betraf die erste Hälfte der 1920-er Jahre. Haslinger, 75.

⁷⁴⁴ Ebenda

⁷⁴⁵ Fetser an Mikes. Raab, 27. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238; GyEL 1919, Nr. 4523. Laut Bischof Fetser wurde sein Schreiben vom Generalsuperior des Piaristenordens (der auf seiner Durchreise in Raab gewilt hatte), an Benedikt XV. weitergeleitet.

⁷⁴⁶ Siehe: Kap. 5.2.

Genau zwei Monate nach seinem obigen Schreiben leitete Bischof Fetser am 20. Jänner 1920 den Brief des Dechants von Eisenstadt an die Wiener Nuntiatur weiter, in dem Dechant Michael Nagy den Heiligen Vater darum bat, die an Österreich abzutretenden westlichen Teile der Diözese auch in Zukunft bei Raab zu belassen.⁷⁴⁷

Die endgültige Entscheidung über die Bestellung des Apostolischen Administrators für das Burgenland teilte dem Diözesanbischof von Steinamanger und Raab bereits der Nuntius von Budapest, Lorenzo Schioppa, am 4. Mai 1922 in einem lakonisch-knappen Brief mit.⁷⁴⁸ Im Jahr zuvor hatte aber der Raaber Oberhirte mit letzterem auch in einer anderen Westungarn betreffenden Angelegenheit auf telegraphischem Wege Kontakt aufgenommen. Im September 1921, als die Übernahme des Gebietes durch die österreichische Exekutive begann, waren vier Priester der Diözese Raab nach Wien verschleppt worden, sodass Bischof Fetser beim Budapester Nuntius in ihrem Interesse intervenieren musste.⁷⁴⁹ Dabei hatte sich Schioppa als sehr kooperativ erwiesen.⁷⁵⁰

Das vielleicht wichtigste Dokument, das im Raaber Diözesanarchiv vom Fürstprimas von Ungarn, Johann Kardinal Csernoch stammt und die Westungarnfrage zum Gegenstand hat, ist die Kopie eines Briefes von Außenminister Bánffy, die vom Primas weitergeleitet wurde. Das streng vertrauliche Schreiben vom August 1921, das im Kapitel 6 bereits kurz angeschnitten wurde, hat die vom Heiligen Stuhl geplante Einsetzung des Wiener Kardinals als apostolischen Administrator zum Inhalt – um genauer zu sein, die ungarischen Schritte dagegen.⁷⁵¹ Bánffy hatte einerseits den Geschäftsträger der ungarischen Botschaft beim Heiligen Stuhl angewiesen, die Ernennung zu verhindern, andererseits auch den Budapester Nuntius gebeten, ähnlich vorzugehen. Als alternativen Lösungsvorschlag schlug er die

⁷⁴⁷ Michael Nagy an Bischof Fetser (Eisenstadt-Oberberg, 14. Jänner 1920); Begleitbrief von Bischof Fetser an die Apostolische Nuntiatur in Wien (Raab, 20. Jänner 1920). GyEL 1920, Nr. 367. Siehe: Kap. 8.

⁷⁴⁸ SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 2330; GyEL 1922, Nr. 1657, 3483 (die beiden im Sachregister aufgeführten Dokumente waren im Diözesanarchiv Raab leider nicht auffindbar). Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 342; Berczeller, Leser, 199. Siehe auch: Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 407; Schmidt, Die Entstehung, 323.

⁷⁴⁹ Telegramm von Pfarrer Karal (wahrscheinlich Matthäus Karall, Pfarrer von Antau) an die Diözesanbehörde Raab. Wulkaprodersdorf, 11. September 1921. Gegenstand: Internierung der Pfarrer von Wulkaprodersdorf, Siegendorf, Zagersdorf und Draßburg durch die Österreicher. (Handgeschriebene Notiz darauf mit folgendem Wortlaut: Ansuchen um Intervention an den Nuntius versandt). GyEL 1922, Nr. 3505. Telegramm von Lorenzo Schioppa an Bischof Fetser, Budapest, 21. September 1921. Gegenstand: Rückmeldung über das erhaltene Telegramm; Schritte wurden vom Nuntius in der obigen Angelegenheit bereits gesetzt. GyEL 1922, Nr. 3505. Mehr darüber noch im Kapitel 9.1.3.

⁷⁵⁰ Telegramm von Lorenzo Schioppa an die Diözesanbehörde Raab. Budapest, 29. September 1921. Gegenstand: Laut der österreichischen Botschaft (in Budapest) waren die Priester Horváth und Kovács (Dechant von Wulkaprodersdorf und Pfarrer von Siegendorf) bereits auf freiem Fuß, die beiden anderen werden bald freikommen. Auf der Rückseite des Telegrammes handgeschriebene Antwort von Bischof Fetser vom 1. Oktober 1921, in der er sich beim Budapester Nuntius für dessen Fürsprache bedankte und gleichzeitig um neuerliche Intervention für die Freilassung zwei anderen, noch inhaftierten Geistlichen bat. GyEL 1922, Nr. 3792.

⁷⁵¹ Bánffy an Kardinal Csernoch. Budapest, 24. August 1921 (Kopie). Beiliegend Begleitbrief von Kardinal Csernoch an Bischof Fetser vom 29. August 1921. GyEL 1921, Nr. 3403; Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 407. Vgl. Kap. 6.3.

Ernennung von Bischofsvikaren vor, die die beiden betroffenen Bischöfe aus den Reihen des Ödenburger Kollegiatskapitels, beziehungsweise aus dem westungarischen Klerus wählen sollten. Begründet wurde diese Bitte mit der großen Verbitterung in der ungarischen Öffentlichkeit, die die Bestellung eines österreichischen Bischofs auslösen würde, welche nicht nachvollziehen könnte, warum der Heilige Stuhl sich eilt, diese „zutiefst beleidigende Ungerechtigkeit, mit einer kanonisch-rechtlich durch nichts begründbaren Maßnahme zu honorieren“, die obendrein auch andere analoge Fälle beeinflussen könnte.⁷⁵² Der Brief beinhaltet bereits die aus ungarischer Sicht gute Nachricht, dass das vatikanische Staatssekretariat einen dringenden Antrag an den Heiligen Vater (Benedikt XV.) gestellt hatte, die geplante Ernennung Kardinal Piffels fallen zu lassen.

Ein weiterer Brief von Kardinal Csernoch an Bischof Fetser betrifft die Beförderungsempfehlung eines führenden proungarischen Klerikers, dessen Rolle noch Gegenstand ausführlicher Erörterungen sein wird.⁷⁵³ Dr. Johannes Huber (1877–1945).⁷⁵⁴

Der Briefwechsel zwischen Bischof Mikes und dem Fürstprimas Csernoch betraf das Burgenland in relativ kleinem Umfang.⁷⁵⁵ Einer dieser Briefe behandelte eine Klage gegen den Kanzleidirektor Franz Rogács; der Primas ließ ihn Mikes vertraulich zukommen.⁷⁵⁶ Der Brief enthielt eine Anzeige eines hohen Offiziers des Militärkommandos Steinamanger, Oberst Schranz, der Rogács Hochverrat vorwarf und den Kardinal bat, seine Enthebung in die Wege zu leiten.⁷⁵⁷

⁷⁵² Ebenda. Bei der Durchsetzung der ungarischen Interessen verwendete auch Bischof Fetser gegenüber dem Wiener Nuntius als Argument die Reaktion der Öffentlichkeit. Vgl. Fetser an Nuntius Valfrè di Bonzo. Raab, 20. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238; GyEL 1919, Nr. 4275.

⁷⁵³ Kardinal Csernoch an Bischof Fetser vom 23. Februar 1921. GyEL 1921, Nr. 1012. Die genaue Auswertung dieses Empfehlungsschreibens erfolgt bei der anschließenden Vorstellung von Dr. Hubers Westungarnpolitik. Abgesehen vom obigen Dokument konnte ich aber im Diözesanarchiv Raab überraschenderweise nur sehr wenige relevante Schriftstücke über diesen prominenten westungarischen Geistlichen finden. Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408, Anm. 24.

⁷⁵⁴ Johannes Huber, Doktor des kanonischen Rechts, war seit seiner Priesterweihe 1901 in der Diözese Raab tätig, seit 1906 in Ödenburg als Kaplan, ab 1921 als Kanoniker des dortigen Kollegiatskapitels. Von 1908 bis 1921 war er Zentralsekretär des Katholischen Völkerbundes (Verein zur Förderung der katholischen Glaubensfrömmigkeit und öffentlichen Lebens in Ungarn). 1920 wurde er mit dem Programm der Christlich-nationalen Vereinigung Abgeordneter in Budapester Parlament als Vertreter des Bezirkes Neusiedl, zugleich war er geschäftsführender Obmann der deutschen Fraktion. Zwischen 1906 und 1921 arbeitete Huber auch als Redakteur (und Herausgeber) bei einem halben Dutzend ungarländischer deutschsprachiger Zeitungen. Magyar katolikus lexikon, Bd. V., 88. Vgl. noch Unterkapitel 9.1.1.

⁷⁵⁵ Dies bedeutet aber keinesfalls, dass der Primas in der Westungarn-Frage passiv war. Er hatte nicht nur seinen französischen Kollegen, Kardinal Amette von Paris, bereits im Frühjahr 1920 gebeten, die Politik Frankreichs im Interesse Ungarns zu beeinflussen, sondern setzte wie erwähnt auch in Wien Schritte, um dort in erster Linie die katholischen Kreise zum Verzicht auf das Burgenland zu veranlassen. Siehe: Kap. 5.1 und 5.2; Schlag, Zur Burgenlandfrage, 111; Schmidt, Die Entstehung, 323.

⁷⁵⁶ Brief des Militärbischofs István Zadravec vom 28. März 1920 (Kopie) sowie Anzeige von Oberst Schranz an Fürstprimas János Csernoch vom 14. März 1920 (Kopie). SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1965. Schmidt, Die Entstehung, 323.

⁷⁵⁷ Im folgenden Unterkapitel wird auf diesen Vorwurf gegen den Kanzleidirektor näher eingegangen.

Wie aus dem bisher angeführten Material zu entnehmen ist, lässt sich dagegen eine intensivere Korrespondenz zwischen den beiden westungarischen Oberhirten feststellen. Knapp zwei Monate nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain schrieb bereits Mikes seinem Amtskollegen in Raab über die Frage der Errichtung von Generalvikariaten in den Westgebieten.⁷⁵⁸ Im gleichen Brief kündigte er seine Reise nach Wien am 15. November an, um dem Nuntius seine oben bereits geschilderte Antwort zu unterbreiten. Im Gegenzug schickte ihm der Raaber Diözesanbischof die Kopie seines zehnteiligen Antwortbriefes an den Wiener Nuntius über die Frage Westungarn⁷⁵⁹

Mit dem später zum Apostolischen Administrator des Burgenlandes ernannten Wiener Erzbischof Friedrich Gustav Piffl hatte Mikes über die Veränderung der Diözesangrenzen erst nach der Abtrennung Briefkontakt, während der Raaber Oberhirte bereits im Herbst 1921 mit ihm die Fühlung aufgenommen hatte, als einige seiner Priester in Wien inhaftiert gewesen waren.⁷⁶⁰

Unmittelbar nachdem der Steinamangerer Bischof von Nuntius Schioppa über die Ernennung Piffls verständigt worden war, äußerte er sich in einem Schreiben vom 8. Mai 1922 (!) an den Kardinal „tief gekränkt“ von dieser Maßnahme. Gleichzeitig bat er den neuen Apostolischen Administrator, sich mit ihm und Bischof Fetser wegen der Ernennung des künftigen burgenländischen Provikars ins Einvernehmen zu setzen.⁷⁶¹ Gemeinsam mit dem Bischof von Raab trat er später beim Wiener Erzbischof auf, um wenigstens das alte ungarische Diözesandirektorium im Gebiet der Apostolischen Administration beizubehalten. Letztendlich musste er aber auch in dieser Frage nachgeben – die ungarischen Oberhirten wollten offenbar weiterhin in den kirchlichen Angelegenheiten des Burgenlandes mitreden.⁷⁶²

⁷⁵⁸ Mikes an Fetser. Steinamanger, 14. November 1919. GyEL 1919, Nr. 4449; SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4704.

⁷⁵⁹ Fetser an Mikes. Raab, 27. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238; GyEL 1919, Nr. 4275. (inkl. Entwürfe). Vgl. Kap. 6.3. Am Rande bemerkt: Die Beglaubigung der Kopie des besagten Antwortbriefes von Bischof Fetser erfolgte durch Josef Grösz (1887–1961), dem späteren Erzbischof von Kalocsa, der in Ungarn durch den 1951 gegen ihn geführten berüchtigten Schauprozess große Bekanntheit erlangte. Grösz, der aus dem Burgenland stammte, war damals als Archivar in Raab tätig. Seine Person ist auch deshalb von Interesse, weil er noch in der hier behandelten Zeit, ab 1921 als bischöflicher Sekretär von Anton Fetser fungierte und einige Jahre später, ab 1929 dann als Weihbischof neben ihn. 1936 wurde Grösz Nachfolger des anderen westungarischen Oberhirten, Johannes Graf Mikes von Steinamanger (zunächst als Administrator, dann als Bischof). Nach der Verhaftung von Kardinal Mindszenty 1948 diente er bis zu seiner eigenen Festnahme als Leiter der katholischen Kirche Ungarns. <https://barankovics.hu/keresztenydemokracia-adatbazis/kikicsoda/grosz-jozsef> (Eingesehen am: 23.08.2017). Siehe auch: Pöck, 1; Temel 148-149; Schmidt, Die Entstehung, 323-324.

⁷⁶⁰ Schmidt, Die Entstehung, 324; Jenőffy, 44.

⁷⁶¹ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 342; Schmidt, Die Entstehung, 324. Das Original des Briefes an Kardinal Piffl befindet sich im Diözesanarchiv Eisenstadt.

⁷⁶² Szabó, 25-27; Schmidt, Die Entstehung, 324. Vgl. Fetser an Mikes. Raab, 26. Oktober 1922. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 4251; Fetser an Kardinal Piffl. Raab, 30. Oktober 1922. Diözesanarchiv Wien. Bischofsakten Piffl, Burgenland 1918-1930, ohne Zahl (Aktenummer: Z 3762/2/1922. Laut des Raaber Diözesanregisters 1922 wurde unter GyEL 1922, Nr. 3762 ein Schriftstück mit diesem Inhalt tatsächlich verfasst, sie war aber nicht auffindbar); Mikes an Piffl. Steinamanger, 2. November 1922. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 4190.

Zuletzt soll auch auf die nicht unproblematische Beziehung von Johannes Mikes zum damaligen Militärbischof István Zadravecz hingewiesen werden, die in erster Linie mit der Einmischung militärischer Kreise in kirchliche Belange zu erklären ist. Auf diese Problematik wird weiter unten detailliert eingegangen. An dieser Stelle sei ein anderes, merkwürdiges Beispiel aus der Korrespondenz mit dem Militärbischof unmittelbar aus der Zeit der Bandenkriege im Westungarn des Herbstes 1921 erwähnt.⁷⁶³ Der Steinamangerer Diözesanbischof musste damals von seinem Kollegen über den (ehemaligen) Militärgeistlichen und Franziskanerpater Arkangyal Bónis Informationen einholen, der als Freischärlerführer an den militärischen Operationen im Burgenland teilgenommen hatte.⁷⁶⁴ Gerüchten zufolge war dieser bereits damals seines geistlichen Amtes enthoben worden, soll aber trotzdem eine Feldmesse abgehalten haben.⁷⁶⁵ Mikes musste sich über den Wahrheitsgehalt dieser Angaben vergewissern, damit seine Diözesanpriester ihm keine Möglichkeit ließen, in ihren Pfarren aufzutreten. In seiner Antwort teilte Zadravecz mit, dass er Bónis auf eigenen Wunsch hin aus der Reihe der Militärgeistlichen entlassen hatte und er somit nicht mehr seiner Jurisdiktion unterliegen würde.⁷⁶⁶ Im Endeffekt distanzierten sich also beide Oberhirten vom Ex-Franziskaner und dessen Aktionen im westungarischen Raum.

9.2 Zusammenarbeit mit der Budapester Regierung und mit der Nationalarmee

Wie bereits angedeutet, standen Fetser und Mikes auch mit den zuständigen ungarischen Regierungsstellen – dem Amt des Ministerpräsidenten, Kultusministerium, Nationalitätenministerium, Regierungskommissariat für Westungarn/Bezirkskommissariat Steinamanger – und den ungarischen Militär- und Polizeibehörden in Kontakt. Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass in der ersten Hälfte der 1920-er Jahre das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche Ungarns und der Budapester Regierung enger und vertrauensvoller war, als zuvor, wofür die schwierige außenpolitische Lage nach dem Ersten Weltkrieg (und die Zerschneidung der Bistümer durch die neuen Grenzen) ein wesentlicher Grund war.⁷⁶⁷ Die Beziehung zum Militär war aber im Hinblick auf das Burgenland, trotz des gemeinsamen elementaren Interesses, nicht immer harmonisch.⁷⁶⁸

⁷⁶³ Der Militärbischof war in diesen Tagen im westungarischen Raum zeitweise anwesend. Ormos, 76.

⁷⁶⁴ SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 4491; Botlik, 212, 264; Schmidt, Die Entstehung, 324.

⁷⁶⁵ SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 4491; Schmidt, Die Entstehung, 324-325.

⁷⁶⁶ Ebenda

⁷⁶⁷ Ein anderer nicht unwesentlicher Faktor war dabei laut Jenő Gergely das persönliche gute Einvernehmen der politischen Führung mit dem Fürstprimas, Kardinal Csernoch. Gergely, A katolikus egyház története, 52.

⁷⁶⁸ Schmidt, Die Entstehung, 325.

Es war die Regierung, welche gleich zu Beginn des Ringens um das kirchenrechtliche Schicksal des Burgenlandes die ersten Schritte zur Kooperation gesetzt hatte. Wie vorhin bereits angeführt, hatte Nationalitätenminister Jakob Bleyer (1874–1933) Ende Oktober 1919 die beiden westungarischen Bischöfe dazu ermutigt, beim Heiligen Stuhl gegen die kirchenrechtlichen Pläne Österreichs aufzutreten.⁷⁶⁹ Dies war eigentlich nur eine Weitervermittlung des Ratschlages vom Wiener Nuntius Valfrè di Bonzo, der im Oktober 1919 mit Kuno von Klebelsberg über Westungarn verhandelt hatte.⁷⁷⁰ Während der Nationalitätenminister in seinem Schreiben nur die kirchenpolitisch relevanten Teile aus Klebelsbergs Bericht zitiert hatte, ließ der Ministerpräsident Stefan Friedrich einige Wochen später, Anfang November 1919 das ganze Dokument Bischof Fetser zukommen – mit der wiederholten Bitte, eine Eingabe an den Nuntius und an den Heiligen Vater zu verfassen.⁷⁷¹

Eine weitere frühe Manifestation dieser Zusammenarbeit in der Westungarnfrage war ein Brief aus dem ungarischen Außenministerium an Kardinal Csernoch im Februar 1920.⁷⁷² Darin wurde merkwürdiger Weise auf ein Versprechen Österreichs verwiesen, wonach die Bevölkerung des Gebietes bei einer Volksabstimmung über ihr Schicksal entscheiden könnte.⁷⁷³ Wenn es tatsächlich dazu käme, müsste auch die Kirche bei der proungarischen Agitation mitmachen, wobei ihre Priester und Lehrerschaft in die Propagandaarbeit maximal einzubeziehen wären. Das Außenministerium erbat den Kardinal, auf dem Wege der Bischöfe Fetser und Mikes auf den Klerus des umstrittenen Gebietes einzuwirken, damit diese das Volk zur Treue gegenüber Ungarn aufrief. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Lage im Komitat Eisenburg am ungünstigsten war.⁷⁷⁴ Die letztere Warnung ist deshalb etwas seltsam, weil die Anschlussbereitschaft in den nördlichen Gebieten tendenziell weit höher gewesen war, als in

⁷⁶⁹ Vgl. die Einleitung von Kap. 8. Nationalitätenminister Bleyer an Bischof Fetser. Budapest, 27. Oktober 1919. GyEL 1919, Nr. 4356. Schmidt, *Burgenlandi Apostoli Adminisztráció*, 408, (Anm. 15). (Am Ende seines Briefes hielt Bleyer fest, dass er in der obigen Angelegenheit auch dem Fürstprimas Csernoch und Bischof Mikes von Steinamanger geschrieben hatte.). Jakob Bleyer war im Gegensatz zu seinen meisten christlichsozialen deutschungarischen Gesinnungsgenossen kein Burgenländer: Er stammte aus der Batschka, aus dem Dorf Tscheb (*Čelarevo*). Der Universitätsprofessor und Literaturhistoriker Bleyer galt als einer der führenden Figuren des Ungarndeutschums in der Zwischenkriegszeit und Organisator ihres politischen Lebens. Von August 1919 bis Dezember 1920 er als ungarischer Nationalitätenminister tätig. 1920 bis 1922 war er Vertreter des Wahlbezirkes St. Gotthard, ab 1927 von Villány in Südungarn. Neben seiner Rolle als Politiker und Wissenschaftler entfaltete er auch eine rege publizistische Tätigkeit. Verzweifelt über die rasante Assimilierung der ungardeutschen Volksgruppe starb er völlig verbittert im Jahre 1933. Schwind, *passim*; Unger, 4, Anm. 18; Bellér, 135-139, 149-151, 155-161. *Új magyar életrajzi lexikon*, Bd. I., 768-769.

⁷⁷⁰ Vgl. Kap. 5.2., 6.3. und 8.

⁷⁷¹ Ministerpräsident Stefan Friedrich an Bischof Fetser. Budapest, 5. November 1919. GyEL 1919, Nr. 4356. Der Raaber Oberhirte antwortete ihm erst am 20. November – am gleichen Tag, an dem er auch Valfrè di Bonzo seine Stellungnahme über den geplanten Ödenburger apostolischen Delegaten versandte. Bischof Fetser. Raab, 20. November 1919 (Briefentwurf). GyEL 1919, Nr. 4356. Parallel dazu: Ministerpräsident Stefan Friedrich an Bischof Mikes. Budapest, 5. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4654.

⁷⁷² Jenőffy, 33 (PL cat. d/C 550/1920)

⁷⁷³ In Österreich sprachen sich um diese Zeit Spitzenvertreter der Christlichsozialen Partei für eine Volksabstimmung in Westungarn aus. Mehr darüber in der zweiten Hälfte des Unterkapitels.

⁷⁷⁴ Ebenda

dem zum Bistum Steinamanger gehörenden südlichen Eisenburger Komitat, wo dies lediglich im Bezirk Jennersdorf in größerem Maße geortet werden konnte.⁷⁷⁵ Über eine Intervention von Kardinal Csernoch bei den beiden westungarischen Oberhirten ist kein Briefwechsel erhalten geblieben, sehr wohl aber ein Antwortschreiben von Bischof Mikes an den ungarischen Kultusminister. In diesem bestritt der Steinamangerer Bischof die Anschluss Tendenzen in seiner Diözese und sprach sich aus taktischen Gründen für eine einstweilige Zurückhaltung seiner Priester bei der proungarischen Propaganda aus.⁷⁷⁶

Ein Teil der ungarischen Bemühungen um den Erhalt Westungarns war es, die Loyalität der deutschsprachigen Bevölkerung durch minderheitenfreundliche Maßnahmen zu stärken. Wie auch aus dem Archivbestand der Raaber Diözese ersichtlich, hatte bereits die Regierung Károlyi Schritte zur Wahrung der Volksgruppeninteressen gesetzt. In einem Rundschreiben des Kultusministeriums an die obersten katholischen Kirchenbehörden des Landes wurden letztere mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass die Seelsorger die jeweilige Sprache ihrer Gläubigen beherrschen mussten.⁷⁷⁷ Über die anschließenden Aktionen des Regierungskommissars für kirchliche Angelegenheiten, Adam Persián, der sich ab Ende Jänner 1919 für die kirchliche Selbstverwaltung der westungarischen Deutschen bei Bischof Fetser eingesetzt hatte, wurde bereits berichtet.⁷⁷⁸

Anfang Oktober 1919 hatte Nationalitätenminister Bleyer dem Raaber Bischof in einem langen Schreiben die Motive seiner Politik dargelegt.⁷⁷⁹ Sein erklärtes Ziel war es, durch die Förderung der Minderheitenrechte die Treue der Volksgruppen zum ungarischen Staat zu sichern und darüber hinaus sogar die (nichtungarische) Bevölkerung der bereits abgetrennten Gebiete für sich zu gewinnen.⁷⁸⁰ Er rief Bischof Fetser und seine Mitarbeiter zur Zusammenarbeit auf. Bleyer empfahl, die Geistlichkeit und die Religionslehrer in den Dechanatssitzen der Diözese zusammenrufen, um ihnen dort sein Nationalitätenprogramm

⁷⁷⁵ Szabó, 11. Die Anschluss Tendenzen in Westungarn werden noch im Unterkapitel 9.3. näher behandelt. Die negative Hervorhebung des Eisenburger Komitates steht auch in starkem Kontrast zu dem, was der dort zuständige Bischof Mikes über die Länderpräferenzen der westungarischen Bevölkerung dachte. In einem Brief an seinen Raaber Kollegen machte er keinen Hehl daraus, dass die Bevölkerung der beiden nördlichen Komitate Ödenburg und Wieselburg der Anschlusspropaganda stärker ausgesetzt waren, als seine Gebiete (Bischof Mikes an Bischof Fetser. Steinamanger, 14. November 1919. GyEL 1919, Nr. 4449.).

⁷⁷⁶ Mikes an Kultusminister István Haller. Steinamanger, 8. März 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1323. Eine weitere Erörterung dieses Briefes erfolgt im Unterkapitel 9.1.3. (Der Brief des Kultusministers an Bischof Mikes war im Diözesanarchiv Steinamanger nicht vorhanden.)

⁷⁷⁷ GyEL 1919, Nr. 201 (21. Dezember 1918).

⁷⁷⁸ Vgl. Kap. 8.1.

⁷⁷⁹ Nationalitätenminister Bleyer an Bischof Fetser. Budapest, 1. Oktober 1919. GyEL 1919, Nr. 4276. Márta Fata, Bleyer Jakab nemzetiségi koncepciója és politikája (1917-1933) [Nationalitätenkonzept und Politik von Jakob Bleyer, 1917-1933]. In: Regio. Kisebbség, politika, társadalom 5/1, 1994, 175-190.

⁷⁸⁰ Diese Loyalität war besonders in Westungarn wichtig, da dort viele mit einer eventuellen Volksbefragung über das Schicksal des Gebietes rechneten (zum Beispiel Bischof Mikes). Mit dem Hinweis auf die abgetrennten Gebiete schaffte es Bleyer, die Minderheitenrechte der in Ungarn verbliebenen Volksgruppen mit den revisionistischen Zielen seiner Regierung zu verbinden.

vorzustellen. Wohl um Nachdruck für seine Bitte zu verleihen, wies er dabei auf die kirchenfeindlichen Züge der konkurrierenden alldutschen Bewegungen hin, die es einzudämmen galt – mit diesem Aufruf zum Kulturkampf sozusagen wollte er den Klerus für seine Anliegen mobilisieren. Obwohl eine unmittelbare Antwort auf Bleyers Brief im Diözesanarchiv Raab nicht vorliegt, ist die reservierte Meinung des Bischofs darüber – dank seiner Notizen – dennoch bekannt: Aufgrund der früheren Entwicklungen⁷⁸¹ konnte er Bleyers Politik nicht vorbehaltlos teilen, weil er die Einheit des Landes vor den „vielen kleinen Autonomien“ fürchtete.⁷⁸²

Bleyers Ministerium ließ sich jedenfalls nicht von der ausbleibenden Reaktion Fetser entmutigen. Knapp zwei Wochen später forderte es bereits das Bischöfliche Ordinariat in Raab auf, über die Sprache der westungarischen Pfarren Auskunft zu geben.⁷⁸³ Es übte aber auch Druck auf den Bischof aus, einzelne Pfarrer wegen ihrer mangelhaften Deutschkenntnisse anderswo zu versetzen, um die Unzufriedenheit der Lokalbevölkerung zu beseitigen und ihre Stimmung für Ungarn günstiger zu stimmen. In diesem Sinne wurde auf eine Intervention des Nationalitätenministers hin der Pfarrer von Pamhagen, Anton Keszler, am 13. November 1919 in das ethnisch ungarische Dorf Csapod versetzt.⁷⁸⁴

Die ungarischen Behörden gingen aber auch gegen Priester vor, die offen eine staatsfeindliche Propaganda betrieben. Auf Anregung des Ministerpräsidenten Alexander Simonyi-Semadam wurde der Pfarrer von Horitschon, Josef Bauer⁷⁸⁵, wegen seiner antiungarischen Agitation von Bischof Fetser persönlich verwarnt.⁷⁸⁶ Der Raaber Oberhirte

⁷⁸¹ Der Bischof dachte hier wohl an den Präzedenzfall der Ende 1918 gebildeten slowakischen, kroatischen, serbischen und rumänischen Nationalräte, die unmittelbar nach ihrer Konstituierung die Loslösung ihrer Volksgruppe von Ungarn verkündet hatten.

⁷⁸² Nationalitätenminister Bleyer an Bischof Fetser. Budapest, 1. Oktober 1919. GyEL 1919, Nr. 4276. Auf der Vorderseite eigenhändige Kommentare von Anton Fetser.

⁷⁸³ Auskunft über die sprachlichen Verhältnisse: Staatssekretär [Georg] Steuer an Bischof Fetser. Budapest, 15. Oktober 1919; Antwort von Bischof Fetser an Nationalitätenminister Bleyer vom 19. November 1919 (Entwurf, samt beiliegender Liste der nichtungarischen Pfarren). GyEL 1919, Nr. 4404. Das Gegenstück dazu in Steinamanger: Staatssekretär [Georg] Steuer an Bischof Mikes. Budapest, 15. Oktober 1919; Antwort von Bischof Mikes an Nationalitätenminister Bleyer vom 20. November 1919 (mit beiliegender Liste der nichtungarischen Pfarren). SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4815.

⁷⁸⁴ GyEL 1919, Nr. 4299, 4434 und 4596. Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408, Anm. 16.

⁷⁸⁵ Josef Bauer (1875–1945) stammte aus der nordburgenländischen Gemeinde Hirm. 1899 zum Priester geweiht, kam Bauer drei Jahre später nach Horitschon, und wirkte dort als Pfarrer bis zu seinem Tode. Während der Rätezeit in Ungarn wurde er verfolgt und verhaftet, letztendlich aber freigesprochen. Während der westungarischen Kampfhandlungen musste er nach Wiener Neustadt flüchten, von wo er erst im November 1921 nach Horitschon zurückkehren konnte. Aus seiner deutschnationalen Überzeugung machte er nie einen Hehl, und wurde deshalb mehrmals angezeigt, was ihm selbst nach der Angliederung des Burgenlandes an Österreich Probleme bereitete. In der Pfarrchronik hielt er dazu folgendes fest: „Das Mandat als Landtagsabgeordneter beim Bauernbund (Landbund) durfte ich unter Androhung der Suspendierung nicht annehmen“. Bauer wurde am 31. März 1945 von einrückenden sowjetischen Truppen erschossen. Siehe: http://www.atlas-burgenland.at/index20.php?option=com_content&view=article&id=381:horitschon&catid=9 (Eingesehen am: 17. 09.2017); Jenöffy, 57 (aus dem Schematismus der Diözese Raab 1925); Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 161.

⁷⁸⁶ Ungarischer Ministerpräsident (Simonyi-Semadam) an Bischof Fester. Budapest, 23. März 1920. GyEL 1920, Nr. 1505; Ministerpräsident Simonyi-Semadam an Bischof Fester. Budapest, 28. März 1920. GyEL 1920, Nr.

informierte den Ministerpräsidenten in seinem Antwortschreiben nicht nur über die Angelegenheit von Bauer, sondern auch über jene Schritte, die er bereits zur Wahrung der territorialen Integrität seiner Diözese beim Heiligen Stuhl unternommen hatte. Gleichzeitig versuchte aber Fetser in der Westungarnfrage auch seine eigene Handlungsautonomie – in höflicher, aber entschiedener Form – gegenüber der Regierung zu wahren, als er darauf hinwies, dass er aufgrund seiner kirchlichen Position gewisse Handlungsvorschläge nicht akzeptieren könnte; insbesondere solche, die zur Entstehung von „ethnischen Märtyrern“ führen könnten.⁷⁸⁷ Damit meinte er wohl, dass sich ein zu hartes Vorgehen gegen die deutschnationalen Strömungen kontraproduktiv erweisen könnte. Die Tatsache, dass sich selbst der ungarische Ministerpräsident mit Pfarrer Bauer befassen musste, zeigt, wie hohe Wellen sein Fall geschlagen hat. Wie das Register des Raaber Diözesanarchivs von 1920 zeigt, hatte sich eine ganze Reihe von ungarischen Regierungsstellen und sonstigen Organisationen mit seiner Anschlusspropaganda auseinandergesetzt. Vom Kultusminister⁷⁸⁸ gingen ebenfalls zwei Briefe wegen Bauer an die Diözese Raab und auch der Ödenburger Regierungskommissar richtete ein streng vertrauliches Schreiben in seiner Angelegenheit an den Bischof.⁷⁸⁹ Aus dem Brief des Letzteren geht hervor, dass Pfarrer Bauer in Horitschon und Umgebung die Erfolge der ungarischen Propagandaaarbeit ernsthaft gefährdet hatte.⁷⁹⁰

Der Regierungskommissar von Ödenburg hatte im Jahr zuvor bei Bischof Fetser auch wegen des Trausdorfer Pfarrers aufgrund von dessen antiungarischen Agitation intervenieren müssen; das Kultusministerium schaltete sich dabei ebenfalls ein.⁷⁹¹ Der Regierungskommissar musste in seinem insgesamt dritten Brief die Aufmerksamkeit des

1524. Bischof Fester an Ministerpräsident Simonyi-Semadam (Briefentwurf). Raab, 12. April 1920. GyEL 1920, Nr. 1505 und 1524. Siehe auch: Jenőffy, 38. Sándor Simonyi-Semadam (1864–1946) war vom 15. März 1920 bis zum 19. Juli 1920 Ministerpräsident von Ungarn. Österreichisches Biographisches Lexikon (ÖBL) 1815–1950. Band 12, Wien 2001–2005, 287–288.

⁷⁸⁷ Briefentwurf von Fetser an Ministerpräsident Sándor Simonyi-Semadam. Raab (?), 12. April 1920. GyEL 1920, Nr. 1524. Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408, Anm. 17; Jenőffy, 38.

⁷⁸⁸ GyEL 1920, Nr. 1697. und Nr. 2045. Die zwei hier zitierten Dokumente waren im Diözesanarchiv Raab leider nicht vorzufinden, ihre Existenz war lediglich durch die Registereintragungen bekannt (Stand 2007). Das Erste wurde aber von Jenőffy kurz behandelt (Jenőffy, 38 [Anm. 169].).

⁷⁸⁹ Regierungskommissar Eugen Fertsák an Bischof Fetser. Ödenburg, 20. Februar 1920. GyEL 1920, Nr. 1057.

⁷⁹⁰ Ebenda. Fertsák gab an, dass die in Westungarn unter der deutschen Volksgruppe geführte Propagandatätigkeit zum Zeitpunkt seines Schreibens (Februar 1920) bereits günstige Resultate zeigte. Sie war darauf ausgerichtet, die Bevölkerung bei einem etwaigen Plebiszit über den Anschluss an Österreich proungarisch zu stimmen.

⁷⁹¹ Brief des Kultusministers: GyEL 1920, Nr. 2383 (Nur als Registereintragung gefunden). Inhaltsauszug: Jenőffy, 36. Regierungskommissar Eugen Fertsák an Bischof Fetser vom 29. November 1919: GyEL 1919, Nr. 1505. Eugen Fertsák an Bischof Fetser vom 29. Dezember 1919: GyEL 1920, Nr. 1285/2. Eugen Fertsák an Bischof Fetser vom 5. März 1910 GyEL 1920, Nr. 1285. Inhaltliche Zusammenfassung der frei letztgenannten Briefe: Jenőffy, 36–37.

Oberhirten wiederum auf Pfarrer Bauer lenken und auch gegen den Kaplan von Deutschkreuz wegen dessen anhaltender proösterreichischen Agitation Klage erheben.⁷⁹²

Die Überreaktion der ungarischen Behörden verdeutlicht das Beispiel des Hilfsseelsorgers von Neudorf bei Landsee, Karl Weiss, gegen den (unter anderem) der Obergespan von Ödenburg und wiederum auch das Kultusamt bei Bischof Fetser verfuhr.⁷⁹³ Der pensionierte Seelsorger Weiss war wohl schon deshalb suspekt, weil er erst wenige Monate zuvor aus Österreich gekommen war und ein Priester der Diözese Graz war.⁷⁹⁴ Sein vermeintliches Vergehen, dass er einmal in nicht ganz nüchterner Verfassung ungarnkritische Äußerungen machte und einen ungarischen Offizier wegen dessen schroffem Benehmen der Ortsbevölkerung gegenüber kritisierte, generierte im Diözesanarchiv ein dickes Aktenbündel über ihn – mit wenigen fundierten Anklagepunkten jedoch.⁷⁹⁵ In seiner Antwort an das Kultusministerium bezeichnete sie auch der Bischof als „stark übertrieben“.⁷⁹⁶

Die ungarischen Behörden waren sehr aktiv in der Hinsicht, dass sie ein möglichst präzises Bild über die zu Österreich kommenden Teil der Diözese Raab erlangen wollten. Aus diesem Grunde forderten sie diverse Listen und Statistiken über die westungarischen Pfarren an. Zwecks der patriotischen Propaganda, wie es hieß, bat zum Beispiel Anfang August 1920 das Bezirkskommando Steinamanger um eine Liste aller Pfarrer des Raaber Bistums im strittigen Gebiet.⁷⁹⁷ Auch das Kultusministerium forderte eine Zusammenstellung darüber an, welche

⁷⁹² Eugen Fertsák an Bischof Fetser vom 5. März 1910 GyEL 1920, Nr. 1285. Inhaltliche Wiedergabe: Jenőffy, 37.

⁷⁹³ Bericht von Oberstleutnant Antal Menyhardt über Karl Weiss. Markt St. Martin, 20. August 1920. (Kopie) (Mit Stempel des Obergespans von Ödenburg). GyEL 1920, Nr. 4392; Ministerialrat Stefan Breyer (Kultusministerium) an Bischof Fetser. 30. September 1920, GyEL 1920, Nr. 3926; Géza Zsembery an Bischof Fetser. Ödenburg, 11. November 1920. GyEL 1920, Nr. 3926. Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408, Anm. 17.

⁷⁹⁴ Bericht von Oberstleutnant Antal Menyhardt über Karl Weiss. Markt St. Martin, 20. August 1920. (Kopie) (Mit Stempel des Obergespans von Ödenburg). GyEL 1920, Nr. 4392; Gebietsschutz-Liga (Árpád Gálócsy) an Bischof Fetser. Budapest, 31. August 1920. GyEL 1920, Nr. 3409. Vgl. Jenőffy, 39.

⁷⁹⁵ Der Pfarrer von Weppersdorf, Georg Vihar, zu dem Neudorf bei Landsee als Filiale gehörte, musste eine detaillierte Ermittlung über den obigen Fall machen. Vihar kam dabei zur Schlussfolgerung, dass Pfarrer Weiss keine antiungarische Agitation betrieb und seine seelsorgerischen Aufgaben gewissenhaft erfüllte (Georg Vihar an das Bischöfliche Ordinariat Raab. Weppersdorf, 18. September 1920. GyEL 1920, Nr. 3409/2; Georg Vihar an das Bischöfliche Ordinariat Raab. Weppersdorf, 8. März 1921 und 23. März 1921. GyEL 1921, Nr. 1062. Bischof Fetser an Georg Vihar [Briefentwurf]. Raab, 3. April 1921. GyEL 1921, Nr. 1353). In seinem Schreiben an Bischof Fetser gab der Neudorfer Seelsorger auch an, dass er den St. Stephanstag mit einem Hochamt gefeiert hatte und dass er sich ein ungarisches Waisenkind aus Steinamanger verschaffen hatte lassen – all das spricht auch gegen seine angebliche Ungarnfeindlichkeit (Karl Weiss an das Bischöfliche Ordinariat Raab. Neudorf bei Landsee, 15. September 1920, GyEL 1920, Nr. 3409). Vgl. Jenőffy, 39.

⁷⁹⁶ Bischof Fetser an Kultusminister Stefan Haller (Briefentwurf). Raab, 15. Oktober 1920. GyEL 1920, Nr. 3926. Die Maschinerie der Bürokratie wurde aber selbst durch diese detaillierte Auskunft des Bischofs über den Fall Weiss nicht zum Einhalt gebracht. Mitte November folgte eine weitere Anfrage des Ödenburger Obergespans, die bereits auch das Innenministerium involvierte (Géza Zsembery an Bischof Fetser. Ödenburg, 11. November 1920. GyEL 1920, Nr. 3926.)

⁷⁹⁷ Bezirkskommandant von Steinamanger an das Bischöfliche Ordinariat Raab. Steinamanger, 4. August 1920. Bischof Fetser an das Bezirkskommando Steinamanger (Briefentwurf). Raab, 11. August 1920. GyEL 1920, Nr. 3052.

Pfarrer mit wie vielen Gläubigen in das von Österreich beanspruchte Territorium fielen.⁷⁹⁸ Die zweite Liste an das Kultusamt war noch spezifischer: Sie war ein Namensverzeichnis der im Abstimmungsgebiet Ödenburg befindlichen oder von dort stammenden Angestellten der Diözese Raab.⁷⁹⁹

Das Bistum Steinamanger korrespondierte ebenfalls mit dem Kultusministerium über das Verhalten der Diözesanpriester im westungarischen Raum, sowie auch über schulische Angelegenheiten.⁸⁰⁰ Zur Zeit der Übergabe des Gebietes an Österreich und der dadurch entflammten Kämpfe verließen ab Herbst 1921 eine ganze Reihe ungarischer oder ungarisch gesinnter Lehrerinnen und Lehrer ihre Stellen.⁸⁰¹ Die Schulinspektoren meldeten dem Bischof daraufhin die Versetzung dieser Pädagogen an Schulen, die bei Ungarn verblieben waren – dazu musste später die Genehmigung des Kultusministers eingeholt werden.⁸⁰² Sofortige Bewilligungen wurden vom Bezirkskommissar erlassen.

Die rege Tätigkeit des Nationalitätenministers Bleyer fand auch in der Diözese Steinamanger ihren Niederschlag, was die Zahl der im Diözesanarchiv gelagerten Dokumente bestätigt. Er setzte sich in seinen Verordnungen und sonstigen Schreiben für die sprachlich-kulturelle Gleichstellung der deutschen Bevölkerung im westungarischen Gebiet ein, trat aber gleichzeitig für den Verbleib bei Ungarn ein.⁸⁰³ Seine Politik wurde jedoch nicht nur von revisionistischen Vereinen wie der Westungarischen Liga (*Nyugatmagyarországi Liga*) angegriffen, die ihm offene Germanisierung vorwarf, sondern auch vom Steinamangerer Oberhirten kritisiert.⁸⁰⁴ Der Brief von Bischof Mikes an den ungarischen Militärbischof

⁷⁹⁸ Kultusministerium an Bischof Fetser. Budapest, 21. März 1921. GyEL 1921, Nr. 1279. Bischof Fetser schickte in seinem Antwortbrief eine nach Komitaten geordnete detaillierte Liste der westungarischen Pfarren, die nicht nur die Anzahl der Gläubigen, sondern auch ihre Sprache enthielt und anhand des Schematismus von 1918 erstellt worden war. Demnach waren von der Diözese Raab ursprünglich 111 Pfarren mit insgesamt 194.021 römisch-katholischen Gläubigen zur Abtretung vorgesehen. Es ist bemerkenswert, dass es unter diesen lediglich vier – ganz oder teilweise – ungarischsprachige Pfarren gegeben hat, von denen drei nach der Volksabstimmung von Ödenburg zu Ungarn zurückkamen. Alle anderen waren deutsch oder kroatisch. Bischof Fetser an Kultusminister Vass (Briefentwurf). Raab, 29. März 1921. GyEL 1921, Nr. 1279. Siehe auch: Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408.

⁷⁹⁹ GyEL 1921, Nr. 4294; Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408.

⁸⁰⁰ Ein Großteil der Schulen im späteren Burgenland wurde nämlich von der katholischen Kirche betreut. Über diese Frage sowie über die Einstellung der Geistlichen und der Lehrerschaft zum Anschluss an Österreich siehe weiter unten. Schmidt, Die Entstehung, 325.

⁸⁰¹ Schmidt, Die Entstehung, 325. Im mittleren und südlichen Burgenland waren mindestens acht Schulen davon betroffen. Siehe weiter unten.

⁸⁰² Schmidt, Die Entstehung, 325. Diese Briefe an den Bischof begannen zumeist mit der folgenden sonderbaren Einleitung: „In der Hoffnung auf nachträgliche Genehmigung des Herrn Kultusministers“.

⁸⁰³ In diesen Angelegenheiten war der Bischof von Steinamanger anfangs zuvorkommend und kooperativ: Er ließ die Verfügung der Regierung über die Gleichstellung der deutschen Sprache „in der Verwaltung, in der Gerichtsbarkeit und in den Schulen“ im österreichisch-ungarischen Grenzgebiet durch die örtlichen Pfarrer „dringend“ verkünden (Brief an Leiter von deutschsprachigen Pfarren. Steinamanger, 23. August 1919. In: SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 3222. Siehe auch SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 879, 1196). Über die Westungarn-Politik von Jakob Bleyer, siehe: Schlag, Zur Burgenlandfrage, 112-120; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 161; Schmidt, Die Entstehung, 325-326.

⁸⁰⁴ SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 195. Ende 1920 wurde das Nationalitätenministerium auf Druck radikaler ungarischer Kreise aufgelöst (Schlag, Zur Burgenlandfrage, 114; Schmidt, Die Entstehung, 326).

Zadravec ist hinsichtlich seiner Grundeinstellung zur Nationalitätenfrage und zur Magyarisierungspolitik selbstentlarvend. Mikes schrieb, dass „wir“ im Sinne von Bleyers Verordnungen „gezwungen waren, unsere schön voranschreitende Magyarisierung einzustellen“.⁸⁰⁵ Im gleichen Dokument übte Mikes harsche Kritik am Verhalten des ungarischen Militärs – wie gezeigt werden wird, nicht zum letzten Mal. Die Klage dessen über den mangelnden Patriotismus mancher Priester im Grenzgebiet wies er seine Diözese betreffend als Verdächtigung von „oberflächlichen, die Lage nicht kennenden und durch den taktlosen Dienstfeifer die Stimmung [seiner] Priester ständig verschlimmernden Militärkreisen“ zurück und protestierte energisch gegen die Einmischung in innerdiözesane Angelegenheiten.⁸⁰⁶

Die Nationalarmee hatte das Verhalten einiger Geistlicher seiner Diözese aus „patriotischer Sicht“ mehrmals beanstandet. In seinen Briefen an den Militärbischof, und früher auch an den Kultusminister und den Ministerpräsidenten, betonte Mikes hingegen, dass von den insgesamt 50 deutschsprachigen Klerikern in seinem Amtsbereich lediglich zwei in dieser Hinsicht „problematisch“ gewesen wären.⁸⁰⁷

Seitens der ungarischen Armee wurde sogar die Art und Weise der proungarischen Agitation mancher Priester der Diözese kritisiert, die ihre Propaganda in allzu katholischem Sinne betrieben. Die Priester sollen wiederholt Begriffe wie „Das Regnum Marianum“ oder „Das marianische Banner der Nationalarmee“ sowie ähnliche Ausdrücke verwendet haben, so dass sich dies vor allem in jenen Gebieten Westungarns negativ auswirkte, in denen die Bevölkerung mehrheitlich protestantisch war.⁸⁰⁸

Mikes hatte wegen der Burgenland-Frage besonders mit den lokalen ungarischen Militärbehörden Konflikte. Der Bischof reagierte vehement, als selbst sein eigener Kanzleidirektor, Franz Rogács, von Oberst Schranz beschuldigt wurde, im Mittelpunkt einer antiungarischen Nationalitätenbewegung zu stehen und „auch alle Priester“ zu unterstützen, „die eine germanische Agitation betreiben“.⁸⁰⁹ Die entsprechende Antwort ging unmittelbar an den Generalstabschef der königlich ungarischen Armee, in der Mikes sarkastisch auf die Kontraproduktivität solcher grundlosen Beschuldigungen hinwies.

⁸⁰⁵ Johannes Graf Mikes an Bischof Zadravec. Steinamanger, 11. November 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 5808; Schmidt, Die Entstehung, 326.

⁸⁰⁶ Ebenda.

⁸⁰⁷ Johannes Graf Mikes an Bischof Zadravec. Steinamanger, 11. November 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 5808. Antwort von Mikes an Kultusminister István Haller. Steinamanger, 8. März 1920 (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1323) und an Ministerpräsident Sándor Simonyi-Semadam. Steinamanger (?), 11. April 1920 (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1966); Schmidt, Die Entstehung, 326.

⁸⁰⁸ SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1202; Schmidt, Die Entstehung, 326-327.

⁸⁰⁹ SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1965. Der spätere Bischof von Fünfkirchen (*Pécs*), Franz Rogács, war slowenischer Abstammung und damals einer der engsten Mitarbeiter von Mikes (Bakó, Gróf Mikes János, 16-17; Székely, 84; Gyula Géfin (Hg.), *A Szombathelyi Egyházmegye története* [Die Geschichte der Diözese Szombathely]. Band III., Szombathely 1935, 342); Schmidt, Die Entstehung, 327.

Im Zuge ihrer Bemühungen, Westungarn zu behalten, versuchten die Regierungs- und Militärstellen – wenn auch nur in Form von Bitten und Vorschlägen – beim Bistum Steinamanger Einfluss auf innerdiözesane Fragen zu nehmen. Dies betraf unter anderem die Ein- und Absetzung lokaler Geistlicher und sogar die Gründung neuer Pfarren. Um einige konkrete Beispiele für die Dispositionen zu nennen: Das Militär ließ über Bischof Zadravec den Wunsch vermitteln, dass Pfarrer Karl Bajor von Großpetersdorf pensioniert und er „durch einen tatkräftigen Ungarn ersetzt werden solle“.⁸¹⁰ Auch die Stelle des verstorbenen Pfarrers von Gaas sollte unbedingt durch einen gebürtigen Magyaren besetzt werden.⁸¹¹ Aber Bischof Mikes, obwohl selbst ein glühender ungarischer Patriot, ließ die Militärs in diese Angelegenheiten nicht mitbestimmen. Er teilte Zadravec mit, dass in Großpetersdorf alles beim Alten bliebe und die Pfarre Gaas einen aus Ungarn stammenden Kroaten als Vorsteher erhalten werde. Gegenüber Nationalitätenminister Bleyer zeigte sich der Diözesanbischof nachgiebiger. Bleyer hatte ihn um einen Administrator für Rudersdorf gebeten, das unmittelbar an der alten österreichisch-ungarischen Grenze lag.⁸¹² Die Bitte wurde damit begründet, dass die Gläubigen wegen kirchlicher Angelegenheiten das benachbarte steirische Fürstenfeld besuchten, wo aber laut Bleyer die Gefahr des österreichischen Propagandaeinflusses groß war. Ein späterer Bericht der ungarischen Staatspolizei verdeutlicht, dass die Gemeinde Ende 1920 tatsächlich eine Lostrennung von Ungarn befürwortete.⁸¹³ In der Folge lehnte auch die Diözese Steinamanger eine Initiative der Rudersdorfer ab, dass ein Priester aus Fürstenfeld die Weihnachtsmesse bei ihnen zelebrierte.⁸¹⁴ Bereits Anfang 1921 schrieb der Regierungskommissar des Bezirks Steinamanger an Mikes über den Wunsch der Gemeinde, ihre Pfarrstelle dringend besetzen zu lassen.⁸¹⁵ In seiner Antwort teilte der Bischof mit, dass die Errichtung einer unabhängigen Pfarre bereits im Gange war.⁸¹⁶

⁸¹⁰ SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 5808; Schmidt, Die Entstehung, 327.

⁸¹¹ Ebenda.

⁸¹² In seinem ersten Schreiben verwechselte der Minister Rudersdorf mit Stegersbach (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 4627, 5405) ; Schmidt, Die Entstehung, 327.

⁸¹³ Bericht der Königlich Ungarischen Staatspolizei, Kommissariat St. Gotthard (*Szentgotthárd*), Außenstelle Rudersdorf. Rudersdorf, 14. Dezember 1920 (Kopie). SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 6481; Schmidt, Die Entstehung, 327-328.

⁸¹⁴ Antwortbrief des bischöflichen Sekretärs. Steinamanger, 19. Dezember 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 6481. Im Schreiben wurde auch darauf hingewiesen, dass dem Bischof eine Bitte in diesem Sinne auch nicht unterbreitet worden war. Schmidt, Die Entstehung, 328.

⁸¹⁵ SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 972. Diese Absicht ist umso interessanter, als wenige Wochen zuvor der Vorsteher der Rudersdorfer Außenstelle des Kommissariats St. Gotthard darüber geschrieben hatte, dass die Gemeinde keinen „ungarischen Priester“ finanzieren wollte, sondern lieber im benachbarten Fürstenfeld in die Kirche ging. Schmidt, Die Entstehung, 328.

⁸¹⁶ SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 972. Damals war Rudersdorf eine Filiale von Deutsch Kaltenbrunn. Die neue Pfarre wurde erst 1928 gegründet (Schematismus Cleri Dioecesis Sabariensis Pro Anno Domini 1923, 20; [http://de.wikipedia.org/wiki/Rudersdorf_\(Burgenland\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Rudersdorf_(Burgenland)) (Eingesehen am: 20. Juli 2013). Vgl. Szabó, 36, Anm. 133; Schmidt, Die Entstehung, 328.

Für die ebenfalls im Grenzbereich des Lafnitztales gelegenen Siedlungen Wörterberg und Neudauberg, bat der Untergespan des Komitates Eisenburg 1920 um Aufstellung einer neuen Pfarre.⁸¹⁷ Anfang 1921 machte das Bezirkskommando Steinamanger – unter Vermittlung des Regierungskommissars – einen aus heutiger Sicht absurden Vorschlag: Die beiden genannten Gemeinden, sowie Hackerberg und Burgauberg, die kirchenrechtlich zu Österreich, aber politisch zu Ungarn gehörten, sollten ungarischen Pfarren angegliedert werden.⁸¹⁸ Die Militärbehörde hielt es unter den damaligen Umständen für eine „unmögliche Situation“, dass sie von steirischen Pfarrern betreut wurden. Zu diesem Zeitpunkt war ja das Schicksal des Burgenlandes sehr ungewiss. Prominente Mitglieder der im Oktober 1920 an die Macht gekommenen Christlichsozialen in Österreich wollten zum Beispiel die Zukunft des Gebietes von einer Volksabstimmung abhängig machen, und die ungarische Seite war sehr darauf bedacht, die Stimmung der Bevölkerung im eigenen Sinne zu beeinflussen.⁸¹⁹

Auch die Diözese Raab bekam nach 1919 die Aktivität der ungarischen Militärstellen wegen ihrer proösterreichischen Seelsorger zu spüren. Im Falle von Josef Bauer bat das Bezirkskommando Steinamanger Bischof Fetser auf telegraphischem Wege sogar zweimal darum, ihn von seiner Pfarre zumindest für einige Wochen zu entfernen, da er in den Gemeinden Horitschon, Harkau (*Harka*) und Neckenmarkt eine schädliche Sezessionspropaganda betrieb.⁸²⁰ Der Raaber Oberhirte antwortete, wie erbeten, direkt an das Heeresoberkommando nach Budapest. Er teilte diesem mit, dass er Pfarrer Bauer zu sich beordert hatte und von ihm „ein seriöses Versprechen erhalten hatte, in seinem Priesteramt die Loslösungspolitik nicht einmal dem Anschein nach zu unterstützen“. Fetser weigerte sich jedoch, Bauer von seiner Pfarre zu entfernen, weil ein solcher Schritt seiner Meinung nach „jetzt unserer Sache geradezu schaden würde“, womit er wohl zu verstehen gab, dass diese eine Aufruhr unter den Gläubigen zur Folge hätte.⁸²¹

Die übereifrigen Militärstellen hatten sich aber nicht nur im Falle von staatsfeindlichen Aktivitäten der Geistlichkeit den Raaber Bischof kontaktiert, sondern auch wenn diese eine Passivität bei der von ihr erwarteten Erfüllung patriotischer Pflichten zeigten. Es war

⁸¹⁷ SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 4609; Schmidt, Die Entstehung, 328.

⁸¹⁸ SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 1861. Das Schreiben des Bezirkskommandos ist auf den 27. Jänner 1921 datiert. Bereits im folgenden Jahr kam das gesamte Burgenland kirchenrechtlich *de facto* zu Österreich. Im Diözesanarchiv Steinamanger war kein Antwortschreiben von Bischof Mikes zu finden. Schmidt, Die Entstehung, 328.

⁸¹⁹ Im Herbst 1920 verhandelte der frühere, christlich-soziale Bürgermeister Wiens, Richard Weisskirchner, in Budapest. Er stellte ein direktes Abkommen über die offene Territorialfrage in Aussicht, die eine Volksabstimmung in Westungarn zum Kern hatte. Im Gegenzug dafür erwartete er den Abschluss eines Handelsvertrags über Lebensmittellieferungen nach Wien, denn die Ernährungslage der österreichischen Hauptstadt war damals sehr kritisch. Schlag, Zur Burgenlandfrage, 111-112; Schmidt, Die Entstehung, 328.

⁸²⁰ Telegramme des Bezirkskommandos Steinamanger an Bischof Fetser vom 27. Februar 1920 und vom 5. März 1920. GyEL 1920, Nr. 1058.

⁸²¹ Briefentwurf von Bischof Fetser an das Heeresoberkommando in Budapest vom 6. März 1920. GyEL 1920, Nr. 1058.

wiederum das Bezirkskommando Steinamanger, welche sich aus diesem Grunde Mitte Juni 1920 bei Fetser gegen die Priesterschaft des Kreisnotariates Eisenstadt-Oberberg (mit Ausnahme von Propst Nagy) beschwerte.⁸²² Folglich soll auch die Lehrerschaft keine proungarische Propagandatätigkeit ausgeübt haben, sodass es nicht verwunderlich war, dass ein Großteil der Bevölkerung für Österreich war.

Der bereits oben genannte Oberst Schranz hatte diese Klagen gegenüber Militärbischof Zadaveczech am selben Tag fast wortgetreu wiederholt.⁸²³ Wer war aber dieser umtriebige Offizier? Aus der ungarischen Fachliteratur erfährt man, dass er laut Beschluss des ungarischen Ministerrates vom 5. Mai 1920 als militärischer Wegbereiter des späteren Leithabananates auserwählt worden war, der nach der Übergabe der Westgebiete an Österreich den „inoffiziellen“ Widerstand dort geleitet hätte.⁸²⁴ Damit gehörte er wohl zu den wichtigsten Figuren in Westungarn um das Jahr 1920. In seinem Brief an den Militärbischof nannte er als seine Aufgabe, im strittigen westungarischen Gebiet all jene Probleme zu lösen, die sich auf die Stimmung der Bevölkerung aus ungarischer Sicht negativ auswirken könnten. Er führte seinen Wunsch darüber aus, dass die einflussreiche Priesterschaft auch ihren Beitrag dazu leisten sollte, war aber der Ansicht, dass ihr die „vorgesetzte Stelle“ die politische Tätigkeit verboten hatte. Daher erbat er die Vermittlerrolle von Militärbischof Zadaveczech, seine beiden westungarischen Kollegen zu ersuchen, die ihnen unterordnete Priesterschaft zur „verstärkten patriotischen Aktivität“ anzuweisen.⁸²⁵

In einem anderen Fall versuchten Schranz und Kollegen auf eine mildere, positivere Weise auf innerdiözesane Angelegenheiten Einfluss zu nehmen. Wiederum auf dem Wege des Militärbischofs wollten der Oberst erreichen, dass der Pfarrer von Marz, Franz Mariska, den er als „einen der hervorragendsten Vorkämpfer der patriotischen ungarischen nationalen Ausrichtung“ in seiner Gegend nannte, vom Fürstprimas oder vom Raaber Bischof einen Lob bekommen sollte, worüber auch die anderen Priester Westungarns in Kenntnis zu setzen wären.⁸²⁶ Dass der Raaber Oberhirte über diese Vorstöße nicht begeistert war, lässt sich

⁸²² Bezirkskommando Steinamanger (General Szívó) an Bischof Fetser. Steinamanger, 12. Juni 1920. GyEL 1920, Nr. 2538. Das Bezirkskommando hatte namentlich zwei Priester angeklagt: Pfarrer Karl Karner von Kleinhöflein und Pfarrer Ernst Fieber von St. Georgen am Leithagebirge, gegen die es um die Einleitung eines entsprechenden Verfahrens bat. Jenőffy, 38.

⁸²³ Oberst Schranz an Militärbischof Zadaveczech. Bogát, 12. Juni 1920. GyEL 1920, Nr. 3116.

⁸²⁴ Fogarassy, Tervek, 30-32.

⁸²⁵ Oberst Schranz an Militärbischof Zadaveczech. Bogát, 12. Juni 1920. GyEL 1920, Nr. 3116. Bischof Zadaveczech ließ den oben erwähnten Brief von Oberst Schranz Bischof Fetser in Original zukommen mit dem höflichen Kommentar, eventuell notwendig erscheinende Schritte einzuleiten. Bischof Zadaveczech an Bischof Fetser. Budapest, 7. August 1920. GyEL 1920, Nr. 3116.

⁸²⁶ Oberst Schranz an Militärbischof Zadaveczech. Bogát, 11. Juni 1920. GyEL 1920, Nr. 3116. Über die gleiche Angelegenheit, siehe auch: Bezirkskommando Steinamanger (General Szívó) an Bischof Fetser. Steinamanger, 12. Juni 1920. GyEL 1920, Nr. 2539. Jenőffy, 38-39.

anhand seines eigenhändigen Kommentars auf der Rückseite des Briefes von Oberst Schanz nachvollziehen: „Das Militär kennt sich da nicht aus“.

9.3 Das Verhältnis der westungarischen Oberhirten zu den revisionistischen Vereinen

Die enormen Gebietsverluste Ungarns nach dem Ende des Ersten Weltkrieges führten landesweit zur Bildung von Gruppierungen, deren oberstes Ziel die Rückgängigmachung dieser Friedensbestimmungen war. Zu diesen irredentistischen Verbänden gehörte das ÉME („Ébredő Magyarok Egyesülete“, Verein der Erwachenden Ungarn), das MOVE („Magyar Országos Véderő Egylet“, Ungarischer Landeswehrkraftverband“), die Gebietsschutz-Liga („Területvédő Liga“) oder die schon erwähnte Westungarische Liga.⁸²⁷ Diese bildeten auf Komitats- und Gemeindeebene ein Netzwerk von Verbänden, die besonders in der Anfangszeit schwer von der Budapester Zentrale zu lenken gewesen waren. In der Fachliteratur wird der Steinamangerer Oberhirte als einer jener Persönlichkeiten hervorgehoben, um die sich das oben genannte Netzwerk knüpfte.⁸²⁸ Haslinger beschreibt ihn als „eine der zentralen Kristallisationspunkte des legitimistisch-irredentistischen westungarischen Netzwerkes“, der auch über enge Kontakte zum ÉME verfügte.⁸²⁹ Der aus Siebenbürgen stammende Bischof hatte sogar einen eigenen Székler-Verband aus den von dort vertriebenen Flüchtlingen gegründet.⁸³⁰ Laut Unger waren die Christlichsoziale Wirtschaftspartei in Ödenburg (Johannes Huber und Gesinnungsgenossen), MOVE und die „Erwachenden Ungarn“ eng miteinander verbunden gewesen, was auch von der deutschsprachigen christlichsozialen Presse in Ungarn entsprechend widerspiegelt wurde.⁸³¹ Als die Übergabe Westungarns an Österreich bereits bevorstand, kündigten die beiden letztgenannten Vereine öffentlich ihren Widerstand dagegen an.⁸³²

Als besonders aktiv in der Westungarnfrage erwies sich die Gebietsschutz-Liga, die das Bistum Raab regelmäßig mit verschiedenen Eingaben über die Loyalität der Diözesanpriesterschaft bombardierte.⁸³³ Ihre Briefe deckten sich aber inhaltlich vielfach mit jenen der Ministerien und der Militärstellen. Die Liga ging aber mit einer viel größeren

⁸²⁷ Haslinger, 46-47; Unger, 7-8; <http://lexikon.katolikus.hu/T/Ter%C3%BCletv%C3%A9d%C5%91%20Liga.html> (Eingesehen am: 16.09.2017.). Der genaue Name der Gebietsschutz-Liga lautete „Magyarország Területi Épségének Védelmi Ligája“, auf Deutsch: Schutzliga zur Wahrung der territorialen Integrität Ungarns.

⁸²⁸ Haslinger, 46-47.

⁸²⁹ Haslinger, 76.

⁸³⁰ Haslinger, 46-47.

⁸³¹ Unger, 7-8.

⁸³² Unger, 10.

⁸³³ Ihre diesbezügliche Aktivität konzentrierte sich besonders auf das Jahr 1920, als sechs solche Briefe verfasst worden waren.

Zähigkeit vor: Im Falle des Pfarrers von Horitschon landeten binnen kurzer Zeit drei ihrer Beschwerdebriefe beim Raaber Bischof, die um Ermahnung, beziehungsweise um vorübergehende Versetzung dieses Klerikers baten.⁸³⁴ Die erste unter ihnen vom 27. März 1920 stammte vom Vorsitzenden des Vereins, Lajos Lóczy.⁸³⁵ Lóczy empfahl dem Bischof, den Klerus und die Bevölkerung der besagten Gegend durch sein persönliches Auftreten in ihrem Patriotismus zu bestärken, wobei ihm die Gebietsschutz-Liga hilfreich zur Seite stehen würde. Das chronologisch letzte Schreiben der Liga über Pfarrer Bauer enthielt auch Klagen gegen die Kapläne von Deutschkreuz und Unterpetersdorf. Bischof Fetser reagierte mit großer Skepsis und war eindeutig irritiert über ihre Einmischung in innerdiözesane Angelegenheiten, was seine lapidaren Kommentare dazu bezeugen („Von Hörensagen stammende Beschuldigungen. Für den Vorschlag unzuständig“).⁸³⁶ Bei einer früheren Beschwerde gegen den Deutschkreutzer Kaplan – den er übrigens sehr gut kannte – zeigte er sich ebenfalls kritisch, sodass es sich hier nicht bloß um eine Einzelercheinung handelt.⁸³⁷

Die Glaubwürdigkeit der Gebietsschutz-Liga wird wohl einen Tiefpunkt in den Augen des Raaber Oberhirten erreicht haben, als Mitte September 1920 diözesaninternen Nachforschungen die Anklagen gegen den bereits erwähnten Neudorfer Seelsorger Karl Weiss als eine maßlose Übertreibung enttarnten. Die Liga hatte behauptet, dass alle Berichte über Weiss einhellig festhielten, dass er „oft vor einem großen Publikum“ für den Anschluss an Österreich eingetreten war.⁸³⁸ Der mit der Nachrecherche betraute Weppersdorfer Pfarrer fand heraus, dass die „große“ Zuhörerschaft aus lediglich fünf Personen bestanden hatte.⁸³⁹

⁸³⁴ Gebietsschutz-Liga (Lajos Lóczy) an Bischof Fetser. Budapest, 27. März 1920. Zitiert in: Jenőffy, 37-38. (GyEL 1920, Nr. 1505 [?]). Gebietsschutz-Liga (Árpád Gálócsy) an Bischof Fetser. Budapest, 22. Mai und 6. August 1920. GyEL 1920, Nr. 2224 und Nr. 3115. Im Zusammenhang mit dem Pfarrer von Horitschon hatte sich auch die MOVE gerührt, und ihre Hoffnung darüber ausgedrückt, dass Bauer nach seiner Verwarnung durch den Bischof mit der Agitation aufhören würde. Brief der MOVE vom 9. April 1920. Zitiert in: Jenőffy, 38. (GyEL 1920, Nr. 1697).

⁸³⁵ Gebietsschutz-Liga (Lajos Lóczy) an Bischof Fetser. Budapest, 27. März 1920. Zitiert in: Jenőffy, 37-38. (GyEL 1920, Nr. 1505 [?]). Lajos Lóczy (1849–1920) war Geologe und Universitätsprofessor, der durch seine Teilnahme an einer Forschungsexpedition im Fernen Osten (1877–1880) internationale Bekanntheit erlangte. <http://www.mek.iif.hu/porta/szint/egyeb/lexikon/eletrajz/html/ABC09006/09556.htm> (Eingesehen am: 16. September 2017)

⁸³⁶ Gebietsschutz-Liga (Árpád Gálócsy) an Bischof Fetser. Budapest, 6. August 1920. GyEL 1920, Nr. 3115. Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408.

⁸³⁷ Gebietsschutz-Liga (Árpád Gálócsy). Budapest, 11. Juni 1920. GyEL 1920, Nr. 2428. Die Klage lautete, dass der Deutschkreutzer Kaplan und auch der Pfarrer von Unterfrauenhaid die Bevölkerung ständig gegen die Ungarn reizen würden und „begeisterte Fahnen Träger der alldutschen Gedanken“ wären. Fetser glaubte diesen Vorwürfen nicht, obwohl sie sich im Falle des Kaplans später vielfach bewahrheiteten.

⁸³⁸ Gebietsschutz-Liga (Árpád Gálócsy) an Bischof Fetser. Budapest, 31. August 1920. GyEL 1920, Nr. 3409; Jenőffy, 39. Vgl. Kap. 8.2.

⁸³⁹ Georg Vihar an Bischöfliche Ordinariat Raab. Weppersdorf, 18. September 1920. GyEL 1920, Nr. 3409/2. Vgl. Kap. 8.2.

9.4 Firmungsreisen von Bischof Mikes in Westungarn

In seiner Diözesanpolitik maß Bischof Mikes den Firmungsreisen eine wichtige Rolle bei. Er machte diese einmonatigen Rundreisen zwei Mal pro Jahr, üblicherweise im Frühling und im Herbst.⁸⁴⁰ Während der Firmungen sammelte der Oberhirte Erfahrungen über seine Diözese vor Ort und lernte die ihm anvertrauten Priester und Gläubigen besser kennen.⁸⁴¹ Darüber hinaus hatten diese Reisen – wie auch die Visitationen – eine eindeutige Propagandafunktion.⁸⁴² In einem Brief an den ungarischen Kultusminister István Haller Anfang März 1920 kündigte Mikes an, dass er im Frühling die deutschsprachigen Gebiete im Rahmen einer Firmungsreise aufsuchen wollte, um auch dadurch seinen dortigen Priestern und Gläubigen „auf indirekte Weise Ermunterung zu geben, dass sie nicht von Ungarn losgetrennt werden würden“.⁸⁴³ Er drückte im Schreiben auch seinen Zweifel darüber aus, dass die Stimmung der Bevölkerung für Ungarn ungünstig war.⁸⁴⁴

Zwei Jahre später (1922) löste seine geplante Firmungsreise in den nun zu Österreich gehörenden Teil seiner Diözese diplomatische Irritationen aus. Wie bereits angeführt, unternahm die österreichische Regierung alles, um die Reise zu verhindern, wollte dies aber nur indirekt erreichen, weil eine unmittelbare Verweigerung seiner Einreise als Verletzung der religiösen Gefühle der Bevölkerung hätte interpretiert werden können.⁸⁴⁵ Die österreichische Seite beurteilte die Persönlichkeit des Bischofs richtig, als sie befürchtete, dass er während seiner geplanten Reise im Burgenland „unbewusst oder bewusst“ die Bevölkerung in ungarisch nationalem Sinne benutzen könnte, wie dies auch Beispiele aus der Folgejahren bestätigten.⁸⁴⁶ Unter Einschaltung des Vatikans übte die Wiener Regierung Druck auf den Steinamangerer Oberhirten aus, um ihn zum Einlenken zu bringen. Nach der Intervention Pastors bei Kardinalsstaatssekretär Gasparri wies Letzerer den Budapester

⁸⁴⁰ Mikes bereiste seine Diözese mit einem Automobil, das vor allem zu Beginn seiner Amtszeit in den 1910er Jahren als aufsehenerregend modern galt. Bakó, Gróf Mikes János, 17; Schmidt, Die Entstehung, 329. Vgl. Kap. 7.2.

⁸⁴¹ Ebenda. Eine der Firmungsreisen in Westungarn wurde vom Pfarrer in Stinatz genau beschrieben (Peter Jandrisevits an Bischof Mikes. Stinatz, 15. Juli 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 4059).

⁸⁴² Vgl. Schleiner, Von Westungarn zum Burgenland, 102; Székely, 140; Schmidt, Die Entstehung, 329.

⁸⁴³ SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1323; Schmidt, Die Entstehung, 329.

⁸⁴⁴ Vgl. dazu den Brief des Außenministeriums an Kardinal Csernoch vom Februar 1920 (über die schlechte Stimmungslage im Komitat Eisenburg) im Kapitel 8.2.

⁸⁴⁵ ÖStA/AdR, NPA K 257 Österreich 3/8, ex 1922: Z 1295/1A, 1309, 1379, 1401/1A, 1563. Die Wiener Regierung befürchtete, dass Bischof Mikes die Burgenländer im nationalungarischen Sinn beeinflusst hätte. Die definitive Grenze zwischen Österreich und Ungarn stand ja zu dieser Zeit noch nicht fest. Schmidt, Die Entstehung, 329.

⁸⁴⁶ ÖStA AdR NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres Z. 1309 vom 7. April 1920. Vgl. Kap. 53.

Nuntius an, in diesem Sinne zu vorzugehen.⁸⁴⁷ Nuntius Schioppa verfasste bereits am 12. April 1922 (am Folgetag von Pastors Aktion) einen Brief, in dem er Gasparri Bitte weiterleitete und als Begründung auf die laufende Bestellung eines Apostolischen Administrators anführte.⁸⁴⁸ Spätestens aus diesem Brief musste es Mikes klar sein, wie ernst es zu diesem Zeitpunkt bereits um diese Angelegenheit stand. In seiner Antwort an Schioppa leugnete aber der Bischof interessanter Weise die Absicht einer Firmungsreise, sondern gab stattdessen an, lediglich einige Pfarren besucht haben zu wollen. Er beugte sich aber dem Willen des Heiligen Stuhls und verzichtete auf sein Vorhaben.⁸⁴⁹

Selbst nach der Loslösung des Gebiets soll jedoch Mikes im südlichen Burgenland unterwegs gewesen sein, sogar noch 1923, als er dort vielen Jugendlichen die Firmung spendete.⁸⁵⁰ Während seines Besuchs in dem zu Ungarn gehörenden Oberradling (*Felsőrönök*, heute Rönök) wurden die Kinder aus dem nahegelegenen burgenländischen Tschanigraben über die Grenze gebracht.⁸⁵¹ In der Predigt erzählte der Bischof, dass er vor kurzem mit dem Flugzeug über das südliche Burgenland geflogen sei und versicherte den Gefirmten nach der Messe, dass im Herbst die Grenze wieder bei Fürstenfeld verlaufen werde.⁸⁵² Dies war jedoch ein Wunschgedanke.

⁸⁴⁷ ÖStA AdR NPA K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 1658, 1658/1B; sowie Antwort von Mikes. Steinamanger, 21. April 1922. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 1553. Schmidt, Die Entstehung, 329.

⁸⁴⁸ Budapester Nuntius Lorenzo Schioppa an Bischof Mikes. Budapest, 12. April 1922. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 1553. Mit dem Verweis auf die bevorstehende Ernennung eines Apostolischen Administrators wiederholte Schioppa das Argument seines Vorgesetzten. Siehe: Archiv der Apostolischen Nuntiatur Budapest. Busta 5 (1920–1923) Fasc. 7.4. ff. 521-550: Burgenland. In: Tóth, Tusor, Inventarium Vaticanum I., 30. Vgl. Kap. 6.2.

⁸⁴⁹ Bischof Mikes an Nuntius Schioppa. Steinamanger, 21. April 1922. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 1553; Schmidt, Die Entstehung, 329. An dieser Stelle bedanke ich mich bei Krisztina Tóth für ihre Hilfe bei der Übersetzung des lateinischen Originaltextes und bei dessen Interpretation. Schmidt, Die Entstehung, 329.

⁸⁵⁰ Szabó, 25; Schmidt, Die Entstehung, 329.

⁸⁵¹ Tschanigraben war eine Filiale von Oberradling. Vgl. Schematismus Cleri Dioecesis Sabariensis Pro Anno Domini 1923, 24. Liste der westungarischen Pfarren: SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 4371. Schmidt, Die Entstehung, 329-330.

⁸⁵² Haslinger, 77-78; Pöck, 52-53; Szabó, 25; Schmidt, Die Entstehung, 330.

10. Geistlichkeit, Lehrerschaft und Gläubige – die Diözesanpolitik von Bischof Fester und Mikes

Der burgenländische Klerus war aufgrund seiner Erziehung im ungarischen Schulwesen überwiegend proungarisch eingestellt, insbesondere jener Teil, der früher zum Bistum Steinamanger gehört hatte.⁸⁵³ Das galt wahrscheinlich auch für die Lehrerschaft.⁸⁵⁴ Bei den Gläubigen war die Sympathie für einen Anschluss an Österreich deutlich größer, aber lokal und regional unterschiedlich stark ausgeprägt; es lässt sich auf der Zeitachse eine steigende Tendenz der Zustimmung verorten.⁸⁵⁵ Die Gründe dafür werden noch genauer behandelt.

10.1.1 Geistliche als Abgeordnete in der Westungarnfrage.

Ihre Rolle in den christlichsozialen Bewegungen nach dem Ersten Weltkrieg

Im überwiegend ländlich geprägten Westungarn stellte die Priesterschaft – zusammen mit den Beamten und der Lehrerschaft – die politisch aktive, schmale intellektuelle Elite dar. Bevor einzelne konkrete Persönlichkeiten in der hier vorliegenden Arbeit vorgestellt werden, ist es zielführend, zunächst eine allgemeine Einleitung zum Thema zu skizzieren. Um ein besseres Verständnis über dieses letztere zu erlangen, muss man die Entwicklung der burgenländischen Christlichsozialen Partei und ihre westungarische Vorgeschichte unter die Lupe nehmen, da das Schicksal der oben genannten Kleriker eng damit verbunden war.⁸⁵⁶

Die Christlichsoziale Partei entstand in Westungarn – wie die Sozialdemokratische – als Folge von österreichischen Einflüssen, und war zunächst unter dem Namen „Katholische Volkspartei“ tätig.⁸⁵⁷ Sie basierte ideologisch auf der Enzyklika „Rerum novarum“ von Papst Leo XIII von 1891, welche auf die sozialen Herausforderungen der Zeit christliche Antworten zu geben bemüht war.⁸⁵⁸

Westungarn galt als einer der Hochburgen der Christlichsozialen jenseits der Leitha: Sie stellten bereits in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg die meisten westungarischen

⁸⁵³ Szabó, 16-17, 19; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 343, 345; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 161-162; Huber, 1-2; Berczeller, Leser, 197-199; Jankó, Tóth, 101; Schmidt, Die Entstehung, 331.

⁸⁵⁴ Die proungarische Orientierung der Geistlichen im Burgenland wird in der Fachliteratur häufig erwähnt. Um die Einstellung der Lehrerschaft zu untersuchen, war es notwendig, die archivalischen Quellen stärker heranzuziehen. Schmidt, Die Entstehung, 331. Siehe auch: Kramer, 14-15.

⁸⁵⁵ Szabó, 11; Kramer, 15; Schmidt, Die Entstehung, 331.

⁸⁵⁶ Als besonders hilfreich für die Erfassung der komplexen Geschichte der Christlichsozialen in Westungarn im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts erwies sich die Arbeit von Günter Michael Unger und der Aufsatz „Die politischen Parteien des Burgenlandes 1921-1934“ von Gerald Schlag.

⁸⁵⁷ Schlag, Die politischen Parteien, 97-98; Unger, 3.

⁸⁵⁸ Ebenda, 97.

Abgeordneten in Budapester Parlament.⁸⁵⁹ Nach der Unabhängigkeitswerdung Ungarns bildeten sie jedoch zunächst keine einheitliche Partei: Es wurden an verschiedenen Orten Westungarns Parteien gegründet, welche auch unterschiedliche Namen trugen – sie waren eher nur parteimäßige Einzelaktionen innerhalb von ungarischen Regierungsfraktionen.⁸⁶⁰ Nach einer Serie von Parteifusionen entstand am 25. Oktober 1919 die Partei der Christlich-nationalen Vereinigung, welche nach den Wahlen von 1920 die größte Fraktion im Budapester Parlament stellte und anschließend in einer Koalition mit der Kleinlandwirtpartei die Regierung bildete.⁸⁶¹ Aber auch diese Parteiformation erwies sich als recht kurzlebig: Die zwei Rückkehrversuche Kaiser Karls 1921 nach Ungarn führten zu inneren Spannungen und leiteten ihre Zerbröckelung ein.⁸⁶²

Was den Anschluss des Gebietes an Österreich anbelangte, nahmen die westungarischen Christlichsozialen anfangs eine entschieden ablehnende Haltung dazu ein – durchwegs im Einklang mit der reservierten Haltung ihrer österreichischen Parteifreunde – wofür zwei Hauptgründe ausschlaggebend waren.⁸⁶³ Der erste entstammte aus ihrer Solidarität mit der übrigen, nach 1919 in Ungarn verbliebenen deutschen Minderheit, für die sie sich verantwortlich fühlte.⁸⁶⁴ Die Christlichsozialen befürchteten, dass nach einem Ausscheiden des Deutschtums der westlichen Grenzgebiete aus dem ungarischen Staatsverband, der proportional und zahlenmäßig reduzierte, geographisch verstreut lebende Rest politisch, sprachlich und kulturell untergehen würde.⁸⁶⁵ Der zweite und zugleich wohl wichtigere Grund

⁸⁵⁹ Schlag, Die politischen Parteien, 98; Unger, 3.

⁸⁶⁰ Wie Unger darauf hinweist, hing diese Uneinheitlichkeit damit zusammen, dass in Ungarn zu diesem Zeitpunkt die Parteien noch nicht straff organisiert waren (wie in Österreich), vielfach einen ephemeren Charakter hatten und folglich auch einer Massenbasis entbehrten. Besonders in Westungarn, wo die Bevölkerung weitgehend apolitisch war. Unger, 2-3.

⁸⁶¹ <http://lexikon.katolikus.hu/K/Kereszt%C3%A9ny%20Nemzeti%20Egyes%C3%BCl%C3%A9s%20P%C3%A1rtja.html> (Eingesehen am: 18. Juli 2017).

⁸⁶² Ebenda.

⁸⁶³ Schlag, Die politischen Parteien, 97-98; Unger, 2.

⁸⁶⁴ Ebenda, 98. Alois Krisch (1876?–1944), der Chefredakteur der westungarischen Zeitung „Christliches Ödenburger Tagblatt“ führte gegen den Anschluss weitere Gründe an: Sie würde die Partei der Christlichsozialen in Ungarn außerordentlich schwächen, und auch der Einfluss des Deutschtums auf Ungarn wäre für immer verloren – im Budapester Parlament bliebe „kein einziger deutschdenkender und deutsch fühlender Abgeordneter“. Unger, 13. Auch wenn die Vision über ein gänzlich Verschwinden der parlamentarischen Interessensvertretung übertreiben war, wurde sie nach 1921 tatsächlich stark reduziert. Wie Béla Bellér darauf hingewiesen hatte, war der Verlust des Burgenlandes einer der zwei Hauptgründe dafür, dass Bleyers Christliche Deutsch-ungarische Integritätspartei, die ursprünglich mit acht Abgeordneten in Budapest vertreten war, bis 1922 aufgelassen wurde. Béla Bellér, A magyarországi németek rövid története [Kurze Geschichte der ungarländischen Deutschen, Budapest 1981, 152. Über Alois Krisch, siehe: http://www.atlas-burgenland.at/index.php?option=com_content&view=article&id=204 (Eingesehen am: 26. Juli 2017).

⁸⁶⁵ Dass diese Befürchtungen nicht unbegründet waren, beweisen die ersten, nach der Festlegung der Grenzen von Trianon stammenden amtlichen Statistiken Ungarns aus dem Jahre 1930. Diese zeigen, dass bei einer Gesamtbevölkerung von damals fast 8,7 Millionen die Zahl der noch über 478.000 ausmachenden deutschsprachigen Einwohner im Vergleich zu 1920 um mehr als 13 Prozent geschrumpft war, wobei besonders die Hauptstadt, Komitat Pest und Transdanubien von diesem negativen Trend schwer betroffen waren. Az 1930. évi népszámlálás. 1. rész. Demográfiai adatok községek és külterületi lakóhelyek szerint.

für ihre proungarische Einstellung lässt sich mit aktualpolitischen Umständen erklären. Nach dem Sturz der Räteherrschaft in Ungarn hatte dort eine sich als christlich definierende, konservative politische Führungsgarnitur das Sagen, während Österreich von Herbst 1918 bis Sommer 1920 durch eine vom Sozialdemokraten Karl Renner geführte Koalition regiert war, dessen Partei auch noch in der Folgezeit landesweit wichtige Positionen beibehielt.⁸⁶⁶ Die Haltung der christlichsozialen Abgeordneten Westungarns war aber stark durch die Unterdrückung und Verfolgung der Bürgerlichen während der Räteherrschaft von 1919 geprägt. Insbesondere der Klerus, welche die „tragende Schicht der frühen Christlichsozialen Partei“ war, hatte schwer darunter gelitten und wurde „zu fanatischen Antimarxisten“ (G. Schlag).⁸⁶⁷ So ist es nicht verwunderlich, dass in den Monaten unmittelbar vor dem Gebietstransfer die Christlichsoziale Parteileitung in Ödenburg einen Aufruf in diesem Sinne an die Bevölkerung Westungarns richtete und zum gemeinsamen Kampf gegen die „gefährlichen fremden Eindringlinge“ aus dem „Wiener Kommunistennetz“ aufforderte.⁸⁶⁸

Zu den bedeutendsten Führern der Christlichsozialen in Westungarn gehörten Kanoniker Johannes Huber⁸⁶⁹ aus Donnerskirchen – ein enger Mitarbeiter des Nationalitätenministers Jakob Bleyer – und Prälat Alexander Gießwein⁸⁷⁰, die alle drei westungarische Wahlbezirke im Budapester Parlament vertraten (Neusiedl, St. Gotthard und Ungarisch Altenburg).⁸⁷¹ Der sehr agile und vielseitige Dr. Huber galt als Motor der christlichsozialen Bewegung, der neben seiner Abgeordnetenrolle als Volksredner, Agitator und Publizist für einen Verbleib des Burgenlandes bei Ungarn auftrat.⁸⁷² An der Spitze dieser westungarischen deutschen Abgeordneten stand aber Minister Bleyer, dessen Aktivitäten im Kontext der Diözesanpolitik der westungarischen Bischöfe in der Folge noch vielfach angesprochen werden.⁸⁷³ Gießwein hatte noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Christlichsoziale Partei

[Die Volkszählung des Jahres 1930. 1. Teil. Demographische Angaben nach Gemeinden und peripheren bewohnten Orten.], Budapest 1932, 3*, 7*. Vgl. auch: Bellér, 160.

⁸⁶⁶ Die Feststellung von Gerald Schlag, wonach in Österreich noch immer die „Roten“ die stärkste Partei gebildet hatten, muss ein wenig chronologisch präzisiert werden. Bei den Nationalratswahlen vom 17. Oktober 1920 rutschte Sozialdemokraten auf Platz zwei und traten noch am Ende des gleichen Monats aus der Regierung heraus. Vgl.: Schlag, Die politischen Parteien, 98.

⁸⁶⁷ Schlag, Die politischen Parteien, 98; Michael Hess, "Erfreulich ist es, dass dieser Wahlkampf durchaus in ruhiger und sachlicher Weise geführt wird". Wahlkampf im Burgenland von 1922 bis 1930. In: Herbert Dachs, Michael Dippelreiter, Franz Schausberger (Hg.), Radikale Phrase, Wahlbündnisse und Kontinuitäten: Landtagswahlkämpfe in Österreichs Bundesländern 1919 bis 1932. Wien-Köln-Weimar, 21.

⁸⁶⁸ Pester Zeitung, 12. Juli 1921, 1.

⁸⁶⁹ Der Nationalitätenminister hatte für Huber beim Raaber Bischof Ende Dezember 1919 interveniert, damit sein Freund im Wahlbezirk Neusiedl die Kandidatur annehmen konnte. Wie er argumentierte, war es aus „christlicher und patriotischer Sicht wichtig“, dass Huber Mitglied des Abgeordnetenhauses wurde. Bischof Fetser erteilte postwendend seine Zusage. Nationalitätenminister Bleyer an Bischof Fetser. Budapest, 30. Dezember 1920; Briefentwurf von Fetser an Nationalitätenminister Bleyer. Raab, 2. Jänner 1920. GyEL 1920, Nr. 8.

⁸⁷⁰ Seine Biographie wurde bereits im Kapitel 4 ausführlich erörtert.

⁸⁷¹ Schlag, Die politischen Parteien, 98; Unger, 3-4

⁸⁷² Unger, 4.

⁸⁷³ Ebenda.

mit einem sozialen Programm nach österreichischen Vorbild in Ödenburg zu gründen versucht, sie erlangte aber keine große Bedeutung.⁸⁷⁴ Nach dem Weltkrieg schloss er sich im Herbst 1919 nicht an die Partei der Christlich-nationalen Vereinigung an, wie die meisten westungarischen Abgeordneten, und wurde sogar wegen seinem beharren bei den Prinzipien der Demokratie, Humanismus und der sozialen Gerechtigkeit, sowie aufgrund seines Auftretens gegen den Weißen Terror aus dem christlichsozialen Lager ausgegrenzt.⁸⁷⁵ Dieses wird wohl der Grund dafür gewesen sein, dass er im Gegensatz zu den meisten parlamentarischen Vertretern aus Westungarn sich nicht an den Anstrengungen zur Erhaltung des Gebietes beteiligte.

Zu den aktiv für Ungarn agierenden Abgeordneten aus dem westungarischen Klerus gehörten noch Dechant Franz Thomas, der das Bezirk Güssing im Budapester Parlament vertrat und Pfarrer Johann Sabel (1875–1932), der in derselben Eigenschaft das Wahlbezirk Eisenstadt repräsentierte.⁸⁷⁶

Die Abgeordneten Westungarns verstanden sich als Hauptrepräsentanten dieses Gebietes und mit diesem Selbstverständnis agierten sie in Richtung Wien und Budapest. Am 3. März 1921 überreichte eine siebenköpfige Gruppe von ihnen – darunter Bleyer, Huber, Sabel und Thomas – ein Schriftstück an die österreichische und an die ungarische Regierung, in der sie das Mitspracherecht der westungarischen Bevölkerung bei der Entscheidung über das Schicksal ihrer engeren Heimat betonten.⁸⁷⁷ Sie wurden bei diesem Anlass vom ungarischen Außenminister Gustav Gratz⁸⁷⁸ – der selbst ein Ungardeutscher war – als Vertreter der

⁸⁷⁴ Unger, 3-4. 1910 war er der einzige Abgeordnete der Christlichsozialen Partei. Magyar katolikus lexikon <http://lexikon.katolikus.hu/G/Giesswein.html> (Eingesehen am: 18. Juli 2017)

⁸⁷⁵ Magyar katolikus lexikon <http://lexikon.katolikus.hu/K/Kereszt%C3%A9ny%20Nemzeti%20Egyes%C3%BCl%C3%A9s%20P%C3%A1rtja.html> (Eingesehen am: 18. Juli 2017)

⁸⁷⁶ Johann Sabel stammte aus der Gemeinde Eitorf im Rheinland. 1902 zum Priester geweiht, gelangte er erst 1907 nach Ungarn, wo er in der Diözese Raab in St. Johann (*Mosonszentjános*) als Kaplan eine Anstellung fand. 1908 bis 1915 war er Stadtkaplan in Ödenburg, ab 1915 diente er als Pfarrer in Neufeld an der Leitha, 1922–1929 in Mannersdorf an der Rabnitz und schließlich von 1929 bis zu seinem Tode in Schützen am Gebirge. Seine politische Laufbahn begann 1920–1922 als Abgeordneter von Eisenstadt im Budapester Parlament. 1921 war er Mitglied des Leitungsausschusses der Christlichsozialen Partei für Westungarn. Anschließend wechselte er in den Burgenländischen Landtag über, wo er 1923 bis 1927 als Abgeordneter diente. Kriegler, 118; Unger, 9 (Anm. 49), 68; Magyar katolikus lexikon, Bd. XI., 794-795.

⁸⁷⁷ Unger, 9.

⁸⁷⁸ Gustav Gratz (1875–1946) stammte aus der einer deutschen evangelischen Pfarrersfamilie in der Zips. Zunächst arbeitete er als Journalist und Redakteur, 1906 bis 1918 war er Mitglied der Abgeordnetengruppe der Siebenbürger Sachsen im Budapester Parlament und 1917 kurzzeitig auch ungarischer Finanzminister. Bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und Bukarest vertrat er die Monarchie bei Wirtschaftsverhandlungen als Sektionschef. 1918 bis 1919 war er einer der Leiter des ungarischen antibolschewistischen Comitees in Wien, von 1919 bis 1921 diente er ebendort als ungarischer Botschafter. Von Jänner bis April 1921 bekleidete er das Amt des Außenministers, das er nach dem ersten Rückkehrversuch Kaiser Karls nach Ungarn niederlegte, nach dem zweiten wurde er wegen seiner Beteiligung sogar kurzzeitig verhaftet. 1924 gründete er gemeinsam mit Jakob Bleyer den Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein, dessen Präsident er wurde. In dieser Position nahm er bis zu seiner Abdankung 1938 eine Vermittlerrolle zwischen der ungarischen Regierung und der deutschen Minderheit in Ungarn ein. Nach seiner Verhaftung durch die Gestapo wurde er von April bis Juli 1944 im KZ Mauthausen gefangen gehalten.

Gesamtmeinung Westungarns empfangen und in ihrer diesbezüglichen Rolle bekräftigt, was angesichts der allgemein bekannten proungarischen Haltung dieser Herren für ihn wohl umso leichter war.⁸⁷⁹

Gleichzeitig stritten die oben genannten Abgeordneten dieses Recht der westungarischen Volksvertretung von anderen ab. Aus diesem Grunde lieferte Pfarrer Sabel bei einer proungarischen Protestversammlung in Ödenburg am 15. März 1921 einen heftigen Angriff auf die in Wien wirkenden Leiter der Anschlussbewegung:

Walheim⁸⁸⁰ und Genossen hat niemand eine Vollmacht erteilt, im Namen der westungarischen Bevölkerung zu agieren. Die Lostrennung dieser Gebiete von Ungarn wünschen nur die gestrandeten Kommunisten und die entfremdeten.⁸⁸¹

Im gleichen Monat fanden noch in vier weiteren, Österreich zugesprochenen Ortschaften des Ödenburger Komitates christlichsoziale Versammlungen statt, deren Hauptredner der Chefredakteur des Christlichen Ödenburger Tagblattes, Alois Krisch war.⁸⁸² Die westungarischen Abgeordneten fanden aber bald auch in Wien gehör: Am 16. April 1921 wurden Bleyer, Huber, Thomas und Mathes Nitsch⁸⁸³ vom christlichsozialen Bundeskanzler Michael Mayr zu einer Unterredung über die Westungarnfrage empfangen.⁸⁸⁴ Bleyer und Huber blieben aber nicht auf der bilateralen Ebene stehen, sondern gingen noch weiter: Sie versuchten auch Deutschland für ihre Sache zu mobilisieren. Im Frühjahr 1921 reisten die beiden dorthin, um offizielle Stellen und einflussreiche Persönlichkeiten aufzusuchen, zuerst

https://hu.wikipedia.org/wiki/Gratz_Guszt%C3%A1v (Eingesehen am: 26. Juli 2017); <http://mek.oszk.hu/00300/00355/html/ABC04834/05437.htm> (Eingesehen am: 26. Juli 2017); Bellér, 156, 163-166.

⁸⁷⁹ Unger, 9. Die ungarische Regierung hatte ihr Versprechen, den Rat der westungarischen Abgeordneten zu berücksichtigen bei der kurz später, am 13. März in Budapest erfolgten (vierten) österreichisch-ungarischen Verhandlung über Westungarn tatsächlich eingehalten. Den Beweis dafür liefert das Sitzungsprotokoll: „Legationsrat Graf Khuen-Héderváry weist darauf hin, daß den deutsch-westungarischen Abgeordneten seitens der ungarischen Regierung die Zusicherung gemacht worden sei, daß sie vor Weiterführung der Verhandlungen Gelegenheit haben werden, ihre Wünsche vorzubringen und daß ihnen – falls die österreichische Regierung zustimmt – die Möglichkeit geboten werde, der österreichischen Regierung bekanntzugeben.“ Protokoll der Verhandlung zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung in Budapest, am 13. März 1921. (1921/306 res.pol.). In: Újváry, 251 (deutsche Originalfassung).

⁸⁸⁰ Dr. Alfred Walheim (1874–1945), geboren in Ödenburg, arbeitete zunächst Mittelschulprofessor in Wien. Seit Anfang September 1919 beteiligte er sich an den Sitzungen der Verwaltungsstelle für den Anschluss Deutsch-Westungarns, ab Anfang März 1921 als Vertreter der Großdeutschen. Er war Mitbegründer und seit dem 2. Februar 1922 Obmann der Großdeutschen Volkspartei des Burgenlandes. Walheim hatte ab Juli 1922 als Schulreferent auch bei der ersten burgenländischen Landesregierung teilgenommen. Nach der Trennung der Großdeutschen vom Burgenländischen Bauernbund/Landbund trat er in die letztere Partei über und war dort Mitglied des Landespartei Vorstandes. Kriegler, 42, 132; Schlag, Die politischen Parteien, 105-106.

⁸⁸¹ Christliches Ödenburger Tagblatt, 17. März 1921. Zitiert in: Unger, 9 (Anm. 50).

⁸⁸² Unger, 9-10.

⁸⁸³ Nitsch war Abgeordneter des Wahlbezirkes Zurndorf im Budapester Parlament. Unger, 6. Über die Vorbereitungen zu den Wiener Verhandlungen siehe auch das Telegramm des Botschafters in Wien, Szilárd Masirevich an Außenminister Gratz am 6. März 1921. In: Újváry, 206-207 (englische Übersetzung). Demnach war unter anderem auch Pfarrer Sabel ursprünglich als Mitglied des ungarischen Verhandlungsteams in Wien vorgesehen.

⁸⁸⁴ Unger, 10.

nach München, und dann nach Berlin.⁸⁸⁵ Das Ziel war dabei, die Deutschen zu einem Einwirken auf Österreich zu bringen, damit Letztere auf die Übernahme Westungarns verzichtete, die Aktion führte aber im Endeffekt zu keinem Erfolg.⁸⁸⁶

Am 22. Juni 1921 versammelten sich sechs westungarische Parlamentsabgeordnete der Christlich-nationalen Vereinigung in Ödenburg, um dort quasi in letzter Minute vor dem Anschluss den Ausbau einer „Christlichsozialen Partei Westungarns“ (einer „Filiale“ der vorhin erwähnten Regierungspartei) mit Volldampf voranzutreiben. Neben den drei Klerikern Huber, Sabel und Thomas waren Bleyer, der frisch zum Kultusminister ernannte Kuno Graf von Klebelsberg⁸⁸⁷ – der damals (parteiloser) Abgeordneter des Bezirkes Ödenburg war – sowie Edmund Scholz, der Vertreter des Wahlbezirkes Mattersdorf (*heute Mattersburg*) im Budapester Parlament.⁸⁸⁸ Als Leiter der Partei war Dr. Huber vorgesehen, der von der Ödenburger Zentrale die Agitation in den drei westungarischen Komitaten organisieren sollte, während die übrigen Abgeordneten die Kampagne in ihren jeweiligen Wahlbezirken führten. Das Ziel der Partei war es, die westungarische Bevölkerung auf der Grundlage der christlich-nationalen Weltanschauung zusammenzuschließen, ihre wirtschaftlichen und ethnischen Interessen zu wahren – und nicht zuletzt auf einem proungarischen Kurs zu halten.⁸⁸⁹ Hubers Aufruf Ende Juni 1921, in der er sie zum Schutz der Heimat gegen die „schmutzige Flut“ aus dem Westen aufforderte, war wohl ein Ruf zum aktiven Widerstand, der auch das bewaffnete Auftreten inkludierte, wie Unger aufgrund der wenige Monate später eingetretenen Kampfhandlungen meinte.⁸⁹⁰ In diesem Zusammenhang muss man auch einen geheimen Handlungsplan der ungarischen Regierung vom Ende April 1921 erwähnen, der es vorsah, dass die Abgeordneten Westungarns – zusammen mit den Stuhlrichtern der Bezirke und der Bürgermeister der größeren Städte – einen provisorischen Landesausschuss bildeten, die Unabhängigkeit des Gebietes erklärten, um aber eventuell eine Rückkehr des Gebietes an Ungarn einzuleiten.⁸⁹¹

⁸⁸⁵ Ebenda; Botschafter Masirevich an Außenminister Gratz am 6. März 1921. In: Újváry, 206 (englische Übersetzung).

⁸⁸⁶ Unger, 10.

⁸⁸⁷ Vgl. Kap. 5.2.

⁸⁸⁸ Unger, 12.

⁸⁸⁹ Ebenda.

⁸⁹⁰ Für diese Interpretation spricht laut Unger die Tatsache, dass Huber nach 1921 eine Übersiedlung ins Burgenland seinerseits kategorisch ausschloss. Unger, 11-12. Laut Lageberichten des ungarischen Militärs soll man in „Wiener politischen Kreisen“ noch im Jänner 1921 der Ansicht gewesen sein, dass die vierzehn westungarischen Nationalratsabgeordneten sich zum eigenständigen Vertretungsorgan ausrufen würden (mit eigenem Heereskommando), welches den Vertrag von Trianon nicht annehmen würde. Siehe: Fogarassy, Tervek, 33 (Anm. 52).

⁸⁹¹ Für die Interpretation der westungarischen Parteigründung als Teil des obigen Handlungsplanes spricht, dass laut Botlik vermutlich der vormalige Nationalitätenminister Bleyer – der ja Ende Juli 1921 ebenfalls an der Gründung beteiligt war – als interimistischer Landeshauptmann des Landesausschusses vorgesehen war, dessen Arbeit Gustav Gratz (der frühere Botschafter in Wien und kurzzeitige Außenminister) „aus dem Hintergrund“, als Berater geholfen hätte. Botlik, 135-136.

Am 2. August 1921 wurde auf die Initiative von Huber eine Versammlung der Vertrauensmänner Westungarns zusammengerufen, die bereits das gemeinsame Vorgehen nach der Angliederung des Gebietes an Österreich zum Gegenstand hatte. Die hier gemachten Beschlüsse wurden in drei Punkten zusammengefasst:⁸⁹²

- 1) Eine Behandlung Westungarns als „Kolonie“ wurde strikt abgelehnt, sodass man die Präsenz von landfremden Truppen und Behörden für unerwünscht erklärte, wie auch die Anstellung von nicht einheimischem Unterrichtspersonal.
- 2) Die Unumgänglichkeit der obigen Vertrauensmänner bei Beratungen über die innenpolitischen und wirtschaftlichen Belange Westungarns wurde festgehalten.
- 3) In der Übergangszeit durfte das soziale, religiöse und nationale *status quo* Westungarns nicht angetastet werden.⁸⁹³

In einem letzten Akt der Verzweiflung überreichten am 6. August 1921 Huber und Sabel im Namen von neun westungarischen Abgeordneten ein Memorandum an die Interalliierte Militärkommission in Ödenburg, um diese auf die schwerwiegenden Konsequenzen des Anschlusses an Österreich aufmerksam zu machen.⁸⁹⁴ Laut des Vertreters der ungarischen Regierung bei der Militärmission, der über diese Aktion an Außenminister Bánffy berichtete, wurde das Schreiben anschließend unmittelbar nach Paris weitergeleitet.⁸⁹⁵

Am 21. August 1921 fand in Ödenburg auch noch ein christlichsozialer Parteitag statt, auf dem Johannes Huber als einer der fünf Redner fungierte. Er nutzte diesen Anlass dazu, um zu betonen, dass der Anschluss noch nicht vollzogen wäre, wodurch er wohl die Hoffnung der Teilnehmer nähren wollte, dass sie abwendbar sei.⁸⁹⁶ Unger, der in dieser Kontext vom seinem Fanatismus schreibt – und ihn mit anderen Rednern gegenüberstellt, die er quasi

⁸⁹² Eine wortidentische Widergabe dieser Punkte findet man hier: Unger, 14-15. (Ursprünglich publiziert in: Christliches Ödenburger Tagblatt, 5. August 1921).

⁸⁹³ Wie man später sehen wird, wurde der geforderte „Burgfrieden“ gerade bei der katholischen Kirche (in der Schulfrage) nicht respektiert.

⁸⁹⁴ Friedrich Villani an Außenminister Bánffy am 7. August 1921. (1921/4403 pol.). In: Újváry, 708-710 (Begleitbrief in englischer Übersetzung und das Memorandum im französischen Originaltext). Von den neun genannten Abgeordneten waren drei katholische Priester (Huber, Sabel und Thomas) und sie umfassten alle oben erwähnten Mitglieder der frisch geformten Christlichsozialen Partei Westungarns. Die Interalliierte Militärkommission war im Jänner 1920 in Ödenburg gebildet worden, um die westungarischen Behörden zu kontrollieren. Zu ihr wurden von österreichischer und ungarischer Seite jeweils zwei Beauftragte delegiert. Siehe: Botlik, 106-108; Zsiga, 12. Friedrich Baron Villani (1882–1964) war einer der beiden Vertreter der ungarischen Regierung bei dieser Entente-Mission (der andere war der Ödenburger Bürgermeister). Der Karrierediplomat Villani fungierte in den Folgejahren als Leiter von drei Außenvertretungen Ungarns: Zwischen 1925 und 1928 in Bukarest, von 1928 bis 1933 in Paris und schließlich von 1934 bis 1941 in Rom. <http://hdke.hu/tudastar/enciklopedia/villani-frigyes> (Eingesehen am: 21. Juli 2017)

⁸⁹⁵ Interessant ist die Reaktion des französischen Vertreters der Interalliierten Militärkommission, General Hamelin, der die Denkschrift von den Abgeordneten Huber und Sabel übernommen hatte. Hamelin soll nicht nur sein Wohlwollen für die Ungarn ausgedrückt, sondern auch bemerkt haben, dass man in Paris mittlerweile eingesehen hatte, dass die Abtretung Westungarns eine falsche Entscheidung war, die Angelegenheit aber bereits so weit fortgeschritten war, dass wenig Hoffnung auf eine für Ungarn günstige Lösung bestand. Friedrich Villani an Außenminister Bánffy am 7. August 1921. (1921/4403 pol.). In: Újváry, 708-710.

⁸⁹⁶ Unger, 15.

lobend als „Realpolitiker“ apostrophiert – berücksichtigt nicht, dass gerade die Mentalität eines Dr. Hubers der Grund dafür war, dass die in den Friedensverträgen von St. Germain und Trianon festgeschriebene Grenzlinie nicht in ihrer ursprünglich vorgesehenen Form umgesetzt wurde und wenn auch nicht das gesamte Burgenland, aber sehr wohl seine designierte Hauptstadt (zugleich Hubers Wirkungsort) bei Ungarn verblieb. Huber war auch nicht bereit, das Burgenlandgesetz der österreichischen Regierung vom 25. Jänner 1921 anzunehmen: In seiner obigen Rede erklärte er sie als nichtig (!), weil es mit der geforderten Selbstverwaltung des Landes im Widerspruch stand und bereits gleich nach der Übernahme österreichische Verwaltungsorgane einsetzen wollte.⁸⁹⁷

Bei dem Parteitag vom 21. August wurden auch die Mitglieder des leitenden Ausschusses aufgelistet. Neben Huber waren drei weitere Geistliche darunter: Dechant Franz Thomas, der Pfarrer von Neudörfl, Michael Gangl (1885–1977),⁸⁹⁸ zu denen noch einige Tage später der Pfarrer von Stinatz, Peter Jandrisevits (1879–1938)⁸⁹⁹ dazukam, sodass der Klerus auch in diesem Gremium gut vertreten war.

Trotz ihrer spektakulären proungarischen Aktionen, wie oben beschrieben, waren die Christlichsozialen Westungarns im Sommer 1921 bereits bei weitem nicht mehr so einheitlich in ihrer Ablehnung des Gebietstransfers, wie am Anfang dieser Debatte. In Wien war schon im Sommer 1920 von Gregor Meidlinger, Franz Binder und Thomas Polz der „Verein christlicher Burgenländer in Wien“ gegründet worden, aus der unter der Leitung von Meidlinger schließlich die „Burgenländische Christlichsoziale Partei“ herauswuchs.⁹⁰⁰ Im Verlauf der Zeit schlossen sich dieser Partei immer mehr prominente Christlichsoziale aus Westungarn an, unter ihnen auch Priester, die ihre Zukunft bereits in Österreich sahen. Zu den

⁸⁹⁷ Unger, 16.

⁸⁹⁸ Michael Gangl stammte aus Apetlon in Westungarn/Burgenland. Nach seiner Priesterweihe 1908 wurde er in der Diözese Raab angestellt, wo er zuerst in Wiesen, dann in Deutschkreutz, Raab und Walbersdorf tätig war. Im Ersten Weltkrieg arbeitete er als Militärgeistlicher (1914–1918). Nach seiner Rückkehr aus dem Krieg war er 1919 bis 1920 Stadtkaplan in Ödenburg; seine ersten politischen Auftritte fallen in diese Zeit. Von 1920 bis 1929 diente er als Pfarrer von Neudörfl an der Leitha, zwischen 1929 und 1962 als Stadtpfarrer von Eisenstadt, 1941–1963 gleichzeitig auch als Leiter des Dekanats Eisenstadt, sowie 1962–1965 als Kreisdechant des Nördlichen Kreises. Seit 1957 päpstlicher Hausprälat, wurde er 1969 zum Dompropst von Eisenstadt ernannt. Als Abgeordneter war Gangl von 1922 bis 1923 im burgenländischen Landtag tätig, von wo er aber bereits 1923 in Nationalrat überwechselte, wo er bis 1934 blieb. Nach seiner Abdankung kehrte er wieder in den burgenländischen Landtag zurück (1934–1938). Pfarrer Gangl war der Zwischenkriegszeit eine maßgebende Figur der burgenländischen Politik, insbesondere der dortigen Christlichsozialen Partei, dem er von 1922 bis 1932 als Landesparteisekretär diente und bis 1934 Mitglied des Parteivorstands war. Seine Rolle in der Westungarnfrage wird noch genauer behandelt. Kriegler, 90; Schlag, Die politischen Parteien, 99; Mayer, 211–212; <https://www.oecv.at/Biolex/Detail/10200086> (Eingesehen am: 28. Juli 2017). Siehe auch: Unger, 5, 8.

⁸⁹⁹ Der Burgenlandkroate Peter Jandrisevits wurde 1879 in Sulz (Bezirk Güssing) geboren. Nach seiner Priesterweihe 1903 diente er zunächst als Kaplan in Stadtschlaining (1903–1905), dann in Rechnitz (1905–1906), später von 1906 bis 1904 als Administrator, beziehungsweise als Pfarrer von Stinatz und anschließend bis zu seinem Tode im Jahr 1938 als Pfarrer von Schandorf. Jandrisevits war 1923 bis 1927 auch als Abgeordneter im Burgenländischen Landtag vertreten. Ebenfalls bekannt ist er für seine wissenschaftliche Tätigkeit als Lokal- und Regionalhistoriker des Burgenlandes. Kriegler, 98–99.

⁹⁰⁰ Unger, 13; Schlag, Die politischen Parteien, 99.

letzteren gehörten die Pfarrer Michael Gangl und Johann Thullner (1880–1937),⁹⁰¹ die beide nach dem Anschluss zu Spitzenfunktionären der burgenländischen Christlichsozialen Partei aufstiegen: Gangl als Parteiobmann und Landesparteisekretär, während Thullner sogar kurzzeitig das Amt des Landeshauptmann bekleiden konnte (1929–1930).⁹⁰²

Michael Gangl begann seine politische Tätigkeit noch als Ödenburger Stadtkaplan im Kreis des radikal proungarischen Johannes Huber: Im Oktober 1919 trat er zum ersten Mal als christlichsozialer Agitator in der unmittelbaren Umgebung der Stadt auf.⁹⁰³ In diesen Reden forderte er mehr Autonomie für das Deutschtum (insbesondere die Förderung der deutschen Sprache an den Schulen), aber ansonsten bekannte er sich zu Ungarn unter dessen neuen konservativen Führung.⁹⁰⁴ Dieses letztere Aspekt ist deshalb besonders erwähnenswert, weil in seiner Einstellung dazu bald eine Veränderung eintrat: Wie Johann Sabel, wurde nämlich auch ihm 1920 das Angebot gemacht, als Abgeordneter nach Budapest zu gehen, im Gegensatz zum Neufelder Pfarrer hatte er aber dieses abgelehnt – laut seinen eigenen Angaben deshalb, weil er bereits die Unabwendbarkeit des Anschlusses von Westungarn an Österreich voraussah.⁹⁰⁵ Dieser Schritt war also seinerseits nicht als ungarnefeindlich gedacht, sondern lediglich eine rationale Entscheidung. Dafür spricht auch, dass er laut Gerald Schlag später als Vermittler zwischen dem österreichisch orientierten und dem magyarenfreundlichen Flügel seiner Partei auftrat, sodass er sich in dieser Rolle als „Mann des Ausgleichs“ Anfang 1922 erfolgreich für den Posten des Landesaparteiobmanns der burgenländischen Christlichsozialen Partei bewerben konnte.⁹⁰⁶ Der Schlüssel seines Erfolges lag aber auch in seiner Bekanntschaft zum Obmann der Christlichsozialen Partei, Ignaz Seipel. Ihn hatte Gangl noch 1919 kennengelernt, als er wegen des kommunistischen Räteregimes von Béla Kun nach Österreich fliehen musste.⁹⁰⁷

⁹⁰¹ Johann Thullner stammte aus dem ethnisch deutschen Dorf Zanegg (*Mosonszolnok*) im Komitat Wieselburg. Nach seiner Priesterweihe 1904 in Raab wurde er seiner Heimatdiözese aktiv, zuerst als Kaplan in Markt St. Martin, später in heute zu Ungarn gehörenden Pfarren (Wieselburg, Totis und Ungarisch Altenburg). 1916 wurde er zum Domkaplan in Ödenburg bestellt, wo er bis 1918 blieb. Im Folgejahr 1919 erfolgte seine Ernennung zum Pfarrer von Neusiedl am See, 1931 erlangte er die Würde eines Pöpstlichen Hausprälaten. Neben Michael Gangl war Thullner in der Zwischenkriegszeit eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der burgenländischen Christlichsozialen Partei. Er war seit März 1922 Mitglied der Landesparteileitung, von 1923 bis 1929 diente er als Landesparteiohmann. Nach einer kurzen Periode im Nationalrat zwischen 1922 und 1923 war er 1924 bis 1927 Mitglied des Bundesrates und anschließend Abgeordneter im burgenländischen Landtag, wo er leitende Posten bekleidete: Von 1927 bis 1929 als Landesrat und von September 1929 bis Dezember 1930 als Landeshauptmann. Schließlich wählte man ihn 1930 zum Landtagspräsidenten, der er bis zu seinem Rückzug aus der Politik 1933 blieb. Thullner war auch journalistisch tätig: Er war seit 1924 Chefredakteur des Wochenblattes ‚Burgenländische Heimat‘. Krieglcr, 128.

⁹⁰² Unger, 22; Krieglcr, 90; Mayer, 211-214; https://de.wikipedia.org/wiki/Michael_Gangl (Eingesehen am: 23. Juli 2017)

⁹⁰³ Schlag, Die politischen Parteien, 99; Unger, 5.

⁹⁰⁴ Unger, 5.

⁹⁰⁵ Unger, 8; Mayer, 211; Szabó, 10; Jenóffy, 42-43.

⁹⁰⁶ Schlag, Die politischen Parteien, 99.

⁹⁰⁷ Ebenda.

Johann Thullner, der Pfarrer von Neusiedl am See und späterer Landeshauptmann war wohl mit größerer Überzeugung ein Befürworter des Anschlusses an Österreich, als Michael Gangl. Thullner war am Anfang seiner politischen Laufbahn als Agitator in der Bewegung des Prälaten Gießwein tätig.⁹⁰⁸ Mit Huber verbindet ihn, dass er eine Zeitlang als Geistlicher ebenfalls in Ödenburg stationiert war (als Domkaplan, 1916–1918), während Huber von 1920 bis 1921 als Abgeordneter seines politischen Bezirkes Neusiedl fungierte.⁹⁰⁹ Ansonsten vertraten diese Kleriker speziell in der Westungarnfrage wahrscheinlich diametral entgegengesetzte Ansichten. Dafür spricht auch, dass Thullner vor den ungarischen Freischärlern zwischen September und November 1921 nach Wien emigrieren musste.⁹¹⁰ Zusammen mit Gangl gehörte er jedenfalls zu jenen westungarischen Christlichsozialen, die zur provisorischen christlichsozialen Landesparteileitung in Wien Kontakt aufgenommen hatten und mit ihr zusammenarbeiteten.⁹¹¹

Ein weiterer westungarischer Kleriker, der nach 1922 im burgenländischen Landtag als Abgeordneter vertreten war, war der Burgenlandkroate Peter Jandrisevits. Wie später ersichtlich, vertrat jedoch der Pfarrer von Stinatz trotz seines Wechsels zu Österreich eine ganz andere Gesinnung, wie seine beiden oben angeführten Kollegen. Noch unmittelbar bis vor der Dismembration Anfang Mai 1922 hielt er ein enges Verhältnis mit Bischof Mikes von Steinamanger bei.⁹¹²

Nach Ungers Ansicht zogen sich nach dem Plebiszit von Ödenburg diejenigen Christlichsozialen Westungarns, die weiterhin kompromisslos für Ungarn waren, in diese Stadt zurück.⁹¹³ Darunter meint er wohl Dr. Huber, der dort als Geistlicher (bereits seit 1906) tätig war. Ansonsten waren speziell unter den Priester keine zu finden, die sich dorthin „zurückgezogen“ hätten, sodass diese Aussage auf sie nicht zutrifft. Aber auch ein Verbleiben im Burgenland nach 1921 bedeutete nicht, dass man vorbehaltlos für Österreich war. Der oben erwähnte Bischof von Steinamanger hatte zum Beispiel die dort gebliebenen Priester seiner Diözese quasi als „vorgeschobene Posten“ betrachtet, die bei guter Gelegenheit im Sinne des Irredentismus auftreten konnten.⁹¹⁴

⁹⁰⁸ Unger, 4.

⁹⁰⁹ Kriegler, 128 (Thullner); Magyar katolikus lexikon, Bd. V., 711-713 (Huber).

⁹¹⁰ Kriegler, 128; Unger, 25. Gegen dieses Argument ist anführbar, dass während dieser kritischen Zeit auch Kleriker aus Westungarn flüchten mussten, die früher für den Verbleib des Gebietes bei Ungarn agitiert hatten, wie das Beispiel von Franz Thomas später zeigen wird (vgl. Kap. 9.1.3.). Im Gegensatz zu anderen proösterreichischen Geistlichen der Diözese Raab konnte ich aber über Thullner kein Material im dortigen Diözesanarchiv finden, in denen seine anschlussbefürwortende Agitation die Aufmerksamkeit der ungarischen Behörden erweckt hätte.

⁹¹¹ Unger, 21-22.

⁹¹² Jandrisevits an Mikes. Stinatz, 30. März 1922. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 1564; Haslinger, 76; Mayer, 179; Siehe noch Kap. 9.1.3.

⁹¹³ Unger, 17; Hess, 21.

⁹¹⁴ Haslinger, 76. Siehe noch Kap. 9.1.3.

Nach alldem, was bisher über das militant proungarische Auftreten Johann Sabels angeführt wurde, mag es überraschend erscheinen, dass auch er nach dem Anschluss des Burgenlandes im dortigen Landtag eine Position erwarb (1923–1927).⁹¹⁵ Die Rolle dieses erst seit 1907 in Ungarn lebenden deutschen Klerikers in der Westungarnfrage ist besonders interessant, nicht nur weil er sich als Ausländer plötzlich inmitten dieser Auseinandersetzung befand, sondern weil sich seine Ansichten scheinbar schnell veränderten, diese dann aber mit Vehemenz vertrat.⁹¹⁶ In der entscheidenden Periode unmittelbar vor der staatsrechtlichen Angliederung Westungarns an Österreich sprach er sich im März 1921 mit Leidenschaft für einen Verbleib bei Ungarn aus: „Wenn wir auch deutsch sprechen, im Herzen waren und bleiben wir für immer Ungarn.“⁹¹⁷ Wie aber Günter Michael Unger mit Verweis auf mehrere Quellen bemerkte, soll der Pfarrer von Neufeld einige Wochen vor seiner Ernennung zum ungarischen Abgeordneten (1920) auch Reden für den Anschluss gehalten haben und eine Zeitlang sogar die Idee propagiert haben, Westungarn als Exklave – nach dem Beispiel Ostpreußens – unmittelbar an das Deutsche Reich anzuschließen.⁹¹⁸ 1922 wechselte Sabel seinen Posten und übernahm die Pfarre in der mittelburgenländischen Gemeinde Mannersdorf an der Rabnitz, welche direkt an der österreichisch-ungarischen Grenze liegt. Am 8. März 1922 hatte eine internationale Grenzbestimmungskommission das Dorf aufgesucht. Die ganze Gemeinde war ungarnefeindlich eingestellt, was aber die Mitglieder der ungarischen Delegation sehr überrascht hatte, war das ebenfalls antiungarische Verhalten von Pfarrer Sabel, über den sie ja wussten, dass er Budapester Abgeordneter gewesen war und sich für den Verbleib Westungarns bei Ungarn eingesetzt hatte.⁹¹⁹ Dass aber Pfarrer Sabel selbst nach diesem Vorfall im Herzen ein „Magyarone“ geblieben war, zeigt anderes ein Ereignis, das nur wenige Wochen später stattfand. Bei der am 25. April 1922 abgehaltenen Sitzung der christlichsozialen Vertrauensmänner des Burgenlandes verursachte Sabel einen großen Eklat damit, dass er die proösterreichischen Parteimitglieder als Vaterlandsverräter beschimpfte.⁹²⁰

⁹¹⁵ Unger, 68; Kriegler, 118.

⁹¹⁶ Magyar katolikus lexikon, Bd. XI., 794-795.

⁹¹⁷ Christliches Ödenburger Tagblatt, 17. März 1921. Zitiert in: Unger, 9 (Anm. 50). „Der Freie Burgenländer“ polemisierte darüber, dass Sabel der ungarischen Sprache nicht mächtig war, sich aber trotzdem so als Ungar aufspielte, als ob er in Szegedin geboren worden wäre (Der Freie Burgenländer, 26. März 1922, 3).

⁹¹⁸ Unger, 9 (Anm. 49); Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 161.

⁹¹⁹ Der Grund für die aufgeregte und besonders ungarnefeindliche Stimmung war mit einem konkreten Vorfall verbunden, der sich am selben Tag ereignete. Ein älterer Mann, der seinen Sohn in der nahegelegenen Stadt Güns (*Kőszeg*) besucht hatte, war bei seiner Rückkehr von ungarischen Zollwachen blutig geschlagen worden. Zsiga, 63. Über die Grenzbestimmungskommission, siehe: Jankó, Tóth, 99-100. Vgl. Kap. 9.1.3.

⁹²⁰ „Vaterlandsverräter!“ Der Freie Burgenländer, 30. April 1922, 3.

Er löste damit einen Sturm der Entrüstung aus, und als Folge dieses Zwischenfalles soll auch die geplante Wahl der Landesparteileitung gescheitert sein.⁹²¹

Das Beispiel von Michael Gangl und insbesondere des schwankenden Neufelder Pfarrers Johann Sabel zeigt also, dass die in den nächsten Unterkapiteln erfolgte Unterteilung der westungarischen Geistlichkeit in proungarisch und österreichfreundlich eine etwas willkürliche Kategorisierung ist, denn wie wir gesehen haben, hat sich die Einstellung von einigen unter ihnen in der Westungarnfrage selbst innerhalb des hier behandelten kurzen Zeitabschnitts zwischen 1919 und 1922/23 verändert. Dieses ist ein Grund mehr dafür, dass die politische Elite stellenden Abgeordneten Westungarns hier – ihrer herausragenden Rolle entsprechend – gesondert behandelt wurden.

10.1.2 Proösterreichische Priester

Im Burgenland setzten sich vor 1922 nur sehr wenige Geistliche für einen Anschluss an Österreich ein. Im nördlichen, zum Bistum Raab gehörenden Teil handelte es sich um eine kleine Gruppe, und für die Diözese Steinamanger werden in diesem Kontext lediglich zwei Namen erwähnt.⁹²² Wie Bischof Fetser selbst zugab, hatte es unter seinem Klerus „ein paar“ Anhänger des Anschlusses an Österreich gegeben, beziehungsweise an das (um Österreich erweiterte) Deutsche Reich.⁹²³ Der Pfarrer von Neusiedl und spätere Landeshauptmann Johann Thullner hatte zum Beispiel gemeinsam mit seinen Brüdern auf dem nordburgenländischen Heideboden gegen den Verbleib des späteren Bundeslandes bei Ungarn agitiert.⁹²⁴ Im Kontrast zu anderen anschlussbefürwortenden Priestern des Raaber Bistums, gegen die offizielle Stellen vielfach ermittelt hatten, war über Thullners oben genannte Aktivität im Diözesanarchiv (fast) keine Spur zu finden. Man kann aber anhand der wenigen Dokumente über ihn trotzdem Rückschlüsse auf seine proösterreichische Gesinnung

⁹²¹ Ebenda. Der zitierte Artikel bemerkte auch, dass in der christlichsozialen Vertrauensmännersitzung die „Magyaronen“ die Mehrheit hatten, was eine Erklärung dafür sein könnte, dass Sabel trotz seiner früheren anschlussfeindlichen Aktionen im Folgejahr Landtagsabgeordneter werden konnte.

⁹²² Rittsteuer, *Kirche im Grenzraum*, 343, Anm. 35; Schmidt, *Burgenlandi Apostoli Adminisztráció*, 408, Anm. 13; Schmidt, *Die Entstehung*, 331.

⁹²³ Fetser an Nuntius Valfre di Bonzo. Raab, 20. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238 (maschinengeschriebener lateinischer Brief); GyEL 1919, Nr. 4275, in: Nr. 4523/1919 (lateinischer und ungarischer Entwurf). Die anschlussbefürwortenden Priester der Diözese Raab wurde in der österreichischen Fachliteratur im Aufsatz „Die kirchliche Entwicklung des Burgenlandes“ von Josef Rittsteuer kurz zusammengefasst, auch Unger führt einen Teil dieser Priester an, während die ungarische Monographie von Jenőffy über die Westungarnfrage in der Diözese Raab dieses Thema bislang am ergiebigsten behandelt.

⁹²⁴ Rittsteuer, *Die kirchliche Entwicklung*, 161.

machen.⁹²⁵ Die Tatsache, dass er im Herbst 1921 vor den ungarischen Freischaren aus Neusiedl fliehen musste, spricht jedenfalls auch dafür.⁹²⁶

Die chronologisch erste Beschwerde gegen einen Geistlichen der Raaber Diözese wegen ungarnefeindlicher Aktivitäten landete bereits Ende 1919 bei Bischof Fetser ein, und zwar im Zusammenhang mit dem Pfarrer von Trausdorf, Franz Fertsak. Eine demonstrativ feindselige Geste des Letztgenannten war es, dass er am St. Stephanstag keine feierliche Prozession halten ließ und die ungarische Flagge auszustecken verbat.⁹²⁷ Laut des Ödenburger Regierungskommissars Eugen Fertsák soll er im alkoholisierten Zustand Äußerungen darüber gemacht haben, dass sich Westungarn binnen weniger Tage an Österreich anschließen würde. Er hielt auch seine Gläubigen von der christlichsozialen Partei zurück, da seiner Meinung nach der Beitritt dazu einer Stellungnahme neben Ungarn gleichkam.⁹²⁸ In der Folge rief der Regierungskommissar Bischof Fetser auf, den besagten Seelsorger so früh wie möglich in Ruhestand zu schicken.⁹²⁹ Dazu kam es zwar nicht, aber die Mahnung des Bischofs hatte wohl Wirkung gezeigt, weil der Ödenburger Regierungskommissar am 5. März 1920 bereits mit Zufriedenheit feststellen konnte, dass keine neuen Klagen mehr gegen Pfarrer Fertsak aufgetreten waren.⁹³⁰ Es erregten aber zwei andere Geistliche seine Aufmerksamkeit: Der bereits vielfach erwähnte Pfarrer von Horitschon, Josef Bauer, sowie der Kaplan von Deutschkreuz, Ladislaus Stehlik.

Wegen seiner proösterreichischen Agitation hatten ja die revisionistischen Vereine eine regelrechte Kampagne gegen Pfarrer Bauer bei der Kirchenbehörde geführt. Dieser bestritt aber die gegen ihn aufgebrauchten Vorwürfe in einem Brief an das Bischöfliche Ordinariat,

⁹²⁵ Der Neusiedler Pfarrer war als Zeuge der Verteidigung beim Strafprozess des großdeutschen Politikers Adalbert Wolf eingeladen gewesen. Thullner sagte dabei aus, dass er über die ungarnefeindliche Rolle des Angeklagten nichts gewusst hatte, was aber nicht der Wahrheit entsprach. Einige Wochen später wurde er von seinem Vorgänger István Békeffy per Zeitungsartikel des Meineides bezichtigt – sehr zum Missfallen des Bischofs). Pfarrer Békeffy an Bischof Fetser. Gols, 18. Februar 1921. GyEL 1921, Nr. 957. Bischof Fetser an Pfarrer Békeffy (Briefentwurf). Raab, 21. März 1921. GyEL 1921, Nr. 957. (Adalbert Wolf war 1918 Wortschöpfer des Begriffes „Vierburgenland“ gewesen, aus dem der heutige Name des Bundeslandes hervorging. Er war zwischen 1919 und 1921 wegen Hochverrates in Raab durch die ungarischen Behörden inhaftiert. Kriegler, 134. Vgl. Kap. 9.1.3.)

⁹²⁶ Thullner hatte die Gründe für seine Flucht aus Neusiedl Bischof Fetser brieflich aus Wien mitgeteilt. GyEL 1922, Nr. 4124, 4652 (die beiden im Sachregister aufgeführten Dokumente waren aber im Diözesanarchiv Raab leider nicht auffindbar).

⁹²⁷ Jenöffy, 36. (GyEL 1920, Nr. 2383). Vgl. Kap. 8.2.

⁹²⁸ Regierungskommissar Eugen Fertsák an Bischof Fetser. Ödenburg, 29. Dezember 1919. Zitiert in: Jenöffy, 36-37. (GyEL 1920, Nr. 1285/2). Über weitere Vorwürfe gegen den Trausdorfer Pfarrer siehe ebenda.

⁹²⁹ Dies war seitens des Regierungskommissars natürlich ein klarer Fall der Kompetenzüberschreitung. Er stand mit seiner Forderung aber nicht alleine da: Einem früheren Bericht des Jahres 1919 zufolge wollte auch die Ortsbevölkerung (oder ein Teil davon) die Entfernung von Pfarrer Fertsak seit längerem erreichen. Jenöffy, 36. (GyEL 1920, Nr. 1505). Wenn man aber den Schematismus von 1925 betrachtet, fällt es auf, dass er weiterhin in Trausdorf war. Vgl.: Jenöffy, 57.

⁹³⁰ Regierungskommissar Eugen Fertsák an Bischof Fetser vom 5. März 1910 Zitiert in: Jenöffy, 37. (GyEL 1920, Nr. 1285.)

und bezeichnete sie als Verleumdungen.⁹³¹ Als Folge der zahlreichen Interventionen – unter anderem des Ministerpräsidenten selbst – wurde er aber von Bischof Fetser vorgeladen. Bei seiner Vernehmung beteuerte er, nur in privaten Gesprächen über die Loslösung von Westungarn gesprochen zu haben, aber sein Oberhirte verbot ihm auch dieses: Als Priester dürfte er nicht einmal dem Anschein nach die Loslösungspolitik unterstützen.⁹³² Die Mahnung des Bischofs hatte – wie vorhin bei Pfarrer Fertsak – offenbar Wirkung gezeigt: Laut einer zeitgenössischen Quelle verhielt sich Bauer zur Zeit der Volksabstimmung von Ödenburg im Dezember 1921 bereits ausgesprochen passiv.⁹³³ Unmittelbar zuvor war er von seiner Pfarre nach Österreich geflohen, wo er sich zwischen September und November 1921 aufhielt.⁹³⁴

Viel Kopfzerbrechen für den Bischof wird wohl sein ehemaliger Zeremoniär, der junge Kaplan von Deutschkreuz, Ladislaus Stehlik bereit haben, zu dem Fetser ein fast väterliches Verhältnis hatte.⁹³⁵ Sein unmittelbarer Vorgesetzter, Pfarrer Stefan Kaufmann, war aber voll von Klagen gegen ihn. Ihre Beziehung wird allein schon deshalb problematisch gewesen sein, weil Kaufmann für einen Verbleib Westungarns bei Ungarn eintrat, während Stehlik ein glühender Anhänger des Anschlussgedankens war.⁹³⁶ Sie wurde aber auch durch das skandalöse Verhalten des Kaplans weiter verschlechtert, welches den Gemeindevorstand gleichermaßen empört hatte.⁹³⁷ Laut dem Pfarrer hatte Stehlik ständige Kontakte zur Verwaltungsstelle für das Burgenland gepflegt. Als Folge seiner Agitation soll es beinahe zu einem Angriff der aufgetanzten Bevölkerung gegen die ungarische Gendarmerie gekommen sein, weshalb Letztere gegen ihn fahndete.⁹³⁸ Stehlik floh daraufhin von seiner Pfarre nach Österreich, kehrte aber gemeinsam mit der Volkswehr im Dezember nach Deutschkreuz

⁹³¹ Jenöffy, 37. (GyEL 1920, Nr. 2383).

⁹³² Briefentwurf von Bischof Fetser an das Heeresoberkommando in Budapest vom 6. März 1920. GyEL 1920, Nr. 1058; Bischof Fester an Ministerpräsident Simonyi-Semadam (Briefentwurf). Raab, 12. April 1920. GyEL 1920, Nr. 1505 und 1524; Jenöffy, 38. Vgl. Kap. 8.2.

⁹³³ Jenöffy, 38. (GyEL 1921, Nr. 4449).

⁹³⁴ Dies bezeugt auch jenes Protokoll vom 11. September 1921, in dem der Pfarrer von Neckenmarkt die Pfarre Horitschon dem Stellvertreter von Bauer, Valentin Reuter übergab. GyEL 1921, Nr. 3530. Pfarrer Bauer meldete seine Rückkehr nach Horitschon Ende Dezember 1921. In seinem Brief an Bischof Fetser, in der er ihn als „unseren geliebten Vater“ adressierte, drückte Bauer seine Dankbarkeit dafür aus, dass der Oberhirte während seiner Abwesenheit statt ihm keinen Administrator eingesetzt hatte. Auf Bitten seiner Gläubigen und „nach so vielen Drohungen und Anzeigen“ musste er nach dem Abzug der regulären ungarischen Truppen seine Pfarre verlassen, als am 30. August Freischärler im benachbarten Neckenmarkt eingetroffen waren. Er kehrte erst am 26. November nach Horitschon zurück. Pfarrer Bauer an Bischof Fetser. Horitschon, 30. Dezember 1921. GyEL 1922, Nr. 53.

⁹³⁵ Dieses bezeugt auch ein Brief des Kaplans an seinen Oberhirten. GyEL 1921, Nr. 4449. Siehe auch: Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408 (Anm. 13.); Jenöffy, 39-40.

⁹³⁶ Pfarrer Kaufmann an das Bischöfliche Ordinariat Raab vom 10. Februar 1921. Zitiert in: Jenöffy, 40. (GyEL 1921, Nr. 1153.) Über Stefan Kaufmann, siehe: http://www.atlas-burgenland.at/index.php?option=com_content&view=article&id=350:deutschkreutz&catid=9 (Eingesehen am: 17. September 2017). Vgl. auch: Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 161, sowie Kap. 7.1.

⁹³⁷ Pfarrer Kaufmann an das Bischöfliche Ordinariat Raab vom 10. Februar 1921.

⁹³⁸ Pfarrer Kaufmann an das Bischöfliche Ordinariat Raab (?) vom 1. September 1921. Zitiert in: Jenöffy, 40. (GyEL 1921, Nr. 3420)

zurück, und wollte dort laut einigen Gläubigen seinen (ehemaligen) Vorgesetzten verhaften oder sogar hinrichten lassen.⁹³⁹ Nach diesem Selbstjustizversuch ist es verwunderlich, dass Bischof Fetser kein Verfahren gegen ihn einleitete oder nicht sofort suspendierte, sondern lediglich nach Neusiedl versetzte, wo er seine politische Hetze in der Presse weiterbetrieb.⁹⁴⁰

Der Fall des Seelsorgers von Neudorf bei Landsee, Karl Weiss, wurde bereits oben erörtert.⁹⁴¹ Er gehörte auch nicht zu den proungarischen Geistlichen in der Raaber Diözese, aber die Reaktion auf seine diesbezüglichen Aussagen fiel wohl unverhältnismäßig stark aus – sie war symptomatisch für das durch das Friedensdiktat von Trianon traumatisierte Ungartum.

Zu den Anschlussbefürwortern der Raaber Diözese zählte Rittsteuer noch den Dechant von Steinberg, Georg Engelits, sowie Kaplan Ernst Warschitz (von Kleinfrauenhaid).⁹⁴² Die beiden, vom Bezirkskommando Steinamanger angeklagten Pfarrer, Karl Karner von Kleinhöflein und Ernst Fieber von St. Georgen, waren anhand ihres passiven Verhaltens bei ungarisch-nationalen Initiativen wahrscheinlich auch keine begeisterten Anhänger des St. Stephansreiches.⁹⁴³

Neben Thullner, Bauer und Stehlik musste auch Pater Cukovič (der aber kein Raaber Diözesanpriester war) vor den ungarischen Freischärlern aus Westungarn flüchten.⁹⁴⁴ Stehlik gab an, dass es außer ihnen noch zirka fünf „deutschfühlende Geistliche“ im Burgenland gab, die aber über ihre Gesinnung nicht offen zu reden wagten.⁹⁴⁵ Wenn man die oben genannten

⁹³⁹ Jenöffy, 40-41. (GyEL 1921, Nr. 4449 [?]. Im Diözesanregister des Jahres 1921 ist unter Nr. 4499. ein Dokument vermerkt, wo als Thema „Zu Ladislaus Stehlik über Volksversammlung in Deutschkreuz“ angegeben ist.)

⁹⁴⁰ Jenöffy, 41. (GyEL 1921, Nr. 4496). Die Bevölkerung von Deutschkreuz und Girm hatte im Dezember 1921 eine Unterschriftenaktion gegen die Versetzung von Stehlik aus Deutschkreuz gemacht (520 Familienoberhäupter hatten die Liste unterschrieben). Der Verfasser des Briefes nannte den Kaplan „einen Priester, der sich in allen Schichten der Bevölkerung einer [...] ungeheuren Beliebtheit erfreut.“ GyEL 1922, Nr. 227. Stehlik hatte Mitte Februar 1922 den Raaber Oberhirten um die Ausgleichung seiner Umzugskosten nach Neusiedl ersucht. Bischof Fetser, der ihn daraufhin einen Betrag von 2.400 Kronen zukommen ließ, unterschrieb seinen Brief mit folgenden Worten: „Dein wohlwollender Vater, Bischof A.“, was vielsagend über ihr Verhältnis ist. Ladislaus Stehlik an Bischof Fester. Neusiedl, 18. Februar 1922. Bischof Fetser an Ladislaus Stehlik (Briefentwurf). Raab, 27. Februar 1922. GyEL 1922, Nr. 911. Vgl. dazu noch: Stehlik, 31. Die publizistische Tätigkeit von Stehlik wird im Unterkapitel 9.1.4. behandelt. Über das weitere Schicksal des Kaplans erfährt man mehr aus der Diplomarbeit von Zsuzsanna Jenöffy (Jenöffy, 42).

⁹⁴¹ Siehe Kap. 8.3.

⁹⁴² Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 161.

⁹⁴³ Siehe Kap. 8.2. (GyEL 1920, Nr. 2538)

⁹⁴⁴ Unger, 25. Johann Cukovič (oder Csukovics) war ein Missionspriester, der in Zagersdorf 1921 die Rolle des Administrators eigenmächtig übernommen hatte (Jenöffy, 45). Folglich erscheint sein Name auch nicht in jener Liste von westungarischen Pfarren und Geistlichen, die aufgrund des Raaber Schematismus von 1918 erstellt worden war (GyEL 1921, Nr. 1279). Wie aus einem Brief des Pfarrers von Antau ersichtlich, war Cukovič von der Gemeinde Zagersdorf (!) quasi auf eigene Initiative eingeladen worden (Pfarrer Karall an Dechant Kovács [?]. Antau, 24. November 1921. GyEL 1921, Nr. 4481.) Über die Flucht von Cukovič meldete der aus der österreichischen Haft zurückgekehrte Dechant von Wulkaprodersdorf, dass der Missionsseelsorger am 9. September 1921 gemeinsam mit den österreichischen Polizisten aus Zagersdorf „entwichen“ war (Dechant Kovács an das Bischöfliche Ordinariat Raab. Wulkaprodersdorf, 26. September 1921. GyEL 1921, Nr. 3759.). Jenöffy, 45.

⁹⁴⁵ Ladislaus Stehlik: „Csak magyarul beszélek“. Der Freie Burgenländer, 16. April 1922, 1; Jenöffy, 41; Unger, 25 (Anm. 142).

Priester zusammenzählt, stellt sich heraus, dass sich der Anteil der anschlussbefürwortenden Kleriker im Bistum Raab auf höchstens acht bis zehn Personen belief, was im Anbetracht den insgesamt 122 Geistlichen des westungarischen Teils der Diözese (ohne Ödenburg und Umgebung) eine geringe Zahl ist.⁹⁴⁶

In der Diözese Steinamanger war einer der beiden Kleriker, dessen Verhalten von den ungarischen Behörden wiederholt kritisiert wurde, der Pfarrer von Hannersdorf, Franz Fandl. Wegen seiner *Los-von-Ungarn* Agitation war er im September 1919 sogar kurzzeitig vom Militär verhaftet und erst auf Intervention seines Bischofs wieder freigelassen worden.⁹⁴⁷ Nach diesem Vorfall ließ ihn Mikes umgehend zu sich kommen, um ihn zu verwarnen, und so soll sich der Pfarrer in der Folge von der öffentlichen Propagandatätigkeit für Österreich zurückgezogen haben.⁹⁴⁸ Die Anfragen und Berichte über den Hannersdorfer Pfarrer hörten jedoch nicht auf: Im September 1920 befassten sich bereits drei Ministerien mit seiner (angeblichen) Agitationstätigkeit, woraufhin ihn der Bischof erneut zu sich beorderte.⁹⁴⁹ Der Oberhirte verteidigte Fandl aber auch später, als er zum Beispiel den Kultusminister indirekt warnte: „[...] man kann aber erreichen, dass er aus Verzweiflung wegen der kontinuierlichen Belästigung von einem harmlosen theoretischen Gegner zu einem tatsächlich im Hinterhalt arbeitenden Feind werden kann.“⁹⁵⁰ Seine kritische Einstellung zur politischen und diplomatischen Tätigkeit „gewisser Militärkreise“ in der westungarischen Angelegenheit brachte der Bischof auch gegenüber dem Ministerpräsidenten zum Ausdruck.⁹⁵¹ Pfarrer Fandl war jedenfalls weise genug, um sich zur Zeit der schwersten Bandenkämpfe weit entfernt vom Burgenland aufzuhalten, und dadurch den antiösterreichischen Exzessen zu entkommen.⁹⁵²

⁹⁴⁶ Vgl.: Liste der Pfarrer und Kapläne (Pfarrvikare) der Diözese Raab vom 11. August 1920. GyEL 1920, Nr. 3052.

⁹⁴⁷ Laut eines Lageberichts des Königlichen Ungarischen Verteidigungsministeriums an den Kultusminister József Vass vom 20. Jänner 1921 hatte Franz Fandl am Tag seiner Verhaftung größere Geldsummen für die Agitationsarbeit aus Wien mitgebracht. Vermutlich war er auch Mitglied des „Verein[s] der Christlichen Deutschen in Westungarn“ und mit Nikolaus Wachter und Franz Binder befreundet, die im Mittelpunkt der westungarischen Loslösungsbewegungen gestanden haben sollen (SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 1162). Vgl. Brief Oberst Schranz an Fürstprimas János Csernoch. Budapest, Bogát, 14. März 1920 (Kopie). SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1965. Demnach wurde Fandl bereits im August 1919 verhaftet. In einem anderen Brief an den ungarischen Ministerpräsidenten schrieb Mikes, dass er selbst die Militärbehörden auf die proösterreichische Agitation seines Diözesanpriesters im Frühherbst 1919 aufmerksam gemacht hatte (Briefentwurf datiert am 11. April 1920). SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1966; Schmidt, Die Entstehung, 331.

⁹⁴⁸ SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 1162; Schmidt, Die Entstehung, 331-332.

⁹⁴⁹ Nationalitätenminister Bleier an Bischof Mikes. Budapest, 1. September 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 4671. Gleichzeitig schickte Bleier ein fast wortgetreues Schreiben an das Innenministerium, von wo es über das Kultusministerium etwa einen Monat später wieder an den Diözesanbischof gerichtet wurde (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 5407). Schmidt, Die Entstehung, 332.

⁹⁵⁰ Briefentwurf von Bischof Mikes an den ungarischen Kultusminister József Vass. Steinamanger (?), 8. März 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 1162; Schmidt, Die Entstehung, 332.

⁹⁵¹ SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1966; Schmidt, Die Entstehung, 332.

⁹⁵² Im Gegensatz zu den anderen proösterreichischen Priestern Westungarns, die nach Österreich geflohen waren, hielt sich Fandl damals in der Umgebung von Budapest auf, wo er zwischen dem 12. Oktober und dem 4. Dezember 1921 weilte. In seinem Brief an Bischof Mikes äußerte sich der Pfarrer voller Dankbarkeit für

Der Fall des anderen proösterreichischen Priesters im Bistum Steinamanger zeigt, dass die Sorge des Bischofs um seine Geistlichen in Westungarn keinesfalls unbegründet war: Franz (Schnellbach) Pataki, der Pfarrer von Pernau (*Pornóapáti*) fiel im Oktober 1921 einem politischen Mord durch ungarische Freischärler zum Opfer.⁹⁵³ Dies war der schwerwiegendste Vorfall im burgenländischen Konflikt, der ein Mitglied des lokalen Klerus betraf. Es ist eine traurige Ironie des Schicksals, dass gerade dieser gutmütige Seelsorger, den Mikes als einen frommen Priester mit einfacher Seele bezeichnete, unter derart brutalen Umständen ums Leben kommen musste.⁹⁵⁴

10.1.3 Ungarisch gesinnte Seelsorger

Sowohl Bischof Fetser, als auch sein Amtsbruder in Steinamanger waren mit der patriotischen Einstellung ihrer Diözesanpriesterschaft zufrieden gewesen. Bischof Mikes äußerte dies in seinen bereits erwähnten Ausführungen an die ungarische Regierung und an den Militärbischof,⁹⁵⁵ während sie der Raaber Oberhirte gegenüber dem Wiener Nuntius mit folgenden Worten lobte: „Der ganze Klerus war einheitlich in der katholischen Treue und in der Liebe zur gemeinsamen Heimat, und kann auch heute noch so bezeichnet werden, ohne

dessen Wohlwollen und Unterstützung dabei. Pfarrer Fandl an Bischof Mikes. Hannersdorf, 12. Dezember 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 5379; Schmidt, Die Entstehung, 332, Anm. 95.

⁹⁵³ Aus dem Hirtenbrief vom 10. Oktober 1921 geht hervor, dass Mikes – der über die bereits länger anhaltenden Angriffe seiner Feinde wusste – Pataki vor diesem Schicksal schützen wollte, und ihm geraten hatte, nicht an seine Pfarre zurückzukehren, ehe die Ordnung in Westungarn wiederhergestellt ist. Pataki weigerte sich aber, seine Gläubigen in Zeiten der Not zu verlassen SzEL Hirtenbriefe 1921. XI. Nr. 4529 (10. Oktober 1921); A Szombathelyi Egyházmegye története III, 313. Zsiga behauptet aufgrund der Sterbematrikel der Pfarre Pernau, dass sein Tod in erster Linie auf einen privaten Konflikt zurückzuführen war, da bei der Anmerkung folgendes steht: „Wurde Opfer von Privatrache und von Unruhen“. Zsiga, 44-45. (Laut der Mitteilung eines 82-jährigen Perner Einwohner hatten der Freischärlerführer Prónay und seine Genossen einen Mörder aus der Steiermark angeworben, um ihn umbringen zu lassen, da ein lokaler Mann oder ein Burgenländer nicht dazu fähig gewesen wäre. Interview in Pornóapáti/Pernau am 25. April 2010). Über den Mord an Pataki, siehe noch: Der Freie Burgenländer, 26. März 1922, 3; Berczeller, Leser, 198; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 161; Schmidt, Die Entstehung, 332; A Szombathelyi Egyházmegye története III, 313. Der Perner Pfarrer war zwar deutschstämmig, aber nicht im burgenländischen Raum einheimisch. Er stammte aus dem Dorf Márkó im Komitat Wesprim (ebenda). Sein Wirkungsort Pernau kam 1921 ursprünglich auch zu Österreich, war aber einer jener zehn grenznahen Orte im Pinkatal, die nach einer Volksabstimmung 1923 wieder ungarisch wurden (Botlik, 284).

⁹⁵⁴ Im April 1920 hatte Mikes dem ungarischen Regierungschef in einem recht spöttischen Ton über Pataki geschrieben (wahrscheinlich auch um seine Rolle herunterzuspielen), dass er „geistig so schwach und aus diesem Grunde so lächerlich ist, dass man ihn geradezu dafür honorieren müsste, dass er für Österreich agitiert, weil solche österreichischen Agitatoren nur uns nützen können“ Bischof Mikes an Ministerpräsident Simonyi-Semadam. (Steinamanger), 11. April 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1966; Schmidt, Die Entstehung, 332.

⁹⁵⁵ Johannes Graf Mikes an Bischof Zadravec. Steinamanger, 11. November 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 5808. Antwort von Mikes an Kultusminister István Haller. Steinamanger, 8. März 1920 (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1323) und an Ministerpräsident Sándor Simonyi-Semadam. Steinamanger (?), 11. April 1920 (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1966). Siehe Kap. 8.2.

jegliche ethnischen Reibereien.“⁹⁵⁶ Für diese Aussage spricht auch, dass in der Diözese Raab die Beantragung eines burgenländischen Bischofsvikars quasi „von unten“ erfolgt war: Nicht der Bischof, sondern ein Teil der Priesterschaft hatte sie initiiert, mit dem dezidierten Ziel, die Dismembration dadurch zu vermeiden.⁹⁵⁷

Diese oben beschriebene Eintracht war aber zwischen den Seelsorgern und den Gläubigen nicht immer gegeben. Der erste Geistliche in Westungarn, der es wegen seiner ungarisch-nationalen Überzeugung mit der Bevölkerung in Konflikt geraten war, war der Pfarrer von Neusiedl, István Békeffy, der bereits Anfang 1919 – noch vor der Rätediktatur – seinen Posten aus diesem Grunde verlassen musste.⁹⁵⁸ Hier ist es wichtig festzuhalten, dass die Stadt seines Wirkens bereits zu einem frühen Zeitpunkt ein Zentrum deutschnationaler Agitation war, sodass Bleyer den Raaber Bischof schon 1919 auf die „alldeutsche sächsische Expositur“ dort aufmerksam gemacht hatte, von der er warnte, dass sie die deutsche Kulturbewegung „unter Ausschluss der katholischen Priesterschaft leiten und ausbauen“ will.⁹⁵⁹ Der Konflikt von Pfarrer Békeffy mit dem lokalen Vorsitzenden des deutschen Volksrates, Karl Wolf ging noch auf das Jahr 1918 zurück und war sowohl von nationaler, als auch von persönlicher Natur.⁹⁶⁰ Wolf hatte in Neusiedl eine ungarnefeindliche Agitation betrieben und soll dort die Loslösung von Ungarn vorbereitet haben – laut Békeffy war die Stimmung in der Stadt in der Folge derart ungarnefeindlich, dass es unratsam war auf der Straße auch nur ein Wort ungarisch zu sprechen.⁹⁶¹ Der Pfarrer verkörperte seinerseits das andere Extrem, da er wohl ein Verfechter der Magyarisierung war.⁹⁶² Bezeichnend für die wirren Verhältnisse der unmittelbaren Nachkriegszeit war es, dass Wolf das Schicksal des Pfarrers von einer

⁹⁵⁶ Fetser an Nuntius Valfre di Bonzo. Raab, 20. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238 (maschinengeschriebener lateinischer Brief); GyEL 1919, Nr. 4275, in: Nr. 4523/1919 (lateinischer und ungarischer Entwurf).

⁹⁵⁷ Michael Nagy an Bischof Fetser (Eisenstadt-Oberberg, 14. Jänner 1920); Begleitbrief von Bischof Fetser an die Apostolische Nuntiatur in Wien (Raab, 20. Jänner 1920). GyEL 1920, Nr. 367. Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 341, Anm. 26; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 160; Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408; Szabó, 17. Vgl. Kap. 8. und 8.1.

⁹⁵⁸ Sein Fall wurde bereits in den Kapiteln 4 und 8.1. kurz angeschnitten.

⁹⁵⁹ Nationalitätenminister Bleyer an Bischof Fetser. Budapest, 1. Oktober 1919. GyEL 1919, Nr. 4276. Unter der „alldeutschen sächsischen Expositur“ waren die lokalen Anhänger von siebenbürgisch-sächsischen Ideologen des Pangermanismus, wie Rudolf Brandsch und Guido Gründisch zu verstehen, die Bleyer in seinem Brief auch namentlich erwähnte (beide waren scharfe Kritiker seiner Politik). Vgl.: Bellér, 135-139; Fata, 179; Schlag, Die politischen Parteien, 100; <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118673211.html#ndbcontent> (Eingesehen am: 10. 09.2017.)

⁹⁶⁰ Die Auseinandersetzung zwischen Pfarrer Békeffy und dem Apotheker Karl Wolf wurde von Zsuzsanna Jenőffy aufgrund der Dokumente des Raaber Diözesanarchivs ausführlich behandelt. Siehe: Jenőffy, 11, 35-36. (Der früher erwähnte großdeutsche Politiker Adalbert Wolf war ebenfalls Apotheker in Neusiedl. Kriegler, 134. Vgl. Kap. 9.1.2.)

⁹⁶¹ Jenőffy, 35-36 (auf der Grundlage von GyEL 1918, Nr. 6313).

⁹⁶² Diese lässt sich allein schon anhand der von Jenőffy angeführten Tatsachen erkennen: Der Pfarrer hatte eine alte deutsche Inschrift von der Fassade des Klostergebäudes entfernen lassen – aus architektonischen Gründen, wie es hieß. Er verhinderte eine Initiative von Wolf, in der Sparkasse statt der ungarischen Geschäftssprache die deutsche einzuführen. Vielsagend ist auch eine andere Aktion von ihm: Er hatte es erlaubt, die deutsche Sprache aus einem Unterrichtsraum zu verbannen. Jenőffy, 36 (auf der Grundlage von GyEL 1918, Nr. 6313).

Volksversammlung abhängig machen wollte, die am 2. Jänner 1919 tatsächlich stattfand aber mit seiner Niederlage endete, da die Bevölkerung Békeffy letztendlich in Schutz nahm.⁹⁶³ Die Angriffe veranlassten aber letztendlich den gesundheitlich angeschlagenen Pfarrer, Bischof Fetser um Versetzung zu ersuchen.⁹⁶⁴ In seiner Antwort versicherte ihm der Oberhirte seiner Sympathie für die Leiden, die er wegen seiner patriotischen Gesinnung durchmachen musste.⁹⁶⁵ Fetser war über den Neusiedler Volksrat empört und verurteilte seine gewaltsame Einmischung in die internen Angelegenheiten der Kirche, denn nur er als Bischof hätte das Recht gehabt, den Pfarrer zu versetzen.⁹⁶⁶

Die wohl prominentesten Vertreter der proungarischen Ausrichtung in Westungarn waren der oben erwähnte Ödenburger Kanoniker Johannes Huber und Franz Thomas, Pfarrer von St. Michael und zeitweilig burgenländischer Generalvikar in der Diözese Steinamanger. Zu ihnen gehörte eine Zeitlang auch Johann Sabel, Pfarrer von Neufeld, der sich während seines proungarischen Kurses als besonders anschlussfeindlich exponierte.⁹⁶⁷ Wie vorhin bereits erörtert, waren alle drei von ihnen politisch auf höchster Ebene als Abgeordnete im Budapester Parlament aktiv.⁹⁶⁸ Es ist interessant, dass auch sie und ihre christlichsozialen Gesinnungsgenossen über eine Veränderung der Diözesangrenzen nachgedacht hatten, sodass bei ihnen neben der kulturellen und politischen Autonomie auch die Idee eines deutschen Bistums Ödenburg aufkam. Im Gegensatz zu den Anschlussbefürwortern stellten sie aber dieses innerhalb des ungarischen Kirchenverbandes vor.⁹⁶⁹ Dieser Vorschlag ließ sich wie schon angeführt, kaum mit dem Standpunkt der Bischöfe Mikes und Fetser vereinbaren, aber eine direkte Konfrontation zwischen den beiden Oberhirten und den westungarischen Abgeordneten konnte in der obigen Frage anhand der Quellen nicht nachgewiesen werden.⁹⁷⁰

⁹⁶³ Jenőffy, 36 (auf der Grundlage von GyEL 1918, Nr. 6313).

⁹⁶⁴ István Békeffy an Bischof Fester. Neusiedl, 8. Februar 1919. GyEL 1919, Nr. 1588. Siehe auch: Jenőffy, 35-36; Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408, Anm. 18.

⁹⁶⁵ Bischof Fester an István Békeffy (Briefentwurf). Raab, 21. Februar 1919. GyEL 1919, Nr. 1588.

⁹⁶⁶ Jenőffy, 36 (auf der Grundlage von GyEL 1919, Nr. 121). In seinem Brief an den Wiener Nuntius bezeichnete der Raaber Oberhirte Karl Wolf (ohne ihn beim Namen zu nennen) als einen „pangermanischen Unruhestifter, der ein Verbündeter der Siebenbürger lutherisch-sächsischen pangermanischen Anführer“ war (darunter waren wohl Brandsch und seine Gesinnungsgenossen gemeint). Damit hatte Fetser dem Nuntius indirekt auch zu verstehen gegeben, auf welche Seite er sich bei einer Unterstützung der kirchenpolitischen Bestrebungen Österreichs stellen würde. Fetser an Nuntius Valfrè di Bonzo. Raab, 20. November 1919. SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 5238 (maschinengeschriebener lateinischer Brief); GyEL 1919, Nr. 4275, in: Nr. 4523/1919 (lateinischer und ungarischer Entwurf). Vgl. Kap. 8.1.

⁹⁶⁷ Schlag, Die politischen Parteien; Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408; Schmidt, Die Entstehung, 336; Botlik, 215-216; Unger, 9 (Anm. 49.)

⁹⁶⁸ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 110-111; Schmidt, Die Entstehung, 336.

⁹⁶⁹ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 111; Huber, 2; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 161; Schmidt, Die Entstehung, 336. Vgl. Kap. 4.

⁹⁷⁰ Auf einer allgemeineren Ebene hat es aber sehr wohl Kritik von Bischof Mikes an der Nationalitätenpolitik von Hubers Mitstreiter Jakob Bleyer gegeben, wie man im Unterkapitel 8.2. gesehen hat. Vgl.: Johannes Graf Mikes an Bischof Zadravec. Steinamanger, 11. November 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 5808.

Johannes Huber hatte eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Burgenland-Frage, wenn man bedenkt, dass er seinen Einfluss sogar direkt auf den Heiligen Stuhl ausüben konnte: Dank seiner hervorragenden Vernetzung stand er sogar mit dem apostolischen Nuntius in Budapest in Kontakt, der ihn – wie bereits erwähnt – mehrmals über die westungarische Lage berichten ließ.⁹⁷¹

Dr. Huber wurde für seine Verdienste um den Erhalt Westungarns entsprechend belohnt: Bischof Fetser setzte ihn am 12. September 1921 in Ödenburg feierlich als Domherrn ein – gerade zu einem Zeitpunkt, als die Übergabe Westungarns an Österreich bereits im Gange und das Schicksal der Stadt vollkommen ungewiss war.⁹⁷² Die Initiative für diese Beförderung lässt sich klar zurückverfolgen und führt zum ehemaligen ungarischen Nationalitätenminister, einem engen Parteifreund von Huber: Noch im Februar des gleichen Jahres hatte Kardinal Csernoch dem Raaber Bischof – auf Jakob Bleyers Bitte (!) – empfohlen, Johannes Huber als Anerkennung für seine politischen und publizistischen Verdienste den Titel eines Abtes oder Ehrenkanonikers zu verleihen.⁹⁷³ Wie der Primas formulierte:

Die Existenz von Huber hängt mit dem Schicksal Westungarns zusammen. Wenn sich Westungarn losreißt, steht Huber ohne Mandat da⁹⁷⁴, und auch die Pester Zeitung⁹⁷⁵ wird eingestellt. Jetzt, zur Zeit der Verhandlungen, würde die Auszeichnung von Huber in Westungarn einen guten Eindruck machen, wo er beliebt ist. (...) Hubers Auszeichnung wäre auch vom ungarisch-nationalen Gesichtspunkt wünschenswert, wenn es dabei keine persönlichen oder sonstigen, mir nicht bekannten Hindernisse gibt.

Der Raaber Bischof war also bereitwilliger Vollstrecker dieser Initiative gewesen und ging noch über den ursprünglichen Wunsch hinaus, indem er Huber nicht nur mit einem Ehrentitel

⁹⁷¹ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 111 (Anm. 48). Diese Information von Schlag basiert auf den Angaben der deutschen Botschaft in Budapest von Mitte November 1920. Vgl. Kap. 5.1.

⁹⁷² Unger, 17. Unger bezeichnet im zitierten Teil seiner Arbeit Johannes Huber irrtümlich als „Pfarrer von Neusiedl“: Diese Angabe lässt sich aber weder durch seine Kurzbiographie (Magyar katolikus lexikon, Bd. V., 88.), noch durch die Liste über die westungarischen Priester von Anfang August 1920 (GyEL 1920, Nr. 3052) verifizieren. In Wirklichkeit war Huber ungarischer Nationalratsabgeordneter des Bezirkes Neusiedl, als Stadtpfarrer diente dort bereits seit 1919 der ausgesprochen proösterreichisch eingestellte Johann Thullner (vgl. seine Biographie weiter unten). Es ist jedenfalls überlegenswert, was mit dem kompromisslos proungarischen Huber passiert wäre, wenn Ödenburg 1921 auch *de facto* an Österreich gefallen wäre. Er hätte sich wohl an eine ungarische Pfarre versetzen lassen, wie dies auch einige seiner Kollegen in der Diözese Steinamanger beantragten.

⁹⁷³ Kardinal Csernoch an Bischof Fetser vom 23. Februar 1921. GyEL 1921, Nr. 1012. (Zitat von Verfasser übersetzt.) An dieser Stelle möchte ich András Grósz für die Übermittlung des Wortlautes vom Originaltext bedanken. Vgl. Kap. 8.1. Wie aus dem vorangehenden Unterkapitel 9.1.1. ersichtlich, war dies nicht das erste Mal, dass Bleyer beim Raaber Oberhirten für seinen Freund intervenierte.

⁹⁷⁴ Trotz des Ausscheidens von seinem Wahlbezirk Neusiedl aus dem ungarischen Staatsverband blieb Huber auch nach 1921 Abgeordneter im Budapester Parlament. Unger, 17.

⁹⁷⁵ Die Rolle des von Johannes Huber redigierten proungarischen Tagesblattes wird anschließend noch näher behandelt.

beschenkte.⁹⁷⁶ Es ist jedenfalls bezeichnend für die politisch motivierte Denkweise von Kardinal Csernoch, dass er auch den Propagandawert dieser Beförderung sofort erkannte und hervorhob. Es ist nicht verwunderlich, dass die politischen Widersacher von Huber hinter seinem Aufstieg die politischen Beweggründe ebenfalls sahen: Der „Der Freie Burgenländer“ nannte ihn höhnisch „aus Horthys Gnaden Domherr von Oedenburg“, und auch die österreichische Fachliteratur (Unger) übernahm die Bewertung seiner Ernennung als einen Akt der Belohnung, was nun mit der oben zitierten Empfehlung Kardinal Csernochs eindeutig bewiesen ist.⁹⁷⁷ Unger verbindet Hubers Beförderung chronologisch mit einem weiteren wichtigen Personalentscheidung im Vorfeld der kirchenrechtlichen Verselbständigung Westungarns: Die Ernennung von Dechant Franz Thomas – eines Parteigenossen von Huber – zum Generalvikar der an Österreich fallenden Teile der Diözese Steinamanger durch dessen Oberhirten am 1. September 1921.⁹⁷⁸ Angesichts der Schwierigkeit dieser Position (nach den Bandenkriegen im Burgenland) äußerte der neue Generalvikar in seinem Dankesbrief an Bischof Mikes Zweifel über seine Tauglichkeit – er fasste die Ernennung nicht nur als Belohnung auf:

Ehrlich gestanden, es wäre mir lieber gewesen, wenn die Gunst Eurer Exzellenz dieses schöne, aber beschwerliche Amt auf die Schultern einer anderen würdigeren und tatkräftigeren Person geladen hätte, da ich fürchte, dass ich aufgrund meiner fünfundzwanzigjährigen mühevollen Seelsorgearbeit und durch den fast zweijährigen nervenaufreibenden politischen Kampf körperlich und seelisch gebrochen, unter den vorübergehenden Schwierigkeiten nicht in der Lage sein werde, den Erwartungen Eurer Exzellenz zu entsprechen...⁹⁷⁹

Wie seine Mitstreiter Johannes Huber und Johann Sabel, hatte auch Franz Thomas bei politischen Versammlungen Reden gegen den Anschluss des Burgenlandes an Österreich gehalten.⁹⁸⁰ In seinem obigen Brief an Bischof Mikes hielt der Dechant fest, dass er alles unternommen hatte, um den Verlust des Gebietes zu verhindern. Dass er sich dabei stets auch für die sprachlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen und kroatischen Bevölkerung einsetzte, wurde von manchen in Ungarn missverstanden.⁹⁸¹

⁹⁷⁶ Über die Ernennung von Huber zum Kanonikus, siehe: GyEL 1921, Nr. 3451.

⁹⁷⁷ Der Freie Burgenländer, 26. März 1922, 3.; Unger, 17 (Anm. 95).

⁹⁷⁸ Unger, 17, Anm. 95; Vgl. Kap. 8.

⁹⁷⁹ Franz Thomas an Bischof Mikes. St. Michael, 18. Dezember 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 5454. (Zitat vom Verfasser übersetzt)

⁹⁸⁰ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 341, Anm. 26; Schmidt, Die Entstehung, 336. Vgl. Schlag, Die politischen Parteien, 98-99; Schlag, Zur Burgenlandfrage, 120, Szabó, 10.

⁹⁸¹ Gegen den Vorwurf des Hochverrats an Ungarn wehrte sich Dechant Thomas in einem lokalen Blatt seines Wahlkreises Güssing energisch (Franz Thomas, An meine geehrten Wähler! In: Güssinger Zeitung 11. Jg. Nr. 51, 2 [18. Dezember 1921]). SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 5454. In der Zeitung „Die Reichspost“ wurde darauf hingewiesen, dass im August 1921 eine Unzahl an Pamphlets gegen die westungarischen Abgeordneten erschienen war, in der sie als Vaterlandsverräter beschimpft wurden. Siehe: Unger, 25 (Reichspost, 3.02.1922,

Deshalb musste er in den verhängnisvollen Tagen der Bandenkriege aus der Heimat fliehen, um sein Leben zu retten.⁹⁸² Seine Ernennung zum Generalvikar „trotz furchtbarer und ungerechter Beschuldigungen und Verdächtigungen“ empfand er also auch als eine große Vertrauensgeste des Bischofs gegenüber ihm, wofür er sich sehr dankbar zeigte.⁹⁸³ Im Gegensatz zu Sabel und Jandrisevits hatte Thomas nach der Anschluss des Burgenlandes keine Ambitionen, im dortigen Landtag eine Position zu erlangen und starb bereits knapp zwei Jahre später, am 10. September 1923.⁹⁸⁴

Es waren aber keineswegs nur die ungarischen Paramilitärs, die in Westungarn hart gegen einzelne Kleriker vorgegangen waren. In dem zur Diözese Raab gehörenden nordburgenländischen Gebiet war es bereits unmittelbar nach dem Abzug der regulären ungarischen Truppen zu Übergriffen auf ungarische oder proungarisch eingestellte Seelsorger gekommen. Bereits am 31. August 1921 telegraphierte der ungarischen Außenminister Bánffy an den Wiener Botschafter Masirevich über eine Reihe von Vorfällen im frisch geräumten westlichen Grenzgebiet. Unter diesen war der Fall des Pfarrers von Eisenstadt, der zusammen mit dem Bürgermeister, Notar und dem Friedensrichter der Stadt als Geiseln in Haft genommen waren.⁹⁸⁵ Am 10. September 1921 meldete Bischof Fetser, dass der Dechant von Wulkaprodersdorf, Sigmund Kovács, sowie die Pfarrer Matthäus Horváth von Siegendorf, Karl Schmidt von Draßburg und Stefan Varga von Zagersdorf von den einrückenden Österreichern ebenfalls als Geiseln verhaftet und verschleppt worden waren. Sie wurden anschließend in Wien interniert.⁹⁸⁶ Kovács und Horváth wurden dort auch misshandelt, aber

1). Wie im Kapitel 4. erwähnt, hatten im November 1920 fünf westungarische Abgeordnete ein Memorandum formuliert, in der sie für eine politische Autonomie innerhalb Ungarns eingetreten waren, wobei ihnen auch eine eventuelle kirchenrechtliche Selbstverwaltung vorgeschwebt war – zu ihren Unterschreibern gehörte auch Franz Thomas. Schlag, Zur Burgenlandfrage, 110-111; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 160; Schmidt, Die Entstehung, 336.

⁹⁸² SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 5454; Güssinger Zeitung 11. Jg. Nr. 51, 2 (18. Dezember 1921); Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 341, Anm. 26; Schmidt, Die Entstehung, 336. Der Kreisnotar seiner Gemeinde St. Michael, Josef Illés (dem Namen nach ein Ungar!), war im August 1921 einer der ersten Opfer der ungarischen Freischärler gewesen. Das großdeutsche Wochenblatt „Der Freie Burgenländer“ beklagte den „gräßlichen Märtyrertod des unschuldigen Notars.“ Der Freie Burgenländer, 26. März 1922, 3; <https://hu.wikipedia.org/wiki/Pusztaszentmih%C3%A1ly> (Eingesehen am: 03.09.2017)

⁹⁸³ Franz Thomas an Bischof Mikes. St. Michael, 18. Dezember 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 5454. Die Frage, ob einige westungarische Abgeordnete nach einem nationalistischen Umschwung in Ungarn Ende 1920 – zumindest vorübergehend – im Geheimen für Österreich gearbeitet hatten, ist schwer zu klären. Schlag erwähnt, dass der deutsche Gesandte in Budapest im Februar 1921 vertrauliche Informationen darüber erfahren hatte. Ziel der Abgeordneten soll dabei gewesen sein, bei etwaigen Grenzregulierungen im Austausch für kroatische Gemeinden möglichst viele deutsch besiedelte Gebiete für Österreich zu retten. Schlag, Zur Burgenlandfrage, 112-114.

⁹⁸⁴ Unger, 16, Anm. 89 (Unger berief sich hierbei auf Michael Gangl); Todesanzeige von Franz Thomas in der Ausstellung „50 Jahre Diözese Eisenstadt“ (Eisenstadt, 12. Mai bis 2. Oktober 2010).

⁹⁸⁵ Telegramm von Außenminister Miklós Graf Bánffy an Botschafter Masirevich vom 31. August 1921. (1921/4898 pol.). In: Újváry, 812-813 (englische Übersetzung).

⁹⁸⁶ GyEL 1921, Nr. 3490, 3505, 3604, 3759, 3792, 4141, 4481, 4539, 4632; Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408, Anm. 19; Schmidt, Die Entstehung, 333, Anm. 97; Jenőffy, 44-45. Die hier genannten vier Gemeinden befinden sich alle in einem engen geographischen Umkreis zwischen Eisenstadt und Ödenburg im nördlichen Burgenland. Über den Fall des Pfarrers von Zagersdorf siehe auch: Botlik, 194.

nach einigen Tagen entlassen; Schmidt kehrte erst am 2. Dezember, Varga erst um den 10. Dezember 1921 aus der Haft zurück.⁹⁸⁷ Der Raaber Bischof trat, wie erwähnt, sogar beim Budapester Nuntius für ihre Freilassung ein.⁹⁸⁸ Auch der Administrator von Zurndorf, Alexander Varga, wurde verschleppt.⁹⁸⁹ Johann Tóth, Pfarrer von Mörbisch, war vom 3. Dezember 1921 bis Anfang Februar 1922 in Eisenstadt interniert und durfte nicht mehr in seine Pfarre zurückkehren⁹⁹⁰

Das anfangs umsichtige Vorgehen des Oberhirten von Steinamanger beruhte also auf einer richtigen Einschätzung der Gefahren, die seine Kleriker bedrohten. Nach dem Anschluss des Burgenlandes an Österreich waren nämlich auch jene Diözesanpriester gefährdet, die sich für den Verbleib des Gebietes bei Ungarn eingesetzt hatten. Mikes war bis Februar 1921 der Ansicht, dass sie nicht allzu offen agieren sollten. Am 8. März 1920 schrieb er dem ungarischen Kultusminister Haller: „Wenn sie sich sehr exponieren, werden sie bei einer eventuellen Abtretung [Westungarns, P. Sch.] ausgewiesen. Sie helfen jedoch der ungarischen Heimat mehr, wenn sie dort bleiben und die Reparationsarbeit [sic!] vorbereiten“.⁹⁹¹

Er konnte aber nicht verhindern, dass – wie im nördlichen Burgenland, wo im Herbst 1921 mindestens sechs Priester der Diözese Raab in die westungarischen Kampfhandlungen verwickelt worden waren – auch Geistliche in seinem Einflussbereich Opfer solcher Aktionen wurden.⁹⁹² Abgesehen vom traurigen Beispiel Patakis gingen aber die meisten relativ glimpflich aus. Die Fälle des stellvertretenden Pfarrers von Königsdorf, Josef Horváth, und des Pfarrers von Nahring (*Narda*), Josef Kuntár, verdeutlichen dies, da beide wegen ihrer proungarischen Propaganda von den österreichischen Behörden verhaftet wurden. Am 2. September 1921 nahmen die sich zurückziehenden österreichischen Gendarmen den ungarischen Priester von Königsdorf fest.⁹⁹³ In der Gefangenschaft wurde er brutal

⁹⁸⁷ Schmidt, Die Entstehung, 333, Anm. 97. Der Pfarrer von Zagersdorf leistete den österreichischen Behörden anschließend noch jahrelang (erfolgreich) Widerstand, womit er laut einem zeitgenössischen Bericht bereits das Ansehen der Exekutivorgane zu untergraben begann. Siehe: Haslinger, 66-67.

⁹⁸⁸ Telegramm von Lorenzo Schioppa an Bischof Fetser, Budapest, 21. September 1921. GyEL 1922, Nr. 3505. Telegramm von Lorenzo Schioppa an die Diözesanbehörde Raab. Budapest, 29. September 1921. GyEL 1922, Nr. 3792. Vgl. Kap. 8.1.

⁹⁸⁹ GyEL 1921, Nr. 4404; Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408, Anm. 19; Schmidt, Die Entstehung, 333, Anm. 97; Jenőffy, 44.

⁹⁹⁰ GyEL 1921, Nr. 4511; 1922, Nr. 156, 326, 364; Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408, Anm. 19; Schmidt, Die Entstehung, 333, Anm. 97; Jenőffy, 44.

⁹⁹¹ Mikes an Kultusminister István Haller. Steinamanger, 8. März 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1323. Unter der „Reparationsarbeit“ war wohl eine Wiederherstellung (Restauration) der alten Grenzen gemeint. Auch der zuständige Staatssekretär des Ministerpräsidenten lobte die umsichtige, aber entschlossene Vorgehensweise des Bischofs (ebenda, Nr. 1966). Schmidt, Die Entstehung, 333. Vgl. auch Kap. 8.2 und Kap. 9.1.3., sowie Haslinger 78.

⁹⁹² Vgl.: Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408; Schmidt, Die Entstehung, 333.

⁹⁹³ Aus einem Brief vom 6. Februar 1920 an den Bischof wird deutlich, dass Horváth sein Schicksal geahnt und bereits für den Fall einer österreichischen Besetzung um Versetzung gebeten hatte, falls er „vertrieben oder interniert“ würde. Er hatte zuvor energisch in proungarischem Sinne agitiert. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 866; A Szombathelyi Egyházmegye története III, 154; Schmidt, Die Entstehung, 333.

misshandelt und erst fünf Tage später, nachdem die Entente vermittelt hatte, gegen sechzehn österreichische Gendarmen ausgetauscht.⁹⁹⁴ Bereits nach der Volksabstimmung in Ödenburg hatte sich der Vorfall mit dem Pfarrer von Nahring ereignet: Kuntár wurde am 29. März 1922 inhaftiert, weil drei Wochen zuvor eine Delegation aus Nahring und Umgebung vor der im Südburgenland tätigen Grenzkommission für den Verbleib bei Ungarn demonstriert hatte.⁹⁹⁵ Seine Gläubigen baten Bischof Mikes um Intervention.⁹⁹⁶

Wie in der Diözese Raab war auch in Steinamanger, abgesehen von den Pfarrern in Hannersdorf und Pernau, die überwiegende Mehrheit der Diözesanpriester für einen Verbleib bei Ungarn.⁹⁹⁷ Dabei muss bemerkt werden, dass im Burgenland die Priester ungarischer Nationalität überproportional vertreten waren,⁹⁹⁸ wie es die Liste der westungarischen Pfarren des Bistums Steinamanger und deren Vorsteher aus dem Jahre 1920 verdeutlicht: Von den insgesamt 62 Geistlichen hatten 18 ungarische Namen (29 Prozent), obwohl 1920 der Anteil der Bevölkerung mit ungarischer Muttersprache insgesamt lediglich 8,4 Prozent betrug.⁹⁹⁹ Zu diesen wären noch bis 1921 einige Kleriker aus anderen Teilen Ungarns hinzugekommen.¹⁰⁰⁰ Im westungarischen Teil der Diözese Raab lag die Proportion der Geistlichen mit ungarischen Namen auch um 23 Prozent, was auch eine fast dreifache Überrepräsentierung bedeutete: Von

⁹⁹⁴ Seine Verschleppung wurde zur internationalen Angelegenheit. Nicht nur die beiden betroffenen Regierungen, sondern auch die Entente-Mission musste sich damit auseinandersetzen. In Österreich warf man Horváth sogar vor, auf die nach Westungarn einrückenden österreichischen Gendarmen Kopfgelder ausgesetzt zu haben. Botlik, 185-188; Schmidt, Die Entstehung, 333-334.

⁹⁹⁵ 1923 wurde Pfarrer Kuntár, ein Burgenlandkroate, vom Ungarischen Nationalbund (*Magyar Nemzeti Szövetség*) in einer Urkunde zum „Märtyrer des Magyarentums“ erklärt. Haslinger führt als Grund für seine Verhaftung an, dass es kurz zuvor in Großnahring eine Schießerei gegeben hatte (Horváth, 83-85; Zsiga, 158-159; A Szombathelyi Egyházmegye története III, 231; vgl. Haslinger, 53). Die Österreichisch-Ungarische Grenzbestimmungskommission wurde unter der Leitung des französischen Artilleriemajors Jocard gebildet, mit italienischer, englischer und japanischer Beteiligung (Jankó, Tóth, 99-100). Siehe noch: Schmidt, Die Entstehung, 334.

⁹⁹⁶ Zuvor waren die Bewohner von Nahring nach Oberwart gegangen, um dort die Entlassung ihres Pfarrers aus der Haft zu bewirken. Die österreichischen Behörden verweigerten dies, weil Kuntár ein politischer Gefangener war. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 1389; Zsiga, 85-87; Horváth, 83-85; Schmidt, Die Entstehung, 334.

⁹⁹⁷ Pöck, 16-17; Mayer, 146; Szabó, 15, 17; Jankó, Tóth, 105; Schmidt, Die Entstehung, 334.

⁹⁹⁸ Huber, 1; Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 410, Anm. 21; Schmidt, Die Entstehung, 334.

⁹⁹⁹ Vgl. Liste der westungarischen Pfarren der Diözese Steinamanger. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 4371. Dabei müssen aber folgende Umstände beachtet werden: Die hier aufgereihten Siedlungen entsprechen nicht exakt jenen, die tatsächlich zu Österreich gekommen sind, da die endgültige Grenze erst ab 1923 feststand (Oberradling, Großnahring, Deutsch-Großdorf [Németkeresztés], Pernau und Prostrum [Szentpéterfa] blieben bei Ungarn). Außerdem muss betont werden, dass die Familiennamen nicht unbedingt die nationale Zugehörigkeit der Pfarrer widerspiegeln. Es kam vor, dass sich Geistliche mit deutschem Namen zum Magyarentum bekannten, aber es gab auch die entgegengesetzten Fälle. Prominentestes Beispiel ist wohl Franz Pataki von Pernau, der früher Schnellbach hieß und – wie bereits erwähnt – den Anschluss an Österreich unterstützte. Siehe auch eine frühere Liste: SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 845. Vgl. Salacz, 133; Jankó, Tóth, 104; Huber, 1; Schmidt, Die Entstehung, 334. Die zweite Quelle, Jankó, Tóth, beziffert den Anteil der Magyaren im Burgenland sogar mit 9 Prozent.

¹⁰⁰⁰ Dem pensionierten Seelsorger des Budapester Sammelgefängnisses, Bruno Psitek, wurde 1921 die Pfarre Bernstein angeboten (SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 2493). Dem aus der Tschechoslowakei vertriebenen Adam Bliesz schlug man die Pfarre Mischendorf vor (ebenda, Nr. 2777). Die Stellen werden sie allerdings beide nicht angenommen haben, da im Schematismus des Jahres 1923 für diese Pfarren andere Namen erwähnt sind.

den insgesamt 141 Klerikern (Pfarrer und Kapläne zusammengerechnet) gehörten 32 in diese Gruppe.¹⁰⁰¹

Die ungarischen Diözesanpriester waren selbstverständlich für einen Verbleib bei Ungarn. Als Budapest noch von rumänischen Truppen besetzt war, hatte der Dechant von Jennersdorf, Anton Gáspári, am 8. September 1919 als Mitglied einer Deputation beim damaligen ungarischen Ministerpräsidenten Friedrich diesem in Steinamanger versichert, dass Westungarn bei Ungarn bleiben wolle.¹⁰⁰² Der Fall des Administrators der Pfarre Königsdorf, Josef Horváth, wurde bereits oben geschildert. Pfarrer Anton Könczöl aus Pilgersdorf war von 1919 bis 1921 im Bezirk Lockenhaus Leiter der anschlussfeindlichen Bewegung. Im Herbst 1921 war er sogar der Vorsitzende der Leitha-Banat-Versammlung, die in Oberpullendorf abgehalten wurde. Könczöl wurde anschließend im November 1921 von den einrückenden Österreichern vertrieben.¹⁰⁰³ Ferdinand Fritz, Pfarrer von Mariasdorf, der trotz des deutschen Namens ein Ungar war, feierte während der Kampfhandlungen in Westungarn am 13. Oktober 1921 in Aschau eine Messe für die aufständischen Studenten der Wirtschaftsakademie Ungarisch-Altenburg (*Magyaróvár*).¹⁰⁰⁴

Aber auch die überwiegende Mehrheit der deutschstämmigen Geistlichen in Westungarn war gegen den politischen und kirchenrechtlichen Anschluss an Österreich.¹⁰⁰⁵ Mikes betonte mehrfach gegenüber den ungarischen Behörden, dass er bis auf zwei Ausnahmen stolz auf das patriotische Verhalten seiner etwa fünfzig im deutschsprachigen Gebiet tätigen Geistlichen war.¹⁰⁰⁶ In seiner Antwort an den Bischof bestätigte Staatssekretär Karafiáth, dass es gegen das Auftreten der deutschsprachigen Priesterschaft in der Diözese Steinamanger im

¹⁰⁰¹ Liste der Pfarrer und Kapläne (Pfarrvikare) der Diözese Raab vom 11. August 1920. GyEL 1920, Nr. 3052. Wie in der Nachbardiözese Steinamanger hat es auch in Raab manche Seelsorger mit deutschen Namen gegeben, die ungarisch als Muttersprache hatten, wie dies das Beispiel des Pfarrers von Pamhagen, Anton Keszler, zeigt (Siehe: Kap. 8.2). Die Liste lässt sich auch territorial nicht mit dem heutigen Burgenland decken: Unter den 110 Pfarren gibt es rund zehn, die 1921 nicht zu Österreich kamen, vorwiegend im Raum Ödenburg und unmittelbar entlang der heutigen Staatsgrenze.

¹⁰⁰² Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 160; Schmidt, Die Entstehung, 335.

¹⁰⁰³ Der Bezirkskommissar von Steinamanger erteilte Pfarrer Könczöl am 13. November 1921 die Genehmigung, Pilgersdorf zu verlassen, wozu Kanzleidirektor Rogács noch am 8. November seine Zustimmung gab. (Bezirkskommissariat Steinamanger an Bischof Mikes. Steinamanger, 13. November 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 4920). Könczöl publizierte 1931 seine Erinnerungen über die Besetzung Westungarns in der Zeitung „Vasvármegye“ (A Szombathelyi Egyházmegye története III, 219). Siehe noch: Schmidt, Die Entstehung, 335.

¹⁰⁰⁴ Botlik, 280; Schmidt, Die Entstehung, 335. Fritz stammte aus dem ethnisch überwiegend ungarischen Steinamanger (Schematismus Cleri Dioecesis Sabariensis Pro Anno Domini 1923, 68; A Szombathelyi Egyházmegye története III, 102). Zugleich beweist diese Episode, dass die Behauptung des Generalvikars Thomas, die dreimonatige Tätigkeit der ungarischen Freischärler im Burgenland habe „eine Katholiken- und Priesterverfolgung“ als Rückgrat gehabt, nicht unbedingt zutrifft (Franz Thomas an Bischof Mikes. St. Michael, 18. Dezember 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 5454). Selbst unter den Freischärlern gab es katholische Geistliche, wie zum Beispiel den Prämonstratenserpater Paskal Arany oder den vorhin erwähnten Ex-Franziskaner Arkangyal Bónis (Zsiga, 63).

¹⁰⁰⁵ Vgl. Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 336; Huber, 3; Schleinzer, Zwischen Festhalten und Wagen, 32; Schmidt, Die Entstehung, 335.

¹⁰⁰⁶ SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1966. Vgl. ebenda, Nr. 1965, 5808. Schmidt, Die Entstehung, 335.

Allgemeinen tatsächlich keine Einwände gab, was im hohen Maße das Verdienst des Oberhirten war.¹⁰⁰⁷

Geistliche deutscher Nationalität traten also auch offen für Ungarn ein, wofür einige konkrete Beispiele bereits angeführt wurden. Die prominentesten unter ihnen waren zweifellos die soeben vorgestellten Abgeordneten aus Westungarn im Budapester Parlament. Wie erwähnt, hatte ein Teil von ihnen im Herbst 1921 – in Folge der Exzesse der paramilitärischen Einheiten im Burgenland – ihre Begeisterung für den ungarischen Staat gänzlich eingebüßt.

Aber selbst zur Zeit der militärischen Operationen der ungarischen Freischärler gab es auf dem Gebiet der Steinamangerer Diözese deutschstämmige Priester, die sich für den Verbleib bei Ungarn einsetzten. Einer von ihnen war Hubert Zumpf, Administrator der Pfarre Grafenschachen, der eine Delegation von sieben grenznahen deutschsprachigen Gemeinden begleitete.¹⁰⁰⁸ Vor einem britischen Entente-Offizier hielt er am 7. September in Oberwart eine emotionale Rede, in der er sagte, sie würden „lieber sterben, als zum roten Österreich kommen“.¹⁰⁰⁹ Dass die österreichischen Behörden das Auftreten der lokalen Geistlichkeit in diesen schicksalhaften Jahren zu Recht fürchteten, beweist ein weiterer Priester mit deutscher Volkszugehörigkeit: Josef Strassner, der populäre Pfarrer der überwiegend kroatischen Gemeinde Prostrum, beeinflusste den heutigen Verlauf der Staatsgrenze im südburgenländischen Pinkatal erheblich.¹⁰¹⁰ Es soll hauptsächlich das Ergebnis seiner Bemühungen gewesen sein, dass seine Gemeinde bereits nach der faktischen Inbesitznahme des Burgenlandes durch österreichische Kräfte und nach der Errichtung der Apostolischen Administration 1923 zu Ungarn zurückkehrte.¹⁰¹¹

Neben den Deutschen und Magyaren gab es in Westungarn die kroatische Volksgruppe, welche die ungarische Minderheit zahlenmäßig um das zwei- bis dreifache übertraf (1920: 15,2 Prozent).¹⁰¹² Ihre Geistlichkeit trat in der Diözese Steinamanger geschlossen für einen Verbleib bei Ungarn ein. Vor den Pariser Vorortverträgen, die ihr Siedlungsgebiet zerschnitten, war sich diese Volksgruppe ihrer nationalen Identität kaum noch bewusst. Ihre

¹⁰⁰⁷ Staatssekretär Karafiáth an Bischof Mikes. Budapest, 27. April 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1966; Schmidt, Die Entstehung, 335.

¹⁰⁰⁸ Botlik, 194; Schmidt, Die Entstehung, 336-337. Hier ist eindeutig die alte österreichisch-ungarische Grenze im Lafnitztal gemeint, wo auch die Gemeinde Grafenschachen lag. Hubert Zumpf war in Westungarn heimisch, er stammte aus Jabing im Bezirk Oberwart, einer mehrheitlich deutschsprachigen Gemeinde (Schematismus Cleri Dioecesis Sabariensis Pro Anno Domini 1923, 84; A Szombathelyi Egyházmegye története III, 468).

¹⁰⁰⁹ Botlik, 194; Schmidt, Die Entstehung, 337.

¹⁰¹⁰ Strassner war gleichzeitig auch Dechant des Pinkataler Bezirks. A Szombathelyi Egyházmegye története III, 379; Schmidt, Die Entstehung, 337.

¹⁰¹¹ A Szombathelyi Egyházmegye története III, 379; Jankó, Tóth, 102-103; Zsiga, 72, 84, 144, 156, 172, 182-185; Schmidt, Die Entstehung, 337.

¹⁰¹² Salacz, 133; Schmidt, Die Entstehung, 337. Vgl. Huber, 1.

Mitglieder betrachteten sich als gute ungarische Patrioten.¹⁰¹³ Mit der Angliederung des Burgenlandes an Österreich begannen sie erst, sich zunehmend zu ihrem Kroatentum zu bekennen.¹⁰¹⁴ In der Diözese Raab protestierte eine Versammlung kroatischer Geistlicher bereits am 17. Februar 1919 in Unterpullendorf gegen die Eingliederung ihrer Pfarren in das geplante „deutsche“ Vikariat mit Sitz in Ödenburg.¹⁰¹⁵ Sollte dies trotzdem geschehen, so kündigten sie ihren passiven Widerstand an. Im Sinne der Gleichberechtigung forderten sie, wie bereits erwähnt, die Errichtung eines eigenständigen kroatischen Vikariates.¹⁰¹⁶ Dies schlug auch der Kroatische Volksrat vor, und auch im benachbarten Komitat Wieselburg sprachen sich die kroatischen Gemeinden gegen das deutschsprachige Vikariat aus.¹⁰¹⁷ Einer der wichtigsten Repräsentanten der Burgenlandkroaten und Organisator ihres kulturellen Lebens war Martin Mersich der Ältere, Pfarrer von Großwarasdorf (Bistum Raab). Er trat am 30. Mai 1920 bei einer Demonstration in Budapest als Sprecher seiner Volksgruppe gegen den Anschluss Westungarns an Österreich auf.¹⁰¹⁸

In dem zur Diözese Steinamanger gehörenden südlichen Teil des Burgenlandes entfaltete der Pfarrer von Stinatz, Peter Jandrisevits, eine besonders rege proungarische Tätigkeit. Die Umstände, schrieb er seinem Bischof Anfang Oktober 1921, hätten ihn an die Spitze der westungarischen Kroaten gestellt, und im Jänner des Jahres habe er die drei Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg bereist, um dort „das Kroatentum zum unerschütterlichen Ausharren bei Ungarn zu organisieren“. ¹⁰¹⁹ Jandrisevits behauptete stolz, als Ergebnis dieser Aktion sei der Plan Österreichs und der Entente, Westungarn zu besetzen, gerade am hartnäckigen Widerstand der Kroaten gescheitert.¹⁰²⁰ Dafür sei er laut eigener Angabe von österreichischer Seite kontinuierlich bedroht worden, er habe sich aber geweigert,

¹⁰¹³ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 336-337; Siegfried Tornow, Burgenlandkroatisch. In: Wieser Enzyklopädie des Europäischen Ostens. X: Lexikon der Sprachen des europäischen Ostens. Hgg. Milos Okuka, Gerald Krenn. Klagenfurt 2002, 242. <http://www.siegfried-tornow.de/templates/lex.html> (Eingesehen am: 20. Juli 2013); Schmidt, Die Entstehung, 337.

¹⁰¹⁴ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 336-337; Schmidt, Die Entstehung, 337.

¹⁰¹⁵ Die Ungarische Katholische Bischofskonferenz hatte bereits bei ihrer Tagung am 28. Jänner 1919 dem Oberhirten der Diözese Raab die Aufstellung eines deutschsprachigen Vikariats in Ödenburg empfohlen. Wie im Kapitel 4 bereits angeführt, soll laut Mitteilung zeitgenössischer Zeitungen Bischof Fetser mit dem Revolutionskommissar für katholische Angelegenheiten, Adam Persián, die Errichtung eines etwa 90 Pfarren umfassenden deutschen Vikariates vereinbart haben (Salacz, 131). Siehe auch: Kóvágó, 120-122, 258-259; Jenőffy, 30; Schmidt, Die Entstehung, 337.

¹⁰¹⁶ Salacz, 131; Jenőffy, 30; Schmidt, Die Entstehung, 337-338. Vgl. Kap. 8.1.

¹⁰¹⁷ GyEL 1919, Nr. 1203, 1637. Die hier erwähnten Quellen waren im Diözesanarchiv Raab nicht auffindbar, aber man kann aufgrund der Eintragungen im Diözesanregister des Jahres 1919 Rückschlüsse auf ihren Inhalt ziehen. Schmidt, Die Entstehung, 338.

¹⁰¹⁸ Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 160; Tornow, 242; Schmidt, Die Entstehung, 338.

¹⁰¹⁹ Peter Jandrisevits an Bischof Mikes. Stinatz, 1. Oktober 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 4510. Jandrisevits wurde im Herbst 1920 zum Vertreter der westungarischen Kroaten gewählt (Jandrisevits an Mikes. Stinatz, 8. Jänner 1921. Ebenda, Nr. 370). Schmidt, Die Entstehung, 338.

¹⁰²⁰ Der kroatische Geistliche hatte zweifellos einen großen Einfluss auf die Haltung seiner Volksgruppe in der Burgenland-Frage, aber in welchem Ausmaß diese bis Oktober 1921 eine Rolle spielte, ist eine andere Frage. Entscheidend dürfte die Präsenz ungarischer Militäreinheiten in der Region gewesen sein. Schmidt, Die Entstehung, 338.

die Flucht zu ergreifen.¹⁰²¹ Er bat seinen Oberhirten lediglich, in das von Angriffen weniger betroffene Schandorf versetzt zu werden – Stinatz lag ja direkt an der damaligen Grenze zu Österreich.¹⁰²²

Aus einem vertraulichen Brief des Stinatzner Pfarrers an Bischof Mikes vom 8. Jänner 1921 geht hervor, dass er im Auftrag der ungarischen Regierung in Westungarn eine Aufgabe erfüllt hatte – für den Fall einer Volksabstimmung oder einer Abtretung des Gebietes.¹⁰²³ Im Februar 1921 wurde Jandrisevits zu diesbezüglichen Besprechungen nach Budapest eingeladen.¹⁰²⁴ Dabei dürfte er wohl die Regierung über die Ergebnisse seiner Propagandamission im Vormonat informiert haben. Bei seinen politischen Bemühungen wurde der kroatische Priester von seinem Oberhirten stets unterstützt. Auch in der kritischen Übergangszeit zwischen der faktischen Übernahme des Burgenlandes durch Österreich und der kirchenrechtlichen Neuregelung des Gebietes (November 1921 bis Mai 1922) beriet er sich mit seinem Vorgesetzten beispielsweise über die Auswahl von burgenländischen Abgeordneten für den österreichischen Nationalrat und den Landtag, außerdem über seine eigene Kandidatur.¹⁰²⁵

Ein anderer kroatischer Pfarrer in Westungarn konnte – auch wegen der geographischen Lage seiner Gemeinde – erfolgreicher im ungarischen Interesse agieren.¹⁰²⁶ Der bereits erwähnte Pfarrer von Nahrung, Josef Kuntár, spielte bei der Entscheidung über die Zugehörigkeit von drei Ortschaften im Pinkatal eine wichtige Rolle: So kamen 1923 außer Großnahrung auch Oberschilding (*Felsőcsatár*) und Prostrum zu Ungarn zurück; alle waren

¹⁰²¹ Berichte über seine Konflikte mit dem österreichisch gesinnten Teil seiner Gläubigen waren dem Bischof bereits seit 1920 bekannt. Jandrisevits an Mikes. Stinatz, 15. Juli 1920 und Kultusminister István Haller. Budapest, 25. August 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 4059, 4999; Schmidt, Die Entstehung, 338.

¹⁰²² SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 4510; Schmidt, Die Entstehung, 338.

¹⁰²³ Peter Jandrisevits an Bischof Mikes. Stinatz, 8. Jänner 1921, SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 370. Darin kritisiert der Pfarrer, dass sich die Budapester Regierung mit der Organisierung der Kroaten erheblich verspätet hatte. Er hatte bereits im Sommer des Vorjahres dazu gedrängt. Aus dem Schreiben geht außerdem hervor, dass Jandrisevits auch mit westungarischen Behörden in Kontakt gestanden war, so mit dem Obergespan des Komitats Eisenburg und dem vom Bischof vielfach kritisierten Oberst Schranz. Schmidt, Die Entstehung, 338–339.

¹⁰²⁴ Jandrisevits an Mikes. Stinatz, 21. Februar 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 1040; Schmidt, Die Entstehung, 339.

¹⁰²⁵ Jandrisevits musste auch deshalb die Stellungnahme des Diözesanbischofs zu seiner Kandidatur einholen, weil er für die Dauer seiner Abwesenheit aus Stinatz um einen Stellvertreter bitten musste (Jandrisevits an Mikes. Stinatz, 30. März 1922. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 1564). Er war dann zwischen 1923 und 1927 tatsächlich Abgeordneter im Burgenländischen Landtag. A Szombathelyi Egyházmegye története III, 171; Schlag, Die politischen Parteien, 100, 102; Schmidt, Die Entstehung, 339. Erwähnenswert ist hier noch, dass die Burgenlandkroaten gerade zu diesem Zeitpunkt im März/April 1922 eine selbstständige Partei gegründet hatten, die Christliche Kroatische Bauernpartei (eine Abspaltung der Christlichsozialen Partei), die laut Günter Michael Unger österreichisch orientiert war und deren neunköpfigen Leitung nur Nord- und Mittelburgenländer vertreten waren und lediglich ein einziger Priester (Demeter Rosenich von Neudorf bei Parndorf). Unger, 26. Vgl. auch: Schlag, Die politischen Parteien, 102. „Eine neue kroatische Partei.“ Der Freie Burgenländer, 16. April 1922, 4.

¹⁰²⁶ Seine Pfarre Nahrung lag unmittelbar an der neuen österreichisch-ungarischen Grenze von 1921. Schmidt, Die Entstehung, 339.

kroatische Dörfer.¹⁰²⁷ Wegen seiner ungarischen Gesinnung hatte die österreichische Gendarmerie den Pfarrer im Jahr zuvor kurz inhaftiert.¹⁰²⁸

Die proungarische Einstellung des burgenländischen Klerus hatte mehrere Gründe. Einer war die bereits angesprochene Ausbildung der Geistlichen in den ungarischen Priesterseminaren in Raab, Steinamanger und Martinsberg (*Pannonhalma*), wo sie im Sinne des ungarischen Staatsgedankens erzogen worden waren.¹⁰²⁹ Neben dieser starken emotionalen Bindung an Ungarn spielten aber auch handfeste wirtschaftliche Argumente eine Rolle: Der nach 1919 entstandene Reststaat Österreich wurde von Vielen für nicht überlebensfähig gehalten; auch Bischof Mikes wies in seinem Artikel auf Österreichs katastrophale ökonomische Situation hin.¹⁰³⁰ Zudem war ein bedeutender Teil des Burgenlandes wirtschaftlich, verkehrsmäßig und kulturell auf die westungarischen Zentren ausgerichtet.¹⁰³¹ Dies war deshalb von Bedeutung, weil die Priester sich auch um den Grundbesitz ihrer Pfarren kümmern mussten.

Schließlich soll wiederum die ideologische Komponente erwähnt werden: Die westungarischen Geistlichen, die bereits die kirchenfeindlichen Aktionen der linksgerichteten Regierung Mihály Graf Károlyis und der Rätediktatur Béla Kuns erlebt hatten, konnten nur wenig Sympathie für das sozialdemokratisch geprägte Wien aufbringen. Dass ihre Befürchtungen zum Teil nicht unbegründet waren, offenbarte sich bereits 1922 bei den massiven Angriffen auf das konfessionelle Schulsystem im burgenländischen Landtag.¹⁰³² Dies macht die anschlussfeindliche Haltung von Geistlichen, wie des oben zitierten Administrators von Grafenschachen, verständlich. In diesem Fall überwog also der ideologische Gegensatz das nationale Argument.

10.1.4 Die Medienpräsenz von Klerikern in der Westungarnfrage

Der zweifellos prominenteste Geistliche, der sich in dieser Angelegenheit der Medien bedient hatte, war einer der Hauptbetroffenen, der Diözesanbischof von Steinamanger. Bischof Mikes, der in der Öffentlichkeit eine aktive Rolle spielte, hatte von Beginn seiner

¹⁰²⁷ A Szombathelyi Egyházmegye története III, 231; Horváth, 83-85; Schmidt, Die Entstehung, 339.

¹⁰²⁸ Zsiga, 85-87; Horváth, 83-85; Schmidt, Die Entstehung, 339.

¹⁰²⁹ Schleiner, Von Westungarn zum Burgenland, 102-103; Huber, 2; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 336; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 161-162; Schmidt, Die Entstehung, 339.

¹⁰³⁰ Huber, 2; Schmidt, Die Entstehung, 339-340.

¹⁰³¹ Andererseits waren aber auf der österreichischen Seite Wien und Graz auch wichtige Anziehungspunkte. Huber, 2; Schlag, Die politischen Parteien, 93, 95-96; Schmidt, Die Entstehung, 340.

¹⁰³² Schlag, Die politischen Parteien, 103, 105-106; Schmidt, Die Entstehung, 340. Vgl. Kap. 6.1.

Amtszeit an die Bedeutung der Presse erkannt.¹⁰³³ Es lag also auf der Hand, dass er auch in der Frage Westungarns diese Möglichkeit der Meinungsäußerung nutzen wollte. Der Bischof konnte sogar in den österreichischen Medien seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit verbreiten. Im deutschsprachigen Artikel „Zu den Verhandlungen in Westungarn“ (1921) versuchte er die österreichische Öffentlichkeit gegen die Angliederung des Burgenlandes zu stimmen.¹⁰³⁴ Der einleitende Teil seines Aufsatzes in der Zeitschrift ‚Das Neue Reich‘ ist deshalb besonders interessant, weil er darin sein eigenes Verhältnis zu Österreich und sein politisches Credo definiert:

Ich glaube kein ungarischer Chauvinist zu sein, denn stets war ich ein treuer Freund – mehr ein Bewunderer – des Deutschtums, dem ich selbst sowohl durch meine mütterliche Abstammung, wie durch meine Erziehung nahe stehe [...]. Meine Seele war eine doppelte, eine ungarische und eine österreichisch-ungarische; in der alten Doppelmonarchie sah ich die einzige Lebensmöglichkeit der Völker, die sie bildeten und auch heute halte ich deren Aufhören für die schwerste wirtschaftliche und politische Katastrophe Mitteleuropas [...] dessen weittragende und die Ruhe Europas auf Jahre hinaus gefährdenden politischen Wirkungen erst die Zukunft zeigen wird!¹⁰³⁵

Nach diesen prophetischen Worten ging er zum westungarischen Problem über und appellierte an die Verhandlungspartner, ein Kompromiss zu erzielen und dabei das Wohl der betroffenen Bevölkerung im Auge zu halten, die sie als „Ungarns Söhne, Österreichs Brüder“ bezeichnete. Dabei versuchte er die in Wien tätigen führenden Anschlussbefürworter unter ihnen in ein negatives Licht zu rücken und ihre Legitimität zu untergraben: „manche von ihnen verfolgen persönliche Ziele, andere stehen im Banne einer idealistisch-nationalen Idee“.¹⁰³⁶ Seine Behauptung, dass sich die westungarische Bevölkerung sich weniger vom letzteren Motiv leiten ließ, und vielmehr realpolitische und wirtschaftliche Beweggründe bei ihr eine Rolle spielten, wurde in der unmittelbaren Folgezeit tatsächlich bestätigt: Während der Grenzregulierung im Südburgenland 1922/23 schwankten viele deutschsprachige

¹⁰³³ Über die Medienpolitik von Bischof Mikes in Steinamanger: Székely, 118-120. Siehe auch: Schmidt, Die Entstehung, 330.

¹⁰³⁴ Mikes, Zu den Verhandlungen in Westungarn (13. März 1921). Zwei Originaltexte des Artikels befinden sich im Diözesanarchiv Steinamanger: Ein handgeschriebenes Konzept im Mikes-Nachlass, außerdem eine maschinengeschriebene Version, datiert „Steinamanger, 31. Dezember 1920“, die laut einer Notiz dem ungarischen Nationalitätenminister Jakob Bleyer geschickt wurde (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 6692); Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 339-340; Szabó, 16; Schmidt, Die Entstehung, 330. Der Titel des Aufsatzes weist wohl auf die zwischen Österreich und Ungarn über das westungarische Gebiet geführten direkten Verhandlungen hin, welche in mehreren Etappen, von 23. Februar bis zum August 1921 geführt wurden. Botlik, 132-147.

¹⁰³⁵ Mikes, Zu den Verhandlungen in Westungarn (13. März 1921). Obiger Aufsatz von Mikes wurde auch in der Zeitung „Christliches Ödenburger Tagblatt“ am 31. März 1921 veröffentlicht. Siehe: Unger, 10 (Anm. 53); Schmidt, Die Entstehung, 319, Anm. 21.

¹⁰³⁶ Wie erwähnt, war Johann Sabel bei der Protestversammlung der Anschlussgegner in Ödenburg am 15. März 1921 rhetorisch recht ähnlich vorgegangen, als er Alfred Walheim und seinen Mitarbeiter ein Legitimitätsdefizit vorwarf. Vgl. Kap. 9.1.1.

Gemeinden in der Frage der Landeszugehörigkeit aufgrund dieser Gesichtspunkte. Der Bischof wies in seinem Schreiben auf die wirtschaftliche, geographische und verkehrstechnische Abhängigkeit des Burgenlandes von den angrenzenden ungarischen Gebieten sowie auf die dramatische Wirtschaftslage in Österreich hin.¹⁰³⁷

Mikes betonte aber auch die moralische Seite der Westungarnfrage. Er warnte, dass eine Vollziehung des Anschlusses den Frieden von St. Germain legitimieren würde, und einem Rechtsverzicht auf die Rückerlangung verlorengegangener österreichischer Gebiete gleichkäme (wie zum Beispiel Südtirol – P. Sch.). Weiters argumentierte er – ganz im Sinne von Jakob Bleyer – mit der Brückenfunktion Deutschwestungarns für die deutschen Sprachinseln in Ungarn.

Anschließend griff der Bischof wieder das Thema Wirtschaft auf. Er wies darauf hin, dass sich Österreich bei den Verhandlungen mit Ungarn kostengünstig Lebensmittel für Wien sichern könnte – die Ernährungslage der Hauptstadt war ja nach dem Krieg äußerst schwierig.¹⁰³⁸ Als Teil des von ihm als Kompromiss verstandenen Lösungsvorschlags nannte er noch die Sicherung von „weitgehenden nationalen und sprachlichen Rechte“ für die deutsche Volksgruppe in Ungarn. Mikes blieb aber nicht nur bei Angeboten stehen, sondern hatte für den Fall von deren Ablehnung auch eine Drohung in Aussicht gestellt: „die Einverleibung Westungarns an Österreich [wird] das Deutschtum um einen dauernden Feind, Oesterreich um einen verbitterten Feind“ bereichern, falls letzteres das „Danaidengeschenk“ der Entente annimmt. Dass dies nach dem Anschluss des Burgenlandes an Österreich nicht eintrat und sich das Verhältnis der beiden Länder nach einer kurzen konfliktreichen Phase doch relativ schnell normalisierte, wird wohl damit zu erklären sein, dass sie stark aufeinander angewiesen waren – wie dieses auch Bischof Mikes betont hatte. Ungarn war ja selbst von einem Kreis feindlich eingestellter Staaten umgeben, sodass es kein Interesse daran hatte, ihn noch mit Österreich zu ergänzen und dadurch komplett zu schließen.

Der oben zitierte Artikel von Mikes lässt sich in eine breite Pressekampagne einordnen, die in ungarischen Zeitungen und in den christlichsozialen Blättern Österreichs geführt wurde, mit dem Ziel, den politischen Status quo zu erhalten.¹⁰³⁹ Die Kampagne flankierte eine Politik der ungarischen Regierung, die aller Welt zeigen wollte, dass die Bevölkerung in Westungarn treu zur alten Heimat stand.

¹⁰³⁷ Mikes, Zu den Verhandlungen in Westungarn (13. März 1921). Siehe auch: Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 161; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 340; Szabó, 16; Schmidt, Die Entstehung, 330.

¹⁰³⁸ Die Idee, Österreich für einen Verzicht auf Westungarn wirtschaftlich zu kompensieren, deckt sich mit dem Lösungsvorschlag der westungarischen deutschen Abgeordneten in Budapest, welche auch von der ungarischen Regierung geteilt wurde. Siehe: Unger, 7; Botlik, 135.

¹⁰³⁹ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 110; Schmidt, Die Entstehung, 330. Obige Interpretation des Artikels im breiteren politischen Zusammenhang wird auch durch den in der Anmerkung 82 erwähnten Umstand unterstützt, dass Mikes ihn dem Nationalitätenminister zukommen ließ.

Diese Schritte blieben bei den Anschlussbefürwortern nicht ohne Widerhall: Das „Aktionskomitee für die Befreiung Westungarns“, eine österreichische irredentistische Gruppe, hatte im Vorfeld der Angliederung des Burgenlandes nicht umsonst als einer ihrer Ziele die Zurückdrängung des magyarophilen Einflusses in der Wiener Presse deklariert.¹⁰⁴⁰ Letztere hatte in der Anschlussfrage bis Anfang 1919 – und wie der obige Beitrag von Mikes zeigt, auch noch darüber hinaus – keine einheitliche Haltung gezeigt.

Bischof Mikes soll auch in dem 1921 neu gegründeten christlich-nationalen Wochenblatt ‚Westungarn‘ als Mitarbeiter aufgetreten sein, wo unter anderem auch der westungarische Abgeordnete und Ödenburger Kanonikus, Dr. Johannes Huber tätig war.¹⁰⁴¹ Huber hatte eine noch vehementere proungarische Propaganda betrieben; er soll wegen „seinen treffenden journalistischen Arbeiten“ im Lager seiner politischen Gegner gefürchtet gewesen sein.¹⁰⁴² In der Zeitung der politischen und wirtschaftlichen Führungsschicht des Deutschtums in Westungarn, im ‚Christlichen Ödenburger Tagblatt‘ schrieb er zum Beispiel – als sich der Anschluss des späteren Burgenlandes bereits immer deutlicher abzuzeichnen begann – dass die Angliederung dieses Gebietes an Österreich zwangsläufig zu seinem wirtschaftlichen Ruin führen würde. Er warnte aber auch vor einer anderen Gefahr:

Wien ist das Zentrum des verworfensten kommunistischen Gesindels der Welt. Die österreichische Regierung ist nicht imstande, dasselbe abzuschütteln, denn die starke sozialdemokratische Partei nimmt es in Schutz [...] Wir haben in Erfahrung gebracht, daß sich die in Österreich weilenden Kommunisten, verstärkt durch österreichische sozialdemokratische Parteisekretäre, nach dem Anschluss sofort auf Westungarn werfen wollen. Man möge in Österreich sagen und schreiben, was man will, in Westungarn herrscht heute Ruhe und vollste Ordnung. Wird es aber durch kommunistisches Gesindel überschwemmt, so haben wir dort innerhalb einiger Wochen dieselben Zustände, wie zur Zeit Karolyis und des Kommunismus...¹⁰⁴³

Mit der drohenden Abtretung Westungarns verschärfte sich im Juli 1921 Hubers Ton noch zusätzlich. In der „Pester Zeitung“, dessen Hauptschriftleiter er war, veröffentlichte er im bereits erwähnten Aufruf an die Bevölkerung Westungarns eine leidenschaftliche Schwarzmalerei, in der er über die ideologische Bedrohung hinaus auch ihre existentiellen Ängste schürte, wohl um auch die Wählerbasis der Sozialdemokraten zu treffen:¹⁰⁴⁴

¹⁰⁴⁰ Dujmovits, Der Beitrag, 390, 392.

¹⁰⁴¹ Unger, 12.

¹⁰⁴² Ebenda.

¹⁰⁴³ Christliches Ödenburger Tagblatt, 23. Juni 1921. Zitiert in: Unger, 10-11 (Anm. 58.); Wie Unger darauf hinweist, erschien dieser Artikel auch in einem Budapester deutsch-christlichen Tagesblatt, in der „Pester Zeitung“, dessen Redakteur und Herausgeber Huber war. Vgl.: Magyar katolikus lexikon, Bd. V., 88.

¹⁰⁴⁴ Vgl. Kap. 9.1.1.

Liebe Landsleute!

Habt ihr schon daran gedacht, was für eine große Gefahr unsere Heimat im Falle der Durchführung des ratifizierten Friedensvertrages droht?

Sämtliche Schieber und Hamsterer Wiens würden zu uns kommen. Kann der große Ausverkauf ungehindert vor sich gehen, so kommt besonders für unsere einheimischen Arbeiter und Tagelöhner eine entsetzliche Not! Wer wird der ärmeren Klasse helfen?

Die Kommunisten wollen unsere Heimat zu ihrem Hauptkriegslager machen. In Tausenden wollen sie hereinströmen. Sie werden überall gegen den von ihnen gehaßten Bauernstand auftreten. [...]¹⁰⁴⁵

Zu diesem Zeitpunkt war in Wien bereits eine konservative Regierung unter Johann Schober an der Macht, die Sozialdemokraten waren seit dem Oktober 1920 in Opposition.¹⁰⁴⁶ Nach dem Sturz der Räterediktatur in Ungarn hatten die meisten ihrer leitenden Funktionäre Österreich als Zufluchtsort gewählt, unter ihnen auch der *de facto* Anführer, Béla Kun.¹⁰⁴⁷ Hubers Warnung vor der kommunistischen Gefahr aus Österreich mag heute übertrieben erscheinen, die Erlebnisse des Roten Terrors von 1919 und dessen antiklerikalen Exzesse machen sie verständlicher.¹⁰⁴⁸ Obwohl mit der Übernahme des Burgenlandes durch Österreich im Herbst 1921 keine „Flut“ von Bolschewiken über das Gebiet hereinbrach, war seine Befürchtung nicht vollkommen unbegründet, wie dies etwa der bereits angeführte Fall des stellvertretenden Pfarrers von Königsdorf, Josef Horváth zeigt, der Anfang September 1921 von zurückziehenden Gendarmen und Kommunisten verschleppt und blutig geschlagen worden war.¹⁰⁴⁹ Noch Ende August sollen kommunistische Truppen, die den österreichischen Gendarmen gefolgt waren, in einer Reihe von grenznahen burgenländischen Gemeinden rote Fahnen gehisst haben, in Jennersdorf hatten sie den Bezirksrichter und den Bezirksarzt verhaftet.¹⁰⁵⁰ Ebenfalls zu Septemberbeginn war es in Klingenbach bei Ödenburg zwischen ungarischen Freischärlern und österreichischen Kommunisten sogar zu einem Feuergefecht gekommen, bei dem es zahlreiche Tote und Verletzte gegeben haben soll.¹⁰⁵¹ Aber auch in anderen nordburgenländischen Ortschaften ließen die Kommunisten von sich hören. Mitte September wurde dem ungarischen Ministerpräsidenten gemeldet, dass in der bereits vom regulären Militär geräumten Zone eine Reihe von Siedlungen nach ungarischen Gendarmen verlangt hatten, weil in diesen schutzlos gebliebenen Ortschaften kommunistische Banden

¹⁰⁴⁵ Pester Zeitung, 12. Juli 1921, 1.

¹⁰⁴⁶ Schober hatte sein Amt zwei Tage zuvor, am 21. Juni 1921 angetreten.

¹⁰⁴⁷ Kun wechselte aber schon im Juli 1920 nach Sowjetrußland über.

¹⁰⁴⁸ Vgl. Kap. 9.1.1.

¹⁰⁴⁹ Botlik, 185-188. Sogar Kanzler Schober musste sich mit seinem Fall befassen, da die ungarischen Freischärler Vergeltungsaktionen an gefangenen österreichischen Gendarmen angekündigt hatten. Vgl. Kap. 9.1.3.

¹⁰⁵⁰ Telegramm von Außenminister Miklós Graf Bánffy an Botschafter Masirevich vom 31. August 1921. (1921/4898 pol.). In: Újváry, 812-813 (englische Übersetzung). Vgl. Kap. 9.1.3.

¹⁰⁵¹ Botlik, 185-188.

eingebrochen waren und die Bevölkerung mit Plünderung bedrohten.¹⁰⁵² Einen zweiten Akt des Roten Terrors hatte es nach dem Anschluss zwar nicht gegeben, aber Hubers düstere Zukunftsvision über das (katholische) Schulwesen war, wie man sehen wird, beinahe Wirklichkeit geworden.¹⁰⁵³ Im folgenden Unterkapitel wird diese Frage genau erörtert werden.

Nach dieser etwas langen Präsentation des historischen Kontextes von Dr. Hubers anschlussfeindlichen Reden, lohnt es sich einen weiteren Blick auf seine Medienaktivität zu werfen. Wie von Fürstprimas Csernoch bereits angeführt, war der spätere Ödenburger Kanonikus 1920 bis 1921 verantwortliche Redakteur und Herausgeber des politischen Tagesblattes „Pester Zeitung“.¹⁰⁵⁴ Ebenso, wie das „Christliche Ödenburger Tagblatt“, war es – der Gesinnung seines Hauptschriftleiters entsprechend – eine christlichsoziale, proungarische, antisemitische Zeitung, die ein Fokus auf ungarische Außenpolitik, auf die deutsche Minderheit in Ungarn und speziell auf das Schicksal Westungarns hatte. In diesem Sinne präsentierte sie auch eine Rezension über die ungarfreundliche internationale Presse Westungarn betreffend.¹⁰⁵⁵ Sie widmete aber auch Raum für die Propagierung von revisionistischen Vereinen, wie zum Beispiel die EME (Verein der Erwachenden Ungarn). In einem zur Zeitung gehörenden Flugblatt von Ende Dezember wurde quasi eine „Lobeshymne“ über den Verein publiziert. Stolz verkündete das Blatt, dass die ÉME mit ihren 1,6 Millionen Mitgliedern und landesweit über 200 Ortsgruppen bereits „zu einem der größten Vereine der Welt“ gehörte.¹⁰⁵⁶ Zu ihnen gehörte sogar der Chefredakteur des Christlichen Ödenburger Tagblattes, Alois Krisch, der in der ÉME eine aktive Rolle gespielt hatte.¹⁰⁵⁷ Die Behauptung, dass die Grenzen zwischen den westungarischen Christlichsozialen und den revisionistischen Formationen (wie der „Erwachenden Ungarn“ und der MOVE), nicht klar zu erkennen waren, ist also durchaus berechtigt.¹⁰⁵⁸ Das Christliche Ödenburger Tagblatt, welche im Vorfeld des Ödenburger Volksabstimmung eine massive proungarische Kampagne geführt

¹⁰⁵² Es hatte sich dabei um namentlich folgende neun Orte gehandelt: Großhöflein, St. Georgen am Leithagebirge, Müllendorf, Kleinhöflein, Eisenstadt-Oberberg, Eisenstadt-Schlossgrund, Bruckneudorf und Parndorf. Botlik, 211.

¹⁰⁵³ Christliches Ödenburger Tagblatt, 23. Juni 1921. Zitiert in: Unger, 10-11

¹⁰⁵⁴ Magyar katolikus lexikon, Bd. V., 88; Unger, 4, Anm. 17. Vgl. Kap. 9.1.3.

¹⁰⁵⁵ „Eine Österreichische Flugschrift über Westungarn.“ Pester Zeitung, 28. Dezember 1920, 2.; „Die Westungarische Frage. Französische Bedenken – Eine österreichische Stimme für ein Kompromiß.“ Pester Zeitung, 20. Juli 1921, 1.

¹⁰⁵⁶ Pester Zeitung, Flugblatt (undatiert, vom Ende Dezember 1920).

¹⁰⁵⁷ http://www.atlas-burgenland.at/index.php?option=com_content&view=article&id=204 (Eingesehen am: 21.09.2017).

¹⁰⁵⁸ Ebenda.

hatte, mischte sich eine Zeitlang auch in die burgenländische Politik gegen die Sozialdemokraten und die Großdeutschen ein.¹⁰⁵⁹

Die Antwort darauf blieb nicht aus. Im Wochenblatt „Der Freie Burgenländer“, welche ursprünglich ein parteiunabhängiges Medium des „Ödenburger Heimatdienstes“ war, wurden ungarnefeindliche und antiklerikale Hasstiraden geschrieben.¹⁰⁶⁰ Dementsprechend wurde (neben anderen christlichsozialen Zeitungen) auch das Christliche Ödenburger Tagblatt an den Pranger gestellt.¹⁰⁶¹ Ausgerechnet in diesem Blatt lieferte Seelsorger Stehlik im April 1922 eine heftige Attacke gegen seine burgenländischen Mitpriester wegen ihrer ungarischen Gesinnung.¹⁰⁶² Er warf ihnen zum Beispiel vor, während der westungarischen Kämpfe im Herbst 1921 sich aufs wärmste mit den Freischärlern befreundet zu haben, was aber eine deutliche Verzerrung der Tatsachen war.¹⁰⁶³ Wie früher erwähnt, gab es tatsächlich einige burgenländische Geistliche, auf die das zutraf (wie etwa Anton Könczöl von Pilgersdorf, Anton Pittesser von Bernstein und Ferdinand Fritz von Mariasdorf), aber bei weitem nicht auf die meisten, wie Stehlik suggerierte.¹⁰⁶⁴ Dank des Pfarrers von Gols, István Békeffy, landete sein Artikel auch beim Raaber Bischof.¹⁰⁶⁵ In seinem Begleitbrief wies Békeffy mit Nachdruck darauf hin, dass sich der Großteil der westungarischen Priesterschaft während den Wirren von der Politik fernhielt und „unterschütterbar treu zu den Prinzipien ihrer Berufung und Religion blieb“.¹⁰⁶⁶

10.2 Schulpolitik in Westungarn und die Situation der Lehrerschaft

Wie bereits im Kapitel über den diplomatischen Wettstreit um das Burgenland angeführt wurde, spielte die Schulfrage bei dieser Auseinandersetzung bereits ab einem frühen Zeitpunkt eine wesentliche Rolle.¹⁰⁶⁷ Schon Anfang September 1920 hatte der Geschäftsträger der ungarischen Botschaft beim Heiligen Stuhl darüber berichtet, dass die österreichische Regierung als einer ihrer Hauptargumente für die Aufstellung des Vikariates in Westungarn

¹⁰⁵⁹ Unger, 17. „Das Christliche Ödenburger Tagblatt“ wurde von Unger als ein Blatt beschrieben, das sich „zu einem militanten Christentum, zum Antisemitismus, zum schärfsten Kampf gegen den Marxismus, zum Deutschtum und zu Ungarn“ bekannte. In diesem Sinne sah sich das Blatt als ihre Aufgabe, den Verbleib Deutsch-Westungarns bei Ungarn zu unterstützen. Siehe: Unger, 1, (Anm. 1).

¹⁰⁶⁰ Unger, 25; Mayer, 212-213.

¹⁰⁶¹ „Wie sie lügen!“. Der Freie Burgenländer, 2. April 1922, 5. Über das Ödenburger Heimatdienst, siehe: Unger, 23.

¹⁰⁶² Ladislaus Stehlik: „Csak magyarul beszélek“. Der Freie Burgenländer, 16. April 1922, 1; Jenőffy, 41.

¹⁰⁶³ Ebenda

¹⁰⁶⁴ Vgl. Kap. 4.1.3. und 4.3.

¹⁰⁶⁵ Pfarrer Békeffy an Bischof Fetser. Gols, 20. April 1922. GyEL 1922, Nr. 1531. Zitiert in: Jenőffy, 41.

¹⁰⁶⁶ Ebenda.

¹⁰⁶⁷ Siehe Kap. 5.1.

die Herausnahme des Schulwesens aus dem Einfluss der ungarischen Bischöfe nannte.¹⁰⁶⁸ Aus dem oben erwähnten Bericht ist jedoch zu entnehmen, dass die Kurie in dieser Angelegenheit eine gerade entgegengesetzte Stellung bezogen haben soll. Bonaventura Cerretti – den das Dokument als Leiter der außenpolitischen Abteilung bezeichnet – wird die österreichische Note Benedikt XV. mit folgender Bemerkung unterbreitet haben: Aufgrund der Schulfrage wäre es kirchliches Interesse, Westungarn so lange wie möglich bei Ungarn zu halten, weil dort der katholische Unterricht gesichert zu sein scheint, während aufgrund des neuen österreichischen Unterrichtsgesetzes nicht einmal der Religionsunterricht an den Schulen verpflichtend wäre.¹⁰⁶⁹

Auf die Loyalität der Pädagogen im westungarischen Raum soll in diesem Kapitel auch deshalb eingegangen werden, weil sie größtenteils den Diözesanbischöfen unterstanden.¹⁰⁷⁰ Im Gegensatz zu Österreich waren im Burgenland die meisten Schulen konfessionell, von den insgesamt 388 Volksschulen gehörten 318 in diese Gruppe – die meisten von ihnen wurden von der katholischen Kirche betreut.¹⁰⁷¹ Letztere hatte also ein fast absolutes Bildungsmonopol, und den zuständigen Bischöfen konnte die politische Einstellung der Lehrkräfte nicht gleichgültig sein. Die örtlichen Seelsorger waren bis 1923 gleichzeitig auch Leiter der katholischen Schulen.¹⁰⁷² Wie Unterstaatssekretär Miklas darauf hinwies, betrieben diese Geistlichen im Vorfeld der Abtretung eine Propaganda für den Verbleib bei Ungarn.¹⁰⁷³

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wurde im Königreich Ungarn eine staatlich forcierte Magyarisierungspolitik betrieben, die auch den westungarischen Raum betraf. 1879 wurde gesetzlich in allen Schulen die ungarische Sprache verpflichtend eingeführt, 1907 hatte das *Lex Apponyi* das Ungarische als alleinige Unterrichtssprache festgeschrieben.¹⁰⁷⁴ Diese Regelung hatte auch die kirchlichen Schulen betroffen; da sie dort aber nicht schnell genug

¹⁰⁶⁸ Chiffretelegramm von Aladár Boroviczény an Ministerpräsident Teleki vom 1. September 1920. MNL OL K-105-E-1-b 1920/135 pol.; Aladár Boroviczény an Ministerpräsident Teleki vom 1. September 1920. MNL OL K-105-N-2 1920/49 pol.

¹⁰⁶⁹ Aladár Boroviczény an Ministerpräsident Teleki vom 1. September 1920. MNL OL K-105-N-2 1920/49 pol.

¹⁰⁷⁰ Im Sinne des 1855 abgeschlossenen Konkordats zwischen dem Kaiserreich Österreich und dem Heiligen Stuhl wurde die Verantwortung für die schulische und religiöse Bildung der katholischen Jugendlichen den Bischöfen übertragen. Hanner, 64; Schmidt, Die Entstehung, 340.

¹⁰⁷¹ Schlag, Die politischen Parteien, 105; Schmidt, Die Entstehung, 340. Die Zahlen aus der hier zitierten Quelle beziehen sich wahrscheinlich auf das Jahr 1922. Bei Wachler erscheinen genauere, aber zum Teil widersprüchliche Angaben. Von den 365 Pflichtschulen waren 291 katholisch oder evangelisch (231 gehörten zur ersten, 66 zur zweiten Gruppe, also insgesamt 297). Außerdem gab es noch 47 Staatsvolksschulen, 14 Gemeinde- und sieben jüdische Schulen (Hans Wachler, Historisch-rechtliche Schau der katholischen Schule im Burgenland, Dissertation. Wien 1961, 39. Zitiert von Szabó, 64). Die vier Jahre späteren Angaben zeichnen ein ähnliches Bild (Salacz, 134; Hanner, 66).

¹⁰⁷² Nach 1923 übernahmen dafür bestellte Schulleiter und Oberlehrer ihre Funktion. Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 346; Szabó, 64; Schmidt, Die Entstehung, 340-341. Das Nationalitätenministerium, zu dessen wichtigsten Ressorts das Schulwesen zählte, hatte 1920 vom Bistum Steinamanger die Zusendung des jeweils aktuellen Schematismus gebeten, um die notwendigen Personalinformationen zu erhalten (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1800).

¹⁰⁷³ Aladár Boroviczény an Ministerpräsident Teleki vom 1. September 1920. MNL OL K-105-N-2 1920/49 pol.

¹⁰⁷⁴ Hanner, 65; Tornow, 243; Szabó, 8; Schmidt, Die Entstehung, 341.

umgesetzt wurde, ließen die ungarischen Behörden – vorwiegend in den Gemeinden entlang der alten österreichisch-ungarischen Grenze – staatliche Schulen errichten.¹⁰⁷⁵ Wo das Lehrpersonal nicht über ausreichende Ungarischkenntnisse verfügte, wurde es ausgetauscht.¹⁰⁷⁶

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie veränderte sich das Schulwesen. Am 28. Jänner 1919 erschien das schon erwähnte VI. Volksgesetz über das Selbstbestimmungsrecht des ungarländischen deutschen Volkes, das ihm in Westungarn auch eine territoriale Autonomie gewährte.¹⁰⁷⁷ In der Räterepublik wurde Ende April 1919 in Ödenburg ein Gaurat für Deutsch-Westungarn gebildet.¹⁰⁷⁸ Hinsichtlich des Unterrichtswesens trat er für die schnellst- und weitestmögliche Einführung der deutschen Sprache ein.¹⁰⁷⁹ Michael Gangl – damals Stadtkaplan in Ödenburg – forderte im November 1919 als christlichsozialer Agitator die neue christlich-konservative Regierung Ungarns auf, in den Schulen Westungarns das bis dato vernachlässigte Deutschtum mehr zu fördern und der Volksgruppe gleichzeitig auch eine breitere Autonomie zu gewähren.¹⁰⁸⁰

In diesem Sinne wurde von den ungarischen Regierungen auch nach dem Sturz der Räterepublik einige Monate lang eine minderheitenfreundliche Politik verfolgt, um so die deutsche Bevölkerung Westungarns loyal zu stimmen.¹⁰⁸¹ Vor allem das Nationalitätenministerium und dessen Leiter, der Ungarndeutsche Jakob Bleyer, engagierten sich in diesem Sinne, wie es zahlreiche Dekrete und Briefe beweisen, die sich im Bistumsarchiv von Steinamanger befinden. Die Gleichstellung der deutschen Sprache wurde im Schulwesen gefördert.¹⁰⁸² Anhand der vorhandenen Dokumente lässt sich feststellen, dass bei der Ernennung von Lehrern darauf geachtet wurde, dass diese der deutschen (und der

¹⁰⁷⁵ Hanner 65-66; Tornow, 243; Schmidt, Die Entstehung, 341. Vor 1907 hatte der jeweilige Ortspfarrer die Schulsprache festgesetzt. Vom Lex Apponyi blieb der Religionsunterricht theoretisch ausgeklammert.

¹⁰⁷⁶ Hanner, 65; Schmidt, Die Entstehung, 341.

¹⁰⁷⁷ Kiss, 354; Schmidt, Die Entstehung, 341.

¹⁰⁷⁸ Kiss, 363; Schmidt, Die Entstehung, 341.

¹⁰⁷⁹ In diesem Sinne schrieb der Gaukommissar für Deutsch-Westungarn in einem Erlass vom 26. Mai 1919 an die Leiter der Schulen aller Dörfer und Städte seines Geltungsbereiches: Darin stellte er fest, dass in den Volksschulen und Kindergärten des Gouvernements zahlreiche Lehrkräfte tätig waren, die nicht über entsprechende Kenntnisse der deutschen beziehungsweise kroatischen Sprache verfügten. Diese Pädagogen wurden aufgefordert, in ungarische Schulen zu wechseln. Kiss, 363; Schmidt, Die Entstehung, 341.

¹⁰⁸⁰ Unger, 5; Szabó, 10.

¹⁰⁸¹ Die ungarische Regierung forderte den Bischof von Steinamanger auf, die ihm untergeordneten Pfarrern anzuweisen, den Regierungserlass Nr. 4.044/919 M. E. über die Gleichstellung der nationalen Minderheiten unter den Gläubigen zu verbreiten, um sie »zur Treue gegenüber der ungarischen Heimat zu ermuntern« (Bezirkskommissariat Steinamanger an Bischof Mikes. Steinamanger, 4. Februar 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 879). Schmidt, Die Entstehung, 341.

¹⁰⁸² Siehe zum Beispiel den erwähnten Regierungserlass Nr. 4.044/919 M. E. über die Gleichstellung der nationalen Minderheiten im Kindergarten- und Volksschulwesen (In: SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 3222 und 1920, Nr. 3604). Dieser Erlass wurde an die zuständigen Dechanten Anfang Oktober 1919 weitergeleitet und auch im Hirtenbrief 1920. III. verkündet (SzEL Act. Canc. 1919, Nr. 4985, 1920, Nr. 1420-31). Die Durchführung des Erlasses wurde vom Nationalitätenministerium kontrolliert (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 879, 1196). Das Ministerium bestimmte sogar, welche Bücher in den deutschsprachigen Schulen verpflichtend waren (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 4891). Schmidt, Die Entstehung, 341-342.

kroatischen) Sprache mächtig waren.¹⁰⁸³ Vereinzelt kam es auch vor, dass die Lehrkräfte andernfalls zurücktraten, versetzt oder sogar vertrieben wurden.¹⁰⁸⁴ Die deutschsprachigen Schulen wurden in den Komitaten Eisenburg und Ödenburg von eigens bestellten Schulinspektoren betreut.¹⁰⁸⁵

Im Zusammenhang mit der Schulpolitik Bleyers übte aber die Westungarische Liga scharfe Kritik, unter anderem, weil an den Schulen einiger kroatischsprachiger Gemeinden Deutsch als Unterrichtssprache eingeführt wurde.¹⁰⁸⁶ Dagegen protestierten auch die Betroffenen, wie ein vertraulicher Brief des kroatischen Pfarrers von Stinatz, Jandrisevits, an Bischof Mikes zeigt.¹⁰⁸⁷ Letzterer schloss sich später auch der Kritik Bleyers an, als er im November 1920 darüber klagte, dass infolge von dessen Verordnungen die Magyarisierung eingestellt werden musste.¹⁰⁸⁸

Hier sei angemerkt, dass der Raaber Bischof kein Anhänger der gewaltsamen Assimilierung war. Er zeigte mehr Verständnis für die sprachlichen und kulturellen Ansprüche seiner Gläubigen deutscher Volkszugehörigkeit.¹⁰⁸⁹ Was die Förderung der Sprachbedürfnisse der nichtungarischen Volksgruppen anbelangt, verhielt sich aber Mikes

¹⁰⁸³ In Kogl wurde um die Entsendung einer staatlichen Lehrkraft gebeten, die Deutsch verstand (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 3102). Aus Stinatz wurden ungarische Lehrerinnen versetzt und stattdessen Kroatisch sprechende Pädagogen versprochen (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 4020, 4205, 4460). In Reinersdorf wurden vom neuen stellvertretenden Lehrer sowohl deutsche als auch kroatische Sprachkenntnisse verlangt (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 2930, 3715). In Rechnitz wurde andererseits die vom Kultusminister initiierte Ausweitung und Intensivierung des deutschsprachigen Unterrichts vom Leiter der dortigen römisch-katholischen Volksschule als unnötig betrachtet und darauf verwiesen, dass die meisten Schüler(innen) Ungarisch als Muttersprache hätten und nicht aus Rechnitz stammten (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 3763, 4221). Schmidt, Die Entstehung, 342.

¹⁰⁸⁴ Der Lehrer von Weichselbaum im Bezirk Jennersdorf, Gusztáv Nyulászi, gab seine Stellung auf, weil er in deutscher Sprache nicht unterrichten konnte (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 3705; vgl. ebenda Nr. 1278). Der Schulinspektor verlangte auch die Ersetzung der Lehrerin von Moschendorf, Emma Geröly, weil auch sie nicht gut genug Deutsch konnte (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 2777). Die Ungarin Erzsébet Roland wurde laut eigener Angabe von einem Teil der Bevölkerung von Litzelsdorf bedroht und vertrieben, was aber der lokale Schulstuhl bestritt (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 6275, Aktenbündel mit zum Teil ungeordneten Dokumenten verschiedenen Datums. Relevant hier noch ebenda, 1919, Nr. 519). Auch die ungarischen Lehrerinnen Ilona und Margit Nagy verließen Mitte Juli 1920 Stinatz wegen des Terrors, dem sie dort ausgesetzt waren (Jandrisevits an Mikes. Stinatz, 15. und 20. Juli 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 4059, 4205. Siehe auch Nr. 4020, 4460). Schmidt, Die Entstehung, 342.

¹⁰⁸⁵ Im Komitat Eisenburg war Georg Druisner Schulinspektor der deutschen Schulen; zusätzlich wurde vom ungarischen Kultusminister der Schuldirektor von Stegersbach, Stefan Polányi (oder Polány), als zeitweilige Aushilfe ernannt (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1887, 2355).

¹⁰⁸⁶ Die Westungarische Liga warf Bleyer und seinem Nationalitätenministerium, das sie als „Deutsches Ministerium“ apostrophierte, unverhohlene Germanisierungstendenzen vor. Es wurden in ihrem Schreiben dreißig (eigentlich nur 29) zum Komitat Eisenburg gehörende, zur Hälfte oder überwiegend als kroatischsprachig angegebene, westungarische Dörfer angeführt, wo Deutsch als Schulsprache festgelegt wurde (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 195). Schmidt, Die Entstehung, 342.

¹⁰⁸⁷ Jandrisevits berichtete seinem Oberhirten, dass unter anderem in den „rein kroatischen Dörfern“ Rehgraben, Heugraben und Eisenhüttl die deutsche Unterrichtssprache eingeführt wurde. Diese Maßnahme hatte einen Teil der kroatischen Minderheit bereits gegen Ungarn gestimmt (Jandrisevits an Mikes. Stinatz, 8. Jänner 1921. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 370). Schmidt, Die Entstehung, 342-343.

¹⁰⁸⁸ SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 5808; Schmidt, Die Entstehung, 343.

¹⁰⁸⁹ Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408; Schmidt, Die Entstehung, 343.

dem ungarischen Nationalitäten- und Kultusministerium gegenüber trotzdem kooperativ, hauptsächlich um die Stimmung der westungarischen Bevölkerung proungarisch zu halten.¹⁰⁹⁰

Angaben über die patriotische Einstellung der Lehrerschaft finden sich bereits in dem auf den 8. Oktober 1919 datierten ersten Brief der österreichischen Regierung an den Heiligen Stuhl, der die kirchliche Neuordnung Westungarns thematisierte. Er wies darauf hin, dass die städtische Intelligenz, darunter auch die Lehrer der niederen und mittleren Lehranstalten, entweder richtige Ungarn oder ungarisch gesinnt seien; auf dem Land hingegen gebe es aber fast nur Deutsche.¹⁰⁹¹ Wie dachte die ungarische Regierung über die Loyalität der westungarischen Pädagogen? Bleyer schrieb Bischof Mikes Anfang 1920 darüber folgendes:

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die Lehrerschaft des zur Lostrennung vorgesehenen Teils – mit ganz wenigen Ausnahmen – unberührt von den österreichischen Hetzen geblieben ist. Trotz ihrer vielen Fehler ist diese Lehrerschaft aufgrund ihrer Vergangenheit und Berufung ein begeisterter Apostel des ungarischen Staatsgedankens – dies bezeugen Informationen, die ich von mehreren Seiten erhalten habe –, und obwohl ihr Ansehen vor dem Volk stark zurückgegangen ist, können wir sie trotzdem aus unserer Bestrebung nicht auslassen, in diesen kritischen Zeiten, besonders zur Zeit einer eventuellen vorübergehenden Fremdherrschaft im Volk das Gefühl der Gemeinschaft mit der tausendjährigen ungarischen Heimat wach zu halten.¹⁰⁹²

Zur Stärkung und Motivation der Pädagogen präsentierte Bleyer einen fünf Punkte umfassenden Vorschlagskatalog, der zum Beispiel die Verbesserung der finanziellen Lage der Lehrer sowie die Ausweitung ihrer Kompetenzen in den katholischen Schulen auf Kosten des lokalen Pfarrers vorsah. In seiner Antwort gab Bischof Mikes seine freudige Zustimmung – dem Schreiben kann man übrigens entnehmen, wie sehr ihm das Schulwesen am Herzen lag.¹⁰⁹³

Seinem Brief fügte Bleyer einen Beschluss westungarischer Lehrer bei, der ein Treuebekenntnis zu Ungarn und zur katholischen Kirche war.¹⁰⁹⁴ Dieses Schreiben stellt eine der direktesten Stellungnahmen in dieser Angelegenheit dar, die im Archiv des Bistums Steinamanger zu finden sind. Das Dokument wurde von Lehrern der Schulen von Rudersdorf, Stegersbach und Jennersdorf unterschrieben. Die Treueerklärung der Angestellten der

¹⁰⁹⁰ Bischof Mikes an Kultusminister Haller. Steinamanger, 8. März 1920; Briefentwurf Mikes an Nationalitätenminister Bleyer. Steinamanger (?), 7. April 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1323, 1861; Schmidt, Die Entstehung, 343.

¹⁰⁹¹ Kramer, 14-15; Schmidt, Die Entstehung, 343.

¹⁰⁹² Bleyer an Mikes. Budapest, 26. März 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1861. (Zitat vom Verfasser übersetzt)

¹⁰⁹³ Briefentwurf Mikes an Nationalitätenminister Bleyer. Steinamanger (?), 7. April 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1861; Schmidt, Die Entstehung, 343-344. Siehe auch: Bakó, Gróf Mikes János püspök, 244.

¹⁰⁹⁴ Beglaubigte Kopie des Originalbriefes. Datum des Beglaubigungsstempels: 30. März 1920, sonst undatiert (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1861). Schmidt, Die Entstehung, 344.

Dorfschule von Unterwart – einer ungarischen Siedlung – ist ein weiteres Beispiel.¹⁰⁹⁵ Aus Deutschkreutz, das von der Diözese Raab zur Apostolischen Administration Burgenland gekommen war, ist ein mutiges Zeugnis dieser Treue bekannt: An der dortigen Klosterschule führten die Schwestern nach dem Anschluss an Österreich (!) Ungarisch als Unterrichtssprache wieder ein.¹⁰⁹⁶ Erst nach dem Eingreifen der Gendarmerie wurde diese Maßnahme rückgängig gemacht.

Die Propaganda der Westungarischen Liga warf Bleyer vor, dass wegen seiner „Herrschaft“ auch viele Lehrer in Westungarn Anhänger der „alldutschen“ Gedanken geworden seien.¹⁰⁹⁷ Im Bistumsarchiv von Steinamanger konnte ein einziger konkreter Hinweis dafür gefunden werden, dass ein Pädagoge der Diözese wahrscheinlich proösterreichisch eingestellt war. Dem neu gewählten Lehrer von Rechnitz, Heinrich Eigenbauer, wurde nicht nur kommunistische Überzeugung, sondern auch unpatriotische Haltung vorgeworfen.¹⁰⁹⁸ Zusammen mit seinen Gesinnungsgenossen soll er 1921 nach Österreich geflohen sein.¹⁰⁹⁹

Dass die ungarischen oder ungarisch gesinnten Pädagogen Westungarns Angst vor den neuen österreichischen Machthabern hatten, zeigt der genannte Brief der Unterwarter Lehrer an Bischof Mikes, in der sie bereits 1920 über ihre Furcht vor der „österreichischen Willkür“ und über die vollkommene Ungewissheit ihrer Zukunft schrieben.¹¹⁰⁰ Gleichzeitig baten sie ihren Oberhirten um Auskunft über Letztere. Diese Befürchtungen waren nicht unbegründet. Während der westungarischen Kampfhandlungen von 1921 wurden zum Beispiel Anfang September die Lehrer aus zwei Ortschaften der Diözese Steinamanger, Litzelsdorf und Kogl, von den einrückenden österreichischen Gendarmen verschleppt.¹¹⁰¹ Im folgenden Jahr wurden die Lehrerinnen der Nachbardörfer Salmannsdorf und Steinbach – trotz des Protests durch den lokalen Klerus – ihrer Ämter enthoben.¹¹⁰²

Viele Pädagogen warteten gar nicht erst ab, dass ihnen Ähnliches widerfuhr, viele verließen 1921 und 1922 das burgenländische Gebiet in Richtung Ungarn. Von diesem

¹⁰⁹⁵ Lehrerkollegium der römisch-katholischen Volksschule von Unterwart an Bischof Mikes. Unterwart, 12. Mai 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 2781; Schmidt, Die Entstehung, 344.

¹⁰⁹⁶ Mayer, Anm. 391; Schmidt, Die Entstehung, 344. Zitiert von Szabó, 66.

¹⁰⁹⁷ Propagandaschrift der Westungarischen Liga unter dem Titel „Horvát községekre erőszakolt német tanítási nyelv“ (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 195). Schmidt, Die Entstehung, 344.

¹⁰⁹⁸ Béla Imre (Rechnitz, 5. August 1921) und von Béla Honti, Pfarrer von Rechnitz (Rechnitz, 7. September 1921) an Bischof Mikes. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 4094; Schmidt, Die Entstehung, 344-345.

¹⁰⁹⁹ Ebenda.

¹¹⁰⁰ Lehrerkollegium der römisch-katholischen Volksschule von Unterwart an Bischof Mikes. Unterwart, 12. Mai 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 2781; Schmidt, Die Entstehung, 345.

¹¹⁰¹ Leo Tuba, stellvertretender Pfarrer von Kogl, an Bischof Mikes über die Verschleppung von Josef Schedl aus Litzelsdorf und Anton Ladislaus Köfalvi aus Kogl. Kogl, 1. Oktober 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 4430; Schmidt, Die Entstehung, 345.

¹¹⁰² Stellvertretender Pfarrer von Pilgersdorf, Stefan Pórits, an Bischof Mikes. Pilgersdorf, 24. April 1922. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 1930; Schmidt, Die Entstehung, 345.

Exodus waren beispielsweise Schulen in Rechnitz, Welten, Stinatz, Jennersdorf, Bad Tatzmannsdorf, Stegersbach, Burgauberg und Güssing betroffen.¹¹⁰³ In den einschlägigen Dokumenten wurde auch angegeben, dass sich die betreffenden Lehrer für Ungarn eingesetzt hatten und daher nicht in Westungarn bleiben konnten.¹¹⁰⁴ Es zogen aber nicht nur die Vertreter der Lehrerschaft aus dem Burgenland weg.

Aber nicht nur einzelne Lehrer, sondern wie bereits angeführt, war nach dem Anschluss an Österreich das gesamte katholisch geprägte Schulsystem – aus ideologischen Gründen – im ehemaligen Westungarn in Gefahr.¹¹⁰⁵ Kanonikus Huber hatte dieses Problem bereits im Sommer 1921 mit leidenschaftlichen Worten adressiert, als er für einen Verbleib bei Ungarn aufrief: „Sollen wir unsere Schulen den roten Religionshassern zur Beute hinwerfen und sollen auch euere Kinder mit dem Gift des Unglaubens systematisch ruiniert werden? Wollt ihr das, Landsleute?“¹¹⁰⁶ Wie Gerald Schlag darauf hingewiesen hat, war einer der ersten Maßnahmen der sozialistisch dominierten burgenländischen Landesregierung Anfang August 1922, ein Schulgesetz einzubringen, dass auf Beseitigung des konfessionellen Schulwesens ausgerichtet war.¹¹⁰⁷ Die Sozialdemokratische Partei drängte bewusst auf dessen schnelle Durchsetzung, weil er zu diesem Zeitpunkt die Schlagkraft der katholischen Kirche gelähmt war: Die zwei ungarischen Bischöfe hatten ihre Jurisdiktion im Burgenland bereits abtreten müssen, während Kardinal Piffl sie noch nicht übernommen hatte.¹¹⁰⁸ Die bisherigen Schulstühle, an deren Spitze die lokale Pfarrer gestanden waren, wollte man durch Ortsschulräte ersetzen und die Kompetenz der Kirche lediglich auf den Religionsunterricht beschränken.¹¹⁰⁹ Der Sozialdemokrat Ludwig Leser, geistiger Initiator des Gesetzes, machte keinen Hehl aus den wirklichen Absichten dahinter:¹¹¹⁰

¹¹⁰³ SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 5030, 5098, 5099, 5112, 5180, 5260-5261, 5262, 5328 und 5514 sowie 1922, Nr. 998, 1766. Darunter war auch der Schuldirektor von Stegersbach, Stefan Polányi, der früher im Komitat Eisenburg für die Inspektion der deutschen Schulen zuständig gewesen war und auch die Treueerklärung der westungarischen Lehrer vom März 1920 unterschrieben hatte (SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 1766). Maria Szeitl aus Jennersdorf, die das oben genannte Dokument ebenfalls unterschrieben hatte, musste auch ihre Stelle verlassen (ebenda, 1921, Nr. 5099, 5180). Schmidt, Die Entstehung, 345.

¹¹⁰⁴ Dem Volksschullehrer von Welten, Johann Wach, genehmigte der zuständige Regierungskommissar, seine Dienststelle zu verlassen, da er sich „im Interesse des Magyarentums exponiert“ hatte (SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 5098). Franz Kerschbaum und Wenzel Mersich, Lehrer aus Tatzmannsdorf und Stegersbach, wurden vom königlichen Schulinspektor mit der Begründung versetzt, ihre Situation in Westungarn sei aufgrund ihrer politischen Exponiertheit unhaltbar geworden (ebenda, Nr. 5260-61, 5262). Schmidt, Die Entstehung, 345.

¹¹⁰⁵ Siehe Kap. 5.1., 5.3. und 6.1.

¹¹⁰⁶ Christliches Ödenburger Tagblatt, 23. Juni 1921. Zitiert in: Unger, 11.

¹¹⁰⁷ Das Gesetz war von Dr. Alfred Walheim eingebracht worden, der damals als Schulreferent tätig war. Es bezweckte die Angleichung des Unterrichtswesens an das österreichische Reichsschulgesetz von 1869. Schlag, Die politischen Parteien, 103, 105-106; Mayer, 160-164; Szabó, 64, 68. Vgl. Kap. 6.1.

¹¹⁰⁸ Schlag, Die politischen Parteien, 105.

¹¹⁰⁹ Schlag, Die politischen Parteien, 106; Szabó, 64, 69.

¹¹¹⁰ Ludwig Leser (1890–1946), war während der Räterediktatur in Ungarn Komitatsrat und später Mitglied des Direktoriums des Gaues Deutsch-Westungarn. In diesen Funktionen hatte er sich bemüht, die deutsche Sprache in den Schulen und bei den Behörden wieder einzuführen. Nach dem Sturz der Räterepublik wurde er verhaftet und war 13 Monate lang in später berüchtigt gewordenen Gefängnis von Steinambrückl (*Sopronkőhida*)

Die Schulfrage ist eine Machtfrage der Kirche und der Pfarrer, die ihre alte Position aus der Hand geben sollen und nicht wollen. Das ganze Geschwätz über Religion und Religionslosigkeit ist nichts als eitle Demagogie. Die Kirche hat die höheren Schulen und Universitäten verloren, jetzt kämpft sie um die niederen. Um diese geschichtliche Aufgabe kommen wir nicht herum. [...] Es ist Demagogie, daß sie uns verdächtigen, die Religion abschaffen zu wollen. Die Mehrheit der Burgenländer hat zwischen Religion und Klerikalismus unterschieden.¹¹¹¹

Es war schließlich dem guten politischen Durchsetzungsvermögen der Christlichsozialen Partei zu verdanken, dass das konfessionelle Schulwesen im Burgenland vorerst doch nicht beseitigt wurde: Das Inkrafttreten des bereits vom Landtag angenommenen Gesetzes wurde auf Bundesebene verhindert.¹¹¹²

Damit aber kein einseitig proungarisches Bild über die Lehrerschaft des Burgenlandes entsteht, sei hier zum Schluss noch ein prominentes Gegenbeispiel genannt: Der Katechet Nikolaus Wachter aus Deutsch Schützen (Diözese Steinamanger) war Vorsitzender des „Vereines der christlichen Burgenländer in Wien“, welcher für den Anschluss an Österreich eintrat.¹¹¹³ Es ist daher nicht verwunderlich, dass ihn die ungarisch orientierte christlichsoziale Presse Westungarns als „bekannten Aufwiegler“ brandmarkte.¹¹¹⁴

10.3 Die Einstellung der Gläubigen in Westungarn zum Anschluss an Österreich

Im Gegensatz zum Klerus und zur Lehrerschaft nahmen die Gläubigen des Gebietes keine einheitliche Haltung bei der Frage der Staatszugehörigkeit ein. Die proungarische Einstellung der Priester wurde nicht von der ganzen Bevölkerung geteilt: In manchen Gegenden war sie dezidiert anschlussfreundlich.¹¹¹⁵ Insgesamt gesehen kann man aber die Verteilung unter den Einwohnern kaum genau bestimmen.¹¹¹⁶

Was jedoch eindeutig feststellbar ist, dass sich die parteipolitische Orientierung in vielen Fällen mit der Länderpräferenz überschneidet. Die Christlichsozialen Westungarns sprachen sich anfangs klar gegen eine Angliederung an Österreich aus, während die Sozialdemokraten und

inhaftiert. Er konnte aber anschließend nach Österreich flüchten, wo er sich in abwechselnden Positionen und Gremien für einen Anschluss des Burgenlandes stark machte. Als Spitzenfunktionär der Sozialdemokratischen Partei bekleidete er zwischen 1922 und 1934 das Amt des Landeshauptmannstellvertreters, 1925 war er sogar kurzzeitig auch Landeshauptmann. Kriegler, 42-45, 104; Schlag, Die politischen Parteien, 96-97; http://www.biographien.ac.at/oeb1_5/154.pdf (Eingesehen am: 10.07.2017).

¹¹¹¹ Stenographisches Protokoll des burgenländischen Landtages. 1. Periode, 118 ff. Zitiert in: Unger, 51.

¹¹¹² Schlag, Die politischen Parteien, 106; Unger, 52; Szabó, 70.

¹¹¹³ Unger, 13-14, 20, 22.

¹¹¹⁴ Unger, 13-14 (Christliches Ödenburger Tagblatt, 14. Juli 1921).

¹¹¹⁵ Vgl. Berczeller, Leser, 198; Jankó, Tóth, 101; Schmidt, Die Entstehung, 346.

¹¹¹⁶ Huber, 1; Schmidt, Die Entstehung, 346.

die großdeutsch Gesinnten mehrheitlich dafür plädierten.¹¹¹⁷ Die Anschlussbereitschaft änderte sich zum Teil in Abhängigkeit davon, ob zum gegebenen Zeitpunkt eine links- oder rechtsgerichtete Regierung in Wien und in Budapest an der Macht war.¹¹¹⁸

Insgesamt waren jedoch wirtschaftliche Faktoren wichtiger als die ideologische Orientierung. Im Nordburgenland beispielsweise hing die Existenz vieler Arbeiter von den Industriestandorten Wien und Wiener Neustadt ab, so dass bei ihnen der Anschlusswille besonders hoch war.¹¹¹⁹ Es ist also nicht verwunderlich, dass gerade dort die ersten Demonstrationen für Österreich stattgefunden haben: Die Ausrufung der *Republik Heinzenland* in Mattersdorf (*seit 1924 Mattersburg*) am 6. Dezember 1918 war die in diesem Zusammenhang signifikanteste Aktion, auch wenn sie noch am gleichen Tag niedergeschlagen wurde.¹¹²⁰

Die nationale Komponente spielte bei der Ausrichtung wohl auch eine gewisse Rolle, selbst wenn sie nicht immer entscheidend war. Die deutsche Volksgruppe hatte in Westungarn die überwiegende Mehrheit, 1920 bekannten sich Dreiviertel der Einwohner zum Deutschtum.¹¹²¹ Die Tendenz innerhalb der deutschsprachigen Bevölkerung, eine Lostrennung von Ungarn zu befürworten, verstärkte sich bereits unter der Regierung von Károlyi und der Räterepublik (1918/1919).¹¹²² Anlässlich der endgültigen Grenzziehung von 1922/1923 zeigte sich, dass sie unter anderem aus wirtschaftlichen Gründen mehrheitlich für Österreich waren.¹¹²³ Es gab jedoch auch Ausnahmen. Das Ergebnis der Volksabstimmung in Ödenburg vom Dezember 1921 lässt sich nämlich zum Teil dadurch erklären, dass viele der deutschsprachigen Bürger Ungarn als ihre Heimat betrachteten.¹¹²⁴ Die Kroaten, die größte Minderheit, waren im nördlichen Teil des neuen Bundeslandes (gemäß ihrer hauptsächlich sozialdemokratischen Sympathie) proösterreichisch, während im mittleren und südlichen Teil die ungarfreundliche Einstellung überwog.¹¹²⁵ Die Bevölkerung der ungarischen

¹¹¹⁷ Über die genauen Motive und Zusammenhänge zwischen Parteipräferenz und der Anschlussfrage, siehe: Schlag, Die politischen Parteien, 95-96, 98-100.

¹¹¹⁸ Szabó 9-10; Schlag, Die politischen Parteien, 96; Schmidt, Die Entstehung, 346.

¹¹¹⁹ Szabó 9-11; Berczeller, Leser, 19; Schlag, Die politischen Parteien, 95-96; Schmidt, Die Entstehung, 346. Es war also eine logische Folge, dass die Mehrheit der Sozialdemokraten Westungarns für den Anschluss eintrat; schließlich bildeten diese nordburgenländischen Wanderarbeiter und Kleinbauern den Kern ihrer Wählerschaft.

¹¹²⁰ Schlag, Die politischen Parteien, 96; Szabó, 9; Botlik, 27-28, 35; Schmidt, Die Entstehung, 346.

¹¹²¹ Salacz, 133; Schmidt, Die Entstehung, 346-347.

¹¹²² Kiss, 351-353, 367-368; Schmidt, Die Entstehung, 347.

¹¹²³ Jankó, Tóth, 100-101; Schmidt, Die Entstehung, 347.

¹¹²⁴ Zum Zeitpunkt der Abstimmung machten die Einwohner mit deutscher Muttersprache rund 48 Prozent der Stadtbevölkerung aus. In der Stadt Ödenburg stimmten aber 72,8 Prozent für den Verbleib bei Ungarn, weshalb der Ausgang des Plebiszites sich nicht nur auf die umstrittenen Umstände zurückführen lässt, unter denen es stattgefunden hatte. Von den lokalen Medien betrieb unter anderen auch das deutschsprachige, konservative „Christliche Oedenburger Tagblatt“ eine proungarische Propaganda. Schlag, Die politischen Parteien, 98-99; Botlik, 300-301, 304-307; Schmidt, Die Entstehung, 347.

¹¹²⁵ Schlag, Die politischen Parteien, 102; Schmidt, Die Entstehung, 347. Ein Teil der Kroaten war sogar zum bewaffneten Widerstand gegen Österreich bereit. Koloman Tomsich, ein Lehrer aus Großmutschen, ließ am

Sprachinseln hatte selbstverständlich ein elementares Interesse daran, mit der alten Heimat verbunden zu bleiben.¹¹²⁶

Im Bistum Raab lag im sozialdemokratisch dominierten nordburgenländischen Bereich die Anschlussbereitschaft höher, als im mittleren Burgenland, wo die Sympathie für Ungarn relativ stark war.¹¹²⁷ Wie erwähnt, war zum Beispiel die Stadt Neusiedl bereits unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg ein Mittelpunkt alldeutscher Strömungen gewesen.¹¹²⁸ Die beiden Zentren Oberpullendorf und Oberwart waren dagegen ungarisch geprägt und wirtschaftlich in erster Linie nach Osten ausgerichtet.¹¹²⁹

Der zur Diözese Steinamanger gehörende Südteil des Burgenlandes spiegelte die oben geschilderten Präferenzen wider. Es hatte in dieser Region 1920-1921 mehrere Kundgebungen gegen die Angliederung an Österreich gegeben.¹¹³⁰ Andererseits war der südlichste Teil, besonders der Bezirk Jennersdorf, Mittelpunkt deutschnational orientierter Anschlussbewegungen.¹¹³¹ Diese Gegend war fast vollständig deutschsprachig und hatte

26. August 1921 dem für den Gebietstransfer zuständigen ungarischen Regierungskomitee einen detaillierten Widerstandsplan zukommen und bat um Waffen für seine Ausführung. Laut seinen Angaben umfasste die von ihm vertretene Organisation siebzig Gemeinden (Zsiga, 43). Am 3. September meldete der stellvertretende Regierungskommissar Friedrich Villani dem ungarischen Ministerpräsidenten István Graf Bethlen, dass eine Abordnung von kroatischsprachigen Gemeinden ersucht habe, gegen die einrückenden Österreicher bewaffnet zu werden (Botlik, 186). Ein militärisches Vorgehen der Kroaten hat es im Endeffekt nicht gegeben, die ungarischen Freischärler wurden aber im Herbst 1921 sehr wohl von der kroatischen und ungarischen Bevölkerung unterstützt (Zsiga, 43; M. Tamás *Tarján*: 1921. augusztus 28. Kirobban a nyugat-magyarországi felkelés. http://www.rubicon.hu/magyar/oldalak/1921_augusztus_28_kirobban_a_nyugat_magyarorszagi_felkeles [Eingesehen am: 20.09.2017]).

¹¹²⁶ Villani berichtete dem ungarischen Regierungschef auch darüber, dass die ungarischen Freischärler unter der (ungarischen) Bevölkerung von Oberwart sehr populär waren und sich zahlreiche von ihnen sogar diesen Einheiten angeschlossen hatten (Botlik, 186). Das Lehrerkollegium der katholischen Volksschule Unterwart schrieb dem Bischof im Mai 1920, dass „unsere ungarische Gemeinde inmitten des uns umgebenden Deutschtums der österreichischen Willkür vollkommen ausgesetzt sein wird“ und äußerte seine tiefe Verunsicherung wegen der Zukunft (SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 2781). Schmidt, *Die Entstehung*, 347.

¹¹²⁷ Laut Informationen des Bezirkskommandos Steinamanger soll zum Beispiel die Bevölkerung des Kreisnotariates Eisenstadt-Oberberg im Juni 1920 bereits überwiegend proösterreichisch eingestellt gewesen sein. Bezirkskommando Steinamanger (General Szívó) an Bischof Fetser. Steinamanger, 12. Juni 1920. GyEL 1920, Nr. 2538. Siehe Kap. 8.2.

¹¹²⁸ Vgl. Kap. 9.1.3.

¹¹²⁹ Die Grenze zwischen den Diözesen Raab und Steinamanger verlief im Burgenland ungefähr entlang der Linie Lebenbrunn – Kogl im Burgenland – Pilgersdorf – Lockenhaus – Hammerteich – Liebing. Demgemäß gehörte Oberpullendorf zum Bistum Raab, während Oberwart kirchenrechtlich Teil der Steinamanger Diözese war (*Abbildungen I bis 3*). Szabó, 11; Schmidt, *Die Entstehung*, 347-348.

¹¹³⁰ Darüber berichtete das irredentistische ungarische Verein, die Gebietsschutzliga: Am 15. Februar 1920 wurde in Bernstein eine Volksversammlung unter Beteiligung von vier Nachbargemeinden abgehalten; am gleichen Tag fand eine weitere in Rechnitz statt, die sich gegen eine forcierte Angliederung an Österreich aussprach. In den folgenden zwei Tagen wurden in weiteren 17 Gemeinden um Günseck und Lockenhaus Versammlungen in diesem Sinne abgehalten. Ein Jahr später, am 7. September 1921 sprachen sich sieben rein deutschsprachige Gemeinden um Grafenschachen gegen den Anschluss aus. Botlik, 112-113, 194; Schmidt, *Die Entstehung*, 348.

¹¹³¹ Ernst, 188; Szabó, 11; Schlag, *Die politischen Parteien*, 100, 102; Jankó, Tóth, 90; Botlik, 289; Schmidt, *Die Entstehung*, 348. Vgl. Kap. 8.2.

einen starken evangelischen Bevölkerungsanteil.¹¹³² Ein Beispiel war Rudersdorf, deren Bewohner laut ungarischer Behörden bereits 1920 proösterreichisch gesinnt waren.¹¹³³

Die Schwierigkeit, den genauen Anteil der Anschlussgegner und der Befürworter im österreichischen Teil der Diözese Steinamanger herauszufinden, liegt auch darin, dass sich die Tendenzen sogar innerhalb der relativ kurzen Zeitspanne von 1919 bis 1922 veränderten. Ein weiterer Fall verdeutlicht die Komplexität der Frage. Innerhalb der südburgenländischen Gemeinde Poppendorf gab es zwei Gruppen. Im oberen Teil der Siedlung bis zum Kriegerdenkmal wohnten die deutschfreundlichen, vom Kriegerdenkmal hinunter die ungarnfrendlichen Einwohner.¹¹³⁴ Der ungarisch gesinnte Bürgermeister wurde nach dem Weltkrieg von den Heimkehrern und ehemaligen Soldaten abgesetzt, und da die erste Partei zahlenmäßig stärker war, kam das Dorf schließlich zu Österreich.¹¹³⁵ Auf der lokalen Ebene muss man also auch mit einem bestimmten Grad an Heterogenität rechnen.¹¹³⁶

Aus den erwähnten Umständen ist zu folgern, dass im Steinamangerer Teil des Burgenlandes die Bereitschaft zum Verbleib bei Ungarn insgesamt höher war, als in der Diözese Raab. Der Grad der Autorität, die ein Geistlicher in einer Gemeinde hatte, war diesbezüglich ein wichtiger Indikator. Bischof Mikes schrieb hierzu seinem Raaber Kollegen Fetser:

Es stimmt zwar, dass in Deinen zum Komitat Ödenburg und zum Komitat Wieselburg gehörenden [Diözesan]teilen die Stimmung viel schlechter ist, als im [Komitat] Eisenburg, und ich höre auch, dass Deine Geistlichkeit weder viel Arbeitslust noch ein großes Ansehen hat, damit sie der deutschen Agitation widerstehen kann!¹¹³⁷

Da die Steinamangerer Diözesanpriester größtenteils proungarisch gesinnt waren und auf lokaler Ebene als Sprachrohr ihres nicht minder ungarisch denkenden Bischofs wirkten, war es nicht unerheblich, in welchem Ausmaß sich die Bevölkerung ihnen gegenüber rezeptiv verhielt. Die österreichischen Stellen waren sich jedenfalls des Ausmaßes, den sein Einfluss

¹¹³² Szabó, 11; Schmidt, Die Entstehung, 348.

¹¹³³ SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 6481; Schmidt, Die Entstehung, 348.

¹¹³⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Poppendorf_im_Burgenland (Eingesehen am: 20.09.2017).

¹¹³⁵ Ebenda. (Er wurde aber bereits 1922 in sein Amt wiedereingesetzt, sehr zum Missfallen der Anschlussbefürworter. „Bekommen die Magyaronen wieder Oberwasser?“ Der Freie Burgenländer, 16. April 1922, 4)

¹¹³⁶ Poppendorf war in dieser Hinsicht bei weitem keine Ausnahme. Dies zeigte sich im Jahre 1922 während der Begehung von Siedlungen entlang der Staatsgrenze durch die Österreichisch-Ungarische Grenzbestimmungskommission. In Prostrum gab es auch zwei klar abgrenzbare Gruppen: Der nördliche Teil der Gemeinde war überwiegend österreichfreundlich, sonst war aber die Mehrheit eindeutig für Ungarn. Viele andere grenznahe Dörfer waren noch geteilt oder schwankend. Zsiga, 59-82; Schmidt, Die Entstehung, 348.

¹¹³⁷ Bischof Mikes an Bischof Fetser. Steinamanger, 14. November 1919. GyEL 1919, Nr. 4449. (Zitat vom Verfasser übersetzt); Schmidt, Die Entstehung, 349. Über die mangelnde Frömmigkeit der nordburgenländischen Heidebauern, siehe: Jenöffy, 12-13

hatte, im Klaren. 1923 schrieb der burgenländische Landeshauptmann Josef Rauhofer über Mikes, dass er „hierzulande als Hauptvertreter des Magyarentums gilt“.¹¹³⁸

Bereits die erste Eingabe der Wiener Regierung an den Heiligen Stuhl vom Oktober 1919 bezüglich der Frage Westungarns enthielt als Argument (für die Notwendigkeit eines Apostolischen Delegaten), dass es angesichts der magyarophilen Einstellung des Klerus und der deutsch-österreichischen Gesinnung der Gläubigen in Zukunft zu Problemen kommen könne.¹¹³⁹ Dies war in der Tat ein reales Problem: 1922 musste der ungarische Kaplan von Kirchfidisch seinem Oberhirten melden, dass er mit seinen Gläubigen zwar ein gutes Verhältnis pflege, diese aber „betreffend der Heimat“ vielfach anders denken würden, als er. Außerdem sei er von politischer Seite Verdächtigungen, Überwachung und Verfolgung ausgesetzt, weil man ihn für einen „wilden magyarischen Monarchist[en]“ halte.¹¹⁴⁰ In einer anderen Pfarre, wo ein ungarischer Administrator mit seinen deutschstämmigen Gläubigen auf Kriegsfuß stand, zeigte man auch wenig Sympathie für die Nation, für die er stand. Die Bewohner von Deutsch-Großdorf und Ungarisch-Großdorf (*Magyarkeresztes*) beschimpften auf einer Versammlung Emmerich Szilágyi mit folgenden Worten: „Wozu sind sie hierher gekommen?“ „Magyar! Magyar!“¹¹⁴¹ Außerdem meldete der Geistliche, dass sich die Dorfbevölkerung bereits über den Anschluss an Österreich freute, und eine Volksabstimmung hier gegen Ungarn ausfallen würde.¹¹⁴²

Wie Mikes selbst noch Anfang 1920 über die Sympathien der Bevölkerung Westungarns dachte, kann aus seinem früher zitierten Brief an den ungarischen Kultusminister Haller entnommen werden. Er bestritt darin, dass die Stimmung für Ungarn ungünstig war und

¹¹³⁸ Archiv der Diözese Eisenstadt. Z 1475/1923; Der burgenländische Landeshauptmann Josef Rauhofer an Provikar Hlawati. [o. O.] 17. August 1923. In: Szabó, 34. Schmidt, Die Entstehung, 349.

¹¹³⁹ Kramer, 15; Schmidt, Die Entstehung, 349.

¹¹⁴⁰ Eduard Küllös an Bischof Mikes. Kirchfidisch, 4. Juni 1922. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 2473 (im ungarischen Original des Briefes ist die zitierte Passage in deutscher Sprache); Schmidt, Die Entstehung, 349. Für das nördliche Burgenland sind ähnliche Fälle bekannt. Dies betrifft die Spannungen zwischen dem Pfarrer von St. Andrä am Zicksee) Anton Weber, und der lokalen Bevölkerung. Weber beklagte sich über die feindliche Stimmung seiner Gläubigen, die unter anderem auf ihre proösterreichische Haltung zurückzuführen war (Anton Weber an Bischof Fetser. St. Andrä am Zicksee, 16. September 1921. GyEL 1921, Nr. 3605. Vgl. Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 409, Anm. 18). Weber blieb aber dennoch weiterhin in St. Andrä, wie dies der Schematismus des Jahres 1925 bezeugt. Siehe: Jenőffy, 58.

¹¹⁴¹ Administrator Szilágyi an Bischof Mikes. Deutsch-Großdorf, 9. Dezember 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 6637. Über die angespannte Lage in den Monaten vor den westungarischen Kämpfen von 1921 ist jener Zwischenfall bezeichnend, den er später gegenüber seinem Oberhirten erwähnte: Am Silvestertag des Vorjahres wurde ein aus der Erzdiözese Wien kommender Katechet festgenommen, weil sein Dienstbote vorher im Zug Flugblätter verteilt hatte, die zum Anschluss an Österreich aufriefen. Szilágyi an Mikes. Deutsch-Großdorf, 8. Februar 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 818; Schmidt, Die Entstehung, 350.

¹¹⁴² Interessanterweise waren gerade die beiden genannten Ortschaften unter jenen zehn Grenzgemeinden, die zwar 1921 tatsächlich zu Österreich kamen, dann aber bereits 1923 wieder ungarisch wurden. Botlik, 284; Schmidt, Die Entstehung, 350.

betonte, dass einige Gemeinden, wo dies tatsächlich der Fall war, lediglich die Ausnahme bildeten.¹¹⁴³

Es lässt sich jedoch mit der Zeit eine eindeutige Verschlechterung der Gesamtlage feststellen, wofür die unkluge ungarische Politik jener Jahre der Hauptgrund war.¹¹⁴⁴ In Budapest wurde Ende 1920 das von Jakob Bleyer geleitete Nationalitätenministerium aufgelöst, das sich besonders für die Rechte der deutschen Volksgruppe und deren Verbleib bei Ungarn eingesetzt hatte.¹¹⁴⁵ Am 7. November 1920 beschlossen die westungarischen Abgeordneten – darunter auch Dechant Franz Thomas – aufgrund der Ratifizierung des Friedens von Trianon aus der ungarischen Regierungspartei auszutreten.¹¹⁴⁶

Auch das Wirken des von Bischof Mikes öfter kritisierten Militärs im westungarischen Raum wurde zum Teil negativ empfunden. Besonders das Auftreten von Oberst Anton Lehárs Einheiten wurde beanstandet, ebenso die strenge Zensur und österreichfeindliche Propaganda des Regierungskommissars Anton Graf Sigray.¹¹⁴⁷ Von einer Autonomie Deutsch-Westungarns, wie sie die ungarische Regierung noch 1919 versprochen hatte, war keine Rede mehr.¹¹⁴⁸

Anfang Jänner 1921 musste auch der Stinatzter Pfarrer Jandrisevits seinem Bischof melden, dass es um das Schicksal Westungarns „bezüglich des Deutschtums bitter schlecht steht“, und dass bei einer eventuellen Volksabstimmung aus ungarischer Sicht alles verloren ist, falls dagegen nicht alles Mögliche unternommen wird. Er beklagte überdies, dass infolge des langen Streits um die Staatszugehörigkeit auch schon ein Teil der Kroaten vom Anschlussgedanken „angesteckt“ war.¹¹⁴⁹

Unmittelbar vor der Abtretung Westungarns versuchte die ungarische Propaganda die Einwohner des Gebiets durch Einschüchterung und Angstkampagne zu beeinflussen, wobei die schlechte Wirtschaftslage Österreichs als Hauptargument gegen den Anschluss

¹¹⁴³ Mikes an Kultusminister Haller. Steinamanger, 8. März 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1323; Schmidt, Die Entstehung, 350. Vgl. Kap. 8.4.

¹¹⁴⁴ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 114-116; Schmidt, Die Entstehung, 350.

¹¹⁴⁵ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 114; Schmidt, Die Entstehung, 350. Über den Hintergrund von Bleyers Rücktritt, siehe: Unger, 7, Anm. 34.

¹¹⁴⁶ Letztendlich distanzieren sich aber die oben genannten Volksvertreter von dieser Idee und begnügen sich mit einem Protest gegen die Ratifizierung. Ihr Meinungsumschwung war darauf zurückzuführen, dass sie mit ihrem Austritt die Regierungsmehrheit nicht gefährden wollten. Unger, 6-7; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 340, Anm. 22; Schmidt, Die Entstehung, 350. (Bei Rittsteuer ist die Erwähnung der oben genannten Episode ungenau. Siehe: Biographie von Franz Thomas, Kap. 3.)

¹¹⁴⁷ Ormos, 41; Schlag, Zur Burgenlandfrage, 114-115; Schmidt, Die Entstehung, 350. Als Beispiel für das harsche Vorgehen des Militärs gegen die westungarische Bevölkerung, siehe zum Beispiel den oben angeführten Konflikt des Seelsorgers von Neudorf bei Landsee mit dem ungarischen Offizier (GyEL 1920, Nr. 4392). Vgl. Kap. 8.2.

¹¹⁴⁸ Schlag, Zur Burgenlandfrage, 115; Schmidt, Die Entstehung, 350.

¹¹⁴⁹ Jandrisevits an Mikes. Stinatz, 8. Jänner 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 370; Schmidt, Die Entstehung, 351.

hochgespielt wurde.¹¹⁵⁰ Nach dem Abzug der regulären ungarischen Truppen setzten sich in Westungarn Freischärler fest, die nicht nur gegen die österreichischen Kräfte kämpften, sondern auch die lokale Bevölkerung zum Teil tyrannisierten. Der Pfarrer von Pilgersdorf, das von den Kampfhandlungen unmittelbar betroffen war, machte über die Ausschreitungen der paramilitärischen Einheiten Meldungen nach Steinamanger und musste dabei bitter feststellen, dass man in der Folge „vor dem früher im Herzen ungarischen Volk über die ungarische Sache nicht mehr reden kann“.¹¹⁵¹

Wie verheerend sich das kurze Wirken der ungarischen Aufständischen im Burgenland auf die Sympathie und Treue der Bevölkerung zu Ungarn ausgewirkt hat, soll anhand der Aussage von zwei weiteren proungarisch gesinnten, prominenten Geistlichen dargestellt werden. Der aus seinem dreimonatigen steirischen Exil zurückgekehrte burgenländische Generalvikar Franz Thomas schrieb seinem Bischof im Dezember 1921:

...die fremden und verantwortungslosen Elemente, die zur Seele des Volkes keinen Zugang finden können, haben die Stimmung von Tag zu Tag verschlimmert und mit einer dreimonatigen, unmenschlichen Hetzjagd haben sie selbst aus der Seele der Besten das patriotische Gefühl ausgemerzt, und zwar so sehr, dass mit wenigen Ausnahmen alle die Angliederung an Österreich als eine Erlösung betrachteten.¹¹⁵²

Der Ödenburger Kanoniker Johannes Huber formulierte in seinem Brief an den ehemaligen Nationalitätenminister Bleyer später ähnlich pessimistisch: „Die Madjaren sind in einem schweren Irrtum befangen, wenn sie glauben, das Burgenland zurückbekommen zu können. Das Land ist nicht nur territorial, sondern auch seelisch verloren. Das erste hat Paris getan, das letzte Budapest.“¹¹⁵³

¹¹⁵⁰ Schleinzer, Von Westungarn zum Burgenland, 102; Schmidt, Die Entstehung, 351.

¹¹⁵¹ Anton Könczöl (vermutlich) an Kanoniker Johannes Boda. Pilgersdorf, 13. September 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 4461. Dabei beschrieb er die Aufständischen als überwiegend „biedere, ehrliche Menschen“, unter die sich aber schurkische Abenteurer gemengt hätten, deren Untaten bei der Lokalbevölkerung nun alle Magyaren verhasst machten. Er äußerte sich auch bestürzt über das skandalöse Verhalten des Administrators von Bernstein, Anton Pittesser, der sich als Günstling des Bischofs ausgegeben, zivil gekleidet unter den Aufständischen aufgehalten und damit bei den Dorfbewohnern den Eindruck erweckt habe, ungarische Geistliche seien auch Bandenmitglieder gewesen (vgl. A Szombathelyi Egyházmegye története III, 322). Über Schikanen der ungarischen Freischärler gegen die westungarische Bevölkerung Ormos, 76; http://de.wikipedia.org/wiki/Poppendorf_im_Burgenland (Eingesehen am: 20.09.2017); Schmidt, Die Entstehung, 351.

¹¹⁵² Franz Thomas an Bischof Mikes. St. Michael, 18. Dezember 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 5454. Aus dem Kontext geht eindeutig hervor, dass der Generalvikar hier unter den fremden und verantwortungslosen Elementen die vorwiegend aus Zentralungarn stammenden Freischärler verstand. (Zitat vom Verfasser übersetzt). Schmidt, Die Entstehung, 351-352.

¹¹⁵³ Johannes Huber an Jakob Bleyer. [o. O.] 23. Juli 1922. In: Schlag, Zur Burgenlandfrage, 120; Schwind, 86; Schmidt, Die Entstehung, 352.

11. Diözesanpolitische Wende in Steinamanger in der Frage Westungarns 1921

Eine deutliche und bewusste Wende von Bischof Mikes in der Propagandafrage ist ab Februar 1921 feststellbar.¹¹⁵⁴ Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Steinamangerer Oberhirte seinen Diözesanpriestern in dieser Beziehung eine zurückhaltende Politik angeordnet, damit sie bei einer eventuellen Abtretung Westungarns nicht aus Österreich ausgewiesen würden. Nun sah er aber den Augenblick gekommen, sich aktiv für die Heimat einzusetzen: Er forderte seine Dechanten auf, den Priestern ihres Bezirkes mündlich mitzuteilen, dass sie im Kreise ihrer Gläubigen „mit allen geeigneten Mitteln darauf hinwirken sollten, dass ihre Treue zu Ungarn zum Ausdruck komme“.¹¹⁵⁵ Den Grund für diesen Kurswechsel führte der Oberhirte am Ende seines Briefes an: Bei einer möglichen Volksabstimmung könnten die Priester viel dafür tun, dass diese auf „imposante Weise zu unserem Gunsten ausgeht“.¹¹⁵⁶ In den folgenden Monaten verwickelten sich Priester beider betroffenen ungarischen Diözesen in jene politischen und militärischen Turbulenzen, welche die Lostrennung Westungarns begleiteten. Politische Morde, Flucht und Verhaftungen waren an der Tagesordnung.¹¹⁵⁷

Die nach der österreichischen Übernahme des Burgenlandes im November 1921 von Bischof Mikes verfassten Hirtenbriefe heizten die Stimmung immer wieder an. Diese Rundschreiben wurden von ungarisch gesinnten Priestern des Burgenlandes verlesen, denen wegen des österreichfeindlichen Inhalts der Briefe Hochverratsprozesse drohten.¹¹⁵⁸ Aber Mikes ließ sich nicht davon beeinflussen; er achtete gerade nach der bereits erfolgten Abtretung des Gebietes an Österreich weniger auf jene Konsequenzen, die seine Priester jenseits der neuen Grenze erwarteten.¹¹⁵⁹ Seine Hirtenbriefe halfen wenig, trugen aber zur

¹¹⁵⁴ Bischof Mikes an Kultusminister Haller. Steinamanger, 8. März 1920. SzEL Act. Canc. 1920, Nr. 1323; Schmidt, Die Entstehung, 352.

¹¹⁵⁵ Bischof Mikes an seine Dechanten. Steinamanger, 15. Februar 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 849; Schmidt, Die Entstehung, 352.

¹¹⁵⁶ Ebenda. Diesem bischöflichen Brief wurde ein Schreiben beigelegt, das Mikes seinen Dechanten mit dem Kommentar empfahl, dass es „gute Gedanken für die Propaganda“ enthalten würde. Darin wurde im Prinzip eine Angstkampagne geschildert, in der die katastrophale finanzielle und wirtschaftliche Situation Österreichs als Leitargument gegen den Anschluss angeführt wurde. Vgl. Anm. 1150.

¹¹⁵⁷ Man denke hier etwa an die ausführlich behandelten Fälle von Franz Pataki, Franz Fandl, Franz Thomas oder an Josef Horváth und Josef Kuntár.

¹¹⁵⁸ Pöck, 27, 62-63; Mayer, 146; Hanner, 68; Szabó, 17, 29; Schmidt, Die Entstehung, 353. Ein solcher Fall ereignete sich mit dem ungarischen Administrator von Deutsch-Großdorf, Emmerich Szilágyi, der bei den österreichischen Behörden wegen ungarischer Propagandatätigkeit angezeigt wurde, weil er seinen Gläubigen einen Hirtenbrief des Bischofs verlesen hatte (Hirtenbrief 1921. XII.). Dieses Circular landete später beim Wiener Landesgericht. Der Geistliche wurde angezeigt, obwohl er nach eigener Angabe bei der Verlesung sogar einige Ungarn betreffende Punkte bewusst ausgelassen hatte (Szilágyi an Bischof Mikes. Deutsch-Großdorf, 8. April 1922. SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 1474). Vgl. Szabó 29. Sein Fall war selbst beim österreichischen Außenamt ein Thema. ÖStA AdR NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 790/1A 1922 vom 6. März 1922.

¹¹⁵⁹ Schmidt, Die Entstehung, 353. Wie bereits erwähnt, kannte der Bischof diese aus eigener Erfahrung, da er ja 1919 wegen seiner regierungskritischen Einstellung auch selbst fünf Monate lang interniert gewesen war. Vgl. Kap. 7.2.

kirchenrechtlichen Abtretung des Burgenlandes bei: Sie trugen zu den Spannungen zwischen der Kirche und dem österreichischen Staat bei, und spornten die Wiener Regierung noch mehr an, beim Vatikan auf die Errichtung einer von den ungarischen Bischöfen unabhängigen Kirchenverwaltung zu drängen.¹¹⁶⁰

Noch vor der kirchenrechtlichen Übergabe versetzte Bischof Mikes einige Priester aus dem österreichischen Teil seiner Diözese in Pfarrern, die bei Ungarn verblieben waren. In der Folge soll im Burgenland eine Priesternot entstanden sein, was dem neuen Apostolischen Administrator später ernste Probleme bereiten sollte.¹¹⁶¹ Es wäre aber eine einseitige Interpretation, den burgenländischen Priestermangel bloß auf den „Racheakt“ des ungarischen Oberhirten gegen seinen österreichischen Kollegen zurückzuführen. Mikes beorderte am 16. Juni 1922 – mehr als einen Monat nach der Errichtung der Apostolischen Administration – tatsächlich fünf junge Kaplane nach Ungarn zurück.¹¹⁶² Jedoch verließen viele der disponierten Priester Österreich auf eigenen Wunsch oder weil sie sich viel zu sehr für Ungarn eingesetzt hatten; manche von ihnen waren sogar von den österreichischen Behörden verhaftet (wie Josef Horváth und Josef Kuntár) oder des Landes verwiesen worden.¹¹⁶³ Auch Ordensgeistliche und Klosterschwestern wurden nach Ungarn zurückgerufen.¹¹⁶⁴ Insgesamt dürfte die Zahl jener Diözesanpriester, die das Burgenland nach 1921 verlassen hatten, kaum ein Dutzend betragen haben.¹¹⁶⁵ Es gab auch Seelsorger, die vom Bischof die Erlaubnis erhielten, ihre burgenländische Pfarre zu verlassen, die aber dort weiter wirkten.¹¹⁶⁶

¹¹⁶⁰ ÖStA AdR NPA, K 257 Österreich 3/8, Bundesministerium für Äußeres, Z. 790/1A 1922 vom 6. März 1922. Hanner, 68; Schleinzner, Von Westungarn zum Burgenland, 103-105; Salacz, 132; Schmidt, Die Entstehung, 353. Siehe auch Anfrage des österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl, Ludwig Freiherr von Pastor beim Bundesministerium für Äußeres vom 16. März über die Verurteilung von Geistlichen im Burgenland wegen Verlesung der Hirtenbriefe der ungarischen Bischöfe. ÖStA/AdR, NPA, K 257 Österreich 3/8, Z 1295.

¹¹⁶¹ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 339, 344-345; Szabó 20, 30-34; Mayer, 145-150; Schmidt, Die Entstehung, 353. Der Mangel an Priestern war wohl zum Teil auch mit dem Ersten Weltkrieg zu erklären, da viele als Militärgeistliche eingerückt gewesen waren; auch die danach auftretende Spanische Grippe hatte unter ihnen Opfer gefordert (Székely, 104).

¹¹⁶² Julius Kohl wurde von Pinkafeld nach Steinamanger, Anton Gilsvert von Lockenhaus nach Güns, Johann Gáspár von Dürnbach nach Alsóbagod, Stefan Holczman von Rechnitz nach Csesztreg, Lukas Drimel von Lockenhaus nach Felsőpaty versetzt. Letzterem hatte aber der Bischof erlaubt, wegen des schlechten Gesundheitszustandes seines Dechanten vorübergehend als Aushilfe in Lockenhaus zu bleiben (SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 2345-9, 2469). Vgl. Schematismus Cleri Dioecesis Sabariensis Pro Anno Domini 1923, 67-70, 73-74. Schmidt, Die Entstehung, 353.

¹¹⁶³ Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 345; Schleinzner, Von Westungarn zum Burgenland, 103; Hanner, 70; Mayer, 145, Anm. 340; Szabó 20, 33; Schmidt, Die Entstehung, 354. Kurz nach der Volksabstimmung von Ödenburg berichtete der ungarische Botschafter in Wien, Szilárd Masirevich, am 30. Dezember 1921 über den österreichischen Plan, die magyarophilen Pfarrer aus dem Burgenland zu entfernen und die Diözesangrenzen den neuen politischen Grenzen anzupassen. MNL OL K-105-N-2a 1922/55 pol.; SzPL Act. Canc. 1922, Nr. 623 (Kopie). Vgl.: Salacz, 132; Schmidt, Burgenlandi Apostoli Adminisztráció, 408, Anm. 18.

¹¹⁶⁴ Mayer, 146-147; Schmidt, Die Entstehung, 354. Ein Franziskaner namens P. Lambert Pulyai, der auch nach 1921 von den Schulkindern verlangte, ihn auf Ungarisch zu begrüßen, wurde bei der Bezirksbehörde Güssing angezeigt und daraufhin vom Religionsunterricht suspendiert. Schleinzner, Von Westungarn zum Burgenland, 105; Schleinzner, Zwischen Festhalten und Wagen, 35; Haslinger, 53.

¹¹⁶⁵ Außer den oben genannten fünf Kaplänen hatten noch Anfang November 1921 der Pfarrer von Pilgersdorf, Anton Könczöl, sowie der Administrator von Litzelsdorf, Koloman Keleti, das Burgenland verlassen, und zwar

Was so manche ungarisch gesinnte Geistliche zur Übersiedlung bewegte, zeigt das Beispiel vom Dechant des Rechnitzer Bezirkes. Unmittelbar nach dem Besuch der Grenzbestimmungskommission am 9. März 1922 war Pfarrer Honti mit einigen proungarischen Gesinnungsgenossen „unter dem Drucke der angesammelten Menge“ ins Rechnitzer Gemeindeamt gerufen worden, wo ihnen unter Lebensgefahr nahegelegt wurde, sich in Zukunft der Agitation für Ungarn zu enthalten.¹¹⁶⁷

Dass der Oberhirte von Steinamanger seine Priester aber nicht ohne Bedenken aus dem Burgenland entließ, verdeutlicht folgender Fall. Der Administrator der Pfarre Kukmirn, Julius Tomsits, hatte die Absicht nach Ungarn zu gehen, weil er kein österreichischer Staatsbürger werden wollte.¹¹⁶⁸ In einer Antwort auf die Anfrage der Diözese Wesprim, dem Bistum, bei der sich Tomsits beworben hatte, schilderte Kanoniker Rogács, der Kanzleidirektor in Steinamanger, den generellen Standpunkt seines Bischofs in dieser Frage:

mit schriftlicher Genehmigung des Regierungskommissars von Steinamanger. Zu dieser Zeit erfolgte gerade der Einmarsch der österreichischen Truppen nach Westungarn (vgl. Botlik, 295). Könczöl bat schon am 13. September 1921 um Versetzung aus Pilgersdorf; zwei Monate später genehmigte ihm der Regierungskommissar auch offiziell das Verlassen seines Pfarrortes. Er wurde vorübergehend mit der Pfarre Nárai betraut, Keleti war kurzfristig in Pernaú und in Nova tätig (SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 4461, 4919, 4920, 5009; 1922, Nr. 246). Der stellvertretende Pfarrer von Kirchfidisch, Eduard Küllös, bat zwar am 4. Juni 1922 ebenfalls um Versetzung, wurde aber nicht in die Diözese Steinamanger übernommen. Nach vielen Bemühungen gelang es ihm schließlich, in der Diözese Gran angestellt zu werden (ebenda, Nr. 2473, 3333, 3366, 3460, 3966, 4159; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 345, Anm. 4; Schleinzner, Von Westungarn zum Burgenland, 105; Schleinzner, Zwischen Festhalten und Wagen, 35); Schmidt, Die Entstehung, 354. Zu den hier aufgeführten Geistlichen siehe auch Schematismus Cleri Dioecesis Sabariensis Pro Anno Domini 1923, 70, 72, 74; A Szombathelyi Egyházmegye története III, 146, 182, 219, 233.

¹¹⁶⁶ Ein Grund dafür könnte gewesen sein, dass der Oberhirte von Steinamanger nicht alle westungarischen Geistlichen automatisch in seine Diözese zu übernehmen in der Lage war. Wahrscheinlich fehlten freie Stellen, so dass sich manche von ihnen in anderen ungarischen Diözesen bewerben mussten. Siehe zum Beispiel den Fall des Pfarrers Küllös in der vorigen Anmerkung. Der erwähnte Administrator von Deutsch-Großdorf, Emmerich Szilágyi, sowie der stellvertretende Pfarrer von Gerersdorf bei Güssing, Johannes Haizler, blieben trotz ihres Versetzungsantrages auf ihren alten Posten. Dabei muss jedoch folgendes bemerkt werden: Letztendlich kehrte 1923 nicht nur Szilágyi, sondern seine ganze Pfarre zu Ungarn zurück. Dies war sein Glück, weil – wie er seinem Oberhirten am 26. Dezember 1921 mitteilte – ein österreichischer Kommissar ihm bereits die Abschiebung nach Ungarn angedroht hatte. Am 8. April 1922 berichtete er, dass er vielfach den Belästigungen der österreichischen Behörden ausgesetzt war, nachdem der Grenzregulierungsausschuss seine Gemeinde verlassen hatte. Wie manche österreichische Beamte über Bischof Mikes dachten, ist dem zweiten Brief des Administrators zu entnehmen, in dem er die Bemerkung eines lokalen Gendarmerieinspektors wiedergab: „Wenn nur ihr Bischof hier im Burgenland wäre, würde ich mit ihm fertig werden!“ SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 67, 1474; Schematismus Cleri Dioecesis Sabariensis Pro Anno Domini 1923, 69, 80; Schmidt, Die Entstehung, 354.

¹¹⁶⁷ Wie „Der Freie Burgenländer“ die in Aussicht gestellte Lynchjustiz elegant beschrieb, hätte das Volk im gegenteiligen Fall „zur Selbsthilfe gegriffen“ (Der Freie Burgenländer, 23. März 1922, 3). Dabei war die überwiegend deutschsprachige Marktgemeinde Rechnitz nicht einhellig für den Anschluss an Österreich gewesen, wie es die Zeitung suggerierte (Zsiga, 66-67). Die oben geschilderte Drohgebärde hatte aber wohl beigetragen dazu, dass Dechant Honti am 28. Mai 1922 seinen Oberhirten um Versetzung nach Ungarn ersuchte (er gab an, dass „mehrere Gründe“ sein Verbleiben in Rechnitz unmöglich gemacht hatten). Seinem Gesuch wurde stattgegeben und er erhielt die Pfarre Kemeneshögyész (SzEL Act. Canc. 1922, Nr. 2289).

¹¹⁶⁸ Tomsits hatte bereits am 9. September 1919 – am Tag vor der Unterzeichnung des österreichischen Friedensvertrages von St. Germain – einen Brief an seinen Oberhirten verfasst, worin er um Versetzung auf eine ungarische Pfarre bat, weil seine Situation im Falle der Angliederung Westungarns an Österreich unhaltbar werden würde. Der Administrator von Kukmirn war damit der erste in seiner Diözese, der einen solchen Wunsch äußerte – er musste aber nach 1921 trotzdem auf seinem Posten bleiben. Kukmirn war übrigens eine fast rein deutschsprachige Gemeinde. Schmidt, Die Entstehung, 355.

Da eine derartige Einstellung [wie die von Tomsits, P. Sch.] nicht der Intention der Kirche entspricht, weil im Weiteren ein solches Prinzip in der Praxis zu Missbräuchen und zum spirituellen Schaden der Gläubigen führen würde und ein großer Teil der besetzten Gebiete ohne Seelsorger bliebe, verpflichtete Seine Hochwohlgeboren der Herr Bischof, dass abgesehen von ein oder zwei wichtigen Fällen alle zuständigen Priester auf ihren Stellen bleiben sollen.¹¹⁶⁹

Rogács fuhr fort, dass Tomsits bis dahin in Österreich kein Leid geschehen war, so dass er auch keine offizielle Entlassung aus der Diözese erhielt; ferner bat Rogács seinen Kollegen in Wesprim, Tomsits keine Hoffnungen auf eine Aufnahme zu machen.¹¹⁷⁰ Der besagte Priester blieb im Burgenland und wirkte dort weiter.¹¹⁷¹ Dieses Beispiel scheint die Behauptung von Bischof Mikes zu bestätigen, dass er nach der Gebietsabtretung tatsächlich in erster Linie „das seelische Wohl der burgenländischen Gläubigen vor Augen“ hatte.¹¹⁷² Er war sich auch der Gefahr bewusst, dass das Gebiet im Falle eines gegenteiligen Verhaltens in weiten Teilen fast ohne Priester geblieben wäre. Nach 1922 konnten Geistliche aus Ungarn unter bestimmten Umständen sogar ins Burgenland zurückkehren.¹¹⁷³

12. Die Errichtung der Apostolischen Administration Burgenland 1922

Nach der Unterzeichnung der Friedensverträge von St. Germain und Trianon machte die im Venediger Protokoll festgeschriebene Volksabstimmung im Dezember 1921 die Pläne zur Errichtung einer „Diözese Ödenburg“ endgültig zunichte.¹¹⁷⁴ Die österreichische Regierung entschied sich daraufhin, den Papst um die Errichtung einer Apostolischen Administration als Übergangslösung zu bitten. Der Wiener Kardinal, Friedrich Gustav Piffl, setzte sich in Rom zur Zeit der Papstwahl 1922 persönlich dafür ein.¹¹⁷⁵ Kardinalstaatssekretär Gasparri ließ sich

¹¹⁶⁹ Antwortbrief (Entwurf) von Franz Rogács an den Kanzleidirektor der Diözese Wesprim, Viktor Radványi. Steinamanger (?), 7. Dezember 1921. SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 5313. (Zitat vom Verfasser übersetzt). Unter der „besetzten Gegend“ ist hier das Burgenland gemeint. Zu diesem Wortgebrauch vgl. Szabó, 25. Schmidt, Die Entstehung, 355.

¹¹⁷⁰ SzEL Act. Canc. 1921, Nr. 5313; Schmidt, Die Entstehung, 355.

¹¹⁷¹ A Szombathelyi Egyházmegye története III, 423; Schmidt, Die Entstehung, 355.

¹¹⁷² SzEL Hirtenbriefe 1922. VI. Nr. 2380 (19. Juni 1922); Act. Canc. 1922, Nr. 2380-2396; Schmidt, Die Entstehung, 355.

¹¹⁷³ Auf Kardinal Piffls Bitte hin entließ Bischof Mikes 1924 vier Priester aus seiner Diözese ins Burgenland: Julius Kohl nach Großpetersdorf, Wenzel Agnellus Horváth nach Gattendorf, Johann Schmalzl nach Jennersdorf und kurzfristig auch Anton Pittesser nach St. Martin an der Raab. Pittesser wurde für sein Verhalten während der westungarischen Kämpfe auch innerhalb der Kirche kritisiert (vgl. hier Anm. 210; SzEL Hirtenbriefe 1924. III. Nr. 2085; Szabó, 33-35; A Szombathelyi Egyházmegye története III, 156, 201-202, 322); Schmidt, Die Entstehung, 356.

¹¹⁷⁴ Hanner, 68; Schleinzner, Zwischen Festhalten und Wagen, 30-31; Mayer, 140; Schmidt, Die Entstehung, 356.

¹¹⁷⁵ Hanner, 68-69; Schmidt, Die Entstehung, 356.

schließlich überzeugen, und die österreichische Position setzte sich im Vatikan durch.¹¹⁷⁶ Der neue Papst, Pius XI., errichtete am 2. Mai 1922 die Apostolische Administration für das Burgenland und ernannte sechzehn Tage später den Wiener Kardinal Piffl zu ihrem Leiter; Piffl übernahm die Betreuung des Gebietes offiziell am 24. September.¹¹⁷⁷ Damit begann das Burgenland als eigenständige kirchenrechtliche Einheit zu existieren (*Abbildung 7*).

Den Bemühungen von Bischof Fetser und Mikes, die westlichen Teile ihrer Diözesen zu erhalten, war also kein Erfolg beschieden. Die Oberhirten konnten den Übergabeprozess lediglich verzögern, aber nicht verhindern.¹¹⁷⁸ Mikes versicherte zwar in seinem Rundschreiben vom 19. Juni 1922, dass er sich der Entscheidung des Heiligen Stuhls unterwerfe, äußerte aber gleichzeitig seine Entrüstung darüber, dass gerade die betroffenen ungarischen Oberhirten (die Bischöfe von Steinamanger und Raab sowie der Fürstprimas von Ungarn) in der Angelegenheit nicht einmal gefragt worden waren.¹¹⁷⁹ Den Verlust des Burgenlandes empfand er, wie auch die zeitgenössische ungarische Öffentlichkeit, als besonders erniedrigend, weil – wie er in seinem Artikel betonte – Österreich zuvor Ungarns „Kriegsgenosse“ und nach dem Ersten Weltkrieg gleichermaßen ein Verliererstaat gewesen sei.¹¹⁸⁰ Zudem hatte der Vatikan bei der Bestellung Apostolischer Administratoren bis dahin selbst Siegerstaaten wie Frankreich Widerstand geleistet, gewährte jedoch Österreich dieses Privileg unmittelbar nach der neuen Grenzziehung.¹¹⁸¹ Dies war einerseits der geschickten österreichischen Diplomatie und ihrem energischen Vertreter beim Vatikan, Ludwig Freiherr

¹¹⁷⁶ Dabei soll der österreichische Gesandte beim Heiligen Stuhl, Ludwig Freiherr von Pastor, eine große Rolle gespielt haben: Er war es, der auf Anweisung seiner Regierung vorschlug, den Erzbischof von Wien, Kardinal Piffl, zum Administrator des Burgenlandes zu bestellen, anstatt lediglich Generalvikariate zu errichten oder den Wiener Nuntius für diesen Posten auszuwählen, wie es der Vatikan ursprünglich geplant hatte. Engel-Janosi, *Vom Chaos zur Katastrophe*, 73; Hanner, 69; Huber, 4; Schmidt, *Die Entstehung*, 356.

¹¹⁷⁷ Das Ernennungsdekret ist auf den 18. Mai 1922 datiert (Hanner, 69; Engel-Janosi, *Vom Chaos zur Katastrophe*, 73). Es ist aber nachweisbar, dass bereits unter Benedikt XV. die Bestellung des Wiener Kardinals zum Apostolischen Administrator beschlossen war: Im August 1921 intervenierte das Königlich Ungarische Außenministerium beim Vatikan, wodurch eine vorläufige Suspendierung der Maßnahme erreicht wurde (Salacz, 132).

¹¹⁷⁸ Ursprünglich wollte Kardinal Piffl sofort nach seiner Ernennung das Burgenland übernehmen. Aus Rücksicht auf die heftige Reaktion des gekränkten Bischofs von Steinamanger wartete er aber bis September 1922 László, *Werden und Wachsen der Apostolischen Administration*, 199; Schmidt, *Die Entstehung*, 356-357.

¹¹⁷⁹ SzEL Hirtenbriefe 1922. VI. Nr. 2380 (19. Juni 1922); Act. Canc. 1922, Nr. 2380-2396; Schmidt, *Die Entstehung*, 357.

¹¹⁸⁰ *Das Neue Reich*, 13. März 1921, 490. Siehe auch Botlik, 120-121; Schlag, *Zur Burgenlandfrage*, 97; Otto Guglia, *Die Angliederung des Burgenlandes an Österreich*. In: *Burgenländische Forschungen. Sonderheft III: 50 Jahre Burgenland. Vorträge im Rahmen der Landeskundlichen Forschungsstelle am Landesarchiv, Eisenstadt 1971*, 13-14; Schmidt, *Die Entstehung*, 357.

¹¹⁸¹ Es konnte sogar durchgesetzt werden, dass nicht der Wiener Nuntius (ein Italiener) – wie von Gasparri vorgeschlagen –, sondern der Wiener Erzbischof zum Apostolischen Administrator ernannt wurde (Hanner, 69). Die ungarischen Bischöfe waren bereits im März 1920 darüber informiert gewesen (Bischof Fetser von Raab), dass gerade der Wiener Nuntius die Ernennung eines Apostolischen Delegaten deutscher Nationalität begünstigte (A magyar katolikus püspökkari tanácskozás, 45). Schmidt, *Die Entstehung*, 357.

von Pastor, zu verdanken, andererseits fügte sich dieser Schritt gut in die bereits skizzierte Nachkriegspolitik der Kurie.¹¹⁸²

Bischof Mikes versuchte in dieser Lage, einen gewissen Notoptimismus walten zu lassen: Am Ende des erwähnten Rundschreibens drückte er seine Überzeugung aus, dass die Abtrennung des Burgenlandes nur ein vorübergehender Zustand sei, und dass „unser Herr Jesus Christus [...] in kurzer Zeit den zerrissenen Mantel des Hl. Martinus wieder zusammenschweißen wird“.¹¹⁸³

13. Nachwort

Die Hauptzielsetzung der hier vorliegenden Arbeit war es gewesen, die Westungarnpolitik von Benedikt XV. zu rekonstruieren, also die Vorgänge auf der höchsten kirchenpolitischen Ebene zu untersuchen. Die wichtigste Frage, die es dabei zu ergründen galt, war, ob es bereits unter seinem Pontifikat konkrete Schritte zur Errichtung einer Apostolischen Administration gegeben hatte: Diese kann aufgrund der Archivquellen und der Sekundärliteratur eindeutig bejaht werden. Es waren die energischen Interventionen der ungarischen Diplomatie, sowie der plötzliche Tod des Papstes Ende Jänner 1922, welche die Finalisierung der geplanten neuen kirchenadministrativen Einheit in der Amtsperiode Benedikts verhindert hatten. Das ungarische Außenamt wusste schon im August 1921 über den Kandidaten des Heiligen Stuhls, Kardinal Piffl, der nach einigem diplomatischen Ringen schließlich durchgesetzt wurde.

Als Pius XI. am 2. Mai 1922 die Apostolische Administration des Burgenlandes ins Leben rief, konnte er also bereits auf die Vorarbeiten seines Vorgängers bauen. Es waren aber noch wochenlange zähe Verhandlungen mit den Vertretern der betroffenen Staaten notwendig, ehe die endgültige Entscheidung verkündet werden konnte.

Die neu errichtete Apostolische Administration hatte zunächst mit enormen Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen: Es fehlten ihr nicht nur die grundlegendsten Voraussetzungen, wie zum Beispiel das Vorhandensein eines burgenländischen Sitzes (Ödenburg war ja bei Ungarn geblieben), sondern auch Geldmittel und Infrastruktur, zu denen noch zusätzlich der bereits erwähnte Problem des Priestermangels kam.¹¹⁸⁴ Auch in anderer Beziehung mussten Kardinal Piffl und seine Mitarbeiter im Gegenwind arbeiten: Sie erbten

¹¹⁸² Hanner, 69; Schmidt, Die Entstehung, 357.

¹¹⁸³ SzEL Hirtenbriefe 1922. VI. Nr. 2380 (19. Juni 1922); Act. Canc. 1922, Nr. 2380-2396; Schmidt, Die Entstehung, 357. Siehe auch: Mayer, 176.

¹¹⁸⁴ László, Werden und Wachsen der Apostolischen Administration, 199-200; Rittsteuer, Die kirchliche Entwicklung, 165; Rittsteuer, Kirche im Grenzraum, 344-345.

eine Priesterschaft, die mit wenigen Ausnahmen grundsätzlich gegen die Überstellung ihrer Pfarren an Österreich gewesen war und noch dazu aus zwei völlig verschiedenen Diözesantraditionen kam.¹¹⁸⁵ Die Kooperation mit den beiden gekränkten ungarischen Bischofskollegen Fetser und Mikes erwies sich auch nicht immer als einfach, war aber von begrenztem Ausmaß.¹¹⁸⁶ Einer der größten Sorgen galt aber wie erwähnt, der Erhaltung des konfessionellen Schulwesens, welches durch manche burgenländische Landespolitiker in ihrer Existenz bedroht worden war.¹¹⁸⁷

Um all diese Herausforderungen zu bewältigen, bedurfte es Entschiedenheit, diplomatisches Geschick, und nicht zuletzt auch die Fähigkeit, die entsprechenden Mitarbeiter zu finden. Die Wahl des Wiener Domherrn und Schulfachmanns Dr. Franz Hlawati zum burgenländischen Provikar erwies sich in dieser Hinsicht als eine gute Entscheidung des Kardinals.¹¹⁸⁸

Das taktvolle Vorgehen des neuen Administrators trug wohl wesentlich dazu bei, dass sich die meisten burgenländischen Priester mit ihrem Schicksal versöhnen konnten.¹¹⁸⁹ Viele blieben aber auch nach der Trennung von ihren Mutterdiözesen mit ihren ehemaligen Oberhirten seelisch verbunden.¹¹⁹⁰ Ein anschauliches Beispiel dafür, wie der lokale Klerus den Wandel erlebte, ist in der Mariasdorfer Pfarrchronik zu lesen. Anfang Oktober 1922, als Kardinal Piffl während seiner ersten burgenländischen Visitationsreise Mariasdorf besuchte, wandte sich der örtliche Pfarrer mit folgender Bitte an ihn: „[...] wenn es so ist, daß wir von unserem süßen Vaterland abgerissen sind und auch kirchlich von unserem guten Vater Bischof Graf Mikes getrennt sind, so soll er unser Vater sein, wie es Bischof Mikes war und er hat es versprochen.“¹¹⁹¹ Die burgenländischen Priester hielten aber ihren ehemaligen Oberhirten selbst nach vielen Jahrzehnten in guter Erinnerung: Davon zeugt auch das schöne Grabdenkmal von Bischof Mikes in der Kathedrale von Steinamanger, dessen weißes Marmorstein in den 1950er Jahren von ihnen gespendet worden war (*Abbildung 8*).¹¹⁹²

¹¹⁸⁵ Rittsteuer, *Die kirchliche Entwicklung*, 165.

¹¹⁸⁶ Mayer, 176-179; Rittsteuer, *Kirche im Grenzraum*, 342, 348; Rittsteuer, *Die kirchliche Entwicklung*, 163.

¹¹⁸⁷ László, *Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur*, 200; Rittsteuer, *Kirche im Grenzraum*, 346; Rittsteuer, *Die kirchliche Entwicklung*, 164; Schlag, *Die politischen Parteien*, 105-106.

¹¹⁸⁸ Loidl, 36-37; László, *Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur*, 199; Rittsteuer, *Die kirchliche Entwicklung*, 163-164; Rittsteuer, *Errichtung der Apostolischen Administratur*, 3, 136-137.

¹¹⁸⁹ Rittsteuer, *Die kirchliche Entwicklung*, 164; Mayer, 142-143.

¹¹⁹⁰ Mayer, 179.

¹¹⁹¹ Zitiert nach: Schleinzner, *Zwischen Festhalten und Wagen*, 62. Vgl. Szabó, 22.

¹¹⁹² Székely, 222-224; Schmidt, *Die Entstehung*, 358.

14. Bibliographie

1. Primärquellen

Österreich:

Archivmaterial des Diözesanarchivs Eisenstadt, Register von 1922.

Archivmaterial des Diözesanarchiv Wien, Bischofsakten Piffl Burgenland 1918–1930

Österreichischer Staatsarchiv Wien, Archiv der Republik (1918–1922)

Neues Politisches Archiv: Dokumente des Bundesministeriums für Auswärtige
Angelegenheiten

Allgemeines Verwaltungsarchiv: Dokumente des Ministeriums für Kultus und Unterricht

Ungarn:

Győri Egyházmegyei Levéltár, Egyházkormányzat [Diözesanarchiv Raab, Kirchen-
verwaltung], 1919–1922

Magyar Nemzeti Levéltár Országos Levéltára [Ungarisches Nationalarchiv, Staatsarchiv],
(vormals: Magyar Országos Levéltár [Ungarisches Staatsarchiv])

Schriftgut der Botschaft beim Heiligen Stuhl

Prímási Levéltár Esztergom [Primatialarchiv Gran], Briefwechsel von Johann Kardinal
Csernoch, 1919-1923.

Szombathelyi Egyházmegyei Levéltár, Acta Cancellariae [Diözesanarchiv Steinamanger,
Kanzleischriften], 1919–1922

2. Sekundärliteratur

Gabriel **Adriányi**, Geschichte der katholischen Kirche in Ungarn. Köln–Weimar–Wien 2004.

Rudolf **Agstner**, Handbuch des Österreichischen Auswärtigen Dienstes. Band 1: 1918 - 1938.

Zentrale, Gesandtschaften und Konsulate. Berlin–Münster–Wien–Zürich–London 2015
(Forschungen zur Geschichte des österreichischen Auswärtigen Dienstes, Bd. 11)

Balázs **Bakó**, Gróf Mikes János, a Szombathelyi Egyházmegye püspöke [Johannes Graf
Mikes, Bischof der Diözese Steinamanger], Diplomarbeit. Pécs 2000.

Balázs **Bakó**, Az ellenforradalmár püspök (Eljárás gróf Mikes János Szombathelyi püspök
ellen 1918-19-ben) [Der Gegenrevolutionär-Bischof. Zum Verfahren gegen den Bischof
von Szombathely Graf János Mikes 1918–19]. In: Vasi Szemle 2007/1 (61. Jg.), 71-80.

- Balázs **Bakó**, Gróf Mikes János püspök élete és munkássága [Leben und Werk von Johannes Graf Mikes]. In: László Székely, Emlékezés Mikes János gróf szombathelyi megyéspüspökről [Erinnerung an Johannes Graf Mikes, Diözesanbischof von Steinamanger]. Vasszilvág 2009, 227-262.
- Margit **Beke** (Red.), A magyar katolikus püspökkari tanácskozások története és jegyzőkönyvei 1919-1944 között [Die Geschichte und Protokolle der Beratungen der Ungarischen Katholischen Bischofskonferenz zwischen 1919 und 1944], München–Budapest 1992.
- Béla **Bellér**, A magyarországi németek rövid története [Kurze Geschichte der ungarländischen Deutschen], Budapest 1981.
- Richard **Berczeller**, Norbert **Leser**, ...mit Österreich verbunden. Burgenlandschicksal 1918-1945, Wien 1975.
- József **Borovi**, A Szentszék és Magyarország [Der Heilige Stuhl und Ungarn]. In: Új Ember 58. Jg. Nr. 43. (27.10.2002.)
- József **Botlik**, Nyugat-Magyarország sorsa 1918-1921 [Das Schicksal Westungarns, 1918-1921], Vasszilvág 2008.
- Franz **Buchberger**, Karl **Hinterfelder** (Hgg.), 50 Jahre Burgenländisches Priesterseminar, o.O. [1983].
- Andrew F. **Burghardt**, The political geography of Burgenland. National Academy of Sciences – National Research Council, Washington 1958.
- Diözese Eisenstadt**, Diözese Eisenstadt auf dem Weg, Eisenstadt 1993.
- Klára **Dóka**, A győri egyházmegye területi változásai [Gebietsveränderungen der Diözese Győr]. In: Tamás Kiss (Red.), A győri egyházmegye ezer éve [Tausend Jahre Diözese Raab], Győr 2000. 9-21.
- Walter **Dujmovits**, Die Haltung der westungarischen Bevölkerung zur Frage des Anschlusses des Burgenlandes an Österreich. In: Burgenländische Heimatblätter 27/1-2, Eisenstadt 1965, 57-69.
- Walter **Dujmovits**, Der Beitrag der in Wien lebenden Burgenländer zur Angliederung ihrer Heimat an Österreich. In: Österreich in Geschichte und Literatur 5. Jg., 1961, 386-393.
- Friedrich **Engel-Janosi**, Die diplomatische Mission Ludwig von Pastors beim Heiligen Stuhle 1920-1928, Wien 1968.
- Friedrich **Engel-Janosi**, Vom Chaos zur Katastrophe. Vatikanische Gespräche 1918 bis 1938, Wien–München 1971.
- István **Eördögh**, A trianoni béke és a Vatikán [Der Frieden von Trianon und der Vatikan]. In: Vigilia 1996/7 (61. Jg.), 510-514.

- István **Eördögh**, A pápai nunciatura újraalakulása Magyarországon 1920-ban [Die Wiedererrichtung der päpstlichen Nuntiatur in Ungarn]. In: Történelmi Szemle, 1997/1 (39. Jg.) 99-110.
- August **Ernst**, Geschichte des Burgenlandes. Wien 1987.
- Márta **Fata**, Bleyer Jakab nemzetiségi koncepciója és politikája (1917-1933) [Nationalitätenkonzept und Politik von Jakob Bleyer, 1917-1933]. In: Regio. Kisebbség, politika, társadalom 5/1, 1994, 175-190.
- László **Fogarassy**, Határmenti események Burgenland megalakulásától az új határ megállapításáig [Grenznahe Ereignisse von der Konstituierung des Burgenlandes bis zur Festlegung der neuen Grenze]. In: Soproni Szemle 1975/2, 139-157.
- László **Fogarassy**, Tervek Nyugat-Magyarország osztrák annexiójának meggátlására a Bethlen-kormány hivatalba lépéséig [Pläne zur Verhinderung der österreichischen Annexion Westungarns bis zum Amtsantritt der Regierung Bethlen]. In: Soproni Szemle 1993/4, 29-33.
- Iréneusz **Galambos**, Az egyházak szerepe Burgenland létrejöttében [Die Rolle der Kirchen bei der Entstehung des Burgenlandes]. In: István Bárdos, Margit Beke (Red.), Egyházak a változó világban [Kirchen in der sich verändernden Welt], Tatabánya 1992, 539-542.
- Gyula **Géfin** (Hg.), A Szombathelyi Egyházmegye története [Die Geschichte der Diözese Szombathely]. Band III., Szombathely 1935.
- Jenő **Gergely**, A 20. században [Im 20. Jahrhundert]. In: István **Zombori** (Red.), Magyarország és a Szentszék kapcsolatának ezer éve [Tausend Jahre Beziehungen zwischen Ungarn und dem Heiligen Stuhl], Budapest 1996, 255-294.
- Jenő **Gergely**, A katolikus egyház története Magyarországon 1919-1945 [Die Geschichte der katholischen Kirche in Ungarn, 1919-1945]. Budapest 1999.
- Károly H. **Grozdi**, Kincs. Pap, író, bankár, politikus, kereskedő, utazó, mecénás...[Kincs. Priester, Schriftsteller, Bankier, Politiker, Kaufmann, Reisender, Mäzen...]. Budapest 2004.
- Otto **Guglia**, Die Angliederung des Burgenlandes an Österreich. In: Burgenländische Forschungen. Sonderheft III: 50 Jahre Burgenland. Vorträge im Rahmen der Landeskundlichen Forschungsstelle am Landesarchiv, Eisenstadt 1971, 3-14.
- Katalin **Gulya**, Die Westungarische Frage nach dem Ersten Weltkrieg. In: Österreichische Osthefte 8/2, Wien 1966, 89-100.
- Christian **Hanner**, Das katholische Glaubensleben im Burgenland von den Anfängen bis in die Gegenwart, Diplomarbeit. Wien 2001.

- Peter **Haslinger**, Der ungarische Revisionismus und das Burgenland 1922-1932. Frankfurt am Main [u. a.] 1994.
- Michael **Hess**, "Erfreulich ist es, dass dieser Wahlkampf durchaus in ruhiger und sachlicher Weise geführt wird". Wahlkampf im Burgenland von 1922 bis 1930. In: Herbert Dachs, Michael Dippelreiter, Franz Schausberger (Hg.), Radikale Phrase, Wahlbündnisse und Kontinuitäten: Landtagswahlkämpfe in Österreichs Bundesländern 1919 bis 1932. Wien–Köln–Weimar, 19-70.
- Sándor **Horváth**, Narda, [Budapest] 2007.
- Emilia **Hrabovec**, Der Heilige Stuhl und die Slowakei 1918-1922 im Kontext internationaler Beziehungen. Frankfurt am Main–Berlin–Bern–Bruxelles–New York–Oxford–Wien 2002.
- Andreas **Huber**, Die katholische Kirche des Burgenlandes während der Jahre 1938-1945, Diplomarbeit. Wien 1996.
- Ferenc **Jankó**, Imre **Tóth**, Változó erővonalak Nyugat-Pannóniában. Történelmi és földrajzi esszé [Sich verändernde Kräftelinien in Westpannonien. Ein historisches und geographisches Essay], Szombathely–Sopron 2008.
- Zsuzsanna **Jenőffy**, A Győri egyházmegye és a nyugat-magyarországi kérdés [Die Diözese Győr und die westungarische Frage], Diplomarbeit. Piliscsaba 2012.
- Mária **Kiss**, A német nemzetiségiek viszonyai [Die Zustände bei der deutschen Nationalität]. In: János Rácz (Hg.), A Tanácsköztársaság Vas megyében [Die Räterepublik im Komitat Eisenburg], [Szombathely 1980], 349-372.
- László **Kővágó**, A magyarországi délszlávok 1918-1919-ben [Die Südslawen Ungarns 1918-1919], Budapest 1964.
- Stefan **Kramer**, Die erste Synode der Diözese Eisenstadt 1959. Hintergründe, Vorbereitung, Durchführung und Bedeutung für die Diözese, Diplomarbeit. Wien 2001.
- Johann **Kriegler**, Politisches Handbuch des Burgenlandes. 1. Teil (1921-1938), Eisenstadt 1972.
- Stefan **László**, Das Werden und Wachsen der Apostolischen Administratur Burgenland. In: Österreichisches Archiv für Kirchenrecht, Wien 1950, 195-207.
- Stefan **László**, Die Geschichte der Apostolischen Administratur. In: Festschrift zugeeignet Sr. Exzellenz Dr. Josef Schoiswohl, O.o. 1951, 56-57.
- Maximilian **Liebmann**, Die Rolle Kardinal Piffls in der österreichischen Kirchengeschichte. Diss. Graz 1960.
- Franz **Loidl**, Prälat Dr. phil. Franz Hlawati Schulfachmann und erster Provikar des Burgenlandes. In: Beiträge zur Wiener Diözesangeschichte 109, Wien 1971, 35-38.

- Hans-Christian **Maner**, Kirchen in Rumänien: Faktoren demokratischer Stabilität in der Zwischenkriegszeit? Zum Verhältnis von orthodoxer, römisch-katholischer und griechisch-katholischer Kirche. In: Hans-Christian Maner, Martin Schulze Wessel (Hg.), Religion im Nationalstaat zwischen den Weltkriegen 1918–1939. Polen – Tschechoslowakei – Ungarn – Rumänien, Stuttgart 2002 (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, Bd. 16), 103-120.
- Josef **Mayer**, Franz Hlawati. Der erste Provikar des Burgenlandes. Diss. Wien 1975.
- Eva **Nickl**, Glaubenssache. Die evangelische und katholische Kirche des Burgenlandes seit 1921. In: Elisabeth **Deinhofer**, Traude **Horvath** (Hg.), Grenzfall. Burgenland 1921-1991, Großwarasdorf 1991, 105-114.
- Mária **Ormos**, Civitas Fidelissima, Szekszárd 1999.
- Ludwig von **Pastor**, Tagebücher, Briefe, Erinnerungen. 1854–1928. Hg. Von Wilhelm Wühr. Heidelberg 1950.
- Josef **Pöck**, Von Westungarn zum Burgenland. Ein Beitrag über die Entstehung der kirchlichen Verwaltung im Burgenland, Wien 1974.
- Ferenc **Reisner**, Csernoch János hercegprímás és IV. Károly [Fürstprimas János Csernoch und Karl IV.], Budapest 1991.
- Josef **Rittsteuer**, Die Errichtung der Apostolischen Administratur Burgenland. In: Burgenländische Heimatblätter 23/3, Eisenstadt 1961, 130-137.
- Josef **Rittsteuer**, Kirche im Grenzraum. Ein Beitrag zur Kirchengeschichte der Diözese Eisenstadt. Eisenstadt 1968.
- Josef **Rittsteuer**, Die kirchliche Entwicklung des Burgenlandes. In: 50 Jahre Burgenland. Vorträge im Rahmen der Landeskundlichen Forschungsstelle am Landesarchiv, Eisenstadt 1971, 160-177.
- Josef **Rittsteuer**, Diözesanchronik 1918 bis 1975. In: Diözese Eisenstadt. Gestern-heute-morgen, Eisenstadt 1974, 100-109.
- Josef **Rittsteuer**, Die katholische Kirche – gestern und heute. In: Burgenländische Forschungen 70, Eisenstadt 1981, 92-109.
- Josef **Rittsteuer**, Die Diözese Eisenstadt ist fünfzig. In: Burgenländisches Jahrbuch 2010. Begegnung Dialog. 50 Jahre Diözese Eisenstadt, Eisenstadt 2010, 11-13.
- Maximilian **Röll**, Friedenspapst: Benedikt XV. In: Hinsehen. Katholische Wochenzeitung (30. August 2014) <https://hinsehen.net/2014/08/30/friedenspapst-benedikt-xv/> (Eingesehen am: 08.05.2017)
- Gábor **Salacz**, A magyar katolikus egyház a szomszédos államok uralma alatt [Die ungarische katholische Kirche unter der Herrschaft der Nachfolgestaaten], München 1975.

- Gerald **Schlag**, Zur Burgenlandfrage von Saint-Germain bis Venedig. In: Burgenländische Heimatblätter 32/3, Eisenstadt 1970, 97-125.
- Gerald **Schlag**, Die politischen Parteien des Burgenlandes 1921-1934. In: Burgenländische Forschungen. Sonderheft III: 50 Jahre Burgenland. Vorträge im Rahmen der Landeskundlichen Forschungsstelle am Landesarchiv, Eisenstadt 1971, 93-107.
- Friedrich **Schleinzer**, Von Westungarn zum Burgenland. Magyarischer und deutsch-österreichischer Nationalismus 1867-1922. In: Burgenländische Heimatblätter 47/3, Eisenstadt 1985, 97-106.
- Friedrich **Schleinzer**, Zwischen Festhalten und Wagen. Plädoyer für eine erneuerte Pastoral am Beispiel der Diözese Eisenstadt. Wien–Salzburg 1987.
- Péter **Schmidt**, A Burgenlandi Apostoli Adminisztráció keletkezése (1918-1922). A Győri Egyházmegyei Levéltár forrásai [Die Entstehung der Apostolischen Administration Burgenland (1918-1922). Das Quellenmaterial des Diözesanarchivs Raab]. In: Omnis creatura significans. Tanulmányok Prokopp Mária 70. születésnapjára. Essays in honour of Mária Prokopp, Budapest 2009, 407-410.
- Péter **Schmidt**, Die Entstehung der Apostolischen Administration Burgenland. Die Politik von Bischof Johannes Graf Mikes in der westungarischen Frage (1919-1922). In: Ungarn-Jahrbuch 31 (2011-2013). Regensburg 2014, 315-362.
- Péter **Schmidt**, Mikes és Trianon: A szombathelyi püspök nyugat-magyarországi politikája (1919–1922) [Mikes und Trianon. Die westungarische Politik des Bischofs von Steinamanger 1919–1922]. In: Balázs **Bakó**, Ferenc **Pál** (Red.), Tanulmányok gróf Mikes János szombathelyi megyéspüspökről [Studien über den Diözesanbischof von Steinamanger, Johannes Graf Mikes]. Szombathely 2015, 83-110.
- Georg **Schwaiger**, Papsttum und Päpste im 20. Jahrhundert: Von Leo XIII. zu Johannes Paul II. München 1999.
- Hedwig **Schwind**, Jakob Bleyer. München 1960.
- Ladislaus **Stehlik**, Dorniger Weg. Ein Priesterroman aus dem Burgenlande. Wien 1952.
- Anton **Stirling**, Die apostolische Administratur Burgenland. Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung, Eisenstadt 2000.
- Matthias **Szabó**, Oktroyierter Umbruch oder beherzter Aufbruch? Die pastoralen Folgen der Angliederung Deutschwestungarns an Österreich für die katholische und evangelische Kirche im Burgenland, Diplomarbeit. Wien 2009.
- László **Székely**, Emlékezés Mikes János gróf szombathelyi megyéspüspökről [Erinnerung an Johannes Graf Mikes, Diözesanbischof von Steinamanger]. Vasszilvágó 2009.

- László **Sztyahula**, A csehszlovákiai magyar katolikus egyház története 1918–1950 [Die Geschichte der ungarischen katholischen Kirche in der Tschechoslowakei 1918–1950], Dissertation. Budapest 2012.
- Raimund **Temel**, Die Diözesanbischöfe von Raab/Győr, Steinamanger/ Szombathely und Eisenstadt. Ein biographisches Nachschlagewerk, Eisenstadt 2008.
- Adrienn **Tengely**, Az egyházak és a nemzetiségi kérdés 1918-ban [Die Kirchen und die Nationalitätenfrage im Jahre 1918]. In: Egyháztörténeti Szemle, 2007/1. <http://www.uni-miskolc.hu/~egyhtort/cikkek/tengely-nemzetisegi.htm> (Eingesehen am: 22.09.2017)
- Siegfried **Tornow**, Burgenlandkroatisch. In: Wieser Enzyklopädie des Europäischen Osten. X: Lexikon der Sprachen des europäischen Ostens. Hgg. Milos Okuka, Gerald Krenn. Klagenfurt 2002, 242. <http://www.siegfried-tornow.de/templates/lex.html> (Eingesehen am: 20.07.2013)
- Loránt **Tilkovszky**, Az egyházak „nemzetiség-politikája” és a magyarországi németiség 1919–1945 [Die „Nationalitätenpolitik” der Kirchen und das ungarländische Deutschtum 1919–1945]. In: Történelmi Szemle, 1997/1 (39. Jg.) 51–67.
- Krisztina **Tóth**, Péter **Tusor**, Inventarium Vaticanum I. A Budapesti Apostoli Nunciatura levéltára (1920–1939) (CVH I/14) [Inventarium Vaticanum I. Archiv der Apostolischen Nuntiatur Budapest, 1920–1939], Budapest–Róma 2016.
- József **Török**, Zur Geschichte der Diözesen in Ungarn. In: Katholische Kirchen in Ungarn, Budapest 1991, LVIII–LXII.
- József **Török**, A magyar egyházmegyék alakulása az ezer év alatt [Die Wandlung der ungarischen Diözesen während den tausend Jahren.]. In: A magyar kereszténység ezer éve, Budapest 2001, 178–184.
- Günter Michael **Unger**, Die Christlichsoziale Partei im Burgenland. In: Burgenländische Forschungen 49. Eisenstadt 1965.
- Martin **Wolters**, Die Apostolische Nachfolge <http://www.apostolische-nachfolge.de/kurie.htm> (Eingesehen am: 27.02.2013)
- Tibor **Zsiga**, „Communitas Fidelissima” Szentpéterfa. A magyar-osztrák határmegállapítás 1922/23 [„Communitas Fidelissima” Szentpéterfa. Die Festlegung der österreichisch-ungarische Grenze], Szombathely 1993.

3. Zeitungen

Christliches Ödenburger Tagblatt. Organ für Bürger, Bauer und Arbeiter. Ödenburg/Sopron 1919–1922.

Das Neue Reich. Wochenzeitschrift für Kultur, Politik und Volkswirtschaft, Wien 1918–1932.

Der Freie Burgenländer. Unabhängige deutsche Zeitung für das Burgenland, Wien 1921–1922.

Die Reichspost. Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk. Wien, 1894–1938.

Güssinger Zeitung. Christlichsociales, landwirtschaftliches Wochenblatt. Güssing, 1911–1938.

Pester Zeitung. Politisches Tagblatt. Budapest, 1921–1922

4. Sammelbände, Lexika, Ausstellungskataloge, Zirkulare, etc.

Klaus **Koch**, Walter **Rauscher**, Arnold **Suppan** (Hg.), Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938 (ADÖ). Band 3: Österreich im System der Nachfolgestaaten. Wien 1996.

Klaus **Koch**, Walter **Rauscher**, Arnold **Suppan** (Hg.), Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938 (ADÖ). Band 4: Zwischen Staatsbankrott und Genfer Sanierung. Wien 1998.

Dezső **Újváry** (Red.), Papers and documents relating to the foreign relations of Hungary. Vol. II., Budapest 1946.

„50 Jahre Diözese Eisenstadt. Begegnung Dialog“. Jubiläumsausstellung, Eisenstadt 2010, Ausstellungstafel.

Amtliche Mitteilungen der Apostolischen Administration des Burgenlandes, 1922–1940.

Az 1930. évi népszámlálás. 1. rész. Demográfiai adatok községek és külterületi lakotthelyek szerint. [Die Volkszählung des Jahres 1930. 1. Teil. Demographische Angaben nach Gemeinden und peripheren bewohnten Orten.], Budapest 1932.

A Szombathelyi Egyházmegye részére az 1922. évben kibocsátott körlevelek betűrendes tartalomjegyzéke [Alphabetisches Inhaltsverzeichnis der für die Diözese Steinamanger im Jahre 1922 herausgegebenen Rundschreiben] . Szombathely 1921, unpaginiert.

Kirchlicher Standesausweis der Diözese Eisenstadt. VIII. Ausgabe. Stand mit 1. Jänner 1991, Eisenstadt 1991.

Magyar életrajzi lexikon 1000-1990 [Ungarisches Biographisches Lexikon]. <http://mek.oszk.hu/00300/00355/html/index.html> (Eingesehen am: 22.09.2017.)

Magyar katolikus almanach [Ungarischer katholischer Almanach] 3. Jg., 1929.

Magyar katolikus lexikon [Ungarisches Katholisches Lexikon]. István **Diós** (Hg.), 15 Bde., Budapest 1993-2010.

Schematismus Cleri Dioecesis Sabariensis Pro Anno Domini 1923, Szombathely [1923].

SzEL Hirtenbriefe (Circulares Sabariensis). Zirkularschreiben der Diözese Steinamanger.

Új magyar életrajzi lexikon [Neues Ungarisches Biographisches Lexikon]. László **Markó** (Red.), 6 Bde., Budapest 2001-2007. Magyar katolikus almanach [Ungarischer katholischer Almanach] 2. Jg., 1928.

15. Abbildungen

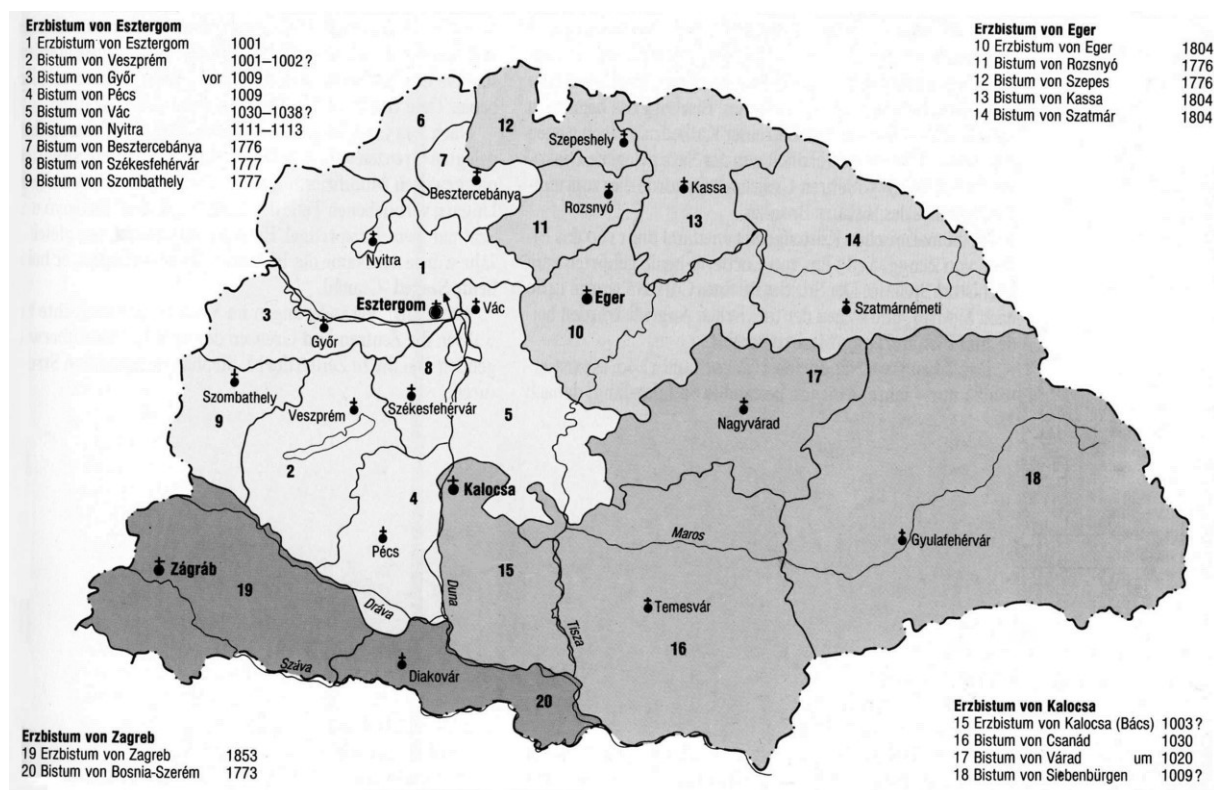


Abbildung 1: Römisch-katholische Sprengel Ungarns vom 18.-19. Jahrhundert (nach Gabriel Adriányi. In: Katholische Kirchen in Ungarn, LXI)



Abbildung 2: Römisch-katholische Diözesaneinteilung des Königreiches Ungarn bis 1918 (Ausschnitt. Gepunktete Linie: Die heutige Staatsgrenze Ungarns. In: Gergely, A katolikus egyház, 40)

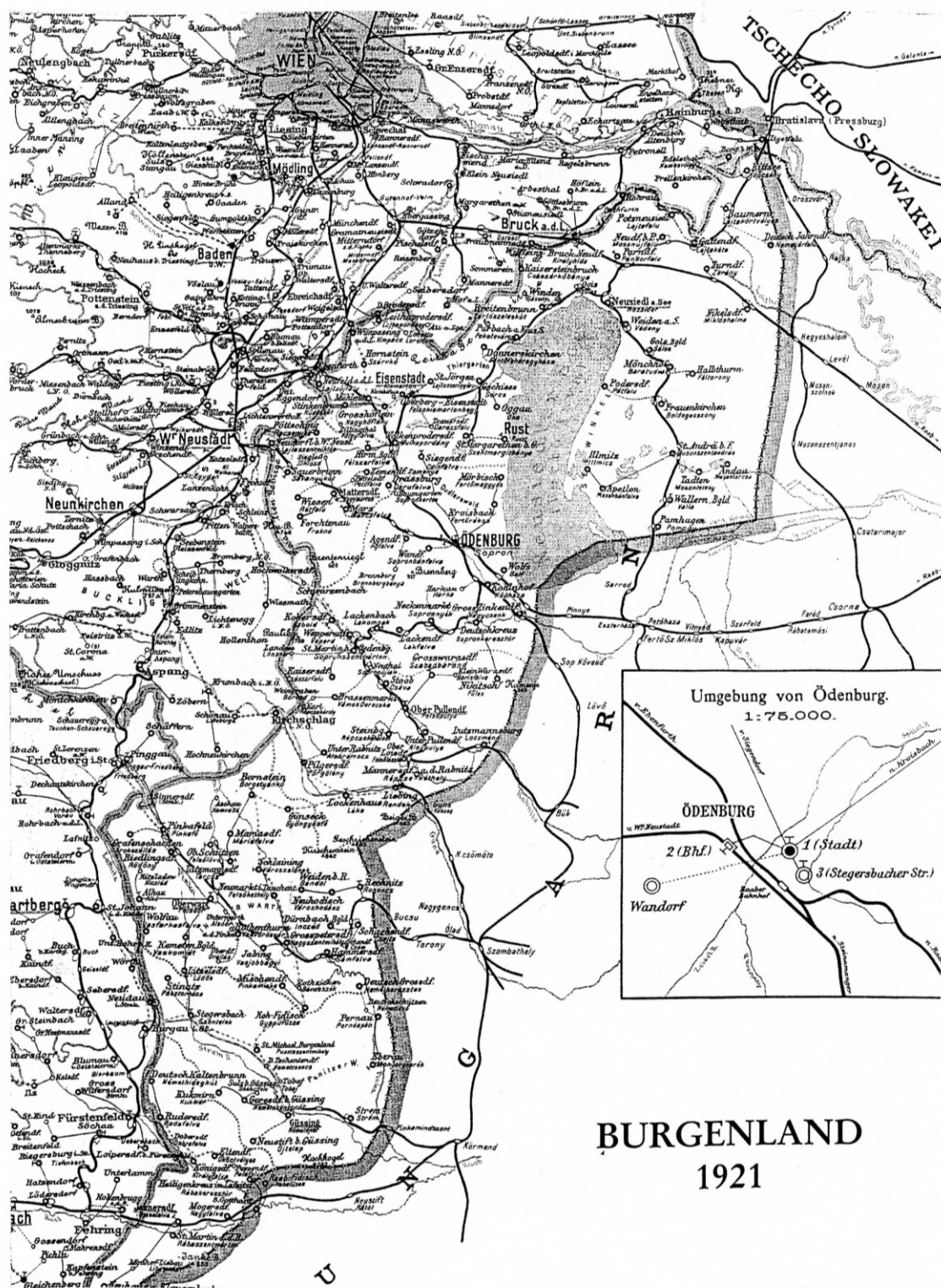


Abbildung 3: Politische Karte des Burgenlandes aus dem Jahre 1921 (Temel Landkarten, unpaginiert)



Abbildung 4: Anton Fetser (1862–1933). Von 1914 bis 1933 Diözesanbischof von Raab (Magyar katolikus lexikon, Bd. III., 655)



Abbildung 5: Johannes Graf Mikes (1876–1945). Von 1911 bis 1935 Diözesanbischof von Steinamanger. Undatiert (SzEL)



Abbildung 6: Kardinal Friedrich Gustav Piffl (1864–1932). 1913-1918 Fürsterzbischof, 1918-1932. Erzbischof von Wien, 1922-1932 auch Apostolischer Administrator des Burgenlandes. Gemälde: Tom von Dreger, 1917 (Ausschnitt). Diözesanarchiv Wien (Foto: Péter Schmidt)

BURGENLAND

CATHOLIC DEANERIES

(DEKANATE)

MAP 39

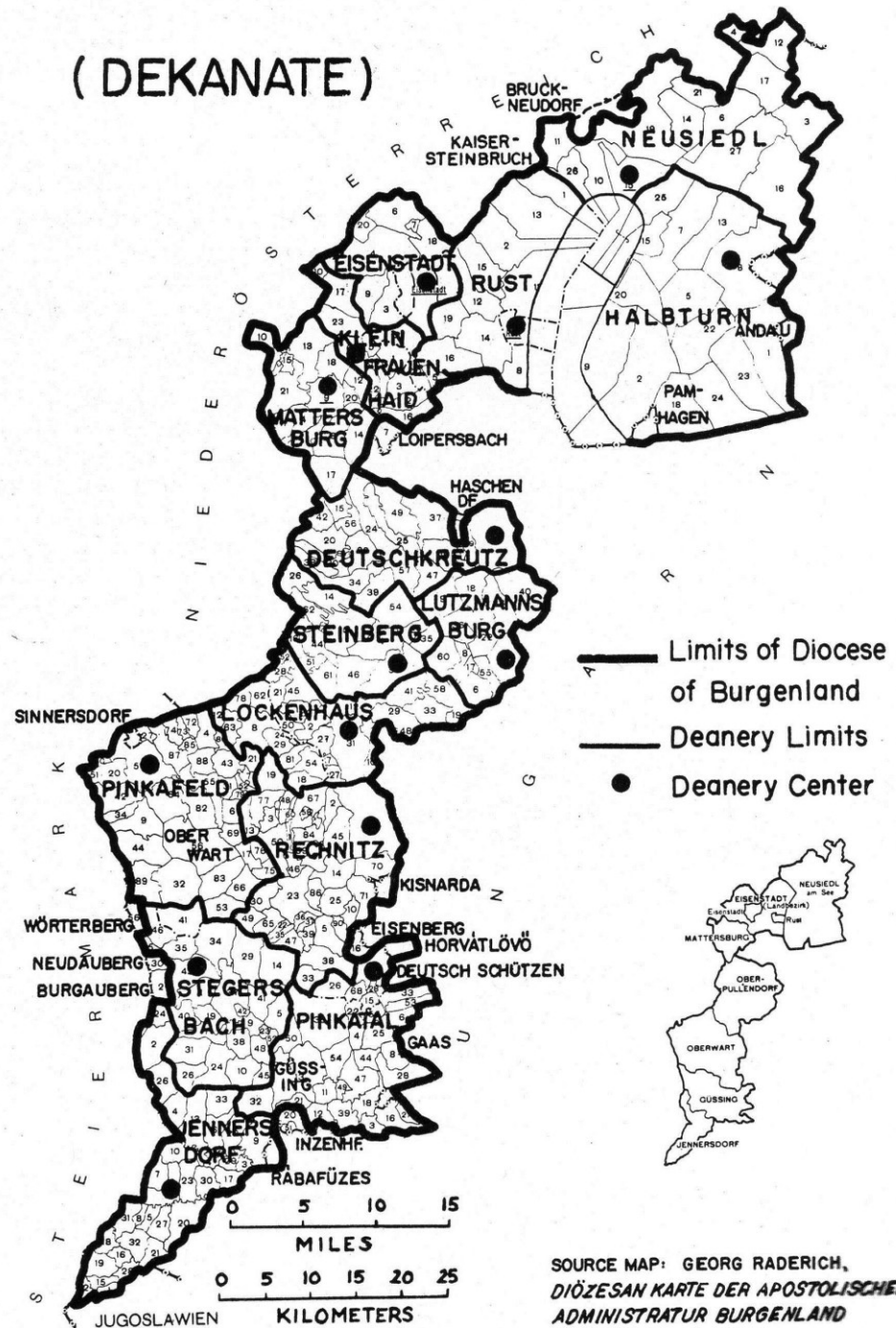


Abbildung 7: Georg Raderich: Diözesankarte der Apostolischen Administratur Burgenland (Burghardt, 239, Karte 39)



Abbildung 8: Grabmal von Johannes Graf Mikes (1876–1945) in der Kathedrale von Steinamanger. Skulptur von Ernő Jálics und Mihály Pál. Um 1955 (Foto: Péter Schmidt)

(Die Abbildungen 3, 5-6 und 8 erscheinen auch hier: Schmidt, Die Entstehung, 359-362)

Abstract (deutsch)

Die Apostolische Administration für das Burgenland war Vorgänger der heutigen Diözese Eisenstadt. Sie entstand nach dem Abschluss jener Friedensverträge, welche die beiden Verliererstaaten der Doppelmonarchie, Österreich und Ungarn, nach dem Ersten Weltkrieg zu unterzeichnen hatten. Die neue politische Grenzziehung zwischen diesen Ländern führte zu einer kirchenrechtlich-territorialen Neuordnung: Der Heilige Stuhl musste dabei eine besonders weitsichtige Politik betreiben, weil seine entscheidenden Motive in erster Linie von religiösem Charakter waren, und beide Staaten eine überwiegend katholische Bevölkerung hatten.

Nach der obligatorischen Vorstellung der Quellenlage und des Forschungsstandes wird zuerst der politische und kirchenrechtliche Hintergrund Westungarns – des späteren Burgenlandes – bis 1918/1919 skizziert, anschließend auch die österreichischen und ungarischen Lösungskonzepte für die kirchliche Regelung des Gebietes.

Breiter Raum wird für die Schilderung jener diplomatischen Bemühungen gewidmet, welche die zwei Länder zwischen 1919 und 1922 beim Heiligen Stuhl in der Westungarnfrage gesetzt hatten. Ein Hauptanliegen der Dissertation war es jedoch, das Thema vom Blickwinkel der päpstlichen Kurie zu beleuchten und die Entwicklung ihrer Politik von den ersten Ansätzen unter Benedikt XV. bis zur letztendlichen Errichtung der Apostolischen Administration unter Pius XI. zu rekonstruieren. Eine Kernfrage war dabei, ob es bereits unter Papst Benedikt den Willen zur Gründung einer eigenständigen kirchenadministrativen Einheit für das Burgenland gegeben hatte, welche wegen ihrer Präzedenz für die gesamte Vatikanpolitik der 1920-er Jahre von großer Bedeutung war. Die Rolle von Kardinalstaatssekretär Gasparri, der die vatikanische Außenpolitik unter beiden oben genannten Päpsten prägte, wird ebenfalls unter die Lupe genommen, wie auch jene der Nuntien in Wien und Budapest, die in ihren Empfängerländern als „Augen und Ohren“ des Heiligen Stuhls fungierten und dadurch die Entscheidungen Roms mitbeeinflussten.

Ein besonderes Augenmerk kommt auch den beiden, von der Maßnahme Roms unmittelbar betroffenen westungarischen Bischöfen zu, aber auch die Einstellung des Erzbischofs von Wien – des zukünftigen Apostolischen Administrators – zur Westungarnfrage wird vorgestellt. Bei der Untersuchung der Diözesanpolitik der Bischöfe von Raab und Steinamanger wird auch das Verhalten der ihnen unterordneten Geistlichkeit und Lehrerschaft analysiert, wie auch jene der überwiegend deutschsprachigen Gläubigen. Bei der letzteren wurden auch die parteipolitischen, ethnischen und wirtschaftlichen Faktoren berücksichtigt.

Einer der wesentlichen Voraussetzungen für die kirchliche Selbständigkeit des Burgenlandes war die Festlegung der endgültigen Staatsgrenze zwischen Österreich und Ungarn. Eine besonders wichtige Rolle kam dabei der Ödenburger Volksabstimmung im Dezember 1921 zu, welche die Pläne zur Errichtung einer „Diözese Ödenburg“ endgültig zunichte machte. Erst anschließend konnte die österreichische Position beim Heiligen Stuhl durchgesetzt werden: Der neue Papst Pius XI. errichtete am 2. Mai 1922 die Apostolische Administration für das Burgenland und sechzehn Tage später ernannte er den Wiener Kardinal Friedrich Gustav Piffl an ihre Spitze. Damit hatte das Burgenland als eigenständige kirchenrechtliche Einheit zu existieren begonnen.

Abstract (English)

The Apostolic Administration of Burgenland was the predecessor of the Roman Catholic Diocese of Eisenstadt. It was established after World War I, following the signing of peace treaties between the two successor states of the Dual Monarchy, Austria and Hungary. The new political borders called for the reorganisation of the church provinces, but the Holy See had to act with great circumspection, since its main motives were of a religious nature and both countries in question had an overwhelmingly Roman Catholic population.

After the presentation of the source material and the current state of research, a broad outline of the political and ecclesiastical background of Western Hungary (today's Burgenland) is given until 1918/1919. Then, Austrian and Hungarian concepts for reorganising the ecclesiastical jurisdiction of the territory are dealt with.

Diplomatic efforts of the two states between 1919 and 1922 to influence the decision-making of the Holy See regarding Western Hungary are detailed at great length. However, one of the key issues of the paper is to present the topic from the vantage point of the Papal Court and to analyse the policies of Benedict XV that eventually led to the forming of the Apostolic Administration under his successor, Pius XI. One of the central questions of this issue is whether there had already been plans during the pontificate of Pope Benedict to establish an independent administrative unit for Burgenland. This measure was a precedent, and therefore of great significance for the entire policy of the Holy See in the 1920s. The role of Cardinal Gasparri, the secretary of state who shaped the foreign policy of the Vatican during the pontificate of above-mentioned two popes, is also scrutinised, as well as the papal nuncios in Vienna and Budapest, who acted as the “eyes and ears” of the Holy See, thus influencing the decision-making.

The two bishops of Western Hungary directly affected by the measures of the Vatican are given special attention in this paper, and the views of the Archbishop of Vienna – the future Apostolic administrator of Burgenland – about Western Hungary are presented to the reader. The attitude of the clergy and teachers acting under the two Hungarian bishops is also analysed, as well as the preferences of their believers. In the case of the latter, several factors had to be taken into consideration, such as political sympathies, ethnic identities and economic interests.

One of the main preconditions for an independent church administration of Burgenland was the final settlement of the boundaries between Austria and Hungary. The Sopron plebiscite in December 1921 was a decisive moment in this, shattering Austrian hopes of a “Diocese of Ödenburg”. It was only after the above-mentioned plebiscite that Austrian interests regarding Burgenland could finally be asserted at the Holy See. On May 2, 1922, the new pope Pius XI established the Apostolic Administration of Burgenland and sixteen days later appointed Cardinal Friedrich Gustav Piffl of Vienna as its leader.